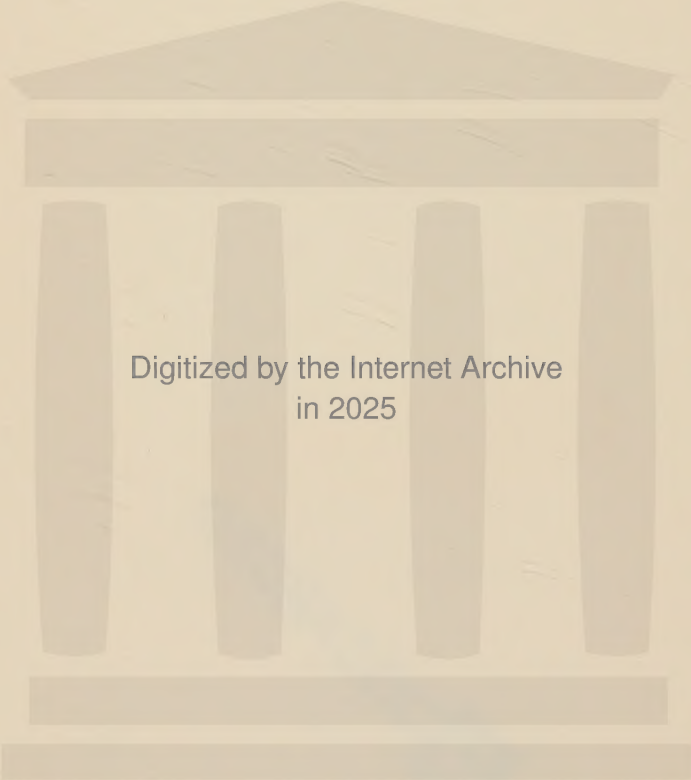


 **DISCARDED**

UNIVERSITY OF WINNIPEG
LIBRARY
515 PORTAGE AVENUE



Digitized by the Internet Archive
in 2025

EINE GESCHICHTE DER
WIRTSCHAFTLICHEN
ENTWICKLUNG
ENGLANDS

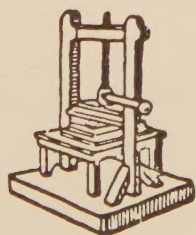
HC
253
.B75
1968
v. 2

LUJO BRENTANO

EINE GESCHICHTE DER
WIRTSCHAFTLICHEN
ENTWICKLUNG
ENGLANDS

II. BAND:
DIE ZEIT DES MERKANTILISMUS

BURT FRANKLIN: RESEARCH AND SOURCE WORKS SERIES # 246



BURT FRANKLIN

Published By
BURT FRANKLIN
235 East 44th Street
New York, N.Y. 10017

FIRST PUBLISHED 1927
REPRINTED 1968

Printed in the U.S.A.

Inhaltsübersicht.

Drittes Buch.

Die Zeit des Merkantilismus.

	Seite
19. Kapitel. Das neue Denken	3
20. Kapitel. Die englische Staatswirtschaft vom Ende des 15. bis Anfang des 18. Jahrhunderts	16
21. Kapitel. Die Weiterentwicklung des englischen Erb- rechts	37
22. Kapitel. Das Aufkommen von Hausindustrie und Manu- faktur auf dem Lande	62
23. Kapitel. Die ersten Einhegungen und die Erhaltung des Getreidebaus	70
24. Kapitel. Vom zünftigen Meister zum Unternehmer . .	95
25. Kapitel. Arbeitsordnung und Unterstützungsordnung .	125
26. Kapitel. Die Entwicklung des englischen Außenhandels und der englischen Schifffahrt	139
27. Kapitel. Von der munizipalen zur nationalen Schutz- politik	150
28. Kapitel. Die Anfänge des englischen Welthandels . .	173
29. Kapitel. Münzverschlechterungen	206
30. Kapitel. Rationeller Merkantilismus	211
31. Kapitel. England nach der Restauration	230
32. Kapitel. Die Anfänge der Bank von England . . .	283
33. Kapitel. Die Begründung des englischen Kolonialreichs und die englischen Handelskriege	300
34. Kapitel. Die Gründung des Britisch-Indischen Reiches	337
35. Kapitel. Der Gewerbebetrieb im 17. u. 18. Jahrhundert	361
36. Kapitel. Der landwirtschaftliche Fortschritt und das Schwinden des Bauernstands	393
37. Kapitel. Englands Binnenverkehr im 18. Jahrhundert .	419
38. Kapitel. Englands Unterstützungswesen im 18. Jahr- hundert	433

Anhang.

Chronologische Tabelle der englischen Geschichte	446
---	------------

Drittes Buch

Die Zeit des Merkantilismus

19. Kapitel.

Das neue Denken.

Im Mittelalter hat das Erwerbsleben unter der Herrschaft von zwei Einflüssen gestanden, die sich ergänzten: unter dem von Autorität und Herkommen; sie haben die Beziehungen der Menschen zueinander in den durch feudale Abhängigkeitsverhältnisse und den brüderlichen Geist der Gilden zusammengehaltenen Wirtschaftseinheiten beherrscht; und unter dem des sechsten Kapitels des Matthäusevangeliums, in dem die Menschen vor dem Trachten nach Reichtum gewarnt werden. Außerhalb dieser Einflüsse hat nur der Handel gestanden. Das Streben nach dem größtmöglichen Gewinn liegt in seiner Natur. Er vergleicht den Preis, den er für eine Ware erhalten kann, mit dem, zu dem er sie erworben hat, und sein Interesse ist, daß der Überschuß des ersteren über den zweiten möglichst groß sei. Außerdem waren die Kaufleute, die mit anderen Völkern Handel trieben, in deren Land Fremde und als solche, außer wo sie durch Verträge gebunden waren, durch keinerlei Autorität und Herkommen in der größtmöglichen Wahrnehmung ihrer Interessen gehemmt. Wir haben gesehen, und unsere weitere Betrachtung wird es noch mehr zeigen, wie der Handel das gesamte Wirtschaftsleben fortschreitend mit seinem Gewinnstreben durchsäuert hat, und wie dies zur Emanzipation aller Wirtschaftszweige von der überkommenen Lehre vom Seinsollenden und zur Auflösung der alten Wirtschaftseinheiten durch den Individualismus lange vor der Reformation geführt hat.

Diese Emanzipation hat in Italien begonnen. Dort ist der kapitalistische Geist aus Byzanz, wo er allzeit ge-

herrscht hat¹⁾, über Venedig und Sizilien in die übrigen Städte gedrungen und hat zur Wiederbelebung des römischen Rechts geführt, das im Gegensatz zur christlichen Lehre und zum germanischen Rechte im Eigentum nicht ein Amt, sondern nur eine subjektive Befugnis sieht und den Satz ausspricht, daß bei Kauf und Verkauf jeder das natürliche Recht habe, den anderen zu übervorteilen. Der, welcher diese gesamte Geistesentwicklung gewissermaßen einheitlich geordnet hat, ist Machiavelli gewesen²⁾. Er hat, wie Bacon sich ausgedrückt hat, offen und ohne jede Heuchelei gesagt, wie die Menschen zu handeln pflegen und nicht wie sie handeln sollen. Dabei ist er zu einem Menschen gelangt, der sein eigenes Selbst zum Mittelpunkt des Universums macht. Egoismus ist die stärkste Triebfeder seines Handelns. Alle Bande der Pflicht zerreißt er bei jeder Aussicht auf eigenen Vorteil. Dieser Egoismus ist wesentlich wirtschaftlicher Natur. Der Mensch, sagt Machiavelli, verzeiht eher den Tod seines Vaters als den Verlust seines Vermögens. Und dieser Mensch ist ihm der Mensch. Und so richtig hat Machiavelli die in Italien das Handeln beherrschenden Anschauungen erkannt, daß selbst sein erster großer Bekämpfer, Kardinal Pole, geschrieben hat, daß, je mehr einer sein Privatleben dem Leben Christi anpasse, um so ungeeigneter er nach dem Urteil der Menschen zur Regierung sei, und Papst Clemens VII. den Ausspruch getan hat³⁾: „Wer auf ehrliche Weise zu Werk geht, wird als Schafskopf behandelt.“

1) Siehe meine Abhandlung „Die byzantinische Volkswirtschaft“. Sonderdruck aus Schmollers Jahrbuch, 41. Jahrgang, 2. Heft, 1917.

2) Siehe meine Abhandlung über „Ethik und Volkswirtschaft in der Geschichte“ in „Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte“ 55 ff.

3) Vgl. Lord Acton in seiner Einleitung zu Burds Ausgabe des Principe des Machiavelli, Oxford 1891. „Chia va bonamente vien trata da bestia“.

Aber die bisherige Darstellung der englischen Wirtschaftsentwicklung zeigt, daß das kapitalistische Streben nach dem größtmöglichen Gewinn nicht bloß im mittelalterlichen Italien geherrscht hat. Der Handel hat, wo immer er eingedrungen ist, zur Emanzipation des ökonomischen Denkens von der christlichen Lehre vom Seinsollenden geführt. Die Italiener, und besonders die Florentiner, haben in den englischen Geldleuten außerordentlich lernfähige Schüler gefunden. Das hat, wie wir sehen werden, dort schon im 15. Jahrhundert die Ersetzung des Handwerks durch Hausindustrie und Manufaktur veranlaßt und als Folge die Landwirtschaft revolutioniert und zum Bauernlegen geführt. Damit erledigen sich auch wichtige Irrtümer. In Anknüpfung an Max Weber vertreten manche eine Meinung, die dieser ausdrücklich abgelehnt hat, daß nämlich die Anfänge des Kapitalismus vom Puritanismus datierten, und Sombart ist gar auf den Einfall gekommen, die Juden für den Kapitalismus verantwortlich zu machen. Da der kapitalistische Geist die genannten Umwälzungen in England hervorgerufen hat zwei Jahrhunderte, bevor es Puritaner gab, und die Juden schon von Eduard I. aus England vertrieben worden sind, sollte über beides nicht mehr geredet werden müssen. Außerdem ist der puritanische Geist nichts weniger als kapitalistisch gewesen. Was die Puritaner lehrten, war Mittelstandspolitik, nicht unbeschränktes Anhäufen von Reichtum¹⁾. Aber allerdings ist die Lehre der Reformatoren und speziell die der Puritaner von mächtigem Einfluß auf das wirtschaftliche wie auf das politische Denken gewesen. Sie hat ein Streben, das längst über die christliche Lehre gesiegt hatte, nachträglich auch vom Standpunkt des Christentums aus gerechtfertigt. Mit der Reformation war an Stelle der Lehre, die in der Entsagung den Weg zum ewigen Leben sah, die Lehre getreten, daß der Mensch in die Welt gesetzt sei, nicht damit er sie fliehe, sondern

1) Siehe meine Ausführungen darüber in meinem Buche „Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte“ 403 ff.

in der Welt Gott diene. Das mußte die Schranken, welche die Warnung Christi vor dem Trachten nach Reichtum dem Streben nach irdischem Gute gezogen hatte, beseitigen. Noch mehr tat dies die noch weiter gehende Lehre der Puritaner, daß der Erfolg nur dem zuteil werde, der seiner Berufspflicht in majorem Dei gloriam lebe. Der Puritaner fühlte sich als das Instrument Gottes¹⁾. Während der fromme Katholik, der im Erwerbsleben erfolgreich war, in seinem Reichtum, gemäß der Lehre der Kirchenväter, etwas erblicken mußte, was durch Almosen zu sühnen sei, ging der erfolgreiche Puritaner nach erfolgreichem Wochenschluß Sonntags in die Kirche im stolzen Bewußtsein, daß er nicht nur klug gewirtschaftet habe, sondern sich auch in der Gnade Gottes befinde; seine Respektabilität beruhte nicht nur auf seinem Wohlstand, sondern auf der Gnade Gottes, von der sein Wohlstand das sichtbare Zeichen war; wenn das kapitalistische Gewinnstreben auch nicht dem Puritanismus entsprungen ist, so hat es doch, wie Max Weber treffend gesagt hat, im Puritanismus den Charakter einer ethisch gefärbten Lebensmaxime angenommen. Im Kampfe mit Königtum und Aristokratie mußte das britische Bürgertum in einer Lehre, welche seine Stärke, die erfolgreiche Berufsarbeit, in solcher Weise verklärte, und die jegliches aristokratisches Wesen als Kreaturvergötterung, die Gottes Ruhm

1) Ihren Höhepunkt hat diese Anschauung bei Oliver Cromwell erreicht. „Eine Grausamkeit wie die folgende (Brief vom 17. Sept. 1649, Oliver Cromwell's Letters and Speeches by Th. Carlyle, 3 vols., London 1846, II 62) ,every tenth man of the soldiers (was) killed; and the rest skipped for the Barbadoes' braucht er nicht zu rechtfertigen, denn ,I am persuaded that this is a righteous judgment of God'. Er kann nach einem blutigen Kriegsbericht (Brief vom 15. Sept. 1645, I 248) sagen: ,That all is none other than the work of God. He must be a very Atheist that does not acknowledge it . . . It's their (der Soldaten) honour that God vouchsafes to use them'. Alle haben sie ja das Gefühl: ,he (Gott) will not fail His people' I 385.“ Walter F. Schirmer, Antike, Renaissance und Puritanismus, München 1924, 19 Anm. 1.

Abbruch tue, verwarf, eine mächtige Stütze finden. Die Auflösung der alten Wirtschaftseinheiten aber, zu der die wirtschaftliche Entwicklung geführt hatte, erhielt im Puritanismus, durch den jeder Einzelne auf sich gestellt wurde, und der jedem riet, selbst seinem Nächsten zu mißtrauen¹⁾, die religiöse Sanktion.

Bedeutete Machiavelli die heidnische, so bedeuteten die Reformatoren die christliche Emanzipation von der überkommenen ökonomischen Denkweise.

Aber wenn Machiavelli auch auf die Natur des Menschen zurückgeht, so fehlt ihm doch noch jede Einsicht in die Natur der Dinge. Er weiß noch nichts von notwendigen Zusammenhängen, welche die Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens verbinden. Die Wechselfälle der Geschichte sind ihm ausschließlich das Werk großer Männer. Die Macht, welche er der Kunst des Staatsmannes zuschreibt, seinem Willen und seiner Klugheit, den Institutionen und Gesetzen, die er erdenken kann, wenn er die nötige Klugheit und Energie hat, hat keine Grenzen. Das hat unheilvoll gewirkt, als der Machiavellismus auf das Wirtschaftsleben Anwendung fand. Es gewann die Vorstellung Geltung, als ob es lediglich von der Intelligenz und Energie der Herrschenden abhängt, um durch wirtschaftspolitische Maßnahmen jedwedes gewollte Ziel zu erreichen, auch wenn gleichzeitig Gewolltes sich widersprach, ja selbst wenn die natürlichen Verhältnisse den Erfolg geradezu ausschlossen. So, wenn man, wie wir sehen werden, in England im 15. und 16. Jahrhundert im Interesse der Erhaltung des Bauernstands den Übergang vom Ackerbau zur Schafzucht verbot und gleichzeitig die Tuchmanufaktur förderte, wodurch die Schafzucht immer rentabler wurde, oder wenn man, um das Geld im Land zu erhalten, Produktionszweige großzuziehen suchte, für die weder die technischen noch die ökonomischen Voraussetzungen im Inland gegeben waren.

1) Schirmer 20.

Die Zeit, da Machiavelli schrieb, ist die Zeit der entstehenden Nationalstaaten. Die Staatslenker strebten, durch Unterwerfung der Stände unter ihre absolute Gewalt im ganzen Staatsgebiet ihren Willen einheitlich zur Geltung zu bringen und ihre Herrschaft nach außen zu erweitern. Beidem kam die Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung entgegen. Solange die Fürsten auf Abgaben und Dienste ihrer Vasallen angewiesen waren, waren sie, was deren Güte angeht, von dem abhängig, was ihre Vasallen zu bieten hatten, und außerdem von dem guten Willen ihrer Vasallen, ihre Pflicht zu erfüllen. Das Geld, das Handel und Gewerbe abwarfen, hat sie in beiden Beziehungen unabhängig gemacht. Es erschien als die Verkörperung von Reichtum und Macht. Je größer die Geldmenge, über die sie verfügten, um so größer ihre Machtfülle im Innern wie nach außen. Daher die zunehmende Förderung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und ihrer Träger, der Stadtbürger, seitens des entstehenden modernen Staats. Die Prinzipien, die im Mittelalter die Wirtschaftspolitik der Städte geleitet hatten, werden in allen Wirtschaftszweigen auf dem größeren Gebiete der Staaten zur Anwendung gebracht.

Man ging aus vom Geschäfte des Kaufmanns. Wie dieser danach streben muß, daß der Erlös aus seinem Geschäftsbetrieb am Ende des Geschäftsjahres mindestens die gemachten Auslagen deckt, aber um so mehr gedeiht, je mehr er sie übertrifft, so hielt man es für unerlässlich für ein Land, daß der Wert seiner Ausfuhr in jedem Jahre den seiner Einfuhr übersteige, denn den Mehrbetrag, glaubte man, erhalte es im Bargeld. Daher nannte man eine aktive Handelsbilanz die günstige, umgekehrt eine passive die ungünstige, und durch Geldausfuhrverbote suchte man das Geld, das der Handel ins Land gebracht, ihm zu erhalten. Wegen dieser Bedeutung, welche die Staatsmänner dem Handel für die Beschaffung von Geld beilegen, heißen sie seit Adam Smith die Merkantilisten.

Doch ist weder die Methode, wie man eine günstige

Handelsbilanz sich zu sichern suchte, noch auch die Auffassung von ihrer Bedeutung immer dieselbe geblieben.

Zuerst hat man in naiver Weise Geld schlechthin mit Reichtum verwechselt. Ich habe schon im 12. Kapitel erzählt, wie man in England im Mittelalter darauf aus war, daß bei jedem einzelnen Geschäfte mit Fremden ein Überschuß an edeln Metallen erzielt werde. Dementsprechend wurden Gesetze erlassen, wonach jeder englische Kaufmann einen Teil der im Ausland für seine Ware erhaltenen Summe in Münze heimzubringen verpflichtet war. Desgleichen mußten Ausländer, wenn sie im Inland kauften, einen Teil des Kaufschillings bar entrichten, und wenn sie verkauften, die ganze erhaltene Geldsumme auf Ankauf englischer Waren verwenden. Das war das, was Richard Jones¹⁾ das Geschäftsbilanzsystem (balance of bargain system) genannt hat.

Aber dieses System wurde mit Ausdehnung des englischen Handels nicht nur in die entlegensten Teile Europas, sondern insbesondere nach Asien unhaltbar. Zum Handelsbetrieb ins Ausland und nach Asien haben sich, wie wir noch sehen werden, die „unternehmenden Kaufleute“, Merchant Adventurers, zusammengetan, wurden Gesellschaften, mit Monopolen ausgestattet, und hat als eine unter diesen Elisabeth 1600 die Ostindische Compagnie privilegiert. Um Geschäfte zu machen, mußten diese Kaufleute Geld ausführen. Sie kümmerten sich nicht um die Stapelplätze und die dort zum Einschmelzen fremden Geldes in englisches bestehenden Münzstätten, und als diese protestierten, erbrachte Mun den Nachweis²⁾, daß der Erwerb indischer Waren durch die Ost-

1) Siehe in The Edinburgh Review April 1847 den von R. Jones geschriebenen Aufsatz „Primitive Political Economy of England“, wieder abgedruckt in seinen Literary Remains, ed. by Will. Whewell, London 1859, 291—335.

2) T. M. A discourse on trade from England into the East-Indies, answering to divers objections, which are usually made against the same, 2. ed. 1621. — Petition and Remonstrance of the East-India Company, verfaßt 1628, 1641 veröffent-

indische Kompagnie gegen Geld dadurch, daß man sie wieder ausführe, mehr Geld ins Land bringe, als man ausgeführt habe. Darauf wurde die Methode, eine günstige Handelsbilanz sich zu sichern, geändert. Die polizeilichen Einschränkungen des Einzelverkehrs verschwanden; die Vorschrift, daß der fremde Kaufmann die beim Verkauf seiner Ware erhaltene Summe im Ankauf englischer Waren anlegen müsse, wurde beseitigt; 1663 fielen die Geldausfuhrverbote in England. Das geschah drei Jahre nach der Restauration der Stuarts, zur Zeit, da, wie wir sehen werden, die Ostindische Kompagnie in nahe Beziehungen zum Hofe getreten ist.

Aber nach wie vor ist die Vermehrung des Geldreichtums das Ziel geblieben. Daher das Augenmerk der merkantilistischen Staatsmänner auf die Hebung der Ausfuhr, und dementsprechend auf die der Exportindustrie gerichtet war. Allmählich begann auch eine vernünftige Auffassung der wirtschaftlichen Bedeutung von Gold und Silber sich anzubahnen. Zwar die Vorstellung der besonderen Wichtigkeit von Gold und Silber für den Nationalreichtum, da, wer sie besitze, sich alles übrige verschaffen könne, ist auch bei den vorgeschrittenen Merkantilisten geblieben¹⁾ und hat die Wirtschaftspolitik des Staates geleitet. Allein so töricht, wie die spanische Handelspolitik, die bis zu Philipp V. die Gold- und Silbervermehrung allein als Endziel der Staatswirtschaft ansah, war man in vernünftiger regierten Ländern nicht, besonders nicht in England²⁾. Da erwarteten die leitenden Köpfe von der Zu-

licht. — English Treasure by Forraign Trade, nach Mun's Tod 1664 veröffentlicht. — Mun's Argument wurde auch von Eduard Misselden, einem anderen Beamten der Ostindischen Kompagnie, in dessen Circle of Commerce, 1623, vertreten.

1) Siehe Locke's Works IV 12: „Gold und Silber geben, obwohl sie selbst zur Befriedigung weniger Bedürfnisse dienen, die Herrschaft über die Annehmlichkeiten des Lebens, und deshalb besteht der Reichtum in einer Fülle davon“; und Locke's Works IX 14: „Diejenige unter den Nationen wird die reichste sein, die den größten Teil der Edelmetalle besitzt.“

2) Nicholas Barbon, der auch andere Irrtümer Locke's

nahme der Geldmenge ein Steigen der Preise und ein Sinken des Zinsfußes, von beiden eine Belebung der Produktion und hiervon eine Zunahme des Reichtums. Aus diesem Grunde erstrebten sie eine aktive Handelsbilanz. Auch sollte die Mehrung des Vorrats von Gold und Silber, die sie bringe, einen günstigen Wechselkurs sichern, d. h. die Fähigkeit eines Landes, seinen Zahlungsverpflichtungen ans Ausland nachzukommen, ohne angesammelte Kapitalien hingeben zu müssen.

Mit dem Streben nach dem Gleichgewicht von Ein- und Ausfuhr ist das nach Erhaltung des politischen Gleichgewichts naturgemäß zusammengefloßen, als mit dem Entstehen der modernen Staaten dieses sich abermals geltend machte¹⁾. Schon im Altertum hatten, solange es selbständige Staaten gab, diese eifersüchtig das poli-

widerlegt hat, hat in seiner Schrift „A Discourse concerning Coining the New Money Lighter, London 1696, das Verdienst, die damals herrschenden Anschauungen über die Handelsbilanz widerlegt zu haben. Auch Child und Davenant, der erstere der allmächtige Diktator, der zweite ein Verteidiger der Ostindischen Kompagnie und beide Tories und in beiden Eigenschaften Verteidiger des freien Handels wenigstens der Kompagnie, hatten eine richtige Vorstellung von dem Verhältnisse von Geld und Reichtum. So heißt es bei Davenant, *The Considerations upon East-India Trade*, 1700: „Der wahre und hauptsächlichliche Reichtum sowohl von Privatpersonen, als auch ganzer Nationen besteht in Fleisch und Brot und Kleidern und Häusern und dem, was zum Leben notwendig ist und es angenehm macht . . . Diese um ihrer selbst willen, Geld, weil es dazu dient, sie zu kaufen, sind Reichtum; so daß Edelmetall nur sekundär und nicht um seiner selbst willen, Kleider und Erzeugnisse wirklicher und hauptsächlichlicher Reichtum sind.“ (*The Political and Commercial Works of Charles Davenant*, Collected by Sir Charles Whitworth, London 1771, a. a. O. Chap. II.)

1) Es ist das Verdienst des Dr. Edmund Freiherrn von Heyking, in seiner Schrift „Zur Geschichte der Handelsbilanztheorie“, Berlin 1880, auf die Beziehungen der Theorie der Handelsbilanz zu der des politischen Gleichgewichts wieder aufmerksam gemacht zu haben.

tische Gleichgewicht zu wahren gesucht²⁾). Dann kam das römische Weltreich, das keinen Raum ließ für miteinander rivalisierende Staaten. Es war aber naturgemäß, daß die Staaten, welche sich mit Auflösung der mittelalterlichen Universalmonarchie bildeten, aufs eifrigste bemüht waren, sowohl gegenüber dem Kaiser als auch gegeneinander ihre Unabhängigkeit und zu diesem Zweck das politische Gleichgewicht zu wahren. Daher die wechselnden Bündnisse zwischen den fünf Mächten, die sich in Italien mit der Auflösung des Reichs zu besonderer Bedeutung erhoben, zwischen Venedig, Mailand, Florenz, Neapel und dem heiligen Stuhl; immer je zwei standen sich gegenüber, der fünfte bildete das Zünglein an der Wage.

Darauf kam die Rivalität zwischen der habsburgischen und der französischen Macht. Zur Zeit des Kampfes zwischen Karl V. und Franz I. hat Heinrich VIII. das Wort geprägt: Cui adhaereo praeest, und ebenso balancierten später die Holländer zwischen den beiden Mächten. Die äußere Politik Englands aber wurde von da ab bis zum heutigen Tage von der Maxime Heinrichs VIII. beherrscht. Nie hat es allein gekämpft, wo ein europäischer Gegner in Frage kam; seine Politik ging dahin, da, wo zwei europäische Staaten im Kampfe lagen, sich auf die Seite des Schwächeren zu stellen, um zu hindern, daß durch den Sieg des Stärkeren das europäische Gleichgewicht gestört werde. Während es einem anderen die Hauptlast des Kampfes zu tragen gab, hat es aber bei der Gewinnverteilung regelmäßig verstanden, den Hauptteil sich anzueignen. Elisabeth hat den von ihrem Vater aufgestellten Grundsatz, der Schiedsrichter in europäischen Streitigkeiten zu sein, weiter ausgebaut, und noch mehr haben ihre Nachfolger dies getan. Zuerst war England im

1) Vgl. über die Entwicklung des Strebens nach dem politischen Gleichgewicht die in der Berliner Akademie der Wissenschaften am 26. Januar 1786 verlesene Abhandlung des preuß. Staatsministers und Mitglieds der Akademie Freiherrn von Hertzberg: Sur la véritable richesse des états, la balance du commerce et celle du pouvoir.

Kampfe zwischen Spanien und Frankreich, dann in dem zwischen Holland und Frankreich das Zünglein an der Wage. Das erste Mal, daß es in seiner Thronrede als die Aufgabe Englands bezeichnet wurde, dieses Zünglein zu sein, war am 31. Dezember 1701 in der letzten von Wilhelm III. an das Parlament gehaltenen Ansprache. Von da ab begegnet man fast in jeder englischen Thronrede einem Hinweis auf das europäische Gleichgewicht.

Der Zusammenhang von Reichtum und Macht wurde im 17. Jahrhundert von James Harrington¹⁾ in seiner *Oceana* wissenschaftlich zu begründen gesucht. Er huldigt der materialistischen Geschichtsauffassung und nimmt die Feststellung des Zusammenhangs von Verteilung der wirtschaftlichen Güter und Verteilung der politischen Macht als wissenschaftliches Verdienst für sich in Anspruch. Maßgebend für die wirkliche Verfassung, d. h. für die politische Machtverteilung, ist ihm die Verteilung des Grundbesitzes, in Handelstaaten, wie Holland und Genua, die Verteilung des Geldes. Daraus ergab sich als Schlußfolgerung für das Machtverhältnis der Staaten: hat ein Staat eine günstige, ein anderer eine ungünstige Handelsbilanz, so hat jener auch das politische Übergewicht über diesen. Diese Schlußfolgerung wurde von den praktischen Staatsmännern in dem Maße als richtig anerkannt, in dem die innere Wirtschaft der Staaten aus einer Naturalwirtschaft zu einer Geldwirtschaft wurde. Nicht durch die Größe des Territoriums, sondern durch den Reichtum des Landes erschien von da ab die Macht der Staaten bedingt. Die italienischen Republiken, Holland und die wachsende Macht Englands waren dafür ein Beweis. Diesen Reichtum aber brachten Ackerbau, Industrie und eine günstige Handelsbilanz.

Damit war man bei dem Punkte angelangt, wo die Ideen vom Gleichgewicht von Einfuhr und Ausfuhr und

1) Siehe *The Oceana and other works of James Harrington, Esq., collected, methodized and reviewed by John Toland, London 1700.*

vom politischen Gleichgewichte ineinander übergangen. Das, was die Möglichkeit gab, dieses aufrecht zu erhalten, war der Besitz vom Reichtum; die Verkörperung des Reichtums war das Geld; Geld erlangte man durch eine blühende Volkswirtschaft und diese führte zu einer aktiven Handelsbilanz. Eine aktive Handelsbilanz erschien also als Vorbedingung nicht bloß der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Unabhängigkeit, Freiheit und Macht der Staaten¹⁾.

Kein Zweifel: durch die Vorstellung, daß eine aktive Handelsbilanz die unerläßliche Vorbedingung sei für Aufrechterhaltung des politischen Gleichgewichts und für die Unabhängigkeit und Macht des Staates, wurde das Streben nach dem größtmöglichen Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr in eine höhere Sphäre gerückt. Damit erschien es nicht mehr als gemeine Geldgier, sondern als patriotische Pflicht, vor nichts zurückzuschrecken, um solch einen Überschuß zu erlangen. Daher um der möglichst günstigen Handelsbilanz willen die Vergewaltigung der natürlichen Verhältnisse, indem man jedwede Art von Industrie im Inland großzuziehen suchte, einerlei ob die

1) „So soon as the precious metals became an object of commerce and when, by being rendered an universal equivalent of every thing, it became also the measure of power between nations, then the acquisition, or at least the preservation of a proportional quantity of it, became, to the most prudent, an object of the last importance.“ Sir James Steuart, *An inquiry into the Principles of Political Oeconomy*, London 1767, II Chap. 22. „Ce n'est pas autant les métaux précieux qu'on envie que les effets résultants de l'accroissement continu des richesses conventionnelles dans une société, c'est à dire l'augmentation qui en résulte nécessairement pour la production et la population dans toute république bien ordonnée. C'est là que la balance du commerce tient à la balance des pouvoirs; que l'équilibre maritime est la base réelle de l'équilibre de l'Europe.“ Forbonnais, *Principes économiques* 1767, Edit. Daire, p. 220. „Das Gleichgewicht der Macht der europäischen Staaten beruht gewissermaßen auf dem Gleichgewichte der Handlung.“ Sonnenfels, *Grundsätze der Polizei* II 387 und viele andere.

Bedingungen für ihr Gedeihen im Inland gegeben waren oder nicht. Um ihretwillen jene Verelendung ganzer Bevölkerungsklassen Frankreichs zur Zeit Colberts und der städtischen Bevölkerung in England, die schon im 18. Jahrhundert zu Aufständen gegen die Getreidezölle und gegen die Prämien für Ausfuhr von Getreide führte. Um ihretwillen die brutale Knechtung der Eingeborenen in Westindien, Mexiko und Peru, ihre gewaltsame Bedrückung in Asien und Raub und Versklavung der Negerbevölkerung Afrikas, um ihretwillen die Vergewaltigung der Bewohner der Kolonien durch das Mutterland. Um ihretwillen werden Handelsperren gegen konkurrierende Länder verhängt. Um ihretwillen heftige Zollkriege, welche die Produzenten in den beiden beteiligten Ländern aufs empfindlichste schädigen. Um ihretwillen endlich blutige Kriege, um anderen Staaten ihre Kolonien zu entreißen und den heimischen Produkten den Absatz auf fremden Märkten zu erzwingen. Es erhellt: Auch das Merkantilsystem stand noch auf dem Standpunkt jener primitiven Zeiten, da der Handel entstand als der jüngere Bruder des Kriegs und man zu jeder Art von Gewalttat schritt, um von anderen die Güter zu erlangen, die sie im freien Austausch nicht zu geben gewillt waren. Und wie der Raub zur Zeit des Nestor nicht als etwas Schimpfliches galt, so galt dem Merkantilsystem das Streben, den andern im Handel zu übervorteilen, als patriotische Pflicht. England hat sich in der Betätigung dieser Gesinnung besonders hervorgetan, und noch heute äußert sie sich bei jenen englischen Schriftstellern, die seinen Imperialismus in Vergangenheit und Gegenwart zu rechtfertigen suchen.

20. Kapitel.

Die englische Staatswirtschaft vom Ende des 15. bis Ende des 18. Jahrhunderts.

Wir haben in den vorausgegangenen Erörterungen gesehen: Das Prinzip der feudalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist Über- und Unterordnung des Menschen auf dem Wege der Leihe gewesen¹⁾. Der Eigentümer von Land oder Inhaber anderer nutzbarer Rechte überträgt deren Nutzung auf einen anderen gegen dessen Verpflichtung, ihm regelmäßig Dienste oder Abgaben oder beides zu leisten und außerdem bei gewissen Gelegenheiten größere oder geringere Abgaben in Anerkennung seines höheren Rechts zu entrichten. Der Leihende wird infolge der Übertragung der Herr des Beliehenen, dieser sein Mann. Beide treten durch die Beleihung in ein Treuverhältnis zueinander. Sie werden dadurch zu gegenseitiger Unterstützung verpflichtet.

Im völligen Gegensatze hierzu steht die kapitalistische Wirtschaftsordnung. In ihr hat statt des Landes die führende Rolle das Geld. Es ist das Hauptproduktionsmittel geworden. Nicht als ob Kapital identisch wäre mit Geld. Aber alles wird in Geld gewertet, und mit Geld kann man alles kaufen, Land und Arbeitsinstrumente und Arbeitsleistungen. Auch produziert man nicht mehr ausschließlich für den Eigenbedarf. Oft produziert man gar nicht mehr, was zur Befriedigung der eigenen Be-

1) Siehe mein Buch „Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte“ 210—213.

dürfnisse dient. Man produziert ganz oder teilweise für den Verkauf,. Ebenso verbraucht jeder nicht nur das, was er selbst produziert hat; ein jeder erhält, was er braucht, in wachsendem Maße gegen Geldzahlung, nicht bloß die Sachgüter und Dienste, die er für persönliche Zwecke, sondern auch die, welche er zu weiterer Produktion nötig hat. Daher werden die Güter nicht mehr mit Rücksicht auf ihre technischen Eigenschaften ins Auge gefaßt, sondern als Verkörperungen von Geldwert, und ebenso die Produktionsmittel, die bei ihrer Herstellung Verwendung finden. Das gilt sowohl für die dabei verwendeten Sachgüter, als auch für die dabei verwendeten Arbeitsleistungen. Die ersteren erzeugt man nicht mehr ausschließlich selbst, oder, wo man es tut, stellt man ihren Geldwert in Rechnung. Die Verfügung über die benötigten Arbeitskräfte erwirbt man nicht mehr, indem man Sklaven hält oder andere durch Beleihung mit Land zu Diensten verpflichtet, sondern indem man vom freien Arbeiter dessen Arbeitsleistungen kauft. Das die Menschen verbindende Band ist nicht mehr das auf Landleihe beruhende Treuverhältnis, sondern ein auf Leistung und Barzahlung lautender Vertrag unter Gleichberechtigten; keiner ist mehr dem anderen zu mehr verpflichtet, als er bei Abschluß des Vertrags auf sich nimmt; und sowohl beim Kauf der zur Produktion benötigten Sachgüter als auch der dazu nötigen Arbeitsleistungen sind Käufer und Verkäufer von dem Bestreben erfüllt, je nach Gelegenheit, ihren Vorteil bestmöglich wahrzunehmen. Vor allem gilt dies für den, der neue Güter produziert. Denn davon, daß er die zur Produktion nötigen Elemente billig kauft und die mit Hilfe derselben hergestellten Produkte teuer verkauft, wird die Höhe seines Gewinns bedingt, und sein Streben geht nach dem größtmöglichen Gewinn. Was ihn zum Ankauf dieser Produktionselemente befähigt, ist sein Kapital. Kapital nennen wir das dem Erwerbe dienende Vermögen, welches rechnerisch als werbende Geldsumme gebucht wird. Kapitalistische Unternehmung, die Wirtschaftsform, deren Zweck es ist, ein Sachvermögen durch eine Reihe von

Vertragsabschlüssen über geldwerte Leistungen und Gegenleistungen zu verwerthen, und kapitalistische Wirtschaftsordnung die, in welcher die kapitalistische Unternehmung die spezifische Wirtschaftsform ist (Sombart).

Wir haben im vorigen Buche gesehen, wie die kapitalistische Unternehmung die feudale Wirtschaftsordnung zu untergraben begonnen hat in dem Maße, in dem ausgehend vom Handel die Produktion statt für den Eigenbedarf für den Verkauf auf einem Markte stattgefunden hat. Aber weit früher schon, als der Kapitalismus die Produktion umgestaltet hat, ist er auch in England in die bei allen Völkern älteste, auf den Erwerb gerichtete Tätigkeit der Freien, in die Kriegsführung, eingedrungen. Ich habe schon oben erzählt, daß Wilhelm I. nicht mit Hilfe seiner auf Grund der Lehnspflicht dienenden Vasallen, sondern mittels geworbener Truppen Harold besiegt hat. Nicht die Lanze oder das Schwert eines Ritters, sondern der Pfeil eines Bogenschützen hat König Harold getötet. Ich habe schon von den außerordentlichen Geldschätzen gesprochen, die Wilhelms Sohn Heinrich, der „*mirabilis militum mercator et solidator*“ im Ankauf von Kriegsdiensten von Söldnern angelegt, und wie er mit Hilfe seines Söldnerheeres seine unbotmäßigen Vasallen sich unterworfen hat, und wie Heinrich II. mit gleichen Mitteln die Souveränität des englischen Königtums für so lange stabilisiert hat, als sein Reichthum durch seine Söhne nicht verschwendet worden war. Die Siege, welche Eduard III. und Heinrich V. in Frankreich erfochten haben, haben sie mit Söldnerheeren gewonnen. Die Männer, die bei Crecy die Feldartillerie bedient haben, und die Bogenschützen, die da und bei Poitiers dem schwarzen Prinzen den Sieg verschafft haben, sind Söldner gewesen, und der Pfeilregen, der bei Azincourt elftausend Franzosen niederstreckte, kam von geworbenen Truppen. Diese Söldnerheere setzten einen außerordentlich großen Geldaufwand voraus, und wir haben kennen gelernt, wie die Könige seit Eduard I. durch Schuldenmachen und durch Verkauf der Interessen der einheimischen Kaufleute an die Fremden und seit

Eduard III. außerdem durch Treubruch bei der Verwertung beschlagnahmter Wolle sich die Mittel verschafft haben, ihre Kriege zu führen.

Die neue Zeit beginnt aber eigentlich erst mit Eduard IV. Mit ihm beginnt die systematische Verdrängung dessen, was von feudaler Wirtschaftsordnung noch übrig war, durch den Kapitalismus auch auf dem Gebiete der Staatsfinanzen und die Vorbereitung der auf Wahrung der Interessen des Bürgertums sich stützenden absoluten Herrschaft des Hauses Tudor. Darauf folgt auf dem Gebiete der Staatswirtschaft der Kampf zwischen Bürgertum und Königtum um die Herrschaft unter dem Haus Stuart. Mit Wilhelm III., dem Oranier, steht der Sieg des Parlaments fest; es herrschen völlig kapitalistisch denkende Adelsfaktionen in bürgerlichem Interesse, bis gegen Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts abermals eine neue Lehre das Wirtschaftsleben zu beeinflussen beginnt.

Mit dem Siege Eduards IV. bei Tewkesbury am 14. April 1471 beginnt die neue Monarchie. Mit diesem Siege trat nicht nur das legitime Thronrecht des Hauses York an Stelle des parlamentarischen Rechtstitels des Hauses Lancaster, sondern es sind die fünfundzwanzig Jahre, in denen das Haus York die Krone trägt, noch in zwei anderen Beziehungen von Bedeutung. Die eine ist, daß mit dem Sturze des Hauses Lancaster der große Abschnitt der englischen Geschichte endet, in dem der Grundbesitz für die Staatswirtschaft und der Grundbesitzer für den Staat der wichtigste Faktor ist; die zweite ist, daß mit dem Hause Lancaster eine lange Periode der Übermacht des Parlaments endet, mit dem auf das Haus York folgenden Heinrich VII. die über ein Jahrhundert dauernde Herrschaft eines auf das bürgerliche Element sich stützenden absoluten Königtums anfängt. Das Haus York dient in beiden Beziehungen als die Periode des Übergangs.

Der Krieg der beiden Rosen hat nämlich eines der Baronengeschlechter nach dem anderen hinweggeräumt. Die Namen der zum Parlamente Berufenen zeigen von Parlament zu Parlament eine Abnahme der alten Familien.

Aus der Überlieferung, daß Eduard IV. vor der Schlacht seinem Heere zugerufen habe, die großen Adeligen totzuschlagen, aber den kleinen Adel und die Bürgerlichen zu schonen, erkennt man die Absicht, die Eduards Politik geleitet hat. Was zu Beginn seiner Regierung an Baronengeschlechtern noch übrig war, ist dann teils durch Hinrichtungen, die Eduard IV. vornehmen ließ, teils in den unter ihm und Richard III. stattgehabten Kämpfen untergegangen. Von dem Einfluß des Parlaments aber hat sich Eduard befreit, indem er seinen Schatz bis zu einem Betrage gefüllt hat, wie ihn seit Jahrhunderten kein König besessen hatte, und indem er Kriege, die außerordentliche Ausgaben erfordert hätten, vermied. Bei seinem Regierungsantritt populär, hat er gegen Zustimmung zu gewissen Handelsgesetzen die Bewilligung der Abgaben von Wein, Wolle und Waren für Lebenszeit erlangt. Dann hat er sich durch Konfiskation der Güter seiner von ihm hingerichteten Gegner in Besitz von beinahe einem Fünftel des Landes gesetzt. Ähnliches war schon von seinen Vorgängern geschehen. Eine Neuerung von weittragender Bedeutung ist dagegen seine Erfindung von Benevolenzen, d. h. von Geschenken an den König, zu deren Entrichtung er die Untertanen je nach ihrem Vermögen veranlaßt und die er zwangsweise, teilweise persönlich erhoben hat. Außerdem hat er selbst Handel in großem Maßstab getrieben. Seine Schiffe, mit Zinn, Wolle und Tuch beladen, haben den Namen des Kaufmann-Königs in den Häfen Italiens und der Levante berühmt gemacht. Er aber ist durch alle diese Maßnahmen finanziell so unabhängig geworden, daß er fünf Jahre lang ohne Parlament regieren konnte, und als, nachdem er jung gestorben, und nach dem kurzen Intermezzo Eduards V. und Richards III. Heinrich VII. den Thron bestieg, hat dieser den Boden geebnet gefunden, auf dem er und seine Nachfolger ihre tatsächlich unbeschränkte königliche Gewalt aufbauen konnten.

Das Schießpulver hatte Heinrich VII. von der Gefahr befreit, daß, wie zur Zeit der Rosenkriege, ein unzufriedener Großer seinen Panzer anschnallte und mit seinen

Abhängigen den König überfiel; gegen seine Kanonen konnte die alte Kriegführung nicht aufkommen. Die Unabhängigkeit seiner Einnahmen brachte ihm die Unabhängigkeit vom Parlamente. Nachdem er als Sieger über den verhaßten Richard III. eingezogen war, hat er, wie schon Eduard IV., die Bewilligung der Abgaben von Wein Wolle und Waren für Lebenszeit erlangt, eine Bewilligung, die von da ab jedem Monarchen bis Karl I. beim Antritt seiner Regierung zuteil geworden ist. Dann aber entpuppte er sich als geriebener Finanzmann. Hallam¹⁾ bestätigt das zitierte Wort Machiavellis, daß der Mensch eher den Tod seines Vaters, als den Verlust seines Vermögens verzeihe, wenn er bemerkt, daß dieselben Engländer, die damals, ohne viel Anstoß zu nehmen, es hingehen ließen, wenn ein Unschuldiger ins Gefängnis gesetzt oder aufs Schaffot geführt wurde, zweimal in gefahrdrohenden Aufständen gegen die Ausschreibung allgemeiner Steuern sich aufgelehnt haben. Um die Ärmern zu schonen, schritt daher Heinrich VII. zur Erhebung von Benevolenzen von seinen wohlhabenden Untertanen und fand dabei in seinem Premierminister, dem Erzbischof Morton, einträgliche Unterstützung. Kaufleuten und anderen, die gut lebten, pflegte dieser zu sagen, daß ihr Reichtum vermöge ihrer Ausgaben offenkundig sei; denen aber, die sparsam lebten, sagte er, daß sie vermöge ihrer Sparsamkeit reich geworden sein müßten, und jeder mußte daran glauben. Dafür hat sich Heinrich VII. in allen Handelsvertragsverhandlungen als zäher Verteidiger der englischen Tuchfabrikation und der übrigen englischen Gewerbzweige gezeigt und, wo nicht die auswärtige Politik ihm Rücksichten auferlegte, deren Interessen schonungslos zur Geltung gebracht. Außer durch Benevolenzen hat er durch rücksichtslose Konfiskation des Vermögens politischer Gegner, durch ein raffiniertes System von Geldstrafen, durch den Verkauf von Begnadigungen an Verbrecher und durch Ämterverkauf

1) Hallam, Constitutional History of England, Paris 1827, I 17.

sich ein Einkommen verschafft, das ihn von jeder parlamentarischen Geldbewilligung unabhängig gemacht hat; es wird auf 400 000 £ im Jahr geschätzt¹⁾. In den letzten dreizehn Jahren seiner Regierung hat er das Parlament nur zweimal berufen. Bei seinem Tode soll er einen Schatz von 1 800 000 £, gleich etwa 7 Millionen £ heutigen Geldes, hinterlassen haben.

Diesen von seinem Vater angesammelten Schatz hat Heinrich VIII. verschwendet. Er hat daher die verhaßte klassifizierte Kopfsteuer wieder eingeführt. Unter ihm ist auch das System der unter dem Namen von Benevolenzen stattfindenden willkürlichen Eintreibung von Abgaben auf den Höhepunkt gebracht worden; und grausam war die Rache des Königs, wenn jemand die Zahlung verweigerte. Erst ein Volksaufstand in mehreren Grafschaften hat diesen Erpressungen Schranken gezogen. Heinrich VIII. ist in seiner Politik durch den überlegenen Geist seiner Minister, zuerst des Kardinals Wolsey, und noch mehr durch den Thomas Cromwells, unterstützt worden. Dieser, angeblich der Sohn eines armen Schmieds, hatte in Italien als gemeiner Soldat im Kriege gedient, war dann Handelsagent eines großen italienischen Kaufmanns geworden und hatte sich in Italien mit dem Geiste der italienischen Renaissance, mit dem Caesar Borgias und Machiavellis erfüllt. 1512 finden wir ihn als Wollhändler in Middleburg, dann als Notar und Geldverleiher in England, dann als Mitglied des Parlamentes und als Geschäftsmann des Kardinals Wolsey. In dieser Weise politisch und wirtschaftlich vorgebildet ist er nach Wolseys Sturz der Hauptratgeber Heinrichs VIII. geworden. Als solcher hat er die Politik des Königs mit Machiavellismus durchtränkt. Sein Ziel war die absolute Herrschaft des Königs. Er hat sie mit echt Machiavellistischen Mitteln verwirklicht, hat die Kirche zertrümmert, die, nach Vernichtung des Adels, dem König

1) George Browning, *The domestic and financial condition of Great Britain*, London 1834, 500. Auch die weiteren Ziffern betreffend Staatseinnahmen und Staatsschulden sind diesem Werke entnommen.

allein noch Widerstand leistete, die Klöster aufgelöst und die Ländereien der Kirchen und Klöster, sowie die der beiden Universitäten und die milden Stiftungen konfisziert¹⁾ und eine Schreckensherrschaft geführt, vor der alles zitterte. Nach Burnet hat er Heinrich den Rat gegeben, seinen neuen Adel mit dem geraubten Kirchengut auszustatten, um zu verhindern, daß er zum Katholizismus zurückkehre²⁾. Den gleichen Geist hat er auch in allen Handelsvertragsverhandlungen Englands betätigt, um alle, der Ausbreitung von dessen Macht entgegenstehenden historisch erwachsenen Hemmnisse zu beseitigen, bis auch er, weil er Heinrich die wenig reizvolle Anna von Cleve als Gemahlin empfohlen hatte, des Königs Gunst verscherzte und ihn das Schicksal derjenigen erreichte, die des Königs Gnade verloren hatten. Aber seine Politik ist auch nach seiner Hinrichtung die Heinrichs geblieben. In seiner Machtfülle konnte dieser vom Parlamente Steuern und sonstiges Beliebige verlangen. Nur in einem einzigen Falle während der Dauer seiner Regierung haben die Gemeinen einem in seinem Namen eingebrachten Gesetzentwurf die Zustimmung versagt. Seine Regierung bildet den Höhepunkt der absoluten Herrschaft des Königtums in England. Des Königs Wille galt als Gesetz, und das Parlament ging in

1) Darüber schreibt Arthur H. Johnson in *The Disappearance of the Small Landowner*, Oxford 1909, 78: „Durch die Auflösung der Klöster ist Land im damaligen Geldwert von £ 140 000 jährlich oder einem Kapitalwerte von £ 2 800 000 konfisziert worden. Dieses Land wurde folgendermaßen verteilt:

	Jahreswert	Kapitalwert
an Bistümer und Korporationen	£ 21 000	£ 420 000
von der Krone verpachtet	£ 50 000	£ 1 000 000
verkauft oder an Höflinge, Beamte und andere verschenkt	£ 69 000	£ 1 380 000

Das wäre zum mindesten mit 12 zu multiplizieren, um den heutigen Geldwert festzustellen. Danach ist Land, das im heutigen Werte jährlich ungefähr £ 820 000 brachte oder £ 16 500 000 wert war, sofort an rund tausend Personen verteilt worden; das übrige Land, das zunächst verpachtet worden ist, ist größtenteils bis Ende der Tudorperiode verkauft worden.“

2) Siehe Johnson 79.

seiner Servilität so weit, daß es erklärte, was der König mit Zuziehung des Staatsrates verordne, habe dieselbe Kraft wie ein Reichsstatut. Sinclair¹⁾ schätzt die jährlichen Einnahmen der Krone unter Heinrich VIII. auf 800 000 £. Das Bürgertum aber, das die Benevolenzen und Steuern hauptsächlich zahlen mußte, wurde, wie schon unter Heinrich VII., durch die weitestgehende Sorgfalt für seine gewerblichen und Handelsinteressen entschädigt.

Diese Politik wurde von den Kindern Heinrichs VIII., von Eduard VI., Maria und Elisabeth, beibehalten. Sie haben allerdings nicht dieselbe unbeschränkte Herrschaft, die ihr Vater über das Parlament geübt hat, aufrechtzuerhalten vermocht und daher, um ihren Einfluß in diesem zu stärken, fortwährend neuen Städten das Wahlrecht verliehen. Immerhin waren sie durch die beiden Haupteinnahmequellen, die ihr Vater eröffnet hatte, die Plünderung der Kirchen, Klöster und milden Stiftungen und durch den Handel mit Monopolen so unabhängig geworden, daß sie, im Widerspruch mit allen Verfassungsgesetzen, für die Krone sogar ein unbeschränktes Recht der indirekten Besteuerung praktisch und theoretisch beansprucht haben. Dagegen sind seit jenem Aufstande unter Heinrich VIII. direkte Steuern ohne Parlamentsbewilligung nicht erhoben worden. Das Jahreseinkommen der Krone wird unter Eduard VI. auf 400 000 £, unter Maria auf 300 000 £, unter Elisabeth auf mehr als 500 000 £ geschätzt.

Die große Sparsamkeit Elisabeths hat es ihr ermöglicht, während der größeren Zeit ihrer Regierung mit nur geringen direkten Steuern auszukommen und so ihre eifersüchtig gehütete Prärogative vor jeder Schmälerung durch das Parlament zu bewahren; in den letzten Jahren ihres Lebens ist sie aber des öfteren genötigt gewesen, sich an das Parlament mit der Bitte um direkte Steuern zu wenden. Dementsprechend ist auch der Einfluß des Parlaments wieder gewachsen.

1) Sir John Sinclair, *The History of the Public Revenue of the British Empire*, 3. ed. London 1804.

Während das Unterhaus 1571 seine Erörterung über den auf dem Lande infolge des Monopolienhandels der Königin lastenden Druck auf Geheiß der Königin hatte abbrechen müssen und die Redefreiheit des Parlamentes in den folgenden Jahren schnöde unterdrückt worden ist, haben sich dreißig Jahre später, 1601, die Gemeinen einen Sturm auf die Monopole erlaubt. Lawrence Hyde brachte einen Gesetzentwurf ein, in dem Monopole für ungesetzlich und erpresserisch erklärt wurden. Die Debatte darüber hat sich durch großen Freimut ausgezeichnet¹⁾. Die Gewährung von Monopolen wurde für nachteilig für die Majestät, hassenswert für den Untertan und schädlich für das Gemeinwohl erklärt, die Monopolberechtigten als Blutsauger des Commonwealth bezeichnet. Die Königin erkannte den Ernst der Lage und zeigte ungewöhnliche Geschicklichkeit in der Bekämpfung der Krisis. Hydes Gesetzentwurf wurde im Unterhause gut aufgenommen und gelangte bis zur dritten Lesung. Da richtete Elisabeth eine Botschaft von außerordentlicher Schlaueit an das Haus. Sie sehe ein, daß die von ihr erteilten Patente dem Volke zum Nachteile gereichten; sie sollten sofort einer Untersuchung unterworfen und keines aufrechterhalten werden, dessen Gesetzmäßigkeit und Nützlichkeit für das Volk nicht vorher festgestellt worden sei; sie sei bereit, ihr Volk gegen jede Art von Benachteiligung zu verteidigen, und werde sofort Abhilfe, wo sich solche Übel herausstellten, zuteil werden lassen. Der Ton der Botschaft hat die Unzufriedenheit für den Augenblick eingedämmt. Das Unterhaus verzichtete darauf, die königliche Prärogative, Monopole zu verleihen, in Frage zu stellen; das entsprach der Abneigung der Engländer gegen theoretische Diskussionen, wo kein praktisches Interesse an solchen vorliegt. Drei Tage darauf suspendierte Elisabeth alle monopolistischen Patente, bis ihre Legalität festgestellt sei. Das ganze Haus begab sich nach Whitehall, um ihr für die prompte Abhilfe zu danken.

1) Sie ist abgedruckt in Tawney and Power, Tudor Economic Documents II 269 ff.

Mit dem bald darauf, 1603, erfolgten Tode Elisabeths hat die Periode der unangefochtenen absoluten Königsherrschaft in England ihr Ende erreicht, und die darauf folgende Zeit bis zur Thronbesteigung Wilhelms III. ist zu betrachten als der Kampf der Mittelklassen um Befreiung von dem absoluten Regiment. Die Anschauungen Jakobs I. über die Prärogative des Königs haben sich auf wirtschaftlichem Gebiete ebenso wie auf jedem anderen geltend gemacht, und obwohl er nicht selten überraschende staatsmännische Fähigkeiten zeigte, wie in seiner frühen Befürwortung der Union von England und Schottland, so doch noch öfter Mangel an praktischem Verstand. In dem Kampfe um die absolute Königsherrschaft hat die größere Hälfte des hohen und des niederen Adels auf Seite des Königs gestanden; auf der entgegengesetzten Seite standen die gewerbetreibenden Städte und die Bauern unter der Führung einiger Lords und Männer der Ritterschaft. Es war vorauszusehen, daß das Königtum unterliegen werde. Trotz aller Sparsamkeit Elisabeths waren die Schulden der Krone in ihren letzten Regierungsjahren wieder gewachsen; unter Jakob I. sind die Ausgaben in beunruhigendem Maße gestiegen; Michaeli 1608 betrugen die Schulden £ 1 400 000, eine für jene Zeit außerordentlich hohe Summe¹⁾. Woher das Geld nehmen, um außer den wachsenden Ausgaben die Zinsen zu bestreiten? Das Kirchengut war vertan. Als Jakob I. zur Regierung kam, hat er zunächst noch mehr Patente als Elisabeth widerrufen; aber der Anspruch der Krone, Monopole verleihen zu dürfen, war nicht aufgegeben worden, und unter Buckingham hat das Unwesen wieder überhand genommen. Der König verlieh die drückendsten Monopole, um sie sofort zu widerrufen, wenn er die Hilfe des Parlaments nötig hatte. Sofort nach Schluß der Session hat er dann noch drückendere als die beseitigten verliehen. 1623 ist er darauf auf Drängen seiner Untertanen genötigt worden, alle auf Grund lediglich seiner Autorität verliehenen Mono-

1) W. R. Scott, *The Constitution and Finance of English, Scottish and Irish Joint Stock Companies to 1720*, Cambridge 1912, I 138, 139.

pole zu beseitigen, und ein von Coke eingebrachter Gesetzentwurf, wonach die Richter und nicht der Rat der Krone über die Regeln für Verleihung von Monopolen zu entscheiden haben, wurde angenommen. Damit ist auch der Willkür der Krone entzogen worden, sich durch den Verkauf von Monopolen Geld zu verschaffen. Kleine Hilfsmittel, wie der Verkauf von Korporationsrechten, Lizenzen, sogar von Adelstiteln¹⁾ zeigten sich angesichts der mit den auswärtigen Kriegen und der Pracht des Hofes wachsenden Staatsausgaben unzureichend. Das Jahreseinkommen der Krone betrug unter Jakob I. ungefähr 600 000 £. Somit blieb dem König nichts, als das Parlament um die Bewilligung von Steuern anzugehen, das diese nur gegen einen Einfluß auf die Regierung, der dem König unerträglich schien, zugestehen wollte. Nun hat Jakob I. durch willkürliche Erhebung der Zölle, ähnlich wie dies Maria und Elisabeth getan, sein selbständiges Einkommen zu mehren gesucht. Allein, wenn die Gemeinen schon unter Elisabeth das Recht der Krone zur einseitigen Erhebung indirekter Steuern bestritten haben, so entwarfen sie jetzt ein Gesetz, das die Erhebung von Zöllen, die das Parlament nicht bewilligt habe, für gesetzwidrig erklärte. Das Oberhaus hat diesen Gesetzentwurf verworfen, und als das Unterhaus ihn im darauffolgenden Jahre wiederholte, wurde es aufgelöst, so daß die Frage unter Jakob I. unentschieden geblieben ist. Allein sofort zu Beginn von Karls I. Regierung ist sie wieder aufgenommen worden, und Karl hat sich genötigt gesehen, sich in die Entscheidung derselben zu Ungunsten der Krone zu finden. Nun wurden die verwerflichsten Mittel ergriffen, um sich auf anderem Wege als durch Besteuerung Geld zu verschaffen. Ungeheure Strafgelder wurden wegen Widerstandes gegen den königlichen Willen erpreßt; die im Tower hinterlegten Gelder der Kaufleute wurden wider-

1) Die Würde eines Barons, Viscounts, Earls kostete von zehn bis zwanzigtausend £. Die eines Baronets war für 1000 £ zu haben. Es sind 93 solche Titel verkauft worden (G. Browning 504).

rechtlich konfisziert; die durch Gesetz abgeschafften Monopole wurden in weit größerem Umfang, als sie je bestanden hatten, wieder erneuert. Die Gesellschaften, die sie ausbeuteten, zahlten eine große Summe für die Verleihung des Monopols und eine feste Abgabe von ihrem Gewinn. Wein, Seife, Salz und beinahe jeder häusliche Verbrauchsartikel wurde monopolisiert und stieg derartig im Preise, daß derselbe in keinem Verhältnis zum Vortheile stand, den die Krone daraus zog. In den Häfen wurden ungesetzliche Zölle erpreßt und der Widerstand der Londoner Kaufleute, sie zu zahlen, streng unterdrückt. So ging es fort, bis 1635 der Versuch, ohne Genehmigung des Parlamentes sogar eine direkte Steuer, das zu welt-historischer Berühmtheit gelangte „Schiffsgeld“ — die Verwandlung der seit den Tagen der angelsächsischen Könige von den ans Meer grenzenden Grafschaften erhobenen Abgabe in eine allgemeine Steuer — einzutreiben, den Anlaß zu der Bewegung gegeben hat, die mit der Hinrichtung Karls und der Einführung der Republik endete. Das Einkommen der Krone hat unter Karl I. im Durchschnitt der Jahre 895 819 £ betragen.

In den darauf folgenden elf Jahren der Republik sind im Gegensatz zu den feudalen Anschauungen von König und Adel die der puritanisch gesinnten Mittelklassen durch Oliver Cromwell zur Geltung gebracht worden. Die Kosten des Bürgerkrieges waren durch freiwillige Opfer von außerordentlichem Betrag seitens beider Parteien bestritten worden. Alle Silbergefäße des Landes sind während dieser Zeit in den Schmelztiegel gewandert. Dann hat Cromwell mit der Beseitigung des Lehenssystems auch jene den Lehensträger bedrückenden Lasten, die Abgaben beim Besitzwechsel, das Recht der Krone auf Bezug der Einnahmen während der Vormundschaft über ein Mündel und das Recht der Verheiratung der Töchter, sowie das Rückfallrecht an die Krone bei fehlenden Erben beseitigt. Aber die Kriege, die Cromwell zu führen hatte, haben die Staatsausgaben in bisher unerhörtem Maße gesteigert und damit die Steuerlast. Um sich Geld zu verschaffen, hat er im

Januar 1652 die Kronländereien verkauft; aber es wurde nur das Fünffache ihres Ertrages erlöst¹⁾; sie wurden also verschleudert. Er hat dann die Akzise, d. h. die Steuer auf Lebensmittel und im Inland gefertigte Ware, die bis dahin von der Bevölkerung mit Entrüstung zurückgewiesen worden war, mit Schweres Gewalt eingeführt; nachdem die Steuer auf Fleisch und Salz beseitigt worden, ist sie vom Parlament gebilligt und seitdem eine Hauptstütze des britischen Steuersystems geworden. Auch fand die Einschätzung der Steuerpflichtigen nicht mehr nach ihrem Aufwand, sondern nach dem, was sie wert waren, statt. Während sechs Jahren mußte jeder den Wert einer wöchentlichen Mahlzeit entrichten. Die Ein- und Ausfuhr waren mit hohen Zöllen belegt²⁾. Trotzdem waren die Finanzverlegenheiten Cromwells groß. Auch er mußte Anleihen aufnehmen; Ende 1655 betrug die Staatsschuld nahezu £ 800 000³⁾. Nach Sir John Sinclair hat sich der vom Parlament während der Republik erhobene Betrag auf 83 331 489 £ belaufen, nach Chalmers⁴⁾ auf 95 512 095 £. Mit welcher Einsicht Cromwell sofort, nachdem er die Zügel der Regierung ergriffen hatte, die wirtschaftlichen Interessen der Mittelklassen zu fördern bemüht gewesen ist, wird später erzählt werden.

Mit der Restauration der Stuarts sind auch die alten, zwischen Krone und Parlament schwebenden finanziellen und konstitutionellen Fragen zurückgekehrt. Das Einkommen der Krone wurde auf £ 1 200 000 auf Lebenszeit Karls II. festgesetzt⁵⁾. Aber bei der Verschwendung, die an seinem Hofe herrschte, war dies unzureichend, um die Ausgaben zu decken, zumal da Karl Kriege führte; von Jahr zu Jahr sind parlamentarische Geldbewilligungen

1) Scott I 245, 246.

2) Stephen Dowell, A History of Taxation and Taxes in England, London 1888, II Chapt. 1.

3) Scott I 258, 259.

4) George Chalmers, An Estimate of the Comparative Strength of Great Britain, 1802, 44.

5) Dowell II 15.

nötig gewesen. Die unter Cromwell abgeschafften feudalen Rechte der Krone wurden nun wieder geltend gemacht. Sie hatten aufgehört, von großem finanziellen Werte zu sein. Allein das Recht der Vormundschaft über Erbinnen von Lehengütern und insbesondere ihrer Verheiratung ermöglichte dem Herrscher, einen lästigen Einfluß auf die persönlichen Angelegenheiten eines Grundbesitzers zu üben. Das Parlament war daher bereit, diese feudalen Rechte abzulösen. Der König war gegen Bewilligung von £ 100 000 jährlich zum Verzicht bereit. Die Summe sollte ursprünglich durch eine Steuer auf die von den Feudallasten befreiten Güter aufgebracht werden, wurde aber schließlich in wenig gerechter Weise durch eine allgemeine Akzise beschafft¹⁾. Des weiteren hat Karl II. 1662 die verhaßte Herdsteuer wieder eingeführt; sie brachte £ 170 000 im Jahr²⁾. Aber all' das war unzureichend, um die Ausgaben zu decken. Auch die Hoffnung, daß ein Teil des Krieges von 1665—1667 durch Kaperei gedeckt würde, zeigte sich als illusorisch; der Ertrag war verhältnismäßig dürftig³⁾; dasselbe gilt von der Wiederaufnahme des Verkaufs von Kronländereien. Darauf erfolgte die weitere Erhöhung der Besteuerung von Wein, Bier und der Gerichts- und Notariatsgebühren⁴⁾. Da alles nichts nützte, hat am 18. Dezember 1671 das Schatzamt seine Zahlungen eingestellt; die Hälfte der Bankiers wurde als Folge bankrott; der Ruin erstreckte sich auf die Kaufleute und erreichte die Witwen und Waisen. Ungefähr 10 000 Familien gerieten in Mitleidenschaft⁵⁾. Um sich dem verhassten Einfluß des Parlamentes zu entziehen, hat Karl II. es sogar vorgezogen, 1672 950 000 £ von Ludwig XIV. zu erhalten, wofür er mit Holland Krieg führte⁶⁾, und 800 000 Kreuztaler, ungefähr 300 000 £, von Holland, um Frieden zu schließen. Der Gesamtbetrag der von Karl II. während der 24 Jahre seiner Regierung erhobenen Summen beziffert sich auf

1) Dowell II 18, 19.

2) Ebenda 27.

3) Scott I 285.

4) Dowell II 28.

5) Scott I 287.

6) Ebenda 289.

53 824 492 £ oder ungefähr 2 242 500 £ im Jahre¹⁾. Schließlich hat seine Politik sich darauf gerichtet, durch Änderung der Verfassung der Städte, seiner Hauptgegner, zu bewirken, daß nur mehr ihm ergebene städtische Vertreter ins Parlament entsendet würden. Der Plan ist gelungen, und wenn auch Karl II. das so gewählte Parlament nicht mehr erleben sollte, so hat doch Jakob II. den Vorteil gehabt, daß ihm von demselben ein Einkommen von £ 2 000 000 bewilligt worden ist, was ihn für Lebenszeit von jeder weiteren parlamentarischen Geldbewilligung unabhängig gemacht haben würde. Sofort hat er absolut zu regieren begonnen. Allein der Beschluß des durch Korruption zusammengebrachten Parlaments ist vom Volke nicht bestätigt worden. Es rief Wilhelm von Oranien, und alles fiel dem Träger des konstitutionellen Gedankens zu. Der Kampf zwischen Krone und Parlament hat in der unbedingten Anerkennung des Bestimmungsrechts des Parlaments über Einnahmen und Ausgaben und der darauf begründeten Verfassung von 1688 seinen Abschluß gefunden.

Der Schwerpunkt des politischen Lebens hat von da ab, mit Ausnahme eines kurzen Intermezzos vom Antritt der Regierung Georgs III. bis zum Ausbruch seiner Geisteskrankheit²⁾, nicht mehr im Ringen von Königtum und Parlament um die Macht bestanden. Das Übergewicht des Parlaments über die Krone stand nun nicht mehr ernstlich in Frage. Mit der endlich wirksamen Sicherung der sogenannten Appropriationsklausel, d. h. mit der Durchführung des mit jedem Finanzgesetz an das Finanzministerium unter Androhung strenger Strafen gerichteten Verbots, irgendwelche Gelder zu anderen als den gesetzlich bestimmten Zwecken zu verausgaben, hat das Unterhaus eine so wirksame Kontrolle über die Exekutive erhalten, daß, mit Ausnahme der gedachten Periode zu Beginn der Regierung Georgs III., nunmehr kein Ministerium existieren konnte, das nicht aus der Mehrheit des

1) Browning 506, 507.

2) Lecky, Hist. of England III 11 ff.

Unterhauses genommen gewesen wäre. Das politische Interesse knüpft sich nun nicht mehr an die Namen der aufeinander folgenden Könige, sondern an die der sich folgenden Ministerien. Es entsteht die Parteilregierung. Den Schwerpunkt des politischen Lebens bildet von nun an die Frage der Machtverteilung unter die verschiedenen im Parlament vertretenen und nach Vertretung in demselben strebenden Adelsfraktionen.

Haben nämlich die bürgerlichen Klassen die ganze Last des Kampfes zwischen König und Parlament im 17. Jahrhundert getragen, so kommen sie mit dem Triumphe des Parlamentes i. J. 1688 doch noch nicht zur unmittelbaren Herrschaft im Staate. Zwar stehen ihre Interessen im Vordergrund und bestimmen hauptsächlich die englische Politik im Innern und nach außen. Allein die Leitung dieser Politik findet sich hauptsächlich in Händen des Adels, der mittels der rotten boroughs und durch geregelte Bestechung bei den Wahlen sich im Unterhause eine sichere Mehrheit erhält. Aber Interessen und Anschauungen der beiden Adelsparteien, die sich in der Regierung abwechseln, sind völlig die des kapitalistisch denkenden Bürgertums geworden. England hat im 18. Jahrhundert vier große Kriege geführt: den spanischen Erbfolgekrieg (von 1701—1714) — er hat 50 Millionen £; den spanisch-englischen Krieg um den Handel mit den spanischen Kolonien (von 1739—1748) — er hat 43 Millionen £; den siebenjährigen Krieg (1756—1763) — er hat 82 Millionen £; und den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (1775—1783) — er hat 97 Millionen £ gekostet; zusammen haben die vier Kriege das Land 272 Millionen £ gekostet. Alle diese Kriege sind Kriege wesentlich kapitalistischer Art gewesen; an sich war es den Engländern gleichgültig, wer in Spanien oder Österreich herrschte; nicht gleichgültig aber war es ihnen, daß nicht das spanische und französische Kolonialreich in einer Hand vereint würden, nicht gleichgültig, daß Spanien andere Nationen von Handel mit seinen Kolonien ausschloß, nicht gleichgültig, daß seine eigenen

Kolonien in Nordamerika eine eigene wirtschaftliche Politik verfolgten. Das 18. Jahrhundert ist für England die Zeit des großartigsten Industrieschutzes, der engherzigsten Kolonialpolitik, des Strebens nach einseitig günstigen Handelsverträgen, kurz die Zeit, in der für die englische Politik die Bezeichnung „Krämerpolitik“ aufkommt. Da es die gewerbe- und handeltreibenden Klassen seien, die von dieser Politik den Hauptvorteil hätten, sagte man, daß sie auch für deren Kosten aufzukommen hätten. Dementsprechend bildete die Haupteinnahmequelle des Staates an direkten Steuern vor allem die Landsteuer. Sie betrug der Annahme nach ein Fünftel des Ertrags von allem unbeweglichen und beweglichen Gute in Großbritannien¹⁾; in Wirklichkeit ist das bewegliche Gut davon frei geworden und nur mehr das Land dazu veranlagt worden²⁾. Andere direkte Steuern waren die Haussteuer und die Fenstersteuer, die Steuern von Mietwagen und die Hausiersteuer. An indirekten Steuern wurden erhoben Zölle; sie waren nicht nur auf Verbrauchsgegenstände, sondern auch auf Rohstoffe und Halbfabrikate gelegt, sowie auch auf die Ausfuhr heimischer Produkte. Daneben haben die Verbrauchssteuern auf Genußmittel aller Art und die Akzise auf verschiedenerlei gewerbliche Produkte eine immer mehr wachsende Rolle gespielt. Außerdem finden sich noch Gebühren, erhoben gelegentlich der Stempelung von Urkunden, und Gerichtsgebühren. Es waren also die Mittelklassen, welche die Hauptlast der Steuern zu tragen hatten.

Aber so hoch die Beträge waren, die an Steuern erhoben wurden, die Kosten der Verschwendung Karls II. und noch weniger die Riesenbeträge, welche die Kriege Wilhelms III., der Krieg mit Spanien, der siebenjährige Krieg und der amerikanische Unabhängigkeitskrieg kosteten, konnten nicht auf dem Wege der Besteuerung aufgebracht

1) Smith, *Wealth of Nation* V Ch. II p. I.

2) Dowell II 117, 118.

werden. Die zukünftigen Generationen wurden durch Aufnahme von Schulden zur Deckung von Ausgaben herangezogen, die angeblich auch ihnen zugut kamen. Als Karl II. starb, betrug die Staatsschuld, die er hinterließ, 2 800 000 £. Beim Tode Wilhelms III. hat sie 16 394 702 £ betragen und ihre Verzinsung hat jährlich 1 310 942 £ gekostet. Der Krieg unter der Königin Anna hat den Anlaß zur Aufnahme von Anlehen zu extravaganten Bedingungen gegeben; bei ihrem Tode betrug die Staatsschuld 54 145 363 £, der Jahresdienst der Schuld 3 351 358 £. Solches Anwachsen des Betrags, der allein zur Verzinsung vergangener Ausgaben mehr als die Hälfte der Staatseinnahmen — sie betrugen unter Georg I. 6 039 000 £ — in Anspruch nahm, drohte die Handlungsfreiheit des Staates zu lähmen. Das hat Sir Robert Walpole veranlaßt, nicht nur eine friedliche Politik zu verfolgen, sondern auch auf Tilgung der Kosten der vergangenen Kriege bedacht zu sein. Er hat 1716 auf Anregung des Grafen Stanhope dem Parlament die Errichtung eines Tilgungsfonds vorgeschlagen, und das Parlament beschloß, daß der Ertrag gewisser Steuern, der nach Abzug der zur Verzinsung bestimmter Anlehen nötigen Beträge bliebe, zu deren Tilgung verwendet werden solle; nachdem diese Anlehen getilgt seien, sollte der Ertrag dieser Steuern zur Tilgung anderer Staatsschulden verwendet werden. Während der 10 Jahre friedlicher Regierung unter Georg I. sind die Bestimmungen des Gesetzes auch gewissenhaft durchgeführt worden. Die Folge war, daß der Betrag der Schuld um 2 053 128 £ und der Jahresdienst derselben um 1 133 807 £ zurückging. Aber 1727 ließ die Beachtung des Gesetzes nach. Walpole setzte, um das Grundbesitzerinteresse zu gewinnen, den Betrag der Landsteuer herab und scheint seine Ansicht über öffentliche Schulden geändert zu haben; er sah in ihnen ein Mittel, um das Geldinteresse an die hannöversche Dynastie entgegen den Treibereien der Jakobiten zu fesseln. In den ersten 12 Jahren nach der Thronbesteigung Georgs II. ist die

Schuld allerdings noch um 5 137 612 £ und der zu ihrer Verzinsung nötige Betrag um 253 526 £ zurückgegangen. Aber der Krieg mit Spanien von 1739 bis 1748 hat die Sachlage völlig verändert. Steuern und Anlehen wetteiferten in der Zunahme. Die Steuern stiegen von 6 700 000 £ auf 8 500 000 £ im Jahr, die Staatsschulden um 31 338 689 £ und der zu ihrer Verzinsung nötige Betrag um 1 096 979 £ im Jahr. Als Georg III. 1760 den Thron bestieg, betrug die jährliche Staatseinnahme ungefähr 8 800 000 £; sie hat von da ab in jedem Jahre zugenommen; 1770 betrug sie 9 510 000 £, 1783 12 Millionen £. Das war den großen Fortschritten in der gewerblichen und landwirtschaftlichen Technik während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, von denen wir hören werden, zu danken. Aber diese Steigerungen waren nicht ausreichend, um die Kosten des siebenjährigen Kriegs und des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges zu decken. Die Staatsschuld war 1763 beim Ende des ersteren auf 146 682 844 £, 1783 beim Ende des letzteren auf 238 484 870 £, der zur Verzinsung nötige Betrag war 1763 auf 4 840 821 £, 1783 auf 8 319 905 £ gestiegen.

Einen Anteil an diesem Wachstum der jährlich zu zahlenden Zinsen hatte es, daß unter Georg II. die Praxis üblich wurde, statt zu dem jeweils herrschenden, zu einem stets gleichbleibenden Zinsfuß Anleihen aufzunehmen. Die Folge war, daß die Regierung, wenn der Marktzinsfuß höher als der Zinsfuß war, den sie zahlte, an Kapital weniger erhielt, als sie verschrieb, und bei Sinken des Marktzinsfußes nicht die von ihr aufgenommenen Anleihen vorteilhaft konvertieren konnte. Auch hat sich gezeigt, daß der Tilgungsfonds nur bei sinkendem Zinsfuß zur Entlastung des Steuerzahlers führte. Wenn man ein Anlehen, das zu niedrigem Zinsfuß aufgenommen worden war, aufzukaufen verpflichtet war, während man gleichzeitig ein neues zu höherem Zinsfuß aufzunehmen gezwungen war, mußte dies statt zur Erleichterung, zu stärkerer Bedrückung des Steuerzahlers führen.

Auf den Abschluß des Friedens zu Versailles im Jahre 1783, der den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg beendete, sind zehn Friedensjahre für England gefolgt, in denen der jüngere Pitt an die Herabsetzung der Steuern herantrat und auf die Tilgung der Staatsschuld ernstlich bedacht war. Das Land befand sich in großem wirtschaftlichen Aufschwung. Große Reformen waren auf allen Gebieten zu hoffen. Da kam die große französische Revolution und mit ihr ein zwanzigjähriger Krieg. Doch von all dem soll später die Rede sein.

21. Kapitel.

Die Weiterentwicklung des englischen Erbrechts.

Ich habe im vorstehenden Kapitel von dem Ringen der Barone mit der Krone um die Kontrolle der Staatswirtschaft und Staatsverwaltung erzählt. Was ihnen in diesem Ringen Halt verliehen hat, sind die Fideikomnisse gewesen, die 1285 durch das Gesetz *de donis conditionalibus* in England eingeführt worden sind. So sehr sie dem Rechtsgefühl der Bevölkerung und den Interessen eines intensiveren Anbaus des Bodens entgegen waren, und zu so viel Streitigkeiten sie Anlaß gegeben haben, so wären doch die Familien, die den Kampf gegen die Tyrannei der Krone geführt haben, ohne sie verloren gewesen. Das läßt sich aus den flammenden Worten erkennen, in denen noch dreihundert Jahre nach dem Erlaß des Gesetzes ein Parteigänger der Krone, der Lordkanzler Francis Bacon, über seine Wirkungen spricht¹⁾. Blackstone hat sie beredt wiederholt²⁾: „Kinder wurden ungehorsam, da sie wußten, daß sie nicht enterbt werden könnten; Pächter wurden aus den vom Fideikommißinhaber ihnen verliehenen Pachtungen vertrieben, denn, wenn solche Pachtungen rechtsgültig gewesen wären, wäre es möglich gewesen, die Deszendenz unter dem Vorwand langer Pachtverträge tatsächlich vom Fideikommißgenuß auszuschließen; die Gläubiger wurden um ihre Forderungen gebracht, denn wenn der Fideikommißinhaber seinen Besitz hätte verpfänden

1) Bacon's Works ed. Spedding VII 490.

2) Blackstone ed. Kerr II 98.

können, hätte er durch Belastung desselben mit seinem vollen Wert seine Deszendenz berauben können; eine große Anzahl heimlicher Fideikomnisse wurde vorgebracht, um Landkäufer des Landes, das sie ehrlich gekauft hatten, zu berauben; Hochverrat wurde ermuntert, da Fideikomnisse nicht für länger als für die Lebenszeit des Hochverrätters der Krone verfielen. So galten die Fideikomnisse mit Recht als eine Quelle neuer Unruhen und von Übelständen, die dem gemeinen Recht unbekannt seien, und wurden fast allgemein als der allgemeine Schaden des Reiches erachtet. Allein der Adel hing an dem Gesetze, da es den Familienbesitz vor Konfiskation schützte.“ Die großen Herren setzten den wiederholten Versuchen, das Gesetz wieder zu beseitigen, erfolgreichen Widerstand entgegen¹⁾. Da machte sich der Scharfsinn der Juristen daran, das Land durch Umgehung des Gesetzes von den ihm auferlegten Fesseln wiederum zu befreien.

Es gab drei Arten von Umgehungen. Eine Art war von Anfang an zulässig. Der Inhaber des Landes veräußerte dasselbe; da dies aber von seinem Erben nach seinem Tode angefochten werden konnte, übernahm der Verkäufer gleichzeitig eine für sich und seine Erben verbindliche Garantie, daß er den Erwerber in seinem Besitze erhalten werde. Focht der Erbe die Veräußerung an, so wurde er durch die Garantie genötigt, den Beklagten mit Land von gleichem Wert zu entschädigen²⁾.

Der Hauptausweg war aber seit dem 15. Jahrhundert die Umgehung der Fideikommißstiftung auf dem Wege der Common Recovery. Der Inhaber des gebundenen Landes beauftragte einen Freund, eine Klage gegen ihn anzustrengen dahin gehend, daß das Gut dem Kläger zugesprochen werde. Darauf erklärte der Verklagte, daß jemand anderes die Gewähr für die Gültigkeit seines Besitzrechtes übernommen habe, und nun wurde dieser andere aufgefordert, die gegen den Inhaber gerichtete Klage abzuwehren. Allein der angebliche Garant blieb am Verhand-

1) Pollock p. 80.

2) Pollock 82.

lungstage aus. Darauf erging das Urteil, daß der Kläger das Land und der verklagte Inhaber einen ihm entsprechenden Wert aus dem Land des Garanten empfangen solle. Wenn darauf der Landinhaber starb, konnte sein Erbe nicht auf Grund der fideikommissarischen Stiftung klagen. Tat er es doch, so begegnete er dem Einwand, daß sein Vorfahre für das fideikommissarisch gebundene Land eine Gegenleistung erhalten habe, die auf ihn als Erben übergegangen sein müsse¹⁾.

Es gab noch ein drittes und zwar älteres Mittel²⁾ zur Auflösung der Fideikomnisse: der Vergleich (*fine* von *finalis concordia* quia imponit finem litis). Ein Vergleich in einer Streitsache über Land vor Gericht abgeschlossen, schloß jedermann von dem Lande aus, der nicht innerhalb gewisser Zeit nach dem Vergleich das Land gerichtlich für sich in Anspruch genommen hatte. Allein die Wirkung dieser Methode war nicht so sicher und vollständig wie die Auflösung der Gebundenheit durch *Common Recovery*³⁾.

Diese letztere war, wie aus dem Dargelegten erhellt, eine Komödie. Indes die Mißstände der Fideikomnisse waren so groß, daß sie, wie Blackstone in den schon angeführten Worten sagt, als die allgemeine Landplage angesehen wurden. Dazu kam noch eine politische Erwägung. Eduard IV. hatte im Streite der Rosen die Erfahrung gemacht, daß Hochverratsprozesse auf Familien, deren Besitz durch Fideikomnisse geschützt war, keinen Eindruck machten. Dies veranlaßte ihn, der Umgehung der Fideikomnisse durch *Common Recovery* zuzustimmen. So wurde jene Rechtskomödie ein bei den Gerichten ganz übliches Mittel, um die Fideikomnisse aufzuheben. Allein wenn auch ausreichend, um die oben dargelegten Nachteile für die Rechtssicherheit von Käufern, Pächtern und Gläu-

1) Pollock 82—86.

2) I. Ric. III c. 7 und 4. Henr. VII c. 24. Vgl. auch Dalrymple, *History of feudal property*, 3. ed. London 1758, p. 166 ff.

3) Pollock 87.

bigern zu beseitigen, so genügte das Rechtsmittel doch nicht, um die Fideikomnisse von der Nichthaftbarkeit für Hochverrat zu befreien. Denn, wenn auch viele Fideikomnisse mittels Common Recovery aufgehoben und damit der Möglichkeit der Konfiskation unterworfen wurden, so machte doch Heinrich VIII. die Beobachtung, daß viele derselben alsbald nach ihrer Aufhebung aufs neue begründet wurden. Er erließ daher ein Gesetz (26. Hen. VIII. c. 13), wonach alle Güter, auch die fideikommissarisch gebundenen, bei Hochverrat dem König verfielen. Durch ein weiteres Gesetz (32. Hen. VIII. c. 28) wurde verfügt, daß Pachtverträge, welche der Deszendenz nicht schädlich seien, auch für diese rechtsverbindlich sein sollten. Durch ein Gesetz von demselben Jahre (32. Hen. VIII. c. 36) wurde das dritte der dargelegten Scheinverfahren zur Auflösung von Fideikommissen verschärft. So wurde die Möglichkeit, ewig dauernde Fideikomnisse auf Grund des Gesetzes *de donis* zu gründen, wiederum beseitigt. Nur direkt von der Krone gestiftete Fideikomnisse sollten nach dem Gesetze 34. und 35. Hen. VIII. c. 20 nicht aufgehoben werden können¹⁾. Und so gibt es denn heute in England keine Fideikomnisse im alten Sinne mehr, außer dem Marlboroughschen Fideikomnisse Blenheim und dem Wellingtontonschen Strathfieldsaye.

Somit waren die Beschränkungen, welche das Feudalsystem der freien Verfügung über den Grundbesitz unter Lebenden auferlegte, gegen Ende des 15. Jahrhunderts mittels der geschilderten Umgehungen beseitigt, während das Feudalsystem *de jure* immer noch fortbestand. Nur eines fehlte noch: die Testierfreiheit. Auch wurde die Belastung mit gewissen feudalen Abgaben, namentlich das Heimfallsrecht, die Vormundschaftsrechte, das Recht der Verheiratung des Mündels und das *relevium*, das bei Antritt des Erbes zu zahlen war, um so drückender empfunden, je intensiver der Anbau und je wertvoller dem entsprechend der Boden wurde: gerade die Zeit seit dem

1) Vgl. Blackstone ed. Kerr p. 98—101.

Ausgang des 15. Jahrhunderts ist die Zeit, da die Koppelwirtschaft in England allgemeiner an Stelle der Dreifelderwirtschaft tritt¹⁾; schon tritt hie und da die Fruchtwechselwirtschaft auf; das 17. Jahrhundert bringt bereits große Kapitalverwendungen zur Austrocknung von Sümpfen und anderen Bodenmeliorationen. Vor allem aber zeigte sich in dem Maße, in dem der Schutz durch Fideikomnisse unwirksam wurde, die Notwendigkeit eines neuen Schutzmittels gegen die Konfiskationsgelüste der Krone, um den Familien ihren Besitz zu erhalten. Folgten doch auf die Rosenkriege die Dezimierung des englischen Adels durch Heinrich VII., das Willkürregiment Heinrichs VIII., die Religionsverfolgungen unter Maria und Elisabeth und die Zeit der Stuarts.

Nun hatten die Bischöfe und Klöster längst ein Mittel erfunden, um den Schranken, welche die feudale Grundbesitzordnung der Verfügungsfreiheit gezogen und speziell den gegen die tote Hand erlassenen Gesetzen zu entgehen. Man übertrug unter Lebenden das formelle Eigentum an Ländereien, die man der Kirche schenken und vermachen wollte, gewissen Vertrauenspersonen (Treuhändern, trustees) mit der Auflage, daß die Kirche oder das Kloster den Genuß haben sollte. Dies war allerdings 1391 der Kirche verboten worden. Allein im 15. Jahrhundert haben die Laien das Mittel aufgenommen. Man übertrug das Land an einen oder in der Regel an mehrere Treuhänder mit der Auflage, den Genuß gewissen Personen nach Maßgabe der bei der Übertragung festgesetzten Bedingungen zu gut kommen zu lassen.

Der Vorteil war groß. Nun konnte man tatsächlich beliebig von Todes wegen verfügen; alle feudalen Abgaben wurden dadurch umgangen, indem der Fall, in dem sie erhoben werden sollten, nicht mehr eintrat; insbesondere war man, wenn man den Zorn der Krone erregte, vor Konfiskation wegen Hochverrats geschützt, denn gesetzlich

1) Vgl. Ashley, Economic History II 262 ff. (Deutsche Übersetzung II 278 ff.).

gehörte das Land nicht den Verurteilten, sondern den Treuhändern. Allerdings kam es auch vor, daß man sich der Treuhänder bediente, um sich Verpflichtungen gegenüber von Gläubigern zu entziehen; der Verschuldete übertrug sein Land einem Freunde und flüchtete an einen der privilegierten Orte, an denen keine Schuldexekution gegen die Person stattfand. So wurden das Verlangen nach unbeschränkter Verfügungsfreiheit, Furcht und Betrug die Erfinder einer neuen Umgehung der feudalen Grundbesitzordnung.

Anfänglich war das Verhältnis des wirklichen Inhabers, des Nießbrauchers, zum nominellen Besitzer, dem Treuhänder, ein rein prekäres. Die Interessen des Nießbrauchers standen ausschließlich unter dem Schutz der Ehre des Treuhänders, wo nicht der Nießbraucher etwa selbst zu den Treuhändern gehörte. Schließlich stand der größere Teil des Landes unter diesem Besitzrecht. Je mehr aber die Sphäre dieses Besitzrechtes sich ausdehnte, desto größere Gefahren mußte sein prekärer Charakter bringen. Da nahm sich der Kanzler, als Vertreter des Königs in seiner Eigenschaft als oberster Richter, des gefährdeten Nießbrauchers im Namen der Billigkeit an. Es ist nicht ohne Interesse, daß alle diese Kanzler, mit alleiniger Ausnahme von Thomas Morus, entweder Geistliche oder zivilistische Juristen waren¹⁾. Sie sahen ihre Aufgabe darin, die Härten des Common Law im Namen der Billigkeit zu mildern. Sie intervenierten kraft des obersten Gnadenrechts des Königs, und so erhielt der Nießbraucher einen Schutz gegen den Treuhändler im Namen der Billigkeit, einen Schutz, der praktisch so gut wie der durch die Gerichte war. Das Ergebnis war: der Nießbraucher hatte nun eben solche Sicherheit wie der gesetzliche Eigentümer, nur daß sein Besitz nicht mit den gleichen Lasten beschwert und von den gleichen Gefahren begleitet war.

Aber Heinrich VIII. fand, daß diese Entwicklung

1) Vgl. Neate in *Transaction of the National Association for the Promotion of Social Science* 1868 p. 223.

das Interesse der Krone gefährde. Die Folge war das Statute of uses von 1535. Seine Einleitung sagt, während nach gemeinem Rechte der Grundbesitz nicht teilbar sei, auch nicht anders als durch feierliche Übergabe übertragen werden solle, sei dies umgangen worden. Durch Übertragung an Treuhänder werde über den Grundbesitz testamentarisch verfügt. Auch habe das Treuhändersystem zur Einbuße an feudalen Abgaben und Diensten geführt, zur Unsicherheit des Besitzes, zum Umsturz des alten gemeinen Rechtes. Um dem abzuhelpen, solle jeder, der ein Nießbrauchsrecht habe, fortan als rechtlicher Eigentümer gelten.

Allein die Bedürfnisse der wirtschaftlichen Entwicklung waren gegen das Gesetz; es hat keinen seiner Hauptzwecke erreicht.

Es hatte die testamentarische Verfügung über das Land und insbesondere die Teilung desselben durch Testament verhindern wollen. Die Bestimmung stand so sehr in Widerspruch mit dem Bedürfnis, für die nachgeborenen Kinder zu sorgen, und war daher so unpopulär, daß schon 1540 ein neues Gesetz erlassen werden mußte, das den Grundeigentümern (*tenants in fee simple*) ausdrücklich gestattete, über zwei Drittel des Landes, das sie als Ritterlehen, und das ganze Land, das sie als Beutellehen (*socagium*) besaßen, zu testieren.

Es hatte das System der Übertragung an Treuhänder beseitigen wollen. Durch Interpretation wurde die Wirkung des Gesetzes auf den Fall beschränkt, wenn in der Verfügung nur ein Nießbraucher genannt war; dagegen galten nach wie vor die Verfügungen als gültig, in denen zwei, drei und mehrere Personen als hintereinander zum Nießbrauch berechtigt genannt wurden. Das Gesetz wurde also so interpretiert, als ob es allen Verleihungen zu Nießbrauch, die früher der Kanzler geschützt hatte, vollen gesetzlichen Schutz geben wolle. Das Nießbrauchsrecht, das es beseitigen wollte, wurde somit anerkannt.

Endlich war es die Absicht des Gesetzes, die Heimlichkeit, die mit der Übertragung zu Nießbrauch in die

Grundstücksübertragungen hineingekommen war, zu beseitigen. Indem es den Nießbraucher zum gesetzlichen Eigentümer machte, wurde die Landübertragung erst recht geheim gemacht, und so entstand die geheime, kostspielige und unsichere Art der Landübertragung, unter der England während mehr als 200 Jahren zu leiden hatte.

Der einzige Zweck des Gesetzes, der erreicht wurde, war die Wiederherstellung der feudalen Abgaben; aber dieser wurde nur für wenig mehr als 100 Jahre und selbst für diese Zeit nur unvollkommen erreicht.

Die fortschreitende Entwicklung verlangte eben unaufhaltsam die Befreiung von den Schranken, die das Feudalsystem gezogen hatte. Solange dieses bestand, waren die Juristen auf seiten der fortschreitenden Entwicklung. So kam es, daß der Grundeigentümer vom Ende des 15. bis zum Ende des 17. Jahrhunderts nach Belieben über seinen Besitz sowohl unter Lebenden wie von Todes wegen verfügen konnte, sobald er nur wollte. Jeder Inhaber von gemäß dem Gesetze *de donis* gebundenem Land hatte es in seiner Macht, seinen Besitz in einen ungebundenen zu verwandeln und ihn entsprechend dem Gesetze *Quia emptores* zu teilen¹⁾. Vor 1535 konnte er durch Übertragung seines Besitzes an Treuhänder, von 1540 an durch Testament über sein Land frei verfügen; nur bei Ritterlehen blieb seine testamentarische Verfügungsfreiheit auf zwei Drittel seines Besitzes beschränkt. Ein jeder hatte es also in seiner Macht, durch Verfügung, sei es unter Lebenden, sei es von Todes wegen, die Erbfolge verschieden von der Primogeniturerbfolge zu ordnen. Es sind diese zwei Jahrhunderte nicht nur die Zeit, in der, wie schon bemerkt, der Übergang zu intensiverer Bodenbestellung stattfand, sondern in der England sich auch seines zahlreichen freien Bauernstandes rühmt.

Das Wahlgesetz von 1430 stellt fest, daß die *freeholders* im Besitz von Land im Jahreswerte von 40 s

1) So spricht auch Ashley, *Economic History* II 263 (Deutsche Übersetzung II 280) von den zahlreichen Teilungen der Grundherrschaften, die stattgefunden hatten.

die wahren Wähler der *communitas comitatus*, die Männer waren, welche die Parlamentsvertreter der Grafschaft wählten. Sie waren es ferner, die als Geschworene dienten, die den Leichenbeschauer wählten, die Märkte und alle drei Wochen das Gericht des Sheriffs besuchten, die die grundherrlichen Gerichte bildeten und die, wenn die Mannschaft der Grafschaft zur Musterung sich versammelte, mit Waffen, die sie selbst stellten, antraten¹⁾. Sir John Fortescue, der Kanzler Heinrichs VI., rühmt eben deshalb die zahlreichen freien Bauern als einen Hauptvorteil Englands von anderen Ländern²⁾. Obwohl es einige Adlige mit großem Landbesitz gäbe, so gäbe es doch daneben eine große Anzahl kleiner Grundeigentümer. Nach Beendigung der Rosenkriege war die Erhaltung eines zahlreichen Bauernstands eine besondere Sorge der englischen Krone. „Schone das Volk und töte die Herren“, war nicht bloß auf dem Schlachtfeld die Politik Eduards IV. Was die Rosenkriege an großgrundbesitzendem Adel übrig gelassen, wurde von Heinrich VII. zu vernichten gestrebt. Dagegen haben er und seine Nachfolger aus dem Hause Tudor, wie wir gesehen haben, im Interesse ihrer Machtstellung im Innern und nach außen durch Verbot der Einhegungen den Bauernstand zu erhalten gesucht; denn der Bauer war der Hauptsteuerzahler und lieferte dem Heere die Rekruten. In wiederholten Ausführungen hat Bacon ihn für den Grundpfeiler der Wehrhaftigkeit Englands erklärt³⁾. Und solange die Maßnahmen Heinrichs VIII. gegen die Wirkungen der fideikommissarischen Bindung aufrechterhalten wurden und kein Ersatz für diese gestattet war, blieb der englische Bauernstand bestehen. Bald nach Bacon sollten die Stuarts dies zu ihrem Nachteil erfahren. Als Karl I. die fünf Unterhaus-

1) Stubbs, *Const. Hist.* III 552.

2) *De laudibus legum Angliae*, ed. Selden, London 1672, 65 ff.

3) So in seiner Geschichte Heinrichs VII. *Works* VI 447, ferner *De augmentis scientiarum* lib. VIII cap. 3 und in seinen *Essays*.

mitglieder ungesetzlicher Weise verhaften wollte, kamen 6000 kleine Grundeigentümer allein aus Buckinghamshire zur Befreiung John Hampdens nach London geritten¹⁾. Und unter Cromwell lieferte der Bauernstand die Rundköpfe, mit denen er seine Schlachten gewann²⁾. Noch im Jahre 1688 waren nach der Statistik Gregory Kings von den 356 586 Familien, die damals das Landinteresse bildeten, 40 000 Familien größerer und 140 000 Familien kleinerer Freisassen, und ihr Jahreseinkommen pro Familie betrug noch mehr als das der Pächter, der höheren und niederen Geistlichen.

Bis zur Restauration waren Gerichtshöfe und Parlament eins, die freie Verfügung des Grundeigentümers über sein Land unter Lebenden wie von Todes wegen aufrecht zu erhalten. Dies tritt uns namentlich in der Stellung entgegen, welche die klassischen Rechtslehrer Englands gegenüber der Rebellion der Großgrundbesitzer gegen die Entwicklung zu freiem Eigentum einnahmen. So sehr Sir Edward Coke³⁾ und Lord Bacon⁴⁾ sonst auseinander gingen, so waren sie doch einig in der Verwerfung der Fideikomnisse; und ihrer Verurteilung schloß sich die übrige Juristenwelt an⁵⁾. Die Common Recovery, das Mittel, um die Gebundenheit durch Fideikomnisse zu beseitigen, wurde vom obersten Richter als „die Seele

1) Clarendon, History of the rebellion and civil wars in England, Oxford (1843), 153.

2) Whitelocke schreibt: „He (Cromwell) had a brave regiment of horse of his countrymen, most of them freeholders and freeholders' sons, and who upon matter of conscience engaged in this quarrel, and under Cromwell.“ Vgl. auch Macaulay, Geschichte Englands, deutsch von Bülow, Leipzig 1850, II 70; I 126 u. a. a. O.

3) Pollock 80.

4) Ganz besonders ausführlich ist der Protest Bacons. Works VII 491, 492, 632—635.

5) Dalrymple, History of feudal property 168. — Pollock 189.

der Sicherheit der Erbschaften“ bezeichnet¹⁾. Bis zum Schluß des 17. Jahrhunderts folgten die Richter mit schlecht verhüllter Abneigung der Duldung neumodischer Bindungen seitens des Kanzlers²⁾.

Diese waren zur Zeit des Bürgerkriegs aufgekommen. Ich habe erzählt, daß unter Cromwell die Ritterlehen allem übrigen Grundeigentum gleichgestellt worden sind, und daß Karl II. gegen die Bewilligung von jährlich £ 100 000 die Maßregel erneuert hat. Damit ist auch die absolute Testierfreiheit, die seit 1540 nur erst für socagium (Zins- und Beutellehen) bestanden hatte, für alle Arten von fee simple eingeführt worden. Es kam nun nur darauf an, daß der Eigentümer die erlangte volle Verfügungsfreiheit nicht dazu gebrauchte, die Verfügungsfreiheit seines Rechtsnachfolgers zu beschränken.

Allein nach der Restauration hat gerade die Klasse, die ein Interesse gehabt hätte, dies zu verhindern, an Bedeutung verloren, die Klasse der Bauern. Sie hatten, nächst den Kaufleuten und Krämern, die Stärke der Opposition gegen die Stuarts gebildet. Ihre Verbindung mit den Kavalieren zur Wiederherstellung der Monarchie im Jahre 1660 war nur von kurzer Dauer gewesen. Sie wurden jene zähen Ausschließungsmänner, die dem Bruder Karls II. die Thronfolge streitig machten³⁾. Eine Klasse, in der so der Geist der Rundköpfe fortlebte, war bei den Stuarts begreiflich wenig beliebt. Dazu kam, daß nach der Restauration die Zahl der Grafschaftsvertreter auf ein Fünftel der Mitglieder des Unterhauses herabgesetzt wurde⁴⁾, und selbst auf die Ernennung dieses Fünftels waren die Bauern nur mehr in einigen Grafschaften von entscheidendem Einfluß. Dabei änderte sich auch die Bedeutung, die man ihnen für die Zwecke der Kriegsführung beilegte. Schon Sir William Petty hatte 1682 ausgeführt⁵⁾, es sei eine der Ur-

1) Pollock 89. 2) Ebenda 189.

3) Macaulay, Geschichte II 70, I 126 u. a. a. O.

4) Vgl. Gneist, Englisches Verwaltungsrecht I 598; Das englische Parlament 280.

5) Sir W. Petty, Tracts, Ausgabe Dublin 1769, 231—233.

sachen der Blüte und Machtstellung Hollands, daß die Holländer sich von zwei Beschäftigungen freigemacht hätten, mit denen das größte Risiko und der geringste Gewinn verbunden sei, von dem Geschäfte des Soldaten und dem des Viehzüchters und Getreidebauern. Indem sie statt dessen sich solchen Gewerben zugewandt hätten, bei denen der Geringste von ihnen das Sechsfache jener verdiene, sei es ihnen leicht, sich die benötigten Soldaten in England, Schottland und Deutschland zu werben. Unter Marlborough kam dann diese Anschauung auch in der englischen Praxis zur Anerkennung, und Davenant¹⁾ schrieb 1695 geradezu: „Heutzutage ist die ganze Kriegskunst gewissermaßen auf eine Geldfrage reduziert; der Fürst, der am leichtesten Geld findet, um seine Truppen zu ernähren, zu kleiden und zu bezahlen, nicht wer die tapfersten Soldaten hat, ist des Erfolges und des Sieges am sichersten.“ Derselbe Umschwung in der Beurteilung findet sich in Sir James Steuarts 1767 erschienenem Werke²⁾. Dementsprechend richtete sich das Hauptaugenmerk nunmehr auf diejenigen Klassen und Betriebe, deren Wirtschaft die größten Überschüsse abwarf; und von dem größten Landwirtschaftsschriftsteller des 18. Jahrhunderts, von Arthur Young, wird dann diese Anschauung als Argument speziell gegen den bäuerlichen Besitz geltend gemacht. Er sagt von den kleinen Bauern³⁾: „In den frühen Zeiten der römischen Republik waren sie von großem Nutzen; denn je mehr Männer es gab, desto größer waren die von ihnen gezahlten Steuern, resp. die von ihnen geleisteten Kriegsdienste. Dieser Unterschied (der zeitlichen Verhältnisse) ist so einschneidend, daß dieselbe Landverteilung in dem einen Falle etwas politisch Vortreffliches, in dem anderen ein politischer Übelstand sein kann. Es ist unerheblich,

1) Davenants Political and commercial Works, ed. Sir Ch. Whitworth, London 1771, I 16.

2) Sir J. Stuart, Political Economy I. Buch, Kap. 14 ff. Baseler Ausgabe 1796 p. 108 ff.

3) A. Young, Political Arithmetick, London 1774, 47, 48, 269.

wenn man sagt, daß der kleine Besitz des Bauern trefflich kultiviert ist, wenn diese Vortrefflichkeit dem Staate keinen Nutzen bringt. Daher ist es nötig, zwischen der Landwirtschaft, die bloß dem Unterhalte dient, und der Landwirtschaft als einem Gewerbe zu unterscheiden. Die erstere ist für einen modernen Staat unwichtig, die zweite ist für ihn von der größten Bedeutung.“

Also eine vollständige Umkehr in der Auffassung. Das von Bacon betonte Interesse, den Bauern zu erhalten, war weggefallen. Diejenigen, die seine Existenz bedrohten, waren uneingeschränkt zur Herrschaft gelangt. Und sofort machte sich dies in der Stellung der Juristen zur Primogeniturfrage geltend. In seiner Schrift¹⁾ *De successionibus apud Anglos* bezeichnete 1700 Sir Matthew Hale als das, was das englische Recht vor dem aller Völker auszeichne, die Erbfolge in den Grundbesitz. Das gleiche Erbrecht der Kinder bringe die Bevölkerung auf eine niedrige Lebenshaltung herab; die Familien würden aufgelöst, und die jüngeren Söhne, die ohne ihren kleinen Landbesitz sich in Gewerbe, Handel, Armee, Zivildienst oder Kirche auszeichnen würden, vernachlässigten diese Gelegenheiten. Aber auch diese Ausführungen waren nur ein theoretischer Niederschlag der veränderten Behandlung, welche seit der Restauration der Fideikommißfrage seitens der Juristen zuteil geworden.

Seit Eduard IV. die Komödie des Common Recovery zur Auflösung der Fideikomnisse sanktioniert und Heinrich VIII. die noch fortbestehenden und wieder neugegründeten Fideikomnisse der Haftung für Hochverrat unterworfen hatte, hatte sich der Besitz des englischen Adels in großer Unsicherheit befunden²⁾. Das war auch

1) Diese Schrift bildet das 11. Kapitel von Sir Matthew Hales *History of the Common Law of England*, die 1713 erschienen. Vgl. 6. ed. by Ch. Runnington, London 1820, p. 291 ff.

2) Nach Evelyn Shirley, *The noble and gentle-men of England* (zitiert von Arthur H. Johnson, *The disappearance of the small landowner*, Oxford 1909, 77) vermögen nur 330 Familien des Adels und landbesitzenden Junkertums (gentry) Eng-

der Grund, warum Advokaten, die ihm ergeben waren, darauf bedacht waren, irgendeinen Weg ausfindig zu machen, um ewige Familienstiftungen wieder einzuschmuggeln, während die großen gemeinrechtlichen Juristen allen solchen Versuchen entgegen waren. Da kam der Bürgerkrieg. Während desselben gelang es zwei Advokaten, Orlando Bridgman und Geoffrey Palmer¹⁾, das Mittel auszuklügeln, um in rechtsverbindlicher Weise aufs neue Familienstiftungen einzuführen, welche, indem sie den dermaligen Gutsinhaber zu einem in seinem Verfügungsrecht beschränkten Inhaber machten, geeignet waren, den Übergang eines Besitzes auf die entferntesten Generationen zu sichern. Der Stifter vermacht seinem Sohne sein Gut, aber nicht zu Eigentum, sondern nur zur Nutznießung; das Eigentum vermacht er seinem noch nicht geborenen Enkel. Das Gut wird dadurch gebunden, bis der Enkel geboren und 21 Jahre alt geworden ist. Sobald der Enkel dieses Alter erreicht hat, dringt sein Vater in ihn, von seinem Eigentum in der Weise Gebrauch zu machen, daß er die Gebundenheit des Vaters aufhebt und ihn aus einem Nutznießer zum Eigentümer macht unter der Bedingung, daß er gleichzeitig die Stiftung wiederhole und ihn, den Sohn, zum Nutznießer und dessen noch nicht geborenen Sohn zum Eigentümer mache. Die Erneuerung der Stiftung gibt dem aus einem bloßen Nutznießer zum Eigentümer und Stifter gewordenen Vater die Gelegenheit, das Gut auch zugunsten seiner Witwe und nachgeborenen Kinder zu belasten. Wenn der Sohn die Lösung der Gebundenheit aus irgendwelchem Grunde, insbesondere wegen allzu starker Belastung, ablehnen sollte, hat der Vater als Nutznießer die Möglichkeit, ihm, so lange er Nutznießer ist, die Mittel, die er zum Leben braucht, vorzuenthalten und ihn so zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Die Drohung damit ist um so wirksamer,

lands ihren Stammbaum bis in die Zeit vor Auflösung der Klöster zurückzuführen.

1) Pollock p. 223, 224.

da die Zumutung, die Gebundenheit zugunsten des Vaters zu lösen, als Regel an den Sohn herantritt, wenn er heiraten will und damit größere Unterstützung des Vaters braucht. Durch Wiederholung solcher Stiftungen, die periodisch aufgehoben und wieder erneuert werden, wird die Erhaltung des Grundbesitzes in der Hand derselben Familie, die man früher durch Errichtung von Fideikommissen zu erreichen gesucht hatte, in der Hauptsache praktisch erreicht.

Diese neumodischen Stiftungen, entails, entsprachen dem während des Bürgerkriegs und der darauf folgenden Parteilungen zwischen den Anhängern der Stuarts und des Hannoverschen Hauses besonders fühlbaren Bedürfnisse, den Besitz der wegen Hochverrats Verurteilten gegen Konfiskation zu schützen. Bis zur Aufhebung der Stiftung durch gemeinsame gerichtliche Erklärung des Nutznießers und seines Erben konnte das Gut weder veräußert, noch belastet, noch konfisziert werden. Der Erbe des jeweiligen Nutznießers wurde also so lange durch diese juristische Erfindung gegen alle Arten von Handlungen des Nutznießers, durch die er hätte geschädigt werden können, geschützt. Nach der Restauration gelangte Orlando Bridgman in ein hohes juristisches Amt und benutzte seine Stellung, um seine Erfindung in allgemeinen Gebrauch zu bringen¹⁾. Und nachdem 1733 der biegsame, den herrschenden Gewalten so dienstbereite Hardwicke Lord Oberichter geworden, erfolgte 1736 der für ein weiteres Jahrhundert maßgebende Entscheid, daß Vermächtnisse zugunsten eines noch ungeborenen Kindes gültig sein sollten²⁾.

Damit war das Erbfolgesystem geschaffen, das in England im 18. Jahrhundert bis weit hinein in das 19. maßgebend gewesen ist. Anders in Schottland. Hier sehen wir Fideikommiss mit strenger Gebundenheit erst in einer Zeit auftauchen, da sie in England längst als im Widerspruch mit dem gemeinen Rechte unmöglich geworden waren,

1) Blackstone ed. Kerr II 146.

2) Pollock 225.

nämlich unter Karl I. Indes ging die Meinung der Juristen gegen ihre Rechtsgültigkeit. Allein auch hier nötigten die bürgerlichen Unruhen, auf erhöhte Schutzmittel gegen Willkür der Machthaber bedacht zu sein. Es war die Zeit der Hinrichtung des Herzogs von Argyll wegen Hochverrats. Von den Ständen wurde verlangt, eine Reihe von Maßregeln gegen Hochverräter gutzuheißén. Der Adel war entsetzt über die Hochverratsprozesse, denen er, mit seiner Zustimmung, so nachträglich ausgesetzt wurde. Er sah seinen Besitz der Gnade der königlichen Beamten überantwortet. Aber er war zu abhängig, um die ihm zugemuteten Maßregeln zurückzuweisen. So sah er in der Einführung von Fideikommissen einen Ausweg, um den adligen Familien ihren Besitz gegen Konfiskation wegen Hochverrats zu sichern. Der königliche Kommissar aber stimmte zu, um die Besitztümer, die er selbst erworben, seiner Familie sicherzustellen. Die Folge war das schottische Gesetz von 1685, das den Fideikommissen Rechtsgültigkeit verlieh. So brachte die Tyrannei Jakobs II. die Fideikommissen in Schottland zur Aufnahme in einer Zeit, da die Strenge des Feudalrechts nahezu verschwunden war. Nach Erlaß des Gesetzes von 1685 wurden 24 Fideikommissen, die schon vorher gestiftet waren, registriert, um die bis dahin fehlende Rechtsgültigkeit zu erlangen; in den nächsten 20 Jahren wurden 79 Fideikommissen registriert. Was aber waren die Argumente, mit denen man den Erlaß des Gesetzes vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen suchte? Den Schutz gegen die Folgen des Hochverrats konnte man doch gegenüber dem Könige nicht geltend machen. Der Urheber des Gesetzes, Sir George Mackenzie, führte aus, die Verfügungsfreiheit über das Eigentum, so wie es angemessen erscheine, zu bestimmen, entspreche der Natur des Handels; das schottische Reich aber beruhe mehr auf alten Familien als auf dem Handel; da nun Fideikommissen zur Verewigung solcher Familien, die Verfügungsfreiheit aber nur dem Handel dienten, seien Fideikommissen für Schottland angemessen. Das waren Argumente, wie sie seitdem ähnlich auch anderwärts gehört

worden sind; weniger Wiederholung fand die Ausführung, mit der Mackenzie schloß: „Entmutigt nicht diejenigen, die es vorziehen, sparsam zu leben, weil sie dadurch hoffen, ihrer Nachkommenschaft ihren Besitz zu erhalten. Entmutigt nicht diejenigen, welche durch ihre Verschwendung das, was ihre weisen Vorfahren aufgebaut haben, zu erschüttern suchen. Indem ihr die Rechte der Gläubiger begünstigt, kommt ihr nur der Verschwendungssucht der Erben oder der Trägheit der Gläubiger entgegen, während ihr durch Sanktionierung der Fideikomnisse die edlen Familien verewigt und dem Luxus derer, die nachfolgen, Grenzen zieht“¹⁾).

Gegenüber der Unbilligkeit des Intestaterbrechts und ihrer Festigung durch englische Entails und schottische Fideikomnisse gab es aber ein Mittel: die testamentarische Verfügung über die Fahrhabe. Durch sie konnten die Unbilden jener beiden beseitigt oder wenigstens gemildert werden. Aber auch die Testierfreiheit war noch zu Anfang des 18. Jahrhunderts in England eine neue Errungenschaft; in Schottland aber besteht sie noch heute nicht in der englischen Unbeschränktheit²⁾. Nicht nur, daß seit Einführung des Feudalsystems bis 1540 rechtlich gar nicht über das Land testiert werden konnte und die volle Testierfreiheit über das Land erst seit der Beseitigung des Feudalsystems unter Cromwell und Karl II. datiert, selbst das Testament über die Fahrhabe war bis zur Zeit Karls I. durch Pflichtteilsrechte der Frau und der Kinder beschränkt. Seitdem verloren sie sich allmählich; nur in der Grafschaft York, in Wales und London bestanden sie, bis die Gesetze Wilhelms III. und Georgs I. die unbeschränkte Testierfreiheit über die Fahrhabe auch in diesen Landesteilen einführten; in Schottland aber kann noch heute der Erblasser nur über ein Drittel der Fahrhabe frei verfügen; auf eines haben die Deszendenten, auf ein

1) Vgl. für die obige Darstellung Patrick Irvine Considerations on the inexpediency of the law of entail in Scotland. 2. ed. Edinburgh 1827, pp. 22, 23.

2) Vgl. Blackstone ed. Kerr II 443, 444.

anderes die Witwe ein ihnen nicht zu raubendes Recht, das sich, wo Deszendenten oder eine Witwe nicht vorhanden sind, bis auf die Hälfte erstreckt. Nur wo sowohl die Witwe als auch Deszendenten fehlen, kann in Schottland der Erblasser über das Ganze verfügen.

In England wurde, wie dies schon Blackstone als eine notwendige Konsequenz der Primogeniturerbfolge hervorhebt¹⁾, von der Testierfreiheit reichlich Gebrauch gemacht, um deren Unbilligkeit zu korrigieren. Nicht als ob die Testierfreiheit dazu benutzt worden wäre, an die Stelle der Primogeniturerbfolge in das Land die gleiche Erbfolge zu setzen. Vielmehr hat das englische Intestaterbrecht seine Hauptwirkung gerade darin ausgeübt, daß es im Erblasser die Vorstellung erzeugt hat, daß sein ältester Sohn einen erworbenen Anspruch auf die alleinige Nachfolge in das Land habe; ebenso wie ihm seine nachgeborenen Kinder ans Herz gewachsen waren, ebenso wenig wollte er seinen ältesten Sohn, indem er die Primogeniturerbfolge durch gleiche Teilung des Landes ersetzte, kränken. Allein die Testierfreiheit wurde benutzt, um die durch das Intestaterbrecht und die entails hervorgerufene Unbilligkeit auszugleichen. Und gerade indem die Primogeniturerbfolge aufrecht erhalten wurde, ist sie so eine der Hauptursachen der Geldnot und Verschuldung der Landbesitzer geworden.

Dies ist der Zustand, in dem sich die Erbfolge im 18. Jahrhundert bis weit hinein in das 19. in England und Schottland befunden hat. Dagegen hat sich, wie gegen die gesamte Wirtschaftsordnung der Feudalzeit, der Widerspruch des neuen Denkens erhoben. Man hat dagegen protestiert, sowohl vom Standpunkt der politischen und wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit als auch von dem der natürlichen Gerechtigkeit. Wenn Coke und Bacon die Primogeniturerbfolge vom Standpunkte des Staatsinteresses verurteilen, so hat Bacon das Streben, durch sie den *splendor familiae* für alle Ewigkeit zu sichern, durch Hinweis auf

1) Blackstone ed. Kerr II 329.

ihre üblen Wirkungen auf den bevorzugten Erstgeborenen mit beißendem Spott gezeißelt¹⁾, und Shakespeare ist in „Wie es Euch gefällt“ den angeborenen Rechten der Nachgeborenen zum unsterblichen Verteidiger geworden. Ihre Auffassung ist im 17. Jahrhundert nicht ausgestorben. Unter ihren Anhängern ist ein heute weniger bekannter Schriftsteller besonders hervorzuheben, sowohl wegen seiner Originalität in der Aufstellung wissenschaftlicher Gedanken, die heute als materialistische Geschichtsphilosophie so zahlreiche Anhänger haben, als auch wegen seiner naturrechtlichen und ökonomischen Kritik der Erstgeburtfolge und ebenso wegen seines persönlichen Schicksals. Es ist dies James Harrington, selbst ein Erstgeborener, geboren 1611 als Urenkel eines Sir James Harrington, der der Ahne von drei Herzögen, drei Marquis, 70 Grafen, 27 Viscounts und 36 Baronen geworden ist.

Die Grundidee seiner *Oceana* und zahlreichen übrigen Schriften ist²⁾, daß die politische Machtverteilung durch die Vermögensverteilung bedingt werde und zwar — England war zu seiner Zeit noch Agrarstaat — durch die Verteilung des Grundeigentums. Wenn es ein Einziger ist, in dessen Besitz sich der überwiegende Teil des Landes befindet, so ist die tatsächliche Verfassung notwendig eine Monarchie; sind es wenige Personen, die den überwiegenden Teil des Landes ihr eigen nennen, so ist die tatsächliche Verfassung notwendig eine Aristokratie; eine Demokratie ist sie notwendig dann, wenn das Land so verteilt ist, daß weder der Besitz eines noch weniger mehr beträgt als der der Masse des Volkes. Alle Veränderungen in der Grundbesitzverteilung haben notwendig Veränderungen in der politischen Machtverteilung zur Folge. Ein Verfassungsrecht, das mit dieser Vermögensverteilung im Widerspruch steht, führt, wenn es die

1) Argument in Chudleigh's case. Bacons Works VII 632—635. — Ebenso The use of the law, ebenda 491, 492. — Works I 290.

2) Vgl. The *Oceana* and other works of James Harrington Esq., by John Toland, 3. ed. London 1747, pp. XVIII. 39, 40, 290, 387, 388.

Macht in die Hand eines legt, zur Tyrannei, wenn in die Hand weniger zur Oligarchie, wenn in die Hand vieler zur Anarchie.

Harrington ist unter Anziehung der von Aristoteles¹⁾ und anderen Philosophen dafür geltend gemachten Gründe für eine Vermögensverteilung, die allzu große Ungleichheiten ausschließt, und zu dem Zwecke bekämpft er die Primogeniturerbfolge und die Familienstiftungen. Allerdings sage man, die Konzentrationen des Vermögens in der Hand Eines erhalte die Familien²⁾; aber im Gegenteil: sie zerstöre die Familien. Es sei ein Wunder, daß die jüngeren Söhne sich die Tyrannei des ältesten gefallen ließen, zumal sie an Zahl so viel mehr als die ältesten seien. Man mache es mit den Kindern wie mit den jungen Hunden; man nehme ein Hündchen, setze es auf den Schoß, füttere es mit allen Leckerbissen und werfe die übrigen fünf ins Wasser; ja man gehe mit ihnen noch schlimmer als mit den jungen Hunden um; diese würden doch auf einmal ersäuft, die Kinder aber erhalte man im Zustand steten Ersaufens. Und all dies aus grausamem Ehrgeiz, der eigenen Eitelkeit, ein Monument für die Ewigkeit zu errichten. Darauf kommen die Argumente vom Standpunkt wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit: so lange der Nil in einem Strome dahinfließe, sei das ihn umgebende Land unfruchtbar; von da ab aber wo er sich in sieben Arme teile, vervielfältige er seine fruchtbaren Ufer und Sorge, ähnlich wie ein auf die weise Verteilung des Landes bedachtes Gesetz, für Erhaltung und Vermehrung der Fruchtbarkeit. Dem Argumente, daß es zur Blüte von Handel und Industrie führe, wenn man die jüngeren Söhne enterbe, erwidert er, ein politischer Körper werde doch dadurch nicht geeigneter für die Industrie, daß er ein geschwollenes und ein verkümmertes Bein habe, statt zwei gesunder. Es diene nicht zur Ermunterung des Handels, daß es einige gäbe, die kein Bedürfnis hätten, Handel zu treiben und

1) Harrington, Oceana p. 295.

2) Ebenda p. 108.

andere, die nicht die Mittel besäßen, um es zu tun. Selbst wenn eine Beschränkung in der Anhäufung von Vermögen wirklich zu einer Beschränkung der Arbeitslust führen würde, sei eine Beschränkung in der Konzentration von Land doch keine Beschränkung des beweglichen Gutes; im Gegenteil, wo das Land nicht in den Händen weniger konzentriert und nicht fideikommissarisch gebunden sei, fehle es nicht an Gelegenheit zur Betätigung der Arbeitslust. Wie also sollte eine Beschränkung in der Anhäufung von Land in wenigen Händen zur Entmutigung der Arbeit führen! Statt eines Monumentes zu seinem Ruhme errichte der, der sein Land unter seine Söhne teile, seinem Namen viele Monumente.

Aus diesen Gründen befürwortet Harrington ein Agrargesetz, das einen Landbesitz, der mehr als 200 £ Rente abwirft, in der Hand eines Einzigen verbietet; desgleichen ist er für gleiche Teilung des Landes unter die Söhne; dagegen ist er gegen das gleiche Erbrecht der Töchter, weil er Gegner von Heiraten um des Vermögens willen ist¹⁾. R. v. Mohl hat Harrington wegen des Maßhaltens in diesen seinen Forderungen verspottet, in einer Kritik²⁾, die ein Muster jenes Unverständs der Beurteilung ist, dessen diejenigen sich schuldig machen, die einen Schriftsteller statt mit Rücksicht auf die konkreten Verhältnisse, in denen er schrieb, mit einem abstrakten, absoluten Maßstab messen. Der Aristokratie, die mit Karl II. wieder zur Herrschaft kam, gingen dagegen diese allerdings sehr maßvollen Forderungen viel zu weit. Sie rächte sich an dem Aufsehen und Interesse, das Harringtons Schrift erregte, in furchtbarer Weise. Obwohl Harrington ein stiller Stubengelehrter war, der sich vom Parteileben fernhielt, und weit entfernt, ein Parteigänger Cromwells gewesen zu sein, von diesem schlecht angesehen worden war, wurde er am 28. Dezember 1661 in den Tower geworfen, nach

1) Harrington p. 109.

2) Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften. Erlangen 1855, I 190.

einem ergebnislosen Verhör auf eine Art Teufelsinsel bei Plymouth verbannt, wo er erkrankte und schließlich dem Irrsinn nahekam. Er starb 1677. In der praktischen Rechtsprechung über Landvererbung kam die Autorität Orlando Bridgmans, in der theoretischen Verteidigung des Erstgeburtsrechts die Matthew Hales zur Anerkennung.

Was aber ist die Antwort auf die von Harrington aufgeworfene Frage, wie es komme, daß die jüngeren Söhne, die doch die Mehrzahl seien, sich die Tyrannei des Ältesten gefallen ließen? Daß sie die Ungerechtigkeit ihrer Enterbung im 18. Jahrhundert nicht minder bitter empfanden, als zur Zeit Wolframs von Eschenbach und zur Zeit Shakespeares zeigt eine bekannte Stelle bei Blackstone¹⁾. Dabei waren die Zeiten, da man durch Afterbelehnungen für die jüngeren Söhne sorgen konnte, seit dem Gesetze Quia emptores vorbei, die Reformation hatte die Klöster, in denen die Enterbten reichliche Versorgung gefunden hatten, konfisziert, und die Verfügungsfreiheit über das Land unter Lebenden wie von Todeswegen war seit Orlando Bridgman wieder beseitigt. Allein dieselbe Herrschaft der Aristokratie, welche den Triumph der Advokatenkniffe Bridgmans gebracht hatte, brachte auch den durch sie Enterbten Ersatz. Der Staat wurde ihre Beute. Die Ämter nicht nur im Hofdienst, sondern nicht minder im Zivildienst, in der Armee und der Kirche wurden ebenso viele Mittel zur Ausstattung jüngerer Söhne. Nicht nur waren die Offizierstellen käuflich; die Stellen im Zivildienst waren Bezugsquellen von Einkünften, die auf Grund von Protektion vergeben wurden; die Bistümer waren in der Hand der Vornehmen; selbst die Pfründen der niederen Geistlichkeit wurden zu beträchtlichen Einkommen kumu-

1) Blackstone ed. Kerr II 181: „Die Griechen, Römer, Briten, Sachsen und selbst ursprünglich die Feudisten teilten das Land zu gleichen Teilen, die einen unter alle Kinder, die anderen nur unter die Söhne. Dies ohne Zweifel ist das am nächsten Liegende und das Natürlichste, und hat wenigstens in den Augen der nachgeborenen Brüder den Anschein der größten Unparteilichkeit und Gerechtigkeit.“

liert, die man jüngeren Söhnen verlieh, während der Seelsorgedienst durch schlechtbezahlte Vikare an ihrer Stelle versehen wurde. Der ganze öffentliche Dienst war voll von Sinekuren, und die bis 1780 unkontrollierte Ostindische Compagnie diente der Ausplünderung Indiens durch die jüngeren Söhne und Neffen¹⁾. Das Unterhaus aber war eine Dependenz des Oberhauses geworden; die großen Landbesitzer ernannten tatsächlich seine Mitglieder; die Minister mußten bei den Stellenbesetzungen ihre Wünsche berücksichtigen²⁾, um die Mehrheit zu erhalten, und waren einmal keine Stellen da, die zur Bestechung dienen konnten, so griff der Minister wohl auch gelegentlich — man denke an Walpole — dazu, durch direkte Geldzuwendungen die Stimmen der zu Parlamentsmitgliedern ernannten jüngeren Söhne zu gewinnen³⁾. Wenn die Engländer auch nicht die Sechzehnnahmenprobe der deutschen Domstifter und die Bestimmung so vieler deutscher Staaten⁴⁾ des 16., 17. und 18. Jahrhunderts kannten, wonach der heimische Adel das erste Anrecht auf die öffentlichen Ämter hatte, so hatte doch der englische Landbesitz nicht minder wirksam die Fürsorge für seine Enterbten dem gemeinen Steuerzahler aufgebürdet. Dies galt im 18. Jahrhundert als etwas Selbstverständliches. So heißt es z. B. in einer mit königlicher Autorisation veröffentlichten Beschreibung Englands von 1750⁵⁾: „Nach mäßiger Schätzung nimmt man an, daß es in England 10 000 Gentlemen gibt, die im Durchschnitt ein jährliches Einkommen von 500 £ haben, und zum mindesten 20 000 jüngere Brüder, die, da sie wenig oder gar kein Vermögen haben, sich durch den Einfluß ihrer Freundschaft schöne Anstellungen verschaffen.“ Ein Teil

1) John Morley, Burke 209.

2) Ebenda 104—109, 111, 168.

3) Lecky, History of England I 366—369.

4) Vgl. z. B. für Baiern die neue Erklärung der Landesfreiheit von 1516 bei Lünig Collectio nova von der mittelbaren oder landsässigen Ritterschaft in Deutschland I 684. Frankfurt und Leipzig 1730.

5) A new present state of England. London 1750, II 62.

der enterbten jüngeren Söhne wandte sich übrigens auch der Kaufmannschaft zu. So erzog Harrington seinen Bruder William zur Kaufmannschaft¹⁾ und aus dem Ende des 17. Jahrhunderts haben wir das Zeugnis²⁾, daß selbst die größten Herren damals anfangen, ihre Söhne bei Kaufleuten in die Lehre zu geben. Das gab den Verteidigern der Primogenitur Anlaß zu behaupten³⁾, daß auf dieser die Blüte des englischen Handels beruhe, indem sie die jüngeren Söhne nötige, statt in Trägheit auf dem Lande zu verkommen, ihre Energie als Kaufleute zu entfalten. Aber nicht alle jüngeren Söhne empfanden dazu oder zur Betätigung in Staat oder Kirche Beruf, und Addison⁴⁾ hat uns anschaulich geschildert, wie sie dann als Schmarotzer bei den Gutsnachbarn des älteren Bruders ihr Dasein verbummelten. Horace Walpole, der jüngere Sohn des Staatsmanns, verhöhnte die englischen Familienstiftungen⁵⁾. Auch wird der gewaltige Unterschied in den Leistungen des englischen Heeres und der englischen Flotte gegen Ende des 18. Jahrhunderts von Lord Rosebery darauf zurückgeführt⁶⁾, daß das Heer wesentlich aristokratisch, die Flotte vergleichsweise demokratisch gewesen ist. „In der Flotte konnte ein Mann von dunklem Herkommen emporkommen, und die Auswahl war nicht durch die Verhältnisse seiner Geburt beschränkt; aber in dem Heere bestimmten der Stellenkauf, Gunst und Abstammung das Vorwärtkommen. Unsere Admirale waren nicht im Purpur geboren. Collingwood war der Sohn eines Kaufmanns in Newcastle, Jervis der eines Landadvokaten, Nelson der eines Landpfarrers. Wenn unsere Armeen ins Feld geschickt wurden, war es nötig, daß sie womöglich von

1) Harrington p. XV.

2) Edward Chamberlayne, *The present state of England* (1672) 314.

3) Sir Matthew Hale a. a. O. und danach Blackstone ed. Kerr II 182.

4) *The Spectator* No. 108 vom 4. Juli 1711.

5) In der Fabel *The entail*.

6) Rosebery, Pitt 158, 159.

einem königlichen Prinzen befehligt wurden. Ein militärisches Kommando schien nichts als hohen Rang zu erfordern oder höheres Alter in der Ernennung, was oft mit Senilität zusammenfiel.“ Dabei soll nicht bestritten werden, daß eine Anzahl jüngerer Söhne als Entschädigung für ihre Enterbung wirklich besser als die bevorzugten Ältesten erzogen worden sind und dem Staate weit größere Dienste als diese, ja ganz unvergleichliche Dienste geleistet haben. Aber es liegt auf der Hand, daß damit nicht bewiesen ist, daß z. B. Charles Yorke oder Pitt oder Wellington nicht die großen Männer, die sie geworden sind, geworden wären, wenn sie nicht durch die Primogeniturerbfolge eines älteren Bruders enterbt worden wären; und unter den kaustischen Fragen, mit denen 1735 der vortreffliche Bischof von Cloyne, Dr. Berkeley, die in Routine versunkenen höheren Gesellschaftsklassen seiner Zeit aufzurütteln bestrebt war, lautet die 330¹⁾: „Was für ein Recht hat ein ältester Sohn auf die schlechteste Erziehung?“, die 333: „Hat die Gesamtheit mehr Interesse das Eigentum zu schützen, das durch bloße Geburt erworben wurde, oder das, welches die unmittelbare Frucht von Kenntnis und Tugend ist?“ und die 334: „Ist es nicht etwas Armseliges und Übelberatenes, das Wohl des Ganzen dadurch fördern zu wollen, daß man die Rechte eines Teiles desselben oder einer einzelnen Klasse von Menschen beeinträchtigt?“

1) The Querist. II ed. London 1752, 36.

22. Kapitel.

Das Aufkommen von Hausindustrie und Manufaktur auf dem Lande.

Ich habe im dreizehnten Kapitel von der überragenden Bedeutung der Wolle und ihrer Verarbeitung für den englischen Nationalreichtum im Mittelalter gesprochen. Die Wollindustrie hat diese Bedeutung in den folgenden Jahrhunderten nicht nur nicht verloren; ihre Entwicklung ist für die gesamte englische Wirtschaftsordnung seit Ausgang des Mittelalters sogar epochemachend gewesen. Sie hat zur Zertrümmerung der alten gewerblichen Ordnung und zum Triumphe des Kapitalismus in allen Gebieten des Wirtschaftslebens geführt.

Nichts, was die in der englischen Wollindustrie der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts eingetretene Änderung besser kennzeichnete, als jene Stelle in dem Streite zwischen den Wappenherolden Frankreichs und Englands, in der der Franzose dem Engländer den Gegensatz zwischen der französischen und englischen Herstellung von Tuch vorhält¹⁾: „Ihr habt mehr Wolle in England, woraus man Tuch macht, als wir. Aber unsere Tuchmacher wohnen in

1) Le Débat des Heraults D'Armes de France et d'Angleterre, suivi de The Debate between the Heralds by John Coke ed. L. Fannier et Paul Mayer, Paris 1877, XXVI, XVII, XXXIX, 105. Die erste Debatte stammt der Annahme nach aus der Zeit um 1453—61. Aus der zweiten von 1549 finden sich Auszüge bei Tawney und Power Tudor Economic Documents, III 1—11.

guten Städten, die ihre Einwohner und armen Leute darin erhalten, so daß sie ihren Lebensunterhalt durch Spinnen und Kardieren gewinnen, desgleichen die Walker, Scherer, Färber und alle, die in den übrigen Beschäftigungen zur Fertigstellung der Tuche beitragen; und auch die Schneider, Wirker, Schuhmacher, Barbieri, Bäcker, Brauer und andere Arten von Gewerbetreibenden leben davon und können, wo solche Tuchmacher wohnen, nicht enbehrt werden. Ganz anders in England; denn eure Tuchmacher wohnen auf großen Höfen draußen auf dem Lande; sie haben Häuser, ausgestattet wie die von Landjunkern, worin sie sowohl Tuch herstellen, als auch Landbau treiben und Graswirtschaft und Schaf- und Viehzucht, und damit den armen Bauern und Viehzüchtern den Lebensunterhalt nehmen. Auch haben in England manche zwei oder drei Höfe und, während ehemals sechs oder sieben Personen auf jedem Hofe waren, haben sie nur einen Schafhirten oder einen elenden Herdmann und sein Weib“ usw. Hier tritt uns anschaulich entgegen, was den Niedergang des handwerksmäßig betriebenen Tuchmachergewerbes herbeigeführt hat. Es war dies das Auftauchen zweier kapitalistischer Betriebsformen, deren Konkurrenz das Weberhandwerk erlegen ist: der Hausindustrie und der Manufaktur.

Diese Betriebsformen sind schon unter dem Normannenkönig Roger II. in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts von Byzanz nach Sizilien gekommen¹⁾ und hatten sich auch in anderen Teilen Italiens und in anderen Gewerben als in der von Roger nach Sizilien verpflanzten Seidenindustrie neben dem Handwerk verbreitet. So auch in der Weberei von Florenz²⁾. Auch die Medizäer sind darin neben dem Handel tätig gewesen. Dann sind diese Betriebsformen auch in anderen Ländern in dem Maße, in dem ein Gewerbe statt für den lokalen Markt für den Absatz auf ferneren Märkten arbeitete, in Aufnahme gekommen, darunter mit

1) Siehe Otto von Freising, *Gesta Friderici I.* (rec. G. Waitz), Buch I, Kap. 34.

2) Siehe Robert Davidsohn, *Geschichte von Florenz II* 2, Berlin 1908, 419 ff.

dem Aufblühen des Tuchmachergewerbes in England. Nicht als ob der kapitalistische Betrieb hier in der Wollindustrie seinen Anfang genommen hätte. Ganz abgesehen davon, daß schon der älteste Erwerbszweig der germanischen Völker, der Krieg, seit Wilhelm dem Eroberer auf kapitalistischer Grundlage organisiert war¹⁾, findet sich das Lohnsystem in England in sehr früher Zeit auch im Zinnbergbau²⁾; wir hören von einem Grubenbesitzer, der mehr als dreihundert Lohnarbeiter beschäftigte, desgleichen von Aufsaugen kleiner Betriebe durch große Produzenten, von allzu niedrigen Löhnen und Ausständen der Arbeiter. Aber vermöge des von Natur beschränkten Vorkommens von Zinnerzen hatte dies nur beschränkte Bedeutung. Ganz anders, als der kapitalistische Betrieb in die über das ganze Land verbreitete Wollindustrie einbrach. An Stelle der handwerksmäßigen Tuchweberei sind in England um die Mitte des 15. Jahrhunderts Hausindustrie und Manufaktur getreten, und ihre Herrschaft hat bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts gedauert.

Von den beiden neuen Betriebsformen hat die Hausindustrie die größte Ähnlichkeit mit dem Handwerk. Es gibt dabei noch kleine Handwerkmeister, Lehrlinge und Gesellen; noch immer wird die Arbeit in des Meisters Haus verrichtet. Aber der Meister ist wirtschaftlich abhängig geworden. Er empfängt den Rohstoff von einem Kaufmann oder einer Mittelsperson irgendwelcher Art und liefert die fertige Ware an den wieder ab, der ihm den Rohstoff geliefert hat. Er ist also dessen Lohnarbeiter geworden. Er wird von diesem beschäftigt oder nicht, je nachdem die Lage des Marktes Steigen oder Sinken der Nachfrage in Aussicht stellt, und ebenso richtet sich die Ausführung der Bestellung nach dem, was der am fernen Ort wohnende Abnehmer wünscht. Mit der Ausdehnung des Absatzmarktes auf fernegelegene Orte ist dieser für den

1) Siehe Bd. I, S. 189.

2) W. R. Scott, *The Constitution and Finance of English, Scottish and Irish Joint-Stock Companies to 1720*. Cambridge 1912, I 13, II 384, note 2. — Lipson 412.

kleinen Handwerksmeister unübersichtlich geworden; daher dieses Auftreten eines den Markt beurteilenden Händlers zwischen ihm und dem Verbraucher.

Anders die andere neue Betriebsform, die Manufaktur. In einem dem Betriebsleiter gehörigen Gebäude werden die Arbeiter in großer Zahl vereint. Die Arbeitsteilung, die beim Handwerksbetrieb und bei der Hausindustrie nicht innerhalb der Werkstätte, sondern zwischen den verschiedenen Gewerben stattfindet, wird nun in die Werkstätte verlegt. Die beschäftigten Arbeiter stellen nicht mehr gebrauchsfähige, sondern nur mehr Teilprodukte her. Ein jeder ist Jahr aus Jahr ein nur mehr in derselben Verrichtung tätig, liefert sein Teilprodukt an einen anderen Arbeiter, der es nach weiterer Bearbeitung an wieder einen anderen weitergibt, bis es die Genußfähigkeit erreicht hat. So entsteht der virtuose Arbeiter. Mit dem geringsten Aufwand an Zeit wird ein Massenprodukt hergestellt, das einen Massenabsatz voraussetzt. Der Betriebsleiter ist ein Kapitalist. Im 18. Jahrhundert wird an die Stelle der virtuoson Arbeiter der Maschinenbetrieb treten und noch später die Anwendung der chemischen Wissenschaft auf die Industrie und damit an die Stelle der Manufaktur die moderne Fabrik. Aber im Englischen heißt der Fabrikant noch heute *manufacturer*, auch wenn in seinem Betriebe gar nichts mehr mit der Hand gemacht wird.

In der Wollindustrie hat diese kapitalistische Entwicklung die Entstehung einer neuen Klasse von Gewerbetreibenden, nämlich der Tuchmacher (*clothiers, clothmakers*) bedeutet. Sie verfügten über ein verhältnismäßig großes Kapital und machten eine oft große Anzahl Arbeiter von sich abhängig. Die Anfänge hiervon finden sich schon um die Mitte des 14. Jahrhunderts. Wir hören, 1348—50, daß Bürger von Lincoln Weber beschäftigten, die Tuch zum Verkauf herstellten, was auf Hausindustrie hinweist, und im Jahre 1340 finden wir Anfänge von Manufaktur in Bristol. Sicher ist, daß die großen Tuchmacher schon Ende des 14. Jahrhunderts, wenn auch wohl nicht in großer Zahl,

tätig gewesen sind¹⁾). Einige derselben sind ursprünglich Wollhändler gewesen, die, statt die Wolle ins Ausland auszuführen, sie im Inland verarbeiten ließen und dann Tuch ausgeführt haben. Andere sind aus den Tuchscherern hervorgegangen, welche den Herstellungsprozeß, der ehemals unter die verschiedenen Gilden der Weber, Walker usw. verteilt war, in ihrer Hand konzentriert haben. Aber es wird auch von Personen berichtet, die mit der handwerksmäßigen Herstellung von Tuch nichts zu tun gehabt hatten und erst, als die Tuchfabrikation kapitalistisch wurde, sich ihr zuwandten, so von einem Mayor von Canterbury, der sein früheres Gewerbe als Lebensmittelhändler aufgab und dann, nachdem er Tuchmacher geworden, als „gentleman“ lebte. Auch von einem „Chevalier“ heißt es²⁾, er sei Tuchmacher geworden, und im 16. Jahrhundert waren es große Schafzüchter, die gleichzeitig Tuchmacher wurden, indem sie die auf ihren Landgütern gewonnene Wolle von Männern und Frauen aus der Nachbarschaft zu Tuch verarbeiten ließen, das sie an die Londoner Tuchhändler verkauften³⁾). John Winchcombe, der Jack von Newbury der Volkslieder des 17. Jahrhunderts, so genannt nach dem Orte, wo er sein Gewerbe betrieb, stammte von einem in der letzten Hälfte des 14. Jahrhunderts lebenden reichen Tuchhändler in London. Die Legende erzählt von ihm, daß er Heinrich VIII. samt seinem Hofe bewirtet habe. Noch ist sein Testament vorhanden, in dem er die Pfarrkirche von Newbury und seine Dienerschaft mit beträchtlichen Summen bedenkt. Sein Sohn setzte das Gewerbe fort und seine Waren erlangten europäischen Ruf, so daß 1549 der englische Gesandte in Antwerpen dem Protektor Somerset riet, zur Begleichung einer fälligen Schuld 1000 Stück von Winchcombes Wollstoffen nach Antwerpen zu senden. Seine Nachkommen heirateten in den englischen Adel und einer derselben

1) Lipson 413, 414.

2) Lipson 414, 415.

3) Ashley II 241, 242.

wurde 1641 Baronet. Ein lebendiges Bild seiner Manufaktur gibt folgendes 1597 gedruckte Gedicht¹⁾:

In einem großen langen Saal
Zweihundert Webstuhl' an der Zahl
Dran wirkten all' in einer Reih'
Zweihundert Männer — daß Gott verzeih'!
Bei jedem Mann ein Knabe saß,
Der wand die Spul mit vielem Spaß.
Im nächsten Saale dicht dabei
Einhundert Frauen, frank und frei,
Krempelnd mit Fleiß in heller Lust,
Sangen ein Lied aus voller Brust.
In einem andern Raum alsdann
Zweihundert Mägde traf man an
In kurzem Rock von rotem Tuch:
Ein milchweiß Kopftuch jedes trug.
Nie ließ der Mägdlein Eifer nach,
Sie spannen dort den ganzen Tag;
Beim Spinnen ihre Stimm' erklang
So süß wie Nachtigallensang.
In einem andern Saale war
In dürft'ger Tracht 'ne Kinderschar:
Die Wolle zupfend jedes saß
Und feine von der groben las:
Einhundertfünzig, Gott erbarm',
Kinder von Leuten schlicht und arm,
Die von der Arbeit brachten heim
Nachts nur ein einzig Hellerlein;
Doch Trank und Speise für den Tag
Bewahrte sie vor Ungemach.
Und wenn sodann man weiter geht,
Man fünzig wackre Männer späht:

1) Ashley 270. Die von dem Gedicht für jede Art von Arbeitern angegebenen Zahlen: 200 Weber, 200 spulende Buben, 100 krempelnde Weiber, 200 spinnende Mädchen, 150 wollzupfende Kinder, 50 Tuchscherer, 80 Rauher, 40 Färber und 20 Walker dürfen wohl kaum als maßgebend für das Verhältnis der verschiedenen Beschäftigungen zu einander aufgefaßt werden.

Tuchscherer waren's allesamt,
 Übten mit Kunst und Fleiß ihr Amt.
 Und nebenan da plagten sich
 Wohl achtzig Rauher männiglich.
 Ein Färberhaus gab es sodann,
 Drin schafften wohl an vierzig Mann;
 Die Walkemühl' zu guterletzt
 Mit zwanzig Leuten war besetzt.“

John Winchcombe war nicht der einzige Leiter einer großen Wollmanufaktur im 16. Jahrhundert. Nach der Säkularisation der Klöster im Jahre 1536 hat ein reicher Tuchmacher namens Stumpe dem König die Abtei Malmesbury abgekauft und sie in eine Manufaktur verwandelt. 1546 trat er wegen Pachtung der Abtei Osney bei Oxford in Unterhandlung, in der er 2000 Arbeiter beschäftigen wollte, die fleißig und ohne Unterlaß für den Bedarf der Stadt Oxford und deren Umgebung Tuche fertigen sollten¹⁾. Es gab noch eine Anzahl anderer reicher Tuchmacher, und, wie heute, heiratete schon damals der Adel die Töchter reicher Fabrikanten.

Der Aufschwung, den die Wollindustrie infolge dieses Eindringens kapitalistischer Betriebsformen genommen hat, geht aus den Nachweisen über Ausfuhr und Zölle hervor. Im Jahre 1354 hatte sich die Ausfuhr wollener Tuche auf noch nicht 5000 Stück belaufen, 1355 auf nur erst zwischen 5000 und 6000 Stück. Am Ende des 15. Jahrhunderts haben die „unternehmenden Kaufleute“ allein ungefähr 60 000 Stück ausgeführt; 1509 war die Ausfuhr auf 84 789, 1547 auf 122 354 gestiegen. Dem entsprechend auch eine Änderung in dem Ertrag der Zölle. Der Wollausfuhrzoll war früher eine Haupteinnahme der Könige gewesen. Um keine Einbuße infolge der Ver-

1) Ashley II 270. Vgl. auch Tudor Economic Documents I 176 den Brief von Thomas Cade an Thomas Cromwell vom 4. III. 1538, worin er diesem einen Kapitalisten empfiehlt, der eine Tuchmanufaktur errichten will, von der die Stadt Abingdon viel Vorteil haben würde.

arbeitung der Wolle im Inland zu erleiden, hat Eduard III. schon 1347 einen Zoll auf die Ausfuhr von Tuch gelegt. Immerhin blieb auch dabei noch eine starke Begünstigung der Tuchweberei: während bei der Ausfuhr von Wolle ein Wertzoll von 33 Proz. erhoben wurde, betrug er bei der Ausfuhr von Tuch nur 2 Proz.¹⁾. 1421 lieferte der Wollzoll noch 74 Proz. der gesamten Steuereinkünfte. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts kam der Ausbreitung der Tuchfabrikation die Schutzpolitik des sich auf das Bürgertum stützenden Eduards IV. zugut. Im Jahre 1463 wurde die Einfuhr wollener Tuche wie auch einer Menge anderer Manufakturwaren untersagt. Dies war wohl der Grund, warum Lorenzo von Medici viele Fabriken mit florentinischen Arbeitern in England errichtete²⁾, statt, wie bisher, die Wolle nach Florenz kommen zu lassen. Den Aufschwung, den die englische Tuchweberei infolge dieser Maßnahmen nahm, bezeugt, daß der Wollausfuhrzoll unter Heinrich VIII. auf 33 Proz. der Steuereinkünfte sank, während die Ausfuhrzölle auf alle übrigen Waren auf 36 Proz. und davon die auf Tuch allein auf 24 Proz. gestiegen waren.

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts war das englische Tuch selbst auf die niederländischen Märkte gedrungen und konkurrierte dort erfolgreich mit dem brabantischen Tuch. Guiccardini³⁾ schrieb 1560: „Es ist erstaunlich, eine wie große Menge Tuch die Engländer alljährlich nach den Niederlanden senden; es sind dies Jahr aus Jahr ein über 200 000 Stück von jedweder Art; rechnet man den sehr niedrigen Preis von 25 Kronen das Stück, so ergibt dies 5 Millionen Kronen, so daß diese und andere Waren, welche die Engländer zu uns bringen oder die wir bei ihnen ausführen, einen Jahresbetrag von mehr als 12 Millionen Kronen ausmachen“; das sind etwa 43 Millionen deutscher Goldmark.

1) Lipson 402, 403. Siehe auch Tudor Economic Documents I 178.

2) Rhymer, foedera V, p. 3. 62.

3) Tudor Economic Documents III 173.

23. Kapitel.

Die ersten Einhegungen und die Erhaltung des Getreidebaues.

Das Eindringen des Kapitalismus in die Wollindustrie hat auch zu seinem Eindringen in die Beschaffung des von ihr bearbeiteten Rohstoffs, der Schafwolle, geführt.

Wir haben kennen gelernt, daß die Feldgemeinschaft fortbestanden hat, auch nachdem die Bauern über sich einen Grundherrn erhalten hatten. Die Äcker des Dorfes lagen nach wie vor im Gemeindegut, auch die der Grundherren mit denen der Bauern. Diese hatten das Recht der Brachweide und der Vor- und Nachhut an allen Äckern der Dorfflur, ein Weiderecht im Allmendland, ein Bezugsrecht von Holz und Torf aus Wald und Wüstland. Ohne diese Nutzungsrechte wäre der Betrieb der bäuerlichen Wirtschaft unmöglich gewesen.

Anfänglich hatte Gleichheit dieser Nutzungsrechte der Bauern bestanden; sie waren Ausfluß der alten kommunistischen Wirtschaft. Das hat sich mit der immer schärferen Ausbildung des Sondereigentums geändert; auch die Nutzungsrechte an der Dorfflur und am Gemeindeland wurden vom Sondereigentum ergriffen; sie wurden zu einem Zubehör des einem jeden gehörigen Landes, und jedem stand eine Nutzung nur mehr im Verhältnis zur Größe seines Besitztumes zu. Dabei findet sich in der Zeit zwischen dem 13. und dem Anfang des 16. Jahrhunderts eine fortschreitende Konzentration des Landes in weniger Händen. Im 13. Jahrhundert hat die typische bäuerliche

Hufe 30 acres umfaßt¹⁾). Das ist so bis zum Schwarzen Tode geblieben. Dieser hat die Auflösung der überkommenen Ordnung zur Folge gehabt. Das Streben nach persönlichem Vorteil ist an die Stelle der Zufriedenheit mit dem, was einem Jeden seinem Stande gemäß zukam, getreten. Die Gleichheit der Besitztümer in der Feldmark hat aufgehört. Einige wenige größere Landbesitzer haben die kleinen verschluckt. Um ein Beispiel zu geben: In Aspley Guise hat es 1275 vierzig Bauern, die ihr Land nach Herkommen besaßen, gegeben, einen jeden im Besitz einer halben Hufe. 1542 gab es nur mehr drei Bauern im Besitz einer halben Hufe, dagegen einen im Besitz von 30, 2 in dem von 60 und 3 im Besitze von 75 acres.

Der Hergang bei diesem Wachstum größerer Betriebe ist leicht zu erklären. So lange der Bauer für das Land, das er inne hatte, das Herrenland bestellte, hatte der Grundherr um der Leistungsfähigkeit des Pflichtigen willen ein Interesse, die Gleichheit der Bauernhöfe aufrecht zu erhalten; mit der Ablösung der Dienstpflichten gegen Geldabgaben war dieses Interesse geschwunden. Als der vom Grundherrn geübte Zwang wegfiel, hat das Streben der Einzelnen nach Mehrung ihres Gewinnes freien Spielraum erlangt. Ihm kam die Verödung vieler Höfe in Folge des Schwarzen Todes entgegen. Sie hat zur Übernahme vieler Höfe durch die Überlebenden geführt. Desgleichen haben unternehmende Bauern Veräußerungen von Sallandgrundstücken zur Vergrößerung ihrer Höfe genützt. Auch haben manche Bauern die Höfe verarmter Nachbarn gekauft und mit ihrem Lande vereint. So hat der erwachende kapitalistische Geist zuerst zur Auflösung der Fronhofswirtschaft und Hand in Hand damit zur allmählichen Ersetzung von Kleinbetrieben durch Großbetriebe geführt. Land wurde eine Ware, die gekauft und verkauft und vertauscht werden konnte. Wozu schon früher Ansätze vorhanden waren, das gelangte jetzt zur vollen Entwicklung. An die Stelle des früheren normalen Umfangs des Hofes des Hörigen

1) Lipson 115—118.

trat eine unendliche Mannigfaltigkeit von Größen von wenigen acres bis zu vielmals 60 acres. Aber die Entwicklung, die einzelnen unternehmenden Bauern den Weg geebnet hat, hat zum Nachteile des Bauernstandes als solchen geendet. Der Bauer, der gedieh, bereitete dem kapitalistischen Unternehmer, der Acker an Acker reihte, den Weg. Das Mittel hierzu boten die Einhegungen. Sie bedeuteten das Aufhören der alten Feldgemeinschaft.

Unter Einhegung, enclosure, versteht man 1. die Herausnahme der einem Besitzer gehörigen Grundstücke aus der Gemenglage und Zusammenlegung derselben zu einem zusammenhängenden Besitze; 2. die Überführung sowohl der Gemeinweide, wie des Wald- und Wüstlandes in Sondereigentum. Das zusammengelegte Land wurde eingehegt, indem man es mit Graben und Wall umzog und auf den Wall eine natürliche Hecke pflanzte.

Die wirtschaftlichen Vorteile der Einhegungen sind unbestreitbar. Die Feldgemeinschaft, für primitive Verhältnisse eine Notwendigkeit, wird zum Hindernis, sobald der Übergang zu intensiverem Anbau angezeigt ist. Die Gemenglage der Äcker, das Brachweiderecht und die Rechte der Vor- und Nachhut hindern den auf Ertragssteigerung Bedachten, zu der Betriebsweise überzugehen, die jeweils als die vorteilhafteste erscheint; der Streubesitz führt zur Bodenverschwendung durch die vielen Grenzen und Feldwege, zu Zeitverlust durch Hin- und Hergehen zu den oft weit entfernt voneinander liegenden Äckern, zur Erschwerung der Aufsicht, und macht Meliorationen im Großen, wie Entwässerungen, Bewässerungen unmöglich. Erst die Zusammenlegung gibt dem Besitzer die zum rationalen Landwirtschaftsbetrieb unentbehrliche Freiheit. Aber den ärmeren Dorfbewohnern bringt sie Nachteil, und noch mehr die Aufteilung der Gemeindeländereien. Mit der Beseitigung der Weiderechte schwindet für die Kleinbesitzer oft die Möglichkeit der Viehhaltung und damit des Fortbetriebes ihrer Wirtschaft, und für den Tagelöhner gibt es nach Durchführung der Einhegung weniger Nachfrage nach Arbeit.

In England finden sich vereinzelte Zusammenlegungen schon im 13. Jahrhundert¹⁾. Durch die Gesetze von Merton 1235 und Westminster II ist den Grundherren das Recht eingeräumt worden, Gemeinländereien in ihr Sondereigentum überzuführen, nur sollten sie den Bauern so viel übrig lassen, als sie zur Weide für ihr Vieh und Beschaffung des in ihrer Wirtschaft benötigten Torfs und Holzes brauchten. Dafür sollten die Bauern jährlich eine Abgabe zahlen. Aber dies galt nur für die freien Bauern, und auch diese mußten den Nachweis führen, wieviel ein jeder nötig hatte. Das hat zu unendlichen Prozessen geführt; außerdem hat die Einschränkung für die Mehrheit der Bauern, die Hörigen, keine Geltung gehabt. Im 15. Jahrhundert haben die Einhegungen mehr und mehr zugenommen. Die Grundherren gingen voran; ihrem Beispiele sind viele der größeren Bauern gefolgt²⁾.

Die Einhegungen haben zuerst nur der besseren Bestellung des Ackerlandes gedient, und die landwirtschaftlichen Schriftsteller des 16. und 17. Jahrhunderts überbieten sich in Lobpreisungen ihrer ausgezeichneten Wirkung³⁾. Insbesondere hat die Freiheit der Verfügung über das Land, welche die Herausnahme der Ackerstreifen aus der Feldgemeinschaft dem Eigentümer, bzw. dessen Pächter, gebracht hat, es den Landwirten sehr erleichtert, von der Dreifelderwirtschaft zur geregelten Feldgraswirtschaft überzugehen, wozu sich das Klima Englands ohnehin eignet.

Aber es haben Einhegungen nicht nur zwecks intensiveren Anbaus des Ackerlandes stattgefunden; ihr Schwerpunkt liegt im 15. und 16. Jahrhundert im Zusammenlegen

1) Ashley II 288. — Lipson 120.

2) Prothero, *The Pioneers and Progresses of English Farming*. London 1888, 19.

3) Siehe z. B. Mayster Fitzherberts *Boke of Husbandry*, imprinted in 1523, die entsprechende Stelle abgedruckt in *Tudor Economic Documents* III 22. — Tusser, *Five hundred pointes of good husbandry* 1573 Chap. 52, wiederabgedruckt ebenda 63. — Samuel Fortrey, *Englands interest considered in the increase of trade* 1663.

von Grundstücken und der Aufteilung von Gemeinländereien, um sie in Schafweiden zu verwandeln. Klagen darüber und die dadurch hervorgerufene Entvölkerung sind schon in den ersten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts erhoben worden. Ganze Dörfer verfielen, weil die Bauern, die sie bewohnten, vertrieben wurden. Begreiflich, daß sich viele dagegen auflehnt haben. In den Straffrollen der Grundherrschaften erscheint als neues Delikt die Zerstörung von Hecken¹⁾. Während der Umfang der Grundherrschaften zunimmt, nimmt der des Pfluglandes infolge wachsender Zunahme der Schafweiden absolut ab. Daher klagt das 1489 erlassene Gesetz Heinrichs VII.²⁾ gegen die Zerstörung von Dörfern, daß Häuser und Dörfer niedergerissen und Land, das dem Pflug unterworfen gewesen, in Weideland verwandelt werde. Die Folge sei die Zunahme von aller Laster Anfang, dem Müßigang. Wo ehemals zweihundert Personen tätig gewesen und von ihrer ehrlichen Arbeit gelebt hätten, seien jetzt zwei oder drei Hirten beschäftigt, der Rest ver falle in Nichtstun, der Ackerbau, eine der Säulen des Reichs, sei in Verfall geraten, Kirchen seien zerstört worden, der Gottesdienst habe aufgehört, für die in den Kirchhöfen Begrabenen werde nicht mehr gebetet, die Kirchenpatrone und die Pfarrer würden geschädigt und die Verteidigung des Landes gegen den äußeren Feind werde in Frage gestellt. Dementsprechend wird das Bauernlegen verboten. Der König und die zuständigen Lords sollen die Hälfte des Gewinns von dem Land erhalten, das nicht mehr unter dem Pflug gehalten wird.

Der Grund für die Verwandlung von Feldern, die bisher dem Getreidebau gedient hatten, in Schafweiden lag in dem Aufblühen der englischen Tuchfabrikation. Die Folge war, daß, wie Fitzherbert³⁾ schreibt, der Wert von Weideland auf das Doppelte und Dreifache von Pflugland stieg. „Die Füße der Schafe“, sagte man⁴⁾, „verwandeln

1) Lipson 126.

2) 4. Henr. VII. c. 19. abgedruckt in Tudor Economic Documents I 4 ff.

3) Fitzherbert, J., Surveyinge. 1539. c. 2. p. 5.

4) Fitzherbert, J., Boke of Husbandry. 1534. p. 42.

Sand in Gold“. Man hat die Richtigkeit dieser Äußerungen in unseren Tagen in Frage zu stellen gesucht. Hasbach hat darauf verwiesen¹⁾, daß der Wollpreis in England von 1400 bis 1540 gesunken sei. Aber es wird, worauf ich gleich zurückkommen werde, gegen Ausgang des 15. Jahrhunderts auch über niedrige Getreidepreise geklagt und daher die Freigabe der Getreideausfuhr verlangt, und außerdem wird die Rentabilität nicht bloß durch den Preis des Produkts bedingt, sondern ebenso durch die Höhe der Produktionskosten, und diese waren beim Getreidebau größer als bei der Schafzucht. Auf Land, auf dem ehemals zwanzig Pflüger beschäftigt gewesen, genügte jetzt ein einziger Schäfer, und die Schäfer waren die am schlechtesten bezahlten unter allen ländlichen Arbeitern. Das Durchschlagende aber war, daß seit dem Aufblühen der englischen Tuchfabrikation die Rentabilität der Schafzucht nicht mehr von den Wollpreisen abhängig war. Man hat diese im Interesse der Tuchfabrikation sogar künstlich nieder zu halten gesucht. So hat man 1489 anderen als Tuchmachern Wolle zu kaufen verboten²⁾. Was zur Verwandlung von Getreideland zu Schafweiden und zum Bauernlegen den Anlaß gab, war nicht die Spekulation auf Steigen der Wollpreise, sondern der Gewinn, den die Tuchfabrikation bei vertikaler Konzentration der Betriebe abwarf. Wir haben im vorigen Kapitel gesehen, wie reich gewordene Kaufleute Güter zusammenkauften, die Getreidefelder in Schafweiden verwandelten und Schlösser und Abteien in Wollspinnereien und Tuchmanufakturen verwandelt haben. Die dabei erzielten Gewinne müssen nach dem, was dargelegt worden ist, außerordentlich groß gewesen sein. Sie sind die Ursache der Einhegungen und des Bauernlegens am Ausgang des 15. und des 16. Jahrhunderts gewesen³⁾.

1) W. Hasbach, Die englischen Landarbeiter in den letzten hundert Jahren und die Einhegungen. Leipzig 1894, 28 ff.

2) Act reserving English wool for English clothiers (4. Henr. VII. c. 11), abgedruckt in Tudor Economic Documents II 5.

3) Siehe weitere Belege bei Lipson 129, und dessen

Nun hat man neuerdings in Zweifel gezogen, daß der Handel im Mittelalter so großen Gewinn abgeworfen habe, daß dieser als Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation angesehen werden könne. Ich habe das Irrige dieser Anschauung für Italien an anderer Stelle dargetan¹⁾; die Reichtümer, welche die italienischen Kaufleute erworben hatten, haben sie in Stand gesetzt, die verfassungswidrigen Umgehungen des parlamentarischen Steuerbewilligungsrechts der ersten drei Eduarde zu finanzieren²⁾. Auch haben wir gesehen, daß, wenn auch die Altermänner, welche in den englischen Städten anfänglich geherrscht hatten, Grundherren gewesen sind, die in London Barone genannt werden, sie doch gleichzeitig Kaufleute waren und ihr Handel eine wichtige Quelle ihres Reichtums gewesen ist. Der Gewinn, den er abwarf, hat sie in Stand gesetzt, auch außerhalb der Stadt Grundherrschaften zu erwerben und als Beamte im Dienste des Königs oder der Bischöfe sowie durch Heiratsverbindungen mit dem Feudaladel zu Macht und Ansehen aufzusteigen. „Ein sprechendes Beispiel bieten Henry Fitz-Aylwin, der erste Mayor von London, und seine unmittelbaren Nachkommen. Henry starb im Besitze weiter Ländereien in Middlesex, Kent, Surrey und Hertfordshire. Sein Sohn heiratete die Erbin einer Grundherrschaft in Surrey, die als Lehen für Dienst in des Königs Küche verliehen war. Johanna, die aus dieser Ehe hervorging, heiratete Ralph den Kürschner, einen Bediensteten der königlichen Kammer, der einen ge-

Zitat aus R. Crowley Works (Early English Society) 41, 87 über die Kaufleute:

„To purchase lands is all their care
And all the study of their brain.“

1) Brentano, Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte, 316 ff.; siehe auch Robert Davidsohn, Forschungen zur Geschichte von Florenz, IV 268 ff. Berlin 1908. Auch Jakob Strieder hat in seinem Buche „Zur Genesis des modernen Kapitalismus“, Leipzig 1904, den Nachweis erbracht, daß die Mehrzahl der großen Vermögen der Renaissancezeit dem Handel entstammten.

2) Siehe Band I 216.

winnbringenden Handel mit ausländischen Fellen mit der Verwaltung einer Grundherrschaft in Norfolk verbunden hat. Robert, der Sohn der Johanna und Enkel des Fitz-Aylwin, der das Haus seiner Großmutter in der Nähe von London Stone bewohnte, heiratete die Tochter des Grafen von Derby, verwandelte das Manor seiner Großmutter in Surrey in ein Schloß, war Herr der Hundreds von Lambeth und Geheimer Rat¹⁾. Das war kein vereinzelter Fall. Viele Londoner Pfarrkirchen sind von Altermännern als Privatkapellen erbaut worden, und ein halbes Dutzend wird noch heute nach ihnen benannt²⁾. Wenn es auch die fremden Kaufleute waren, die von den Eduarden bei ihren Umgehungen des Steuerbewilligungsrechts des Parlaments bevorzugt wurden, so haben wir doch gehört, daß ihre finanziellen Abmachungen mit den heimischen Kaufleuten, um sich Geld zu verschaffen, so weit gingen, daß eine Zeit lang ein von den Gemeinen unterschiedener Stand der Kaufleute zu entstehen drohte, und wir wissen von einer starken Beteiligung englischer Kaufleute an der Wollausfuhr. Einzelne von ihnen haben sich daran schon im 13. Jahrhundert mit für die damalige Zeit großen Beträgen beteiligt und bis zu 200 Proz. verdient³⁾. Im 14. Jahrhundert sehen wir ihren Anteil stetig wachsen. Als Eduard III. seinen Krieg gegen Frankreich vorbereitete, war 1337 ihr Anteil allerdings noch geringer als der der Fremden⁴⁾; 1341 hat er schon fast die Hälfte betragen⁵⁾, und nach 1350 sind die englischen Kaufleute finanziell schon so kräftig, daß sie die Anleihen der Krone an erster Stelle zu übernehmen vermögen⁶⁾. Wie in allen Ländern kommen auch in England die großen Kaufleute in Verbindung mit den Fürsten und diese in Verbindung mit ihnen auf; für das, was sie den Fürsten vorschießen, er-

1) Unwin, Finance and Trade 7.

2) Ebenda.

3) Ebenda 192.

4) Ebenda 208.

5) Ebenda 206, 207.

6) Hansen 395.

halten sie Monopole, und werden ihnen öffentliche Einkünfte verpfändet; für die Verluste, die sie durch nie ausbleibenden Treubruch der Fürsten erleiden, halten sie sich an den kleinen Leuten schadlos, deren Erzeugnisse sie aufkaufen; wie in Italien die Medici durch ihre Verbindung mit den Päpsten, in Frankreich Jacques Coeur durch seine Verbindung mit den Valois und später in Deutschland die Fugger durch ihre Verbindung mit den Habsburgern, so sehen wir in England die de la Pole aus Hull¹⁾ zu wahrhaft fürstlicher Stellung aufsteigen. Am 30. Juni 1339 erkennt Eduard III. an, daß er William de la Pole 76180 £ schulde außer 46389 £ 19 s 10¹/₂ d, die ihm dieser während diesem und dem vorausgegangenen Jahre in kleinen Beträgen geliehen habe. Der König hat ihn dafür zum Ritter geschlagen, zum Chief Baron des Schatzamts gemacht, ihm einige Häuser in Lombard Street in London geschenkt und ihm alle Einkünfte seines Reichs und die der Krone bewilligten Subsidien übertragen, bis das ihm Geschuldete zurückgezahlt sei. William de la Poles Enkel Michael starb 1391 als erster Graf von Suffolk, dessen Enkel William 1450 als Herzog von Suffolk; dessen Sohn heiratete Elisabeth von York, die Schwester König Eduards IV., und deren Sohn wurde von Richard III. nach dem Tode seines eigenen Sohnes zum Prinzen von Wales proklamiert. Noch unter den Tudors haben die de la Pole, der eine als Thronprätendent, ein anderer als Kardinal eine Rolle gespielt.

Diesen ihren Aufstieg haben die de la Pole ihrem im Handel erworbenen Reichtum verdankt. Sie sind aber nicht die einzigen englischen Kaufleute, die durch den Wollhandel in Verbindung mit den Geldbedürfnissen Eduards III. zu großem Reichtum gelangt sind. Das sind auch die Wesenham, Chiriton, Wendlingburgh, Melchbourn, Swanland, Picard, Pulteney, Norman, Golbeter, Stodeye u. a.²⁾. Von

1) H. R. Fox-Bourne, *English Merchants*. London 1866, I 50 ff.

2) Alice Law, *Nouveaux Riches in the XIV. Century in Royal Hist. Soc. Transactions IX (1895) 49 ff.*

John Winchcombe, der von einem in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts lebenden reichen Londoner Tuchhändler abstammte und mittels des von seinen Vorfahren im Handel erworbenen Kapitals seine große Manufaktur in Newbury errichtet hat, habe ich schon gesprochen. Er ist aber nicht der einzige Kaufmann gewesen, der seinen im Handel erworbenen Reichtum zum Zusammenkaufen und Einhegen von Land verwendet hat. Eine Petition aus der Zeit Heinrichs VIII. klagt über „unternehmende Kaufleute“, Tuchmacher, Goldschmiede, Metzger, Gerber, unvernünftige und begehrlische Leute, die täglich mehr Güter erwerben, als sie mit Korn bestellen können, und schon 1535 hat Thomas Cromwell ein Gesetz gegen Kaufleute erwogen, die Land kaufen, das mehr als £ 40 im Jahre abwirft¹⁾. Nach der Aufhebung der Klöster im Jahre 1536 nehmen die Landkäufe durch Kaufleute zu und mit ihnen die Klagen²⁾.

„Wenn doch der Kaufmann allein
Sich auf Handel ließ ein
Und dem ließ das Land,
Der sein Brot darauf fand.“

Ganz besonders aber wird nun über die schonungslose Ausnützung ihrer neuerworbenen Rechte seitens der Höflinge, die in den Besitz von Klostergütern gelangt waren, geklagt³⁾.

Die Folgen der agrarischen Veränderungen der zweiten

1) State Papers Dom., Henr. VIII., IX. 725. 11. — Froude schreibt in einer Anmerkung zum 25. Hen. VIII. c. 13 von 1533 von einer Notiz, die er gefunden habe, aus der hervorgeht, daß schon 1533 ein solches Gesetz ins Auge gefaßt wurde.

2) Select Works of Robert Crowley (Early English Text Society 1872). Siehe auch Vox populi vox Dei, 1547—48, in Tudor Economic Documents III 32 ff. — Lever, Sermons, 1550, in Arber's Reprints, 29. — W. S., The Common Weal ed. Lamond 39. — Brynkelow, Complaint, Early English Text Society 9. — Supplication, Early Engl. Text Society 26, 30, 40, 48. — Cheyne, Social Changes, 54, 102.

3) Tudor Economic Documents I 17—21, 27 ff., 44 ff.

Hälfte des 15. und der ersten des 16. Jahrhunderts sind dieselben, wie die der großen agrarischen und gewerblichen Umwälzung gegen Ende des 18. Jahrhunderts gewesen.

Ihre erste Wirkung war die Vertreibung der kleinen Bauern aus ihrem Besitze, ihre Verwandlung in Lohnarbeiter und die Entvölkerung des platten Lands. Das Bauernlegen fand statt, sei es, daß der Grundherr den Bauern aus seinem Hofe auswies, sei es, daß er beim Tode von dessen bisherigen Inhaber den Hof nicht wieder besetzte, sondern mit seinem Salland vereinte, sei es, daß er durch Usurpation des Gemeinlands die kleinen Bauern zum Verkauf ihres unhaltbar gewordenen Besitzes nötigte. „Die Einhegungen“ schreibt der sonst sehr apologetisch gerichtete Historiker Froude¹, „wurden durchgeführt unter Mißachtung alter Rechte und Interessen außer denen der Grundherren“²). Daher die berühmten Worte des Thomas Morus über „die menschenfressenden Schafe“ in der Schilderung der Wirkungen der Einhegungen in seiner Utopia; und Tyndale rief „Gott gab die Erde den Menschen zum Bewohnen, nicht aber Schafen und wilden Tieren“. Das Umsichgreifen der Schafweiden führte zur Leerung der Dörfer. In einer Predigt vor Eduard VI rief Bischof Latimer: „Wo eine große Zahl Haushälter und Einwohner lebte, findet sich jetzt nur ein Schäfer und ein Hund“, und ein Satiriker schrieb: „Diese Einhegungen sind die Ursache, warum die Reichen die Armen auffressen gleich den Tieren, die Gras fressen“³).

1) Anthony Froude, History of England, vol. V, 108.

2) Diesem Urteil sowie den im Texte wiedergegebenen Zeugnissen der Zeitgenossen und den gesetzgeberischen Versuchen, den Mißbräuchen abzuwehren, gegenüber wirkt die neuere apologetische Haltung verschiedener Schriftsteller (Hasbach a. a. O. 29 ff. — Arthur H. Johnson, The disappearance of the small landowner. Oxford 1909, 44 ff. — Gonner Commonland and enclosure. London 1912, 132—36) nicht überzeugend.

3) Lipson 142.

Eine zweite Folge des Eindringens des kapitalistischen Gewinnstrebens in die Landwirtschaft war das Steigen der Renten¹⁾. Wo der Pächter nicht vertrieben wurde, trat an die Stelle der herkömmlichen die größtmöglich zu erpressende Rente. Die zeitgenössischen Schriftsteller²⁾ sahen die Ursache dieser Rentensteigerungen in der schamlosen Habsucht, mit der die Grundherren sich in den allgemeinen Kampf um Reichtum stürzten, und machten sie für die Teuerung von Getreide und Lebensmitteln verantwortlich. Um nur einen anzuführen, so predigte Bischof Latimer³⁾ vor Eduard VI.: „Ihr Grundherren, ihr Rentensteigerer, ich möchte sagen, ihr Stiefherren, ihr erhaltet für eure Besitztümer zu viel. Was früher 20 oder 40 £ im Jahr gebracht hatte, was ein anständiger Anteil war, den man in einer Grundherrschaft am Ertrag der Arbeit und des Schweißes eines anderen erhielt, wird jetzt für 50 bis 100 £ im Jahre verpachtet. Die Folge ist solche Teuerung, daß arme Leute, die von ihrer Arbeit leben, nicht im Stande sind, im Schweiß ihres Angesichts ihren Lebensunterhalt zu erwerben . . . Meine Herren und Meister, solches Vorgehen soll augenscheinlich die Bauernschaft zu Sklaven machen. Die Steigerung findet ganz zu eurem Vorteil statt. Ihr hattet schon vorher zu viel, und jetzt habt ihr doppelt so viel; aber der Prediger mag predigen, bis seine Zunge bis zu einem Stummel verbraucht ist, nichts wird geändert“ usw. Ähnlich Bernard Gilpin, der Neffe von Tunstall, Bischof von Durham⁴⁾.

1) Siehe Lipson 144 ff.

2) Siehe darüber Froude a. a. O. vol. V., 112 ff.

3) Froude a. a. O. 115.

4) Froude V 117. Die Tudor Economic Documents III 62 enthalten folgendes dem Primer or Book of Private Prayer, authorized and set forth by order of King Edward VI., 1553, entnommenes Gebet für Grundherren, das für die Stimmung, die gegenüber diesen herrschte, bezeichnend ist: „Die Erde ist Dein, o Herr, und alles, was sie enthält; nichts destoweniger hast Du den Besitz derselben den Kindern der Menschen gegeben für die Dauer ihrer kurzen Pilgerschaft in diesem Tale des Elends. Wir bitten Dich herzlich, die Herzen derjenigen,

Das Zusammenlegen der Höfe, das Bauernlegen, die Rentensteigerungen, die Aneignung des Gemeindelandes führten drittens zu einer rapiden Zunahme der Armut. Die Landstraßen und Dörfer füllten sich mit mittellosen, ausgewiesenen Familien; ehemals Besitzer behaglicher Bauernstellen waren sie zu Bettlern geworden, und tausende von vertriebenen Pächtern wanderten nach London und riefen in Mitten ihrer hungernden Kinder vor den Gerichtshöfen um Hilfe, die ihnen nicht zu Teil werde. „Tausende“ heißt es „betteln heute noch von Tor zu Tor, die ehemals einen ehrbaren Haushalt führten.“ Das hat zu den im 17. Jahrhundert gebräuchlichen Sprichwörtern geführt: „Horn und Dorn machen England verlorn“, „Einhegungen machen das Vieh fett und die Armen mager“; es entstand der Aberglaube, daß auf eingehegtem Lande der Fluch liege, daß es innerhalb dreier Generationen dem Besitze der Familien dieser verrückt gewordenen und gottlosen „Entvölkerer“, dieser „Entvölkerer von Städten, Verwüster von Gemeinwesen, Urheber des Bettels . . . grausamer Einheger“ entfremdet werde¹⁾.

welche die Grundstücke, Weiden und Wohnplätze der Erde besitzen, mit Deinem heiligen Geist zu erfüllen, auf daß sie im Bewußtsein, daß sie nur Inhaber sind, nicht erhöhte Renten von ihren Häusern und Ländereien erpressen, und auch nicht unberechtigte Strafen und Gebühren in der Art gieriger Weltleute erheben, sondern sie an andere so austun, daß die, welche darauf wohnen, imstande sind, sie zu bezahlen und dabei ehrbar zu leben, ihre Familien zu ernähren und die Armen zu unterstützen; verleihe ihnen auch gnädig, daß sie erkennen, daß sie in dieser Welt nur Fremde und Pilger sind, die hier keinen bleibenden Wohnort haben, sondern einen kommenden suchen; auf daß sie in Erwägung der kurzen Dauer ihres Lebens mit dem, was ausreicht, zufrieden sind und nicht Haus an Haus und Acker an Acker unter Verarmung anderer reihen, sondern beim Verleihen ihrer Besitztümer, Ländereien und Weiden, sich so verhalten, daß sie nach diesem Leben in den ewig währenden Wohnplätzen Aufnahme finden durch Jesus Christus unseren Herrn. Amen.“

1) Gilbert Slater, *The English Peasantry and the Enclosure of Common Fields*. London 1907, p. 91.

Eine vierte Wirkung der Agrarrevolution waren zahlreiche Tumulte und Aufstände. In London erhoben sich 1514 die Bürger, um die zum Zweck der Einhegung gepflanzten Hecken zu zerstören¹⁾. Ähnlich in Bristol, in Coventry. 1521 wurden erneut große Klagen wegen der Einhegungen erhoben. Nach der Säkularisation des Klostergutes im Jahre 1536 mischen sich die Beschwerden über die Einhegungen mit denen über Aufhebung der Klöster; seitdem habe die Unterstützung der Armen aufgehört²⁾; die neuen Laienbesitzer steigerten die Renten; das Land aber, das ehemals ganz oder teilweise gemein gewesen war, werde von Adel und Gentry, die es neu erworben hätten, ohne Rücksicht auf die Rechte anderer eingeeht. Die Aufstände, zu denen dies führte, begannen 1536 in Lincolnshire und endeten 1568. Der bedeutendste war der des Gerbers Kett in Norfolk im Jahre 1549. Bei allen diesen Aufständen fand eine Verquickung von sozialen und religiösen Beschwerden statt. Bei einigen waren die letzteren die wahre Ursache, und die Führer bedienten sich der sozialen Unzufriedenheit nur, um die Zahl ihrer Anhänger zu mehren. Anders bei dem Aufstand in Norfolk³⁾. Hier sind die sozialen Beschwerden die Hauptsache und die religiösen diesen untergeordnet gewesen.

1) Tudor Economic Documents III 17.

2) Bezeichnend ist die von Froude wiedergegebene Ausführung des Bischofs Latimer: „Charity is waxen cold; none helpeth the scholar nor yet the poor; now that the knowledge of Gods Words is brought to light and many earnestly study and labour to set it forth, now almost no man helpeth to maintain them.“ „While the country was in the darkness of superstition“, fährt Froude fort, „landowners and merchants were generous, the people prosperous, the necessaries of life abundant and cheap. The light of the gospel had come in, and with it selfishness, oppression and misery. That was the appearance which England presented to the eyes of Latimer“ (Froude V. 114).

3) Siehe über die Ursachen des Aufstandes Ketts die Ausführungen Crowleys von 1550 in Tudor Economic Documents III 57 ff.; ferner F. W. Russell, Kett's Rebellion in Norfolk, London 1859. Froude V 202—215.

Diese Bauernaufstände haben mit den deutschen von 1525 gemein, daß ihre Teilnehmer von Loyalität gegen die höchste Obrigkeit, in Deutschland den Kaiser, in England den König, erfüllt waren, daß sie nur Abhilfe der das Volk bedrückenden Übelstände verlangten und mit kläglichster Niederlage und Hinrichtung der Führer endeten.

Bacon hat in seiner Geschichte Heinrichs VII. über dessen gegen Einhegungen gerichtete Gesetze in Worten berichtet, wie sie später in jeder Schrift über die Bauernpolitik der preußischen Könige des 18. Jahrhunderts wiederkehren. „Heinrichs 1487 erlassenes Gesetz“, so schreibt er, „hatte offen die Bevölkerung, wenn man es aber durchschaut, die Soldaten und die Wehrmacht des Reiches im Auge . . . Der König wußte sehr wohl und vergaß in keiner Weise, daß all' dem (d. h. Verwandlung von Acker- in Weideland und dem damit verbundenen Bauernlegen) ein Verfall und eine Minderung des Steuerertrags eintrete; denn je mehr gentlemen desto geringer allzeit der Steuerertrag“. Auch habe Heinrich gewußt, daß die kriegstüchtigen Länder diejenigen seien, in denen das Heer aus einer großen Anzahl wirtschaftlich selbständiger Männer bestehe, nicht aber Staaten lediglich bestehend aus Adel und Gentlemen und daneben aus besitzlosen Arbeitern, so daß sie zu geworbenen Mietstruppen, zu Schweizern, ihre Zuflucht nehmen müßten. „So säte der König heimlich Drachenzähne, aus denen die gewappneten Männer für den Dienst des Reichs erwachsen sollten.“

Das sind aber Worte eines Panegyrikers, denen der Tatbestand keineswegs entsprochen hat. Die Gesetze Heinrichs VII. von 1487 (4. Hen. VII c. 10 für die Insel Wight und 4. Hen. VII c. 19 für ganz England) sind nicht ausgeführt worden. Ebenso ist es den unter Heinrich VIII., Eduard VI. und der Königin Maria erlassenen Gesetzen ergangen¹⁾. Der Protektor Somerset war eifrig für die Re-

1) 7. Hen. VIII. c. 1 von 1515, 27. Hen. VIII. c. 22. von 1530. — 5 et 6 Edw. VI. c. 5 von 1552, 2 et 3 Phil. et Mar. c. 2 von 1555.

form¹⁾); aber obwohl er fluchte: „Trotz Teufel, Sondergewinn, Eigennutz, Geld und dergleichen Teufelsmitteln, die Reform soll stattfinden“, konnte er gegenüber dem kapitalistischen Gewinnstreben nicht durchdringen; sein Enthusiasmus für die gute Sache war vielmehr eine der Anklagen, die zu seinem Sturze geführt haben. Wie auch hätte Somerset sein Ziel erreichen sollen! Die gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Verwandlung von Ackerland in Weideland bestanden in Verboten unter Androhung von Konfiskation und Befehlen zur Rückverwandlung in Ackerland und zum Wiederaufbau der Häuser. Aber wie hätte eine solche Gesetzgebung Erfolg haben sollen, wenn die gesamte Finanz- und Wirtschaftspolitik darauf angelegt war, die Schafzucht rentabel und den Ackerbau verlustbringend zu machen! Die Gesetze hatten nur die Bestechung der Verwaltungsbehörden, die sie durchzuführen hatten, zur Folge²⁾. Sie sind völlig erfolglos geblieben.

1) Siehe über seine Stellung zu der Frage Froude V, Chapt. XXV u. XXVI.

2) So schreibt Oldmixon, *The History of England*. 1739, 31, 32 zum Jahre 1521: „There was, about this time great complaint of inclosures of land, people turning it everywhere into pasture and neglecting arable. The nobility and gentry also impark'd great quantities of it, many villages were thereby deserted and became desolate. The King to remedy this evil sent a commission to the justices of peace and magistrates, to make inquisition into the matter and put the statutes in being against such enormities in strict execution; but Wolsey's example had taught all inferiors to make the most of 'any power that was given them; and this commission was defeated by way of bribes given to the Cardinal, for when the Lords and gentlemen who, for their profit or pleasure, had made inclosures, were presented upon old statutes for so doing, they bought it of with good sums of money, and had leave to have their grounds inclosed. The simplicity of the chroniclers stile and sentiments is very edifying on this occasion. Thus the great expectations which men had conceived of a general redress proved voyd: howbeit, some profit the husbandmen in some parts of the realm got by the moving of this matter, where the inclosures were already laid open, ere Mistress Money

Nach Prothero¹⁾ sollen von einer Bevölkerung von nur 5 Millionen 675 000 Personen arbeitslos geworden seien.

Dabei wäre es aber ein Irrtum, anzunehmen, daß in der Zeit von 1470 bis um die Mitte des 16. Jahrhunderts Einhegungen in ganz England vorgenommen worden seien. Nach Ashley²⁾ wurden ganz oder doch nahezu ganz eingeeht: Suffolk, Essex (mit Ausnahme des südlichen Teils nahe an Middlesex), Kent, zwei Drittel von Hertfordshire, über ein Drittel von Warwickshire, zwei Drittel von Worcestershire, nach der Restauration auch Durham. Zum großen Teil wurden eingeeht: Northamptonshire, Shropshire, die südliche Hälfte von Leicestershire, der östliche Teil von Norfolk und vermutlich die Insel Wight. Sporadische Einhegungen kamen vor in dem größeren Teile von Norfolk (mit Ausschluß der östlichen Seite) und vermutlich in dem südlichen Teile von Bedfordshire, wie auch in dem nördlichen Teile von Wiltshire. Die meisten übrigen Grafschaften wurden kaum oder gar nicht von den Neuerungen berührt. Die Gesamtzahl der von 1455 bis 1607 eingeehten acres wird auf 516 673 d. h. 2,76 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche Englands beziffert³⁾. Bis 1600 sind allerdings noch Einhegungen vorgekommen⁴⁾; aber die Neuerung ist in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts weit ruhiger und allmählicher vor sich gegangen⁵⁾. Immerhin hat die Verwandlung von Pflugland in Weideland die Staatsmänner im letzten Viertel

could prevent them, and so they enjoyed their commons, which before had been taken from them“. Die späteren Maßnahmen der Krone gegen enclosures wurden in derselben Weise unwirksam gemacht. Vgl. zahlreiche ähnliche Stellen in Froude, *History of England*.

1) Prothero a. a. O. 32.

2) Englische Wirtschaftsgeschichte. II 304 ff.

3) Arthur H. Johnson 44.

4) Man findet sie erwähnt in *The itinerary of John Leland in or about the years 1535—1543*, parts I to III, XI. Edited bei Lucy Toulmin Smith, London 1907—1910, 5 vols.

5) Angaben darüber finden sich zerstreut in Kap. XVII bei Slater a. a. O. 187 ff.

des 16. Jahrhunderts noch stark beschäftigt¹⁾, und die bittersten Klagen²⁾ stammen aus der Zeit nach 1607. Was ihr schließlich Einhalt getan hat, war die völlige Abkehr von der Politik, welche im Mittelalter in England, wie in anderen Ländern, den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten beherrscht hat³⁾.

Im Mittelalter waren für diese Politik zwei Gesichtspunkte maßgebend: die Rücksicht auf reichliche Versorgung der Bevölkerung und besonders des königlichen Hofhalts mit dem, was zum Leben notwendig ist und es angenehm macht, und die auf die Einnahmen des Königs. Daher strenge Getreideausfuhrverbote; dagegen war die Getreideeinfuhr aus fremden Ländern willkommen. Dabei konnte man aber gegen die Bezahlung von Gebühren die Lizenz zur Ausfuhr von Getreide erhalten. Nachdem durch die Magna Carta das Recht des Königs, ohne Parlamentsbewilligung Steuern auszuschreiben, beseitigt war, hat die Bewilligung von Ausfuhrlicenzen den Königen bis Ende der Stuarts willkommene Gelegenheit geboten, sich Einnahmen unabhängig vom Parlament zu beschaffen.

Indes nicht alle englischen Landwirte hatten an der Ausfuhr von Getreide ein gleiches Interesse, sondern nur die in den an der See, besonders in den gegenüber den Niederlanden und Frankreich gelegenen Grafschaften. Aus den Binnengrafschaften konnte kein Getreide ausgeführt werden; dazu waren die Wege zu schlecht. Noch im Jahre 1662 wird in der Einleitung zu einem Gesetze der Transport auf den Hauptstraßen des Landes als „sehr gefährlich und fast unmöglich“ bezeichnet, und in früheren Jahrhunderten mag dies noch ärger gewesen sein. Daher in

1) Siehe Tudor Economic Documents I 72—77, 81—84.

2) Miß Leonard, Transactions of the Royal Historical Society, XIX; auch Slater a. a. O. 201.

3) Vgl. für sämtliche Belege zu den folgenden Ausführungen dieses Kapitels mit Ausnahme der besonders angeführten Werke, die unter meiner Leitung und mit dem von mir gesammelten Material abgefaßte Schrift von Dr. Richard Faber, Die Entstehung des Agrarschutzes in England, Straßburg 1888.

den einzelnen Grafschaften die größten Preisdifferenzen bestanden, je nach dem Ausfall der Ernte. Auch sind es stets nur die Seegrafschaften gewesen, die petitioniert haben, Getreide ohne Lizenz ausführen zu dürfen. Aber trotz einer vorübergehenden Ausnahme im Jahre 1371 hielt der König an dem Getreideausfuhrverbot ohne königliche Ausfuhrlizenz fest.

Am Ende des 14. Jahrhunderts beginnt die Wandlung in dieser Politik. Die Gemeinen, welche im Interesse der reichlichen und billigen Versorgung der Bevölkerung bis dahin gegen jede Getreideausfuhr heftig geeifert haben, werden im agrarischen Interesse nun ebenso eifrige Befürworter derselben. Aber der freien Ausfuhr stehen die Ausfuhrlicenzen, auf deren Bezahlung der König besteht, gewinnschmälernd im Weg. Da haben die Gemeinen 1393 gebeten, in Anbetracht dessen, daß es verboten sei, ohne besondere Lizenz des Königs irgendwelche Art von Getreide auszuführen und die Gemeinen als Folge ihr Getreide zu so niedrigen Preise verkaufen müßten, daß sie außer Stande seien, ihre Renten und andere auf dem Boden haftende Lasten zu zahlen, möge es dem König gefallen, allen seinen Untertanen Lizenz zu erteilen zur freien Ausfuhr ihres Getreides, wohin immer sie wollten, außer zu den Feinden, gegen Entrichtung der Ausfuhrzölle. Darauf ist das Gesetz 17. Ric. II c. 7 erlassen worden, das die gewünschte allgemeine Ausfuhrlizenz erteilte, indes unter dem Vorbehalt, daß es dem Rate des Königs zustehen sollte, die Getreideausfuhr zu beschränken, wenn er dies im Interesse des Reiches für geboten erachte.

Das sechs Jahre später mit Heinrich IV. zur Regierung gelangte Haus Lancaster war viel zu abhängig vom Parlament, als daß er an diesem den Interessen der darin maßgebenden Grundbesitzer entsprechenden Gesetze etwas hätte ändern können. Erst nachdem nach der Regierung des siegreichen Heinrichs V. das Haus Lancaster auf dem Throne hinreichend gefestigt erschien, im Jahre 1425, findet sich eine Klage der Gemeinen, insbesondere der Gemeinen der Grafschaft Kent, daß von dem Vorbehalte des

Gesetzes Richards II. von 1393 Gebrauch gemacht werde, „zur großen Behinderung und Verarmung besagter Gemeinen“; darauf wird das Gesetz von 1393, das eine allgemeine Ausfuhrlizenz für Getreide erteilt, wiederholt; aber der Vorbehalt, daß es dem Rate des Königs zustehen solle, die Getreideausfuhr zu beschränken, wenn er dies durch das Interesse des Reiches für geboten erachte, wird gleichfalls wiederholt. Der Gebrauch, den der Rat von diesem Vorbehalte machte, scheint den Wünschen der Grundbesitzer wenig entsprochen zu haben. Wenigstens klagten die Gemeinen 1436 abermals, daß die Pächter und andere Leute, die ihr Land bearbeiteten, ihr Korn zum großen Schaden des ganzen Königreiches nur zu niedrigen Preisen verkaufen könnten, und verlangten abermals Freiheit von jeder Ausfuhrlizenz. Das wird dann bis zum nächsten Parlamente probeweise bewilligt. Indes 1439 herrscht Teuerung, und der königliche Rat verbietet nun nicht nur die Ausfuhr aus dem Königreiche, sondern auch von einer Stadt oder von einer Grafschaft in die andere. Darauf beschwerten sich die Gemeinen, die Teuerung werde infolge dieses Verbotes vermehrt und auch diejenigen, deren Ernte gut ausgefallen sei, erlitten großen Schaden; sie bitten um Freigabe des Binnenhandels. Aber die Bitte wird nicht bewilligt, und erst nach Aufhören der Teuerung im Jahre 1442, wird auf die Klage der „am Meere gelegenen Grafschaften“, daß sie ihr Getreide nicht verkaufen könnten, außer ins Ausland, das Gesetz von 1436 auf zehn Jahre und schon 1444 für ewig verlängert.

1455 beginnt der Rosenkrieg. Er hat auch auf die Getreidehandelspolitik Einfluß, sogar recht bedeutsamen, gehabt. Zwei Seitenlinien der Plantagenets kämpfen um den Thron, und jede ist bemüht, die Volksgunst zu gewinnen. Im Jahre 1463 verlangen die Gemeinen zum ersten Male ein Getreideeinfuhrverbot zum Schutze gegen auswärtige Konkurrenz. Solange als am Landungsort des Getreides der Quarter Weizen 6 s 8 d, der Quarter Roggen 4 s, der Quarter Gerste 3 s nicht übersteige, solle bei Strafe der Konfiskation des eingeführten Getreides die Ge-

treideeinfuhr verboten sein. Eduard IV. — es ist noch vor der Schlacht von Tewkesbury, die erst seinen Thron sichert — stimmt dem verlangten Verbote zu. Aber mit ihm beginnt die Periode des Absolutismus. Das hat auch auf die Getreidehandelspolitik zurückgewirkt. Heinrich VII. hat die Getreideausfuhr ohne die Ausfuhrlizenz wieder verboten, ebenso Heinrich VIII. Dabei ist es tatsächlich auch unter Maria geblieben. Von Heinrich VII. bis Elisabeth war die Getreideausfuhr ohne Lizenz untersagt, und der Einfuhr stand tatsächlich keine Schranke entgegen, denn das Getreideeinfuhrverbot von 1463 war, solange die Getreidepreise am Landungsort gewisse Sätze nicht unterschritten, praktisch bedeutungslos, da die Inlandspreise stets höher standen.

Damit erklärt es sich, warum alle gegen die Einhegungen erlassenen Gesetze so unwirksam geblieben sind. Die an der See gelegenen Grafschaften, die, wie gesagt, von jeher die Träger der Bewegung für lizenzfreie Getreideausfuhr gewesen sind, sind auch die Grafschaften gewesen, in denen die meisten Einhegungen stattgefunden haben, Kent, Essex, Suffolk, und das nicht weit davon entfernte Hertfordshire. Solange man gleichzeitig den Getreidebau unrentabel, die Schafzucht durch Begünstigung der Tuchmanufaktur dagegen sehr gewinnbringend machte, vermochten alle Strafbestimmungen für Umwandlung von Ackerland in Schafweide das Bauernlegen nicht zu hindern. Sie hatten, wie schon gesagt worden ist, nur die Bestechung der Verwaltungsbehörden zur Folge. Da hat eine Nebenwirkung des Schiffahrtsgesetzes der Elisabeth von 1562 einen Umschwung in der Getreidehandelspolitik herbeigeführt.

Zu den Vergünstigungen, welches dieses Gesetz den englischen Schiffern gewährte, gehörte auch die des § 17, durch die es gestattet wurde, Korn aus gewissen Häfen auszuführen ohne jedwede Lizenz, wenn die Ausfuhr in Schiffen geschehe, deren einziger Eigentümer ein englischer Untertan sei, und am Einschiffungsort die Getreidepreise eine gewisse Höhe nicht übersteigen. Dieser Gedanke wird in dem Gesetz von 1571 „zur Hebung des Pflügens und

zur Aufrechterhaltung und zur Mehrung der Schifffahrt und Matrosen“ des Breiteren ausgeführt. Es werden darin Behörden genannt, welche in Fühlung mit der Bevölkerung der einzelnen Grafschaften zu bestimmen haben, ob die Ausfuhr erlaubt oder verboten sein soll. Sie ist zu erlauben, wenn die Preise so niedrig sind, daß die Wohlfeilheit ein Hemmnis des Pflügens wird. Sie ist zu verbieten, wenn sie so hoch sind, daß der Grafschaft aus der Teuerung Nachteil erwächst.

Dieses Gesetz hat zwar auf die Getreideausfuhr unmittelbar keine Wirkung geübt, denn infolge der Münzverschlechterungen und des Zuflusses von Edelmetall aus Amerika waren die Preise zu hoch, als daß die Getreideausfuhr gestattet wurde. Aber es war von demselben Gedanken getragen, der auch in der zeitgenössischen Literatur zum Ausdruck kommt, daß man, um den Getreidebau zu fördern, durch Verbot der Ausfuhr unverarbeiteter Wolle die Wolle so billig machen müsse, wie jetzt das Korn sei, und durch Freigabe der Kornausfuhr den Getreidebau rentabel machen müsse¹⁾. Damit war die Politik ausgesprochen, welche das 17. und 18. Jahrhundert zur Geltung und damit sowohl die englische Tuchmanufaktur als auch den englischen Getreidebau in überraschend schneller Zeit zu großer Entfaltung bringen sollte.

Der Gedanke tritt weiter in einem Gesetze der Elisabeth von 1593 hervor, das unter Beibehaltung der Bestimmungen des Gesetzes von 1571 die Sätze der Getreidepreise erhöht, bis zu deren Erreichung die Getreideausfuhr gestattet sein soll. Die Strafpolitik geht aber noch daneben her; 1597/8 wurde noch ein Gesetz²⁾ erlassen, das im Interesse der Erhaltung des Getreidebaues befiehlt,

1) Siehe: A Discourse of the Common Weal of this Realm of England 1549. ed. E. Lamon 1893, ins Deutsche übersetzt unter dem Titel: William Staffords drei Gespräche über die in der Bevölkerung verbreiteten Klagen. Herausgeg. von Emanuel Leser. Als Verfasser der Schrift gilt heute John Hales.

2) Siehe Tudor Economic Documents I 84 ff.

daß in einer Anzahl namentlich angeführter Grafschaften, die fast ganz England umfassen, alles Land, das seit dem 17. November des ersten Jahres der Regierung der Elisabeth in Schafweide oder Fettviehweide verwandelt worden, vor dem 1. Mai 1599 dem Getreidebau zurückgegeben werden soll. Kein dem Getreidebau dienendes Land soll des weiteren in Schafweide oder Fettviehweide verwandelt werden; strenge Strafen werden für Nichtbeachtung des Gesetzes festgesetzt. Doch ist die von John Hales gepredigte Lehre, daß das beste Mittel gegen die Verwandlung von Pflugland in Schafweiden in der Rentabilität des Getreidebaues liege, nicht verloren gegangen. Gleich im ersten Jahre der Regierung Jakobs I., 1603, sind die Sätze der Getreidepreise, bis zu deren Erreichung Getreideausfuhr gestattet sein soll, abermals erhöht und 1620 ist die Wollausfuhr durch königliche Verordnung verboten worden; 1623/4 sind durch das Gesetz vom 21. Jac. I. c. 28 die Bestimmungen der Gesetze von 1593 und 1603 unter abermaliger Erhöhung der Preise, zu denen die Ausfuhr gestattet sein sollte, bestätigt worden. Also eine fortschreitende Begünstigung der Getreideausfuhr durch die Gesetzgebung bei Verbot der Wollausfuhr. Auch Karl I. hat in dem Gesetze 3 Car. I 5 § 5 von 1627 die Bestimmungen der Gesetze seines Vaters von 1624 bestätigt, aber ohne gleichzeitige Erhöhung der Preissätze, zu denen die Getreideausfuhr noch gestattet sein sollte. Darauf folgten jene Parlamente von 1628 und 1629, auf denen überhaupt kein Gesetz mehr zustande kam, und dann wurde von 1629 bis 1640 gar kein weiteres Parlament einberufen. Es ist bekannt, in welcher Weise Karl I. in der Zwischenzeit durch Anspannung und Überspannung aller königlichen Prerogative sich Geld zu verschaffen bemüht war. Selbstverständlich, daß er auch von der in den Gesetzen von 1593, 1603 und 1624 ausdrücklich der Krone vorbehaltenen Befugnis durch Proklamation jede Kornausfuhr ohne Lizenz zu verbieten, Gebrauch gemacht hat. Die Proklamation wurde 1632 erlassen¹⁾. Es ist begreiflich, daß sie nicht

1) Vgl. Rhymer, Ausgabe von Gravenshag, Tomi VIII Pars III, 245.

finanzielle, sondern wirtschaftliche und soziale Gründe für ihren Erlaß angibt. Allein stets wurde darin nur eines der Auskunftsmittel erblickt¹⁾, zu denen Karl I. damals seine Zuflucht zu nehmen pflegte, um ohne Parlament zu Geld zu gelangen. Im Übrigen ist, wenn Houghton²⁾, ein Schriftsteller aus der Zeit Karls II., Recht hat, unter Karl I. schon eine vom Staate für die Ausfuhr von Getreide gezahlte Prämie von 5 s per Quarter Weizen, wenn dessen Preis unter 5 s per quarter war, gezahlt worden und für andere Getreidearten bei angegebenen Preisen, und es hat, was an Prämien gezahlt worden ist, in einem Jahre über 61 000 £ betragen. Das steht sowohl mit Karls Gesetz von 1627 als auch mit seiner Proklamation von 1632 in Widerspruch; auch findet sich in den Statutes of Realm von einem Gesetz, nach dem eine solche Ausfuhrprämie gezahlt werden sollte, keine Spur. Trotzdem muß es nach den Angaben Houghtons existiert haben.

Wie in der Republik die fiskalischen Gesichtspunkte hinter die wirtschaftlichen überhaupt zurücktreten, so auch in der Getreidehandelspolitik. Mit der ganzen Wucht, die für jene Zeit charakteristisch ist, kommen jetzt die Gedanken zur Verwirklichung, welche John Hales in seinem Dialoge über das Gemeinwohl schon 1583 unter Elisabeth vorgetragen hatte, man solle die Wolle den Tuchmachern so billig machen, wie damals das Korn war, und den Kornpreis durch Gewährung freier Getreideausfuhr steigern, um den Getreidebau anzureizen. An die Stelle des Wollausfuhrverbotes der beiden Stuarts durch Ver-

1) Vgl. John Smith, *Memoirs of Wool*, London 1747, 172.

2) John Houghton, F. R. S., *A Collection of letters for the improvement of husbandry and trade*, 2 vols., London 1683, schreibt S. 164 in „Number 6, Tuesday, June 1683, also unter Karl II., der König solle „be pleased, to renew the act called the bounty act; whereby was given from the royal treasure five shillings for every quarter of wheat, that was exported, when 'twas under the rate of 5 s the bushel and for other corn at certain price . . . I am very sensible, that it cost the late king (d. h. Karl I.) a great deal of money; I have seen the account of 61 000 pounds in one year etc.“

ordnung, deren Wirkung durch Ausfuhrlicenzen aufgehoben wurde, hat Cromwell ein gesetzliches Wollausfuhrverbot gesetzt. 1656 hat er ein Gesetz erlassen „zum Zweck der Ausfuhr verschiedener Güter, welche in der Republik gezüchtet, gewachsen und hergestellt sind.“ Darunter befinden sich alle Arten landwirtschaftlicher Produkte, vor allem Getreide, und die Preise, bis zu deren Erreichung die Ausfuhr gestattet ist, werden abermals erhöht. Gleichzeitig werden die gelegentlich der Ausfuhr erhobenen Zölle herabgesetzt. Damit, so war die Absicht, sollte die Landwirtschaft gleichzeitig Ersatz haben für die Beschränkung des Absatzmarktes für Wolle durch das Wollausfuhrverbot.

Nach Firth hat Cromwells Einfluß in den östlichen Grafschaften auf seinem Eintreten zugunsten der in Feldgemeinschaft lebenden Bauern beruht¹⁾. Durch die erwähnten Gesetze, welche den Getreidebau im Gegensatz zur Schafzucht rentabler machten, hat er den Einhegungen vorübergehend Einhalt getan. Erst mit Beginn des 18. Jahrhunderts finden Einhegungen wieder in steigendem Maße statt, aber dann nicht mehr zur Verwandlung von Pflugland in Schafweide, sondern zur Intensivierung des Anbaues, die dann wirklich zum Untergang des Bauernstandes führen.

1) Siehe J. L. and B. Hammond, *The village labourer*. London 1912, p. 35.

24. Kapitel.

Vom zünftigen Meister zum Unternehmer.

Die kapitalistische Umgestaltung des englischen Wirtschaftslebens hat, wie gezeigt, mit dem Aufkommen von Hausindustrie und Manufaktur in der Wollindustrie auf dem Lande begonnen und von da zum Eindringen des Kapitalismus auch in die englische Landwirtschaft geführt. Aber Hausindustrie und Manufaktur haben nicht nur auf dem Lande beim Spinnen und Weben Eingang gefunden. Mit der Änderung der Marktverhältnisse haben sie auch in der Stadt die Herstellung von Tuch und nicht bloß diese, sondern alle Gewerbe umgestaltet.

Das Handwerk hatte im Mittelalter für einen lokalen Markt gearbeitet. Es hatte auf diesem Markte ein Monopol. Die Stadtbehörde sorgte dafür, daß die Preise so festgesetzt wurden, daß sowohl die im Handwerk Tätigen dabei ihre Nahrung fanden, als auch die Verbraucher nicht über Gebühr zahlen mußten. Innerhalb eines Handwerksbetriebs bestand keine Arbeitsteilung, wohl aber fand weitgehende Arbeitsteilung zwischen den Zünften statt. Jedes Handwerk war auf die Vornahme einer bestimmten Art von Tätigkeiten beschränkt, und die Zunft eines jeden wachte eifersüchtig darüber, daß niemand, der ihr nicht angehörte, Arbeit verrichtete, die ihren Mitgliedern zukam. So war die Fertigstellung von Tuch unter die Zünfte der Weber, Nopper, Walker, Scherer und Färber verteilt¹⁾, die der Herstellung von Messern unter die Zünfte der

1) George Unwin, *Industrial Organization in the sixteenth and seventeenth centuries*. Oxford 1904, 27—31.

Klingenschmiede, der Stielmacher und der Scheidemacher¹⁾; zur Herstellung eines Sattels haben die Schreiner, Maler, Vergolder, Gürtler, Sattler zusammengearbeitet²⁾, und jeder dieser Handwerker gehörte zu einer besonderen Zunft. Es war bei sehr vielen, wenn auch nicht den meisten Waren nötig, um sie gebrauchsfähig zu machen, eine Mehrzahl von Handwerksbetrieben in Anspruch zu nehmen. An der Spitze eines jeden Betriebs stand ein Meister; er hat bei der Herstellung des Produktes als Arbeiter selbst Hand angelegt; er war Werkmeister, der die Arbeit seiner Gesellen und Lehrlinge beaufsichtigte; er war Arbeitgeber, der die Verantwortung für die wirtschaftlichste Verwendung der Produktionselemente trug, er war Kaufmann, der Rohmaterial und Halbfabrikate einkaufte, und Ladeninhaber, der sein Produkt an den Verbraucher verkaufte³⁾.

In den Gewerben, in denen es bei einem lokalen Absatzmarkte geblieben ist, haben die Meister auch in späteren Jahrhunderten alle diese Funktionen erfüllt. So in den Lebensmittelgewerben, bei den Bäckern, Fleischern, Brauern. Hier hat sich auch in anderer Beziehung die mittelalterliche Ordnung in den späteren Jahrhunderten erhalten. Ihre Preise standen nach wie vor unter Aufsicht der Stadtbehörden. Nicht selten ist es zwischen diesen und den Zünften zu Konflikten gekommen. So hat 1557 in Chester ein Streit der Metzger mit der Stadt damit geendet, daß die ganze Metzgerzunft ins Gefängnis gesetzt wurde⁴⁾. In Bristol haben die Bäcker 1619 ihren Freibrief verloren, weil das von ihnen gefertigte Brot das vorgeschriebene Gewicht nicht erreichte⁵⁾. Ähnlich haben sich in kleinen Städten unter dem Einfluß des lokalen Markts die mittel-

1) Ebenda 25.

2) Ebenda 22—24.

3) Unwin, ebenda 10 ff., hat die Trennung dieser vom Handwerksmeister erfüllten Funktionen und ihre Verteilung auf selbständige Personen zum Ausgang seiner Darlegung der schrittweisen Entwicklung der gewerblichen Betriebsformen im 16. und 17. Jahrhundert gemacht.

4) Unwin a. a. O. 68.

5) Unwin a. a. O. 68.

alterlichen Handwerksverhältnisse bei den Schuhmachern, Schneidern, Schreibern erhalten.

Anders in den Gewerben, deren Waren im ganzen Lande Absatz fanden oder ins Ausland ausgeführt wurden.

Der Handwerksmeister vermochte die entlegenen Märkte nicht zu übersehen. Zur Beurteilung sowohl der Art der Produkte, die auf ihnen begehrt wurden, als auch der Menge derselben, die auf Absatz hoffen konnten, waren Leute nötig, die die fernen Märkte aufsuchten. Das wurde Aufgabe der Kaufleute. Hier also Trennung der Funktionen des Verkäufers der fertigen Ware an ihren Verbraucher, von denen des Meisters, der bei ihrer Herstellung, sei es als Arbeiter, sei es als Arbeitgeber und Leiter der Arbeit von Gesellen und Lehrlingen tätig war, und damit der Beginn der überwiegenden Bedeutung des Kapitals im Gewerbebetriebe. Es trat eine von zwei Möglichkeiten ein. Entweder man blieb bei der Technik des Handwerks, aber es trat an die Stelle des Verbrauchers, der die Aufträge gab, der Kaufmann, der die seinen Aufträgen entsprechend hergestellte Ware kaufte und sie für eigene Rechnung auf den fernen Märkten vertrieb; der Handwerksmeister, wenn er auch formell selbständiger Gewerbetreibender blieb, wurde tatsächlich zum Heimarbeiter einer oder weniger Kaufleute. Oder der Kaufmann schritt, wie wir dies bei John Winchcombe gesehen haben, zur Errichtung großer Werkstätten mit Arbeitsteilung innerhalb seines Betriebes. d. h. zur Manufaktur. In beiden Fällen trat ein moderner gewerblichen Unternehmer an die Stelle des Handwerksmeisters.

Doch ist es nicht immer ein Kaufmann gewesen, der in diese Funktion des Unternehmers eingerückt ist. Ich habe soeben wiederholt, daß im Mittelalter regelmäßig mehrere Handwerke in Anspruch genommen werden mußten, um eine Ware gebrauchsfertig zu machen. Da ist es vorgekommen, daß die Meister eines dieser Handwerke wirtschaftlich ein solches Übergewicht über die übrigen zur Fertigstellung einer Ware notwendigen Hand-

werke errlangten, daß sie als Auftraggeber derselben und Käufer ihrer Teilprodukte auftreten konnten. Sie waren es dann, die die übrigen für eigene Rechnung beschäftigten und die mit ihrer Hilfe hergestellte fertige Ware an den Kaufmann verkauften, der sie weiter an die Verbraucher vertrieb. Hier ist also neben die Funktionen, die der Handwerksmeister als Arbeiter und Beaufsichtiger und Leiter der Arbeit von Gesellen und Lehrlingen erfüllte und neben die Funktion des Kaufmanns die des Arbeitgebers als selbständige Funktion getreten. So geschah es, als z. B. die Tuchscherer sich zu Tuchmachern auswuchsen, welche die Weber, Nopper, Walker für eigene Rechnung beschäftigten, oder als die Stielmacher von Messern die Klingenschmiede und Scheideverfertiger, oder die Sattler die Schreiner, Gürtler, Maler und Vergolder, die zur Fertigstellung eines Sattels nötig waren, in Abhängigkeit von sich brachten.

Eine besondere Stellung hat das Baugewerbe eingenommen. Sein Fertigprodukt ist das Haus. Um es herzustellen, müssen verschiedene Gewerbe zusammenwirken, deren jedes einer besonderen Zunft zustand. Das Gewerbe scheint mir zweifacher Art gewesen zu sein. Da, wo Dome und Paläste gebaut wurden, befand sich der Architekt in der Stellung eines Unternehmers. Unter ihm standen die den verschiedenen Gewerben, die bei dem Bau zusammenwirkten, angehörigen Meister mit ihren Parlierern und Gesellen. Ihre Zusammenarbeit ähnelte der der verschiedenen Arbeitstätigen in einer Manufaktur. Bei dem Bau von Wohnhäusern und anderen Privatbauten mußte der Bauherr sich an jede Zunft der in Betracht kommenden Handwerke wenden: an die der Ziegelmacher, Maurer, Zimmerleute, Dachdecker usw. Schon aus dem Jahre 1356 haben wir Anzeichen, daß wohlhabende Meister danach strebten, sich in Bauunternehmer zu verwandeln. Es wird nämlich verboten, daß ein Mitglied der Maurerzunft Arbeit im Großen annehme, wenn er nicht die Mittel habe, sie ordentlich zu Ende zu führen¹⁾. Die Maurermeister erstrebten

1) Riley, *Memorials of London* 281.

nämlich die Stellung eines Bauunternehmers in Ausdehnung ihres Gildemonopols. Die Stadtbehörden wollten dies nur gestatten, wenn Sicherheit gegeben war, daß ein übernommener Bau auch zu Ende geführt wurde. Im 16. Jahrhundert ist die Entwicklung schon weiter vorgeschritten. Die Tendenz geht auf Vereinigung der verschiedenen am Bauen beteiligten Gewerbe in einer Gilde¹⁾.

Mit diesen wirtschaftlichen Änderungen ist eine neue Art von Organisation an die Stelle der Zunft getreten. Sie ist aus dieser hervorgegangen und hat mit ihr äußerlich noch viele Züge gemein. Aber beide waren von durchaus verschiedenem Geiste beseelt. Die Zunft war eine Gilde, d. h. eine jener Organisationen, wie sie in Nachbildung nach dem einzigen anfänglich vorhandenen Vorbild, der Hausgemeinschaft, entstanden waren. Wie ihr Vorbild war sie eine Verbindung von Mann und Mann zum Schutze in allen Lagen des Lebens. Wie die Beziehungen von deren Angehörigen waren die der ihren von brüderlichem Geiste zu einander erfüllt. Sie war die Wirtschaftseinheit, der Pflicht und Recht zum Gewerbbetriebe zustanden; die einzelnen Zunftgenossen hatten das Recht dazu nur in Ableitung von ihrem Rechte. Ganz anders die aus ihr herausgewachsene neue Organisation. Sie beanspruchte zwar auch ein Monopol, nicht aber, wie die Zunft, als ein Amt, das für die Tüchtigkeit der Arbeit zu sorgen hatte. Viele ihrer Mitglieder waren überhaupt nicht mehr als Handwerker tätig. Maßgebend in ihr waren die Eigentümer der Produktionsmittel, und diese verlangten nach Monopol lediglich zur Sicherung des größeren Gewinns von dem von jedem Einzelnen in seinem Geschäfte nutzbar gemachten Kapitale. Ihr Ausgangspunkt war nicht mehr ein Interesse der Gesamtheit, sondern der Einzelne. Es war die Zeit, da das individualistische Naturrecht alle Lebenssphären zu durchdringen begann. Das Recht des Einzelnen war das Antecedens, nicht, wie bei der Gilde, die Folge seiner Zugehörigkeit zu dieser. Daher jedes Mitglied der neuen Organi-

1) Unwin, Industrial Organization 66.

sation sich berechtigt zu fühlen begann, aus seinem Kapitale den größtmöglichen Vorteil zu ziehen. Damit war der Keim für ihre spätere Auflösung gegeben, sobald es für den Einzelnen vorteilhafter schien, sich von allen Schranken in der Betätigung seiner Mittel und Fähigkeiten, auch von denen, die die Organisation ihm auferlegte, frei zu machen.

Dieser neue Geist zeigte sich vor allem in einer fortschreitenden Differenzierung von Arm und Reich und einem zunehmenden Streben der Reichen, die Armen zu beherrschen. Das ist das Entscheidende: auch wo die Handwerker der Organisation noch angehören, sind sie nicht mehr gleichberechtigt; sie haben dem Gebote der Alleinberechtigten zu gehorchen. Die alte Wirtschaftseinheit der Zunft, die dafür Sorge trug, daß einem jeden seine „Nahrung“ zuteil werde, ist miteinander konkurrierenden Wirtschaftseinheiten, deren jede nach bestmöglicher Verwertung ihres Kapitals strebte, gewichen. Vom alten Gildegeist ist keine Rede mehr, nicht mehr von der Haftung eines für alle und aller für einen, nicht mehr von dem Rechte eines jeden Genossen, am günstigen Einkauf von Rohstoffen des anderen teilzunehmen, und von anderen ähnlichen Bestimmungen. Die Mitglieder sind zu völlig selbständigen Wirtschaftseinheiten geworden, die einander als Rivalen gegenüberstehen. Das gilt auch für den Lohnarbeiter. An die Stelle des Gesellen, dem ein Recht auf Arbeit in Ableitung von dem Recht der Gesellenschaft auf die vorhandene Arbeit zu herkömmlichen Bedingungen zusteht, tritt ein Arbeiter, der sich seinerseits als selbständige Wirtschaftseinheit fühlt und als solche seinen größtmöglichen Vorteil wahrzunehmen strebt. Dabei haben Arbeitgeber wie Arbeiter noch mit überkommenen Einrichtungen und Vorstellungen, die ihrem Egoismus im Wege stehen, zu kämpfen. Auch greift der Staat mit Gesetzen ein, wo unliebsame Wirkungen dieses Egoismus sich zeigen. Ebenso bestehen noch gewisse Einrichtungen, wie die Unterstützung Kranker und die Fürsorge für das Begräbnis gestorbener Genossen aus der früheren Zeit fort; aber sie ändern ihren Charakter. Ehedem Ausfluß des

alle einenden Geistes, der die Familie beseelt, beginnt ihre Entwicklung zu Versicherungsgesellschaften, die in den auf rechnerischen Grundlagen aufgebauten modernen Krankenkassen, Begräbniskassen und dgl. enden.

Diese neue gewerbliche Organisation ist die incorporated livery company, die mit Korporationsrecht ausgestattete, uniformierte Zunft. Die Ansätze zu ihr gehen bis zum Anfang des 14. Jahrhunderts zurück¹⁾. Es war die Zeit, da weltliche und geistliche Große ihre Dienerschaft und sonstige Abhängige in eine besondere Tracht einkleideten²⁾, und auch Personen, die ihnen gleichstanden, ja sogar im Rang überlegen waren, ihre Tracht anlegten³⁾, um ihnen eine Ehre zu erweisen. Je größer die Zahl der so Eingekleideten, um so größer das Ansehen desjenigen, dessen Tracht sie trugen, und es erinnert an das, was Caesar von Orgetorix erzählt⁴⁾, wenn wir hören, daß man selbst vor Gericht in Begleitung solchen Gefolges erschien, um es einzuschüchtern⁵⁾. Da wurde verboten, daß andere außer wirklich Abhängigen die Livrée eines Großen anlegten⁶⁾. Die Zünfte sind um ihres Ansehens willen schon zu Beginn des 14. Jahrhunderts dem von den Großen gegebenen Beispiel gefolgt. Doch ihr Auftreten war der Krone nicht gefährlich. Während man den feudalen Adel in dem Rechte, Anhänger zu uniformieren, beschränkte, hat man nicht nur uniformierte Zünfte gestattet, sondern Könige und, ihrem Beispiele folgend, Vornehme haben sich bereit finden lassen, die Tracht der einen oder anderen

1) Schon 1319 sind Londoner Zünfte in gleichartiger Tracht aufgetreten. Riley, *Chronicles of old London*, 1863, 253.

2) Nach Stubbs hat die livery ihren Namen von liberatio, der Bewilligung des Unterhaltes, zu dem auch die Kleidung gehörte. *Const. Hist.* III 531.

3) So trug Richard II. die Tracht seines Onkels John of Gaunt. Ebenda 534.

4) *De bello gallico* I 4.

5) Stubbs, *Const. Hist.* III 531 ff.

6) Ebenda 535.

Zunft anzulegen¹⁾. In dieser Tracht erschienen die Zünftler nicht nur bei ihren Gildegelagen, sondern auch bei städtischen Schaustellungen und der Wahl der städtischen Bürgermeister, Altermäner und Parlamentsmitglieder. Aber nicht alle Mitglieder der Zunft vermochten sich die immer kostspieliger werdende Tracht zu verschaffen. Da wurde die Zunfttracht (livery) zum Unterscheidungsmerkmal zwischen den wohlhabenden und den ärmeren Zunftgenossen²⁾. Diese zerfallen nunmehr in drei Klassen: in die livery, zu der nur die reicheren zugelassen wurden, in die householders, zu denen die übrigen Meister gehörten, und in die zur Zunft gehörigen Arbeiter, die einfach free-men, mitunter auch yeomanry oder bachelors genannt wurden.

Dies ist die Entwicklung der Zünfte in allen größeren Städten gewesen. In allen finden wir seit dem 14. Jahrhundert livery companies. Die Mehrzahl ist indes erst im 16. und 17. Jahrhundert entstanden. Die Umstände, unter denen sie Korporationsrechte erhalten haben, sind überall sehr verschieden gewesen. Das Muster für alle haben die zwölf großen livery companies von London geliefert, deren Verfassung im 15. Jahrhundert ihren Anfang genommen und im 17. Jahrhundert ihre Vollendung gefunden hat³⁾.

Das Wesentliche für den neuen Typus, der mit den livery companies ins Leben trat, war die Erlangung von Korporationsrechten. Damit war das Recht, Grundeigentum zu erwerben, verbunden, womit die Kreditfähigkeit der Kompanien erhöht wurde. Solche Korporationsrechte sind ihnen zuerst durch Eduard III. erteilt worden, der jederzeit bereit war, Privilegien zu verleihen, wenn ihm Entsprechendes dafür bezahlt wurde⁴⁾. Hand in Hand ging damit die Verwandlung der früheren Demokratie der Hand-

1) Siehe z. B. M. Clode, *Memorials of the guild of Merchant Taylors*, London 1875, 3, 9.

2) Siehe Ashley II 131—138.

3) Unwin, *Industrial Organization* 41, 73, 79.

4) Siehe Lipson 379.

werker in eine Oligarchie von Kapitalisten. An die Stelle der früheren souveränen Versammlungen aller Zunftgenossen trat ein Ausschuß von Beisitzern (court of assistants), der die Zunft regierte und die Mitglieder bindende Verordnungen erließ. Er bestand aus gewesenen Zunftvorstehern. Diese wurden ausschließlich aus den liverymen, d. h. den reicheren Mitgliedern gewählt. Nicht als ob die Gemeinen, d. h. die Ärmern, die nicht zur livery gehörten, dies ohne Kampf hingenommen hätten. Bei den Goldschmieden hat 1529 ein Streit stattgefunden¹⁾, weil die Gemeinen sich nicht dabei beruhigen wollten, daß sie die zwei der vier Zunftvorsteher, deren Wahl ihnen zustand, aus der Zahl der liverymen wählen sollten, und zwar durch Wähler, die sie aus einer von den abgehenden Zunftvorstehern ihnen vorgelegten Liste entnehmen sollten. Unter der Königin Maria hat die erste gesetzliche Ernennung des Ausschusses stattgefunden²⁾. Seit Jakob I. wurde es allgemein, in der Bestätigungsurkunde das Wahlrecht von der Communitas auf den Ausschuß der Beisitzer zu übertragen. Die ersten Mitglieder des Ausschusses ernannte der König auf Lebenszeit; nachdem sie ausgeschieden waren, ergänzte der Ausschuß sich selbst aus der Zahl der gewesenen Zunftvorsteher. Für die übrigen Zunftmitglieder sank der Wahltag herab zu dem Tage, an dem sie sich in das Zunfthaus begaben, um die Proklamation der Namen der Gewählten zu hören³⁾. Auch ein neuer Eid wurde für sämtliche Zunftmitglieder eingeführt, in dem sie den Zunftvorstehern und den Statuten Gehorsam schworen⁴⁾. Eine Broschüre⁵⁾ aus dem ersten Jahre der Republik über die Verfassung der Tuchmacherzunft zeigt, daß ein Teil ihrer Mitglieder damals noch einmal versucht hat, die Wahl ihrer Vorsteher sowie den Erlaß von Verordnungen für die

1) Tudor Economic Documents I, 110 ff.

2) Herbert I 118.

3) Herbert II 652 ff.

4) Herbert I 188 ff.

5) 5) Chitwin's Collections of ye Company of ye Cloth-workers Priviledges, Aug. 1649 (British Museum).

Gesamtheit der Zunftgenossen in Anspruch zu nehmen; er ist aber nicht durchgedrungen.

Die Wandlung der Zünfte aus Handwerkerghilden in kapitalistische Gesellschaften hat sich alsbald in Erschwerungen des Zugangs zum Gewerbebetrieb geäußert. Durch Minderung der Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden sollte deren Gewinn hochgehalten werden. Dagegen richteten sich schon seit dem 15. Jahrhundert die Beschwerden der Gemeinen und die diesen entsprechend erlassenen Gesetze und Verordnungen.

Schon 1437 hatte Heinrich VI. die Zünfte in dem Mißbrauch ihres Rechts, Ordnungen zur Regelung des Handwerkes zu erlassen, zu beschränken gesucht¹⁾. Doch blieb, wie es scheint, das Gesetz ohne Wirkung; in einem Gesetze von 1504 (19th Henry VII. c. 7) werden die schon 1437 versuchten Beschränkungen der Zunftvorsteher wiederholt²⁾. Aber auch ihre Wiederholung ist erfolglos geblieben. Auch diesem Gesetze entgegen haben die Zünfte eigenmächtig das Eintrittsgeld der Lehrlinge auf 40 Shillinge erhöht. Darauf hat 1531 ein neues Gesetz (22. Henry VIII. c. 4) das Eintrittsgeld auf 2 s 6 d beim Beginn der Lehrzeit und auf 3 s 4 d bei Erlangung der Zunftmitgliedschaft festgesetzt³⁾. Am meisten aber bezeichnet den Geist der damaligen Zünfte, daß 1536 ein Gesetz⁴⁾ (28. Henry VIII. c. 5) notwendig wurde, das den Zunftvorstehern verbot, den Lehrlingen einen Eid abzunehmen, daß sie ohne ihre Zustimmung das Gewerbe nicht selbständig betreiben wollten, sowie untersagte, von ihnen vor ihrer Aufnahme in die Zunft Geldsummen zu fordern. Unter Eduard VI. und Maria sind fast in jedem Jahre ähnliche Gesetze erlassen worden⁵⁾. Aber alle diese Gesetze haben gegenüber dem eigenmächtigen Streben der Zünfte, im Interesse der Ergiebigkeit ihrer Monopolbetriebe

1) Siehe oben Band I 282.

2) Tudor Economic Documents I 101.

3) Ebenda 113.

4) Unwin, Industrial Organization 56. — Cunningham, Growth I 512.

5) Unwin, Industrial Organization 58.

die Lehrlinge von der Meisterschaft abzuhalten, nichts vermocht. Am Ende des 17. Jahrhunderts klagt Stow¹⁾: „In früheren Zeiten war es eine große Sache, £ 10 zu geben, wenn man einen Jungen in die Lehre gab; aber in der Zeit von König Jakob I. gab man £ 20, 40, 60 und manchmal 100 für die Annahme als Lehrling. Nun aber sind die Preise bedeutend erhöht auf £ 500 oder 600 oder 800.“ Die Höhe dieser Beträge ist an sich schon ein Beweis, daß die livery companies, auf die sie sich beziehen, nicht mehr aus Handwerkern, sondern aus Kapitalisten bestanden. Noch mehr zeigt sich dies, wenn wir hören, daß die Mitgliedschaft der livery companies sich von Vater auf Sohn vererbte, und es vorkam, daß der Sohn Mitglied der company des Vaters blieb, auch wenn er selbst ein ganz anderes Gewerbe betrieb²⁾. Auch wo die Zünfte noch aus Handwerkern bestanden, zeigen die Zunftstatuten des 16. und 17. Jahrhunderts, wie die der Messerschmiede von Hallamshire³⁾ und der Strumpfwirker⁴⁾, in den den Kindern der Zunftgenossen zustehenden Privilegien dieselbe Tendenz, das Handwerk erblich zu machen, die bei den kontinentalen Zünften vorherrschte.

Die Änderungen, vermöge deren der Besitz von Vermögen und Familienkonnexion statt persönlicher Tüchtigkeit mehr und mehr das Haupterfordernis wurde, um zum selbständigen Gewerbbetrieb zu gelangen, mußten notwendig auf die Lage der Gesellen zurückwirken. Eine große Anzahl derselben mußte zu lebenslänglichen Lohnarbeitern werden ohne Aussicht, je Meister zu werden. Das zeigt sich schon darin, daß, während die Gesellen bis dahin unverheiratet gewesen und im Hause ihrer Meister gewohnt hatten, sie jetzt verheiratet mit ihren Frauen eigenen Haushalt führten⁵⁾. Da haben die Meister erkannt, daß

1) Editio 1720 p. 329.

2) Unwin, *Industrial Organization* 129. Vgl. auch Ashley II 118; Lipson 383.

3) Hunter, *History of Sheffield* 119.

4) *Journals of the House of Commons* XXVI 790—794.

5) Webb, *History of Trade Unionism*, London 1911, 4

sie sich besser stellten, wenn sie, statt wie bisher die Sonderorganisationen ihrer Arbeiter zu bekämpfen, diese anerkannten und als solche in die Zunftorganisation eingliederten. So wird von den Londoner Gewandschneidern berichtet, daß sie, die im 15. Jahrhundert so eifrig auf die Unterdrückung der Bruderschaft ihrer Gesellen bedacht waren, in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts deren Organisation selbst ins Leben riefen, „um sich den Geschäftsbetrieb leichter zu machen“¹⁾. Aber der Charakter der Gesellenbruderschaften hat durch ihre Eingliederung in die Zunftorganisation eine tiefgreifende Änderung erfahren. Im 14. und 15. Jahrhundert waren sie unabhängige Kampforganisationen zur Wahrung der besonderen Geselleninteressen gewesen; jetzt waren sie anerkannt, aber mit der Anerkennung hatten sie, wenigstens offiziell, ihre Unabhängigkeit verloren. So wurde die Gesellschaft der Zinngießer von drei Vorstehern, die zur livery gehörten, regiert und hatte den Gottesdiensten der Meister beizuwohnen. Ähnliche Zeichen der Oberherrschaft der Meister über die Gesellenbruderschaften finden sich in anderen Gewerben²⁾.

Aber es wäre irrig, anzunehmen, daß dieser offiziellen Unterwerfung unter die Meister auch die tatsächliche Unterwürfigkeit sowohl der Lehrlinge als auch der Gesellen entsprochen hätte. Die Schwierigkeiten, die, wie die erwähnten Gesetze Heinrichs VIII. aufweisen, den Lehrlingen im Wege standen, haben deren beständig gärende Erbitterung wachgerufen, die sich besonders gegen die Fremden richtete, die, durch die Könige angelockt und privilegiert, ohne jene Hemmnisse ihr Gewerbe betreiben konnten. Sie kam in wiederholten Aufständen zum Aus-

(N. 1). — Unwin, G., *Industrial Organization*, London 1904, 52.
— Derselbe, *The Gilds and Companies of London*, 1908, 224 ff.

1) Clode, *Memorials of the Merchant Taylors*, London 1875, 24, 561. Siehe auch *Ordinances or Byelaws of the Clothworkers Hall*, Mincing Lane, London, No. 16, 19, 30, 32, 36, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 52, 53, 54, 58.

2) Siehe Lipson 361, 362.

bruch, so insbesondere am „Bösen Maitag“ 1517¹⁾, und dann weiter 1586²⁾, aber auch in Petitionen an das Parlament, so 1641³⁾. Abgesehen von ihren Aufständen gegen die Fremden handelten die Lehrlinge auch sonst als Körperschaft, wenn, wie Stow sagt, „einige ihrer Bruderschaft ungerecht, wie sie behaupteten, gefangen gesetzt und bestraft wurden.“ Im 17. Jahrhundert äußerten sie ihre Meinung in allen religiösen und politischen Fragen der Zeit⁴⁾. Daß sie dabei auch in Arbeitsangelegenheiten gemeinsam aufzutreten verstanden, zeigt ihr Vorgehen, als Cromwell die Festtage an Weihnachten, Ostern und Pfingsten „und andere Festtage, gewöhnlich Feiertage genannt“, als auf Aberglauben beruhend abgeschafft hatte und die puritanisch strenge Sonntagfeier einführte; die Lehrlinge, welche dadurch „nicht nur der Wohltat, ihre Freunde und Verwandten zu besuchen, sondern auch aller festgesetzten Zeiten des Vergnügens und erlaubter Erholung beraubt wurden“, petitionierten⁵⁾ an das Parlament um die gesetzliche Feststellung eines Tages zu diesen Zwecken. Darauf setzte das Parlament den zweiten Dienstag in jedem Monat als solchen Tag fest⁶⁾. Die Meister waren

1) Siehe darüber Hall's Chronicle, containing the history of England during the reign of Henry IV—Henry VIII, London 1809, 586—591. Vgl. auch Brewer, Letters and Papers, foreign and domestic, of the reign of Henry VIII, London 1864, vol. II. part 1, preface 222.

2) Stow, Ed. 1720, 333.

3) The Apprentices of London Petition presented to the honourable Court of Parliament 1641 (British Museum), abgedruckt in meiner Einleitung zu English Gilds CL.

4) Siehe: The honour of London Apprentices exemplified in a brief historical narration, London 1647 (British Museum). — Godwin's History of the Common Wealth II 368. — Malcolm's Anecdotes of the Manners and Customs of London 1811, 190.

5) Two humble petitions of the apprentices of London and parts adjacent for lawful recreations etc., London 1646 (British Museum).

6) Ordinances of the Commonwealth, an. 1647, cap. 81, for abolishing festivals.

darüber keineswegs erfreut und beeinträchtigten die Lehrlinge in dem Genuß ihres „Spieltages“¹⁾). Darauf hat auf eine weitere Petition der Lehrlinge hin das Parlament befohlen, daß an den gebotenen Spieltagen alle Läden geschlossen bleiben sollten²⁾).

Nicht anders wie mit der Unterwürfigkeit der Lehrlinge stand es mit der der Gesellen. Auch sie haben nach der aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts stammenden Broschüre „England's Commercial Policy“ schon damals Ursache zur Klage gehabt. „Die Armen“, heißt es darin³⁾), „haben die Arbeit, die Reichen Gewinn“. Es wird berichtet, daß die Arbeitgeber die niedrigen Löhne, die sie ihren Arbeitern zahlten, noch dazu in Waren, statt in Bargeld, entrichteten. Daher war 1464 ein gesetzliches Truckverbot erlassen worden, dem 1411 und 1460 ähnliche lokale Verbote in Colchester und Norwich vorangegangen waren⁴⁾). Gleiche Klagen über ungenügende Löhnung hören wir aus dem 16. Jahrhundert. 1539 beschwerten sich die Weber von Suffolk und Essex, daß die hausindustriellen Unternehmer die Preise für die gelieferte Ware so niedrig festsetzten, daß sie trotz angestrengten Fleißes verhungern müßten⁵⁾). Daß die Arbeiter sich dagegen auflehnten, zeigt das 1549 erlassene Gesetz betreffend Lebensmittelverkäufer und Handwerker (2nd and 3d Edw. VI. c. 15). Es verbietet gleichzeitig mit den Verabredungen der Verkäufer von Lebensmitteln, um deren Preise zu steigern, auch alle „Verbindungen und Versprechungen der artificers, handicraftmen and labourers, nicht nur sich nicht einander in die Arbeit zu mengen und nicht anzufertigen und zu vollenden, was ein anderer begonnen hat, sondern auch zu

1) Humble remonstrance of the apprentices of the City of London 1647 (British Museum).

2) Ordinance of the Commonwealth an. 1647, cap. 83 Daies of recreation allowed unto Scholars, Apprentices and other Servants.

3) Lipson 423.

4) Ebenda 424.

5) Tudor Economic Documents I 177.

beschließen und festzusetzen, wieviel Arbeit einer in einem Tage verrichten und zu welchen Stunden und Zeiten er arbeiten solle“, sowie, „daß sie ihre Arbeit nicht leisten wollten außer zu einem bestimmten Satze, was den Gesetzen und Statuten des Landes entgegen sei“. Richtet sich dieses Gesetz nun auch ebenso gegen die Lebensmittelverkäufer und die Meister wie gegen die Arbeiter, so treten uns darin doch schon dieselben Klagen entgegen, die in den folgenden Jahrhunderten bis in die Gegenwart von den Arbeitgebern gegen die Gewerkvereine erhoben werden. Dieses Gesetz zeugt noch für Regungen der Lohnarbeiter, für ihre Interessen zu kämpfen, dagegen wird gegen Ende des 16. Jahrhunderts über die Gesellenverbände berichtet¹⁾, daß sie alle Selbständigkeit verloren hätten. Die Meister hätten es durchgesetzt, daß sie die Vorsteher der Gesellenverbände ernannten. Auch ist dies begreiflich, wenn wir erwägen, welche Wandlung in der Lage vieler Arbeiter vor sich gegangen war. Sie hatten angefangen, in eigenen Wohnungen zu arbeiten, und an der Stelle von Zeitlohn verlangten sie Stücklohn. Damit war ihre Lage derjenigen der zu Heimarbeitern gewordenen kleinen Meister gleich geworden, und dem entsprach es, daß diese Mitglieder der Gesellenverbände geworden waren. In diesen haben dann die von den Unternehmern abhängigen Kleinmeister die führende Rolle gespielt; die Lohnarbeiter hatten sie verloren²⁾.

Diese Entwicklung ist die Folge der anderen Wirkung gewesen, welche die Herrschaft der Reichen über die Armen in den livery companies gehabt hat. Diese Reichen sind Kaufleute gewesen. Von den zwölf großen Londoner livery companies, denen der Schnittwarenhändler, Gewürzhändler, Tuchhändler, Fischhändler, Gewandschneider, Goldschmiede, Kürschner, Kurzwarenhändler, Salzhändler, Eisenhändler, Weinhändler und Tuchmacher, sind sieben von Anfang an Gilden von Händlern und nur fünf ursprüngliche Hand-

1) Ashley II 110—127.

2) Unwin, Industrial Organization 57—61.

werkergilden gewesen; auch in diesen hat das kommerzielle Element mehr und mehr das Übergewicht erlangt. Im 16. Jahrhundert gab es nur in der Tuchmacherzunft noch zahlreiche Handwerker. Bei den Schneidern ist das kommerzielle Übergewicht sogar in der Änderung des Namens ihrer Zunft in Kompagnie der handeltreibenden Schneider, Merchant Taylors Company, zum Ausdruck gelangt¹⁾. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts bestand die Kompagnie zum größten Teile aus wohlhabenden Kaufleuten, die gar keine Schneider waren²⁾. In der Hand dieser zwölf Gesellschaften befand sich auch das Stadtreghiment; der Mayor von London wurde ausschließlich aus ihrer Mitte gewählt; sie hatten den Vortritt vor allen übrigen Zünften³⁾, ungefähr siebzig an der Zahl. Ähnlich überwog das kaufmännische Element in den livery companies der anderen Städte. In den schottischen Städten ist es darüber zu scharfen Konflikten zwischen Kaufleuten und Handwerkern gekommen, während in England das den Engländern eigentümliche Prinzip der offenen Aristokratie auch hier seine Wirkung geäußert hat. Die herrschende Oligarchie der Kaufleute war hier allzeit bereit, reich gewordene Handwerker in ihren Kreis aufzunehmen; damit wurden den Unzufriedenen die Führer entzogen und der Konflikt weniger scharf⁴⁾. Aber die Interessen der Handwerker und der Kaufleute lagen auch hier im Kampf miteinander. Es war ein Kampf nicht zwischen Kapital und Arbeit, sondern zwischen zwei Arten von Kapital. Der Handel verlangte nach Freiheit, das Handwerk nach Schutz. Diesen Gegensatz haben wir schon in dem Streite zwischen den „grocers“ und den übrigen Londoner Zünften im Jahre 1367 kennen gelernt. Nicht als ob die Kaufleute aus Prinzip Freihändler gewesen wären. Sie waren sehr für Aufrechthaltung von Monopolen, wo solche zu ihren Gunsten bestanden. So wollten sie die mittelalterliche Be-

1) Clode 195, 196.

2) Ashley II 118; vgl. auch Lipson 383.

3) Ashley II 136.

4) Unwin, Industrial Organization 74.

stimmung, wonach den Handwerkern jeglicher Handel, auch der mit ihren eigenen Erzeugnissen verboten war, aufrecht-erhalten; die Handwerker sollten sich auf die Verarbeitung der durch die Kaufleute bezogenen Rohstoffe beschränken und ihnen den Verkauf ihrer Erzeugnisse überlassen, nicht aber an die Fremden direkt verkaufen¹⁾). Dagegen waren sie Gegner der Privilegien anderer, die ihrem Handel Schranken setzten. Im Mittelalter hatte das Handwerk in jeder Stadt, außer zur Messezeit, den Markt beherrscht. Nur zur Messezeit durften die Handwerkserzeugnisse aus anderen, selbst inländischen Orten, eingeführt werden. Das hat sich seit dem Aufkommen von Hausindustrie und Manufaktur auf dem Lande geändert. Die Kaufleute, die auf dem Lande Tuch herstellen ließen, haben es in die Städte eingeführt. Infolge dessen sind Handwerksbetriebe in den Städten zugrunde gegangen. Auch ist den Handwerkern an Orten, die für den Betrieb eines Gewerbes weniger geeignet, die Konkurrenz der Erzeugnisse von Orten, die dafür geeignet waren, verhängnisvoll geworden²⁾). Desgleichen wurde den Tuchmachern an Orten, die vor dem Auftauchen von Händlern sich eines natürlichen Monopols im Ankauf der in ihrer Nachbarschaft erzeugten Wolle erfreut hatten, durch die Konkurrenz Londoner Kaufleute der Einkauf verteuert; so den Tuchmachern von Shrewsbury und der benachbarten Städte der Einkauf wallisischer Wolle; denen von Norwich der Einkauf der in den östlichen Grafschaften; denen der fünf größeren Städte von Worcestershire der Einkauf der in dieser Grafschaft; und denen von Bridgewater, Taunton und Chard der Einkauf der in Somersetshire erzeugten Wolle. Die so Geschädigten haben dann von der Regierung verlangt, daß sie den Kaufleuten den Handel in ihren ererbten Ausbeutungsgebieten verbiete³⁾). Es ist begreiflich, daß die Kaufleute solchem Verlangen widersprachen. Den Hauptgegensatz zwischen

1) Unwin, Industrial Organization 75—77.

2) Ebenda 71.

3) Ebenda 186 ff.

den kaufmännischen und industriellen Interessen zeigt der durch Jahrhunderte sich hinziehende Streit, ob nicht appretiertes und ungefärbtes Tuch ausgeführt werden dürfe. Die Handwerker verlangten das Verbot der Ausfuhr, damit das Fertigstellen des Tuches ihnen zufalle. Aber noch standen die Engländer im Appretieren wie im Färben hinter den Niederländern zurück. Es kam vor, daß in England fertiggestelltes Tuch im Ausland schlechter als unfertiges bezahlt wurde. Ein auf Drängen der Handwerker erlassenes Gesetz, das die Ausfuhr unfertigen Tuches verbot, war also gegen das Interesse der Kaufleute, die es auch nicht beachteten. Als ein Londoner Handwerkermeister, John Draper, 1540, in den stärksten Ausdrücken gegen die Gesetzesverletzung Verwahrung einlegte, hatte dies nicht die Beachtung des Gesetzes, sondern seinen Ruin zur Folge¹⁾. Noch bis in die Zeit Jakobs I. bestand der größte Teil der englischen Ausfuhr aus weißem Tuch²⁾. Nicht minder waren die Handwerker gegen die Einfuhr ausländischer Waren. Es waren besonders die Kurzwarenhändler, die sie einführten; aber auch Genuesen, Franzosen und andere Fremde erregten durch ihre Einfuhr fremder Waren sehr den Zorn der Einheimischen; den am „bösen Maitag“ 1517 in London darüber ausgebrochenen Aufstand³⁾, der mit der Hinrichtung des Rädelsführers endete, habe ich schon erwähnt⁴⁾. Die Argumente, welche von diesen gebraucht wurden, sind dieselben, die auch Luther in Deutschland gebraucht hat und die den handelspolitischen Diskussionen bis zum heutigen Tage geläufig sind, wie, daß das Geld gegen eingeführten Tand außer Land fließe, oder daß die Armen geschädigt würden, denen die Arbeitsgelegenheit entzogen werde. Die Kaufleute, die

1) Unwin, Industrial Organization 45 ff.

2) Ebenda 89.

3) Pauli, Drei volkswirtschaftliche Denkschriften aus der Zeit Heinrichs VIII. (Abhandlungen d. K. Gesellschaft d. Wissenschaften zu Göttingen XXIII 1857) 33. — Tudor Economic Documents III 82 ff.

4) Unwin, Industrial Organization 90, 100, 101.

den Außenhandel betrieben, die Stapelkaufleute und die „unternehmenden Kaufleute“ hatten unter großer Mißgunst der Bevölkerung zu leiden¹⁾; dagegen sind in Übereinstimmung mit der letzteren zwischen 1511 und 1570 nicht weniger als fünf Gesetze²⁾ erlassen worden, um die Einfuhr von Waren aus dem Ausland zu erschweren.

Wie alle absolutistischen Regierungen in der Zeit des Merkantilismus ist auch die englische in ihrer Haltung gegenüber diesen Interessengegensätzen nicht frei von Widersprüchen gewesen. Ihr Imperialismus hat sie seit Ende des 15. Jahrhunderts darauf bedacht sein lassen, durch Einbürgerung der fremden gewerblichen Produktionsmethoden die englische Volkswirtschaft vom Ausland unabhängig zu machen und ihren gewerblichen Erzeugnissen den Zugang zu allen Märkten zu eröffnen. Ich werde noch von dem Zollkrieg zu sprechen haben, der 1494 zwischen England und den Niederlanden ausbrach, als der Herzog von Burgund im Interesse der flandrischen Städte die Einfuhr englischen Tuchs in Holland, Seeland und Brabant verbot, und der 1496, nachdem er beiden Teilen große Verluste zugefügt hatte, durch Heinrichs VII. *intercursus magnus*, den Freundschafts-, Friedens- und Handelsvertrag mit dem Herzog von Burgund, sein Ende fand. Das 16. Jahrhundert hat die Religionskämpfe in den Niederlanden und in Frankreich gebracht. Wie die politischen und die sozialen Wirren in den Niederlanden im 14. Jahrhundert zur ersten Einwanderung vieler geschickter Handwerker nach England geführt haben, so die spanische Religionsverfolgung in den Niederlanden zur zweiten Einwanderung. Sie hat schon 1544 begonnen. Hauptsächlich waren es Franzosen, Wallonen und Niederländer, die, wegen ihres protestantischen Glaubens von den Spaniern verfolgt, nach dem Tode der Königin Maria nach England flüchteten. Die erneute Verfolgung durch Herzog Alba 1567 hat einen

1) Unwin, ebenda.

2) 3. Hen. VIII. c. 15; 21. Hen. VIII. c. 9; 1. Mary § 2 c. 4; 8. Eliz. c. 11; 13. Eliz. c. 19.

neuen Zufluß reformierter Flüchtlinge zur Folge gehabt; um 1570 zählte man allein in Norwich 4000 in den Niederlanden Geborene. Dieselbe Folge hatte 1572 die Bartholomäusnacht. Nach der Plünderung Antwerpens durch die Spanier, 1576, der „spanischen Furie“, hat die Einwanderung noch zugenommen. Erst diese zweite Einwanderung hat die Kunst, feinere Waren herzustellen, nach England gebracht. Das „gemeine Volk“ war aber den Einwanderern feindlich, und ebenso ein Teil der städtischen Patrizier und des niederen Landadels. Die wohlhabenden Bürger, wenn sie auch die neuen Ankömmlinge aus religiösen Gründen willkommen hießen, hatten sich bis dahin des Privilegs erfreut, daß das aus dem Ausland eingeführte Tuch nur an Personen abgesetzt werden durfte, die das städtische Bürgerrecht hatten; nun verlangten sie, daß dies auch für die von den eingewanderten Fremden hergestellten Tuche, welche die Einfuhr verdrängten, gelten sollte¹⁾. Die Eingewanderten kämpften dagegen, und erst die Fremdenordnung von 1571 hat ihnen das Recht gebracht, ihre Waren an jedermann, sei es Engländer oder Fremder, jederzeit und unbehindert zu verkaufen, vorausgesetzt, daß solcher Verkauf in der dazu bestimmten Verkaufshalle stattfand. Die Regierung hat im Bewußtsein der großen Bedeutung der Einwanderer für das Aufblühen der englischen Industrie in diesen Streitigkeiten, wo sie konnte, auf deren Seite gestanden²⁾.

Man sollte meinen, daß eine Regierung, die in jeder Weise auf die Hebung der Technik des heimischen Gewerbefleißes und auf alles bedacht war, was den Absatz von dessen Produkten förderte, auch dem Fortschritt in der Organisation des Gewerbebetriebes und der Ersetzung der lokalen Märkte durch einen nationalen Markt, wie der Binnenhandel ihn schuf, hätte freundlich gegenüber stehen müssen. Alles, was zur besseren Organisation der Betriebe

1) Siehe die Klagen der Londoner Bürger über die Fremden in Tudor Economic Documents I 308.

2) Siehe z. B. ebenda 297 und a. a. O.

führte, kam ja auch der Absatz nach außen zugut. Aber der Absolutismus der Regierung, der zuerst mit den feudalen Ständen, später mit dem die Kontrolle der Politik erstrebenden Bürgertum zu kämpfen hatte, hat sie genötigt, nach einer Stütze in den unteren Volksschichten zu suchen. Das beginnt nach Stubbs schon unter Richard II., hat unter den folgenden Regierungen zugenommen und sich unter den Tudors nicht nur in den gegen die von den Gilden erhobenen hohen Gebühren erlassenen Gesetzen geäußert, sondern auch in Schutzmaßregeln zugunsten der städtischen Weber gegen die Konkurrenz der ländlichen energischen Ausdruck gefunden. Schon 1477 ist in Bury St. Edmunds verboten worden¹⁾, daß jemand mehr als vier Webstühle im Betriebe habe. 1534 ist auf Grund der Klagen der Bewohner von Worcester und der Gemeinden Evesham, Droitwich, Kidderminster und Bromesgrave ein Gesetz (25 Henr. VIII c. 18) erlassen worden, das Hausindustrie und Manufaktur in den Dörfern in der Nachbarschaft der Städte verbietet. In der Begründung heißt es, daß Leute, die in besagten Dörfern wohnten, Landwirtschaftsbetriebe aufgekauft hätten, Schafzüchter geworden seien und das Gewerbe des Webens, Walkens und Scherens in den von ihnen erworbenen Häusern betreiben ließen und alle Art von Tuch herstellten. Sie sollten fortan nur Tücher für den eigenen Gebrauch, den ihrer Kinder und Dienerschaft fertigen dürfen.

Noch weiter geht das „Webergesetz“ (2 and 3 Phil. and Mary c. 11) von 1555. Es bestimmt, daß kein außerhalb einer Stadt oder eines Marktfleckens wohnender Weber mehr als einen Webstuhl besitzen oder aus dem Vermieten von Webstühlen oder Häusern, in denen Webstühle stehen, Gewinn ziehen dürfe²⁾.

Trotz aller Maßnahmen der Regierung zugunsten des Handwerks konnte dieses, außer in den erörterten Fällen, in denen es nach wie vor für einen lokalen Markt arbeitete,

1) Lipson 423 Anm. 3.

2) Tudor Economic Documents I 185.

in der Selbständigkeit, die es im Mittelalter hatte, nicht erhalten bleiben. Die Natur der Dinge war stärker als Privileg und Gesetzgebung. Die alten Städte verfielen, Dörfer und Städtchen kamen auf, in denen Hausindustrie und Manufaktur ihren Sitz hatten. Je mehr die Rohstoffe von außen kamen, und je mehr der Absatz der hergestellten Produkte die Kenntnis ferner Märkte voraussetzte, um so unentbehrlicher wurde der sachkundige Kaufmann. Aber um so lebendiger wurde auch wieder der Monopolgeist, der die Kaufmannsgilden beseelt hatte. Die Tendenz der Kaufleute ging dahin, den Handel jeder Art in einer Organisation zusammenzufassen und die Gewerbetreibenden davon auszuschließen. In der Mitte des 16. Jahrhunderts suchten die reichen Kaufleute mancherorts sogar die Kleinhändler vom Außenhandel auszuschließen, und diese wiederum suchten den Handwerker im Handel mit Rohstoffen zu beschränken.

Aber die Tendenz, alle Art von Handel in einer Organisation zusammenfassen, und so eine scharfe Unterscheidung zwischen Händler und Handwerker herbeizuführen, war nur vorübergehend. Das Wachstum der Industrie und die Fürsorge, welche die Regierung ihr zuteil werden ließ, wirkten dem entgegen. Sie haben dazu geführt, daß das kaufmännische Kapital selbst sich dem Gewerbbetriebe zugewandt hat.

Es waren die Kaufleute, die nach anderen Städten und ins Ausland Handel trieben, die dazu übergingen, die Handwerker zu beschäftigen. Das hat dazu geführt, daß die kaufmännische Korporation alle Handwerker, die zur Herstellung eines gebrauchsfertigen Produktes nötig waren, zusammenfaßte und ihre Zünfte sich eingliederte, und so ist es zur Verschmelzung aller dieser Zünfte in einer Korporation gekommen. An einzelnen Orten hat man das schon im 15. Jahrhundert versucht¹⁾. 1525 wurden in London die Zünfte der Walker und Tuchscherer von der Kompanie der Tuchmacher inkorporiert²⁾. Die Kompanie

1) Unwin, Industrial Organization 39.

2) Ebenda.

der Kurzwarenhändler hat die Zünfte der Hutmacher, Kappenmacher und Nadler verschluckt¹⁾, die der Lederhändler die der Weißgerber, Handschuhmacher, Börsenverfertiger und Taschner²⁾. In einzelnen Städten kam es vor, daß an Stelle der spezialisierten Handwerker gilden eine systematische Einteilung der Gewerbe in Korporationen der Kaufleute, Tuchmacher, Metallarbeiter, Baugewerbe, Lebensmittelhändler und Ledergewerbe trat³⁾. In der Zeit der Elisabeth war die Kompanie, welche alle bei Herstellung eines Fertigprodukts mitarbeitenden Zünfte sich unterworfen hatte, die typische Form des Gewerbebetriebs. Das, was besonders die Gründung von Kompanien hervorrief, war die Verleihung eines Monopols an diejenigen, welche eine bestimmte Ware herzustellen versprachen⁴⁾, und wie schon erzählt worden ist⁵⁾, ist Elisabeth verschwenderisch in der Gewährung von Monopolen gewesen. Sie hat von den so Privilegierten beträchtliche Abgaben bezogen. Erst gegen Ende ihrer Regierung, 1601, hat sie auf Grund dringender Vorstellungen der Gemeinen über die Schäden, welche die Monopole dem Lande brächten, mit ihrer oft bewährten Geschicklichkeit Beseitigung der als schädlich erkannten Monopole versprochen, ohne indes auf die Prärogative, Monopole zu gewähren, zu verzichten.

Mit der Entstehung der Kompanie, welche alle zur Herstellung einer gangbaren Ware nötigen Fertigkeiten vereinte, ist an die Stelle des zünftigen Handwerksmeisters der moderne Unternehmer getreten. In London ist er als Regel ein Kaufmann gewesen, in der Provinz ein reich gewordener Handwerker. Mit seinem Auftreten waren alle die Funktionen, die der alte Handwerksmeister erfüllt hatte, unter verschiedene Kategorien von Personen verteilt, und er selbst stand als Leiter des Produktionsprozesses an der Spitze. Neben ihm stand der „unternehmende Kaufmann“, der das Produkt in die Ferne vertrieb. Daneben gab es noch

1) Unwin, *Industrial Organization* 82.

2) Ebenda 83.

3) Ebenda 84.

4) Ebenda.

5) Siehe oben 25.

Ladeninhaber für den Absatz im Innern. Unter dem Unternehmer standen die Handwerksmeister, die die Arbeit, die er bei ihnen bestellte, verrichteten, und unter und neben diesen Gesellen und Lehrlinge. Aber der Handwerker ist ein Abhängiger geworden, sowohl was den Bezug des Rohstoffs angeht, den er verarbeitet, als auch hinsichtlich des Absatzes seines Produktes! Er kann zwar gelegentlich selbständig an einen Ladeninhaber verkaufen und ist auch nicht an nur einen der Unternehmer als Arbeitgeber gebunden. Aber die Regelung des Handwerks liegt nicht mehr in der Handwerker Hand. Sie ist ganz in die Hand der Kapitalisten übergegangen, und wenn diese auch in der Rücksichtnahme auf die Interessen der Handwerker so weit gegangen sind, daß sie, um sie nicht zu schädigen, das Angebot einer arbeitersparenden Maschine beim Walken des Tuches abgelehnt haben, so ist doch stets der Interessengegensatz in Sachen der Ausfuhr nichtappretierten und ungefärbten Tuches geblieben. Wir hören, daß den kleinen Meistern mitunter die Absatzgelegenheit so sehr gefehlt hat, daß sie mit ihren Produkten auf der Straße hauierten. Die Gesellen dagegen sind in die Stellung von kleinen Meistern gelangt, indem sie, wie schon bemerkt, in den Vorstädten in eigenen Wohnungen arbeiteten und auf Stücklohnung bestanden; auch haben sie da Reparaturarbeit verrichtet. Ohne die Meisterschaft zu erlangen, sind damit ihre Interessen mit denen der kleinen Meister so identisch geworden, daß diese, wie schon erwähnt, in die Gesellenverbände eingetreten sind.

Die Notlage der kleinen Meister hat die Städte schon im 16. Jahrhundert zu Maßnahmen veranlaßt, die später von den Staaten in größerem Maßstabe durchgeführt worden sind. Sie haben Unternehmer durch Gelddarlehen in die Tuchmacherei zu ziehen gesucht, damit sie die Weber, die sonst der öffentlichen Unterstützung anheim fallen würden, beschäftigten. Dabei haben sie feste Stücklohnsätze, an die der Unternehmer gebunden sein sollte, ausbedungen, oder nur ganz allgemein ausgemacht, daß ein „vernünftiger“ Lohn gezahlt werde. Die städtischen Weber

haben dabei den letzten Rest ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit verloren¹⁾. Auch kam es vor, daß die Städte selbst Manufakturen ins Leben riefen, und auch darin sind sie die Vorläufer der von Staaten zur Einbürgerung von Industrien ergriffenen Maßregeln gewesen²⁾. Hier aber, wo die Industrie, deren Angehörigen geholfen werden sollte, bereits bestand, mußte die Steigerung der Konkurrenz die städtischen Weber noch mehr schädigen; daher diese an verschiedenen Orten Widerstand dagegen erhoben haben. Dann kommt es auch vor, daß die Regierung eingreift, um den Unternehmern im Interesse der von ihnen beschäftigten Arbeiter Absatz zu schaffen. So 1586, als die Tuchmacher von Gloucestershire, Wiltshire und Somersetshire sich über Mangel an Absatz und niedrige Preise beklagten. Die „unternehmenden Kaufleute“ hätten ihnen ihr Tuch nicht in gewohnter Menge und zu gewohnten Preisen abgekauft; als Folge seien sie zu Arbeiterentlassungen genötigt. Der Geheime Rat befiehlt darauf den „unternehmenden Kaufleuten“, den Tuchmachern vernünftige Preise zu zahlen, widrigenfalls die Stapelkaufleute das Tuch kaufen und ausführen dürften. Finde sich auch dann kein Absatz, so solle jeder englische und fremde Kaufmann kaufen und ausführen dürfen. Das solle den Tuchmachern mitgeteilt werden, damit sie von der Fürsorge der Regierung Kunde erhielten³⁾. Das war immerhin vernünftiger, als wenn Friedrich der Große, um den Damastwebern Absatz zu schaffen, das Kloster Grünau zwang, ihnen Damast abzu kaufen, den es nicht brauchte.

So weit war die Entwicklung der gewerblichen Organisation unter Elisabeth gelangt. Unter den Stuarts haben die Vereinigungen der Kaufleute und Produzenten vielfach sich wieder aufgelöst. Die Ursache war technischer Natur. Die Kaufleute verloren dadurch, daß sie, statt mit den Produkten nur eines Produktionszweiges mit denen

1) Unwin, Industrial Organization 94.

2) Ebenda 95.

3) Tudor Economic Documents I 214.

mehrerer verschiedener Hausindustrien zu tun hatten, die Fähigkeit, diese zu regeln. Dazu kam, daß dadurch, daß die Handwerksbetriebe sich mehr und mehr aus der City in die Vorstädte verzogen, die Fühlung zwischen Kaufleuten und Handwerkern verloren ging. Auch verloren die Kompanien ihre Bedeutung als alleinige Vertreter des Handelsinteresses. Eine neue Art von Händlern kam neben ihnen auf, Kapitalisten, die gleichzeitig mehreren Kompanien angehörten, die Rohstoffe kauften und wieder verkauften, ohne sie verarbeiten zu lassen, die also bloße Spekulanten in Rohstoff waren. So im Lederhandel, worauf die Lederarbeiter um 1612 eine Agitation um eine besondere Organisation begannen. Im Jahre 1638 haben sie eigene Korporationsrechte als Kompanie der Handschuhmacher erlangt. Um dieselbe Zeit eine ähnliche Entwicklung in anderen Gewerben, so in dem Verhältnis zwischen den Hutmachern und den Kurzwarenhändlern.

Die Stuarts haben diese Emanzipationsbestrebungen der Handwerker von der Kaufmannschaft unterstützt, insbesondere, indem sie ihnen Freibriefe und Monopole verliehen. Ihr Gesichtspunkt war ein doppelter. Sie wollten die Handwerker an sich fesseln; außerdem erhielten sie für Freibriefe und Monopole Geld. Die Handwerker haben die Stuartsche Politik begrüßt; von den Kaufleuten wurde sie bekämpft.

Aber die Entwicklung blieb bei der Neuschaffung von Gewerbetreibenden, die vom Handel unabhängig waren, nicht stehen. Sobald die Handwerker ihren Freibrief erlangt hatten, nutzten sie ihn, um ein gemeinsames Vermögen zu schaffen, das sie von den Nachteilen befreien würde, die ihnen aus der Geringfügigkeit ihres individuellen Kapitals erwuchsen. Das Prinzip der Aktiengesellschaft, das schon unter Elisabeth in verschiedenen, dem auswärtigen Handel dienenden Kompanien Anwendung gefunden hatte, begann auch im Gewerbebetriebe Eingang zu finden. Den Ausgangspunkt bildete das schon von den *livery companies* im 15. Jahrhundert erlangte Recht korporativen Eigen-

tumserwerbs. Die neuen Kompanien suchten alsbald, nachdem sie ihren Freibrief erhalten hatten, Land zu erwerben. Die Verwaltung der Korporation hat dann zur Anlage von korporativem Kapital in Unternehmungen, wie in dem gemeinsamen Ankauf von Rohstoff, geführt und dieser zu dessen Verarbeitung für Rechnung der Korporation, die zur Aktiengesellschaft wird. So entstanden aus den von den Stuarts privilegierten Kompanien von Kleinmeistern große auf Aktien begründete gewerbliche Unternehmungen wie die, die unter Elisabeth im Handel und in der Seeschifffahrt entstanden waren¹⁾. So bei den Zinngießern, den Filzmachern und anderen. Der Versuch der Nadelmacher, das gleiche Ziel zu erreichen, ist angesichts des Widerstands der Kurzwarenhändler gescheitert; er ist aber interessant, weil er die Wege anschaulich macht, die man zu dem Zwecke einschlug. Man stellte einem Hofschranzen die Beteiligung am Gewinn in Aussicht, wenn durch seinen Einfluß das begehrte Monopol erlangt würde.

Indem die Stuarts den Kompanien Monopole verliehen, sind sie von denselben Motiven wie drei bis vier Jahrhunderte früher die Plantagenets geleitet worden, als diese den Kaufleuten gegen Geld Privilegien verliehen haben. Damals war die Willkür der Krone in der Erhebung von Steuern durch die Magna Carta beschränkt worden; daher haben die Plantagenets sich Einnahmen zu verschaffen gesucht, die von parlamentarischer Bewilligung unabhängig waren. Die Stuarts befanden sich in gleichen Kämpfen mit dem Parlament wegen der Steuern und haben sich in ähnlicher Weise wie ihre Vorgänger zu helfen gesucht. Sie verschafften sich Geld, indem sie an Gewerb-

1) Unwin, Industrial Organization 148, 149. Der Zurückführung dieser Aktiengesellschaften auf die Vorschrift der Gilden, daß jedes Mitglied das Recht auf Anteil an einem guten Einkauf habe, die Unwin anregt, vermag ich nicht zuzustimmen. Es ist viel wahrscheinlicher, daß die Kleinmeister zur Zeit der Stuarts, als sie ihre Aktiengesellschaften schufen, sich nach einem Vorbild richteten, das sie vor Augen hatten, als daß sie von einer Erinnerung an längst obsolet gewordene Gildevorschriften geleitet wurden.

treibende, Kaufleute und Seefahrer Monopole verkauften und das Volk indirekt durch die dadurch verursachte Teuerung besteuerten. Wären sie erfolgreich gewesen, so hätte dies weittragende konstitutionelle Folgen gehabt.

Aber kaum geringer wäre die Bedeutung für die wirtschaftliche Zukunft des Landes gewesen. Auf wirtschaftlichem Gebiete bestand ein Kampf zwischen den sogenannten wohlerworbenen Interessen weniger Privilegierter und denjenigen, deren Interessen mit denen des ganzen Landes zusammenfielen. Jene suchten die Vorteile festzuhalten, welche ihnen die Überreste ihrer lokalen Monopole brachten; diese waren bemüht, Produktion und Verteilung der Güter entsprechend dem, was wirtschaftlich zweckmäßig schien, zu regeln. So wollten die Tuchhändler von Shrewsbury, die ehemals ein durch ihre Nachbarschaft gegebenes Monopol im Vertrieb des von der wallisischen Hausindustrie gefertigten Tuches gehabt hatten, es den Londoner Ausfuhrhändlern nicht gestatten, den wallisischen Tuchen einen erweiterten Absatz zu schaffen. Die Weber waren selbstverständlich dafür, daß man den Handel freigab. Die Regierung dagegen war auf Seiten der Tuchhändler von Shrewsbury. Sie hemmte durch ihre Politik die natürliche Entwicklung von der alten städtischen zur nationalen Wirtschaftsorganisation. Es bedurfte des Einschreitens des Parlaments, um die lokalen Privilegien von Shrewsbury zu beseitigen. Die Privilegierten hatten ein Gesetz durchgesetzt, das den Wollerzeugern verbot, ihre Wolle an Zwischenhändler zu verkaufen. Das Gesetz war tatsächlich außer Anwendung gekommen. Da verbot die Regierung den Zwischenhändlern den Wollhandel. Aber deren Argument, daß es nur ihrer Tätigkeit zu danken sei, daß die in relativ wenigen Grafschaften im Überfluß vorhandene Wolle den Webern im ganzen Lande zugutkomme, war unwiderleglich¹⁾. Das Parlament hat das Verbot der Regierung beseitigt — ein Beweis, daß die Einheit Englands nicht bloß durch das englische Königtum geschaffen

1) Unwin, Industrial Organization 189.

worden ist. Sie war eine Frucht des englischen common sense. Das Parlament hat eine ganze Anzahl reaktionärer wirtschaftlicher Gesetze der Tudors in gleicher Weise beseitigt¹⁾.

Unter der Republik haben die Differenzen zwischen den reichen Unternehmern und den mit den Arbeitern in einer Organisation vereinten kleinen Meistern fortgedauert. Bemerkenswert sind die neuen Argumente, welche die kleinen Meister nunmehr in Vertretung ihrer Interessen ins Feld führen²⁾. Bisher hatten sie sich immer nur auf ihre wohlerworbenen Rechte, auf ihre schützenden Privilegien berufen. Jetzt stellen sie ihre Forderungen auf Grund demokratischer Prinzipien, des Naturrechts, des *jus gentium*. Dagegen berufen ihre Gegner zur Verteidigung ihrer maßgebenden Stellung sich auf die Genesis. Gott habe nicht einfach Licht geschaffen, sondern Sonne und Mond, von denen die erstere den zweiten beherrsche. Nur wenige der Kompanien, denen die Masse der kleinen Meister angehörten, dürften nicht auf Seiten der demokratischen Puritaner gestanden haben. Sie beriefen sich in ihrer Eingabe ans Unterhaus auf ihre Unterstützung der republikanischen Bewegung, während die reichen Arbeitgeber gegen die Republik seien. Das lange Parlament war diesen Vorstellungen zugänglich. Die Weber erhielten das Recht, 140 Vertreter zu wählen, die ihr Gewerbe regeln sollten. Aber der Rat der Tuchmacherkompanie (*Court of assistants*) verhinderte sie, die Tuchhalle zu betreten. Immerhin machte er ihnen Konzessionen. Sechs Vertreter der Kompanie und sechs der Organisation der Arbeiter (*yeomanry*) sollten zusammentreten, um die schwebenden Fragen zu erörtern. Die Arbeiter verlangten, daß die Beamten durch allgemeines Stimmrecht gewählt würden. Aber dazu ist es nicht gekommen. Bei der nächsten Wahl wurden die Beamten der *yeomanry*, statt durch allgemeines Stimmrecht, durch die großen Fabrikanten gewählt.

1) Unwin, *Industrial Organization* 190.

2) Ebenda 205 ff.

Die demokratische Bewegung der kleinen Meister vertrat eine sterbende Sache. Ihre praktischen Erfolge waren gering. Nach der Restauration verschwand sie völlig. Die alten Eigentümer hatten ausschließlich das Übergewicht. Die Handwerker verlangen besondere Korporationen für sich und bedienen sich moderner Argumente; so besonders die im Dienste der Zimmerleute, Schreiner und Schiffbauer stehenden Holzsäger. Aber die das Kapital vertretende City will keine neuen Korporationen. Sie bedient sich derselben Argumente gegen die Forderungen von Lohnerhöhungen, deren sich die Arbeitgeber später im 18. und 19. Jahrhundert bedienen. Die Folgen waren geheime Koalitionen der Lohnarbeiter. Davon, wie später daraus die modernen Gewerkvereine hervorgehen, wird noch gesprochen werden.

25. Kapitel.

Arbeitsordnung und Unterstützungsordnung.

Die Ersetzung der lokalen Märkte durch den nationalen Markt hat England zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet gemacht. Dazu sind große Änderungen sowohl in der Organisation des gesamten Gewerbebetriebs als auch der Landwirtschaft gekommen, und bald darauf kam die Reformation, welche die bereits im 15. Jahrhundert begonnene Auflösung der alten Ordnung des Unterstützungswesens vollenden sollte. Es ist selbstverständlich, daß diese Änderungen Neuordnungen notwendig gemacht haben.

Zunächst sind, wie immer bei Änderungen, welche die alte Ordnung unhaltbar machen, Vorschläge aufgetaucht, welche lediglich in der Vernachlässigung der alten Gesetze die Ursache der eingetretenen Mißstände erblickten und von ihrer strengen Durchführung Abhilfe erwarteten¹⁾. Es dient den Staatsmännern unter Elisabeth zur Ehre, daß sie erkannten, daß neue Verhältnisse auch neue Ordnungen verlangen. Im Vordergrund steht das Gesetz betr. verschiedene Handwerker, Arbeiter, landwirtschaftliche Knechte und Lehrlinge (5 Eliz. c. 4) von 1562 (Lehrlingsgesetz).

Die Einleitung zu dem Gesetz sagt, es gebe eine große Anzahl Gesetze über die Beschäftigung von Arbeitern und Lehrlingen sowohl in der Landwirtschaft als auch im Gewerbe, aber diese Gesetze widersprächen zum Teil einander, und die in ihnen festgesetzten Löhne seien an manchen

1) Siehe Tudor Economic Documents I 325 ff., 330 ff.

Orten so niedrig und angesichts der allgemeinen Steigerung der Preise unzeitgemäß, daß sie nicht ohne schwerste Bedrückung der armen Lohnarbeiter ausgeführt werden könnten. Manches sei immerhin in besagten Gesetzen gut. Daher sollen alle diese Gesetze nachgesehen und in einem einheitlichen Gesetze für alle Arbeiter vereint werden. Dementsprechend werden im ersten Absatze alle bisher erlassenen Arbeitsgesetze abgeschafft.

Um den weiteren Inhalt des Gesetzes zu würdigen, gilt es vor allem, sich zu vergegenwärtigen, daß England noch ganz überwiegend Agrarstaat war. Daher geht die Fürsorge, daß die Landwirtschaft und besonders das Pflugland nicht die benötigten Arbeitskräfte entbehre, allem vor. Nur wer nicht einem Landmann in die Lehre gegeben ist, darf bei einem Handwerker in die Lehre gehen. Jeder Haushälter, der mindestens ein halbes Pflugland bestellt, kann eine Person zwischen 10 und 21, oder je nach Übereinkommen 23 Jahren, als landwirtschaftlichen Lehrling annehmen. Zur Erntezeit müssen alle Handwerker auf Verlangen unter Androhung von Gefängnis von zwei Tagen und einer Nacht Erntearbeit tun. Gibt es nicht genug Erntearbeit in den Grafschaften, in denen sie zur Erntezeit zu arbeiten gewohnt waren, so dürfen sie zum Zweck des Mähens andere Grafschaften aufsuchen.

Im übrigen trifft das Gesetz folgende Bestimmungen:

Kein Dienstvertrag soll für kürzere Zeit als ein Jahr abgeschlossen werden. Jedermann unter dreißig Jahren, der nicht Land im Wert von 40 Shilling oder sonstiges Vermögen im Werte von £ 10 hat, der in einem Handwerk aufgebracht ist und nicht im Dienste eines Landwirts oder einer in gewissen Künsten beschäftigten Person steht, hat gemäß dem Gesetze Dienst zu nehmen. Kein Bediensteter und keine Bedienstete darf den Dienst vor Ablauf der Dienstzeit verlassen. Werden Arbeiter gesetzwidrig entlassen, so werden ihre Herren, verlassen Arbeiter gesetzwidrig den Dienst, so werden sie bestraft. Kein Arbeiter darf eine andere Grafschaft oder Stadt ohne Entlassungszeugnis seines Herrn aufsuchen. Alle auf Zeit gedungenen Arbeiter

und Handwerker haben von Mitte März bis Mitte September von 5 Uhr morgens bis halb 8 Uhr abends zu arbeiten mit Unterbrechung von nicht mehr als zwei und einer halben Stunde, für Frühstück, Mittagessen und Trinkzeit, d. h. von je einer halben Stunde für Trinken, einer Stunde für Essen und einer halben Stunde zum Schlafen. Von Mitte September bis Mitte März soll die Arbeitszeit dauern von Tageserwachen bis Einbrechen der Dunkelheit mit den gleichen Unterbrechungen. Kein Arbeiter soll seine Arbeit, bevor er sie beendet hat, verlassen. Die Löhne sollen von den Friedensrichtern festgesetzt werden; Friedensrichter, die dies unterlassen, verfallen in Strafe im Betrage von £ 10. Wer mehr als den festgesetzten Lohn gibt, wird 10 Tage eingesperrt und zahlt £ 5 Strafe, wer mehr nimmt, wird 21 Tage eingesperrt. Über Lehrlinge wird bestimmt, daß jeder Haushälter, der mindestens 23 Jahre alt und nicht Landwirt ist, Lehrlinge annehmen darf, außer den Kaufleuten; diese sollen nur ihre Söhne als Lehrlinge annehmen dürfen oder solche, deren Eltern Land oder Besitztümer im Werte von 40 Shilling haben. Aber keiner soll Lehrlinge annehmen dürfen, der nicht selbst eine Lehrzeit von sieben Jahren durchgemacht hat. Wer drei Lehrlinge hat, soll einen Arbeiter beschäftigen, und für jeden Lehrling mehr einen Arbeiter mehr. Niemand im Alter über 21 Jahre soll als Lehrling angenommen werden. Alle diese Bestimmungen sollen in nichts die Privilegien der Stadt London oder Norwich schmälern. Durch ein Gesetz (1 Jac. I c. 6) ist die Macht der Friedensrichter und Stadtmagistrate, den Lohn festzusetzen, noch ausdrücklich auf den Lohnsatz aller und jeglicher gelernten und ungelernten Arbeiter ausgedehnt und weiter bestimmt worden, daß, wenn der Friedensrichter ein Tuchfabrikant sei, dieser den Lohn irgendeines in der Herstellung von Tuch beschäftigten Arbeiters nicht festsetzen solle.

Dies die Grundlinien der Arbeitsordnung, die bis 1814 zu Recht bestanden hat. Ihre Grundgedanken sind dem entlehnt, was jahrhundertlang in den Städten für das Handwerk gegolten hatte; was da im Mittelalter in mannig-

facher Abweichung bestanden hatte, wird entsprechend dem Entstehen einer nationalen Wirtschaft allorts gleichartig geregelt und den in Stadt und Land entstandenen neuen Betriebsformen angepaßt. An Stelle der Zunft ist es nunmehr der Friedensrichter der Grafschaft, der die Arbeitsbedingungen festsetzt, also eine der Idee nach unparteiische Instanz. Freilich hat Adam Smith gesagt, daß, „so oft die Gesetzgebung es unternahm, die Zwistigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu regeln, die Arbeitgeber die Ratgeber gewesen sind“, und wenn man in dem Gesetze der Elisabeth liest, daß nur das Bezahlen höherer, nicht aber niedrigerer Löhne als der festgesetzten mit Strafe bedroht war, so liegt in dieser Einseitigkeit eine Bestätigung dieses Ausspruches. Aber das Gesetz enthielt auch Bestimmungen, auf die sich die Arbeiter später zum Schutze ihrer Interessen des öfteren berufen haben. So die, daß der Lohn so festgesetzt werden solle, daß „der gedungenen Person sowohl in Zeiten des Mangels wie des Überflusses ein hinlänglicher Lohn zuteil werde“, sowie die über das Verhältnis der ausgelernten Arbeiter zur Zahl der Lehrlinge, über Arbeitszeit und lange Verdingungstermine. Aber eben weil diese Bestimmungen die nach unbeschränkter Ausnutzung ihrer Kapitalien drängenden Arbeitgeber behindert haben, ist das Gesetz schon zehn Jahre nach seinem Erlasse in weitem Maße nicht mehr beachtet worden¹⁾, und unter den Stuarts, welche, wie schon erwähnt, die in Kompanien neu organisierten Meister sich zu Freunden machen und als solche erhalten wollten, wurde es für unpolitisch gehalten, gegen die Übertreter des Gesetzes einzuschreiten. Es tauchte sogar der für die Zeit der stets in Geldverlegenheiten befindlichen Stuarts charakteristische Vorschlag auf, die Gesetzesübertretungen für den Fiskus nutzbar zu machen.

Zeichnet sich der Anfang der Regierung Elisabeths durch eine Neuordnung des Arbeitsverhältnisses aus, die zwei und ein halbes Jahrhundert gesetzliche Gültigkeit be-

1) Unwin, Industrial Organization 137 ff.

halten sollte, so haben ihre letzten Regierungsjahre einen Verhältnissen, wie sie die Auflösung der mittelalterlichen Erwerbsordnung geschaffen hatte, entsprechende Neuordnung des Unterstützungswesens gebracht, die bis in die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts Bestand haben sollte.

Wir haben gesehen, wie seit dem 15. Jahrhundert das Handwerk, soweit es nicht für den lokalen Markt arbeitet, durch Hausindustrie und Manufaktur verdrängt wird. Dazu kommt eine steigende Konkurrenz fremder Handwerker und, sobald infolge kriegerischer Verwicklungen der Absatz englischer Waren ins Ausland stockt, wird eine große Anzahl von Arbeitern entlassen. Dazu kommt im 15. und in zunehmendem Maße in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts die Vertreibung der Bauern vom Land als Folge der Verwandlung von Ackerland in Schafweiden. Thomas Morus hat um das Jahr 1516 in seiner Utopia darüber folgendermaßen geschrieben: „Auf geraden oder krummen Wegen, auf jede Weise zwingt man sie (= die Bauern) mit ihrem ganzen Hausrat fortzuziehen, die armen, unglücklichen Geschöpfe — Männer, Weiber, Hausväter und Hausmütter, vaterlose Waisen, Witwen, trauernde Mütter mit kleinen Kindern — arm zwar an Habe, doch reich an Zahl, denn die Bewirtschaftung des Bodens hatte viele Hände erfordert. So ziehen sie denn fort von dem gewohnten heimischen Herde, ohne eine Ruhestatt zu finden. All ihren armseligen Hausrat, der in anderem Falle vielleicht noch einen leidlichen Preis erzielt hätte, müssen sie jetzt, so plötzlich auf die Straße gesetzt, für einen Spottpreis los schlagen. Und wenn nun der kärgliche Erlös ihrer Habe auf der Wanderschaft aufgezehrt ist, was bleibt ihnen dann anderes übrig als zu stehlen, worauf sie — bei Gott mit vollem Rechte — gehängt werden, oder doch mindestens betteln zu gehen? Dann aber werden sie als Landstreicher ins Gefängnis geworfen, weil sie umher ziehen, ohne zu arbeiten, während sie doch niemand beschäftigen will, mögen sie sich noch so bereitwillig zur Arbeit anbieten. Denn ein einziger Wirt oder Schäfer reicht nun-

mehr aus, das Vieh auf ein großes Stück Weide zu treiben, für dessen Anbau, als es noch Ackerland war, eine große Menge Arbeitskräfte erforderlich war.“

Es gab also an der Wende von Mittelalter und Neuzeit eine Fülle von Arbeitslosen. Gleichzeitig war die Armenpflege verfallen. Im Mittelalter¹⁾ war in erster Linie die Familie zur Unterstützung der in Not Geratenen verpflichtet, die Familie im weiteren Sinne, der die Blutsverwandtschaft des Freien und den Grundherrn und seine Hörigen umfaßt. In zweiter Linie war unterstützungspflichtig die Gilde, die Kaufmannsgilde gegenüber den Kaufleuten, die Gesellenbruderschaft gegenüber den Gesellen und die Zunft gegenüber den Meistern und subsidiär gegenüber den Gesellen. In dritter Linie war die Kirchengemeinde zur Unterstützung verpflichtet. Diese Ordnung bestand am Ausgang des 15. Jahrhunderts noch zu Recht, nur daß mit der Beseitigung des grundherrlich-bäuerlichen Verhältnisses und dem Verschwinden der Hörigen auch die Unterstützungspflicht des Grundherrn diesen gegenüber gefallen war. Aber dem Rechte entsprachen nicht mehr die Tatsachen. Die Kirche war längst verweltlicht. Die dagegen gerichteten religiösen Bewegungen hatten unter Innocenz III. mit der Anerkennung der Bettelorden geendet; sie sind allenthalben überaus schnell aufgeblüht, und an die Stelle der früher geordneten kirchlichen Armenpflege trat ein das Bettlerwesen eher großziehendes Almosengeben. In England ist die Gesetzgebung schon 1383 unter Richard II. dagegen aufgetreten. Aber weder der Verfall der kirchlichen Armenpflege, noch auch die Zunahme der Bettler und Landstreicher waren auf England beschränkt. Sie treten uns in allen Ländern des westlichen Europas in der zweiten Hälfte des 14. und in steigendem Maße im 15. Jahrhundert entgegen. In Deutschland haben die Städte Eßlingen 1384, Braunschweig 1400, Wien 1442, Köln 1446, Nürnberg 1478 Gesetze gegen den Bettel erlassen. Auch Kaiser und Reich sind eingeschritten.

1) Siehe Band I, 18. Kapitel.

Die Reichspolizeiordnungen von 1497, 1498 und 1500 machen die Versorgung der Armen den bürgerlichen Gemeinden durch das ganze Reich zur Pflicht. Betteln sollte nur schwachen und mit Gebrechen behafteten Personen gestattet sein und Kinder der Bettler, sobald sie ihr Brot zu verdienen geschickt seien, bei Handwerkern oder sonst in Dienst untergebracht werden. So war man in Deutschland zu dem Beschlusse des Konzils von Tours von 567 zurückgekehrt, wonach eine jede Gemeinde für ihre Armen sorgen sollte, nur daß angesichts der Verweltlichung der Kirche diese Sorge statt den kirchlichen den weltlichen Behörden anvertraut war. In England hat ein 1495 erlassenes Gesetz, 11. Hen. VII. c. 2, sich nur erst damit begnügt, Landstreicher und Bettler mit Gefängnis bei Wasser und Brod, sowie diejenigen, die ihnen Almosen gäben, mit Geldstrafe zu bedrohen. Arbeitsunfähige Bettler sollen sich in dem Hundred aufhalten, in dem sie zuletzt gewohnt haben, und nicht außerhalb desselben betteln.

Da kam die Reformation und mit ihr eine Veränderung in den kirchlichen Anschauungen über Reichtum und Eigentum. Während der christlichen Lehre seit den Kirchenvätern der Kommunismus als der dem natürlichen und göttlichen Rechte entsprechende Zustand und das Privateigentum nur als ein infolge des Sündenfalles notwendig gewordenes Übel gegolten hatte, war Luther ein entschiedener Gegner des Kommunismus. Mit Hinweis auf das Neue Testament im Gegensatz zum Alten hat er das Eigentum gerechtfertigt. An die Stelle der germanischen Auffassung des Eigentums als eines mit Pflichten verbundenen Amtes trat der römisch-rechtliche Begriff des Eigentums als einer lediglich subjektiven Befugnis.

Luther hat alsbald die sich aus seiner Lehre für die Armenversorgung ergebenden Folgerungen gezogen. Infolge derselben wurde die Quelle verstopft, aus der den Armen immer wieder Almosen zugeflossen waren. Allein damit waren nicht auch die Armen beseitigt, deren Zahl in jener Zeit wirtschaftlicher Umwälzung besonders zunahm. Luther knüpfte also an das an, was schon von den

deutschen Städten und Reichspolizeiordnungen im 15. Jahrhundert erstrebt worden war, und erklärte sich in seinem Aufrufe „An den christlichen Adel deutscher Nation“ dafür, mit dem Bettlerwesen von Grund aus aufzuräumen und in jeder Stadt eine Armenverwaltung durch weltliche Behörden einzurichten, die nur für deren Arme Sorge, nicht aber fremde Bettler zuließe. Wie aus dem Gesagten hervorgeht, ist dieses Reformprogramm schon im 15. Jahrhundert vertreten worden; es hat aber dadurch, daß Luther es sich aneignete, einen konfessionellen Charakter gewonnen, so zwar, daß diejenigen, die es ohne irgendwelche Beziehung zu Luther vertraten, in den katholischen Ländern als der neuen Lehre verdächtig behandelt wurden. Es war ein Urteilsspruch der katholischen Fakultät der Pariser Universität, der Sorbonne, nötig, um den Magistrat von Ypern von diesem Verdachte zu reinigen.

Als Luther seinen Aufruf erließ, war England noch in Frieden mit Rom. Das hat sich erst geändert, als Heinrich VIII. sich selbst zum Oberhaupte der englischen Kirche erklärt hat. Nun wurde das Klostergut säkularisiert. Damit wurden die Armen, die, wenn auch irrationell, bis dahin von den Klöstern Unterstützung erhalten hatten, dessen beraubt, wodurch sie zum Teil ernährt worden waren. Um der Zunahme des Bettels zu begegnen, erging nun ein Gesetz (27th Hen. VIII. c. 25), das wie Froude¹⁾ berichtet, vom Könige selbst verfaßt war. Es knüpft an die im 14. Jahrhundert nach dem Schwarzen Tod ergangenen Arbeitsgesetze an, die es an Grausamkeit weit übertrifft. Es wird darin angeordnet, daß den für unterstützungswürdig befundenen Armen eines jeden Bezirkes eine Lizenz zum Betteln, aber lediglich innerhalb dieses Bezirks, ausgestellt werden solle; dann fährt es fort, jeder Bettler, der ohne Lizenz befunden werde, solle auf den nackten Oberkörper gepeitscht, oder, falls dies untunlich sei, drei Tage und drei Nächte in den Stock gesetzt werden. Arbeitsfähige Landstreicher sollen vor den Friedensrichter gebracht

1) Froude, History of England I 78.

werden; dieser solle sie nach dem nächsten Markt bringen lassen; dort sollen sie nackt an das Ende eines Karren gebunden und durch die ganze Stadt gepeitscht werden, bis sie blutig sind; darauf soll der so Gestrafte eidlich verpflichtet werden, sich auf dem direktesten Wege nach seinem Geburtsort zu begeben und dann zu arbeiten, wie es sich für einen ordentlichen Menschen geziemt usw. Ähnlich sollen auch ohne Lizenz der Universitätsbehörden bettelnde Studenten, ferner bettelnde Schiffbrüchige und Wahrsager bestraft werden. Fünf Jahre später wurden die Strafandrohungen noch gesteigert. Dabei hat das Gesetz keine Beschaffung von Arbeit für die Bettelnden vorgesehen, wohl aber hohe Strafen für diejenigen, die Arbeitslosen, gleichviel ob verschuldeten oder unverschuldeten, Almosen gäben. Was einer an Almosen spenden wolle, solle Sonntags vom Pfarrer gesammelt und zur Unterstützung verwendet werden. Kinder über fünf Jahre alt sollten bei Bauern oder Handwerkern in die Lehre gegeben und, wenn sie zu arbeiten verweigerten oder davon liefen, nach Ermessen des Friedensrichters gepeitscht werden. Landstreicher sollten gemäß einem früheren Gesetze, wenn rückfällig, ein Ohr verlieren und, wenn zum dritten Male straffällig, als Feinde des Gemeinwesens hingerichtet werden usw. So blieb das Gesetz Englands 60 Jahre lang.

Indes hat Heinrich VIII. auch für die durch die Säkularisation des Kirchengutes der Unterstützung beraubten Arbeitsunfähigen Vorsorge zu treffen gesucht. Ein Gesetz von 1536 macht es den Pfarreien zur Pflicht, an Sonn- und Feiertagen durch die Geistlichen und Ortsbehörden milde Gaben einzusammeln. Damit wurde der Grundstein für die Armenkassen der Pfarreien gelegt. Gleichzeitig wurde das Verbot des privaten Almosengebens aufs neue eingeschärft.

Aber weder die Gesetzgebung gegen die arbeitsscheuen Bettler noch die zur Fürsorge für die arbeitsunfähigen Armen ist bei den vorgenannten Bestimmungen stehen geblieben.

Im Jahre vor dem Tode Heinrichs VIII. wurde die Verfügung über alles, was von geistlichem und diesem verwandtem Eigentum, wie dem der Gilden, noch geblieben war, dem König durch Parlamentsbeschluß übertragen. Dabei wurde ausgesprochen, es solle für die Armen, die Universitätsstudenten und Alles, was dem Gemeinwohl diene, besser gesorgt werden; Stiftungen, deren Wirkung sich als völlig schädlich erwiesen hätte, sollten konfisziert und ihre Mittel zur Bezahlung der Kosten des letzten Krieges verwendet werden. Als Heinrich bald nach Erlaß dieses Gesetzes starb, hat der Protektor Somerset, der während der Minderjährigkeit Eduards VI. das Haupt der Regierung war, das Parlament um Erneuerung des Heinrich VIII. gewährten Vertrauens gebeten. Unter Eduard VI. haben die Lehren der Reformation eigentlich erst in England Eingang gefunden, und so wird in dem Begehren der Regierung weit schärfer geltend gemacht, wie notwendig es sei, die dem Aberglauben gewidmeten Mittel guten und gottgefälligen Zwecken dienstbar zu machen. Erzbischof Cranmer und sechs andere Bischöfe, die voraussahen, welcher Art die guten und gottgefälligen Zwecke sein würden, für welche die geistlichen Güter verwendet würden, widersprachen. Aber sie wurden überstimmt. Die Regierung erhielt, was sie verlangte; wie Froude¹⁾ sich ausdrückt, die Leiche war aufs Feld geworfen und die Geier jeglicher Brut eilten zum Fraße herbei. Die gesteigerte Fürsorge für die Armen aber bestand in einem 1547 erlassenen neuen Gesetze. Darin wird gesagt, daß das Gesetz vom 27. Jahre Heinrichs VIII. von 1536 nicht ausgeführt worden sei. Aus falschem Mitleid seien die arbeitsscheuen Vagabunden nur selten gepeitscht und keiner sei gehängt worden. Daher wird verordnet, daß ihnen der Buchstabe V auf die Brust gebrannt werde und sie einem braven Nachbarn für zwei Jahre als „Sklaven“ zugeteilt werden sollten; der solle ihnen nur Wasser und Brot und solchen Abfall vom Fleisch geben, wie nach seiner

1) Froude, V 72.

Meinung nötig sei, um sie zur Arbeit zu veranlassen. Die Sklaven von Privatpersonen sollten am Hals, an Armen und Beinen eiserne Ringe tragen. Falls sich keiner fände, der bereit wäre, einen Sklaven zu übernehmen, solle dieser seiner Stadt oder seiner Pfarrei zugewiesen werden, auf daß er auf der Landstraße oder an Brücken in Ketten arbeite. Sollte der Sklave aber weiter die Arbeit verweigern, so solle ihm der Buchstabe S auf die Stirn oder auf die Wange gebrannt werden und er für Lebenszeit zur Sklaverei verurteilt werden. Verweigere er auch dann noch die Arbeit, so solle er gehängt werden. Sollte er dagegen etwas verdienen oder Eigentum irgend welcher Art erwerben, so solle er frei sein. Die Kinder von Bettlern sollten diesen genommen und zu einem ehrbaren Berufe erzogen werden. Jeden Sonntag solle zur Unterstützung von Armen, die es verdienten, in den Pfarrkirchen gesammelt werden.

Das Gesetz konnte nicht durchgeführt werden und wurde nach zwei Jahren wieder abgeschafft. Es blieb aber bei dem Gesetze 27th Hen. VIII. c. 25 von 1536. Während die Gesetzgebung die Ursachen ignorierte, welche Armut, Bettel und Landstreicherei hervorriefen und nur von brutaler Gewalt deren Unterdrückung erwartete, haben einzelne Stadtgemeinden menschlichere Abhilfsmittel ergriffen. Im Jahre 1547 ist in London die erste Armensteuer erhoben worden¹⁾; damit sollten arme Kranke in einem von Heinrich VIII. errichteten Spitale erhalten werden. 1552 haben die Bürger von London an den Geheimen Rat ein Gesuch um Überlassung eines dem Könige gehörenden Hauses in Bridewell gerichtet²⁾. Darin sollten Vorkehrungen für die Vornahme verschiedener Arbeiten getroffen und die zur Arbeit willigen Arbeitslosen unter Kontrolle beschäftigt werden. Die in London getroffenen Anordnungen zur Unterstützung von Armen sind das Vorbild für die an anderen Orten getroffenen Einrichtungen geworden. Die bürgerliche Gemeinde wurde als die beste

1) Tudor Economic Documents II 305 ff.

2) Tudor Economic Documents II 305 ff.

Verwaltungseinheit für die Erhebung der zur Bestreitung der Ausgaben nötigen Steuern erkannt, und der Geheime Rat übte starken Druck auf die Gemeinden, auf daß sie dem Londoner Beispiele folgten. Außerdem wurde eine wahre Kampagne des Auspeitschens von Landstreichern in Szene gesetzt¹⁾. In einem Gesetz von 1572 wurde abermals angeordnet, daß Landstreicher, wenn zum ersten Male ergriffen, gepeitscht und mit dem Brandmal versehen, beim zweiten Male zu Hochverrätern erklärt und beim dritten Male gehängt werden sollten. Gleichzeitig wurde angeordnet, daß die Friedensrichter Personen ernennen sollten, die für die Erhebung der Armensteuer verantwortlich seien, und Aufseher, welche die Armenunterstützung verteilen sollten. Durch ein weiteres Gesetz von 1576 wurde angeordnet, daß in allen Marktstädten Vorräte von Rohstoffen gesammelt werden sollten, welche die Armen aufzuarbeiten hätten.

Damit waren die Elemente der beiden großen Gesetze von 1597 gegeben.

Das erste, ein Gesetz zur Unterstützung der Armen, 39. Eliz. c. 3, unterscheidet drei Klassen von zu unterstützenden Personen: die Kinder, die Arbeitsfähigen und die Arbeitsunfähigen.

Bei den Kindern soll die Unterstützung vor allem darin bestehen, daß sie als Lehrlinge bis zum 21., bzw. 24. Lebensjahre untergebracht werden.

Den arbeitsfähigen Armen soll Arbeit gegeben werden. Es sollen zu diesem Zwecke Vorräte an Flachs, Hanf, Wolle, Zwirn, Eisen und anderen Stoffen angeschafft werden, um die Leute zu beschäftigen; wenn dieselben die Arbeit verweigern, sollen sie bestraft werden.

Bezüglich der Arbeitsunfähigen wird bestimmt, daß es zulässig sein soll, Armenhäuser zu ihrer Unterstützung zu errichten.

1) Siehe in Tudor Economic Documents II 326 ff. ein Verzeichnis von 23 männlichen und weiblichen Bettlern, die am 20. August 1571 gestraft, bzw. gepeitscht worden sind.

Die Kosten dieser Armenpflege sollen durch eine Steuer aufgebracht werden, welche die Armenaufseher je nach Bedürfnis von jedem Gemeindebewohner, jedem Inhaber von Land, Häusern oder Zehnten einzuziehen haben. Für den Fall der Überbürdung einer Pfarrei mit Armenlasten sollen andere Pfarreien derselben Hundertschaft, eventuell weiter derselben Grafschaft, zur Steuer herangezogen werden. Die Ausgaben sollen sich nicht mehr wie bisher, nach den Einnahmen richten, sondern die Steuern sollen nach der Höhe der erforderlichen Ausgaben erhoben werden.

Die Armenpflege steht nach wie vor der Pfarrei zu und soll durch Armenaufseher (Overseers) geführt werden. Diese hat der Friedensrichter zu ernennen. Dem Friedensrichter ist auch die Aufsicht über die gesamte Armenverwaltung übertragen.

Gleichzeitig mit diesem Gesetze wurde ein Gesetz über die Bestrafung von „Schurken, Landstreichern und arbeitsfähigen Bettlern“ erlassen, der 39. Eliz. c. 4. Es entspricht an Grausamkeit all dem, was bisher zur Abwehr der Landstreichereien verordnet worden war, ohne doch einen Erfolg zu erzielen. Nachdem dieses Gesetz alle in dieser Beziehung erlassenen Gesetze widerrufen hat, ordnet es die Errichtung von Korrektionshäusern an, definiert dann, wer alles als Schurke, Landstreicher und arbeitsfähiger Bettler anzusehen ist, und nennt darunter fahrende Schüler, angebliche Schiffbrüchige, wandernde Wahrsager, Schauspieler, Sänger und dergleichen, und bestimmt, daß jede aufgegriffene derartige Person auf den nackten Oberkörper gepeitscht werden soll, bis sie blutet, und dann von Kirchspiel zu Kirchspiel nach ihrem Geburtsort transportiert werden soll. Unverbesserliche Landstreicher sollen in das Korrektionshaus, eventuell für Lebenszeit zu Galeerenstrafe verurteilt und Landes verwiesen werden usw.

Das erste der beiden unter Elisabeth 1597 erlassenen Gesetze ist zunächst versuchsweise für die Dauer eines Jahres erlassen worden. Es wurde jedes Jahr mit geringen

Änderungen erneuert bis 1601 und verblieb die Grundlage aller die Armenpflege betreffenden Bestimmungen bis zum Jahre 1834. Das zweite Gesetz wurde zunächst bis Ende der ersten Session des nächsten Parlamentes erlassen. Der darin verwirklichte Gedanke, daß der Unterstützungsbedürftige nach seinem Geburtsort zurückzubringen sei, ist in der Folge beibehalten worden; er ist die Grundlage des berüchtigten Niederlassungsgesetzes Karls II. geworden, das uns noch später beschäftigen wird.

26. Kapitel.

Die Entwicklung des englischen Außenhandels und der englischen Schifffahrt.

Der Name England verbindet sich heute mit der Vorstellung von Welthandelsmacht und Beherrschung der Meere. Von dem, was es zu beidem gemacht hat, habe ich aber bisher nur ungenügend gesprochen. Die „unternehmenden Kaufleute“, merchant adventurers, welche seinen gewerblichen Produkten die fremden Märkte erobert haben, habe ich nur gelegentlich im Zusammenhang hiermit erwähnt; von der anderen Grundlage von Englands Weltstellung, seiner Seeschifffahrt, habe ich für die Zeit nach der normannischen Eroberung noch gar nicht geredet.

Solange es noch hauptsächlich Rohstoffe waren, die aus England ausgeführt wurden, hat sich sein Außenhandel in den Händen fremder Kaufleute und der Stapelkaufleute befunden. Soweit Engländer am Außenhandel teilgenommen haben, hatten die letzteren ein Monopol. Das hat sich in dem Maße geändert, als die Engländer dazu übergingen, ihre Rohstoffe, namentlich ihre Wolle, selbst zu bearbeiten. Nun traten Kaufleute auf, die fremde Märkte aufsuchten, um die Manufakte abzusetzen, die „unternehmenden Kaufleute“¹⁾. Ihnen und ihrem siegreichen Fortschreiten hat England seine Unabhängigkeit von den Fremden zu danken:

1) Siehe für ihre Geschichte bis Ende der Tudors Georg Schanz, Englische Handelspolitik, Leipzig 1881, I 327—351, II 539—589.

sie haben den Grund gelegt zu seiner Stellung als erster Welthandelsmacht.

Die Anfänge der „unternehmenden Kaufleute“ sind noch nicht entschleiert. Nach ihrem Geschichtsschreiber Wheeler¹⁾ sollen sie als „Brüderschaft zum hl. Thomas von Canterbury“ 1216 privilegiert worden sein²⁾. Im Jahre 1216 haben die englischen Kaufleute vom Herzog von Brabant einen Freibrief erhalten; sie organisierten sich in einer Gesellschaft unter einem Vorstand, gründeten ein Warenlager und erhielten von Eduard III. die Bestätigung des Rechts, ihre Angelegenheiten zu ordnen. Aber wenn auch die Kaufleute, die nach Holland, Seeland, Brabant und Flandern Handel trieben, die Säule der Gesellschaft waren, so gingen die Fahrten ihrer Mitglieder doch nicht bloß nach einem Land. Schon aus der Zeit Richards II. hören wir von Streitigkeiten, die infolge des Fehlens einer vernünftigen Regierung unter den englischen Kaufleuten in Preußen, in Schonen am Sund und im Hansegebiet stattfanden. Richard II. verlieh ihnen 1391 das Recht, ein Haupt zu wählen, das ihre Streitigkeiten schlichten und Recht sprechen sollte. Das hat ihnen Heinrich IV. 1404 bestätigt, und 1408 hat er den englischen Kaufleuten in Norwegen, Schweden und Dänemark einen ähnlichen Freibrief verliehen. Aber eigentliche Bedeutung haben sie erst unter den Tudors erlangt, die darauf aus waren, die Herrschaft der fremden Kaufleute in England zu brechen. Heinrich VII. hat ihnen als Belohnung für die Unterstützung, die sie ihm in seinem Kampfe mit Burgund gewährt haben, 1505 einen Freibrief verliehen; dadurch wurden sie zu einer Korporation, der später nahezu alle großen Kaufleute Englands angehört haben, außer denen von London die von York, Norwich, Exeter, Ipswich, New-

1) Wheeler, J., A Treatise of Commerce. Ein Teil der Schrift ist abgedruckt in Tudor Economic Documents III 280 ff.

2) Damit stimmt die Bezugnahme in dem Gesetze 12. Hen. VII. c. 6 überein.

castle, Hull usw.¹⁾. Ihre Mitglieder waren ausschließlich Großhändler. Kein Mitglied durfte im kleinen verkaufen oder offenen Laden halten²⁾. In London soll die erste unter den zwölf großen Livery companies, die der Schnittwarenhändler (Mercers), den Kern der Gesellschaft gebildet haben. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts soll sie 1500 Mitglieder gezählt haben.

Die „unternehmenden Kaufleute“ bildeten eine „regulated company“. Das war nichts weniger als eine Gilde³⁾. Das Recht zum Handelsbetrieb stand nicht etwa der Gesellschaft zu, wie es den Gilden zugestanden hatte, so daß ihre Mitglieder in Ableitung von deren Recht Handel trieben. Auch zeigen die Klagen der Schnittwarenhändler von York, Hull, Beveridge, Scarborough und anderen Städten nördlich von Trent über ihre Benachteiligung durch die Schnittwarenhändler von London⁴⁾, daß unter den Mitgliedern nichts weniger als Gildegeist herrschte. Die Gesellschaft bestand aus Individuen, die kraft eigenen Rechts Handel trieben, ein jedes in seiner Weise, und die, da der Staat noch zu schwach war, sie im Ausland zu schützen, sich zur Überwindung der Hemmnisse, die ihrem Handel in fremden Ländern entgegenstanden, verbunden hatten. Jeder konnte Mitglied werden, der einen Beitrag zahlte. Aus diesen Beiträgen wurden die Kosten zur Verteidigung der Faktoreien, d. h. der befestigten Niederlassungen in fremden Ländern, bestritten, wo deren Errichtung nötig war, ferner die Kosten der Gesandtschaften und alle Ausgaben, die nicht nur den ein-

1) Tudor Economic Documents III 281.

2) Siehe ebenda II 64 ff. die Petition von Kaufleuten aus dem Jahr 1582, die vom Handel der nach der Berberei handelntreibenden Kompagnie ausgeschlossen worden waren.

3) Die Ausführungen von W. R. Scott, in seinem verdienstvollen Werke „The Constitution and Finance of English, Scottish and Irish Joint-Stock Companies to 1720. Cambridge 1912, I 5, 6, der die Gesellschaft der „unternehmenden Kaufleute“ aus der gilda mercatoria ableiten will, sind aus den im Texte angeführten Gründen nicht haltbar.

4) Tudor Economic Documents II 1.

zeln Kaufleuten zugute kamen. Ihre dem Geist, der die alten Gilden beseelt hatte, völlig entgegengesetzte Anschauungsweise zeigt sich besonders deutlich in ihrem Konflikt¹⁾ mit den Überresten der gilda mercatoria, welche, wie wir gesehen haben²⁾, die reichen Londoner Kaufleute unter Eduard III. zu erneuern gesucht haben. Die Londoner, gegen welche die „unternehmenden Kaufleute“ der genannten nördlichen Städte sich beschwert haben, haben sich nämlich unter dem Namen „Fellowship of the London Merchants“, Genossenschaft der Londoner Kaufleute, zusammengetan und unter Berufung auf alte Privilegien eine Verordnung gemacht, vermöge deren jeder junge Kaufmann £ 40 an sie zahlen sollte, bevor er zum Handel mit den Niederlanden zugelassen wurde. Darauf haben sich die „unternehmenden Kaufleute“ auf ihr Recht als freigeborene Engländer, ihre Waren nach fremden Ländern auszuführen und sie nach ihrem Belieben zu ihren Bedingungen zu verkaufen, berufen und in einer Petition an das Parlament gegen diese Verletzung der jedem Engländer zustehenden Freiheit protestiert. Eine solche individualistische Sprache ist von Gilden niemals geführt worden, und in demselben Geiste hat das Parlament das Verhalten der „Genossenschaft der Londoner Kaufleute“ als „im Widerspruch mit allem Gesetz, Vernunft, Nächstenliebe, Recht und Gewissen“ erklärt. Das darauf erlassene Gesetz 12. Hen. VII. c. 6 von 1497 bestimmt im Interesse sowohl des Tuchverkaufes als auch der Verbraucher der eingeführten Waren, der Zolleinnahmen und der Schifffahrt des Landes, daß jeder Engländer ungestört nach den Niederlanden Handel treiben dürfe, wofern er 10 Mark = £ 6 13 s 4 d an die Gesellschaft der „unternehmenden Kaufleute“ zahle³⁾.

1) Siehe darüber Froude V 469, 470.

2) Siehe Band I, 271.

3) Tudor Economic Documents II 16 ff. Aus der hier gewählten Überschrift: Act restricting fees to be charged by the merchant adventurers“ könnte man den Schluß ziehen, das Gesetz sei gegen diese gerichtet. Er richtet sich aber nur gegen das „feliship Marchauntes of London“.

Heinrich VIII. hat der Gesellschaft die von seinem Vater verliehenen Privilegien bestätigt. Sie gewährten ihr die weitestgehenden Selbstverwaltungsbefugnisse unter Eingliederung in die königliche Verwaltungsorganisation. Mit Hilfe der Regierung hat die Gesellschaft allen, die ihr nicht angehörten, den Handel in Ländern, in denen er nur auf Grund kostspieliger Vorkehrungen zum Schutze der Kaufleute möglich war, verboten. Ebenso 1552, zur Zeit Eduards VI., allen Handwerkern, dann wieder 1570 unter Elisabeth, so ferner noch einmal 1553 der „Genossenschaft der Londoner Kaufleute“, die ihre früheren Privilegien wiederzuerlangen versuchte¹). Trotzdem Sir Thomas Gresham für letztere eintrat, hat das Unterhaus den Gesetzentwurf, der das Gesetz Heinrichs VII. von 1497 abschaffen sollte, abgelehnt; das Monopol der Londoner Gesellschaft wurde nicht wieder genehmigt.

Andere Rivalen, welche die „unternehmenden Kaufleute“ zu überwinden hatten, waren die Stapelkaufleute und die Hansen. Der Handel beider beruhte auf den ihnen erteilten Privilegien. Die Entwicklung, welche die Dinge unter Heinrich VIII. und den darauf folgenden Regierungen nahmen, hat aber die früher erteilten Privilegien ihrer Bedeutung beraubt.

Unter Heinrich VIII. und Wolsey richteten die Stapelkaufleute an die Regierung eine Petition²), worin sie klagten, während der Rosenkriege sei die Regierung der Garnison von Calais den Sold für acht Jahre schuldig geblieben. Darauf sei ein Aufstand der Garnison gegen den Magistrat erfolgt. Die Garnison sperrte die maßgebenden Kaufleute in ihre Häuser ein, bis sie deren Ansprüche bis aufs letzte befriedigt hatten. Darauf habe die Regierung verordnet, der Sold solle der Garnison fortan aus dem Ertrag der Wollzölle gezahlt werden. Der Wollzoll wurde zu diesem Zweck von 6 s 8 d auf 40's per Sack erhöht. Dies war der höchste Zoll, den je ein Fürst

1) Froude V 470—475.

2) Tudor Economic Documents II 24 ff.

von den Kaufleuten erhoben hat; er betrug ein Viertel des Wertes der Wolle; der Gewinn der Stapelkaufleute wurde dadurch auf ein Minimum herabgedrückt. Aber auch andere Ursachen hätten eine Reihe unerhört schlechter Jahre gebracht. Es fand ein furchtbares Sterben unter den Herden statt; die Wolle wurde selten; die Produktion blieb auf die reichen Viehzüchter beschränkt, die, um den Preis zu steigern, mit ihrer Ware zurückhielten. Der Krieg habe die fremden Kunden verhindert, zur Stadt zu kommen und langfristige Kredite unmöglich gemacht, so daß die Franzosen, die früher alle Jahre 2000 Sack gekauft hätten, jetzt nur mehr 400 nähmen. Dabei hätten sie infolge des Wechselkurses nicht weniger als £ 100 000 verloren. Die Folge all dieser Verluste zeige sich in der Verringerung ihrer Zahl. Während es sonst 400 gewesen, die verschifften, seien es jetzt nur mehr 140 bis 160. Zuerst sei die „ärmere und mittlere Sorte“ zugrunde gegangen. Am schlimmsten aber sei, daß die spanische Wolle, zunehmend in Menge und Güte, die englische Wolle in den vlämischen Werkstätten zu verdrängen beginne.

Aber so nachteilig die in dieser Petition hervorgehobenen Tatsachen den Stapelkaufleuten waren, das waren nicht die Ursachen, die sie zugrunde gerichtet haben. Die Hauptursache war das Aufblühen der Tuchmanufaktur in England, infolge deren die Ausfuhr von Tuch durch die „unternehmenden Kaufleute“ an die Stelle der Wollausfuhr trat.

Von dem Kampfe der „unternehmenden Kaufleute“ mit den Hansen, der mit deren Niederlage unter Elisabeth endete, wird später die Rede sein. Dagegen begegneten sie einem Feind in dem wachsenden Proteste der Einheimischen gegen ihr Monopol. Nicht nur, daß sie in steigendem Maße gegen Bönhasen zu kämpfen hatten¹⁾, das individualistische Denken der Zeit richtete sich mehr und mehr gegen die Monopole²⁾.

1) Siehe die Petition der „unternehmenden Kaufleute“ an den Geheimen Rat von 1584. Tudor Economic Documents II 66 ff.

2) Siehe oben S. 142. Siehe auch: The Journals of the House of Commons I 218 ff.

Das Verlangen nach Ausdehnung des englischen Außenhandels hat schon im 15. Jahrhundert in den Schriften der Zeitgenossen Ausdruck gefunden. Sie träumen bereits von einer englischen Handelsherrschaft über den Erdball¹⁾. Aber es sind nicht die „unternehmenden Kaufleute“ gewesen, die diesen Traum seiner Verwirklichung entgegengeführt haben. Doch bevor ich von den Unternehmungen rede, die dem dienten, muß ich von der englischen Seeschifffahrt²⁾ sprechen. Sie steht in engem Zusammenhang mit dem Aufschwung, den der englische Außenhandel seit Ende des 14. Jahrhunderts genommen hat.

Als ich zuletzt von den Engländern als Seefahrern sprach, habe ich erzählt, wie aus den Wikingern, die von der kimbrischen Halbinsel aus den Handel mit ihren Raubzügen heimgesucht haben, Kaufleute geworden waren, die nach dreimaliger Fahrt über das weite Meer den Rang eines Thans erhielten. Das muß also zur Zeit Aethelstans, der 925 diese Bestimmung getroffen hat, als eine besonders aner kennenswerte Leistung gegolten haben. Auch finden wir aus der angelsächsischen Zeit nur Nachrichten, die auf Entwicklung der Küstenschifffahrt schließen lassen. Diese stand im Zusammenhang mit dem von den Angelsachsen lebhaft betriebenen Fischfang. Aber wie es an einem von Engländern betriebenen Außenhandel fehlte, so auch an einer ihm dienenden Flotte. Zur Verteidigung der Küsten waren die an der See gelegenen Grafschaften verpflichtet. Sie hatten im Verhältnis zur Zahl ihrer Hundertschaften Schiffe zu stellen³⁾; insbesondere sollten die Hafenstädte die Küsten schützen; auch sollten sie dem Könige an einer Anzahl von Tagen im Jahre einige Schiffe zu beliebiger Verwendung stellen, wofür ihnen gewisse Rechte und Freiheiten verliehen waren⁴⁾.

1) So im Libell of Engliche Polycye von 1436, von Wilhelm Hertzberg unter dem Titel „Das Büchlein von englischer Staatsklugheit“ ins Deutsche übersetzt, Leipzig 1878, und in „on Englands commercial Polycye“.

2) Vgl. Schanz I 352—378.

3) Stubbs, Constit. History I 116, 592.

4) Ebenda 593.

Daß es nach der Eroberung Englands durch die Normannen, die seit den Tagen der Karolinger alle Meere bis hin nach Konstantinopel unsicher gemacht haben, dabei geblieben ist, erklärt sich wohl daraus, daß bis gegen Ende des 14. Jahrhunderts der englische Außenhandel überwiegend in der Hand der Fremden gewesen ist. Richard I. hat allerdings 1190 einige Schiffe für seinen Kreuzzug erworben und mit Söldnern bemannt. Auch hat er die Roles d'Oleron anerkannt, woraus aber für die englische Schifffahrt noch nichts zu schließen ist, denn Oleron gehörte zu Englands französischem Besitze. König Johann ist dem Beispiele seines Bruders gefolgt. Dann aber ist man zu dem angelsächsischen Systeme zurückgekehrt. Doch hat Eduard I. eine unmittelbare unter dem König stehende Zentralbehörde für Schifffahrt, das Amt der Admiralität, für Verteidigung der Küste und Beschaffung und Erhaltung von Kriegs- und Transportschiffen geschaffen.

So rückständig die Schifffahrt in angelsächsischen Zeiten gewesen ist, so haben doch schon unter Edgar (959 bis 975) die Herrscher Englands sich als Herren des Kanals und des Meeres weit im Umkreis ihres Landes betrachtet¹⁾. Demgemäß haben sie die Gerichtsbarkeit über alle Verbrechen, die innerhalb der „englischen“ Meere begangen wurden, beansprucht. Viel weitergehend waren die Ansprüche, welche die englischen Könige seit Eduard III.²⁾ erhoben haben. Unter ihm erstreckte sich die englische Herrschaft wieder nach Frankreich bis über die Gascogne. Seit ihm verlangten die englischen Könige, daß alle Schiffe, die auf der See dem englischen Admirale oder seinem Stellvertreter begegneten, auf dessen Befehl die Segel strichen. Auch duldeten sie nicht, daß ohne ihre Erlaubnis in den

1) Daher die begeisterte Bewunderung, die der Verfasser des Libell of Engliche Policye Vers 852—979 ihm zollt.

2) Von ihm schreibt der eben genannte Verfasser:

„Er nahm die Stadt (Calais), erwarb vor allem sich
Die Seeherrschaft, sein königlich Vermächtnis,
Und ließ die Nobel schlagen zum Gedächtnis.
Zu seiner Zeit war keine Flott' im Meere,
Die seiner Hoheit widerstanden wäre.“

englischen Meeren gefischt werde, hielten sich für berechtigt, von den Kauffahrteischiffen der Fremden eine Abgabe zu erheben und ihren Kriegsschiffen den Durchgang zu gestatten oder zu verweigern.

Diese Ansprüche haben indes in dem damaligen Zustand der englischen Schifffahrt keine Rechtfertigung gefunden. Die englische Flotte war seit Anfang des 13. Jahrhunderts zurückgegangen und bot gegen Ende des 14. Jahrhunderts einen wenig erfreulichen Anblick. Das war in erster Linie die Wirkung eben der Kriege Eduards III. in Frankreich. Die Forderungen, die er an die Besitzer von Schiffen stellte, hatten deren Leistungsfähigkeit überstiegen. Sodann bedrohte die Bestimmung, wonach ein Schiff, in dem jemand starb oder von dem jemand ins Wasser fiel und ertrank, dem König gehörte, die Reederei mit einem geradezu abschreckenden Verluste. Desgleichen mußte die dargelegte Bevorzugung des Handels der Fremden vor dem der Einheimischen seit Heinrich III. die Engländer von der Reederei zurückhalten.

Schon in dem letzten, dem sogenannten „guten“ Parlament Eduards III. hat die öffentliche Meinung, d. h. es haben die Interessen von Privaten das Interesse des Königs zu verdrängen begonnen. Ihr Einfluß tritt noch mehr unter Richard II. hervor. Auf Drängen der Gemeinen hat 1377 eine Untersuchung der Ursachen des Darniederliegens der englischen Schifffahrt stattgefunden. Die Reeder verlangten nach einem Navigationsgesetze, wie die Mittelmeerländer und die Hansestädte es hatten. Ein solches ist 1381 erlassen worden. Es verbot Engländern, fremde Schiffe zu befrachten bei Strafe der Konfiskation der verfrachteten Ware oder ihres Wertes¹⁾. Aber es waren nicht genug englische Schiffe da, und schon im folgenden Parlament mußte gestattet werden, fremde Schiffe zu beladen, wenn es an englischen fehlte. Doch nun haben die Reeder

1) W. Cunningham, *The Growth of English Industry and Commerce during the early and middle ages*, Cambridge 3. ed. 1896, I 394.

die Frachten derart erhöht, daß weniger Güter ein- und ausgeführt wurden, die Warenpreise stiegen und die Zolleinnahmen zurückgingen. Darauf 1391 eine Verschärfung des Gesetzes unter gleichzeitiger Verpflichtung der Reeder zu mäßigen Preisen. Die Reeder waren daher unzufrieden. Aber sie wagten einen neuen Anlauf erst unter Heinrich IV. Indes ihre Ansprüche gingen zu weit; der König verweigerte die Zustimmung. Unter Heinrich VI. ist die englische Flotte so in Verfall geraten, daß die Feinde spotteten, man möge auf die englischen Münzen statt des Schiffes, das sie als Zeichen des Anspruchs auf Seeherrschaft trugen, ein Schaf prägen¹⁾. Doch ist in der Zeit der Rosenkriege nichts zur Abhilfe geschehen.

Erst mit Eduard IV. ist Besserung eingetreten. Wie schon erwähnt, hat er, wie die Medicäer, selbst Kauffahrteischiffe ausgerüstet und in ferne Länder Handel getrieben. Ein wirksames Gesetz zur Hebung der Schifffahrt wurde indes erst unter Heinrich VII. erlassen. Danach sollten die Weine aus der Guienne und Gascogne, ein Haupteinfuhrartikel, nur in Schiffen eingeführt werden, die Eigentum eines Engländers und zum größten Teile mit Engländern bemannt waren; fremde Schiffe durften überhaupt nur befrachtet werden, wenn in den Ausfuhrhäfen keine englischen Fahrzeuge zu haben waren. Heinrich VII. hat nur selten eine Ausnahme davon gestattet.

Heinrich VIII. hat am 20. Mai 1514²⁾ zur Hebung der Schifffahrt in England geborene Matrosen und Schiffsenker in einer Gilde zu gegenseitiger Unterstützung in

1) Der eben gedachte Verfasser schreibt V. 34—37:

„Sieh unsern Nobel: Viererlei zeigt der:

Schiff, König, Schwert und Herrschaft übers Meer.

Wohin sind Schiff' und Schwerter uns gekommen?

Der Feind sagt: Setzt anstatt des Schiffs das Schaf!“

Dabei wird in den Versen 158—177 über die schwere Schädigung des englischen Handels durch die Seeräuberien der Bretonen geklagt, die infolge des Verfalls der englischen Flotte eingetreten sei.

2) Siehe die Urkunde in Tudor Economic Documents II 90 ff.

Unglücksfällen und zur Unterstützung ihrer Hinterbliebenen organisiert und dem Trinity House die Prüfung der Seeleute, die Fürsorge für Leuchttürme und sonstige Schutzmaßregeln und die Entscheidung von Streitigkeiten unter Seeoffizieren und Matrosen überwiesen. Im übrigen hat er sich an das von seinem Vater erlassene Gesetz zu Beginn seiner Regierung wenig gehalten. Die dadurch geschützten Reeder verlangten unverschämte Frachtgelder, die Weineinfuhr ging zurück, und es sanken die Zolleinnahmen. Wolsey war für billige Weineinfuhr, und Heinrich VIII. gewährte so zahlreiche Lizenzen, daß das Gesetz seines Vaters zum toten Buchstaben wurde. Im Jahr 1540 wurden die Fremden sogar den Einheimischen gleichgestellt. Erst unter Thomas Cromwell erging ein neues Gesetz (32. Hen. VIII. c. 14), durch welches die Fremden von der Küstenschifffahrt tatsächlich ausgeschlossen, aber gleichzeitig zur Einschränkung der Forderungen der Reeder ein Maximaltarif für den Transport verschiedener Waren und Stücke festgesetzt wurde; ferner wurde bestimmt, daß die Reeder stets eine Woche vor Abfahrt des Schiffes diese unter Angabe des Bestimmungshafens in Lombard Street anzeigen sollten. Der Ausschluß der Fremden von der Küstenschifffahrt hat Repressalien seitens der dadurch betroffenen Nationen zur Folge gehabt, wodurch Heinrich VIII. genötigt worden ist, in diesem Punkte nachzugeben. Auch haben sich unter Eduard VI. trotz der Maximaltarife die alten Schwierigkeiten wieder geltend gemacht.

Trotz aller dieser Bemühungen zur Hebung von Englands Schifffahrt ertönen im 5. Jahre Elisabeths (1563) lebhaftige Klagen über den Verfall der englischen Schifffahrt. Als Grund wird angegeben der Verfall des Handels mit der Levante infolge der türkischen Seeräubereien und der Entdeckung des ostindischen Seeweges, der Behinderung der Schifffahrt mit Island und Estland und der großen Kosten des Schiffbaues. Auch hatten sich die Tage, an denen man früher Fisch aß, vermindert. Daher der Vorschlag¹⁾, zur

1) Tudor Economic Documents II 104 ff.

Hebung der englischen Schifffahrt den Mittwoch als Fischtag im ganzen Lande einzuführen, Beifall fand. In demselben Jahre wurde, um die Schifffahrt zu fördern, der 5. Eliz. c. 5 erlassen, der die Ausfuhr von Fischen in englischen Schiffen und die von anderen englischen Erzeugnissen, insbesondere — um den Getreidebau zu fördern — die von Getreide, gestattet; vorausgesetzt, daß die Ausfuhr in Schiffen stattfindet, deren einzige Eigentümer geborene Engländer sind, die in England wohnen. Auch Maßregeln zum Schutze englischer Schiffe gegen Seeräuber wurden von Elisabeth getroffen¹⁾, was nicht verhindert hat, daß sie sich selbst an der Finanzierung und am Gewinn englischer Seeräuberfahrten lebhaft beteiligt hat. Trotzdem ist die Schifffahrt Englands am Ausgang des 16. Jahrhunderts noch unbedeutend gewesen. Zur Zeit der Vernichtung der spanischen Armada hat die englische Kriegsflotte nur 11 850 Tonnen gegenüber mehr als 100 000 der spanischen Kriegsflotte gezählt.

Die Unternehmungsform, deren man sich bei den Raubzügen und den ihrem Charakter nach wenig davon unterschiedenen Handelsfahrten in unbekannte Länder zur Zeit Elisabeths und bis weit hinein ins 18. Jahrhundert bediente, war die Aktiengesellschaft. Ich werde auf sie und die Rolle, die sie in der Begründung des englischen Welthandels gespielt hat, zurückkommen, nachdem ich die bekannten Länder betrachtet habe, nach denen sich der Außenhandel Englands gerichtet hat.

1) Tudor Economic Documents II 117, 127.

27. Kapitel.

Von der munizipalen zur nationalen Schutzpolitik.

Im Mittelalter war der englische Handel nur inter-munizipal gewesen. Er hat nur stattgefunden zwischen einzelnen Städten, sei es des Inlands, sei es des Auslands. Wir haben kennen gelernt, mit welcher Eng-herzigkeit die Optimaten Londons und die anderer Städte auf ihrem Monopol, mit heimischen Rohstoffen und später mit heimischen Manufakturen Handel zu treiben, bestanden. Dann haben wir gehört, wie Kaufleute zu industriellen Unternehmern geworden sind und das industrielle Kapital über das kommerzielle triumphiert hat. In dem ersten Gewerbe des Landes, der Tuchindustrie, ebenso auch in den anderen Gewerben, tritt nun mit der wachsenden Bedeutung der heimischen Rohstoffverarbeitung, insbesondere der Tuchfabrikation, an die Stelle der alten städtischen von den Gilden getragenen Schutzzollpolitik eine nationale, die sich sowohl auf den Gewerbebetrieb als auch auf den Handel erstreckt. Es gilt nun, die Änderungen an der Hand der Beziehungen Englands zu den einzelnen Ländern, mit denen es Handel trieb, zu zeigen¹⁾.

Die Geschichte dieser Beziehungen ist sehr lehrreich. Sie zeigt, wie die englische Handelspolitik zuerst ganz vom Gesichtspunkte der allgemeinen äußeren Politik Englands beherrscht worden ist. Wie sich die englischen Könige zu-

1) Siehe für das Folgende insbesondere Georg Schanz, *Englische Handelspolitik* gegen Ende des Mittelalters. Leipzig 1881.

erst des Stapels, den sie bald dahin, bald dorthin verlegten, bedient haben, sei es, um Fürsten oder Städte als Freunde zu gewinnen oder sie von Feindseligkeiten abzuhalten, sei es um Feinde zu bestrafen, so bedienen sie sich jetzt der Handelsverträge. Allmählich siegt beim Abschluß dieser das Interesse, ihren Manufakten Absatz zu verschaffen; es gewinnt so sehr die Oberhand, daß es zu dem für die äußere Politik Englands ausschlaggebenden Faktor wird.

Die Länder, mit denen England im Mittelalter in Handelsbeziehungen gestanden hatte, waren die Niederlande, die Nord- und Ostseeländer, das gegenüberliegende Frankreich und die Länder des Mittelmeeres gewesen.

Den Niederlanden hatten die Engländer die für ihre Tuchindustrie unentbehrliche Wolle geliefert. Auf niederländischer Seite befand sich der Handel in der Hand der vlämischen Hanse, auf englischer in der der Stapelkaufleute. In der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts sind die Handelsbeziehungen zwischen den vlämischen Städten und England zurückgegangen. Solange die Engländer den Vla-men die Wolle geliefert hatten, waren sie ihnen willkommen gewesen. Aber seit sie anfangen hatten, ihre Wolle selbst zu verarbeiten, hat sich dies geändert. Es entstand eine Scheidung der Interessen in den Niederlanden. Eine freihändlerische Partei war für ausgedehnteste Zulassung englischen Tuches; ihr entgegen stand die Partei der Tuchfabrikanten, die dieses vom flandrischen Markte fernhalten wollten. Diese hatten die Masse des Volkes hinter sich. Ihre Eifersucht hat zur Bedrückung der Engländer in Flandern geführt. Darauf haben die „unternehmenden Kaufleute“ den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit nach Brabant verlegt und damit die künftige Größe Antwerpens begründet. Im 15. Jahrhundert sind die zersplitterten Teile der Niederlande in der Hauptsache unter dem burgundischen Szepter vereinigt worden. Am 6. August 1446 hat der Herzog von Burgund den Engländern einen Freibrief erteilt, dessen Hauptvorteil für sie in einer günstigen Zollbehandlung in Antwerpen bestand. Er ist die Grundlage ihrer Rechte in Antwerpen geworden; noch Heinrich VIII.

hat sich auf ihn berufen. Sie wurden dadurch in Antwerpen noch mehr als in Flandern privilegiert. Doch ist bemerkenswert, daß auch danach verboten blieb, englisches Tuch in den Niederlanden zu tragen. Der Vorteil für die Engländer bestand wesentlich in günstigerer Zollbehandlung. Unter dem Einfluß der gleichzeitigen Versandung des Zwyns ist Antwerpen fast ganz an Stelle von Brügge getreten.

Darauf haben politische Differenzen den Abbruch der Beziehungen zwischen England und Burgund gebracht. Heinrich VII. hatte den englischen Thron bestiegen und Margarete, die Gattin des verstorbenen Karls des Kühnen, begünstigte den englischen Kronprätendenten Perkin Warbeck. Darauf hat Heinrich VII. 1494 die Vlamen aus England vertrieben, den Handelsverkehr mit den Niederlanden aufgehoben und den Stapel für englisches Tuch, Zinn, Garn, Leder usw. nach Calais verlegt. Philipp der Schöne, der Enkel Karls des Kühnen, hat als Entgegnung die Einfuhr von englischem Tuch in den Niederlanden verboten. Zwei Jahre seufzten die beiden Völker unter dem Abbruch der Handelsbeziehungen. Es kam in England zu Aufständen der arbeitslosen Gesellen, und noch schwerer litten die Niederländer. England beantwortete das burgundische Verbot der Einfuhr englischen Tuches mit einem Wollausfuhrverbot. Die Niederländer wurden dadurch schwer geschädigt, da sie des nötigen Rohstoffes entbehrten, und wurden außerdem von den Engländern zur See verfolgt. Aber das Wollausfuhrverbot widersprach den Interessen der englischen Grundbesitzer und Stapelkaufleute. Darauf wurden auf beiden Seiten sanftere Saiten aufgezogen. Es kam zu dem unter dem Namen „intercursus magnus“¹⁾ berühmt gewordenen Freundschafts-, Friedens- und Handelsvertrag vom 24. Februar 1496. Darin versprach Philipp, keinen Feind Englands in sein Reich aufnehmen zu wollen; die wesentlichen den Handelsverkehr betreffenden Bestimmungen waren: 1) Der Handel soll frei, d. h. weder an

1) Tudor Economic Documents II 11.

eine Lizenz, noch an einen Paß gebunden sein. 2) Alle Arten von Waren können Gegenstand des Handels sein. Auch die Freiheit der Seefischerei wird ausgesprochen. 3) Beide Vertragsteile versprechen Schutz der Untertanen des anderen gegen Seeraub. 4) Desgleichen versprechen sie einander Unterstützung der beiderseitigen Untertanen in Seenot, sowie Schutz der Schiffbrüchigen und ihrer Habe. 5) Es soll keinerlei Zollschikane stattfinden. 6) Nur die altherkömmlichen Maße und Gewichte sollen gebraucht werden. 7) Den Engländern soll erlaubt sein, Gold- und Silberwaren von anderen Ländern durch die Niederlande zu führen und nach England zu bringen usw. Eigentlich war das nur eine etwas modifizierte Neuauflage althergebrachter Rechte und beiderseitig beachteter Gewohnheiten.

Aber alsbald wurde der Vertrag infolge protektionistischer Bestrebungen auf beiden Seiten wieder verletzt. Dann ist er 1502 wieder erneuert worden, um alsbald aus politischen Gründen wieder gebrochen zu werden. Heinrich VII. wollte seines Feindes, des Grafen Suffolk, der in Flandern weilte, habhaft werden; die Vlamen wollten ihn nicht gefangen nehmen. Darauf Zölle auf der einen Seite und Retorsionen auf der anderen. Erst 1506 nahmen die Beziehungen zwischen den beiden Seiten wieder eine Wendung zum Frieden. Philipp, der König von Spanien geworden war, ist auf der Reise dahin vom Sturm an die englische Küste verschlagen worden, und Heinrich VII. hat die Gelegenheit ausgenützt, um von Philipp Konzessionen ohne Gegenkonzessionen zu erpressen. Die Niederländer haben den dem König Philipp abgepreßten Handelsvertrag „intercurus malus“ genannt. Philipp starb, bevor er den Handelsvertrag unterzeichnet hatte, und die Vlamen erklärten ihn, weil nicht ratifiziert, für nichtig. Darauf völlige Unterbrechung des Handelsverkehrs zwischen den Niederlanden und England, bis der beiden Ländern daraus erwachsende Schaden zu einer Neuunterzeichnung des intercurus magnus am 7. Juni 1507 führte.

1509 war Heinrich VII. gestorben. Zehn Jahre lang ging das Streben Heinrichs VIII. dahin, die den Engländern im Vertrag von 1506, dem *intercursus malus*, eingeräumten Privilegien zur Wahrheit zu machen. Aber die Niederländer blieben fest und während dieser ganzen Zeit waren die Handelsvorteile auf ihrer Seite. Da siegte Franz I. in der Schlacht bei Marignano; nun unterzeichneten die niederländischen Bevollmächtigten, und die Engländer erhielten alles, was sie zehn Jahre lang vergeblich erstrebt hatten. Ihr Handel nahm großen Aufschwung. In den Jahren 1518 und 1519 erreichten die Zolleinnahmen den höchsten Stand während der ganzen Regierungszeit Heinrichs VIII. 1520 wurde der Handelsvertrag von 1506 für fünf Jahre erneuert; die Niederländer mußten unter dem Druck der politischen Verhältnisse nachgeben. Es begann die jahrhundertjährige Politik Englands in europäischen Händeln gegen die Macht Partei zu ergreifen, welche die zurzeit stärkere war. Damit Heinrich auf die Seite Karls V. trete, mußten die niederländischen Untertanen Karls dem englischen Handel Opfer bringen.

Da kam 1525 die Schlacht von Pavia. Franz I. wurde von Karl V. gefangen genommen. Damit schien das europäische Gleichgewicht durch Karl V. bedroht, und um es zu wahren, ist Heinrich VIII. nun auf die Seite Frankreichs getreten. Auch das kam den Engländern zu gut, denn die Franzosen haben sie nunmehr gegenüber den kaiserlichen Untertanen begünstigt.

Aber Wolsey war damit nicht zufrieden. Er suchte den englischen Besitz von Calais dahin zu nützen, den Handel der brabantisch-holländischen Lande völlig zu ruinieren. Am 13. Juli 1527 erließ Heinrich VIII. eine Proklamation, welche nicht bloß den englischen, sondern auch den fremden Kaufleuten dieselben Freiheiten verlieh, deren die Engländer sich in den Niederlanden erfreuten, unter der Bedingung, daß sie weder aus den Niederlanden etwas in England einführten noch auch englisches Tuch oder andere englische Waren von Calais nach den Niederlanden ausführten; die Durchfuhr eng-

lischer Waren durch die Niederlande sollte jedoch erlaubt sein, wenn Sicherheit gegeben würde, daß man in den Niederlanden die Waren nicht auspacke und verkaufe. Es sollte also der englisch-niederländische Handel völlig aufhören. Die Maßnahme aber hatte die entgegengesetzte Wirkung, wie beabsichtigt, zur Folge. Sie ist der niederländischen Tuchindustrie zugute gekommen. Diese hat sich durch Bezug von Wolle aus Spanien von der englischen Wolle unabhängig gemacht und, von der Konkurrenz des englischen Tuches befreit, hat sie einen neuen Aufschwung genommen. Als Heinrich VIII. am 22. Januar 1528 gar Karl V. den Krieg erklärte, ging ein Aufschrei durch ganz England. Nie ist ein Krieg unpopulärer gewesen. Seine Folgen waren Absatzstockungen für englisches Tuch, Entlassung von Arbeitern und Knechten. Schon am 15. Juni 1528 wurde ein Waffenstillstand mit den Niederlanden geschlossen; der Verkehr wurde wieder auf dem nämlichen Fuße wie ein Jahr vor dem Kriege gestattet. Damit schwand Wolseys Plan mit Calais. Im Jahre 1529 fanden die englischen Waren wieder großen Absatz in den Niederlanden. Der *intercursus* wurde erneuert.

In den auf Wolseys Sturz folgenden zehn Jahren haben die Niederländer vergeblich zu einem neuen Handelsvertrage mit England zu gelangen gesucht, welcher die den Engländern in den Niederlanden eingeräumten Rechte minderte. Unter Thomas Cromwell, dem handelsverständigen Machiavellisten, kam es sogar zu einem Anschlag der Engländer auf die Schifffahrt der Niederländer. Er hat 1540 Heinrich VIII. veranlaßt, versuchsweise für die Dauer von sieben Jahren die Fremden in allen Zöllen den Einheimischen gleichzustellen, aber nur unter der Bedingung, wenn sie die Ausfuhr in englischen Schiffen bewerkstelligten. Das war gegen Antwerpen gerichtet. Die niederländischen Schiffe, die nach England fuhren, mußten der Rückfracht entbehren. Die Folge war Retorsion. Karl V. befahl der Stadt Antwerpen, nicht zu dulden, daß ein englisches Schiff irgendwelche Rückfracht nehme. Darauf ein jahrelang währender diplomatischer Kampf, unterstützt

von Handelschikanen der verschiedensten Art. Ein Kongreß führte nicht zur Beseitigung, sondern zur Verschärfung des Gegensatzes. Auch Drohungen führten zu keinem Ausgleich. Die Niederländer gaben nicht nach. Als Cromwell 1542 hingerichtet worden war, war die Niederlage der Engländer offensichtlich. Darauf ein Kampf beiderseits mit Zöllen, Retorsionen und Kaperbriefen, bis 1545 die Einsicht in die gegenseitigen Schädigungen zu neuen Verhandlungen geführt hat. Aber auch diese haben keinen Ausgleich gebracht. Die Engländer blieben bei ihrer Weigerung, die niederländischen Kaufleute, was die Zölle angeht, den englischen gleichzustellen. Als Heinrich VIII. starb, war der ganze Verkehr im Wanken.

Unter Eduard VI., Maria und Elisabeth wurde der Kampf noch viel heftiger und leidenschaftlicher. Um zu verhindern, daß das Ausland den Rohstoff der Tuchmanufaktur von gleicher Güte wie England erlange, hat Elisabeth 1565 die Ausfuhr von lebenden Widdern, Lämmern und Schafen bei Strafe der Konfiskation des ganzen Vermögens und des Verlustes der linken Hand verboten. Daneben haben unter Elisabeth die religiösen Zwistigkeiten zur Auflösung der vielhundertjährigen Bande zwischen England und Flandern und Brabant geführt. Seit 1584 kamen die Engländer nicht mehr nach Antwerpen. Jeder *intercursus* hatte aufgehört.

In ähnlicher unglücklicher Weise verliefen nach dem Abfall von Holland von dem Szepter Philipps II. die merkantilistischen Versuche unter Jakob I., den appretierten und gefärbten Tuchen den Zugang zum holländischen Markt zu erzwingen. Die Holländer, die den Engländern einen ihrer besten Absatzmärkte geliefert hatten, verschlossen ihnen denselben. Darauf verbot England die Wollausfuhr nach Holland. Sie dauerte nichtsdestoweniger durch Schmuggler fort. Darauf wurde die Einfuhr von Lebensmitteln aus Holland und die holländische Fischerei im offenen Meere verboten, und die holländischen Schiffe, die in englischen Häfen landeten, gezwungen, ein Viertel ihrer Fracht in appretiertem und gefärbtem englischen Tuch

zu nehmen. Andere Länder folgten dem holländischen Beispiel und verschlossen den Engländern gleichfalls ihren Markt. Die Wirkungen dieses Handelskrieges haben sich noch lange, nachdem der Anlaß geschwunden war, fühlbar gemacht. Auch die Ausfuhr von weißem Tuch ging zurück, und die Tuchweber gerieten in Not. Die Holländer fingen an, ungefärbtes Tuch selbst zu weben. Um die Not der englischen Weber zu beheben, wurde nun vorgeschlagen, die „unternehmenden Kaufleute“ zu zwingen, ihnen ihr Tuch abzukaufen. Darauf haben diese ihren Freibrief zurückgegeben. 1617 gab der König das Projekt auf. Die englische Tuchmanufaktur hat aber noch lange unter diesem Versuche gelitten¹⁾.

In ähnlicher Weise wie die Niederländer haben die Engländer die Italiener und Hansen aus ihrer Stellung in England verdrängt, die sie auf Grund der ihnen von den geldbedürftigen Königen erteilten Privilegien im Mittelalter erlangt hatten.

Die Italiener waren zuerst im Dienste des Papstes nach England gekommen. Er hat Bürger von Siena, dann von Florenz und Lucca zur Einsammlung der ihm zukommenden Abgaben verwendet. Schon im 12. Jahrhundert haben diese damit Warenhandel verbunden. Dann wurden die Bardi, Peruzzi und Frescobaldi aus Florenz die Geldverleiher an die englischen Könige. Im 14. Jahrhundert stehen die Genuesen und Venezianer im Warenhandel mit England im Vordergrund. Dann hat Venedig alle anderen italienischen Städte im Handel mit England überflügelt. Was es nach England brachte, waren Produkte des Mittelmeeres und des Orients. Was es aus England ausführte, war Wolle, Stangenzinn, Blei, gegerbte Ochsen- und Kalbsfelle, zugerichtete Pelze und englisches Tuch.

Wie gegen die Niederlande, so wandte sich auch gegen die Italiener seit der Mitte des 15. Jahrhunderts der Haß der Londoner Handwerker, Krämer und Stapler, ja, die Italiener waren die in England verhaßtesten Fremden. Noch 1539 wurde eine gegen die Venezianer gerichtete

1) George Unwin, Industrial Organization Ch. VII.

Bill im Unterhause abgelehnt; aber die goldenen Tage der letzteren waren seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts vorbei. Eduard IV. und Richard III. waren ihnen feindlich und Heinrich VII. verfolgte deren Politik weiter, wenn auch weniger schroff.

Der Handel der Venezianer war auf höchst eigentümliche Weise organisiert. Eine beträchtliche Privatflotte gab es nicht. Die Handelsschiffe waren in der Hauptsache Schiffe, die vom Staate gemietet wurden. Die Schiffsmieter mußten persönlich an der Fahrt teilnehmen. Richtung der Fahrt, Dauer des Aufenthaltes, die Landungsorte, die Frachtgröße waren vorgeschrieben. Sie waren verpflichtet, bei der Befrachtung die venezianischen Kaufleute vor den Fremden zu bevorzugen. Mittels dieses Systems konnte die venezianische Regierung sowohl Waren ausschließen, als auch den Handel mit ihnen in Venedig konzentrieren. Ohne dasselbe wäre es kaum möglich gewesen, die Kaufleute zu nötigen, alle Waren nach Venedig und erst von da aus nach den venezianischen Kolonien zu bringen. Es war die Voraussetzung für das venezianische Kolonialsystem, welches das Vorbild des Kolonialsystems aller Länder zur Zeit des Merkantilismus geworden ist.

Auf die gegen den venezianischen Handel gerichteten Maßnahmen Richards III. und Heinrichs VII. hat Venedig reagiert, indem es die Engländer durch Zollerhöhung vom direkten Bezug von Malvasierwein ausschloß. Dadurch wurde den englischen Schiffen gewinnbringender Ballast bei der Rückfahrt entzogen. Darauf schuf Heinrich VII. ein englisches Wollmonopol in Pisa. Nun entzogen die Venezianer allen fremden Schiffen, die Wolle nach Pisa brächten, das Recht, Wein als Rückfracht zu nehmen, und die englischen Schiffer und Kaufleute arbeiteten mit Verlust. Heinrich VII. antwortete, indem er den Zoll auf Malvasierwein, der von Fremden eingeführt wurde, erhöhte, und so ging es fort mit Maßregeln und Gegenmaßregeln. Dieser Weinzoll ist erst unter Jakob I. beseitigt worden, als er nichts mehr bedeutete, weil der englische

Geschmack sich unterdessen anderen Weinen zugewandt hatte.

Aber wenn auch Heinrich VIII. der Politik seines Vaters treu blieb, so ist Venedig nicht an diesem Kampf zugrunde gegangen. Sein Verfall setzte ein mit der gegen es gerichteten Liga von Cambrai von 1508. Acht Jahre lang kamen die venezianischen Galeeren nicht nach England. Die Folge war der Verfall der venezianischen Tuchmanufaktur. Die Wolle, welche drei Galeerenfahrten, 1517, 1519 und 1521, aus England brachten, hat den Wollbedarf nur für kurze Zeit gedeckt. Thomas Cromwell, der als früherer Handelsagent eines großen italienischen Kaufmanns mit den venezianischen Verhältnissen genau vertraut war, hat den hoffnungslosen Verfall, dem Venedig infolge der Entdeckung des ostindischen Seeweges entgegenging, erkannt. Venedig hörte auf, Handelsstaat zu sein und wurde Industriestaat. Noch dreimal sind venezianische Flottillen nach England gekommen, 1531, 1532, 1533. Dann stellten die Venezianer ihre Fahrten ein. Der Fremdenhaß in London hat ihnen den Einkauf von Wolle verdorben.

Unter Eduard VI. hat die englische Regierung auch die venezianische Glasindustrie nach London zu verpflanzen gesucht, und Elisabeth hat durch Monopolisierung des Rosinenhandels die venezianischen Kaufleute auch ihres letzten Handelszweiges beraubt.

Was die Hansen angeht, so haben die den deutschen Kaufleuten von den englischen Königen erteilten Privilegien nicht nur zu den ältesten, sondern auch zu den weitestgehenden gehört. Sie gingen in manchem weiter als die Rechte selbst der englischen Kaufleute. Als der englische Handel im dritten Viertel des 14. Jahrhunderts sich lebhafter zu entwickeln begann, hat dies begreiflicher Weise zu Konflikten mit den Hansen¹⁾ geführt. Diese dachten nicht weniger monopolistisch als die Engländer und beanspruchten nicht nur Vorzugsrechte in England, sondern wollten auch die englischen Kaufleute aus ihren Bezugsgebieten ausschließen.

1) Siehe darüber E. Daenell, Die Blütezeit der deutschen Hanse, Berlin 1905, I, 57—76.

Schon im März 1371 haben die Gemeinen vom König Maßregeln verlangt gegen die Bedrückungen der englischen Kaufleute beim Heringshandel auf Schonen durch die Hansen der Ostsee, die Osterlinge. Aber Eduard III. tat nichts gegen die Hansen. Als er 1376 die auf Wiederherstellung der Handelsvorrechte der Engländer vor den Fremden gerichteten Forderungen Londons bewilligte, hat er die Kaufleute der deutschen Hanse sogar davon ausgenommen, und am 6. November 1377 hat Richard II. die hansischen Privilegien nochmals bestätigt. Aber neue Anklagen Londons, die sich nicht nur auf die Beeinträchtigung in Schonen bezogen, haben noch in demselben Monat zur Aufhebung der hansischen Freibriefe durch das Parlament geführt. Nun begann ein Streit um die Gewährung der Gegenseitigkeit im Handel zwischen England und dem Hansegebiete. Die englische Kaufmannschaft verlangte für ihren Handel in dem letzteren Zugeständnisse, die den hansischen Privilegien in England entsprächen. Aus dem Streben der Hansen, in England sich ihre bevorzugte Stellung zu erhalten und dem der englischen Kaufleute nach Gegenseitigkeit in den Hansegebieten erwuchs ein Interessengegensatz, der zu wiederholten Verträgen geführt hat, die alsbald wieder gebrochen wurden, und zu kriegesischen Feindseligkeiten und zu Unterbrechungen jeglichen Handelsverkehres.

Mittlerweile hatten sich die englischen Kaufleute in der Gesellschaft der „unternehmenden Kaufleute“ organisiert. Ihr waren die Zollprivilegien der Hansen ganz besonders verhaßt. Sie stellte den Satz auf, die Hanse habe überhaupt kein Recht zum Zwischenhandel; sie habe keine Zollfreiheiten außer für ihre eigenen Erzeugnisse. Da die Hanse nur Zwischenhandel trieb, wäre dies der Vernichtung des hansischen Handels gleichgekommen. Damit drangen sie nicht durch, denn es stand mit den von der Hanse seit Jahrhunderten genossenen Freiheiten in Widerspruch. Heinrich IV. hat am 24. Oktober 1399 die Privilegien der hansischen Kaufleute bestätigt, aber deren Nutzung an den Fortbestand der von den Engländern in den Hanse-

städten erlangten Zugeständnisse geknüpft und an die Beobachtung der Forderung, daß die Hanse keine Nichthansen an ihren Privilegien teilnehmen lasse. Außerdem kam es zu Konflikten mit dem Deutschen Orden, die zur völligen Stockung des Verkehrs mit dem Ordensland führten. Heinrich V., der die Hansen in seinen Kriegen gegen Frankreich brauchte, hat 1413 ihre Privilegien für sich und seine Nachfolger aufs neue bestätigt. Seit 1432 ist dann das Verhältnis, namentlich mit Rücksicht auf Danzig, das die Engländer aus Handelsneid besonders schlecht behandelt hat, wieder ein sehr gespanntes geworden. Aber 1473 hat Eduard IV., trotzdem er stets für das Bürgertum eingetreten ist und in Unterstützung der Forderungen der „unternehmenden Kaufleute“ die Hanse schweren Schatzungen unterworfen hatte, mit ihr in Utrecht einen Frieden geschlossen, durch den sie in ihre früheren Rechte wieder eingesetzt und ihre noch weitergehenden Wünsche befriedigt worden sind. Der Grund war, daß Eduard IV. ihre Hilfe in seinem Kriege gegen Heinrich VI. nötig hatte. Der Friede von Utrecht 1473 ist ein großer Triumph für die Hanse gewesen. 1475 erfolgte die erste Bestätigung der Carta, die Eduard I. den Hansen erteilt hatte, durch das Parlament. Damit hat die Hanse den Höhepunkt ihrer Macht in England erreicht¹⁾.

Als das Haus Tudor zur Regierung kam, betrug der Handel der Hanse 22 Proz. der englischen Tuchausfuhr, 97 Proz. der Einfuhr von Wachs und nicht ganz 7 Proz. der übrigen Warenbewegung. Aber ihre Zollprivilegien waren eine Anomalie. Sie waren um so weniger erträglich, je größer der Handel der Hanse war. Sobald die Regierung zu der Überzeugung kam, daß die englischen Kaufleute imstande sein würden, den bisher von der Hanse betriebenen Handel zu bewältigen, und daß die Hanse zu schwach sei, um Widerstand zu leisten, war die Katastrophe unvermeidlich. Unter Heinrich VII. nahm der Kampf der Engländer um Reziprozität, namentlich im Hinblick auf Danzig, das

1) Siehe darüber Daenell II 172—133.

sie hartnäckig verweigerte, immer schärfere Formen an. Schließlich durchbrach Heinrich VII. das gesamte Handelssystem der Hanse durch ein separates Handelsbündnis mit der Hansestadt Riga. Wären nicht außenpolitische Rücksichten gewesen, so hätte wohl schon er alle den Hansen erteilten Privilegien widerrufen. Sie haben veranlaßt, daß er vor seinem Tode wieder einschwenkte.

Dasselbe Verhältnis hat unter Heinrich VIII. fortgedauert. Wenn die Lords im Interesse der Billigkeit der Ware dem wachsenden Hasse der Gemeinen gegen die Hansen auch Widerstand leisteten, so wurde dadurch dieser Haß nur um so stärker und der Interessenkampf zwischen der Hanse und den in die Ostseegebiete vordringenden Engländern um so bitterer. Nach dem Aufstand der Londoner Lehrlinge gegen die Fremden im Jahre 1517 wurde der Vertrag von Utrecht von 1473 von der englischen Regierung schnöde verletzt. Es waren nur politische Rücksichten, welche Heinrich VIII. abhielten, das Kontor der Hanse in London aufzuheben. Zuerst war es die Entente cordiale zwischen Wolsey und Karl V., dann das Bedürfnis des Königs, sich in den seemächtigen protestantischen Hansestädten Verbündete zu schaffen. Diese Rücksichten haben Heinrich noch 1523 bestimmt, im 14. Hen. VIII. c. 29 auszusprechen, daß kein Gesetz des dermaligen Parlamentes den Freiheiten der Hansen nachteilig sein sollte, und auch die Gesetze von 1531 (22. Hen. VIII. c. 26) nehmen die Hansen noch aus von den den Fremden nachteiligen Gesetzesbestimmungen. Doch 1540 begegnen wir lebhaften Klagen der Hansen über Verletzung der ihnen erteilten Freiheiten¹⁾. Ein Zeichen, daß es ihnen klar war, daß ihr Ende in England herannahte, ist, daß es ihnen geraten erschien, ihren Schatz im Stahlhof nach Deutschland zu bringen. Unter Eduard VI. werden am 24. Februar 1552 die den Hansen erteilten Privilegien vom Geheimen Rat widerrufen²⁾, und Elisabeth hat ihnen den

1) Tudor Economic Documents II 31 ff.

2) Ebenda 34 ff.

letzten Rest ihrer früheren Handelsherrschaft in England entrissen. Die Hansen hatten im Widerspruch zu der Bestimmung des Utrechter Vertrages, die den englischen Kaufleuten freien Zugang und freien Handel in ihren Gebieten sicherte, die „unternehmenden Kaufleute“ aus Deutschland zu vertreiben gesucht. Sie hatten sich dabei auf das Reichsgesetz berufen, das alle Monopole verbot. Damit stehe das der Gesellschaft der „unternehmenden Kaufleute“ von ihrer Regierung erteilte Monopol in Widerspruch. Diese hat zutreffend erwidert, daß sie kein Monopol im Sinne des Reichsgesetzes habe, indem sie nicht als solche Handel treibe, sondern nur eine Organisation vieler einzelner sei, von denen jeder für eigene Rechnung Geschäfte mache¹⁾. Nichtsdestoweniger setzten die Hansen durch, daß 1597 durch Reichsgebot alle Engländer und alle englischen Waren aus dem ganzen Umfang des Reiches verbannt wurden. Die Lage wurde für die „unternehmenden Kaufleute“ so ernst, daß davon die Rede war, ihre Gesellschaft müsse sich auflösen. Der ganze Handel der City von London ging beträchtlich zurück und schien gefährdet²⁾. Darauf hat Elisabeth die alte Ansiedlung der Hansen, den Stahlhof in London, konfisziert. Die Hansen wandten sich nun nicht nur an Kaiser und Reich, sondern auch an fremde Fürsten, auf daß sie bei Elisabeth Fürsprache für Wiedergewährung der ihnen entzogenen Privilegien einlegten. Diese aber erwiderte dem König Sigismund III. von Schweden und Polen auf dessen Fürbitte: „Den Hansen mehr Freiheit als den eigenen Untertanen zu verleihen, sei gegen das Amt eines Königs, da er einem anderen Königreiche besser vorstehen wolle als seinem eigenen, gleich einem Hirten, der das fremde Vieh besser weide, oder gleich einer Säugamme, welche die eigenen Kinder verlasse, um die fremden zu ernähren; ihre eigenen Untertanen arm und die fremden reich machen, könne die Königin, ohne wider göttliche und welt-

1) Tudor Economic Documents II 63.

2) Scott, Joint-Stock Companies I 100.

liche Gesetze zu handeln, nicht tun. Den Hansen werde es stets unbenommen bleiben, wie Franzosen, Schotten, Holländer und andere Völker frei in England zu handeln.“ Die „unternehmenden Kaufleute“ mußten zwar Stade verlassen, erhielten indes von Gröningen, Emden und elf bis zwölf anderen Städten Einladungsschreiben, und die Herzöge von Braunschweig und Holstein vergaßen so sehr auf Pflicht und Würde als Fürsten des Deutschen Reiches, daß sie an die Königin Entschuldigungsbriefe wegen des Reichtagsbeschlusses richteten.

Mit dem Rückgang der Macht der Hanse hat auch der Handel Englands mit den skandinavischen Reichen zugenommen. Die Zeiten waren längst vorbei, da Lübeck in Dänemark Könige ein- und absetzte. Von je hatte der englische Handel dort zugenommen, wenn sich die Hansestädte mit den skandinavischen Königen entzweiten, um nach wiederhergestelltem Frieden um so stärker wieder zusammenzubrechen. Seitdem die Macht der Hansestädte in der Ostsee im dänisch-lübeckischen Kriege 1535 gebrochen worden, war dem Vordringen der englischen Kaufleute in den skandinavischen Reichen, Island mit eingeschlossen, keine Schranke gesetzt, und sie haben sich dies, namentlich in Island, rücksichtslos zu Nutzen gemacht.

Der Handelsverkehr zwischen der pyrenäischen Halbinsel und England hatte Ende des 12. Jahrhunderts seitens Barcelonas begonnen. Im 14. Jahrhundert haben die Katalonier Niederlassungen in England und nehmen an der Wollausfuhr teil. 1267 werden auch die Kastilianer in England zugelassen, und 1466 werden die kastilianischen Kaufleute den englischen in England und die englischen den kastilianischen in Kastilien gleichgestellt. Heinrich VII. hat 1489 gelegentlich der Verheiratung seines Sohnes mit Katharina von Aragonien einen Vertrag abgeschlossen, in dem die völlige Gleichstellung der beiderseitigen Untertanen mit den einheimischen in dem Lande des anderen ausbedungen wurde. Da aber Heinrich VII. trotzdem die

Spanier benachteiligte, griff man 1499 auf den 1466 mit Spanien abgeschlossenen Vertrag zurück. Noch wimmelte es von spanischen Kaufleuten in England. Doch waren sie unzufrieden wegen der 1489 von Heinrich VII. erlassenen Schiffsahrtsakte. Aber Spanien ist erst recht das Land des Schiffsahrtschutzes gewesen. Darauf Zollkampf zwischen den beiden Ländern. Die Neuverlobung der Prinzessin Katharina mit dem zweiten Sohne Heinrichs VII., Heinrich VIII., hat dann zur Befreiung der beiderseitigen Schiffe von den in beiden Ländern ergangenen Schiffsahrtsgesetzen geführt. Aber nun handelte der kastilianische Rat den Abmachungen entgegen. Daran hat sich unter Heinrich VIII. nichts geändert. Trotz beiderseitiger Gleichstellung fortwährende Streitigkeiten wegen Schikanen in beiden Ländern. Die Organisation der nach Andalusien handelnden englischen Kaufleute und die Verleihung eines Freibriefes¹⁾ an ihre Gesellschaft im Jahre 1531 scheint diesen keinen Schutz dagegen gewährt zu haben. Die Schwierigkeiten für die Engländer haben unter Karl V. zugenommen, als die englische und die kaiserliche Politik auseinandergingen, und unter Philipp II. haben sich die Beschwerden der englischen Kaufleute ins Unerträgliche gesteigert, indem sie ihres abweichenden Glaubens wegen von der Inquisition ins Gefängnis gesperrt, der Folterung unterworfen, ja mitunter hingerichtet wurden.

Das hat eine völlige Verwilderung des englischen Handels zur Folge gehabt, die angesichts der Verlegung des Schwerpunktes des Weltverkehrs infolge der Entdeckung Amerikas und des ostindischen Seeweges auf allen Meeren des Erdballs sich fühlbar machen sollte.

Bis dahin war das Mittelmeer der Hauptschauplatz des Welthandels gewesen. Jetzt wurde dies das Weltmeer. Bis dahin hatte Italien im Mittelpunkte des wirtschaftlichen und politischen Lebens gestanden. Nun trat zunächst die pyrenäische Halbinsel in den Vordergrund. Papst Alexander VI. hatte 1494 im Vertrage von Tordesillas alles, was 370 Seemeilen östlich von den Inseln des grünen Vor-

1) Tudor Econ. Documents II, 28 ff.

gebirges entdeckt würde, den Portugiesen, alles westlich davon den Spaniern zugesprochen, und weder Venedig noch Genua hätten es wagen können, dem zur ersten europäischen Macht aufgestiegenen Spanien und dem in seiner Glanzperiode befindlichen Portugal das Zugesprochene streitig zu machen. Sie mußten froh sein, auf den Märkten von Cadix und Lissabon zugelassen zu werden.

Aber nicht nur daß die Ankunft von fünf portugiesischen Barken mit 380 Tonnen Gewürzen aus Calicut am 9. März 1504 in Falmouth den Engländern die Bedeutung des ostindischen Seeweges praktisch vor Augen führte, Spanien und Portugal, wie sie die ersten Länder waren, welche Kolonien über See erwarben, sind auch die ersten gewesen, die in Nachahmung des venezianischen Kolonialsystems alle anderen Staaten vom Verkehr mit ihren Kolonien ausschlossen. Damit war den Engländern der Handelsverkehr mit Mexiko und Peru, deren Schätze die Phantasie des 16. Jahrhunderts erfüllten, versperrt. Desgleichen waren sie durch Philipp von dem lukrativen Sklavenhandel ausgeschlossen, der die westindischen Pflanzer mit Arbeitskräften versorgte. Dabei aber wollten sich die Nachkommen der Wikinger, die einst Britannien erobert hatten, und der Normannen, die Sizilien genommen und die Existenz des byzantinischen Reiches bedroht hatten, nicht beruhigen. Angehörige der besten Familien, die während der Religionsverfolgungen unter der Königin Maria hatten fliehen müssen, waren Seeräuber geworden¹⁾. Es war wie in den Anfängen der griechischen Geschichte, von denen Thukydides erzählt, daß Seeräuberei als ehrenhafter Erwerbszweig galt. Ja noch mehr! Die englischen Protestanten erachteten die Plünderung des Eigentums der katholischen Untertanen Philipps II. als ein gottgefälliges Werk, zu dem sie als das auserwählte Volk Gottes berufen seien.

1) Vgl. für die Seeräuberei der Engländer unter Elisabeth James Antony Froude, *History of England*, vol. VIII, c. XII; vol. IX. 358—360; vol. X 260—269, 416; vol. XI, 91—94, 142 und Chapter XXIX.

Außerdem galt es ihnen, an der Inquisition Rache zu nehmen. Ihr war die Aufsicht über die spanischen Häfen übertragen. Sie hatte in Ausübung derselben Hunderte von englischen Seefahrern und Kaufleuten ob ihres Protestantismus mitten im Frieden gefangen gesetzt, gefoltert und hingerichtet. Sir William Cecil konstatiert, daß in dem einen Jahr 1563 26 Engländer in Spanien von der Inquisition verbrannt worden sind. Elisabeth war damals im Kriege mit Frankreich. So oft sie sich im Kriege befand, stellte sie Kaperbriefe aus¹⁾, die allerdings nur gegenüber den Schiffen des Landes, mit dem man sich im Kriege befand, Geltung haben sollten. Aber bei dem grenzenlosen Haß, der die Engländer gegen die Spanier und umgekehrt beseelte, lauerten die englischen Kaperschiffe ganz ebenso wie den französischen Schiffen den von Waren strotzenden spanischen auf, die von und nach den spanischen Niederlanden fuhren, und erachteten als eine ihnen vom Himmel aufgetragene Mission, die goldbeladenen, die von Panama kamen, abzufangen. Im Sommer 1563 haben 400 englische Seeräuber den Kanal unsicher gemacht und in wenigen Monaten 600 bis 700 französische, flandrische und spanische Schiffe gekapert. Sie haben diese Schiffe selbst bis in die Themse verfolgt. Wenn Philipp bei Elisabeth darüber klagte, wurden die Seeräuber verleugnet, eventuell auch einmal vor Gericht gestellt. Aber es findet sich kein Beispiel, daß einer bestraft worden wäre. Haben doch nicht nur Mitglieder ihrer Regierung, sondern die Königin selbst diese Seeräubereien finanziert, die Königin mitunter mit 60 Proz., und von dem Ergebnis reichlich Nutzen gezogen. Nur Sir William Cecil hat von solchem Gewinn als unehrlich nichts wissen wollen. Da hat Philipp im Jahre 1564 alle englischen Schiffe in spanischen Häfen beschlagnahmen lassen. Die Mannschaft wurde gefangen gesetzt, bis 1,5 Millionen Dukaten Entschädigung für Seeraub bezahlt seien. Es erfolgte

1) Siehe einen solchen Kaperbrief, ausgestellt 1593 als Antwort auf Kaperei durch Franzosen, in Tudor Economic Documents II 127.

beiderseitige Sperrung der vlämischen und als Retorsion der englischen Häfen. Nun lenkte Elisabeth ein. Aber doch nur, was Europa angeht. Es waren nicht nur die Schiffe der Untertanen Philipps, die den Kanal durchfurchten, den englischen Seeräubern preisgegeben. Diese trotzten auch dem Verbote Philipps, Neger aus Afrika nach Westindien zu bringen; das sollte Monopol der Spanier und Portugiesen bleiben. Aber John Hawkins kümmerte sich nicht um dieses Verbot, und wiederholte Fahrten — an den späteren hat sich Elisabeth gleichfalls finanziell beteiligt — brachten den Engländern durch Verkauf der an der Küste von Guinea gefangenen Neger an die spanischen Pflanzter in Westindien großen Gewinn. Hawkins wurde der Schrecken Philipps, der die Erschütterung der spanischen Herrschaft in Westindien von seinen Fahrten befürchtete. Aber noch größeres Entsetzen erregte es dem katholischen Könige, als Francis Drake, ein Verwandter von John Hawkins, nach einer abenteuerlich romantischen Fahrt durch die Magalhãesstraße plötzlich an der Westküste von Südamerika erschien, die in den spanischen Häfen aufgehäuften Gold- und Silberbarren und Edelsteine raubte und mit unerhörten Schätzen beladen nach Umschiffung des Kaps der Guten Hoffnung im Hafen von Plymouth wieder einlief. Ich werde in der Besprechung des englischen Handels mit fremden Weltteilen darauf zurückkommen.

Zu Portugal waren die Handelsbeziehungen Englands etwas anders als zu Spanien, bis es 1580 von Philipp II. annektiert worden ist. Portugal war von Haus aus arm, auf die See angewiesen. Schon im 13. Jahrhundert finden sich Handelsbeziehungen Portugals zu England. 1308 hat der englische König bereits von alter Freundschaft zwischen portugiesischen und englischen Kaufleuten gesprochen. 1350 wurde ein Handelsvertrag zwischen England und Portugal für 50 Jahre geschlossen, der aber nur Lissabon und Porto einbegriff. Durch einen neuen Vertrag von 1386 wurden die Beziehungen noch inniger. 1400 erhielt England von Portugal das Recht der Meistbegünstigung, wie die

Genuesen es hatten, und damit weitgehende Freiheiten. Dann sind die Portugiesen infolge der Entdeckungen der portugiesischen Seefahrer in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts vorübergehend das erste Handelsvolk der Welt geworden. Das ist auch den in Portugal privilegierten Engländern zugute gekommen, und die Portugiesen erhielten dafür besonders freundliche Behandlung in England. Die Gewürze, die bis dahin die Venezianer nach England gebracht hatten, kamen nunmehr aus Lissabon. 1541 hat die englische Regierung ein Gesuch Portugals, Getreide aus England ausführen zu dürfen, benutzt, um für einige englische Kaufleute das Recht zu erlangen, an der nächsten Fahrt nach Calicut teilzunehmen, um England mit Gewürzen zu versehen. Diese Freundschaft hat ihr Ende gefunden, als Philipp II. 1580 König von Portugal wurde, und als der Gewürzhandel als Folge der Eroberung des größten Teiles des portugiesischen Kolonialreiches in Asien durch die Holländer an diese überging. Portugal ist als Folge völlig verarmt und erst, nachdem es sich 1640 von der spanischen Herrschaft wieder frei gemacht hatte, hat es sich und haben sich mit ihm die Handelsbeziehungen zu England wieder zu beleben begonnen. Von den im Handelsneid wurzelnden Kämpfen zwischen Engländern und Portugiesen in Asien wird später die Rede sein.

Frankreich ist im Mittelalter in verschiedene Herrschaften zersplittert gewesen, von denen die der englischen Könige vorübergehend sogar die größte war. Jede derselben hat besondere kommerzielle Beziehungen zu England gehabt. Zuerst die Leute von Ponthieu und der Normandie und das Herzogtum Francien. Von einer Blüte des Handels ist erst seit dem 13. Jahrhundert zu sprechen. Hinter den genannten Gebieten lagen die berühmten Messeplätze Frankreichs: Troyes, Paris, Provins, Lagny sur Marne, Reims, Bar-sur-Aube. Die Städte der Picardie und Flandern bildeten die vlämische Hanse von London. Der Handel Englands mit dem französischen Nordosten hatte Ende des 13. und Anfang des 14. Jahrhunderts

seinen Höhepunkt. In den zwanziger Jahren des 15. Jahrhunderts ist die vlämische Hanse verschwunden.

Anders im Nordwesten Frankreichs, in der Bretagne. Sie hat in Freundschaft, fast in Abhängigkeit zu England gestanden. Die mit der Bretagne abgeschlossenen Verträge sind fast Kopien der mit den Niederlanden abgeschlossenen. Im 15. Jahrhundert blühte der Handelsverkehr zwischen England und der Bretagne. Doch waren die Bretonen berüchtigt als Seeräuber. Zur Zeit Heinrichs VII. hat die Bretagne ihre Selbständigkeit an Frankreich verloren. Nun wurden die Bretonen schlechter als früher in England behandelt. Sie wurden aus mehr oder weniger Privilegierten zu Fremden.

Aehnlich ist die Entwicklung der englischen Handelsbeziehungen zum südwestlichen und südlichen Frankreich gewesen, namentlich der Gascogne, der Guienne und Poitou. Grundlage derselben war der Wein. Sie sind von den Königen begünstigt worden. Das hat sich geändert, seitdem die Guienne und Bordeaux an die französische Krone gelangt waren. Die Engländer tranken nunmehr Burgunder. Dann sind die dem Verkehr mit der Gascogne und Guienne auferlegten Beschränkungen beseitigt worden.

Zur Zeit der Tudors war Frankreich bereits zu einem Reiche zusammengeschweißt, und Heinrich VII. hat den Gedanken an Eroberungen in Frankreich aufgegeben; um so energischer hat er die Handelsinteressen seiner Untertanen ihm gegenüber zu wahren gesucht. Er hat angeordnet, daß die Weine der Gascogne und Guienne nur in englischen Schiffen eingeführt werden dürften, worauf Ludwig XII. 1504 den französischen Kaufleuten verboten hat, in französischen Häfen ein fremdes Schiff zu befrachten. Das ist den englischen Kaufleuten zugute gekommen, denn die Folge war, daß sie den Weinhandel in die Hand bekamen. Heinrich VIII. hat die von seinem Vater den Engländern gesicherten Rechte weiter erhalten. Unter dem Einfluß der vielen zwischen Frankreich und England geführten Kriege ist die Seeräuberei gediehen. Zur Zeit der Elisabeth, welche die Seeräuberei systematisch gezüchtet

hat, ist kein französisches Schiff vor englischen Seeräubern im Kanal sicher gewesen.

Im Jahre 1586 hat ein spanischer Spion in London nach Hause berichtet¹⁾: „Ihr (der Engländer) Handel mit Frankreich ist sehr unerheblich und wird nur mit ein paar kleinen Schiffen betrieben.“ Im 17. und 18. Jahrhundert haben die Kriege dem Handel mit Frankreich großen Eintrag getan²⁾.

1) Scott, Joint-Stock Companies I 88.

2) Ebenda 328.

28. Kapitel.

Die Anfänge des englischen Welthandels.

Die Entdeckung des ostindischen Seeweges und Amerikas hat in England einen Drang nach Entdeckung unbekannter Länder geweckt, wodurch man zu gleichen Schätzen, wie sie den Ländern der pyrenäischen Halbinsel zugefallen waren, gelangen könnte. Indien, das den Entdeckungsfahrten der Portugiesen und Spanier als Ziel vorgeschwebt hatte, war auch der Traum, der die Segel der Engländer bei ihren Handelsfahrten geschwellt hat. Den großen Aufwand, den eine Handelsfahrt nach Indien erheischte, und noch mehr das große Risiko, das man dabei lief, haben zum Aufkommen einer in England bis dahin unbekannten Unternehmungsform, der Aktiengesellschaft, geführt. Handelsbetrieb durch Aktiengesellschaften hat schon im Altertum und seitens der Araber und Italiener im Mittelmeer stattgefunden; unter Maria ist er auch in England in Aufnahme gekommen.

Die erste englische Aktiengesellschaft von Bedeutung ist 1553 gegründet worden; es war die Russische Gesellschaft. In demselben Jahre wurde eine zweite gegründet für den Handel nach Afrika. In beiden Fällen wird das Unternehmen bezeichnet als eines „zur Entdeckung unbekannter oder früher von Engländern nicht häufig besuchter Orte“. Sebastian Caboto, der Sohn des ersten Entdeckers des amerikanischen Festlandes und selbst Teilnehmer an der Expedition seines Vaters, war einer der Gründer der Russischen Gesellschaft. Ihr Kapital betrug

£ 6000 und wurde von den Zeichnern in Beträgen von £ 25 aufgebracht. Die Summe wurde auf den Ankauf dreier Schiffe und von Waren, die man absetzen zu können glaubte, verwendet. Man zog los, um neue Länder aufzufinden und hoffte auf Entdeckung einer nordöstlichen Durchfahrt nach Asien. Zwei Schiffe gingen im Eise verloren, ein drittes hat Archangel erreicht. Elisabeth hat 1566 der Gesellschaft den Titel: „Die Genossenschaft englischer Kaufleute zur Entdeckung neuen Handels“, „The Fellowship of English Merchants for Discovery of new Trades“, verliehen¹⁾. Es wurde ihr das alleinige Recht erteilt, nach den Besitzungen des russischen Kaisers, die nordwestlich und nordöstlich von London lagen, mit Einschluß von Armenien, Medien, Arkanien, Persien und den kaspischen Küstenländern, Handel zu treiben²⁾.

Der Unterschied zwischen Aktiengesellschaft und „geordneter Kompanie“ ist sehr wesentlich gewesen. Die Gesellschaft der „unternehmenden Kaufleute“ bestand aus gelernten Kaufleuten, von denen jeder für eigene Rechnung nach eigenem Ermessen Handel trieb, wie die „unternehmenden Kaufleute“ dies 1583 gegenüber den Hansen geltend gemacht haben. Die Initiative des Individuums war hier in keiner Weise durch die Zugehörigkeit zur Gesellschaft eingeschränkt. Die Mitglieder waren nur so weit geeint, als die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen in den Ländern, nach denen man Handel trieb, gemeinsames Vorgehen notwendig machte. Zur Bestreitung der Ausgaben, die dies erforderte, wurden, wie schon bemerkt, Eintrittsgelder und Beiträge erhoben. Nur wer sie zahlte, war in den betreffenden Ländern zum Handel berechtigt, aber jeder, der sie zahlte, wurde damit Mitglied der Gesellschaft. Doch diese Einnahmen reichten zur Deckung der Ausgaben, wie sie das Aufsuchen unbekannter oder bisher wenig besuchter Länder erheischte, nicht aus. Vor allem mußte der Handel hier in einem Umfange unter-

1) Scott I 17.

2) H. Hall I 52.

nommen werden, der die damalige Kapitalkraft einzelner überstieg. Schon die Sicherheit der Seefahrt setzte das Zusammenwirken mehrerer Schiffe voraus. Auch mußten Schiffe und Ladungen groß sein, damit die Expedition überhaupt die Kosten zu decken versprach. Das waren aber nicht die einzigen Mehrausgaben, die der Handel in bisher nicht besuchte Länder mit sich brachte. Es war nötig, von denen, die dort die Gewalt hatten, die Erlaubnis, Handel zu treiben, zu erwerben. Das brachte die Entsendung kostspieliger Gesandtschaften mit sich, und nach erlangter Erlaubnis war nötig, den Handel gegen Vergewaltigung zu schützen, und zwar nicht nur gegen Vergewaltigung durch die einheimischen Herrscher und das Übelwollen der Eingeborenen, sondern auch gegen konkurrierende Europäer. Denn die Konkurrenz der Europäer betätigte sich zur Zeit des Merkantilsystems nicht nur durch Überbieten beim Einkauf und Unterbieten beim Verkauf, sondern auch, indem man den Konkurrenten mit Waffengewalt vom Markte vertrieb. Daher legte man in den fern liegenden Ländern Festungen an und hielt kleine Heere und Kriegsschiffe. Denn noch war der englische Staat nicht imstande, seine in fernen Ländern weilenden handeltreibenden Untertanen zu schützen. Dazu war er noch zu arm, zumal da der Nutzen der aufgewendeten Kosten nur wenigen zugefallen wäre, die Kosten aber allen. Da erdachte man die mit Herrschaftsrechten ausgestattete Aktiengesellschaft (Chartered Company), um den Handel zu ermöglichen und die dazu nötigen Landeserwerbungen zu sichern, ohne daß die Regierung für die Handlungen ihrer Untertanen direkt verantwortlich wurde. Der Freibrief, den man einer Gesellschaft erteilte, bedeutete die Delegation gewisser Souveränitätsrechte für bestimmte Zwecke. Die Gesellschaft haftete als Folge für Taten und Untaten der Kaufleute, erhielt damit aber auch die Ermächtigung zur privaten Kriegsführung. Einen solchen Freibrief aber erteilten die englischen Herrscher nicht umsonst. Sie pflegten dafür die Zahlung von großen Beträgen zu verlangen, später die Gewährung von Darlehen, die sich bis in die Millionen be-

liefen. Damit ergab sich als die den Verhältnissen entsprechende Unternehmungsform für den Handelsbetrieb nach fernen Weltteilen und unbekannten Ländern die mit einem Monopol ausgestattete Aktiengesellschaft. Denn eine Gesellschaft, die Aufwendungen machte, wie sie hier gefordert wurden, konnte nicht dulden, daß Außenseiter, die zur Bestreitung dieser Opfer nichts beitrugen, von ihnen Vorteil zogen. Auch konnte sie nicht die Haftung für deren Tun und Treiben übernehmen.

Die Aktiengesellschaft bot für den Handelsbetrieb in ferne Länder aber auch einen kommerziellen Vorteil vor der „geregelten Gesellschaft“; da diese nicht eine Einheit bildete, sondern aus einer Zahl von Einzelunternehmungen bestand, von denen eine jede nach eigenem Ermessen Geschäfte betrieb, hätte bei ihr jeder Teilnehmer an einer Fahrt sowohl den Einkauf der abzusetzenden Ware als auch den Verkauf persönlich überwachen müssen. „In der Aktiengesellschaft dagegen“, so schreibt Adam Smith¹⁾, „werden die Geschäfte stets von einem Rate von Direktoren besorgt. Dieser untersteht häufig einer Generalversammlung von Aktionären; aber die Mehrzahl derselben beansprucht selten, etwas von den Geschäften zu verstehen; außer wenn Parteigeist herrscht, kümmert sie sich selten um dieselben, sondern ist zufrieden, halbjährlich oder jährlich die Dividenden zu erhalten, welche die Direktoren ihnen auszuzahlen beschließen. Diese völlige Abwesenheit von Mühe²⁾ . . . veranlaßt Menschen, Aktien zu

1) Wealth of Nations V Ch. I

2) A. Smith schreibt hier weiter: „und von Risiko, das einen bestimmten Betrag übersteigt.“ Dies traf für die Anfänge der Aktiengesellschaft in England noch nicht zu. Anfänglich wurden von den Aktionären Nachzahlungen erhoben, wenn Verluste erlitten wurden (siehe Scott, 34, 104). Da die gezeichneten Aktien nicht voll eingezahlt zu werden pflegten, dürfte die Verpflichtung der Nachzahlung nicht weiter als bis zur Vollzahlung gegangen sein, so daß tatsächlich das Risiko, das man beim Zeichnen der Aktien lief, sich übersehen ließ. Von 1662 ab wurde durch Gesetz ausgesprochen, daß der Aktionär nur bis zu dem Betrage hafte, den er auf die von ihm gezeichneten Aktien noch nicht eingezahlt habe (Scott 270).

zeichnen, die unter keinen Umständen sich an einem privaten Unternehmen beteiligen würden. Daher verfügen Aktiengesellschaften als Regel über ein weit größeres Vermögen, als Privatunternehmungen sich rühmen können.“ Außerdem bot die Aktiengesellschaft die Sicherheit eines das Leben des einzelnen Unternehmers überdauernden Unternehmens, wie sie für weitausschauende Unternehmungen unentbehrlich ist.

Die Erteilung von Monopolen an Handelsgesellschaften zur Entdeckung unbekannter und von Engländern früher nicht häufig besuchter Orte wurde ähnlich wie die Erteilung von Patenten an Erfinder oder die Anerkennung des Autorrechtes des Verfassers eines Buches gerechtfertigt. So wurde das sowohl der Russischen als auch das der Afrikanischen Gesellschaft erteilte Monopol mit einem Rechte des Entdeckers begründet¹⁾. Aber diese Rechtfertigung ist nicht unangefochten geblieben. Ich habe schon oben erzählt, daß Jakob I.²⁾, nachdem er bei seinem Regierungsantritt alle aus der Zeit Elisabeths stammenden Monopole beseitigt hatte, alsbald schlimmere neu verliehen hat. Das hat die Kritik an den Monopolen aufs neue geweckt. 1604 sind zwei Gesetzentwürfe im Parlament eingebracht worden, einer, „der für alle Kaufleute Freihandel nach allen Ländern, wie er bei allen Völkern üblich ist“, bezweckte, und ein anderer „für Erweiterung des Handels nach fremden Ländern“³⁾. Sie wurden durch das „Instrument betr. den Gesetzesvorschlag von Freihandel“ des Sir Edwin Sandys befürwortet. Dieses „Instrument“ zeichnete sich durch eine Sprache aus, welche die spätere der Physiokraten und des Adam Smith vorwegnimmt. Es heißt darin wörtlich⁴⁾: „Alle freien Untertanen sind ebenso wie erbberechtigt in ihr Land, so auch zur freien Betätigung ihrer Arbeit in den Gewerben geboren, denen sie sich zuwenden, und von denen sie zu leben haben. Da der Handel das wichtigste und vorteilhafteste unter diesen ist und von

1) Scott 19.

2) Oben S. 26.

3) Scott 49.

4) Scott 120.

größerer Bedeutung und Ausdehnung als alle anderen, verstößt es gegen die natürlichen Rechte und die Freiheit des englischen Untertanen, ihn auf Wenige zu beschränken. Denn wenn es auch einige 5000 oder 6000 Personen, Kinder und Lehrlinge eingeschlossen, geben mag, die berechnete Mitglieder von Handelsgesellschaften sind, so ist doch bekannt, daß die Direktoren dieser Gesellschaften durch ihre monopolisierenden Anordnungen es fertiggebracht haben, daß sich der größte Teil des Handels dieses Reiches in den Händen von höchstens etwa 200 Personen befindet. Der Rest dient nur dem Scheine und hat davon wenig Vorteil.“ Des weiteren wird „das Beispiel aller übrigen Völker angeführt, die diese monopolistische Art des Handelsbetriebes bei sich meiden und an uns hassen“. Sandys macht weiter geltend, daß die eingebrachten Gesetzesvorschläge zu einer gleichmäßigen Verteilung des Wohlstandes im Lande führen würden. Sie bezweckten, daß jedermann, gleichviel ob gelernter Kaufmann oder nicht, den Handel mit Ländern treiben könne, für die die Handelsgesellschaften ein andere ausschließendes Privileg hätten. Sie erkannten aber an, daß, da der Staat in diesen Ländern keine Gesandten unterhalte, einige Auslagen mit dem Handel dahin verbunden seien. Daher sollten die Gesellschaften bestehen bleiben und von Zeit zu Zeit von all denen, die sich der Einrichtungen derselben bedienten, Beiträge erheben. — Damit wäre der Handel mit den bisher nicht oder wenig von Engländern besuchten Ländern einer „geregelten Gesellschaft“ übertragen worden, in die aber jeder hätte eintreten können. Es wurde von Sandys¹⁾ geltend gemacht, daß diese der individuellen Initiative größeren Spielraum gewähre. Auch „was solle aus den jüngeren Söhnen der Gentlemen werden, die, wenn kein Krieg sei, von den Waffen nicht leben könnten, da das Erlernen einer Profession allen offen stehe und gemein sei, so daß ihnen nichts bleibe als der Handel, es sei denn, daß sie, was ein armseliges Schicksal sei, in den Dienst anderer träten“.

1) Scott 123, 124.

Es mag dahingestellt bleiben, inwieweit diese Ausführungen der wahren Denkweise Sandys' entsprochen haben¹⁾; obwohl er das Monopol der Russischen Gesellschaft als schamlos bezeichnet hat, sind die von ihm befürworteten Gesetzentwürfe nicht Gesetz geworden. Und auch in dem großen Konflikte Karls I. mit dem Parlament, als der König durch schonungslose Erteilung von Monopolen in der Herstellung von Waren im Inland seine Untertanen in der denkbar kostspieligsten Weise besteuerte, sind zwar 1641 alle Monopole in der Herstellung von Waren im Inland verboten worden, aber auch da sind die den Gesellschaften für Handel in ferne Länder erteilten Monopole ausgenommen geblieben²⁾. Sie sind aufrecht erhalten worden, solange der Staat noch nicht imstande war, den Handel in jenen Ländern zu schützen und die Gesellschaften selbst für die Verteidigung ihrer Interessen mit Waffengewalt sorgen mußten.

Die Russische Kompanie hat 1555 von Iwan dem Schrecklichen ein Privileg zum Handel in den moskovitischen Gebieten erhalten in Worten, derer ein moderner Freihändler sich bedienen könnte³⁾: „Da Gott“, so beginnt der Freibrief, „alle Reiche und Herrschaften der Welt mit verschiedenen Gütern versehen hat, so daß jedes die Freundschaft und die Güter des anderen braucht, und die Freundschaft als Folge davon zunimmt, und da nichts so erwünscht ist als Freundschaft, ohne welche kein Geschöpf, das natürlich guten Willens ist, leben kann, so daß das Fehlen derselben so unheilvoll ist, wie es dem Körper schädlich ist, der Luft, des Feuers oder anderer zur Erhaltung der Gesundheit höchst unentbehrlicher Bedingungen zu entbehren; in Anbetracht auch der Tatsache, wie notwendig Waren sind, die dem Menschen alles zum Leben und zur Nahrung Dienende bieten, zu ihrer Kleidung, ihrem Schmuck, ihrem Vergnügen, und alle übrigen ihnen dienende und nützliche Dinge, und daß der

1) Es wird von Scott 123, 197 bezweifelt.

2) Scott 221—223, 232, 236.

3) Tudor Economic Documents II 37.

Handel diese Dinge aus verschiedenen Gegenden in so großer Menge bringt, daß als Folge nirgends etwas fehlt und sich an jedem Ort, der vom Handel berührt wird, als Regel alle Dinge in dem Maße finden, wie er durch Freundschaft verbunden wird und diese andauert, und die, welche sich ihrer erfreuen, gleich Menschen im goldenen Zeitalter leben: aus diesen und anderen wichtigen und treffenden Erwägungen und besonders in Anbetracht des huldvollen Schreibens, das die sehr hohe, sehr ausgezeichnete und sehr mächtige Königin Maria, von Gottes Gnaden Königin von England, Frankreich usw. im Interesse ihrer Untertanen und Kaufleute an uns gerichtet hat wird im eigenen Namen und in dem unserer Erben und Nachfolger“ dem Sebastian Caboto, Gouverneur; dem Sir George Barnes, Ritter; den Konsuln Sir Gresham usw.; den Beisitzern und Gemeinen der genannten Gesellschaft und ihren Nachfolgern für immer das Recht, im Reiche Iwans Handel zu treiben, verliehen. Kein Mitglied derselben soll für eine Schuld haften, für die es nicht persönlich Schuldner ist. Sie soll ihre eigenen Makler, Schiffer, Wagemeister, Packer, Messer, Fuhrleute und andere benötigten Arbeiter wählen dürfen. Ihre heimischen Vorsteher sollen ihre Streitigkeiten schlichten. Wenn ihre Mitglieder sich deren Entscheid nicht fügen wollen, sollen sie durch die russischen Beamten gezwungen werden, zu gehorchen. In Streitigkeiten mit russischen Untertanen soll strenge und schleunige Gerechtigkeit geübt werden; ebenso wenn ein Mitglied verwundet oder getötet werden sollte. Sollte ein englischer Kaufmann wegen Schulden verhaftet werden, so soll er, falls er Sicherheit bieten kann, nicht gefangen gesetzt werden. Im Falle ihre Schiffe durch Seeräuber geschädigt werden, soll alles geschehen, auf daß den Eigentümern Schadenersatz wird.

Der Gewinn der Russischen Gesellschaft war als Regel sehr hoch¹⁾. Ihr Handel beschränkte sich nicht auf russische Produkte. Er drang vor bis zum Kaspischen

1) Scott 34, 35, 37, 43, 56, 64, 68, 69, 104.

Meere und nach Persien. Im Handel mit letzterem hat er in den letzten Jahren 300—400 Proz. betragen¹⁾). Trotz des Versprechens an Eides Statt, das Iwan für sich und seine Nachfolger gegeben hat, der Russischen Gesellschaft die erteilten Freiheiten zu wahren, sind sie ihr mit und ohne ihre Schuld wiederholt entzogen worden. Aber sie wurden ihr immer wieder erneuert. Besonders gewinnbringend erwies sich für sie die Entdeckung von Walfischgrund²⁾). Sie hat dazu geführt, daß sich unter dem Namen „Grönland - Kompanie“ eine Tochtergesellschaft von ihr abgelöst hat, die später gewinnbringend gewesen ist³⁾).

Auch die im gleichen Jahre wie die Russische ins Leben getretene Afrikanische Gesellschaft ist, wenn auch nicht in dem gleichen Maße wie die Russische, erfolgreich gewesen. Ihre erste Expedition hat 400 Pfund Gold und 250 Elefantenzähne gebracht⁴⁾). Auch ihre weiteren Fahrten brachten außerordentlich hohen Gewinn; 40 bis 60 Proz. galten im Vergleich dazu als gering⁵⁾). Es waren aber nicht nur Gold und Elefantenzähne, was die Engländer aus Afrika holten. 1562 ist John Hawkins mit drei Schiffen nach Sierra Leone gefahren, hat sich dort „mittels des Schwerts, teils auf andere Weise“ 300 Neger bemächtigt und sie nach Hispaniola gebracht. Das Unternehmen war gewinnreich. Darauf hat 1564 eine weit beträchtlichere Expedition nach der Küste von Guinea stattgefunden. Die Engländer, heißt es, gingen täglich ans Land, um sich der Einwohner unter Verbrennung und Zerstörung ihrer Dörfer zu bemächtigen. Die Leistung wurde in England so hoch eingeschätzt, daß Elisabeth Hawkins zum Ritter machte. Er wählte als Helmzeichen einen gefesselten Neger. Das Schiff, mit dem Hawkins seine zweite Expedition machte, trug den Namen „Der

1) Scott 70.

2) Scott I 130, 145.

3) Ebenda 180, 199, 200, 242.

4) Ebenda 23. 5) Ebenda 43.

Jesus“¹⁾. Der Sklavenhandel wurde von da ab populär. Unter den Stuarts ging das Streben dahin, ihn weiter zu entwickeln. So hat Lord Warwick 1618 zusammen mit anderen ein Privileg erhalten, von der Küste Guineas aus Sklavenhandel zu treiben. 1631 wurde einer Gesellschaft zu gleichem Zwecke ein Freibrief erteilt. Ich werde von dem englischen Sklavenhandel der späteren Zeit noch zu reden haben.

Weit bedeutsamer waren noch die zum Betrieb des Seeraubs begründeten Aktiengesellschaften, nicht nur wegen der Höhe des Gewinns, den sie selbst abgeworfen haben, sondern weil eben dieser Gewinn zur Begründung der englischen Herrschaft in Indien gedient hat.

Es war die Zeit des gespannten Verhältnisses zwischen Elisabeth und Philipp II. von Spanien. Nicht immer herrschte erklärter Kriegszustand; aber allzeit waren die Engländer zur Zeit Elisabeths darauf aus, Philipps Übermacht, die in den Bergwerken Amerikas wurzelte, durch Beraubung seiner Silberflotten zu schwächen. Der von ihnen den Spaniern zugefügte Verlust wurde 1567 auf 300 000 Dukaten geschätzt²⁾. Als offener Krieg ausbrach, gelang es Elisabeth, sich des für Alba bestimmten spanischen Schatzes zu bemächtigen. Aber man muß nicht meinen, daß diese Seeräubereien den Engländern nur Gewinn gebracht hätten. Es blieben gleichartige Retorsionen der Spanier nicht aus. Die Folge war ein starker Rückgang des englischen Handels. Angenommen, daß die spanischen Kaufleute 3 Millionen Dukaten verloren, so kam Englands Handel zum völligen Stillstand, und da es das ärmere Land war, wurde sein Verlust stärker gefühlt³⁾. Wichtiger als die englischen Seeräubereien in europäischen Gewässern waren die englischen Raubzüge in Spanisch-Amerika. Scott teilt die Zeit von 1568 bis zur Zeit der Armada, 1588, in zwei Abschnitte⁴⁾. Der frühere endet mit der Rückkehr Drakes von einer Fahrt um die Welt

1) Lecky, History of England, London 1878, II 12.

2) Scott I 49.

3) Scott I 55.

4) Ebenda 73.

1580. In beiden Abschnitten fanden die Unternehmungen durch Aktiengesellschaften statt, wodurch das Risiko verteilt wurde. Auch wurde die geheime Vorbereitung der seeräuberischen Expeditionen bei ihrer Unternehmung durch Aktiengesellschaften erleichtert. Elisabeth war an der Expedition Drakes stark beteiligt. Es wird berichtet, sie habe geschworen, sie werde den Kopf desjenigen haben, der den König von Spanien über die Ausrüstung der Expedition Drakes von 1577 unterrichte¹⁾. Scott berechnet²⁾ den auf diese Ausrüstung verwendeten Betrag auf eine Kleinigkeit weniger als £ 5000. Die Ergebnisse dieses bescheidenen Aufwandes waren einzig. „Drake hatte das Kap Horn umschifft und sich außerordentlicher Schätze bemächtigt, bevor die Spanier Anstalten getroffen hatten, ihm Widerstand zu leisten. Als Kriegsschiffe gegen ihn entsandt wurden, segelte er, statt auf dem Wege, auf dem er gekommen war, zurückzukehren, nach Westen. Dann verschwand er für Monate. Unterdessen kamen Nachrichten über die Mannigfaltigkeit und den Umfang seiner Räubereien nach Spanien. Allmählich sickerte das auch nach England durch, und im September 1579 berichtete Mendoza, daß die Aktionäre vor Freude außer sich seien, und daß die Leute von nichts anderem als der Ausrüstung ähnlicher Expeditionen sprächen“³⁾. Nun wurden in England alle nötigen Vorkehrungen getroffen, auf daß man nichts von der Größe der Beute erfahre, wenn Drake zurückkehre. Und als er zurückkam, war alles vorbereitet. Es wurde berichtet, die Beute habe 1,5 Millionen £ betragen; nach Mendoza betrug sie $1\frac{3}{4}$, nach Nachrichten aus Sevilla noch mehr. Burghley war dafür, daß den Aktionären ihr Kapital und der Rest den Spaniern zurückgegeben werde; Leicester und andere, die wahrscheinlich beteiligt waren, waren entschieden dagegen. Schließlich wurde den Spaniern nichts zurückgegeben und die Aktionäre erhielten 4700 Proz.¹⁾. Elisabeth selbst war Aktionär. Sie erhielt aber noch mehr — zwischen 250 000 und

1) Scott I 74.

2) Ebenda 78.

3) Ebenda 78, 79.

4) Ebenda 81.

300 000 £, sowie die meisten Edelsteine und wahrscheinlich Silberbarren¹⁾).

Elisabeth hat 1580/1 aus ihrem Erlös die Kronschulden getilgt; die beste Anlage derselben aber war die in der Levantinischen Kompanie²⁾). Diese ist 1581 für den Handel mit dem Orient gegründet worden. Elisabeth und Mitglieder des Geheimen Rats haben sich mit zusammen £ 40 000 als Aktionär beteiligt³⁾). Die Levantinische Kompanie war gewöhnt, 300 Proz. Gewinn zu erzielen. Sie ist dann durch Elisabeths Kriege mit Philipp schwer geschädigt worden. Da wurde sie als Aktiengesellschaft aufgelöst und der Handel mit der Levante der privaten Unternehmung frei gegeben; die Kaufleute, die nach der Levante Handel trieben, wurden in einer „geregelten Gesellschaft“ vereinigt.

Das Kapital der Levantinischen Kompanie ist der Grundstock der Ostindischen Gesellschaft geworden, die 1600 von Elisabeth ihren Freibrief erhalten hat. „Ihre Gründung ist mehr als Anlagegelegenheit für dieses, denn als die Eröffnung eines neuen Handelszweiges zu betrachten“⁴⁾). Die Bedeutung, die diese Gesellschaft für das englische wirtschaftliche und politische Leben erlangt hat, nötigt dazu, sich schon mit ihren Anfängen eingehender zu beschäftigen. Zunächst einige Bemerkungen über das Land, wohin sich ihre Fahrten gerichtet haben.

Der Handel Europas mit dem südöstlichen Asien und speziell mit Indien und den Inseln des Malayischen Archipels ist seit unvordenklicher Zeit der gewinnbringendste Zweig des Welthandels gewesen. Daher die unternehmendsten unter den zivilisierten Staaten Europas ihn an sich zu reißen suchten. Er ist die Grundlage der Blüte jeder Stadt und jeder Nation geworden, der dies mehr als den übrigen gelang. Zuerst war dies Alexandrien, und seit Caesar haben die römischen Kaiser deshalb geplant, Alexandrien zur Hauptstadt des Reiches zu machen⁵⁾). Als die Kauf-

1) Scott 82. 2) Ebenda 83. 3) Ebenda 70.

4) Ebenda 129.

5) Mommsen, Römische Geschichte V, 5. A., 573.

leute von Palmyra den asiatischen Handel durchs Rote Meer durch einen Überlandhandel zu verdrängen suchten, soll dies der Grund gewesen sein, warum die Römer Palmyra zerstört haben. Nach der Eroberung Syriens und Ägyptens durch die Araber ist dann Konstantinopel der Sitz eines Überlandhandels mit Ostasien geworden; im 8. und 9. Jahrhundert hat sich dort der Handel Europas weit mehr als seitdem in irgendeiner Stadt konzentriert¹⁾. Mit dem zunehmenden Verfall des byzantinischen Reiches haben Venedig und Genua die Erbschaft angetreten. Dann haben zwei Kinder dieser Städte versucht, über den Atlantischen Ozean und das nördliche Eismeer den Weg nach dem ihre Phantasie fesselnden Indien zu finden, Christoph Columbus und Sebastian Caboto. Aber weit wichtiger für die europäischen Beziehungen zu Indien war es, als 1487 der Portugiese Bartholomeus Diaz de Novaez das Kap der Stürme, fortan Kap der Guten Hoffnung genannt, umsegelte. Ich habe schon die Demarkationsbulle von Tordesillas vom 4. Mai 1493 erwähnt, in der Alexander VI. die neuentdeckte Welt zwischen Portugal und Spanien verteilt hat. Nachdem Vasco da Gama 1498 in Calicut gelandet war, hat der Papst 1502 in einer weiteren Bulle den Portugiesen das Monopol in Handelsgeschäften mit Indien zugesprochen. Als dann 1517 mit der Eroberung Ägyptens durch die Türken auch noch die alten Handelswege nach Indien unter die Herrschaft der Moslemin kamen, war es mit der Vorherrschaft Venedigs und Genuas im Welthandel vorbei. Die Portugiesen traten zunächst an ihre Stelle, und Lissabon wurde der Stapelplatz für asiatische und speziell für indische Waren.

Wie aber sah es damals in Indien aus?

Der weitaus wichtigste Erwerbszweig von Indien ist von jeher die Landwirtschaft gewesen; sie ernährt heute etwa 70 Proz. der Bevölkerung²⁾. Die Landwirte sind noch

1) Finlay, *Byzantine Empire* 248.

1) Dr. Sten Konow, *Indien unter der englischen Herrschaft*, Tübingen 1915, 91.

heute ganz kleine Bauern. Im Durchschnitt beträgt die Größe des Betriebes in Madras 320 ar, in Punjab 120 und in Bihar nicht mehr als 20 ar¹⁾. Der Großmogul Akbar (1555—1605) hat bestimmt, daß der Bauer ein Drittel oder ein Viertel des Rohertrages an den Staat abzuliefern hatte²⁾. Die Folge war die äußerste Armut der Bauern und diese, sowie die genannten Abgaben vom Bruttoertrag schlossen jedwede Bodenmelioration aus. Trotz aller Bemühungen der Engländer, den Landwirtschaftsbetrieb in Indien zu verbessern, ist dieser noch heute ganz primitiv³⁾. Man kann daraus schließen, wie er zu Beginn des 17. Jahrhunderts gewesen ist. Daneben aber war Indien der Sitz eines blühenden Gewerbebetriebes⁴⁾. Im Spinnen, Weben, Färben war es allen Ländern überlegen. Das hat bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts fortgedauert. Auch in anderen Produkten war es ausgezeichnet. Auf seinen Märkten kaufte man feine Baumwollgewebe, Seidenstoffe, Gewürze, Indigo, Zucker, Drogen, Edelsteine, kuriose Kunstwerke, chinesisches Porzellan; denn abgesehen von dem, was es selbst produzierte, war es der Mittelpunkt des Handels zwischen Asien und Afrika. Sein Handel umfaßte das ganze Gebiet von Mozambique bis nach den Philippinen und Japan⁵⁾. Von allen Teilen der Welt strömten die Edelmetalle im Austausch gegen Luxusgegenstände nach Indien. Schon Plinius hat geklagt, daß es jährlich 55 Millionen Sesterzen verschlinge. So ist es die Jahrhunderte durch geblieben. Ein Schriftsteller des 18. Jahrhunderts schreibt⁶⁾, wie alle Flüsse dem Meere, so flössen viele Silberströme nach Indien, um dort zu bleiben.

Die oberen Klassen der Gesellschaft — Militär, Adel, Großgrundbesitzer, Kaufleute, Bankiers, Juweliere — lebten

1) Sten Konow 92. 2) Ebenda 75. 3) Ebenda 94.

4) Bal Krishna, *Commercial Relations between India and England 1601—1757*, London 1924, 38.

5) Ebenda Ch. I.

6) Edward Tarry, *A Voyage to East India 1655*, zitiert von Bal Krishna 38.

in großem Luxus. In dem Buche des Duarte Barbosa heißt es¹⁾: „Dieses Volk ist von großer Kultur, an gute Kleidung gewöhnt, lebt luxuriös und in Freuden und Lastern. Sie essen gut; ihre Gewohnheit ist, sich mit süß riechenden Salben einzureiben. Männer und Frauen tragen stets Jasmin im Haar.“ Dieses Zeugnis wird durch andere bestätigt. In grellem Gegensatz hierzu stand die Lage der Masse des Volkes. Der französische Arzt François Bernier²⁾ schreibt, „daß man sich von den Leiden des Volkes keine ausreichende Vorstellung machen könne“. Er schreibt „von einer Tyrannei, so alles Maß übersteigend, daß Bauer und Handwerker, der Lebensnotdurft beraubt, dem Tod durch Elend und Erschöpfung preisgegeben würden — einer Tyrannei, vermöge deren dieses elende Volk entweder überhaupt keine Kinder hat oder sie nur hat, um der Agonie des Verhungerns preisgegeben zu sein und im zarten Alter zu sterben — einer Tyrannei, die den Bauer aus seinem elenden Heim vertreibt. Da der Boden außer auf Grund von Zwang selten angebaut wird, und niemand sich findet, der zur Ausbesserung der Gräben und Kanäle, die der Wasserzufuhr dienen, bereit wäre, ist schlechter Bodenanbau die Folge und ein großer Teil des Landes wegen fehlender Bewässerung unproduktiv. Auch die Häuser sind in Verfall.“

1) Zitiert bei Bal Krishna 39.

2) Zitiert bei Vincent A. Smith, *The Oxford Student's History of India*, 1917, p. 235. Selbst Bal Krishna, der p. 39 schreibt, daß der Lebensunterhalt damals in Indien ungemein billig gewesen sei, so daß das Volk auch bei kleinem Einkommen habe behaglich leben können, fährt im Widerspruch damit p. 40 fort: „Es ist unbestreitbar dargetan, daß die unteren Schichten der Gesellschaft, die Bauern, Arbeiter und Handwerker sehr elend lebten. In vielen Teilen von Sind, Malabar und selbst von Gujerat waren Männer wie Frauen nur ungenügend bekleidet und lebten in Strohütten. Sie wurden nach dem Zeugnisse zahlreicher zuverlässiger Reisender wie Heloten behandelt. Das waren die Leute, die in Zeiten der Teuerung sich und ihre Kinder in Gujerat, Bengalen und im Dekkan als Sklaven zu verkaufen pflegten.“

Die Sklaverei bestand in Indien seit unvordenklicher Zeit¹⁾. Sowohl zwischen den verschiedenen indischen Staaten als auch zwischen Indien und anderen Ländern Asiens und Afrikas fand lebhafter Sklavenhandel statt. Wenn es in einem Jahre nicht regnete, so brach Hungersnot aus; viele starben und manche verkauften ihre Kinder für ein paar Lebensmittel. Andere Sklaven waren Kriegsbeute. Alle zehn bis zwanzig Meilen oder vielmehr in jedem Dorf und jeder Stadt gab es einen eigenen Herrscher, von denen keiner dem anderen gleich war, weder was Sprache, Recht oder Sitte angeht; sie waren in stetem Kriege miteinander, und wer gefangen genommen wurde, wurde zum Sklaven gemacht. Die Sklaven wurden gleich dem Vieh auf unseren Viehmärkten zum Verkaufe gestellt. Darunter befanden sich hübsche und elegante Mädchen und Frauen aus allen Teilen Indiens, von denen merkwürdigerweise die meisten sehr gebildet waren. Alle Sklaven waren sehr billig; die teuersten kosteten nicht mehr als £ 4 10 s oder £ 6 15 s. Einige Portugiesen hielten 12, 20 oder 30 männliche und weibliche Sklaven und lebten von ihrer Arbeit oder Schlimmerem.

Wenn auch nicht auf Grund der den Portugiesen vom Papste Alexander VI. 1502 zugesprochenen Rechte, so haben sie sich doch auf Grund der Privilegien, die ihnen von den Beherrschern des Landes erteilt wurden, für die Dauer eines Jahrhunderts wirklich des Monopols im ostindischen Handel erfreut. Die Stadt Goa, „die 225 000 Einwohner, wovon drei Viertel Christen, gehabt haben soll, war der Sitz ihrer Herrschaft und ihres Handels“. „Es war ein Wunder“, heißt es, „die große Menge Volkes zu sehen, die jeden Tag da zu Wasser und zu Lande zusammenströmte.“ Jeder Tag sei ein Markttag gewesen. Im Hafen von Goa hätten die meisten Schiffe verkehrt; sie seien von allen Teilen der Welt gekommen und nach allen gegangen²⁾.

1) Bal Krishna p. 40, 41.

2) Bal Krishna p. 19.

Wer aber waren die Herrscher, von denen die Portugiesen und nach ihnen die Holländer, Engländer, Franzosen, Dänen die für ihren Handelsbetrieb damals unentbehrlichen Privilegien erhalten haben?

Indien ist von jeher ein Land der Kleinstaaten gewesen. Das Land war zu groß; es ist, wenn man von Rußland absieht, so groß wie Europa; es gab keine Wege mit festem Wegekörper und keine Brücken über die großen Flüsse; die Fahrzeuge waren äußerst unvollkommen. Ein solches Land konnte nicht mittels Beamten von einer Zentralstelle aus verwaltet werden. Die einzig mögliche Verwaltung war, daß man, wie im mittelalterlichen Europa, Mächtige mit der Verwaltung der einzelnen Provinzen belehnte. Eben das aber brachte es mit sich, daß, wo einmal eine nahezu ganz Indien umfassende Herrschaft ins Leben trat, es nur außerordentlich kräftigen Persönlichkeiten gelang, ihren Willen im ganzen Reiche zur Geltung zu bringen.

Vom 11. Jahrhundert an war das ganze obere Indien durch die Mohammedaner erobert worden. Während des 15. Jahrhunderts hatten verschiedene mohammedanische Dynastien gesonderte Reiche in verschiedenen Teilen des Landes begründet. Nominell waren sie einem in Delhi thronenden Kaiser unterworfen; in Wirklichkeit glichen sie den Lehensträgern des mittelalterlichen Europa und lagen gleich diesen stets im Streite miteinander. 1450 hat der Sultan Bahlol seine Suprematie über die kleinen Fürsten energisch zur Geltung gebracht. Aber zu Beginn des 16. Jahrhunderts war sein Reich abermals von Auflösung bedroht. Im Westen und Süden waren vier beträchtliche mohammedanische Reiche unabhängig geworden. In Zentralindien wurden die Hinduhäupter der Rajputklasse stärker; sie profitieren von den Streitigkeiten der Mohammedaner untereinander.

Da kam Zahirrudin Mahmud Babar, geboren 1483, der Herkunft nach ein Khan der Chayata's. Er hat von früh an kämpfen müssen, um sein Erbrecht zur Geltung zu bringen, und sich zwischen 1504 und 1511 in Kabul mit Hilfe des

persischen Königs durchgesetzt. Zwischen 1514 und 1523 hat er vier Eroberungskriege nach Indien unternommen; in einem fünften gewann er 1525 die Schlacht bei Paniput, eroberte Delhi und drang vor bis Agra. Dann besiegte er die gegen ihn ziehenden Rajputfürsten. Als er 1530 starb, war seine Autorität maßgebend über die weiten indischen Ebenen vom Indus bis hin zu den Grenzen Bengalens.

Durch Babar ist das Reich der Mogulen in Indien begründet worden. Es ist von 1525 bis 1761 eine Wirklichkeit gewesen und hat von da ab bis nach dem Aufstand von 1857 noch dem Namen nach bestanden. Die ersten sechs Großmogule waren durch Intelligenz und Kraft des Willens hervorragende Herrscher. Sie hießen Babar, Humayum, Akbar, Jahanghir, Sha Jahan und Aurangzeb. Aber das Land entbehrte des einzigen Vorteils der monarchischen Staatsform, der kampflosen Aufeinanderfolge der obersten Staatsleiter; die Erbfolge beruhte auf dem Überleben der Tüchtigsten im Kampfe um die Krone. Nach dem Tode jedes Herrschers fand ein Sukzessionskrieg unter seinen Söhnen statt, bei dem Tausende umkamen; und ebenso fanden fortwährende Kriege statt seitens des jeweiligen Großmoguls gegen die Usurpationsgelüste der großen Lehensträger. Alle Kriege wurden mit furchtbarer Grausamkeit geführt.

Der größte unter den genannten Großmoguln ist Akbar gewesen. Er hat das ganze obere und zentrale Indien vom Oxus und der Grenze Persiens an seiner Herrschaft unterworfen. Im Süden waren die Grenzen seines Reiches unbestimmt. Er war kein bloßer Eroberer. Er hinterließ seinem Nachfolger das bestregierte und reichste Reich in Asien, eingeteilt in Provinzen und Bezirke, mit wohlgeordneter Steuerrolle auf Grund präziser Bestimmungen über die Veranlagung zur Grundsteuer. Seine Einnahmen beruhten auf genauer Vermessung der angebauten Bodenfläche, einer Feststellung des Durchschnittsertrages eines jeden Grundstückes und einer Begrenzung dessen, was der Staat in jedem Bezirke fordern dürfe. Ihr Ertrag wird auf 19 Millionen £ berechnet. Akbar war ein Freund der

Philosophen und persönlich ein Freidenker. Er erstrebte eine Versöhnung der Rassen seines Reiches und eine religiöse Annäherung der Mohammedaner und Hindus; in religiösen Fragen entschied er als oberste Instanz. Er selbst konnte nicht lesen und schreiben; nichtsdestoweniger war er ein großer Freund der Literatur und hat eine enorme Bibliothek gesammelt.

Unter dem Sha Jahan, dem Enkel Akbars, hat das Reich des Großmoguls den größten äußeren Glanz erlebt. Unter ihm ist der Umbau der Stadt Delhi erfolgt; der Reichtum des Großmoguls wurde auf 337¹/₂ Millionen £ geschätzt. Die Verwaltung war ausgezeichnet, aber despotisch, und die Masse des Volkes befand sich in der bereits geschilderten elenden Lage; im Süden der Halbinsel gab es die unabhängigen Reiche der Marathas, Bjapur und Golconda.

So waren Indien und seine politischen Verhältnisse, als die Portugiesen dort auftraten. Die indischen Landesherren haben sich gleich den mittelalterlichen Königen und Lehensträgern zum auswärtigen Handel verhalten. Sie waren sehr darauf aus, fremde Kaufleute in ihr Gebiet zu ziehen, selbst auf Kosten ihrer eigenen Untertanen, und Mißbräuchen, durch die sie in ihrem Handel beeinträchtigt wurden, zu steuern. Auch Akbar und sein Sohn Jehangir haben die Portugiesen begünstigt. Die Zölle betrugen in ihrem großen Reiche nicht mehr als 2,5 Proz. Auch das Vorgehen bei ihrer Erhebung war seitens des Großmoguls sehr milde, weniger seitens der kleinen Häuptlinge, durch deren Gebiete die Waren geführt wurden¹).

Die Einfuhr der Portugiesen bestand aus Silber, Juwelen, Wolltuch, Hüten, Schwertern, Waffen aller Art und Munition, Tabak, Eisenwaren, Glas, Spiegeln, Eisen, Blei, Zinnober, Korallen, den verschiedensten Arten von Lebensmitteln, gedruckten Büchern und einer Menge anderer Waren. Nach allen diesen Waren bestand große Nachfrage seitens der Inder; die Lebensmittel waren für die im Osten

1) Bal Krishna 42, 43.

angesiedelten Portugiesen. Krishna berechnet, daß zwischen 1580 und 1610 jährlich 750 000 Kronen in Silber aus Portugal nach Indien ausgeführt worden seien. Das eingeführte Geld wurde im Einkauf von indischen Waren angelegt; die eingeführten Juwelen gingen an die Höfe von Agra und Brahmpur, und aus dem Erlös wurden Indigo und Gewebe gekauft. Das eingeführte Geld brachte großen Vorteil. Man erhielt in Indien dafür ein Drittel mehr als in Portugal. Die eingeführten europäischen Waren brachten einen Gewinn im Verhältnis von 4:1, die Lebensmittel sogar von 6 und 7:1.

Zu Ende des 16. Jahrhunderts, als Portugal unter die Herrschaft des Königs von Spanien gelangt war, waren es hauptsächlich Pfeffer, Gewürze, Indigo und Gewebe, die aus Indien nach Portugal und Spanien gingen.

Krishna schätzt den Tonnengehalt des portugiesischen Handels mit Indien auf 20 000 Tonnen. Aber die Beherrscher Portugals haben den Handel mit und in Indien mannigfachen Beschränkungen unterworfen. Der Handel mit Pfeffer, Gewürzen und Indigo war monopolisiert; die Einfuhr von Ingwer und Zimmet aus Malabar war verboten; das Recht, mit Mozambique, Ormuz am Persischen Golf, den Philippinen und China und Japan Handel zu treiben, war an verschiedene Kapitäne und Große für je drei Jahre verpachtet; asiatischen Kaufleuten war der Küstenhandel in verschiedenen Waren verboten usw. Dabei Vorkaufsrechte des Königs und derjenigen, denen er Lizenzen verliehen hatte, und Begünstigungen aller Art der portugiesischen Händler. Auch benötigten alle Asiaten, mit Ausnahme der Untertanen alliierter Fürsten, portugiesische Pässe, um zur See Handel treiben zu dürfen. Zur Durchführung dieser Bestimmungen und zum Schutze gegen Seeräuber diente eine portugiesische Flotte. Es waren dazu viele Schiffe nötig. An vielen Orten der indischen Küste blühte der Schiffsbau.

Nach Wyld, *Humble Petition and Remonstrance*, 1654, haben die Portugiesen, bevor die Holländer und Engländer ihnen Konkurrenz machten, jährlich 2 Millionen £

nach Hause gebracht, außer den Perlen, Diamanten und anderen Edelsteinen.

Solche Gewinne waren für jene Zeit außerordentlich und mußten das Streben der übrigen seefahrenden Nationen wecken, Anteil daran zu erhalten. Das gilt vor allem für die Holländer und Engländer. Daß die Bullen des Papstes Alexander VI. für die protestantischen Nationen keine Bedeutung hatten, ist selbstverständlich. Als gar Philipp II. 1581 Portugal annektierte, das von da ab bis 1640 unter der Herrschaft des spanischen Königs stand, mußten die Kämpfe der Holländer und Engländer gegen Spanien auch auf die Herrschaft der Portugiesen in Ostindien zurückwirken. Philipp hat den aufständischen Holländern verboten, mit Ostindien Handel zu treiben und die von den Portugiesen nach Lissabon eingeführten Gewürze von da nach Holland zu holen. Darauf haben die Holländer beschlossen, sich diese von den Gewürzinseln selbst zu holen und sich in den Besitz der meisten portugiesischen Niederlassungen in Ostindien gesetzt.

Vom ersten Auftreten der Holländer im Osten angefangen ist ihr Streben dahin gegangen, sich in den Besitz der Molukken zu setzen. Nach der Zerstörung der spanisch-portugiesischen Flotte in dem Jahre 1615 haben sie dies erreicht. Sie hatten eine Ostindische Kompagnie ins Leben gerufen, die mit dem holländischen Staatswesen aufs engste verwachsen ist. Ihre Direktoren wurden ein Staat im Staat; sie bildeten eine Oligarchie, die darin maßgebenden Einfluß übte. Sie wurde von einem aus 17 Personen bestehenden Kollegium regiert, dessen Mitglieder durch die heimatlichen Behörden ernannt wurden. Es hatte das Recht, im Namen der Republik Bündnisse, Kriegs- und Friedensschlüsse, Handelsverträge abzuschließen, die erworbenen Länder durch eigene Beamte zu verwalten und durch eigene Flotten und Mannschaften zu verteidigen. Um ihr Ersatz für die hierdurch entstandenen großen Kosten zu sichern, erhielt die Kompanie das Monopol des Handelsbetriebes mit Ostindien. An der Spitze des Kollegiums stand

ein Generalgouverneur, der von ihm auf fünf Jahre gewählt wurde. Sein Amtssitz war Batavia in Java. Unter ihm standen sieben, später, als Kapland dazu gekommen war, acht Lokalgouverneure, die innerhalb ihrer Distrikte weitgehende Rechte hatten, in Fragen der hohen Politik aber dem Generalgouverneur unterstanden. Der Generalgouverneur war tatsächlich allmächtig. Alle die kleinen einheimischen Herrscher blickten zu ihm auf als zum Beherrscher ihres Geschickes. Es war eine große Stellung. Sie wurde in der Zeit 1617—1645 von fünf ausgezeichneten Männern eingenommen. Unter Anthoni van Dienen 1636 bis 1645 hat die Kompanie vielleicht ihre höchste Blüte erreicht. Die Tätigkeit der Holländer hat sich nicht auf die Molukken, auf Java, Sumatra und Borneo beschränkt, 1609 haben sie sich mit Japan befreundet; sie waren die einzigen Europäer, denen die Japaner Handel zu treiben gestattet haben. Die Bedingungen waren demütigend, aber der Handel mit ihnen war gewinnbringend. 1623 gelang es der Kompanie, auf Formosa Fuß zu fassen. Dazu ist 1636 Ceylon gekommen. Es war zunächst Java für anderthalb Jahrhunderte ihr wertvollster Besitz im Osten. Auf dem indischen Festland wurde an den Küsten von Malabar und Koromandel Fuß gefaßt. 1640 wurde Malakka erobert. Auch im Westen von Indien hat sich ihr Handel ausgebreitet. Sie hatten eine Niederlassung in Gambron (Bender Abbar) am Persischen Meerbusen. Dazu kamen die Kapkolonie, Australien, das sie Neuholland nannten, ein Name, den es bis Mitte des 19. Jahrhunderts trug, Vandiemensland (heute Tasmania).

Der Gewinn, den die Kompanie alsbald nach ihrer Gründung erzielte, betrug in den 43 Jahren 1605—48 22 Proz. im Durchschnitt. Auch schreckte sie vor nichts zurück, um ihn hoch zu halten. Sie nutzte ihr Monopol, indem sie zur Hochhaltung der Preise nicht nur die Produktion beschränkte, sondern auch bei überreicher Ernte einen Teil derselben verbrannte. Aber schlimmer noch waren die Mittel, die sie ergriff, um sich ihr Monopol dauernd zu sichern.

Das Vorgehen der Holländer hat nämlich die Engländer zur Nachahmung gereizt. Nicht als ob die Engländer nicht schon vor den Holländern darauf aus gewesen wären, an dem Gewinn, den der Handel mit dem Osten abwarf, Anteil zu erlangen. Zuerst hatten sie an Überlandhandel gedacht. Ich habe schon gesagt, daß die 1553 gegründete Russische Gesellschaft bis nach Persien vorgezogen und daß 1581 mit dem von Drake erbeuteten Schatze unter anderem auch die Levante-Kompanie ins Leben gerufen worden ist, und daß, nachdem diese infolge der Schwierigkeiten, im Mittelmeer Handel zu treiben, welche die Feindschaft mit Philipp II. mit sich brachte, aufgelöst worden war, mit ihrem Kapital die englische Ostindische Gesellschaft gegründet worden ist. Den Anstoß haben Vorkommnisse in der niederländischen Kompanie nach dem Ausland handelnder Kaufleute gegeben. Diese hatte 1595 eine Expedition unter Cornelis Houtman nach dem Osten geschickt, die 1597 zurückkehrte. Streitigkeiten unter den Kommandanten hatten den Erfolg beeinträchtigt; als Folge war der Preis des Pfeffers in England gestiegen, und dies hatte zur Folge, daß im September 1599 einige Kaufleute in London zusammentraten, um gemeinsam einige Schiffe nach Indien zu schicken. £ 30 133 wurden gezeichnet, fünfzehn Zeichner zu Leitern der Gesellschaft gewählt und ihnen der Ankauf von Schiffen und Waren übertragen. Sie sollten außerdem von der Königin das Monopol des Handels nach Indien, die Befreiung ihrer Schiffe vom Marinedienst, Erlaß des Ausfuhrzolles und Erlaubnis zur Ausfuhr gemünzten Edelmetalles erbitten. Die Bewilligung hat sich verzögert; es stand ein Vertrag mit Spanien in Aussicht; die Spanier hielten noch an dem Ansprüche Portugals auf ein Handelsmonopol mit Indien fest; man wollte sie nicht verletzen. Das Jahr darauf fielen diese Erwägungen fort, und am 31. Dezember 1600 hat Elisabeth „dem Gouverneur und der Kompanie der nach Ostindien handeltreibenden Kaufleute von London“ einen Freibrief verliehen. Für 15 Jahre sollte ihr das ausschließliche Recht zustehen, mit den Ländern östlich vom

Kap der Guten Hoffnung bis zur Magalhãesstraße Handel zu treiben. Sie durfte Länder erwerben, soweit sie nicht befreundeten Staaten gehörten, und in den erworbenen Ländern Gesetze erlassen, die nur dem englischen Rechte nicht widersprechen sollten. Bei ihren ersten vier Fahrten sollte die Gesellschaft die englischen Waren zollfrei ausführen und während der Dauer des Privilegs die indischen Waren zollfrei einführen dürfen. Auch wurde ihr gestattet, bei jeder Fahrt Gold und Silber bis £ 30 000 bar auszuführen; doch sollte sie den gleichen Betrag an Edelmetallen wieder zurückbringen. Die Leitung der Gesellschaft lag bei dem Gouverneur und 24 Direktoren. Sie sollten von der Generalversammlung der Gesellschafter auf je ein Jahr gewählt werden.

Das ist der Anfang der Ostindischen Gesellschaft gewesen. Den Engländern ist es damit ergangen wie Saul, der auszog, um die Eselinnen seines Vaters zu finden, und ein Königreich heimbrachte. Die Kaufleute, denen Elisabeth das Monopol des indischen Handels verlieh, haben an nichts weniger als an Welteroerbung gedacht. Sie waren Männer, denen es auf nichts anderes ankam als auf möglichst großen Kapitalgewinn. Nichts, was für den Geist, der sie beseelte, bezeichnender wäre, als daß die nur aus Citykaufleuten bestehende Gesellschaft anfänglich keinen Adligen außer dem Earl of Cumberland, einem seefahrenden Unternehmer (adventurer), als Teilnehmer zuließ, da sonst viele ihre Einlagen zurückziehen würden. Derselbe Macchiavellismus, der alle Handelsunternehmungen zur Zeit des Merkantilsystems beherrscht hat, ist in höchstem Maße auch der leitende Geist ihres Vorgehens sowohl gegenüber den indischen Machthabern, als auch den eingeborenen Indern und gegenüber den mit ihr konkurrierenden Portugiesen, Holländern, Franzosen und ebenso gegenüber allen nicht zu ihr gehörigen Engländern gewesen. Was den englischen Staat dabei angeht, so glich, wie Sir Alfred Lyall¹⁾ treffend bemerkt hat, sein Verhalten dem eines

1) Sir Alfred Lyall, *The rise of the British Dominion in India*, London 1893, p. 15.

nicht persönlich haftenden Gesellschaftern in einer Kommanditgesellschaft. Er lief kein Risiko, erkannte Verantwortlichkeit nur in geringem Maße an, mischte sich gelegentlich ein, um am Gewinn Anteil zu fordern oder für Erneuerung des Privilegs eine Gebühr zu erheben, und unterstützte die Gesellschaft nur, wenn dies mit den kommerziellen und politischen Interessen der Nation in Übereinstimmung war.

Der erste Widerstand, auf den die Engländer stießen, war der der Portugiesen. Noch standen diese unter dem Könige von Spanien. Ihr Widerstand wurde durch die Seeschlachten in der Nähe von Surat 1612 und 1615 und die vorübergehende Besetzung von Ormuz am Persischen Meerbusen gebrochen; letztere geschah in Erfüllung einer Bedingung des Schahs von Persien für Gewährung des Rechts, in seinem Reiche Handel zu treiben. Weit schwieriger war das Verhältnis der englischen zur holländischen Ostindischen Gesellschaft. Das Bestreben der holländischen ist von ihrem ersten Auftreten im Osten an dahin gegangen, sich in den Besitz der Molukken zu setzen; nach der Zerstörung der spanisch-portugiesischen Flotte im Jahre 1615 hatte sie die Herrschaft über die Molukken erreicht.

Der Erwerb der Gewürzinseln durch die Holländer mußte sie in Konflikt mit den Engländern bringen. Noch lag der Hauptgewinn des englischen Handels in dem, was der mit den Gewürzinseln brachte. Noch hatten Engländer und Holländer keine besonderen Einflußsphären beiderseits anerkannt. Ihr Konflikt begann mit gegenseitigen Beschuldigungen der Undankbarkeit; er trug den Charakter eines Bürgerkrieges. Die Holländer hatten sich in Besitz der Bandainseln gesetzt; sie hatten unter großen Kosten Festungen daselbst errichtet; das machte ihr Verlangen nach Monopol begreiflich. Die Engländer stellten sich gegenüber den Holländern auf die Seite der ihre Unabhängigkeit verteidigenden Eingeborenen. Sie waren die Schwächeren. Es blieb ihnen nichts als Kampf oder Rückzug mit Würde. Sie erkannten das nicht und blieben mit Kräften, denen die der Holländer überlegen waren. Ich

übergehe die notwendig abortiven Versuche der beiden Gesellschaften, sich zu verständigen; sie waren auf Voraussetzungen aufgebaut, die der Wirklichkeit nicht entsprachen. Die wichtigste darunter war die Gleichheit der beiden Gesellschaften. Die holländische aber war eine starke militärische Organisation, ein mächtiger Staat im Staate, ein gewaltiges Instrument Hollands im Kampfe mit Spanien. Die englische Gesellschaft war eine Handelsunternehmung mit unzufriedenen Aktionären, abhängig von der Laune eines Königs, dessen ganzes Bestreben dahin ging, mit Spanien in Frieden zu leben. Die englische Gesellschaft vermochte nicht die Kriegsschiffe zu halten, wie der Vertrag mit der holländischen ihr auferlegt hatte, um sich gegen die spanisch-portugiesische Macht außerhalb Europas zu halten. Das Recht der Holländer lag ausschließlich in der Notwendigkeit, sich gegenüber dieser Macht zu behaupten; sie allein trugen die Last. Eine Illustration hierzu hat 1621 das Massaker von Amboina geliefert. Amboina war mit holländischem Gut und Blut erobert worden. Der holländische Gouverneur glaubte an eine Verschwörung der Engländer, das holländische Fort zu nehmen. Die Behauptung der Verschwörung ist völlig unglaubwürdig. Doch der Gouverneur ließ 12 von 18 Engländern töten; darauf ein Aufschrei gegen die Holländer in England. Indes verbot die damalige Konstellation in Europa einen Konflikt Englands mit Holland.

Die Stuarts haben keine Vergeltung für die erlittene Mißhandlung erlangt; das hat erst Cromwell 1655 nach seiner Besiegung der Holländer getan. Wohl aber mußte Amboina noch 1673 zu einer Hetztragödie Drydens gegen die Holländer den Stoff liefern, als Karl II. im Bündnis mit Ludwig XIV. den unpopulären Krieg gegen Holland begann. So unverantwortlich das Massaker von Amboina gewesen ist, so hat es doch die Wirkung gehabt, die Luft zu reinigen. Es hat einen Zwiespalt zwischen den Interessen der holländischen Generalstaaten und denen der holländischen Ostindischen Gesellschaft gebracht. Vor allem aber: es hat jene völlige Trennung der englischen und holländischen

Interessen beschleunigt, bei der die englische Kompanie Sicherheit und schließlich ein Reich erlangen sollte. Im großen und ganzen haben die Engländer sich nun von den malayischen Inseln zurückgezogen. Sie behielten nur eine 1628 in Bantam errichtete Faktorei und versuchten in verstärktem Maße Erfolge auf dem indischen Festlande zu erzielen.

Vor ihrer dritten Expedition 1607 hatte die englische Gesellschaft keinen Versuch gemacht, auf dem Festland eine bleibende Niederlassung zu gründen. Das geschah durch Hawkins in Surat, als Jehangir, der Sohn Akbars, Großmogul war. Die Portugiesen intrigierten gegen die Engländer. Diese haben erst nach ihrem Siege über die Portugiesen die Erlaubnis erhalten, in Surat und an drei anderen Orten im Golfe von Cambay bleibende Faktoreien zu errichten. 1615 wurde ein bleibender britischer Resident am Hofe des Großmoguls ernannt, Sir Thomas Roe. Seiner Geschicklichkeit gelang es, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, der Intrigen der Portugiesen gegen die Engländer Herr zu werden und diese vor Bedrückung durch die Holländer zu wahren. Die Fortschritte der Gesellschaft waren langsam. 1616 hatte sie vier Faktoreien im Reiche des Großmoguls (Ahmadabad, Burhampur, Ajmere, Agra), außerdem Surat. An der östlichen Küste besaß sie Faktoreien in Massulipatam und Petapoli. Aber noch war sie eine reine Handelsgesellschaft. Noch 1634 schrieben die Faktoren, die Gesellschaft habe keinen Platz von Bedeutung, wo ihre Beamten gegen Insulten, denen sie besonders in Surat ausgesetzt seien, Schutz fänden. Obwohl, schon ein paar Jahre vor 1640, in Armagon eine britische Festung erbaut worden war, datiert Britisch-Indien erst von diesem Jahre, von der Errichtung des Forts St. George.

Die Niederlassungen in Bengalen, die 1633 stattgefunden hatten, versprachen 1640 noch keine Dauer; die holländische Gesellschaft hatte weit größere Erfolge aufzuweisen. Sie hatte ein Fort in Policat an der Koromandalküste und erschien 1617 zum Entsetzen der Engländer auch in Surat. Auch in Persien trat sie erfolgreich als ihr

Rivale auf. Beide Rivalen aber seufzten unter der Insolenz der heimischen Herrscher.

Was die Gewinste angeht, welche die englische Gesellschaft, solange sie lediglich Handelsgesellschaft geblieben ist, erzielt hat, so haben wir seit 1924 das gründliche Buch des Inders Bal Krishna, das auf Grund teilweise noch ungedruckter Akten der Ostindischen Gesellschaft gearbeitet ist. Er gibt uns für die Zeit von 1601 bis 1757, d. h. bis zu Clives Sieg bei Plassey, erschöpfenden Aufschluß.

Im ersten Jahrzehnt des Zeitabschnittes von 1601 bis 1757 hat der Schwerpunkt des Handels der Ostindischen Kompanie noch im Handel mit den Gewürzinseln gelegen. Die ersten Expeditionen haben, mit Ausnahme der vierten, bei der zwei Schiffe verloren gingen, außerordentlich großen Gewinn gebracht. Die drei Schiffe der dritten Reise brachten 234 Proz.; Gewürznelken, deren Einkauf £ 2048 gekostet hatte, wurden 1609 für £ 36 287 verkauft. Krishna schätzt den während des ersten Jahrzehnts erzielten Gewinn auf £ 100 000 im Jahresdurchschnitt. Nach einem im Jahre 1621 dem Parlamente von der Gesellschaft erstatteten Berichte hat sie aus dem Verkauf der aus dem Osten eingeführten Waren £ 2 004 600 erzielt; das war mehr als das Doppelte des angelegten Kapitals und fünfmal soviel als die Waren gekostet hatten¹⁾. Das aber war nur der Gewinn der Gesellschaft. Dazu ist noch der Gewinn zu rechnen, den die Beamten bei Geschäften machten, die sie für eigene Rechnung tätigten. Dabei lieferte die Gesellschaft die asiatischen Waren zu einem Viertel des Preises, der bis dahin in der Türkei und in Lissabon hatte bezahlt werden müssen. Daher die englische levantinische Kompanie schon 1604 über den Verfall ihres Handels mit der Levante klagte, und der Handel der Portugiesen schon 1607 als rettungslos ver-

1) Über den Handel der Gesellschaft im zweiten Jahrzehnt gibt ihre von Bal Krishna 61 abgedruckte Darlegung „The

loren galt¹⁾. Von dem, was nach England eingeführt wurde, wurde ein Drittel im Lande verbraucht, zwei Drittel wurden nach dem Kontinente wieder ausgeführt.

Allein die Engländer zogen nicht bloß aus dem, was sie nach Europa einfuhrten, Gewinn; sie haben auch Waren aus Surat nach asiatischen und afrikanischen Plätzen verfrachtet. Sie fanden alsbald, daß englische Wollzeuge und Eisenfabrikate in Banda wenig begehrt wurden; dagegen bestand dort große Nachfrage nach indischen Erzeugnissen, besonders den baumwollenen. Man kaufte also indische Waren in Surat gegen Geld und englische Erzeugnisse und tauschte dafür im Süden Gewürze, Pfeffer, Seide und Drogen ein. Indische Waren, die nach dem Süden gingen, brachten den dreifachen Wert in dessen Produkten, und diese, nach Europa gebracht, dreifachen Gewinn. So verwandelten sich £ 100, mit denen man auszog, in £ 900. Allerdings waren auch die Kosten groß. Dieser Handel ist besonders von den Beamten der Gesellschaft für eigene Rechnung betrieben worden.

Im dritten und noch mehr im vierten Jahrzehnt ihres Bestandes ist es der Gesellschaft schlecht gegangen, so zwar, daß es zweifelhaft schien, ob sie weiter bestehen könne. Das hatte mehrere Ursachen: Die Katastrophe in Amboina, große Verluste infolge der Feindschaft der Holländer, ihr Ausschluß vom Handel mit China, Japan und Siam, Schulden im Betrag von £ 200 000 zu Haus, Störung des Handels infolge der Kriege des Großmoguls mit den Königen von Bijapur und Golconda. Das Schlimmste

reasons to prove that the East India Trade is a means to bring treasure into this kingdom“ Aufschluß:

Eingeführte Waren- mengen	Preis in Indien	Preis in England
2 500 000 Pfd. Pfeffer	2 d	20 d
150 000 „ Gewürznelken	9 d	6 s
150 000 „ Muskatnuß	3 d	6 s 6 d
50 000 „ Muskatblüte	8 d	6 s
200 000 „ Indigo	13 d	5 s
107 140 „ Chines. Rohseide	7 s	20 s
50 000 Stück Kaliko	7 s	20 s

1) Bal Krishna p. 84, 85.

aber war, daß Karl I. in steter Geldnot einerseits ihre Geldunterstützung verlangte, andererseits ohne Innehaltung der in ihrem Freibriefe festgesetzten dreijährigen Kündigungsfrist des ihr erteilten Monopols Sir William Courten und der von diesem gegründeten neuen Gesellschaft gleichfalls einen Freibrief und zahlreichen Bönhasen Lizenzen erteilte. Die Ostindische Gesellschaft hat den Schutz des Parlamentes gegen diesen Treubruch des Königs vergeblich angerufen, denn die Abneigung des Parlaments gegen jede Art von Monopol war zu groß. Der Kampf der alten Gesellschaft mit der Courten-Gesellschaft hat beide dem Bankrott nahe gebracht, bis er 1649 mit der Verschmelzung beider endete. Zur Schädigung durch die Courten-Gesellschaft war noch die durch den Zwangsankauf von Pfeffer seitens Karls I. und durch Mißwachs und Teuerung in Indien und Sinken der Preise daheim gekommen. In Indien stiegen die Preise auf das Doppelte; die Menschen starben zu Tausenden Hungers, und das Land war mit Leichen Verhungerten bedeckt.

Die schlimme Lage der Gesellschaft hat sich in dem Jahrzehnt 1640—1650 noch mehr verschlechtert. Mangel an Kapital, der Bürgerkrieg in England, die Konkurrenz von Bönhasen, der Verlust zweier Schiffe, die mit £ 55 000 an Geld und Ware befrachtet waren, Krieg und Hungersnot in Indien und die Wiederbelebung der Konkurrenz anderer europäischer Völker im Osten waren die Hauptursachen. Nichtsdestoweniger hat die Ausfuhr aus England im fünften Jahrzehnt zugenommen.

Die Ostindische Gesellschaft hat in jener Zeit sich des indischen Küstenhandels zwischen Indien und dem übrigen Asien und Afrika bemächtigt. Sie hat für Entgang aus Gewinn aus den angeführten Ursachen Ersatz zu finden gesucht. Für die Inder ist dies verhängnisvoll gewesen. Sie sind mehr und mehr aus dem Küstenhandel und jedem gewinnbringenden Zweige des Außenhandels verdrängt worden. Das lag einmal an der Überlegenheit der Engländer zur See. Die Schiffe der Ostindischen Gesellschaft waren von gewöhnlichen Kauffahrteischiffen wie

von Kriegsschiffen verschieden; sie bildeten einen neuen, sowohl für Handels- als auch für Kriegszwecke verwendbaren Typ. Dazu kam die Überlegenheit der englischen Schiffsoffiziere und Matrosen über die anderer Nationen. Seeschifffahrt und Seehandel waren damals bewaffneter Handel. Die indischen Schiffe dagegen hatten keine Docks, sehr ungenügende Geschütze und sehr schlechte Bedienung derselben¹⁾. Die andere Ursache waren die Privilegien, wie niedrigere Zölle, Freiheit von Durchfuhrabgaben und Schikanen seitens der Zollbehörden, welche die indischen Fürsten, ähnlich wie die Plantagenets, auf Kosten ihrer Untertanen erteilt haben²⁾. Die Engländer haben sich auch in Besitz des Küstenhandels Indiens mit China gesetzt; jede Reise dahin hat ungefähr 20 Proz. Gewinn gebracht³⁾. Dabei hat die Gesellschaft höhere Frachten von indischen als von europäischen Kaufleuten verlangt, was den Gewinn der englischen Kaufleute erhöht hat. Die Inder wurden auf den Binnenhandel in ihrem eigenen Lande beschränkt.

Krishna⁴⁾ schätzt den Betrag an Geld, der während der ersten 50 Jahre der Ostindischen Gesellschaft zur Anlage in englischen Waren und Faktoreien in Indien zur

1) Die Schifffahrt der Ostindischen Gesellschaft ist auch der der übrigen englischen Schiffe überlegen gewesen. Sie hat die Seemacht der Portugiesen wie die des Großmoguls zerstört, hat später die Holländer aus Indien vertrieben und sich der indischen Besitzungen der Franzosen bemächtigt. Krishna 251—253. Siehe auch p. 325.

2) Das hat den Seehandel in die Hand der Europäer gebracht; sie machten die unter ihrer Kontrolle stehenden Städte zu dessen Sitz. So haben die Holländer es fertig gebracht, die Fürsten der südlichen Inseln vertragsmäßig zu verpflichten, ihre Untertanen auf Schifffahrt innerhalb bestimmter Grenzen zu beschränken; wer darüber hinausfuhr, wurde als Seeräuber behandelt. Dadurch wurde der Verkehr der Bewohner der verschiedenen Inseln miteinander unmöglich. Andere Bestimmungen untersagten den Eingeborenen den Verkehr mit Angehörigen anderer Nationen. Krishna p. 165.

3) Ebenda 168, 169.

4) Ebenda 70.

Verfügung stand, auf durchschnittlich £ 100 000 im Jahre.

Die ersten zwei Reisen der Ostindischen Gesellschaft sind auf Grund von Kapitalzeichnung für eine jede zustande gekommen. Der Reingewinn wurde in östlichen Produkten verteilt und auf 95 Proz. berechnet. Dann sind zehn Reisen erfolgt auf Grundlage besonderen Kapitals für fast jede Reise. Das hat, wie Krishna schreibt¹⁾, zu Mißhelligkeiten und erhöhten Ausgaben geführt. Es wurden an verschiedenen Orten besondere Faktoreien für besondere Rechnung der verschiedenen Unternehmungen errichtet, von deren eine, jede deren Interessen wahrzunehmen suchte. Die Zwistigkeiten führten dazu, daß die verschiedenen Faktoren zu gegenseitigen Feinden wurden, sehr zum Schaden des Handels. Um dies für die Zukunft zu hindern, haben die Unternehmer sich in einer Aktiengesellschaft zusammengeschlossen und 87,5 Proz. Gewinn erzielt. Diese Aktiengesellschaft endete 1617, worauf eine zweite mit mehr als doppelt so großem Kapital ins Leben trat. Aber diese zweite Aktiengesellschaft hat infolge fortwährender Kämpfe mit den Holländern und Portugiesen große Verluste erlitten. Erst die dritte Aktiengesellschaft war glücklicher; ungeachtet des Verlustes von zwei Schiffen erzielten die Unternehmer 121 Proz. Gewinn²⁾.

Die englische Ostindische Gesellschaft hat von Anfang an darunter gelitten, daß ihre Beamten trotz aller Verbote Geschäfte für eigene Rechnung machten. Der von ihnen erzielte Gewinn ist dem der Gesellschaft hinzuzurechnen. Auch die Befehlshaber der Flotten und die Kapitäne machten sich solchen verbotenen Handels schuldig³⁾. Nach Richard Boothly A brief description of Madagaskar, London 1644, brachten die Engländer, die fünf oder sechs Jahre in Indien gewesen, Vermögen im Betrage von £ 5000, 10 000 oder 30 000 zurück, ohne von Haus

1) Ebenda 72. 2) Krishna S. 73.

3) Krishna pp. 77—79.

einen Pfennig mitgebracht zu haben. Dabei hatten sie in Indien in königlichem Luxus gelebt.

Was nun ist über die Zunahme des Reichtums Englands zu sagen, seitdem es sich am Welthandel zu beteiligen begonnen hat? Wie der Raubzug Drakes der Ausgangspunkt geworden ist für die Besserung der Staatsfinanzen zur Zeit der Elisabeth, so auch für die Lebenshaltung des englischen Volkes. „Die Personen, die von der Expedition 1577—1580 großen Gewinn gezogen hatten, gaben mehr Geld aus; man klagt über Zunahme von Luxus und Extravaganz; die Lebenshaltung der höheren Klassen ist höher als sie in den Jahren der Sparsamkeit zu Beginn der Regierung Elisabeths gewesen; die übrige Bevölkerung nimmt an dem Wohlstand teil . . . Sir John Hawkins, der als Schatzmeister der Marine Gelegenheit gehabt haben mag, sich eine Meinung zu bilden, schätzt, daß sich seit 1588 der Reichtum Englands verdreifacht habe“¹⁾. Für 1600 wird der Wert des Gesamtvermögens von England auf 100 Millionen £ geschätzt²⁾. Danach war Englands Reichtum trotz aller Beute, die seine Privaten den Spaniern abgenommen hatten, noch bescheiden; Holland, Frankreich, Spanien waren weit reicher. Auch wenn diese infolge der Kaperei ihrer Schiffe durch die Engländer mehr als diese durch die Kaperei der Holländer, Franzosen und Spanier verloren haben, so ist doch Englands Außenhandel infolge der letzteren wiederholt zu völligem Stillstand gekommen. Es kam vor, daß englische Distrikte so eingeschüchtert waren, daß kein Schiff auszulaufen wagte. Dann fand auch Englands Tuch keinen Absatz und Arbeitslosigkeit und Elend waren die Folge³⁾.

1) Scott I 83, 84.

2) Ebenda 129.

3) Ebenda 55, 88, 101—103, 186.

29. Kapitel.

Münzverschlechterungen.

Wie in allen Staaten, so war auch in England der erwachende Imperialismus von Schutzpolitik und Münzverschlechterungen begleitet. Die Münzverschlechterungen, durch welche Eduard III. bei Vorbereitung seiner Feldzüge gegen Frankreich seine Finanzen zu verbessern suchte, haben wir bereits kennen gelernt. Auf denselben Bahnen ist ihm Heinrich VII. gefolgt¹⁾. Er hat neue Münzen, nicht nach dem bestehenden gesetzlichen Münzfuß, sondern entsprechend dem Gehalt der im Umlauf befindlichen abgenützten Stücke ausprägen lassen, die als voll angenommen werden mußten.

Heinrich VIII. ist auf der abschüssigen Bahn dann weiter gegangen. 1523 sind nicht viel über 1 Million £ in England in Umlauf gewesen²⁾. Heinrich nahm die Münzverschlechterung in Frankreich und den Niederlanden zum Vorwand, um 1526 den Gehalt der englischen Gold- und Silbermünzen entsprechend dem der französischen und niederländischen herabzusetzen³⁾, d. h. durch Verschlechterung die Menge der englischen Münzen zu mehren, und in

1) Nach C. W. C. Oman, *The Tudors and the Currency 1526—1560*, in *Transactions of the Royal Historical Society*, New Series IX, London 1895, 167—189, wäre Heinrich VIII. der erste Münzverschlechterer in England gewesen. Ich kann mich seiner milden Beurteilung Heinrichs VII. nicht anschließen.

2) Schanz a. a. O. 485.

3) *Tudor Economic Documents* II 126.

den vierziger Jahren des 16. Jahrhunderts hat er die Münze weiter verschlechtert. Der Silbergehalt im Werte von 20 s ist unter ihm von 2644 auf 800, der Gehalt der Goldmünzen im Wert von 20 s von 238 auf 160,00 herabgegangen¹⁾).

Als Heinrich VIII. starb, waren infolge der Preissteigerungen, welche seine Münzverschlechterungen zur Folge gehabt haben, die Ausgaben für den Haushalt des Königs, die bei seinem Regierungsantritt £ 14 000 betragen hatten, auf £ 280 000 gestiegen²⁾). Heinrich hatte Geld bei den Fugger aufgenommen und war auch sonst in Schulden. In seinem Testamente hatte er angeordnet, daß vor allem die Schulden der Krone getilgt werden sollten. Es wäre die Pflicht der von ihm eingesetzten Testaments-exekutoren gewesen, die verschlechterte Münze einzurufen. Hätten, sagt Froude, die Lords, die während der Minderjährigkeit Eduards VI. die Regierung führten, die großen Ländereien, mit denen sie sich zur Erhaltung des Glanzes ihrer neuen Titel ausgestattet hatten, verkauft, so würden sie fünfmal so viel erzielt haben, als in diesem frühen Stadium des Übels zu seiner Heilung notwendig gewesen wäre³⁾). Statt dessen haben sie für £ 150 000 neue minderwertige Münzen in Umlauf gesetzt⁴⁾), was weitere Verschlechterung der Wechselkurse, neue Preissteigerungen, und das Auswandern von £ 100 000 guten Geldes zur Folge hatte. Eine weitere Folge war, daß die Löhne unzureichend wurden. Vergeblich protestierten die Kaufleute gegen die verkehrten Maßnahmen⁵⁾). Statt auf sie zu hören, wurden unter dem Namen des Kampfs gegen den Aberglauben die Kirchen geplündert, um ihre silbernen und goldenen Gefäße und Kruzifixe in Münze zu verwandeln⁶⁾). Da dies gegen die steigende Teuerung nichts half, ist die

1) Schanz 537.

2) Froude V 8, 9.

3) Froude V 9.

4) Ebenda 250.

5) Siehe die Eingabe William Lanes bei Froude, V 283 ff. und in Tudor Economic Documents II 182 ff.

6) Froude V 288.

Regierung zur Festsetzung von Maximalpreisen geschritten. Der Erfolg ist gleich dem gewesen, den man in Deutschland während des Weltkrieges erlebt hat: Die Bauern weigerten sich zu verkaufen und die Regierung gab nach¹⁾.

Da die Preise infolge der Münzverschlechterung fortwährend stiegen, wurde 1551 entsprechend dem Rate der City der Nominalwert der Münze auf ihren Metallwert herabgesetzt, der Schilling auf 9 Pence²⁾. Aber die Ausgaben für die Gendarmerie, welche die Regierung zu ihrer Verteidigung ins Leben gerufen hatte und die Kosten des Hofhaltes stiegen. Neue Anleihen zu drückenden Bedingungen wurden bei den Fugger aufgenommen, und rasch hintereinander wurde neues schlechtes Geld im Betrage von £ 120 000 in Umlauf gesetzt. Jeder Gläubiger des Hofes, jeder Gewerbetreibende, jeder Arbeiter mußte sich Bezahlung in dem entwerteten Gelde gefallen lassen. Das Vertrauen des Volkes in die Wertbeständigkeit des Geldes schwand völlig. Darauf wurde der Nominalwert des Shillings auf 6 Pence herabgesetzt und abermals ein Tarif von Maximalpreisen aufgestellt. Gleichzeitig eine, wenn auch unzureichende Einkehr zur Vernunft: Man prägte zwar neues gutes Geld aus, unterließ jedoch das alte schlechte Geld einzurufen. Das neue Geld wanderte aus, wie das alte ausgewandert war. Die einzige Besserung war, daß wenigstens die weitere Münzverschlechterung aufhörte. Die Preise blieben hoch³⁾. Dazu kam, daß eine der englischen Nation eigentümliche Krankheit, das Schweißfieber, ausbrach. In London allein starben 800 der kräftigsten Männer in einer Woche. Darauf erklärte man die Sünden der Nation, ihre materielle Genußsucht, für die Ursache aller der Übel, die sie heimgesucht hätten, und die Regierung, die im Luxus nicht zurückgeblieben war, und die Bischöfe forderten andere zur Buße auf, an der sie selbst nicht teilnahmen⁴⁾. Kurz vor dem Tode Eduards VI., 1553,

1) Froude V 289.

2) Froude V 346 ff. — Tudor Economic Documents II 186—192.

3) Froude V 346—352.

4) Ebenda 353—356.

wurden dann noch die seit Eduard IV. erlassenen Gesetze gegen die Ausfuhr von Gold und Silber erneuert¹⁾).

Die Münzverschlechterungen der Minister Eduards VI. haben das englische Volk, wie man berichtet²⁾, um eine Million £ ärmer gemacht. Die Königin Maria hat, als sie zur Regierung kam, mit guten Vorsätzen begonnen. Aber als sie in finanzielle Verlegenheit kam, ist sie trotzdem dem Beispiel ihrer Vorfahren gefolgt. Sie hat das Land mit Münzen überflutet, die auf 3 Teile Feingewicht 9 Teile Legierung enthielten, und versuchte, sie dem Volke zu ihrem Nominalwerte aufzudrängen³⁾. Als Elisabeth nach ihr den Thron bestieg, fand sie ein großes Münzdurcheinander vor. Nebeneinander fand sich eine Menge von Münzen gleicher Benennung, aber verschiedenen Metallgehaltes im Umlauf. Der Geschäftsmann steigerte die Warenpreise, aber der Arbeitslohn blieb gleich; der Arbeiter fühlte sich bestohlen, aber wußte nicht wie und warum. Das erste Projekt der Abhilfe hat Elisabeth selbst entworfen; es wurde als undurchführbar beiseite gelegt⁴⁾. Die Regierung hatte nun durch die Erfahrungen gelernt. Ein Hauptratgeber war Sir Thomas Gresham. Er hat, durch die seitens der Minister Eduards VI. gemachten Erfahrungen belehrt, die schon vom Bischof Oresmius erkannte Wahrheit: Schlechtes Geld vertreibt gutes Geld, aber gutes Geld kann schlechtes nicht vertreiben — aufs neue zur Anerkennung gebracht. 1560 hat die Regierung beschlossen⁵⁾, alles schlechte Geld einzurufen und es durch neues vollwertiges, gleichartiges zu ersetzen. Nach Proben, die man angestellt hatte, wurde das im Umlauf befindliche Geld auf £ 1 200 000 geschätzt⁶⁾. Es wurde

1) Tudor Economic Documents II 177.

2) Froude VII 454.

3) Ebenda 454.

4) Ebenda 455, 456.

5) Über die Motive siehe Tudor Economic Documents II 193—195. Die Proklamation über die Münzreform ebenda 195 bis 199.

6) Froude 457.

einberufen, nach seinem Metallgehalt eingelöst, aus Deutschland wurden Raffinierer berufen, die Münze im Tower in Tätigkeit gesetzt und neues vollwichtiges Geld geprägt. Elisabeth verstand es, die Bedingungen der Münzreform so zu gestalten, daß das Publikum deren Kosten trug; sie selbst hat dabei £ 14079 13 s 9 d gewonnen¹⁾. Dabei ist eines für die damalige Politik der englischen Regierung gegen Irland bemerkenswert. Sir Thomas Stanley machte den Vorschlag, wenn die Königin dabei ein besseres Geschäft machen wolle, könnte das schlechteste Geld nach Irland geschickt werden, als nach dem allgemeinen Schmutzhaufen für Englands Gemeinheit²⁾. So geschah es. Die Folge war, daß die englischen Beamten in Irland klagten, es führe zu ihrem Ruine, indem es eine allgemeine Preissteigerung verursache³⁾.

1) Froude 458, 459, 460.

2) Ebenda 458.

3) Tudor Economic Documents II 203.

30. Kapitel.

Rationeller Merkantilismus.

Der überlegene Staatsmann, der in Elisabeths Rat die Führung hatte und sich mit ihr in den Ruhm ihrer Regierung teilt, ist Sir William Cecil, der spätere Lord Burleigh, gewesen. Schon er hat in die sich oft widersprechenden merkantilistischen Maßnahmen der vorausgegangenen Regierungen etwas Planmäßiges gebracht. Das ist in den von Jakob I. und Karl I. getroffenen Anordnungen oft nicht zu finden. So wenn sie im Schutze der englischen Tuchmanufaktur scheinbar noch weiter als Elisabeth gingen. Diese hatte, wie schon erwähnt, um deren Siege die Wege zu ebnen, die Ausfuhr lebender Schafe verboten, damit das Ausland nicht Schafherden von gleicher Güte wie England erlange. Die beiden Stuarts haben 1620, 1632 und 1639 sogar die Ausfuhr von Wolle verboten. Aber sie taten das nur durch Verordnung und waren allzeit bereit, gegen Geld Ausfuhrlicenzen im Widerspruch zu ihrem Verbote, zu bewilligen. Erst unter Cromwell ist das Verbot zur Wahrheit geworden. Kaum war die Regierung in seine Hände übergegangen, so wurde die Ausfuhr von Wolle und Walkererde gesetzlich verboten. Unter ihm ist 1652 im Interesse der Tuchmanufaktur sogar die Einfuhr fremder Wolle für zollfrei erklärt worden. Erst bei ihm ist, wo nicht der politische Gesichtspunkt, die Stuarts fernzuhalten, alles andere in den Hintergrund drängt, das volkswirtschaftliche Interesse das durchschlagende.

Mit Oliver Cromwell war der puritanische Geist in England zur Herrschaft gelangt. Eine Verbindung von

religiösen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten findet sich schon bei der nicht puritanischen Elisabeth; bei Cromwell ist sie zur virtuoson Ausbildung gekommen. Er war die Inkarnation des Puritanismus. Er hat sich als völlig im Besitze der göttlichen Gnade gefühlt¹⁾. Indem er die Stuarts und später die Spanier bekämpfte, hat er die „Schlachten Gottes“ geschlagen. Aber mit seinen religiösen Zielen hat er stets wirtschaftliche verbunden; und wenn er da, wo beide in Konflikt kamen, die wirtschaftlichen den religiösen niemals geopfert hat, so war es, daß er, indem er die Interessen des von Gott zu seiner Verherrlichung auserwählten englischen Volkes²⁾ wahrnahm, als Werkzeug Gottes zu dessen Ehre handelte. Daher sein Aufgehen in der Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs Englands. Cromwell ist darin, wie R. S. Gardiner geschrieben hat³⁾, „der typischste Engländer aller Zeiten“; daher ist seine Denkweise auch nach der Niederlage des Puritanismus die Denkweise des englischen Volkes geblieben. Wie der Amerikaner G. L. Beer in seiner Studie über die Wirtschaftspolitik Cromwells schreibt⁴⁾: „Es kann kein Zweifel sein, daß jene „Schlachten Gottes“ niemals geschlagen worden wären, wenn der Sieg nicht Englands Reichtum und Größe vermehrt hätte⁵⁾. Die angelsächsische Denk-

1) Siehe oben S. 6 Anm.

2) Siehe Cromwells Rede vor dem Parlament 1657 (Carlyle, Cromwells Letters and Speeches, 1845, III 164 bis 167), in der er das englische Volk ein Volk nennt, das für Gott ist „wie sein Augapfel“. Es ist die Übertragung der alttestamentarischen Vorstellung vom auserwählten jüdischen Volk auf die Engländer.

3) Gardiner, Cromwells Place in History, 16.

4) Political Science Quarterly XVI 608. Siehe auch XVII 46.

5) Sehr bezeichnend ist die a. a. O. von Beer zitierte Stelle aus Clarke, Papers III 2031. Wir erfahren aus dieser, daß im Staatsrat darüber beraten wurde, ob die durch Beendigung des Krieges gegen die Holländer frei gewordene Streitmacht gegen Frankreich oder Spanien Verwendung finden solle. Es wird beschlossen, Spanien anzugreifen als den großen Gegner des Protestantismus, und weil „den Spanier anzugreifen, das Ge-

weise verlangt nach einer Rechtfertigung für ihr Handeln. Sie erfindet gelegentlich solche Rechtfertigung, aber stets glaubt sie ehrlich daran. Wirtschaftliche Motive sind die Ursache, religiöse Motive liefern die Rechtfertigung.“

Schon Jakob I. hatte 1622, als heftige Angriffe gegen das Monopol der Ostindischen Kompanie gerichtet wurden, die Errichtung eines Volkswirtschaftsrates in Erwägung gezogen, und Karl I. hat 1626 einen solchen tatsächlich ins Leben gerufen, der die heimische Produktion fördern und Handel und Edelmetallverkehr regeln sollte¹⁾. Aber unter beiden Königen war es ausgeschlossen, daß eine Wirtschaftspolitik konsequent verfolgt wurde, und während des Bürgerkriegs hat der von Karl I. eingesetzte Wirtschaftsrat ganz aufgehört. Anders, nachdem Cromwell das Ruder ergriffen hatte. Schon am 13. Februar 1648/9 ist ein Staatsrat eingesetzt worden²⁾, unter dessen Pflichten als Ziffer 5 aufgeführt wird: „Ihr habt alle guten Mittel und Wege einzuschlagen, um das Fortschreiten und Aufblühen des Handels in England, Irland und den ihnen gehörigen Herrschaften zu sichern und das Wohl aller auswärtigen Kolonien und Faktoreien, die dieser Republik oder irgendwelchen ihrer Angehörigen gehören, zu fördern.“ Dieselbe Anweisung findet sich in den Gesetzen über Errichtung eines Staatsrats vom 13. Februar 1649/50³⁾ und 1650⁴⁾ wörtlich wiederholt. Nichts aber ist für den Geist, in dem Cromwell an die Förderung des wirtschaftlichen Aufblühens Englands heranging, bezeichnender als das auf seinen Antrag am 1. August 1650 vom Parlamente beschlossene Gesetz zur Förderung und Regelung des Handels der Republik. Es lautet⁵⁾:

winnbringendste in der Welt sei, . . . seine Territorien sehr groß seien und einen gesunden Verlust wohl zulassen“.

1) Cunningham, *Growth of English Industry and Commerce*, *Modern Times* 175—176, 900—904.

2) *Acts and Ordinances of the Interregnum 1642—1660*. Collected and edited by C. H. Firth and R. S. Rait for the Statute Committee, London 1911, II 3.

3) Ebenda 336.

4) Ebenda 501.

5) Ebenda 403.

„Das Parlament von England in seiner Fürsorge für Erhaltung und Förderung des Handels und verschiedener Gewerbe dieser Nation und in dem Wunsche, diese zu verbessern und zu mehren zum größten Vorteil und Nutzen derselben, auf daß die Armen dieses Landes Arbeit finden und ihre Familien vor Bettel und Ruin bewahrt bleiben; und auf daß die Republik dadurch reich werde und keine Gelegenheit gegeben sei weder für die Faulheit noch für die Armut, und wohl erwägend, daß der Handel dieser Nation, sowohl der zu Haus als auch im Ausland, wenn richtig betrieben und ordnungsmäßig geleitet, in außerordentlichem Maße zur Stärke, zum Reichtum, zur Ehre und Wohlfahrt des Reiches führen und daß umgekehrt der nachlässige, ungeordnete und mangelhafte Betrieb des Handels notwendig zum Nachteil der einzelnen Gewerbe insbesondere der Republik im Ganzen ausschlagen muß, beschließt und verordnet, um diese Schäden und Nachteile zu verhüten und den Handel in der Zukunft besser zu regeln, kraft seiner Autorität, daß Sir Henry Vane, junior, Ritter; Thomas Challoner; Richard Salwey; William Methwold, Maurice Thompson, Esq.; Sir Ralph Madison, Ritter; John Fowks, Alderman von London; Sir Robert Honynwood, Ritter; Edward Johnson; John Ash, Esq.; Henry Thompson, Alderman von York; Sir Cheiney Culpeper, Ritter; William Greenwood von Yarmouth und Thomas Boon, Esq. oder jedwede fünf oder mehr derselben, Kommissionäre sein sollen und hiermit dazu ernannt werden als ein ständiger Rat zur Ordnung und Regelung des Handels in allen Teilen dieser Nation zum größeren Vorteil der Republik, gemäß den Anordnungen und den Gewalten, die ihnen im Folgenden erteilt werden:

Sie sollen Kenntnis nehmen:

1) Welches die zurzeit in England hergestellten Produkte sind und welche mit der Zeit in England hergestellt werden könnten, und Anweisung geben, in welcher Weise sie nicht nur vollständig hergestellt, sondern zu Ehren und Vorteil der Republik gut und tüchtig gefertigt werden können;

2) Wie diese Gewerbe am besten durch das ganze Land verteilt werden können, so daß nicht ein Landesteil Überfluß, der andere Mangel hat;

3) Wie Handel und Verkehr im Innern gehoben werden können; zu welchem Zweck der Ausschluß die Schiffbarmachung der Flüsse und die Verbesserung der Häfen in Erwägung ziehen solle;

4) Wie die englischen Produkte mit dem größten Vorteil ins Ausland verkauft werden können, und wie verhindert werden kann, daß sie durch Ungeschicklichkeit zu niedrig gewertet werden; wie Hemmnisse des Ausfuhrhandels beseitigt und wie neue Mittel und Orte ausfindig gemacht werden können zum besseren Verkauf englischer Produkte;

5) In welcher Weise am besten sich Freihäfen zur Einfuhr fremder Produkte, welche, wenn wieder ausgeführt, keinen Zoll zu entrichten hätten, einrichten lassen;

6) Sie sollen für eine möglichst genaue Statistik aller ein- und ausgeführten Waren sorgen, so daß eine möglichst vollkommene Handelsbilanz aufgestellt werden kann, auf daß die Republik nicht dadurch verarme, daß sie jährlich mehr an Waren und Werten erhält, als sie ausführt;

7) Sie sollen den Wert der englischen Münzen und ihr Verhältnis zum Schrot und Korn fremder Münzen untersuchen, desgleichen den Wechselkurs und den Gewinn und Verlust, welcher der Republik aus der unter den Kaufleuten gebräuchlichen Art der Bestimmung des Wechselkurses erwächst;

8) Sie sollen untersuchen, welche Zölle, Abgaben und Steuern auf jederlei Waren, einheimische und eingeführte, gelegt werden können und in welcher Weise sie angeordnet werden und derart auferlegt und erhoben werden können, daß weder Handel und Gewerbe dadurch beeinträchtigt werden, noch auch der Staat außer Stand gesetzt wird, die öffentlichen Ausgaben zu bestreiten.

9) Sie sollen untersuchen, ob es nicht möglich ist, Handel und Gewerbe in freierer Weise als durch Kompanien zu betreiben, und wie sich dies am besten bewerkstelligen läßt, wobei darauf zu achten ist, daß Ordnung in Handel

und Gewerbe aufrechterhalten und Unordnung vermieden wird;

10) Sie sollen alle Verordnungen der verschiedenen Handelsgesellschaften und Zünfte, die ihnen verliehenen Privilegien, Freibriefe und Verfassungen untersuchen, damit alles darin, was der öffentlichen Wohlfahrt widerspricht, entfernt werden kann;

11) Sie sollen das wichtige Fischereigewerbe, und zwar nicht nur das an den Küsten von England und Irland, sondern ebenso das an den Küsten von Island, Grönland, Neufundland und Neuengland und anderwärts betriebene, untersuchen und die Fischerei ermuntern im Interesse der Hebung von Schiffahrt und Marine;

12) Sie sollen angeben, in welcher Weise die englischen Kolonien in Amerika und anderwärts am besten geleitet werden können, und wie ihre Produkte so vermehrt werden können, daß diese Kolonien allein die englische Republik mit allem, was sie notwendig braucht, zu versorgen vermögen.

Und es wird hiermit von ihnen verlangt, daß sie nicht nur sofort diese Anweisungen in Erwägung ziehen, sondern ebenso, was immer für Anweisungen und Handels-erwägungen ihnen vom Parlament oder Staatsrat später überwiesen werden; sie haben ernsthaft darüber zu beraten und ihr Gutachten darüber dem Parlament oder dem Staatsrat so schnell als möglich zu übermitteln. Zu diesem Zwecke werden besagte Kommissäre oder ständiger Rat zur Regelung des Handels hiermit ermächtigt, nicht nur alle Vorschläge und Aufschlüsse betr. die Regelung und den Aufschwung des Handels entgegenzunehmen, die ihnen von irgendwelcher Person unterbreitet werden, sondern auch nach den Beamten des Schatzamtes, der Münze, des Zollamtes und der Akzise oder nach irgendeiner anderen Person oder Personen zu senden, die sie für geeignet oder erfahren und geschickt erachten, ihnen in irgend etwas, was zum Vortheil des Handels dient, Rat zu erteilen. Und hiermit erhalten sie volle Gewalt und Autorität, alle Bücher, Akten und Schriftstücke von öffentlichem Interesse einzusehen,

die besagte Kommissäre oder ständiger Handelsrat zu ihrer besseren Information in irgend etwas, was das Vorstehende angeht, notwendig erachten.“

Darauf folgen noch Bestimmungen über den Gehalt des Sekretärs des Ständigen Rates (£ 200 jährlich), über dessen Büro und über das Sitzungslokal in Whitehall. Am 20. August 1650 sollen die Kommissionäre dort zusammentreten. Das Gesetz soll bis zum 29. September 1651 und nicht länger in Geltung sein, es sei denn, daß das Parlament anders beschließt.

Es erhellt: eine wirtschaftliche Autarkie des gesamten englischen Wirtschaftsgebietes wird bei der Schaffung dieses ständigen Wirtschaftsrates vom 1. August 1650 erstrebt mit einer planmäßigen Regelung von oben, um England möglichst rasch zum reichsten und mächtigsten Lande der Erde zu machen.

Als die Holländer davon hörten, fürchteten sie sehr, daß ihnen aus der Wirksamkeit dieses Ausschusses Nachteile erwachsen würden. So besagt ein „Semper idem“ gezeichneter Brief aus Holland vom 3. Oktober 1653, der sich bei Thurloe¹⁾ findet: „Ein Ding kann ich nicht übergehen, obgleich es schon einige Zeit her ist, daß ein Ausschuß für Handel eingesetzt worden ist, von dem wir große Nachteile für unseren Staat erwarteten; aber wir sehen mit Freuden, daß er nur nominelle Bedeutung hatte, so daß wir hoffen, daß die in London nach einiger Zeit vergessen werden, daß sie je Händler gewesen sind.“ Die Bemerkung, daß der Ausschuß bloß nominelle Bedeutung gehabt habe, darf wohl in Zweifel gezogen werden. Denn am 9. Oktober 1652 ist die Navigationsakte von Cromwell erlassen worden, die, in erster Linie gegen Holland gerichtet, zu einem Kriege zwischen diesem und England 1652—1654 geführt hat. Mag die Initiative zum Erlaß der Navigationsakte auch nicht auf den ständigen Handelsrat zurückzuführen sein, worüber sich angesichts des Fehlens jeglicher authentischer Nachrichten nichts sagen läßt, so

1) Thurloe, State Papers, London 1742, I 498.

bleibt doch unverstündlich, wie ein Holländer, dessen Land durch den Krieg so schwer geschädigt worden ist, während desselben einen Brief wie den angegebenen schreiben konnte.

Dagegen wissen wir, daß Cromwell am 11. November 1655 ein zweites Mal einen Handelsrat unter Vorsitz seines Sohnes Richard eingesetzt hat¹⁾; er bestand aus sechs Mitgliedern seines Rates, sieben Richtern, zehn hervorragenden Männern und ungefähr zwanzig Kaufleuten und Altermännern aus London, York, Newcastle, Yarmouth, Dover und anderen Seestädten; sie erhielten Macht und Gewalt, bei Anwesenheit von wenigstens sieben über Mittel und Wege zu beraten, wie Handel und Schiffahrt der Republik am besten zu fördern seien. Desgleichen sind am 19. Mai 1659 und am 25. Februar 1659/60 die oben erwähnten Gesetze über Ernennung eines Staatsrates mit der Kompetenz, über die Handelsinteressen zu beraten, wörtlich wiederholt worden²⁾.

Die von 1649—1659/60 Jahr für Jahr wiederholten Einsetzungen eines ständigen Handelsrates und die diesem 1650 erteilten Instruktionen sind das sprechendste Zeugnis für Cromwells planmäßiges Bemühen, das englische Wirtschaftsleben in allen seinen Zweigen zu heben. Im Interesse von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft hat er durch Herabsetzung des gesetzlichen Zinsfußes von 8 auf 6 Proz.

1) Thurloe a. a. O. IV 177. Cunningham, *Growth of English Industry and Commerce* II 193 will im Gegensatz zu Ranke und Gardiner keinerlei Verdienste Cromwells um die großartige wirtschaftliche Entwicklung Englands im 17. Jahrhundert anerkennen. Es sei schwer, für die entgegengesetzte Anschauung Belege zu finden. Cunningham hat sich hier offenbar keine Mühe gegeben; er ignoriert die im Text wiedergegebene dem ständigen Ausschuß am 6. August 1650 erteilte Instruktion völlig und begnügt sich II 199 mit dem Verweis auf die eben zitierte Stelle bei Thurloe und dem Satze: „diese Körperschaft (= der zweite ständige Ausschuß) hatte Mitglieder aus den Seehäfen“.

2) Siehe Firth und Rait, *Acts and Ordinances of the Interregnum* II 1274, 1419.

den allgemeinen Zinsfuß zu drücken gesucht. Er hat alle Arten von Monopolen beseitigt, um der freien wirtschaftlichen Betätigung der Einzelnen Spielraum zu schaffen. Durch Verwandlung der Lehensgüter jeglicher Art in freies Eigentum hat er eine der wichtigsten Voraussetzungen des Aufblühens der Landwirtschaft geschaffen, und ihre Rentabilität hat er durch Ausfuhrerleichterungen für landwirtschaftliche Produkte aller Art und solche, die aus solchen unmittelbar hergestellt wurden, zu heben gesucht. Durch die Gewährung der Gewissensfreiheit hat er eine Menge wirtschaftlich regsamer Menschen, deren Tätigkeit dem Aufblühen der englischen Volkswirtschaft äußerst dienlich sein sollte, nach England gezogen. Von ganz besonderer Bedeutung ist es gewesen, daß er die seit Eduard I. aus England verbannten Juden wieder nach England hereinließ. Zuerst zögerte er, als eine jüdische Gesandtschaft unter Rabbi Manasseh Ben Israel aus Holland kam, die um Wiederaufnahme bat. Sein Rat war dagegen und seine eigne Stimmung wurde nicht besser, als er hörte, einige Begleiter Manassehs hätten sich nach Huntingdonshire, der Grafschaft, in der er geboren war, begeben, um festzustellen, ob er nicht jüdischen Ursprungs sei; ein so großer Befreier konnte nach ihrer Meinung nur Jude sein, und wenn er dies war, vielleicht war er der Messias¹⁾. Man spottete darüber in London, und Cromwell befahl, daß die Begleiter Manassehs nach London zurückkehrten. Dann aber hat Cromwell sich überlegt, daß das Kapital, das die Juden mitbringen würden, der englischen Volkswirtschaft zugut käme. Doch hat er kein Gesetz betreffend die Juden erlassen, aber ihre Rückkehr geduldet²⁾, und zu Ende des Protektorats hat eine Anzahl Juden in London gelebt.

1) Gregorio Leti, *Historia e Memorie sopra la vita di Ol. Cromwell*, Amsterdam 1692, II 443.

2) Schon vorher hatten einzelne Juden durch Spezialgesetz naturalisiert werden können. Wenigstens ist nichts bekannt, was dem gesetzlich entgegengestanden hätte; tatsächlich standen dem allerdings die großen Kosten eines Spezialgesetzes im Wege, so daß nur wenige reiche Juden naturalisiert wurden.

Im Mittelpunkt von Cromwells Wirtschaftspolitik stehen aber seine Bemühungen zur Hebung des englischen Außenhandels. Man kann sagen, daß seine ganze auswärtige Politik, außer von der Rücksicht auf die Fernhaltung des Hauses Stuart, von keinem anderen Gesichtspunkt beherrscht worden ist¹⁾; daher man die von ihm geführten Kriege mit Recht als Kriege um Handelsvorteile bezeichnet hat. So drehte sich der von 1652—54 mit den Holländern geführte Krieg um die 1651 erlassene Navigationsakte, von der noch die Rede sein wird. Wenn er, der Vorkämpfer des Protestantismus gegen das katholische Haus Habsburg, sich mit Mazarin verbündet, um 1658 Dünkirchen samt seinem Außenposten Mardyke zu erlangen, so geschieht dies, um einen von den protestantischen Holländern unabhängigen Einfuhrhafen nach dem Kontinent für englische Waren zu erhalten²⁾. Mit den Spaniern hat er 1655—58 Krieg geführt. Die Spanier hatten einige englische Niederlassungen auf den kleinen westindischen Inseln zerstört. Cromwell verlangte von ihnen freien Handel mit ihren Kolonien und für die englischen Kaufleute Sicherheit vor der Inquisition. Der spanische Gesandte hatte geantwortet, ebenso gut könne man die beiden Augen des Königs fordern. Darauf segelte die englische Flotte über das Meer und nahm 1655 Jamaica; inmitten der spanischen Kolonien gelegen, hat es fortan als Halt- und Mittelpunkt für englische Seeräuberei, Handel und Ansiedlungen in Westindien gedient. Desgleichen hat Cromwell zum Schutz des englischen Handels im Mittelmeer die dortigen christlichen und mohammedanischen Korsaren zu Paaren getrieben und, um den Holländern den Zugang zum Mittelmeer zu versperren, sogar an die Eroberung Gibraltars gedacht. Mit

1753 hat die erste Naturalisation der Juden in England stattgefunden; sie ist aber angesichts des populären Widerstandes zurückgenommen worden. Lecky, *A History of England in the eighteenth century* I 327, 328.

1) Siehe die Abhandlung Beer's über Cromwells Handelspolitik im *Political Science Quarterly* XVI und XVII.

2) Ebenda XVII 49.

den Schweden hat er lange Verhandlungen geführt, um zu verhindern, daß die Holländer das Monopol im Ostseehandel erhielten.

Sieht man sich seine Friedens- und Handelsverträge auf ihren Inhalt an, so erscheint das, was dadurch gesichert werden soll, als ungemein mäßig, gemessen an dem, was heute im internationalen Verkehr als selbstverständlich erachtet wird. Es sind vor allem Befreiungen von den aus dem Mittelalter überkommenen rechtlichen Benachteiligungen der Fremden, die angestrebt werden. So Freiheit von der alten Satzung, wonach die in eine Stadt eingeführte Ware innerhalb einer bestimmten Zeit verkauft werden muß, oder die einmal ausgeladene Ware nicht mehr ausgeführt werden darf, Sicherheit des Vermögens der im Ausland verstorbenen Engländer, freie Religionsübung. Daneben kommen ferner Stipulationen über Freiheit von lästigen Flußzöllen vor, mitunter auch das Recht, nach den Kolonien des anderen Kontrahenten Handel zu treiben, und als von besonderer Wichtigkeit, daß die Engländer keinen höheren Zöllen unterworfen würden als ihre Handelsrivalen, die Holländer. Im ganzen aber ist der Inhalt ganz anders, als man von einem Handelsvertrag zur Zeit des Merkantilsystems vielleicht erwarten würde. Es handelt sich darin weit weniger um die Sicherung von Spezialbegünstigungen als vielmehr um die Hinwegräumung von Schranken, wie sie dem mittelalterlichen Handelsverkehr eigentümlich gewesen waren.

Zeigt die ganze Wirtschaftspolitik Cromwells eine planmäßige Förderung der englischen Volkswirtschaft durch Mittel der Staatsgewalt, so zeichnet sie sich von der Merkantilpolitik anderer Staaten und namentlich von der auf ihn folgenden englischen durch eines aus: Dies ist nicht etwa, daß nicht auch sie an der fehlerhaften Übertragung der Vorstellung von der Handelsbilanz des einzelnen Kaufmanns auf die Volkswirtschaft gekrankt hätte; auch Cromwell mißt den Vorteil und Nachteil einer Volkswirtschaft an dem Mehrbetrage des Geldes, der am Ende einer Wirtschaftsperiode im Lande vorhanden ist; in diesem Punkte

ist seine Wirtschaftspolitik nicht besser als die Merkantilpolitik anderer Staaten. Aber weder, daß die Wirtschaftspolitik dem englischen Volke ohne sein Zutun, ja sogar gegen seinen Willen aufoktroiyert worden wäre; das ganze Volk nahm an den zu ergreifenden Maßnahmen durch Berichte und Vorschläge vielmehr den regsten Anteil; noch auch, daß die Regierung dem, was ein jeder Interessent in seinem Sonderinteresse verlangte, blind willfahrt hätte; vielmehr wird jeder Vorschlag geprüft, und nur, was mit dem Interesse des Ganzen vereinbar scheint, genehmigt. So bleibt die Cromwellsche Wirtschaftspolitik sowohl vor Maßnahmen bewahrt, die in ihren Wirkungen einander aufheben, als auch vor solchen, die im Widerspruch mit der Natur der Dinge stehen, etwa mit Ausnahme von Ziffer 2 der 1650 dem Ständigen Wirtschaftsrate erteilten Instruktionen, welche die gleichmäßige Verteilung aller Gewerbe im Lande verlangt. Fast möchte man sie als eine auf Grund sorgfältigster Erhebung der Tatsachen zielbewußte und systematische Leitung des englischen Wirtschaftslebens im Einklang mit der Natur der Dinge bezeichnen.

Eine besondere Erwähnung erheischt das Verhalten der Republik gegenüber der Ostindischen Gesellschaft. Karl I. hatte, wie erwähnt, um sich Geld zu verschaffen, im Widerspruch mit dem ihr erteilten Freibrief einer zweiten Gesellschaft gleichfalls einen Freibrief erteilt. Die Konkurrenz der beiden Gesellschaften hat beide dem Bankrott nahegebracht. Da hat das Unterhaus 1650 die Verschmelzung der beiden Gesellschaften beschlossen und den Betrag des Kapitals der vereinten Gesellschaft auf £ 300 000 beschränkt¹⁾. Aber die neue Gesellschaft sollte sich ihres Privilegs nicht lange erfreuen. In Ziffer 10 des Gesetzes vom 1. August 1650 war dem durch dasselbe eingesetzten Wirtschaftsausschusse die Pflicht auferlegt worden, die den Handelsgesellschaften verliehenen Privilegien, Freibriefe usw. zu untersuchen, und bei der Entdeckung, welche der Mißbrauch, den Karl I. mit der Ver-

1) Scott I 245.

leihung von Monopolen getrieben hatte, erweckte, konnte das Ergebnis nicht zweifelhaft sein. Schiffahrt und Handel nach Indien wurden für drei Jahre für frei und offen erklärt. Nun sank der Gewinn der Ostindischen Gesellschaft praktisch auf Null. Dieser Rückgang ist aber mehr als ausgeglichen worden durch den großen Betrag des Handels Privater in den drei Jahren, da der Handel frei war. Nicht weniger als 38 Schiffe wurden von Privaten ausgesandt; ihre Nachfrage hat den Preis der indischen Waren um 40—50 Proz. gesteigert, während ihr Angebot den der englischen Waren auf den indischen Märkten in dem gleichen Verhältnis gedrückt hat¹). Wie aber sollte der englische Handel mit Indien auf die Dauer bestehen können, wenn der Staat nicht imstande war, ihn gegen die Gewalttaten europäischer Konkurrenten zu schützen, und es an einer Organisation der Interessenten fehlte, die seine Funktionen an seiner Stelle erfüllte? Das Monopol, das der vereinten Gesellschaft 1650 verliehen war, ist nach Ablauf der drei Jahre freien Handels wieder in Kraft getreten; doch haben Handelsfahrten Privater, denen Lizenzen verliehen worden waren, fortgedauert. Da hat die Lage des Schatzamts es mit sich gebracht, daß Cromwells Regierung 1655 zuerst £ 50 000 und im Oktober desselben Jahres abermals £ 10 000 von der Ostindischen Gesellschaft borgte. Diese hatte in den vorausgegangenen Jahren 105 Proz. Gewinn gemacht. Weitere Finanznöte haben das Schatzamt genötigt, die Gesellschaft abermals um ein Darlehen anzugehen. Darauf hat Cromwell der Gesellschaft am 18. Dezember 1657 einen Freibrief verliehen, der ihr die meisten von ihr begehrten Privilegien bestätigte²). Der Erfolg sollte sich allerdings erst nach dem Tode Cromwells in dem darauf folgenden Jahre zeigen.

Doch diejenige Maßnahme, mit der Cromwells Name in der Wirtschaftsgeschichte in der Regel am meisten verknüpft wird, ist sein 1651 erlassenes Navigationsgesetz. Nach der Hinrichtung Karls I. hatte er ein Bundesverhältnis

1) Krishna 69.

2) Scott I 258.

mit den niederländischen Generalstaaten angestrebt; sogar von einer Vereinigung beider Republiken in einem einzigen Gemeinwesen war die Rede gewesen, „um gemeinschaftlich das Reich Gottes auszubreiten und die Völker von ihren Tyrannen zu befreien“. Aber seit der Anerkennung der Unabhängigkeit der Niederlande im Westfälischen Frieden war Spanien für Holland nicht mehr gefährlich. Es hatte sich Englands Verhältnis zu Holland sogar getrübt. Der holländische Statthalter, Wilhelm II., war der Schwiegersohn des hingerichteten Königs; er hatte die Kavaliers begünstigt, und nach Karls Tode hatte die holländische Regierung sich abweisend verhalten. Dazu kam, daß Dänemark, das holländischen Schiffen das Vorrecht erteilt hatte, den Sund gegen Bezahlung einer Pauschalsumme durch Holland zollfrei zu durchfahren, auf holländisches Andringen anderen Nationen das gleiche Vorrecht verweigerte und trotz englischen Protestes dabei blieb¹⁾. Somit erschien die Seemacht der Niederlande sowohl der Hinneigung zu den Stuarts verdächtig, als auch als Hindernis der von England erstrebten Seeherrschaft. Cromwells Eifer für gemeinsame Verteidigung des protestantischen Glaubens wandelte sich in rücksichtsloses Streben nach Brechen der holländischen Handelssuprematie zur See. Um vor allem den Handel mit den englischen Kolonien in englische Hände zu bringen, verordnete er am 3. Oktober 1650, daß kein Schiff einer fremden Nation mit den englischen Kolonien Handel treiben dürfe, ohne zuvor vom Parlament oder Staatsrat eine Lizenz erhalten zu haben; und am 9. Oktober 1651 wurde das Gesetz erlassen, dem gemäß fortan aller Küstenhandel und alle Fahrt nach den britischen Kolonien nur Schiffen erlaubt war, deren Eigentümer und Kapitän ganz, deren Seeleute zu drei Viertel britische Untertanen waren. Die voluminösesten Einfuhrartikel durften nach Großbritannien nur mehr in britischen Schiffen oder in Schiffen des Produktionslandes gebracht werden; im letzteren Falle höhere Zölle. Auch

1) Beer im *Political Science Quarterly* XVI 594.

durften die voluminösesten Einfuhrartikel, selbst in britischen Schiffen, nur direkt aus dem Erzeugungslande, nicht aus Zwischenmärkten, eingeführt werden. Diese Bestimmungen waren direkt gegen die Holländer gerichtet, die ja nur Zwischenhandel trieben. Dasselbe gilt von den über die Fischerei getroffenen Bestimmungen. Alle Fische mußten doppelten Fremdenzoll (d. h. das Doppelte des höheren Zolls) zahlen, wenn sie nicht von britischen Schiffen gefangen und auf ihnen bereitet waren.

Dieses Gesetz ist der Anlaß zu dem zweijährigen Kriege zwischen England und Holland 1652—54 geworden. Anfangs haben die Holländer ihren alten Ruhm im Seekrieg behauptet; dann aber nahm das unter den Stuarts vernachlässigte Seewesen unter Sir Harry Vane mächtigen Aufschwung. Nachdem Holland mehr als 1000 Schiffe eingebüßt und schwere Verluste in seinem Handel erlitten hatte, mußte es einen nachteiligen Frieden schließen. In diesem haben die Engländer endlich auch für Amboina Vergeltung erlangt; Holland mußte der englischen Ostindischen Gesellschaft für die ihr zugefügte Unbill £ 85 000 und an verschiedene Eigentümer für ihre verlorenen Besitzungen £ 20 000 Entschädigung zahlen¹⁾. In demselben Jahre schloß Cromwell auch einen Frieden mit Dänemark, in dem letzteres sich verpflichtete, den Holländern keinerlei Vorzugszölle mehr zu geben²⁾.

Übrigens hat die Navigationsakte nicht nur den Holländern Schaden zugefügt. Sie hat dem Zustrom Fremder nach den englischen Häfen Abbruch getan und dadurch auch den englischen Handel geschädigt. Zwei Drittel des Ostseehandels sind an die Dänen, Schweden, Holsteiner und alle östlichen Kaufleute verloren gegangen³⁾. Dabei wiederholte sich die seit Richard II. gemachte Erfahrung: Das Navigationsgesetz gab den englischen Reedern ein Mono-

1) Krishna 75.

2) Beer, Political Science Quarterly XVI 602.

3) Siehe Roger Coke, A Treatise wherein is demonstrated that the Church and State of England are in equal danger with the trade of it. 1671.

pol; sie steigerten die englischen Frachten; die Frachtsteigerung hinderte ihre erfolgreiche Konkurrenz mit fremden Reedern, wo immer die Engländer kein Monopol hatten¹⁾. Bis zur Vereinigung Schottlands mit England im Jahre 1706 wurde auch Schottland geschädigt; denn bis dahin wurden die schottischen Schiffe in den englischen Häfen als fremde behandelt. Ganz besonders übel waren die Wirkungen der Navigationsakte auf das Verhältnis des Mutterlandes zu seinen Kolonien. Dabei hat England schon damals im Gegensatz zu Grotius dem Grundsatz, daß die neutrale Flagge das Privateigentum des Feindes zur See, Konterbande ausgenommen, vor Konfiskation schütze, die Anerkennung verweigert. Wie Gardiner²⁾ gesagt hat: „Es scheint, daß die englische Regierung darauf aus war, ebenso wie sie den holländischen Handel durch Parlamentsgesetz ruiniert hatte, so den französischen Handel durch das Prisengericht der Admiralität zu ruinieren.“

Es kann wohl nicht bestritten werden, daß die von England beanspruchte Herrschaft zur See durch die Navigationsakte und durch die Urteile seines Admiraltätsgerichtes außerordentlich gefördert worden ist. Sie haben es fertiggebracht, daß die englische Flotte im Laufe des 18. Jahrhunderts die größte aller Flotten und zu Beginn des 19. größer als die Flotten aller übrigen Mächte zusammen geworden ist, und damit ist England die Durchführung seiner seit Heinrich VIII. verfolgten Politik, in den europäischen Händeln das Zünglein an der Wage zu sein, sehr erleichtert worden. England ist damit gewissermaßen der Nachbar aller Länder geworden und vermag von deren Küsten aus seine Macht überall zur Geltung zu bringen.

Ich habe erzählt, daß schon die angelsächsischen Könige die Herrschaft über die englischen Meere bean-

1) Siehe Josiah Child, A new discourse of trade, zuerst 1670, in der 5. Aufl. Glasgow 1751, 90.

2) Gardiner, History of the Commonwealth and Protectorate, 1894, II 108/9.

spricht hatten, und daß seit Eduard III. die englischen Könige verlangt haben, daß alle Schiffe, die dem englischen Admirale oder seinem Stellvertreter begegneten, auf dessen Befehl die Segel senkten. Mit der Vernichtung der spanischen Armada im Jahre 1588 ist der Anspruch weiter gewachsen. Nichts ist bezeichnender für das Denken der Engländer, als daß Francis Bacon in seinem Buche über den Fortschritt der Wissenschaft VIII schreibt: „Die Beherrschung der See ist die Quintessenz der Monarchie . . . Die Schätze beider Indien erscheinen nur als eine Beigabe zur Seeherrschaft“. Das gab dem merkantilistischen Ansprüche gewissermaßen die Sanktion der Wissenschaft; und dieser Denkweise entspricht es, wenn selbst unter Elisabeths furchtsamem Nachfolger Jakob I. sich nach einer Angabe des Kardinals Richelieu folgendes zutrug. Er erzählt¹⁾, daß der große Minister Heinrichs IV. von Frankreich, Sully, sich in Calais in einem französischen Schiff einschiffte, das die französische Flagge trug; kaum daß es sich im Kanal befand, befahl ihm der Kommandant des englischen Schiffes, das zu seiner Begrüßung ausgesandt worden war, die französische Flagge zu senken, und, als Sully unter Berufung auf seine Eigenschaft als Botschafter dies verweigerte, feuerte der englische Kapitän drei Schüsse auf das französische Schiff, welche es trafen. Die Not zwang Sully, nachzugeben, und auf alle seine Beschwerden erhielt er vom Engländer zur Antwort: „Ebenso wie seine Pflicht ihn zwingt, den Rang des Botschafters zu ehren, ebenso zwingt sie ihn auch, die der Flagge seines Herrn als Beherrschers der See zukommende Ehre zu erheischen.“ Geschah dies zu einer Zeit, da von einer wirklich ernsthaften englischen Seemacht noch nicht gesprochen werden konnte, so wurde der Anspruch auf Beherrschung des Meeres noch strenger von Cromwell geltend gemacht. Im Jahre 1652 kam es zwischen dem Commodore Young und einem holländischen Geschwader zum

1) Captain A. T. Mahan, *The influence of Seapower upon history 1660—1783*, London 1889, p. 59.

Kämpfe, weil dieses den Gruß verweigerte. Im Jahre 1654 mußten die Holländer den Briten vertraglich die Herrschaft des Meeres zugestehen; in einem Artikel wurde bestimmt: „daß die holländischen Fahrzeuge, die einem britischen Kriegsschiffe in den britischen Gewässern begegneten, ihre Flagge streichen und ihre Bramsegel hinunterlassen sollten.“ Ja selbst Karl II., so bereit er war, um sich vom Parlament unabhängig zu machen, sein Land an Ludwig XIV. zu verraten, schrieb diesem: „Zwei Hindernisse stehen einem vollkommenen Bunde zwischen England und Frankreich im Wege: Das erste ist die große Sorgfalt, welche Frankreich jetzt (d. h. seit Colbert) der Schaffung eines Handels und einer mächtigen Seemacht zuwendet. Das erregt bei uns, deren Bedeutung ausschließlich auf unserem Handel und unserer Seemacht beruhen kann, so großen Argwohn, daß jedweder Schritt, den Frankreich in dieser Richtung macht, die zwischen beiden Nationen bestehende Feindschaft verewigt.“ Während der Verhandlungen, welche dem schändlichen Angriff der beiden Könige auf die Republik der Vereinigten Niederlande vorangingen, entstand ein hitziger Streit, wer die vereinigte französische und englische Flotte kommandieren solle. Karl war in diesem Punkte unbeugsam. „Es ist Sitte der Engländer“, sagte er zum französischen Gesandten, „daß sie zur See befehlen“, und fügte hinzu, seine Untertanen würden ihm nicht gehorchen, wenn er in diesem Punkte nachgäbe. Im Januar 1672 sandte England an Holland ein Ultimatum, worin es verlangte, daß es die Souveränität der englischen Krone in den britischen Meeren anerkenne und seinen Flotten befehle, vor dem kleinsten britischen Kriegsschiffe die Flagge zu senken. Zunächst gaben die Holländer nach; dennoch ist es zwei Monate später zum Kriege gekommen, in dem die Engländer keine Lorbeeren davongetragen haben. Nichtsdestoweniger haben die Holländer in dem 1674 geschlossenen Frieden sich bereit erklären müssen, um sich vor den Angriffen des mit Karl II. verbündeten Ludwig XIV. zu retten, die englische

Souveränität in allen Gewässern vom Kap Finistère bis zur Küste Norwegens anzuerkennen¹⁾).

Die Seeherrschaft, die Englands Könige seit Jahrhunderten für ihr Land beansprucht hatten, hat dieses durch die Republik erhalten. Nicht den Stuarts, sondern Cromwell und Sir Harry Vane hat es zu danken, daß ein poeta laureatus Karls II., Sir William Davenant, angeblich ein natürlicher Sohn Shakespeares schreiben konnte²⁾:

Wir Herrn der Weltenwildnis Ozean
Entsenden Wälder, um die See zu fahn,
Bedräuen oder trösten jed' Gestade,
Doch uns sucht keiner heim ohn' unsre Gnade.

Den Engeln nur und uns ward dieser Rang,
Daß Niemand unser glücklich Reich erzwang.
Wir steigen frei hernieder und geruhn,
Böse zu strafen, Guten wohlzutun.

Wir kosten Südarabiens Spezereien,
Verschont vom Sonnenbrand, wo sie gedeihn,
Gehn, fern vom Ort, in persischen Geweben
Und trinken ohne Weinbau alle Reben.

Wir wühlen nicht nach Reichtum ohne Ruh,
Das schwerste Erz, das Gold, uns strömt es zu,
Wir heimsen ein, was sie in Indien mähen,
Gepflügte Flut reift uns, was andere säen.

1) Mahan a. a. O. 158.

2) The English and Dutch affairs 1664, 47/48. Ich verdanke die Übersetzung Friedrich Gundolf.

31. Kapitel.

England nach der Restauration.

Schon unter Jakob I. hatte die heidnische Emanzipation von der mittelalterlichen Weltanschauung, von der ich im 19. Kapitel gesprochen habe, sich bei den höheren Klassen in der Zunahme der Sittenlosigkeit gezeigt. Schon damals hatten ihnen gegenüber der werktätige Mittelstand und die Arbeiterbevölkerung in Stadt und Land ihre Zuflucht im Puritanismus gesucht. Unter Cromwell hatte die puritanische Lehre von der Pflicht, in der Berufsarbeit aufzugehen, triumphiert. Eine düstere Stimmung hatte die Oberhand im Volke gewonnen. Schönheit und Genuß wurden als Teufelswerk verachtet. Aber es ist eine alte Wahrheit, daß der Stab, der nach der einen Seite zu sehr gebogen wird, nach der anderen um so heftiger zurückschnellt. So auch in England nach der Rückkehr Karls II. Der Zwang, der die puritanischen Lehren gestützt hatte, war weggefallen; nun überwucherten die so lange zurückgehaltenen natürlichen Triebe alle Schranken der Ehrbarkeit. Die Kavaliere hatten es mit der Moral nie sehr genau genommen; jetzt verfällt sie als etwas Puritanisches der gesellschaftlichen Acht. Wie Taine¹⁾ es ausgedrückt hat, es verschwinden „die oberen Teile der menschlichen Natur; es bleibt nur das zügel- und führerlose Tier, durch seine Begierden über Gerechtigkeit und jedwede Scham vorwärts getrieben“. Tonangebend ist der König selbst in

1) Taine, *Histoire de la Littérature Anglaise*, 4. éd. Paris 1878, III 10.

dieser Umbildung gewesen. Er hat „alle seine Untertanen im Vergnügen an der Gemeinheit, in Verachtung der Tugend, im Zweifel an Reinheit und Ehrlichkeit übertroffen“¹⁾. Sein Beispiel hat in allen menschlichen Beziehungen in erschreckendem Maße Nachahmung gefunden. Ehedem hatten die Engländer als die mäßigsten unter den nordischen Völkern gegolten; jetzt trinken sie wie Schwämme; das Schnapssaufen wird nationales Laster. Die Staatsmänner kommen nicht selten betrunken ins Parlament; es kommt vor, daß Minister so selbst vor den König treten. Junge Leute aus den besten Kreisen der Gesellschaft überfallen des Nachts auf den Straßen diejenigen, die sich erkühnen, sich hinauszuwagen, und begehen unerhörte Scheußlichkeiten. Die Polizei ist als Regel unzureichend, Schutz zu gewähren. Die Unsicherheit selbst bei Tage wird so groß, daß, wer sich auf Reisen begibt, sich bewaffnen muß, als zöge er in die Schlacht. Und dabei ist es während der größeren Hälfte des 18. Jahrhunderts geblieben²⁾. Einen Beleg dafür bietet die Lasterhaftigkeit der Bühne. Der bei weitem größte dramatische Erfolg während desselben war der von Gays Bettleroper. Sie ist in London an 63 aufeinander folgenden Abenden aufgeführt worden und mit gleichem Beifall in der darauf folgenden Saison. In Bristol und Bath ist sie fünfzigmal gegeben worden, hat sich mit Schnelligkeit nach allen größeren Städten des Landes verbreitet, ist nach Schottland und Wales gedrunken und hat in Irland glänzenden Erfolg gehabt. Die darin vorgeführten Sitten der oberen Gesellschaftskreise gleichen denen von Straßenräubern und Dirnen so sehr, daß es schwer zu sagen ist, ob die Vornehmen die Laster der Straße nachahmen oder die Straße die der Vornehmen³⁾. Diejenigen aber unter den Puritanern, die reich geworden sind, pflegen ihren Puritanismus und dessen Verwerfung der „Kreatur-

1) J. R. Green, Geschichte des englischen Volkes II 176.

2) W. E. H. Lecky, A History of England in the eighteenth century, London 1878, Chapt. IV.

3) Taine 265.

vergötterung“ als eine Entwertung der Gott allein geschuldeten Ehrfurcht zu verleugnen. Sie streben danach, in den Kreis der vergötterten Kreaturen aufgenommen zu werden. „Sobald sie reich geworden, kaufen sie ein großes Haus in Clapham oder Wimbledon und, wenn sie ein großes Vermögen erworben haben, wünschen sie die Herren eines Großgrundbesitzes auf dem Lande zu werden“¹⁾. Das heißt, sobald die Puritaner Kapitalisten geworden sind, beeilen sie sich, dem Puritanismus den Rücken zu kehren.

Aber der Zynismus, mit dem Ehrbarkeit im Denken und Leben verhöhnt und das Laster um seiner selbst willen geliebt und verherrlicht wurde, ist, so sehr er sich breit machte, doch nie Sache der Mehrheit des englischen Volkes geworden. Das hat die religiöse Verfolgung der Nonkonformisten unter Karl II. gezeigt. Die Leiden, die sie erdulden mußten, haben das Mitgefühl der Massen geweckt. Der beispiellose Erfolg der „Pilgerreise“ Bunyans, eines Kesselflickers und Predigers einer Baptistengemeinde, beweist, daß sie religiös und ihre Sympathien noch größtenteils puritanisch waren. Sie ist das volkstümlichste und bekannteste aller englischen Bücher noch heute, und die im Kampfe gegen den Kapitalismus stehenden arbeitenden Klassen Englands, die Bauern und kleinen Krämer, haben nicht nur nach der Restauration und im 18. Jahrhundert, sondern noch während des 19. Jahrhunderts die Masse der puritanisch angehauchten Sektierer gebildet²⁾. Von den höheren Kreisen dagegen sagt noch Montesquieu, daß jeder in England lache, wenn man von Religion spreche; in ihnen haben die geschilderten Sittenzustände bis gegen Ende von Walpoles Regierung geherrscht; um diese Zeit haben die Methodisten eine neue religiöse Erweckung hervorgerufen, welche auch die in Weltlichkeit

1) Leslie Stephen, *The Utilitarians*, London 1900, I 20.

2) Den Puritanismus für das Vordringen des Kapitalismus verantwortlich machen, ist, als wollte man den Franciscus von Assisi und die Jünger, die ihm treu blieben, für die Urheber der Verweltlichung der Kirche halten, gegen die ihr Auftreten gerichtet gewesen ist.

verkommene Geistlichkeit der Staatskirche aufgestört und ihr damit wieder Einfluß auf die Laien gegeben hat.

Doch noch ein anderer Umschwung, der nachhaltiger sowohl als die sittliche Verwahrlosung der höheren Klassen als auch als der Puritanismus der unteren gewirkt hat, hat sich nach der Restauration in England geltend gemacht. Es ist die Zeit, da auch hier die voraussetzungslose Wissenschaft¹⁾ ihren Anfang nimmt, d. h. das Streben nach Erkenntnis des ursächlichen Zusammenhangs der Dinge, frei von allen Vorurteilen, von nichts beseelt als vom Wunsche nach Erkenntnis der Wahrheit, unbekümmert um alle Folgen, die sich aus dem, was als wahr festgestellt wird, ergeben. Francis Bacon hat ihr den Weg gewiesen. Er hat als allgemeines Prinzip formuliert, daß nur der die Natur zu beherrschen vermag, der ihr zu gehorchen versteht²⁾. Damit war gesagt, daß es, um im Leben ein Ziel zu erreichen, darauf ankomme, die Erscheinungen der Wirklichkeit festzustellen und die Ursachen, welche diese verbinden. Er hat Machiavelli gepriesen³⁾, weil er statt von dem, was die Menschen tun sollten, von dem ausgegangen sei, was sie zu tun pflegten, und hat ausdrücklich betont⁴⁾, daß seine Erneuerung der Wissenschaften sich auch auf die politischen Disziplinen zu erstrecken habe. Er selbst hat allerdings die Verwirklichung dieses Programms nicht unternommen und in seinen Essays sogar Anschauungen vertreten, die mit den Grundprinzipien seiner Erneuerung der Wissenschaften in Widerspruch stehen⁵⁾. Aber die Forderung, daß die Staatswissenschaften vom Standpunkt der Vernunft, statt von dem der Überlieferung zu behandeln seien, war einmal aufgestellt und ist seitdem geblieben.

1) Über den Begriff siehe Franz Brentano, *Die vier Phasen der Philosophie*, Leipzig 1926, 137.

2) *Nov. Organon*. Aph. 3.

3) *De augm. scient.* VII 2.

4) *Nov. Organon*. Aph. 127.

5) Siehe bes. *Essay* XV.

Der erste große englische Schriftsteller, der ihr zu entsprechen gesucht hat, ist Bacons früherer Lieblingssekretär, Hobbes, gewesen, und so mangelhaft sein Versuch ausgefallen ist, so hat er doch auf die ganze spätere Staatswissenschaft Einfluß geübt. Er hat Bacons Methode, die Beobachtung, nur in beschränktem Maße zur Anwendung gebracht, und gerade darin wurzelt, was in seiner Lehre unhaltbar ist. Die alten Wirtschaftseinheiten, in denen das Leben der ihnen Angehörigen durch Autorität und Herkommen geregelt war, waren durch die wirtschaftliche Entwicklung in sich bekämpfende Individuen aufgelöst worden. Sie hatte Hobbes vor Augen; das war für ihn der Zustand, wie er von Anbeginn bestand. Die Menschen sind ihm atomistische Einheiten. Liebe, Freundschaft, Treue sind ihm nur Gefühle gegenseitiger gesellschaftlicher Nützlichkeit. Die Menschen sind von grenzenlosem Egoismus beseelt und, wenn sie miteinander Frieden halten, tun sie es nur, insofern sie erkennen, daß sie dabei besser stehen. Das ist die Grundanschauung von Hobbes, die ja in den geschilderten Sittenzuständen seiner Zeit in vieler Beziehung Bestätigung fand. Von ihr ausgehend, hat er, in Widerspruch mit der Wirklichkeit, auf aprioristischem Wege die Entstehung des Staates konstruiert. Der Staat ist ihm durch Vertrag unter rechtlich gleichstehenden Individuen entstanden. Ihr Egoismus hat sie dazu geführt, um der Sicherheit willen auf alle ihre Rechte außer dem der Selbsterhaltung zugunsten eines einzigen Herrschers zu verzichten, der sie alle vertritt. Dieser Herrscher war absolut; ihn zu beschränken wäre so viel gewesen, als sich selbst beschränken. Als Oberhaupt der ganzen Gemeinschaft bestimmt er über Recht und Unrecht. Aberglauben heißen die von ihm nicht erlaubten, Religion die von ihm gestatteten Meinungen von unsichtbaren Mächten. Sein Recht ist ein göttliches und zwar das einzig göttliche Recht, denn es ist der Inbegriff aller Rechte seiner Untertanen. Hier sieht man den Einfluß der politischen Kämpfe zwischen König und Parlament zur Zeit der Stuarts. Der Gegensatz hat ihn veranlaßt, nach der Hin-

richtung Karls I. nach Frankreich zu gehen und, als Cromwell ohne Parlament zu regieren beginnt, nach England zurückzukehren. Das war von ihm nur konsequent. Gemäß seiner Ableitung der Entstehung der Herrschergewalt konnte er nicht von einer Einschränkung derselben die Verhinderung der Tyrannei erwarten, sondern nur von gemeinsamer Erziehung und Aufklärung der Untertanen und Fürsten über ihr wahres Ziel und die beste Art, es zu erreichen. Dieses wahre Ziel beider war das Wohl aller zum Staate vereinten Individuen.

Mit dieser theoretischen Rechtfertigung der über das Naturrecht triumphierenden Gewalt hat Hobbes, entgegen seinem Prinzip, sich an „gemeine und alltägliche Erfahrungen“ zu halten, alle Erlebnisse seit nahezu zwei Jahrhunderten außer acht gelassen. Das englische Volk hatte zu viel unter der Tyrannei der Tudors, Stuarts und Oliver Cromwells geseufzt, um sie nicht mit Entrüstung von sich zu weisen. Das Parlament hat seine Werke „De Cive“ und „Leviathan“ verdammt. Aber auch seine Lehre, daß der Staat in einem Vertrage zwischen gleichberechtigten Individuen seinen Anfang genommen habe, ist längst als unhaltbar aufgegeben. Nichtsdestoweniger hat sie sowohl auf die darauffolgende politische Philosophie als auch auf die entstehende nationalökonomische Wissenschaft einen nachhaltigen Einfluß ausgeübt. Aus ihr floß die Erkenntnis, daß alle Macht im Volke ihren Ursprung hat und das Ziel aller Macht das Volkswohl sei.

Entsprechend dieser Erkenntnis haben die Engländer 1688 Jakob II. abgesetzt. Die Schrift des Philosophen John Locke¹⁾ über bürgerliche Regierung ist der Niederschlag dieser, der sogenannten „Glorreichen Revolution“. Locke ist noch Anhänger der Lehre vom Staatsvertrage. Aber ein großer Unterschied besteht zwischen seiner Lehre und der von Hobbes. Er hat unter dem Einfluß der Geschehnisse den beiden Hobbesschen Sätzen, daß alle Macht im Volke ihren Ursprung habe und daß das Volkswohl

1) Essay on Civil Government, 1689.

das Ziel aller Macht sei, das Recht des Widerstands hinzugefügt. Die Fürsten sind nach ihm ihren Untertanen verantwortlich, daß sie ihre Macht richtig gebrauchen. Das Volk behält nach ihm auch nach Abschluß des Vertrags das Recht, dem Fürsten die ihm übertragene Macht wieder zu entziehen, wenn sie zu Zwecken gebraucht wird, die mit dem Volkswohl unvereinbar sind. Damit war die Revolution auf Grund der Mißregierung Jakobs II. gerechtfertigt.

Auf dem Gebiet der Volkswirtschaftslehre ist die Beobachtung des Lebens schon zur Zeit, da sie von Bacon gelehrt wurde, an die Stelle des früheren mehr oder weniger von nichtwirtschaftlichen Gesichtspunkten beeinflussten Denkens getreten. Den Anstoß dazu gab die Eifersucht auf das wirtschaftlich überlegene Holland. Ihr verdankt man eine große Anzahl bedeutsamer englischer Schriften, die von der Beobachtung Hollands ausgehen, um auf Grund seiner Erfolge zur Nacheiferung anzureizen, so die von Walter Raleigh, Th. Culpeper, Th. Mun, Josias Child, William Temple, Dudley North u. a. m. Vor allen aber ist der Mann zu nennen, den schon wenige Jahre nach seinem Tode ein zeitgenössischer Nationalökonom, Charles Davenant¹⁾, als den Vater der Wirtschaftswissenschaft bezeichnet hat, Sir William Petty (1623 bis 1687)²⁾. Schon in seiner Knabenzeit war die Beobachtung des Gewerbebetriebs seine Freude gewesen. Dann hat Hobbes sich seiner angenommen; aber er ist weit mehr der Schüler Bacons als dieser gewesen. Die entstehende Naturwissenschaft ist von mächtigem Einfluß auf ihn gewesen. Er hat als Mediziner begonnen, hat durch verblüffende Experimente Aufsehen erregt, war vorübergehend Professor der Anatomie, wurde 1651 Generalarzt der Armee Cromwells in Irland, hat dort in 13 Monaten das Landkataster Irlands vollendet, als andere verzweifelten,

1) The political and commercial works of Ch. Davenant, ed. Whitworth, London 1771, I 128. Charles Davenant war der älteste Sohn des oben S. 229 genannten Sir William Davenant.

2) Siehe Fitzmaurice, The Life of Sir William Petty, London 1895.

je damit fertig zu werden. Wo er sich literarisch mit wirtschaftlichen Dingen beschäftigt, gilt es ihm vor allem, die Tatsachen festzustellen, um daraus Schlüsse zu ziehen. Es ist für seine wissenschaftliche Geistesrichtung bezeichnend, daß er dafür war, daß die Kinder, bevor sie Schulunterricht erhielten, in der Anschauung der Dinge erzogen würden, und daß er als Mitbegründer der englischen Akademie, der Royal Society, den Wunsch hegte, deren jährlichen Festtag auf den St. Thomastag zu verlegen, da Thomas nicht habe glauben wollen, bevor er nicht die Finger in die Wundmale gelegt hatte. Schon als Vierundzwanzigjähriger hatte er nach einer Abhandlung verlangt, in welcher die „freie Natur“ oder Künste und Gewerbe frei von Beschränkung, der „Geschichte der gehemmten oder gestörten Natur“ oder dem durch das Merkantilsystem gefesselten Wirtschaftsleben gegenübergestellt würde. Seine volkswirtschaftlichen Schriften¹⁾ zeigen uns, daß er der sich darin äußernden Grundanschauung auch später treu geblieben ist. Namentlich die Handelsbeschränkungen seiner Zeit und die Geldausfuhrverbote lassen ihn erkennen, daß die natürliche Ordnung stärker ist als alle positiven Gesetze. Nicht als ob er ein prinzipieller Feind von Staatseinmischung wäre. Aber getreu dem angeführten Satze Bacons ist er gegen alles Eingreifen entgegen der natürlichen Entwicklung; denn die positiven Gesetze sind ihm nur haltbar, wo sie mit der natürlichen Ordnung in Übereinstimmung sind.

Von dieser Auffassung des bahnbrechenden Denkers war die praktische Politik nach der Restauration allerdings noch weit entfernt. Karl II. hat wie auf allen anderen Gebieten, so auch auf dem wirtschaftlichen kein anderes Interesse gehabt, als seine politische Herrschaft zu festigen. Wie das Streben seiner Vorgänger auf dem Throne ging das

1) A Treatise on Taxes and Contributions, 1679. — Quantulumcunque or a tract concerning money, 1682. — Several essays in political Arithmetic, 1691. — Political Survey or Anatomy of Ireland, 1691.

seine nach Einnahmen, wie sie seinen Ansprüchen entsprachen, und zwar nach Einnahmen bei Ruhe vor dem Parlament. Er hat auf wirtschaftlichem Gebiete weder Ab- noch Zuneigungen gekannt; jede Maßnahme war ihm recht, wenn sie nur Aussicht bot, ihm solche Einnahmen zu schaffen. Um die unter ihm ergriffenen Maßnahmen zu würdigen, gilt es daher, sich vor allem ein Bild vom wirtschaftlichen Zustand Englands nach der Restauration zu machen¹⁾.

Die Fläche von England und Wales beträgt, die Wasserflächen ausgeschlossen, 37 136 005 acres; 1689 hat Gregory King²⁾ sie auf 39 Millionen geschätzt; vielleicht hat er Seen und Flüsse bei seiner Schätzung miteingerechnet. Die Bevölkerung von 1689 hat King auf 5 500 520 Einwohner berechnet. Über ihre Verteilung in Stände und Berufe und deren Einnahmen und Ausgaben gibt die von ihm berechnete Tabelle³⁾ (S. 240, 241) Aufschluß.

Zählt man die Zahl der Familien zusammen, die nach dieser Tabelle als Grundeigentümer angesehen werden dürften, die weltlichen Lords bis zu den kleinen Freisassen, so ergeben sich 196 586 Familien, die Grundeigentum

1) Ich halte mich bei der folgenden Darstellung an das 1. Kapitel von Fabers Buch „Die Entstehung des Agrarschutzes in England“, das wesentlich auf meinen Straßburger Arbeiten beruht.

2) Siehe *Natural and political observations and conclusions upon state and condition of England, 1696, by Gregory King Esqr.*, abgedruckt bei George Chalmers, *An Estimate of the comparative Strength of Great-Britain etc. New Edition*, London 1802, 406—449.

3) Siehe Chalmers 424/25. Hierbei sei bemerkt, daß der Abdruck der Tabelle bei Chalmers zwei Additionsfehler enthält. King rechnet 2447 100 Personen heraus, die den Reichtum mehren, und 622 000, die ihn mindern. Der Fehler ist in der hier wiedergegebenen Tabelle berichtigt. Auch bemerke ich, daß bei King die Gruppierung in Landinteresse, Handelsinteresse usw. fehlt. Sie ist von mir vorgenommen worden.

haben, wovon 180 000 Bauernfamilien, die ihren Besitz selbst bestellten. Die 2000 höheren und niederen Geistlichen dürften gleichfalls dem Landinteresse zuzurechnen sein, da sie ihr Einkommen aus Grundbesitz zogen, sei es in Renten, sei es in Zehnten. Dagegen müssen von den Matrosen, den Arbeitern, den außerhalb des Hauses ihrer Herrschaft wohnenden Dienern, den Häuslern, Armen und gemeinen Soldaten, endlich von den Vagabunden, kurz von all denen, welche King, weil sie nicht ganz von ihrem eigenen Einkommen, sondern zum Teil von Zuwendungen anderer lebten, als Personen, welche den Reichtum des Landes mindern, bezeichnet, 2 064 480 Personen als Anhang des Landinteresses angesehen werden. Diese Ziffer ergibt sich, indem von den 4 100 000 Personen, die nach King auf Dörfern und Weilern leben, die 1 935 520 Personen des Landinteresses, welche den Reichtum des Landes mehren, in Abzug kommen, während alsdann 760 520 Personen, die den Reichtum des Landes mindern, den städtischen Berufsarten zuzuteilen sind. Im Ganzen also 4 100 000 Personen, die vom Landinteresse, gegen 1 400 520, die von städtischen Berufsinteressen beeinflußt werden, und von diesen 530 000 in London und 870 520 in anderen Städten und in Marktflecken.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß für die 196 586 Familien, die Grundeigentümer waren, mit Ausnahme derjenigen in Kent, die Primogeniturerbfolge das Intestaterbrecht war, daß seit der Restauration wenigstens bei einem Teil von 16 586 Familien die von Orlando Bridgman und Geoffrey Palmer erfundene Bindung des Besitzes durch entails in Aufnahme gekommen ist, und daß deren Zweck war, ein Mitglied in jeder große Landgüter^{*} besitzenden Familie sehr reich zu machen, damit es durch seinen Einfluß seinen Brüdern, Vettern und sonstigen Verwandten die einträglichsten Stellen in Staat und Kirche verschaffe. Die Folge war: seit der Restauration und noch mehr seit der „glorreichen Revolution“ von 1688 bis zur Parlamentsreform von 1832 hat in England eine Oligarchie von ungefähr 200 Familien geherrscht. In ihrem Besitze

15	60 000	Gewerbetreibende und Handwerker	4	240 000	40	2 400 000	10	9	10	10	120 000
C	60 000	Manufakturinteresse		240 000		2 400 000					120 000
16	5 000	Personen in großen Ämtern u. Stellen	8	40 000	240	1 200 000	30	27	3		120 000
17	5 000	Personen in klein Ämtern u. Stellen	6	30 000	120	600 000	20	18	2		60 000
18	5 000	Offiziere d. Kriegs- u. Handelsmarine	4	20 000	80	400 000	20	18	2		40 000
19	4 000	Offiziere der Landarmee	4	16 000	60	240 000	15	14	1		16 000
D	19 000	Beamte		106 000		2 440 000					236 000
20	10 000	Advokaten und Richter	7	70 000	140	1 400 000	20	17	3		210 000
21	16 000	Freie Berufsarten in Kunst u. Wissen- schaft	5	80 000	60	960 000	12	11	10	1	40 000
E	26 000	Liberale Berufsarten		150 000		2 360 000					250 000
22	511 586	Summe von A, B, C, D und E		2 675 520		34 495 800					2 446 400
23	50 000	Matrosen	3	150 000	20	1 000 000	7	7	10	10	jährliche Abnahme 75 000
24	364 000	Arbeiter und außer dem Haus woh- nende Diener	3 1/2	1 275 000	15	5 460 000	4	10	4	2	127 500
25	400 000	Häusler und Arme	3 1/4	1 300 000	6 1/2	2 000 000	2	2	5	5	325 000
26	35 000	Gemeine Soldaten	2	70 000	14	490 000	7	7	10	10	35 000
27	849 000	Summe von 23, 24, 25 und 26		2 795 000		8 950 000	2	3			562 500
28		Vagabunden		30 000		60 000				1	60 000
Somit stellt sich die Gesamtrechnung folgendermaßen:											
29	511 586	Personen, die den Reichtum des Landes mehrten	5 1/4	2 675 520	67	34 495 800	12	18 12	18		2 446 400
30	849 000	Personen, die ihn mindern	3 1/4	2 825 000	10 1/2	9 010 000	3	3	7 1/2	4 1/2	622 500
31	1 360 586	In Summa		5 500 520	32	43 505 800	7	18 7	11 1/4	6 3/4	1 823 900

Zu- resp.
Abnahme

hat sich die Regierung befunden und damit verfügte sie über alle Vorteile, welche der Besitz der Regierung durch Erlaß von Gesetzen in ihrem Sonderinteresse, durch die Handhabung dieser Gesetze und durch die Besetzung der Stellen abwirft. Diese Oligarchie war im Besitze des Oberhauses; sie ernannte das Unterhaus.

Die Beute der Regierung mußte verteilt werden. Die Verteilung lag in der Hand des Königs, der damit das Haupt der Aristokratie wurde. Er übertrug die Verteilung einem Minister und hat sich damit von der Verantwortung für die Unzufriedenheit, welche sie erregen könnte, befreit.

Die Aristokratie teilte sich in zwei Fraktionen. Die eine bestand aus denen, die mit der Verteilung zufrieden oder doch der Meinung waren, einen größeren Anteil zu erhalten, indem sie die aktuellsten Machthaber unterstützten. Das war die Regierungspartei. Die andere Fraktion war mit ihrem Anteil unzufrieden; sie erhoffte größere Vorteile, wenn die Regierung in andere Hände gelange. Daher erstrebte sie einen Wechsel in der Regierung. Das war Seiner Majestät getreueste Opposition. Das Hauptmittel, um einen Wechsel zu erreichen, war, die Regierung im Unterhause in eine Minderheit zu bringen. Zu diesem Zweck mußte das Ministerium in den Augen der Aristokratie diskreditiert, die eigenen Führer mußten in ihren Augen erhöht werden. Hierzu diente es, wenn es gelang, die ganze öffentliche Meinung, auch die der von der Regierung ausgeschlossenen mittleren und unteren Klassen, zu gewinnen. Geling dies, so wirkte es auch auf die Aristokratie, teils durch Bestechung, teils durch Einschüchterung. Die Äußerungen der Opposition enthielten also stets eine starke Beimischung von Argumenten vom Standpunkt der Interessen des Volks, nicht jedoch so viel, daß die Aristokratie dadurch in Furcht versetzt werden konnte, ihre Herrschaft zu verlieren. Außerdem aber hoffte die Opposition stets, selbst Regierung zu werden, und hat daher nicht ernstlich gewünscht, die Vorteile zu mindern, die es abwirft, wenn man Regierung ist. Trotz aller populären Argu-

mente, mit denen die Opposition arbeitete, blieb der Gewinn stets der Aristokratie.

So hat James Mill die englische Parteiregierung des 18. Jahrhunderts gezeichnet¹⁾. G. M. Trevelyan hat Mills Schilderung in den einleitenden Kapiteln seiner Geschichte Großbritanniens im 19. Jahrhundert ergänzt²⁾.

Entsprechend dem überwiegend agrarischen Charakter des damaligen Englands bestand die es beherrschende Oligarchie aus Großgrundbesitzern. An sich hätte die Mehrheit des Unterhauses aus Vertretern der Grafschaften bestehen sollen; sie bestand aber aus von Städten und Marktflecken (boroughs) Gewählten. Diese Städte und Marktflecken wurden von einer privilegierten Oligarchie mißregiert, die mitunter das weitere Privileg genoß, zwei Mitglieder entsprechend den Befehlen eines Großgrundbesitzers, des sogenannten Eigentümers des Wahlfleckens (borough owners) ins Parlament zu entsenden. An anderen Orten ernannte der Eigentümer des Wahlfleckens die Parlamentsmitglieder durch einige wenige privilegierte Individuen, die gewisse Felder, Häuser, in einigen Fällen Schweineställe an Orten besaßen, denen einmal ein Wahlrecht zum Parlamente verliehen worden war, und die dieses trotz ihres Verfalls behalten hatten (rotten boroughs). Auch war es nicht selten, daß im Handel oder in Indien reich Gewordene solche Wahlflecken kauften, womit ein neues Element, das Geldinteresse, in die Gruppe derjenigen eindrang, die sich in die Beute der Regierung teilten. Außer den Angehörigen ihrer Familien hat die Oligarchie mitunter auch Leute von Talent in das Unterhaus entsendet. Sie haben darin lediglich die Rolle von Advokaten gespielt.

Das Unterhaus wurde auf diese Weise zu einer auf Ko-optation beruhenden Körperschaft, die nichts davon wissen wollte, sich durch Reform in eine auf ehrlicher Wahl beruhende Volksvertretung zu verwandeln. Sie konnte daher

1) Westminster Review Jan. 1824.

2) George Macaulay Trevelyan, British History in the nineteenth Century, London 1924, 13—35.

auch nicht daran denken, die gleichfalls auf Kooptation beruhende städtische Oligarchie zu reformieren, die sich aus den Gilden des Mittelalters entwickelt hatte. Diese Korruption der Städte hatte sich aus tausenderlei kleinen Anlässen durch politische und persönliche Usurpationen, durch Abwanderung der Einwohner und durch Intervention der grundbesitzenden Aristokratie in den Städten entwickelt. Wären ihr Einfluß und ihre Macht nicht an die Stelle der früheren der Krone getreten, so würde sie nie geduldet haben, daß dem Unterhaus der ausschlaggebende Einfluß geblieben wäre. Die Großgrundbesitzer erhielten dafür, daß sie die Suprematie des Unterhauses stützten, das Recht, die Mitglieder desselben zu ernennen. Das war das ungeschriebene Gesetz in dem Abkommen von 1689. Die Macht ruhte in der Hand der grundbesitzenden Aristokratie und kommunaler Oligarchien, deren jene sich als Werkzeug bediente. Munizipale und parlamentarische Korruption blühten zusammen. Georg III. hat 1761—82 den Versuch gemacht, die Korruption zu benutzen, um die verlorene Macht der Krone wiederzugewinnen. Darob ist eine dritte Partei neben Tories und Whigs entstanden, die Demokratie.

Die entstehende demokratische Partei hat Unterstützung in London gefunden. Die Regierung der Stadt, die zur Zeit Gregory Kings ein Zehntel der Bewohner Englands umfaßte, bildete keinen Teil des aristokratischen Regiments. Hier bestand noch wahres Selfgovernment. Weder Staatsbeamte noch grundbesitzende Magnaten übten einen Einfluß auf London. Sein Parlament von Krämern, die Stadtverordnetenversammlung (Common Council) und sein Magistrat (Court of Aldermen) beruhten auf Wahl. Aber die demokratische Munizipalität Londons war nicht weniger schlecht als die der Boroughs. Und das gilt auch für andere Städte, wie zum Beispiel Norwich. Der Gedanke, daß eine Verwaltung Nützliches leisten müsse, ist erst durch Bentham und die Utilitarier gekommen. Aber das demokratische London hat guten Dienst in seiner Opposition gegen ein korruptes Parlament und einen kor-

rumpierenden König getan. Außerhalb der City von London lagen noch zwei Wahlbezirke, die sich eines außerordentlich demokratischen Wahlrechts erfreuten: die dichtbevölkerte Grafschaft Middlesex und Westminster. Hier wurde der erste große demokratische Führer und Redner des neuzeitlichen Englands gewählt: Charles James Fox.

Während in den Städten und Marktflecken Willkür in der Ernennung der Parlamentsmitglieder herrschte, bestand in den Grafschaften seit dem 15. Jahrhundert ein gleichmäßiges Wahlrecht. Hier hatte jeder, der Land besaß, das jährlich 40 s brachte, das Wahlrecht. Die Wähler umfaßten die Junker, die Bauern, die ihr eigenes Land bestellten (Yeomen), und viele wohlhabende Bürger von Städten und städtischen Distrikten, die, wie Manchester, Birmingham u. a. namentlich in Yorkshire und Lancashire, kein Wahlrecht hatten. Aber die Vertreter der Städte im Parlament waren viel zahlreicher als die der Grafschaften. Sie verhielten sich zu den letzteren wie vier zu eins. Nichtsdestoweniger: die Stimme Englands sprach durch die Freisassen (freeholders). Doch gab es einige Grafschaften, wie Cumberland, wo auch hier wenige Grundbesitzer den Wahlkampf führten und die Wahlen bestimmten.

So ausschließlich die ländliche Aristokratie in der Zeit nach der Restauration England beherrschte, so ist doch für England die Allianz charakteristisch, die in dieser Periode zwischen ihr und dem handeltreibenden Bürgertum in der Verfolgung der Interessen des Landes bestand. Sie beruhte auf dem gesellschaftlichen Verkehr zwischen den Angehörigen beider und dem den Engländern jeglichen Standes gemeinsamen Stolze auf ihr Land, auf Zwischenheiraten zwischen Adel und Bürgertum, die, wie wir gesehen haben, schon mit den Nachkommen des ersten Bürgermeisters von London Fitz-Aylwin beginnen und unter den letzten Plantagenets zur Verbindung der Nachkommen des Kaufmanns de la Pole aus Hull mit dem königlichen Hause geführt haben, sowie auf dem Eintreten der jüngeren Söhne des Adels in den Kaufmannsstand, von dem schon Stow er-

zählt, und das in krassem Gegensatz zu dem Verhalten des kontinentalen Adels stand.

Das Organ, mittels dessen die Aristokratie das ländliche England beherrschte, waren die Friedensrichter. In ihnen konzentrierte sich alle richterliche und Verwaltungstätigkeit. Ein Parlament, das gleich ihnen aus Grundbesitzern bestand, hatte sie damit betraut.

Das Amt der Friedensrichter ist nach dem schwarzen Tod eingeführt worden; ihre Aufgabe war, die zur Niederhaltung der Löhne erlassenen Arbeitergesetze durchzuführen; dementsprechend waren sie bei der damaligen Arbeiterbevölkerung sehr verhaßt¹⁾. Die Tudors und Stuarts suchten diese unbezahlten Beamten zu einer den Zwecken der Krone dienenden Bürokratie zu machen. Das brach 1688 zusammen. Von da ab läßt sich sagen, daß die Friedensrichter die Zentralregierung durch das Parlament kontrolliert haben, statt umgekehrt von ihr kontrolliert zu werden. Dem Namen nach waren sie Staatsbeamte. Sie wurden von der Krone ernannt. Das war aber nur der Form nach. In Wirklichkeit waren sie Organe der Großgrundbesitzer. Tatsächlich kooptierten sie einander, denn die Regierung ernannte sie auf Empfehlung des Lordlieutnants der Grafschaft, dem es in erster Linie darauf ankam, mit den Grundbesitzern gut zu stehen.

In Wirklichkeit waren sie niemandem verantwortlich. Ihre Tätigkeit und Gewalt erstreckten sich auf alle Zweige des Grafschaftslebens. Sie handhabten die Justiz, hatten die Verwaltung der Gefängnisse und Brücken, gewährten Schankberechtigung, verwalteten das Armenrecht, erhoben die Grafschaftssteuern. All dies und hunderterlei sonstige Grafschaftsinteressen unterstanden ihrer absoluten Kontrolle. Aber sie hatten keine besoldeten Hilfskräfte, die ihnen dienten. Sie verpachteten Gefängnisse und Arbeitshäuser und alles übrige an Unternehmer; die Folge waren die nachhaltigsten Übel, sowohl was die Güte der Leistung als auch die Menschlichkeit betrifft. In Westminster und

1) Siehe Band I 333.

Middlesex war dieses System angesichts einer großen und unruhigen Bevölkerung unmöglich. Hier finden sich zuerst bezahlte Beamte und Ausgaben für Geheimdienst. Aber an allen anderen Orten, in Stadt und Land, waren die Friedensrichter nicht bezahlt.

Zur Zeit der Thronbesteigung Georgs III. sind die Friedensrichter auf dem Lande wohlhabende Grundbesitzer gewesen, zu reich, um bestechlich oder gemein zu sein, zu stolz, um vor der Regierung zu kriechen, darauf bedacht, mit ihren Nachbarn gut zu stehen, aber Träger nicht nur der guten Eigenschaften, sondern auch aller Vorurteile ihrer Klasse; gegenüber Wilderern brutal bis zur Grausamkeit; mit solcher Machtfülle, daß ein gelegentlicher Tyrann ein nicht zu beseitigender Fluch seiner Gegend wurde. Als mit der Weiterentwicklung der Volkswirtschaft der Gegensatz der Klasseninteressen schärfer wurde, war es ein Unglück, daß sich Justiz, Verwaltung und Einfluß in den Händen einer Interessentenpartei befanden.

Dasselbe wie für die Friedensrichter gilt für den Klerus der Staatskirche. Er war im 18. Jahrhundert ein Organ der Oligarchie der Grundbesitzer geworden. Vielfach dienten die geistlichen Stellen zur Versorgung der jüngeren Söhne. Eine große Zahl der Geistlichen hat das Amt des Friedensrichters bekleidet, was zur Zeit von Peterloo, die uns noch beschäftigen wird, den Amtmann-Pfarrer zum Gegenstand des Volkshasses gemacht hat.

Juristen und Kirche sind von jeher Säulen der bestehenden Ordnung gewesen; so haben sie auch auf ~~das~~ heftigste alles bekämpft, was die Herrschaft der Oligarchie hätte stören können. Dabei war das Strafrecht unter Georg II. und III. von drakonischer, jährlich zunehmender Strenge.

So die politischen Verhältnisse nach der Restauration und der Revolution. Wenden wir uns nun zur Betrachtung, wie zu ihrer Zeit die wirtschaftlichen Zustände gewesen sind.

Nach King hat sich die Bevölkerung von England und Wales in folgender Weise auf Stadt und Land verteilt:

Auf London kamen 530 000, auf die übrigen Städte und Marktflecken 870 000, auf die Dörfer und Weiler 4 100 000 Personen¹⁾. Dabei fallen nach Macaulay²⁾ von den 870 000 Personen, die in anderen Städten und Marktflecken als London wohnten:

auf Bristol	29 000	auf Leeds	7 000
„ Norwich	28 000	„ Manchester	6 000
„ York	10 000	„ Liverpool	4 000
„ Exeter	10 000	„ Birmingham	4 000
„ Worcester	8 000	„ Sheffield	4 000
„ Nottingham	8 000		

Als der wirtschaftlich wichtigste Teil des Landes erscheint nach Defoes³⁾ Reisebeschreibung von 1725 die südlich vom Flusse Trent gelegene Hälfte. „Das Land südlich vom Trent“ schreibt er, „ist weitaus das größere, reichere und volkreichere, wesentlich verursacht durch den Handel der Stadt London.“ Damit stimmt überein, wenn Macaulay die nördliche Hälfte als verhältnismäßig wirtschaftlich verwahrlost schildert. Nach ihm⁴⁾ haben physische und moralische Ursachen zusammengewirkt, das Eindringen von Kultur in diese Gegend zu hindern. Die Luft war rauh, der Boden als Regel so, daß er kunstvollen und mühsamen Anbau erforderte, dieser aber war wenig in einem Gebiet zu erwarten, das oft Schauplatz des Krieges war und selbst, wenn dem Namen nach Friede bestand, fortwährend durch Banden schottischer Räuber verheert wurde. Dabei ist indes zu bemerken, daß nach Macaulays eigener Schilderung⁵⁾ von der Tätigkeit der Heerstraßenräuber bis in die nächste Nähe von London der Sicherheitszustand im Süden nicht größer gewesen zu sein scheint. Auch sind nach Defoe⁶⁾ die südlichen Städte, mit

1) Chalmers 420.

2) Geschichte Englands, deutsch von Bülow, Leipzig 1850, II 71—86.

3) Defoe and Richardson, A tour through the Island of Great-Britain. 8. ed., III 55, London 1778.

4) Macaulay II 11.

5) Ebenda 125. 6) a. a. O.

Ausnahme von London, von denen des Nordens so ziemlich erreicht worden. Die verhältnismäßig geringere Kultur des Nordens hat sich also auf das platte Land beschränkt. Das hat aber auch ökonomische Ursachen gehabt, indem die Getreideausfuhr, die jahrhundertlang unter Aufhebung des allgemeinen Getreideausfuhrverbotes kraft besonderer königlicher Lizenz stattgefunden hat, nur aus den südlichen Grafschaften kommen konnte. Alle anderen wurden durch den Zustand der Landstraßen an der Verfrachtung ihres Getreides verhindert. Die Getreideausfuhr hat nur aus den südlichen englischen Häfen stattgefunden. Nur sie haben Gelegenheit gehabt, ihr Getreide zu höheren Preisen loszuschlagen. Hier allein hat sich also auch die Aufwendung größerer Kosten auf bessere Bestellung gelohnt.

Wie die Grafschaften südlich vom Trent vorgeschrittener als die des Nordens, so waren in der nördlichen Hälfte des Landes die südlicher gelegenen die wirtschaftlich entwickeltsten; sie hatten in Hull einen vorzüglichen Ausfuhrhafen. Nach Defoe (1725) wurde der größte Teil der wollenen Erzeugnisse von Leeds, Wakefield, Huddersfield und Halifax hier verhandelt. Alles Blei aus Derbyshire, Nottinghamshire und Bantry, die Butter aus dem Ost- und Nord-Riding, die von York aus den Ouse herabkam, der Käse, den der Trent aus Staffordshire, Warwickshire und Cheshire zuführte, und das Korn der umliegenden Grafschaften wurde von hier aus verschifft. Insbesondere nach Holland war der Handel so groß, daß die Holländer regelmäßig zwei Kriegsschiffe zur Begleitung der von und nach Hull fahrenden Schiffe verwendeten.

Die oben wiedergegebenen Ziffern Kings über die Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land zeigen ein erdrückendes Übergewicht der Landwirtschaft für das England von 1688. Mehr als zwei Drittel der Familien wie der Personen waren nach King in ihrem Einkommen von dem Ertrage der Landwirtschaft abhängig. Kaufleute, Gewerbetreibende und Handwerker bildeten nach ihm der Familienzahl nach weniger als ein Drittel der von der

Landwirtschaft lebenden, und ebenso hat King das von Handel, Gewerbe und Handwerk bezogene Einkommen auf weniger als ein Drittel des aus der Landwirtschaft bezogenen berechnet; dagegen ist nach ihm die Fähigkeit der Kaufleute, Gewerbetreibenden und Handwerker, Überschüsse zurückzulegen, größer als die der Bauern und Pächter gewesen. Die Familien der 40 000 größeren Freisassen vermochten nach King nur 1 £, die der 140 000 kleineren Freisassen nur 10 Shilling und die 150 000 Pächter nur 5 Shilling pro Kopf jährlich zurückzulegen; dagegen die der 2000 großen Kaufleute und Händler über See 10 £, die der 8000 kleineren Kaufleute und Händler über Land 5 £, die der 40 000 Ladenbesitzer und Kaufleute und ebenso die der 60 000 Gewerbetreibenden und Handwerker 10 Shilling pro Kopf jährlich.

Die Wirtschaft der von King angeführten 40 000 größeren und 140 000 kleineren Freisassen und der 150 000 Pächterfamilien, welche die Landwirtschaft selbsttätig betrieben, war ganz überwiegend Naturalwirtschaft. Weitaus das meiste, dessen der Bauer bedurfte, wurde von ihm und seiner Familie hergestellt; wie auch umgekehrt das, was die Wirtschaft des Bauern herstellte, größtenteils von ihm und seiner Familie verbraucht wurde¹⁾. Übrigens hätte es den Freisassen, auch wenn sie den Willen gehabt hätten, ihr Getreide zu verkaufen, in den meisten Fällen an der Gelegenheit hierzu gefehlt. Denn wenn man von den Freisassen in den Grafschaften um London — besonders in Kent, wo es Freisassen mit 1000, ja 1500 £ Einkommen gab²⁾ — und in den Seegrafschaften absieht, hätten sie, wo nicht zufällig ein schiffbarer Fluß zu ihrer Verfügung stand, ihre Produkte nur auf den Markt der nächsten Stadt bringen können. Bei der geringfügigen Einwohnerzahl dieser Städte, wie sie oben mitgeteilt wurde, mußten aber die denselben zunächst benachbarten großen Güter völlig

1) Arthur Young, *Political Arithmetic*, London 1774, 47, 48, 287 ff.

2) Chamberlayne, *The State of England*, 1672, 319.

ausreichen, um den Bedarf zu decken. An eine weite Verfrachtung auf der Landstraße war aber nicht zu denken. Schon oben wurde gesagt, daß es bei dem damaligen Zustand der Landstraßen nur den Landwirten der Seegrafschaften möglich gewesen ist, Getreide auszuführen. Erst im Jahre 1555 war das erste Gesetz zur Verbesserung der Landstraßen erlassen worden¹⁾. Danach sollten die Landbesitzer eines jeden Kirchspiels das nötige Gespann und die übrigen Haushälter, Häusler und Arbeiter vier Arbeitstage im Jahr zur Verbesserung der Straßen im Kirchspiel stellen. 1652 wurde das Gesetz erneuert und die Zahl der zu leistenden Arbeitstage auf 6 erhöht. Aber wenn auch diese Zwangsarbeit einige Verbesserung des früheren Zustandes gebracht hat, so waren die Straßen nach Hollinshead noch immer entsetzlich. Im Winter, sagt er, waren sie sehr tief und unbequem; die Arbeitsverpflichtung zu 6 Tagen war von geringer Bedeutung; die Reichen entzogen sich ihr und die Armen waren so lässig, daß in den 6 Tagen kaum die Arbeit von 2 geleistet wurde. Die Folge war, daß der Italiener Busino, der 1617/18 in Begleitung des venezianischen Gesandten England bereiste, berichtete²⁾, zum Zurücklegen einer Entfernung von 150 englischen Meilen hätten sie 6 Tage gebraucht. Die Straßen seien so schlecht gewesen, daß die Kutsche gelegentlich im Kot stecken blieb, obwohl die Pferde seiner Herrlichkeit äußerst kräftig gewesen seien. Noch 1662 war dieser Zustand ganz unverändert, weshalb denn auch die Einleitung zu dem Gesetze 14 Car. II c. 6 den Transport auf den Hauptstraßen des Landes für „sehr gefährlich und fast unmöglich“ erklärt und das Gesetz die Ernennung von Straßenaufsehern befiehlt, die von Zeit zu Zeit die Straßen besichtigen, die nötigen Verbesserungen anordnen, die Straßenfronpflichtigen heranziehen und die Kosten der

1) E. A. Pratt, *A History of Inland Transport and Communication in England*. London 1912, 30 ff.

2) *Publications of the New Shakespeare Society*, Series VI, 5, 59.

Unterhaltung den Anwohnern auflegen sollten. Dabei ist es bemerkenswert, daß die Absätze 16, 17 und 19 des Gesetzes den Gedanken nahe legen, daß die Zunahme des Transports, welche dieses Einschreiten der Gesetzgebung veranlaßt hat, auf die südlichen Grafschaften, besonders die in der unmittelbaren Umgebung von London, beschränkt gewesen ist. Bereits 1663 wird ein neues Gesetz für drei London benachbarte Grafschaften erlassen. Die alte Haupt- und Poststraße von London nach York und von da nach Schottland und ebenso die von London nach Lincolnshire, so berichtet die Einleitung zu 15. Car. II. c. 1, führe meilenweit durch die Grafschaften von Hertford, Cambridge und Huntingdon. In diesen Grafschaften seien die Straßen infolge der großen Lasten, welche wöchentlich darauf gefahren, und besonders infolge der großen Mengen Gerste und Malz, welche in Hertfordshire nach dem Ware gebracht und von da nach London zu Wasser befördert würden, und ebenso infolge mancher Wagen, die aus dem Norden, den Städten Norwich, Edmundsbury und Cambridge nach London kämen, sehr schlecht, ja unpassierbar, so daß sie für des Königs Untertanen gefährlich geworden seien. Da die Anwohner nicht imstande seien, die Kosten für den Unterhalt dieser Straßen aufzubringen, sollen in den genannten drei Grafschaften Wegegebühren erhoben werden. Das war das erste Gesetz, durch welches in England Wegegebühren eingeführt worden sind (Turnpike Act)¹⁾. Es zeigt aber die Beschränkung der Maßregel auf die drei Grafschaften, daß eben nur in der unmittelbaren Umgebung von London der Transport ein so reger war, daß eine Änderung eintreten mußte. In allen anderen Grafschaften ist es bei dem alten System geblieben. 1670 sind durch den 22. Car. II. c. 12 seine Bestimmungen abermals eingeschränkt worden. Aber der Zustand der Wege blieb immer noch derart, daß ein Getreidetransport aus den inneren Grafschaften auf ihnen nach der See nicht möglich war. Daher denn auch 1677 einem

1) Pratt 32.

im Parlament gestellten Antrage auf Beseitigung der von der Getreideausfuhr erhobenen Zölle widersprochen wurde, da dies den mittleren Grafschaften nicht zugute käme¹⁾. Dieser Zustand macht es begreiflich, daß Macaulay²⁾ in seiner Schilderung von England im Jahre 1685 berichten kann, daß „die Märkte oft mehrere Monate unzugänglich waren,“ daß man, „die Bodenerzeugnisse oft an dem einen Ort verfaulen lassen mußte, während an einem anderen, nur wenige Meilen entfernten, Orte der Vordat bei weitem der Nachfrage nicht entsprach“, daß die Fracht von London nach Birmingham 7 £ für die Tonne = 1015,9 kg, von London nach Exeter 12 £ für die Tonne betrug. Es erhellt: Jedweder Gutsbesitzer, der im Innern des Landes, fern von einem schiffbaren Flusse wohnte, war ganz außerstand, für den Verkauf auf einem nur etwas entfernten Markte zu produzieren.

Das gilt auch für die Pächter, die den Grundeigentümern Rente zahlen und daher ihre Produkte verkaufen mußten. Auch sie mußten im Innern des Landes bei der geschilderten Beschaffenheit der Transportmittel, die Möglichkeit, Renten zu zahlen, in der Schafzüchtung und im Wollverkauf suchen; Getreide konnten sie nur so viel bauen, als sie selbst brauchten oder in den unbedeutenden kleinen Grafschaftsstädten absetzen konnten. Nur in den Seegrafschaften und in der unmittelbaren Umgebung von London konnte man hoffen, sei es auf dem Londoner Markte, sei es durch Ausfuhr ins Ausland, Getreide in größeren Mengen zu verkaufen. Das geht auch aus den von Davenant³⁾ verbesserten Rechnungen Kings hervor. Danach betrugen 1688 in England die vom Kornland bezogenen Renten 2 200 000 £, dagegen die von Weide- und Wiesenland bezogenen 5 200 000 £. Die Renten, welche die Viehzucht abwarf, betrugen also nahezu das Andert-

1) Debates of the House of Commons from the year 1667—1694 coll. by the Hon. Anchitell Grey, Text vol. IV 311.

2) a. a. O. II 118. 120.

3) Davenant, Works II 217, 218.

halbfache der Renten, welche der Getreidebau abwarf, und die merkantilistischen Schriftsteller der Zeit haben auch damit zu beweisen gesucht, daß es weit mehr in Englands Interesse gelegen sei, sein Land zur Viehzucht, statt zum Kornbau zu verwenden¹⁾).

Unter den beiden genannten Absatzgelegenheiten für Getreide hat aber im 17. Jahrhundert bis 1689 die Ausfuhr ins Ausland nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Allerdings ist gelegentlich Getreide verschifft worden, wenn die Preise auf dem Londoner Markte recht niedrig, auswärts aber recht hoch waren. Aber der Wert des 1662 ausgeführten Getreides hat nur 4315 £ 5 s, der des 1668 ausgeführten nur 2011 £ 4 s betragen²⁾. 1669 ist gar kein Getreide ausgeführt worden³⁾. Am meisten erhellt die Unerheblichkeit der damaligen Getreideausfuhr aus der Tatsache, daß Sir William Petty in einer Aufzählung⁴⁾ der englischen Ausfuhrartikel Getreide gar nicht erwähnt. Dagegen war der Getreideabsatz auf dem Londoner Markt für die Pächter der umliegenden und an der Themse oder See gelegenen Grafschaften von größter Bedeutung, denn in London wohnte ein Zehntel der Bewohner des ganzen Landes, das, da die Getreideeinfuhr von außen, wie noch erzählt werden wird, seit 1670 wachsenden Beschränkungen unterworfen worden⁵⁾, immer mehr auf die Zufuhr aus diesen Grafschaften angewiesen war. Entsprechend ihrer außerordentlichen Gelegenheit, ihre Produkte abzusetzen, ist auch die Landwirtschaft dieser Grafschaften die technisch fortgeschrittenste gewesen. Namentlich galt dies frühzeitig von Norfolk, Suffolk, Essex, Kent und Sussex, also der unmittelbaren Nachbarschaft Londons.

Der Ertrag des Pfluglandes wird bei Davenant⁶⁾ für Jahre mittlerer Fruchtbarkeit, wie folgt, angegeben:

1) Davenant II 228.

2) Davenant V 424.

3) Davenant V 407.

4) Political Arithmetic, London 1691, 83.

5) Siehe unten S. 270.

6) Works II 216.

	Quarter	Wert per Quarter s	Wert £
Weizen	1 750 000	28	2 450 000
Roggen	1 250 000	20	1 250 000
Gerste	3 375 000	16	2 700 000
Hafer	2 000 000	12	1 200 000
Erbsen	875 000	20	875 000
Bohnen	500 000	20	500 000
Wicken	125 000	16	100 000
Im ganzen	9 875 000		9 075 000

Unter den hier wiedergegebenen Erzeugnissen des Pfluglandes ist das starke Übergewicht der Gerste bemerkenswert, ebenso, daß der Hafer damals noch die zweite Stelle unter derselben einnimmt. Später, nach der Union von England und Schottland, bleibt England im Haferbau weit hinter diesem zurück; es tritt eine lebhaftere Ausfuhr von schottischem Hafer ein. Das Übergewicht der billigeren Getreidearten über den Weizen hatte seine Ursache in dessen Teuerkeit und der geringen kauffähigen Nachfrage, die dementsprechend nach ihm bestand. Die große Menge der Nation lebte von Roggen- und Gerstenbrot, in teuren Zeiten von Brot, das aus Bohnen, Erbsen und Hafer oder allen zusammen, mitunter unter Beimischung von Eicheln, hergestellt wurde¹⁾. Dazu kam, daß ein sehr großer Bierkonsum stattfand. Nach einer 1688 angestellten Berechnung sind in einem einzigen Jahre nicht weniger als 12 400 000 Fässer Bier gebraut worden, obwohl die Bevölkerung nicht mehr als 5 Millionen betrug²⁾. Das Bier ersetzte damals den mittleren und unteren Klassen nicht nur den Wein, sondern auch den heute so verbreiteten Tee und die gebrannten Wasser. Daher das Übergewicht der Gerste unter den Getreidearten. Außerdem finden wir in Übereinstimmung mit dem Übergewicht der Viehzucht einen starken Verbrauch von Weißfleisch, Milch, Butter und Käse seitens der unteren Klassen³⁾. Nach King aßen von einer

1) Harrison's Description of Britaine von 1586. Holinshed's Chronicles I 283, London 1807.

2) Lecky, History of England I 478.

3) Harrison's Description a. a. O. 279.

Bevölkerung von 5 500 000 Menschen gegen 2 700 000 täglich Fleisch, von den übrigen 2 800 000 aßen 1 540 000 wenigstens zweimal in der Woche Fleisch, während 24 000 entweder Kranke oder Kinder unter 13 Monaten waren. Es blieben also 1 020 000 Menschen, die „Almosen empfangen und folglich nicht mehr als einmal wöchentlich Fleisch genossen“¹⁾).

In Übereinstimmung mit diesen Nachrichten über die landwirtschaftliche Produktion sind die über die landwirtschaftliche Betriebsweise. „Auf den Fruchtwechsel verstand man sich nur sehr unvollkommen“, schreibt Macaulay²⁾. Und begreiflicherweise. Für die englische Landwirtschaft wie für jede andere haben Verbesserungen im Betrieb von jeher die freie Verfügung über das Land zur Voraussetzung gehabt. Noch aber war dieses, außer wo seit Ende des 15. Jahrhunderts Einhegungen stattgefunden hatten, durch Gemengelage, Flurzwang, Vorhut, Nachweide, Brachweide gebunden. Diejenigen aber, die Einhegungen vorgenommen hatten, waren, wie wir gesehen haben, größtenteils Kaufleute, die ihre im Handel gewonnenen Reichtümer in Land anlegten, Pflugland in Schafweiden verwandelten und Tuchmanufakturen errichteten. Die Grafschaften, in denen von Einhegungen nicht zum Zwecke der Weidewirtschaft, sondern zum Zwecke besseren Anbaus erzählt wird, sind abermals die südöstlichen gewesen, in denen die Lage zum Londoner Markt und die Möglichkeit einer Verschiffung ins Ausland eine lohnende Absatzmöglichkeit gab. Es sind dies am frühesten Suffolk, Essex und Kent³⁾. Erst im 18. Jahrhundert beginnen mit dem systematischen Agrarschutz die Einhegungen zur Ermöglichung eines rationellen Landwirtschaftsbetriebes.

Nächst der Landwirtschaft ist der Bergbau die älteste Art der Nutzung der Naturgaben in England. Wir wissen,

1) Chalmers 431.

2) Geschichte II 46.

3) Vgl. Tusser (1577), *Five Hundred Pointes of Good Husbandrie*, edit. by W. Payne and Sidney J. Herrtage. Published for the English Dialect Society, London 1878, 41.

daß schon zur Zeit der Römerherrschaft Zinn in Cornwall gewonnen wurde. Der Zinnbergbau hat dort während des ganzen Mittelalters fortgedauert. Aber trotz der Bemühungen Elisabeths¹⁾, auch diesen Erwerbszweig zu heben, ist er im 17. Jahrhundert noch nicht von großer Bedeutung gewesen. Der Kohlenbergbau scheint in ihrer Zeit allerdings einen gewissen Aufschwung genommen zu haben; das geht schon daraus hervor, daß der Dechant von York es für der Mühe wert hält, zu petitionieren, daß man ihm ein Patent für die Kontrolle der Ausfuhr von Kohle erteile²⁾, daß 1592 ein Gesetz entworfen wird, das im Interesse der Brauer, Schmiede und Färber die Ausfuhr von Kohle verbieten will³⁾, und daß London und Newcastle sich wegen der Kohlenpreise befehden^{3, 4)}. Auch hören wir von Klagen der am Zinnbergbau in Cornwall Interessierten gegen die Londoner Kaufleute aus dem Jahre 1595, weil diese durch Drücken des Zinnpreises und durch Wucherzinsen, die sie von den Bergleuten verlangten, den Zinnbergbau in Devonshire dem Untergange nahe brächten⁵⁾. Aber es ist bezeichnend, daß King in seiner Schrift von 1696, die sich mit dem Reichtum von England beschäftigt, den Bergbau mit keinem Worte erwähnt, und sowohl aus Davenant wie aus Macaulay geht hervor, daß der englische Bergbau damals noch relativ unentwickelt gewesen ist. „Unsere Bergwerke“, schreibt Davenant⁶⁾ 1699, „sind ohne Zweifel großer Verbesserungen fähig; wir sollten sie schätzen als den Ursprung unseres ganzen Handels, als das, was uns den ersten Kaufleuten der Welt, den Phöniziern, bekannt gemacht hat. Wir haben Zinn, Blei, Kupfer, Galmei, Eisen, Steinkohlen, Schmiedekohlen,

1) Siehe Tudor Econ. Doc. I 240—266 und Scott I passim.

2) Tudor Econ. Documents I 271—275.

3) Ebenda 277—81.

4) Ebenda 267/71, 282/84.

5) Ebenda 284.

6) Works II 231.

Alaun, Schwefelkies und andere Arten von Mineralien; und was in dieser Weise aus der Erde gefördert wird, kann nicht weniger als ungefähr 7—800 000 £ im Jahr ausmachen.“ Nach Macaulay¹⁾ betrug die damalige Förderung von Zinn nur 1600 Tonnen. Bis 1695 gab es im Kohlenbergbau drei, im Kupferbergbau und für Verhüttung von Kupfer sechs, für Gewinnung von Blei sechs, für Salzgewinnung drei und für die Gewinnung von Alaun, Galmey, Zinn und Antimon vier Gesellschaften²⁾. Das Salz, heute ein großer englischer Ausfuhrartikel, wurde damals größtenteils aus Frankreich eingeführt. An Eisen wurden nicht über 10 000 Tonnen hergestellt, und für Kohle gab es als Absatzmarkt vorerst nur die Seestädte und vor allem, wie schon unter Elisabeth, die Stadt London, wohin damals mindestens die Hälfte der jährlich gewonnenen Menge auf dem Wasser verfrachtet wurde. Außerdem ging, wie die erwähnten Klagen unter Elisabeth zeigen, schon damals Kohle aus Newcastle ins Ausland.

Die gleiche Rückständigkeit wie in der Gewinnung von Eisen und Kupfer zeigte sich im 16. und 17. Jahrhundert in der Verarbeitung der Metalle. Nicht nur daß Elisabeth, um das verrottete englische Münzwesen wieder zu heben, sich Münzer aus Deutschland verschreiben mußte, auch um Kanonen herzustellen, mußte sie Deutsche ins Land ziehen und mit Privilegien ausstatten³⁾. Selbst Gußeisen wurde noch, wie es scheint, in beträchtlichem Maße eingeführt⁴⁾. Auch im 17. Jahrhundert hatte sich die Eisenindustrie in ihren verschiedenen Zweigen kaum über die Bedeutung eines lokalen Gewerbes erhoben; von Ausfuhr ihrer Produkte war damals noch nicht die Rede⁵⁾.

Noch weniger als die Bergwerk- und Hütteninteressen sind die Fischereiinteressen am Ende des 17. Jahrhunderts,

1) Geschichte II 49 ff.

2) Scott I 332.

3) Tudor Econ. Doc. I 240—49.

4) Ebenda 262.

5) A. Toynbee, Lectures on the industrial revolution of England. London 1884. 49—51.

trotz Oliver Cromwell, in England entwickelt gewesen; die Heringsfischerei befand sich noch überwiegend in der Hand der Holländer¹⁾).

Dagegen finden wir unter den Gewerben eines in höchster Blüte. Das war nicht etwa die Baumwollindustrie, an die wir heute denken würden; sie war noch ganz unerheblich. Die Industrie, in der damals der Schwerpunkt des englischen Gewerbefleißes lag, und auf welche die damaligen englischen Staatswirte mit Stolz hinwiesen, war die Tuchmanufaktur.

Wir haben ihre Entwicklung seit ihren ersten Anfängen kennen gelernt. Sie ist das Schoßkind der englischen Schutzzollpolitik seit deren ersten Anfängen gewesen. Von der Gunst der Gesetzgebung und des Publikums getragen, war sie am Ende des 17. Jahrhunderts zu erstaunlicher Blüte gelangt. Davenant²⁾ berechnet für 1688 den Wert der jährlich in England geschorenen Wolle auf 2 000 000 £. Dieser Wert werde durch die Arbeit der Tuchmacher um das Vierfache erhöht; der Wert der jährlich in England produzierten Tuche sei also 8 000 000 £. Hiervon werde für 6 000 000 £ in England verbraucht und für 2 000 000 £ jährlich ausgeführt; und zwar seien dies zwei Drittel der gesamten englischen Ausfuhr. Danach also hätte die Tuchmanufaktur, abgesehen von der wirtschaftlichen Bedeutung der Verarbeitung an sich, damals eine gleich große Bedeutung für die Landwirtschaft wie für den Handel gehabt, und es ist begreiflich, wenn Sir Josias Child³⁾ 1669 seine Erörterung über die Wolle mit dem Satze beginnt: „Daß die Wolle in hervorragendem Maße die Grundlage des englischen Reichthums ist, hat, soweit ich gehört habe, noch niemand geleugnet.“ Denn wenn man von Kings Schätzung des damaligen englischen Reichthums ausgeht, so zeigt sich, daß der Wert der Wolle samt der Arbeit, die ihr in der Tuchfabri-

1) Davenant I 426.

2) Works II 146/7.

3) Child, A new Discourse of Trade. 1669. 155.

kation zugesetzt wurde, ungefähr ein Fünftel des englischen Nationaleinkommens, die Landrente dagegen ein Viertel desselben betrug, die Rohwolle allerdings ein Fünftel dessen ausmachte, was die Grundeigentümer an Landrente erhielten.

Die Tuchindustrie hatte ihren Sitz hauptsächlich in drei Distrikten¹⁾: in Norwich, und, wenn auch in geringem Maße, in Colchester. Nach Macaulay betrug die Bevölkerung von Norwich 1685 28—29 000 Seelen, und Defoe berichtet 1725 von 120 000 Personen, welche in den Tuch- und Seidefabriken von Norwich beschäftigt seien. „Nicht, daß all das Volk in der Stadt wohnte, wenn auch Norwich sehr groß und volkreich ist“²⁾; sie wohnten vielmehr in Dörfern und spannen und webten das Wollengarn. Zum zweiten Distrikt gehörten Orte in Somersetshire, Wiltshire, Dorsetshire, Gloucestershire³⁾. Der dritte Distrikt war der West-Riding von Yorkshire mit Halifax und Leeds als Mittelpunkten⁴⁾. Die Betriebe, in denen hier gearbeitet wurde, waren meist ländliche Hausindustrie; daneben gab es, wie schon an der Wende des 15. und 16. Jahrhunderts, auch große Manufakturbetriebe. Die darin tätigen Tuchmacher werden schon im 16. Jahrhundert als eine besonders unruhige Bevölkerungsklasse geschildert⁵⁾. „Alle Aufstände und Unruhen“, heißt es in dem jetzt Hales zugeschriebenen Dialoge von 1581, „nehmen zum größten Teil ihren Ursprung bei diesen Tuchmachern; denn wenn die Tuchmacher des Absatzes über das Meer entbehren, ist ein großer Teil derselben ohne Arbeit; und wenn sie arbeitslos sind, versammeln sie sich in Vereinen und klagen wegen fehlenden Lebensunterhalts und fangen den einen oder anderen Streit an, um ihre

1) Toynbee 47.

2) Defoe I 49.

3) Defoe II 30.

4) Toynbee 48.

5) Publications of the new Shakespeare Society, Series VI Nr. 3, 68/9.

armen Arbeiter, die ebensowenig Arbeit wie sie haben, zu einem Aufstand zu bringen.“

Neben die Landwirtschaft und die Tuchfabrikation stellten sich am Anfang des 17. Jahrhunderts als dritter großer Zweig der englischen Volkswirtschaft Handel und Schifffahrt. Nachdem die Tudors und vor allem Elisabeth die Engländer von der Handelsherrschaft der Hanse und Cromwell sie von der der Holländer befreit hatten, begannen die Vorteile der Maßnahmen dieser großen Herrscher dem englischen Volke nunmehr zuteil zu werden. Petty¹⁾ stimmt mit den torystisch gefärbten Child²⁾ und Davenant³⁾ darin überein, daß der Handel und Reichtum von England in keinem früheren Zeitalter so rasch zugenommen habe⁴⁾, wie in der geschäftigen Periode von 1666—1688. Die Saat, die Cromwell während zehn Jahren ausgestreut hatte, und die unter ihm infolge der Kriege, die er im Inland und Ausland zu führen hatte, nicht aufgehen konnte, trug nunmehr reiche Frucht.

Einen guten Anhaltspunkt für die fortschreitende Entwicklung der englischen Schifffahrt geben die den Erbauern von Schiffen von gewissem Umfang gewährten Prämien. Elisabeth fing damit an, den Erbauern von Schiffen, die 100 Tonnen betrug, Prämien zu geben. Jakob I. gab für denselben Zweck große Summen aus. Karl I. gab aber eine Prämie erst für jedes Schiff von 200 Tonnen. Unter Elisabeth wurde also ein Schiff von 100 Tonnen als ausreichend für die Zwecke eines noch unbeträchtlichen Handels erachtet. Unter Karl I. gab man sich mit einem so geringen Umfange der Schiffe nicht mehr zufrieden⁵⁾. Aber weit wirksamer als all dies war die Navigationsakte Cromwells von 1651. Und wie rasch war ihr

1) Polit. Arithm. 96 ff.

2) Discourse, 4. ed., Preface XXXVI ff.

3) Works I 370 ff.

4) Vgl. auch Chalmers 47.

5) Chalmers 42.

Erfolg! Nach Davenant¹⁾ hat der Tonnengehalt der Kauffahrteischiffe 1688 fast doppelt so viel wie 1666 betragen, und nach Chalmers²⁾ betrug im Jahre 1688 bereits die Tonnenzahl der Schiffe, die aus englischen Häfen ausliefen:

Englische Schiffe	Fremde Schiffe	Summe	Wert der Ladungen
	Tonnenzahl		
190 533	95 267	285 000	£ 4 086 087

Die Tonnenzahl der englischen Schiffe betrug also zwei Drittel aller und das Doppelte der fremden dem englischen Handel dienenden Schiffe.

Davenant³⁾ hat die Zunahme Englands an Kapitalwert, die ihm infolge des Handels mit folgenden drei Artikeln zuwuchs, wie folgt berechnet:

Aus der Versendung von heimischen Industrie- und Landwirtschaftsprodukten in die Kolonien und der Rückfracht von dort, die in andere Länder ausgeführt wird	}	£	900 000
---	---	---	---------

Aus der Ausfuhr der Produkte der englischen Tuchindustrie, von Blei, Zinn, Leder und anderen heimischen Produkten nach Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland usw.	}	£	500 000
---	---	---	---------

Reingewinn aus dem Handel mit Ostindien	}	£	600 000
---	---	---	---------

in Summa £ 2 000 000

Der Hauptsitz dieses Handels war London. Es hatte in der Welt nur einen Nebenbuhler im Handel, das reiche und mächtige Amsterdam. Aber auch von den übrigen Städten, die bereits im Mittelalter eine Rolle gespielt hatten, standen einige im Vordergrund, so vor allem Bristol⁴⁾, noch immer die zweite Stadt des Reiches. Dagegen war der Hafen, der heute der größte von England nach

1) Works I 363.

2) Chalmers 68.

3) Works I 93/4.

4) Defoe II 236.

London ist, Liverpool, damals noch nicht hervorgetreten, denn Lancashire war noch nicht durch die Baumwolle zum ersten Industriebezirk der Welt geworden. Dagegen waren Newcastle¹⁾, Hull, Yarmouth²⁾ von großer Bedeutung. Auch Ipswich³⁾ und Southampton⁴⁾, wenn auch vergleichsweise zurückgegangen, sind noch zu nennen.

So groß aber auch Englands wirtschaftlicher Aufschwung, insbesondere seit Cromwell, gewesen ist, noch stand es an Reichtum nicht nur hinter Holland, sondern auch hinter Frankreich zurück. Davenant⁵⁾ berechnet für das Jahr 1688

	für England	Frankreich	Holland
das Volkseinkommen	44 000 000 £	84 000 000 £	17 500 000 £
das Staatseinkommen	3 355 472 „	13 500 000 „	4 750 000 „
die Volkszahl	5 500 000 Seelen	13 500 000 S.	2 200 000 S.

Die Franzosen galten damals noch als reicher, arbeitssamer, bewanderter in der gewerblichen Technik und im Handel als die Engländer⁶⁾. Dementsprechend stand in der Sorge der Engländer ob der auf Universalmonarchie gerichteten Bestrebungen Ludwigs XIV. das Streben, Frankreichs wirtschaftliches Übergewicht zu brechen, obenan. Es tritt uns in den Parlamentsdebatten wie in den ökonomisch-politischen Schriften der Zeit entgegen. Es ist der Faden, der sich durch die politische Arithmetik des Sir William Petty hinzieht, und der sich in allen Schriften Davenants findet. Es ist der Grundgedanke der ganzen inneren und äußeren Politik Wilhelms III. Doch fehlt es daneben im Parlament wie in der Literatur keineswegs an Beweisen der fortdauernden Eifersucht auf das kleinere Holland. Indes wird es von den ökonomischen Schriftstellern den Engländern weniger als Feind, denn hauptsächlich als Muster hingestellt.

1) Defoe III 235 ff. 2) Defoe I 54/5.

3) Ebenda 56. 4) Ebenda 191.

5) Works I 232 ff. bes. 250. Vgl. auch 409.

6) Chalmers 61.

Im vorstehenden ist nur von den 511 586 Familien, bestehend aus 2 675 520 Personen die Rede gewesen, die nach King 1688 den Reichtum des Landes gemehrt haben. Da er zu den 849 000 Familien, bestehend aus 2 825 000 Personen, die den Reichtum gemindert haben, auch 5000 Familien von Matrosen, bestehend aus 150 000 Personen, und 364 000 Familien von Arbeitern und außer dem Hause wohnenden Dienern, bestehend aus 2 825 000 Personen, gerechnet hat, zeigt er, daß er nicht in der Arbeit, sondern in dem Besitz sachlicher Produktionsmittel die Quelle des Reichtums sieht. Diese Vernachlässigung des wichtigsten Produktionsfaktors ist gewiß verkehrt gewesen. Aber die Identifizierung von Arbeitern und Armen ist für die bis ins 19. Jahrhundert hinein herrschende Auffassung bezeichnend; man muß zufrieden sein, wenn die Besitzlosen nicht Dieben und Räubern gleichgestellt werden; in England hat man die Arbeiter „The labouring poor“, die arbeitenden Armen, genannt.

Dies waren die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Englands nach der Restauration. Man muß sie sich vor Augen halten, um die von Karl II. und seinen Nachfolgern erlassenen wirtschaftlichen Gesetze zu verstehen. Sie haben (was schon von Karl II. gesagt worden ist, gilt auch für Jakob II. und Wilhelm III.) auf wirtschaftlichem Gebiete weder Zu- noch Abneigungen gekannt. Sie waren bereit, alles zu bewilligen, was die Interessenten forderten, wenn es nur Aussicht bot, ihnen Einnahmen zu schaffen und ihren Thron zu festigen. Darunter haben auch die „arbeitenden Armen“ gelitten.

Es wurde bei Darlegung der von Elisabeth getroffenen Ordnung des Unterstützungswesens gesagt, daß das gleichzeitig mit ihrem berühmten Armengesetz 1597 erlassene Gesetz über Bestrafung von „Schurken, Landstreichern und arbeitsfähigen Bettlern“ bereits den Gedanken enthalte, daß jede derartige Person, die aufgegriffen worden, von Kirchspiel zu Kirchspiel nach ihrem Geburtsort zurückzubringen sei. Das sei der Ausgangspunkt für das berühmte Niederlassungsgesetz Karls II. von 1662 geworden.

Die Durchführung der Armengesetzgebung der Elisabeth war vielfach eine mangelhafte. Die Armensteuern gingen nicht regelmäßig ein; auch wurde nur ungenügend für das Material zwecks Beschäftigung der Arbeitsfähigen gesorgt¹⁾. Darauf war schon 1610 durch ein Gesetz (7. Jac. I c. 4) die Errichtung von Korrektionshäusern in allen Grafschaften angeordnet worden. Korrektionshäuser für Arbeitslose aber waren kein Heilmittel für Unterstützungsbedürftigkeit. Begreiflich, daß, wie es in der Einleitung zum Niederlassungsgesetz Karls II. heißt, die armen Leute danach strebten, sich in den Kirchspielen niederzulassen, wo der größte Reichtum und die ausgedehntesten Gemeindeländereien waren, um darauf Häuser zu bauen. Darunter haben die Stadt London und einige reiche Grundbesitzer gelitten, und auf deren Betreiben ist das Gesetz von 1662 (14. Car. II c. 12) durch das Parlament durchgepeitscht worden, gemäß welchem es für je zwei Friedensrichter des Bezirkes, in welchen eine Person kommt, welche mutmaßlich der Armenpflege zur Last fallen kann, Pflicht ist, diese auf Klage des Kirchenvorstehers oder Armenaufsehers innerhalb 40 Tagen nach dem Kirchspiel zurückzusenden, in dem sie zuletzt eine gesetzliche Niederlassung hatte, sei es durch Geburt, sei es durch eigene Wirtschaft, sei es durch Aufenthalts-, Lehrlings- oder Dienstverhältnis während mindestens 40 Tagen.

Durch diese Beschränkung der Freizügigkeit ist der fleißige strebsame Arbeiter, der vorwärts kommen wollte, verhindert worden, sich nach freier Wahl den Ort zu suchen, wo er die beste Beschäftigung fand. Er wurde durch sie als Regel an seinen Geburtsort gefesselt. Denn da schon durch vierzigjährigen Aufenthalt der Anspruch auf Unterstützung im Notfall erworben wurde, haben die Gemeinden, damit keine Erhöhung der Armenlast eintrete, jeden Zugezogenen, von dem sie befürchteten, daß er ihnen einmal zur Last fallen könne, vor Ablauf der 40 Tage

1) Siehe P. F. Aschrott, Das englische Armenwesen in seiner historischen Entwicklung usw., Leipzig 1886, 14 ff.

ausgewiesen. Dadurch wurde die Zahl der Armen, die das Gesetz hatte verringern wollen, geradezu vergrößert. Denn viele Arbeitsfähige wurden dadurch abgehalten, außerhalb ihres Geburtsortes Arbeit zu suchen. In ihren Heimatsorten war aber nur zu oft keine Arbeit, während ihre Arbeit an anderen Orten begehrt wurde. Da es häufig vorkam, daß arme Leute, die in ein Kirchspiel kamen, sich versteckt hielten, um erst die 40 Tage, innerhalb deren sie ausgewiesen werden konnten, verstreichen zu lassen, wurde 1685 durch den 1. Jac. II c. 17 s. 3 angeordnet, daß die 40 Tage Aufenthalt, durch welche Heimatrecht erworben wurde, erst von der Anmeldung beim Kirchspielbeamten an gerechnet werden sollten. 1691 wurde durch den Act 3 Will. and Mary s. 11 bestimmt, daß auch der Gemeinde Mitteilung von der beabsichtigten Niederlassung gemacht werden, und daß diese Mitteilung in der Kirche verlesen werden solle, damit jedermann Einspruch gegen den Eindringling erheben könne. In diesem Sinne geht es weiter in späteren Gesetzen, dem Act 8 und 9 Will. III c. 30, 9. Will. III s. 11, 12 Anne s. 18. Alle Energie der Armenbeamten und all ihr Scharfsinn werden darauf gerichtet, so wenig Leute wie möglich zuzulassen, so viele Leute wie möglich auszuweisen.

Die Armenkosten sind infolge dieser Gesetzgebung außerordentlich gestiegen. Im Jahre 1650 hatten sie 188 811 £ betragen; im Jahre 1698 betrugen sie 819 000 £. Das Niederlassungsgesetz, dessen Überschrift lautete: „Gesetz zur besseren Fürsorge für die Armen des Königreichs“, zeigte sich also weder im Interesse der Armen noch des Königreichs, sondern lediglich im Interesse einiger reicher Stadtbürger und Großgrundbesitzer.

Im übrigen hat die nach der Thronbesteigung Karls II. einsetzende Reaktion alle unter Cromwell erlassenen Gesetze als nichtig gelöscht. Allein die Löschung der wirtschaftlichen war nur eine formelle. Diese Gesetze hatten zur Machtstellung, die England unter Cromwell erlangt hat, nach der allgemeinen Meinung wesentlich beigetragen; sie waren die Bewunderung von ganz Europa. Daher wurden

die wichtigsten alsbald als Gesetze Karls II. aufs neue erlassen. Alsbald wurde der Volkswirtschaftsrat, dessen Instruktionen unter Cromwell oben¹⁾ mitgeteilt worden sind, wieder erneuert²⁾. Zuerst bestand er aus zwei Ausschüssen von Sachverständigen, einem für Handel, einem anderen für die Kolonien; sowohl hervorragende Vertreter des Handels als auch Mitglieder des Geheimen Rates gehörten ihm an. Da die Aufgaben dieser Ausschüsse vielfach ineinander griffen, wurden diese 1672 zu einem vereint. Der erste Präsident war Lord Shaftesbury, Sekretär war John Locke. Daß Karl II. die Aufhebung der aus der Lehensverfassung stammenden Hemmnisse der freien Verfügung über den Grundbesitz gegen Bewilligung einer jährlichen Einnahme von £ 100 000 genehmigt hat, ist schon gesagt worden³⁾. Ähnlich ist er allen übrigen Sonderinteressen entgegengekommen. Der Zolltarif von 1660 hatte 1630 Einfuhr- und 323 Ausfuhrzollpositionen. Das Cromwellsche Ausfuhrverbot für alle zur Tuchmanufaktur dienenden Rohstoffe wurde durch den 12. Car. II. c. 32 aufs neue eingeschränkt. 1662 ist die Ausfuhr von Leder und Häuten, früher neben der Wolle der Hauptausfuhrartikel Englands, im Interesse der heimischen Lederverarbeitung verboten worden. Ebenso wurde die Einfuhr von Spitzen, Stickereien und übersponnenen Knöpfen im Interesse derer, die sie im Inland herstellten, verboten. In demselben Jahre ist das Wollausfuhrverbot im Interesse der heimischen Tuchfabrikation verschärft worden, desgleichen das Verbot der Einfuhr ausländischer Kratzen. Das Jahr 1663 hat ein Einfuhrverbot für im Ausland gefertigte Leinwand und Gardinen gebracht. Dazu kamen zahlreiche Gesetze zur Regelung dieses und jenes Gewerbes. Andere Gesetze bezweckten die Hebung der Fischerei; wieder andere, wie schon dargelegt, die Ver-

1) Siehe oben S. 214 ff.

2) Cunningham, Growth etc. Modern Times, 199—201, 913—21.

3) Siehe oben S. 30.

besserung der Landstraßen, und die Schiffbarmachung der Flüsse. In den Gesetzen von 1666, 1678 und 1680 (18. und 19. Car. II. c. 4; 30. Car. II c. 3 und 32. Car. II c. 1), welche sogar das Sterben dem Interesse der Tuchmanufaktur dienstbar machten, indem sie bei Strafe verboten, jemanden in etwas anderem als Wollentuch oder in einem mit anderen Stoffen als Wollentuch ausgeschlagenen Sarge zu begraben, steigerte sich der Merkantilismus bis zur Karrikatur. Verhängnisvoll ist die Ausbildung gewesen, welche die Cromwellsche Navigationsakte fand; aus einer Maßnahme zur Hebung der Seemacht ist sie zu einer zur Förderung der Industrie des Mutterlandes auf Kosten der Kolonien und damit zur Grundlage des Abfalls der Neu-England-Staaten von England geworden.

Doch wäre es unrecht, Karl II. persönlich für diese Erschwerungen des internationalen Handelsverkehrs oder gar für die 1678 vom Parlament dekretierte erste Handelsperre gegen Frankreich verantwortlich zu machen. Er hat die Handelspolitik allzeit den Gesichtspunkten seiner allgemeinen Politik, der inneren und der äußeren, untergeordnet; die unter Child ins Tory-Lager übergegangene Ostindische Gesellschaft, deren Interessen, solange nur ihr Monopol gewahrt blieb, mit unbeschränkter Verkehrsfreiheit verknüpft waren, mußte von Karl wegen der Gelder, mit denen sie ihm gelegentlich zu Hilfe kam, berücksichtigt werden, und gerade die Handelssperre war im Gegensatz sowohl zu seiner Allianz mit Frankreich als auch zu seinem Bedürfnis nach größeren Zolleinnahmen. Aber der Enthusiasmus, mit dem 1660 Karls Rückkehr von allen Parteien begrüßt worden war, hatte längst einem intensiven Mißtrauen Platz gemacht. Karls Allianz mit Frankreich hatte bei den Grundbesitzern auf dem Lande die Sorge für Freiheit und Protestantismus, bei der Geschäftswelt die für ihren durch Colberts Maßnahmen bedrohten Handel hervorgerufen. Das hatte zur Entstehung der Partei der Whigs geführt, die von Anbeginn von feindseligem Geist gegen Frankreich erfüllt war. Die angeblich passive Handelsbilanz Englands im Verkehr mit Frankreich ist

für ein Jahrhundert für die merkantilistische Politik Englands ausschlaggebend gewesen, während das Streben der Tories nach freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich diese zu Freihändlern gemacht hat und der Ausgangspunkt der englischen Freihandelslehre geworden ist¹⁾).

Colberts Zolltarif von 1667 hatte der englischen Ausfuhr den französischen Markt nahezu völlig gesperrt, während gleichzeitig eine sich steigernde Einfuhr französischer Luxuswaren in England stattfand. Darauf hat das Parlament 1678 ein Einfuhrverbot für alle französischen Produkte ausgesprochen. Angesichts der erregten öffentlichen Meinung blieb der Regierung Karls II. nichts übrig, als sich zu fügen. Sie hat nur die nicht erfüllte Hoffnung ausgesprochen, daß ihr Ersatz für den entgehenden Zoll auf den französischen Wein und Branntwein zuteil werde

Selbstverständlich, daß in einer solchen Zeit auch der Erwerbszweig, von dem die überwiegende Mehrheit des Volkes lebte, die Landwirtschaft, weitgehende Berücksichtigung gefunden hat. 1663 sind die Getreidepreise, zu denen die Ausfuhr von Getreide gestattet sein sollte, abermals erhöht worden. Auch wurde bestimmt, daß jeder, solange die Preise der verschiedenen Getreidearten die für ihre Ausfuhr festgesetzte Höhe nicht überschritten hätten, Getreide aufkaufen und aufspeichern dürfe, ohne den

1) Siehe darüber W. J. Ashley, *The Tory Origin of Free-trade Policy*, in dessen *Surveys historic and economic*, London 1900, 268 ff. — P. I. Thomas, *Mercantilism and the East India Trade*, London 1926, 94, ist neuerdings den Ausführungen Ashleys entgegengetreten. Er sieht den Ursprung der freihändlerischen Denkweise in den Interessen der Ostindischen Gesellschaft, zu deren Verteidigung schon Mun, als er für freie Geldausfuhr schrieb, Misselden, Child, Davenant und andere geschrieben haben. Da die Ostindische Gesellschaft eben ihrer Interessen wegen von Child ins Tory-Lager übergeführt worden ist, bieten die Ausführungen von Thomas keine Widerlegung, sondern eine Bestätigung derjenigen Ashleys. Was Thomas vorbringt, ist auch aus Gründen, die das weitere zeigen wird, nicht stichhaltig.

Wuchergesetzen zu verfallen. Stehen die Preise unter diesen Sätzen, so sollen erhöhte Zölle, stehen sie darüber, so sollen niedrigere Zölle bei Einfuhr von Getreide erhoben werden. In demselben Gesetze werden Zölle bei Einfuhr von gemästetem Vieh eingeführt. 1666 wird die Einfuhr von Vieh ganz verboten, ebenso die von Fischen durch Fremde. 1667 ergeht, da infolge von Kollusion von Beamten noch Einfuhr stattfand, ein drakonisches Einfuhrverbot, und 1670 wird die Ausfuhr von Ochsenfleisch, Schweinefleisch, Speck, Butter, Käse und Kerzen, sowie die von Ochsen, Kühen, Färsen und Pferden erlaubt. Endlich bringt dasselbe Gesetz von 1670 auch dem Getreidebau neue Berücksichtigung. Auch die Kornausfuhr soll erlaubt sein, und gleichzeitig bestimmt das Gesetz Einfuhrzölle für Getreide von einer Höhe, daß sie unter Umständen Einfuhrverboten gleichkommen mußten.

Aber auch mit dieser Gestattung der Ausfuhr der beiden hauptsächlichen Produkte der Landwirtschaft, von Vieh und Korn, war den Vertretern der agrarischen Interessen noch nicht Genüge getan. Es galt, die Grundbesitzer zu bestimmen, in eine Steuererhöhung einzuwilligen. Dies wurde durch den 25. Car. II. c. 1 § 38 erreicht, durch welchen ihnen für drei Jahre, 1673—1676, eine Ausfuhrprämie für Getreide bewilligt wurde. Die Folge war eine Preissteigerung, die sofort aufhörte, als die Prämie wegfiel¹⁾. Die mit der Wirkung der Prämie auf die Preise gemachte Erfahrung ließ das Verlangen nach dauernder Einführung einer solchen nicht einschlafen, und 1683 hat der schon genannte John Houghton aufs neue eine Ausfuhrprämie für Getreide gefordert²⁾. Er erwartete davon eine Steigerung der Produktivität, weil die dadurch bewirkte Teuerung die Menschen zu größerem Fleiße antreiben werde.

Da wurde die Forderung von einem Monarchen erfüllt,

1) Garnier, History of the landed interest (Modern period), London 1893, 199.

2) John Houghton, a. a. O. 174.

der dabei von ganz anderen Gesichtspunkten bestimmt war, von Wilhelm III. Er hat die Bestechungspolitik weit virtuoser als die beiden Stuarts zu handhaben verstanden¹⁾.

Als Wilhelm von Oranien, der Statthalter von Holland, am 5./15. November 1688 in Torbay landete, um den ihm angetragenen Thron zu besteigen, stand er vor der Aufgabe, alle Parteien im Innern mit seiner rechtlich anfechtbaren Thronfolge zu versöhnen und an sich zu fesseln. Nur indem er den wirtschaftlichen Wünschen des englischen Volkes entgegenkam, konnte er es sowohl fähig als auch willig machen, die enormen Lasten zu tragen, welche die bevorstehenden Kriege ihm auferlegten. Uns, denen die Akten jener Zeit offen liegen, erscheint heute das ganze England, wie es aus der Sittenlosigkeit der Restauration hervorgegangen war, von der Thronbesteigung Wilhelms bis lange nach Walpole nur als eine Börse, auf der nahezu alles und jeder feil war²⁾. Und wenn wir dementsprechend als das Hauptmittel, mit dem damals die großen Einflußreichen gewonnen wurden, die individuelle Bestechung mit unerhört hoch bezahlten Ämtern, mit Gütern und geradewegs mit Geldsummen finden, so erscheint es fast als selbstverständlich, daß, wo es sich um die Gewinnung von Klassen handelte, die weitgehendste Berücksichtigung der einer jeden von ihnen eigentümlichen Interessen stattfand.

Am 18. Dezember 1688 war Wilhelm im Londoner Königspalast unter dem jubelnden Zuruf des Volkes eingezogen. Es ist charakteristisch für die Zeit, daß noch, bevor die Thronfolge geordnet war, am 9. Februar 1689, das Unterhaus einen Ausschuß eingesetzt hat, mit dem Auftrage, die Handelsbeziehungen zwischen England und

1) Siehe für das Folgende das angeführte Buch von Faber 116—137.

2) Lecky, *History of England* I 369 und an vielen anderen Stellen. Ferner Swifts und Lord Bolingbrokes verschiedene ihre Zeit behandelnden satirischen historischen und politischen Schriften und sehr viele andere politische Schriftsteller der Zeit.

Frankreich in Erwägung zu ziehen¹⁾. Erst elf Tage später, am 24. Februar, sind Wilhelm und Maria als König und Königin proklamiert worden²⁾. Aber alsbald schwand die erste Begeisterung des Volkes, welche Wilhelm bis dahin getragen hatte. Der ernste, kalte, steife Holländer gefiel den wenigsten, und man fing an, an die lebenswürdige Herablassung der Stuarts mit Seufzen zurückzudenken. Die Jakobitische Reaktion war zusehends im Steigen³⁾. Eine Suspension der Habeas Corpus-Akte war nötig, um sie wirksam zu unterdrücken. Außerdem galt es, vom Parla-mente die Bewilligung von Steuern zu erlangen, und zwar nicht nur derjenigen, die zur Führung der Verwaltung im Frieden, sondern auch derjenigen, die zur Kriegsführung notwendig waren. Da erinnerte sich Wilhelm der Bitten um Abschaffung der Herdsteuer, die ihm auf seinem Wege von Torbay nach London das zuströmende Landvolk vorgetragen hatte⁴⁾; es war dies eine neue Auflage des alten fuagium der normännischen Könige, die 1662 unter Karl II. wieder eingeführt worden war und zur steigenden Unpopularität der Stuarts wesentlich beigetragen hatte. Am 12. März entsandte Wilhelm zwei Botschaften an das Unterhaus. In der einen verzichtete er auf die Herdsteuer, in der anderen frug er um Rat, wie er ohne Verletzung der gesetzlichen Freiheiten, besonders der Habeas Corpus-Akte, sich und seine Regierung gegen die Verschwörung der Jakobiten zu schützen vermöchte⁵⁾. Die erste der beiden Botschaften erregte den Enthusiasmus des Unterhauses, und in derselben Sitzung beschloß das Haus ein Gesetz, das gestattete, der Verschwörung verdächtige Personen in Haft zu nehmen⁶⁾. Nun aber galt es, Einnahmen zu beschaffen⁷⁾ sowohl zum Ersatz der Herdsteuer als

1) Journals of the House of Commons 15.

2) Ebenda 29.

3) Siehe auch Onno Klopp, Der Fall des Hauses Stuart, Wien 1876, IV 385.

4) Greys Debates IX 128.

5) Journals of the House of Commons 38/9.

6) Ebenda.

7) Ebenda 47.

auch zur Bezahlung der von den Holländern zur Ermöglichung des Zugs Wilhelms nach England vorgeschossenen 7301322, 1,8 Gulden und zur Schaffung einer großen Flotte zur Unterwerfung Irlands und Bekämpfung Frankreichs. Diese Einnahmen konnte bei den damaligen wirtschaftlichen Verhältnissen nur die Grundsteuer schaffen.

Da wurde am 30. März ein Gesetzentwurf eingebracht, nach dem bei niedrigen Getreidepreisen die Getreideausfuhr prämiert werden sollte, um die Getreidepreise hoch zu halten und zu erhöhen¹⁾. Vergewagt man sich die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse Englands um 1689 und den Verlauf, den die Entwicklung der Getreidehandelspolitik seit Elisabeth mehr und mehr genommen hatte, sowie die weiteren Wünsche der englischen Grundbesitzer, wie sie bei Houghton bevortreten, so muß zugegeben werden, daß ein geschickterer Zug nicht geschehen konnte.

Das Gesetz besagt, die Erfahrung habe gezeigt, daß die Ausfuhr von Getreide ins Ausland, wenn die Preise im Königreiche niedrig stehen, von großem Vorteil sei, sowohl für die englischen Grundeigentümer als auch für den englischen Handel im allgemeinen. Dementsprechend solle, wenn der Quarter (Winchester Maß) Malz oder Gerste 24 s und weniger, der Quarter Roggen 32 s und weniger, der Quarter Weizen 48 s und weniger in irgendeinem englischen oder wallisischen Hafen betrage, jede Person, welche heimisches Getreide ins Ausland verschiffe, eine Ausfuhrprämie erhalten im Betrage von 2 s 6 d pro Quarter Malz oder Gerste, von 3 s 6 d pro Quarter Roggen und von 5 s pro Quarter Weizen, indes nur unter der Voraussetzung, daß der Eigentümer und mindestens zwei Drittel des Schiffs, in dem die Verfrachtung statfinde, Untertanen seiner Majestät seien. Übersteige der Preis dagegen die angegebenen Sätze, so seien die durch das Gesetz über Tonnen- und Pfundgeld bestimmten Ausfuhrzölle zu zahlen, wie sie 1660 festgesetzt worden seien.

1) Journals of the House of Commons 52.

Die Vorlage ist am 5. Mai 1689 Gesetz geworden (1. Gul. et Mar. c. 12). Darauf wurde die Grundsteuer spielend bewilligt. Wenn auch schon unter Karl II. und vielleicht schon unter Karl I. eine Ausfuhrprämie für Getreide bewilligt worden ist, so doch nur für eine beschränkte Zahl von Jahren. Hier erscheint sie zuerst als eine dauernde Einrichtung. Wahrscheinlich ist die Tatsache, daß sie von da ab nahezu ein Jahrhundert bestanden hat, die Ursache, daß als Regel ihre erste Entstehung von Wilhelm III. ab datiert wird.

Dieses Gesetz ist, als es erlassen wurde, der Gegenstand des größten Staunens des übrigen Europas gewesen. Es stand in Widerspruch mit der Merkantilpolitik, wie sie in allen anderen Ländern verstanden und geübt wurde. In diesen war sie eine Industriepolitik. Man suchte Gewerbe und eventuell noch Handel und Schiffahrt durch Bevorzugungen aller Art groß zu ziehen. Man klagte über ihre Begünstigung auf Kosten der Landwirtschaft. Man erstrebte niedere Getreidepreise, weil sie nach der herrschenden Auffassung zu niedrigen Löhnen führten und diese die Voraussetzung seien für das Aufblühen der Industrie. In England aber von all dem das Gegenteil! Wie da schon unter Eduard IV. zugunsten des Ackerbaus die ersten merkantilistischen Maßregeln ergriffen worden waren, so hat man da seit Karl II. auch Getreide den für die Ein- und Ausfuhr aller Waren geltenden merkantilistischen Prinzipien unterworfen.

In ähnlicher Weise hat Wilhelm III. auch die übrigen Haupterwerbszweige des Landes gewonnen: die Tuchfabrikation durch Wollausfuhrverbote, die Lederverarbeitung, die Seidenindustrie, die Bierbrauerei, den Bergbau und übrigen Gewerbe des Landes, ein jedes entweder durch Ausfuhrverbote für seine Rohstoffe oder Einfuhrzölle auf konkurrierende fremde Waren oder durch sonstige Maßnahmen, die seinen Sonderinteressen angepaßt waren. Ein jedes brauchte nur zu verlangen und es wurde ihm gewährt.

Das für England, ja für die ganze Welt Folgenreichste aber war die Maßnahme, durch welche die City von London an das neue Regiment geknüpft worden ist. Die Einfuhrsperre von 1678 für französische Waren hat bis 1685 gedauert; da hat das noch unter Karl II. zusammengebrachte, den Stuarts willfährige Parlament sie aufgehoben; Jakob II. hat sie durch Wiedereinführung hoher Zölle, die der Krone die 1678 verlorenen Einnahmen ersetzen sollten, ersetzt. Das war aber den Kaufleuten, die sich durch den seit Colbert aufblühenden französischen Handel bedroht fühlten, nicht genug. Sie hatten schon bei den Verhandlungen, die mit Wilhelm, als er noch in Holland weilte, über seine Übernahme der Regierung geführt wurden, als Bedingung ihrer Unterstützung verlangt, daß sie gegen den französischen Handel geschützt würden, und diese Bedingung hat Wilhelm durch eine Maßregel erfüllt, welche die Einfuhrsperre von 1678 weit hinter sich ließ. Er hat, als er mit Holland, mit Kaiser und Reich, mit Savoyen, Spanien, Dänemark und Schweden die große Allianz gegen Ludwig XIV. abschloß, zur Klausel des Allianzvertrags gemacht, daß kein Untertan der Allianzstaaten mit Frankreich Handel treiben dürfe. Sogar die Schiffe neutraler Staaten sollten für gute Prise erklärt werden, wenn ihre Untertanen mit Frankreich Handel trieben. Es war dies die Fortsetzung der Handelssperren, wie sie im Mittelalter bei Ausbruch eines Krieges gegen ein Land verhängt worden sind und dem Umfang nach das Vorbild von Napoleons Kontinentalperre gegen England.

Die Aussichten, welche die englische Kaufmannschaft durch Wilhelm III. auf Schädigung ihrer französischen Konkurrenten erhielt, haben sie mit der Whigaristokratie zu seiner Unterstützung bei der Vertreibung der Stuarts zusammengeführt. Das große Interesse, das sie als Gläubiger Wilhelms mit dessen siegreicher Behauptung verband — denn die restaurierten Stuarts würden ihre Forderungen nicht anerkannt haben — haben sie jede Maßregel unterstützen lassen, die zur Befestigung seiner Herrschaft zu führen versprach. Die Handelssperre gegen Frankreich hat

bis zum Frieden von Ryswick im Jahre 1697 gedauert. Allerdings hat es schon seit Mun¹⁾, der im Gegensatz zu der herrschenden Handelsbilanzlehre im Interesse der Ostindischen Gesellschaft für die Freiheit der Geldausfuhr eintrat, Männer gegeben, die wie Sir William Petty der Weisheit einer Prohibitionspolitik skeptisch gegenüberstanden. Bei Sir Josias Child, dem Diktator der Ostindischen Kompanie, Nicholas Barbon, Charles Davenant finden sich zahlreiche freihändlerische Stellen, und Sir Dudley North hat eine freilich erst später bekannt gewordene Schrift geschrieben, die von vielen als die erste Begründung des Freihandels angesehen wird. Aber alle diese Schriftsteller waren Tories²⁾ und als solche für freundschaftlichen Verkehr mit Frankreich. Auch hat es nach Unterzeichnung des Friedens von Ryswick unter den praktischen Politikern nicht wenige gegeben, die, einer Anregung Childs folgend, einem Gegenseitigkeitsvertrage mit Frankreich geneigt waren. Aber auch diese waren überwiegend Tories, und eine feindselige Handelspolitik gegen Frankreich gehörte zum politischen Inventar der Whigs bis 1786. Weder die englische noch die französische Regierung war bereit, Konzessionen zu machen. Statt zu einem Gegenseitigkeitsvertrage ist es in England zu hohen Zöllen von 1696—1704 gekommen.

Außer den Maßnahmen, durch welche Wilhelm III. die einzelnen Wirtschaftszweige und damit das Parlament für sich gewonnen hat, sind unter ihm aber auch solche getroffen worden, die dem ganzen Lande zugute gekommen sind, wie Verbesserungen der Landstraßen, Schiffbarmachung der Flüsse, Verbesserung des Münzumlaufs, Gründung der Bank, Förderung der Kolonien, wovon noch besonders die Rede sein wird. Auch die Landwirtschaft ist noch durch weitere Gesetze begünstigt worden. Das Jahr 1691 hat

1) A discourse of trade from England unto the East-Indies by T. M. 2. ed. London 1621. — Englands treasure by forraign trade. London 1664.

2) Ashley, The Tory origin of Free Trade Policy a. a. O.

ihr die Befreiung vom Ausfuhrzoll für alle Arten von Fleisch, Butter und Kerzen gebracht (3. Gul. et Mar. c. 8), und als es im Jahre 1699 nötig geworden war, die Ausfuhrprämie für ein Jahr aufzuheben (11. Gul. III. c. 1), sind dafür gleichzeitig alle Ausfuhrzölle für Getreide, auch wenn dessen Preis die im Gesetze von 1689 festgesetzte Höhe überstieg, vom 30. März 1700 an für immer aufgehoben worden (11. Gul. III. c. 20 § 2). Im Jahre 1700 aber waren die Preise so hoch, daß auch ohne besondere Aufhebung des Gesetzes von 1689 eine Ausfuhrprämie nicht zu zahlen gewesen wäre; die Gesetzgebung von 1699 war also lediglich eine Begünstigung der Kornausfuhr.

In demselben Jahre 1699 sind auch für die Wollwaren die Ausfuhrzölle beseitigt worden, während alle übrigen Ausfuhrzölle, mit Ausnahme derjenigen auf Rohmaterialien der Tuchfabrikation, erst unter der Königin Anna 1712 gefallen sind — bei der herrschenden Wirtschaftspolitik ein Zeichen, daß die übrigen Produktionszweige sich damals soweit entwickelt hatten, daß auch die Ausfuhr ihrer Produkte nunmehr für den Nationalreichtum als wichtig erschien. Durch diese von Wilhelm III. systematisch befolgte Politik hat er nicht nur seine Herrschaft befestigt, sondern auch Parlament und Volk willig gemacht, Abgaben von bis dahin unerhörter Höhe zu tragen, welche seine Kriege mit sich gebracht haben.

Besonders ist aber die Forderung hervorzuheben, welche der alte Anspruch Englands auf die Beherrschung der See durch Wilhelm III. erfahren hat, um sich mittels desselben zum Schiedsrichter der Welt zu machen und gleichzeitig den Handel der übrigen seefahrenden Nationen vernichten zu können. Als sieben Männer ersten Rangs an Wilhelm von Oranien, den Statthalter der Niederlande, die Aufforderung richteten, England von Papsttum und Gewalt Herrschaft zu befreien, war er das Haupt des Widerstandes gegen die auf Universalmonarchie gerichteten Gelüste Ludwigs XIV. Die Holländer stimmten zu, daß Wilhelm der Aufforderung Folge leistete. Sie sahen in ihm ihren Mann, der sie als König von England gegen die Angriffe Frank-

reichs viel besser schützen, dessen Handel zerstören und sie gleichzeitig von der Navigationsakte befreien würde. Sie haben sich nicht nur in letzterem getäuscht. England hat allerdings Wilhelm die zur Bekämpfung Ludwigs XIV. nötige Seemacht geliefert; Holland mußte die dazu nötige Landmacht stellen; es hat aber darüber seine Stellung als Großmacht eingebüßt. Kapitän Mahan¹⁾ schreibt: „Die englische Regierung hat während der Zeit bewußt ihre Herrschaft zur See erweitert: während sie offen die französische Seemacht als Feind schädigte, hat sie als listiger Freund den Niederlanden das Mark aus den Knochen gesogen. Als es zum spanischen Erbfolgekrieg gegen Ludwig XIV. kam, wurde zwischen den beiden Ländern, an deren Spitze Wilhelm stand, das Abkommen getroffen, daß Holland drei Achtel, England fünf Achtel der maritimen Streitmacht, Holland dagegen 120 000 und England 40 000 Landtruppen stellen solle; dabei sollten die holländischen Admirale hinter dem englischen Junior Captain zurückstehen. Und dem entsprach es, wenn Holland 1713 im Frieden von Utrecht nur Kompensationen in Land, England dagegen von Frankreich dessen Kolonien Neufundland, Akadien, das dann Neu-Schottland genannt wurde, die Hudsonbai, vor allem aber von Spanien Gibraltar und Port Mahon auf Minorca erhielt. Die Seemacht Frankreichs und Spaniens war verschwunden; die von Holland nahm ständig ab.“

Wilhelm III. ist der Schöpfer der aggressiven Handelspolitik Englands gewesen. Mit ihm hat jene englische Politik begonnen, die mehr als alles andere darauf ausging, in allen Teilen der Welt Häfen, die für die Beherrschung der See günstig gelegen sind, als Anknüpfungspunkte für Fäden zu erwerben, mit denen John Bull, wie Washington Irving vor mehr als hundert Jahren in seinem Skizzenbuch humoristisch gesagt hat, alle Meere wie mit einem Spinngewebe überzogen hat; seitdem sitze er wie eine cholerische Spinne in einer Ecke Europas, um sich

1) Mahan, *Influence of Seapower* 61 ff.

auf jedwedes Schiff zu stürzen, das seinen Zorn erregt oder seine Habgier reizt. Noch in seiner letzten Thronrede, am 31. Dezember 1701, hat Wilhelm dem Parla- mente die seit Heinrich VIII. verfolgte Politik, das Züng- lein an der europäischen Wage zu sein, als letztes Ver- mächnis eingeschärft, und rücksichtslos hat dieses das von ihm gewobene Spinnennetz diesem Ziele dienstbar ge- macht.

Die von England während des 18. Jahrhunderts ge- führten Handelskriege haben der englischen Marine den Triumph auch über die Schifffahrt der übrigen Länder ge- bracht. Die Rechtsprechung seines Prisengerichts hat, mit wem immer England sich im Kriege befand, stets dazu geführt, nicht nur feindliche, sondern auch neutrale Schiffe wegen angeblicher Konterbande zur Konfiskation zu ver- urteilen.

Von den Kriegen Wilhelms III. und denen des 18. Jahr- hunderts bis zur Schlacht von Waterloo datiert die eng- lische Handelsherrschaft und Handelsgröße. Die Kriege gegen die französische Revolution und gegen Napoleon haben nur vollendet, was schon im 17. Jahrhundert be- gonnen hat. Das französische Kolonialreich, das um die Mitte des 18. Jahrhunderts noch mit dem englischen nahe- zu gleich war, war 1815 bis auf unerhebliche Besitzungen verschwunden. Schon 1797 läßt der Hamburger National- ökonom Büsch die Briten sagen¹⁾: „Seit nur 144 Jahren zählen wir 66 Jahre der blutigsten Seekriege außer den einzelnen Jahren, in denen die gekränkte Ehre Albions uns reizte, unseren Widersachern nur zu drohen und sie da- durch zur Nachgiebigkeit zu zwingen.“ Büschs Abhand- lung über die Zerrüttung des Seehandels²⁾ enthält die

1) J. G. Büschs sämtliche Schriften über die Handlung IV, 241, Hamburg 1825.

2) Zuerst Hamburg 1794. Neu bearbeitet unter dem Titel „Über das Bestreben Völker neuerer Zeit, einander in ihrem See- handel recht wehe zu tun“. 1800. Abgedruckt im 5. Band von Büschs sämtlichen Schriften über die Handlung.

bitterste Klage, daß England, so oft es Krieg geführt habe, sich der Rechtsprechung seiner Admiralitätsgerichte über Prisen zur Vernichtung des neutralen Handels, d. h. des Handels der kleinen Staaten, bedient habe.

In der Zeit vor dem Weltkriege von 1914—1918 hat die Politik Englands, sich seiner Übermacht zur See zur Vernichtung des Handels der kleinen Staaten zu bedienen, ihren Höhepunkt in der gewaltsamen Aneignung der neutralen Flotte Dänemarks erreicht. Im August 1807 erschien eine starke englische Flotte mit zahlreichen Transportschiffen vor Kopenhagen und richtete an den Prinzregenten von Dänemark die Aufforderung, die dänische Flotte auszuliefern. Als dieser ablehnte, schiffte der englische Admiral ein Landungskorps von mehr als 30 000 Mann aus, schloß ohne Kriegserklärung die dänische Hauptstadt zu Wasser und zu Lande ein und bombardierte die Stadt vom 2.—5. September. Viele öffentliche Gebäude und über 300 Privathäuser wurden zerstört, und Hunderte von Menschen wurden getötet. Dann kapitulierte Kopenhagen, und die Engländer fuhren mit ihrem Raube davon. 18 Linienschiffe und 46 andere Kriegsfahrzeuge nebst großen Vorräten an Munition und Kriegsbedürfnissen aller Art haben sie mit sich genommen; was sich nicht wegführen ließ, haben sie vernichtet.

Am 25. September 1807 hat der König von England eine Proklamation zur Rechtfertigung des Verfahrens seiner Regierung erlassen¹⁾. Sie ist für deutsche Leser von besonderem Interesse. Es ist am 3. Februar 1808 darüber zu einer Debatte im Parlamente gekommen. Namens der Opposition hat der Abgeordnete Ponsonby den Antrag gestellt, die Papiere über die im letzten Jahre zwischen England und Dänemark gepflogenen Verhandlungen dem Hause vorzulegen. George Canning, der den Befehl zum Vorgehen

1) Cobbetts Parliamentary Debates, Vol. X, London 1808, 115.

der Flotte gegen Kopenhagen erlassen hatte, widersprach¹⁾. Dasselbe taten die Abgeordneten Milnes²⁾, Lord Palmerston³⁾, Lushington⁴⁾. Ihre Argumente zur Rechtfertigung des Vorgehens der englischen Flotte waren dieselben, die 1914 in Deutschland zur Rechtfertigung des Einmarsches in Belgien gebraucht wurden⁵⁾. Der Antrag Ponsonbys, der die Vorlage der Papiere über die im letzten Jahre zwischen England und Dänemark geführten Verhandlungen verlangte, wurde daraufhin mit 253 gegen 108 Stimmen abgelehnt.

Die Folge der erdrückenden Überlegenheit der englischen Seemacht auf jedem schiffbaren Breitengrad war, um mit Cobden⁶⁾ zu reden, daß auf allen Meeren keines Feindes Schiff anders als auf der Flucht erblickt wurde, und kein neutrales, das sich nicht die Demütigung einer Visitation durch englische Kreuzer hätte gefallen lassen müssen. Englands Kaufleute und Fabrikanten aber erfreuten sich eines Monopols auf den Märkten des Erdballs.

1) Cobbett 283. 2) Ebenda 296.

3) Ebenda 300.

4) Ebenda 308.

5) George Macaulay Trevelyan hat noch 1924 in seiner *British History in the nineteenth Century*, 118 ff. Cannings Anordnung als „one act of moral daring, which, whether right or wrong, bears the imprint of genius“ damit gerechtfertigt, daß sonst die skandinavische Flotte genötigt worden wäre, sich dem Kriege der Franzosen gegen England anzuschließen. Deutschland hat seine Besetzung Belgiens 1914 damit gerechtfertigt, daß dieses sonst von den Franzosen besetzt worden wäre. Der Geniestreich Cannings hat zur Folge gehabt, daß Dänemark sich mit den Franzosen gegen England verbunden hat. (Th. Tooke, *Thoughts and Details on the high and low prices of the last thirty years*. London 1823, I 98.) Der Einmarsch der Deutschen in Belgien hat zur Folge gehabt, daß England trotz seiner Rechtfertigung des Bombardements von Kopenhagen Deutschland den Krieg erklärte.

6) *The political writings of Richard Cobden*, London 1867, I 300.

Die ganze äußere Politik Englands seit den Tudors läßt sich in den Worten Napoleons zusammenfassen: „Wenn ganz Europa sich infolge englischer Ränke und Geldzahlungen rauft und zankt, sind die englischen Staatsmänner auf ihre eigene Sicherheit, auf Handelsvorteile, auf Beherrschung des Meeres und ein Monopol in ihren Händen bedacht.“

32. Kapitel.

Die Anfänge der Bank von England.

Unter Wilhelm III., dem Virtuosen in der Nutzbarmachung von Sonderinteressen im Dienste der Politik, hat aber, in Reaktion zur Mißwirtschaft unter den Stuarts, auch eine Anstalt ihren Anfang genommen, die nicht bloß Sonderinteressen gedient hat. Unter seine Regierung fällt die Gründung der Bank von England.

Ich habe von der englischen Kreditpolitik zuletzt gesprochen, als ich im 17. Kapitel erzählt habe, wie nach der Vertreibung der Juden durch Eduard I. die Cahorsiner und Lombarden an deren Stelle getreten sind, wie man zur Feststellung der Beträge, welche die Gläubiger ihren Schuldnern geliehen hatten, öffentliche Schuldbücher eingerichtet hat, und wie der englische Außenhandel, der ganz auf dem Kredit aufgebaut war, zur Umgehung der kirchlichen Zinsverbote genötigt hat. Auch habe ich schon erwähnt, daß nach Unwin die Goldschmiede schon damals Depositen angenommen haben, die sie verzinsten. In dem Maße, in dem die Wirtschaftsentwicklung fortschritt, hat der Widerspruch zwischen vorgefaßten Anschauungen über das Seinsollende und dem, was die Tatsachen des Lebens erheischten, in England zu Auskunftsmitteln derselben Art genötigt, wie auf dem Kontinent. Eigentümlich ist England nur, daß die Gesetzgebung mit der Anerkennung der Forderungen der Vernunft hier weit länger gezögert hat.

Abgesehen von der oben angeführten französischen Ordonnanz von 1332 hatten auch andere Fürsten des Kontinents das absolute Verbot des Zinsnehmens längst durch das Verbot, ein Zinsmaximum zu überschreiten, ersetzt. So hatte 1406 der Graf von Provence ein Zinsmaximum von 10 Proz. eingeführt. Zu welchen Bewucherungen das starre Zinsverbot in England gelegentlich führte, zeigt eine unter Eduard IV. an den Lordkanzler gerichtete Petition, in der der Petent sich beklagt, für sein Darlehn von 5 £ für die Dauer von fünf Jahren jährlich 20 s und nach Ablauf der fünf Jahre £ 10 zahlen zu müssen, angeblich für Schafe, die er nie erhalten habe¹⁾. Solche Fälle haben wohl dazu beigetragen, daß Heinrich VII. dem Parlamente ein neues Gesetz, welches das Zinsnehmen verbot, vorlegen ließ. Sein Minister, Kardinal Morton, hat dabei Ausführungen gemacht, die seitens eines so gerissenen Finanzmannes Staunen erregen, wie die: die Möglichkeit des Zinses entziehe dem Handel und Gewerbe Kapital; alle diejenigen, welche jetzt von Geldgeschäften lebten, würden es dem Handel und Gewerbe zuwenden, wenn Zinsnehmen verboten würde. Die zwei Gesetzentwürfe, die er dem Parlamente vorlegen ließ, haben dessen Zustimmung gefunden; aber beide wurden umgangen, wie der Kanzler, als er 1495 ein neues Zinsverbot im Parlamente einbrachte, hervorgehoben hat. Auch das neue Gesetz ist erfolglos geblieben.

Heinrich VIII. hat die Wuchergesetze seines Vaters nicht erneuert. Vielmehr ist er dem Beispiel Karls V. gefolgt. Ich habe schon gelegentlich der Besprechung der von Eduard III. bei fremden und einheimischen Kaufleuten aufgenommenen Anleihen gesagt²⁾, daß es bei den Fürsten allenthalben üblich gewesen ist, ihren Geldleihern öffentliche Einnahmen zu verpfänden und ihnen Monopole zu verleihen. So sind auch die Habsburger am Ausgang des 15. und während des 16. Jahrhunderts vorgegangen.

1) Tudor Econ. Docum. II 133.

2) Siehe Band I 203.

Sie haben aber für gewährte Darlehen ihren Gläubigern nicht nur die Ausbeutung von Bergwerken überlassen, sondern sie auch gegen gerichtliche Verfolgungen geschützt, wo ihre Geschäftspraxis die bestehenden Reichsgesetze verletzte, und bei der Gesetzgebung auf ihre Wünsche gehört. Maximilian I. und Karl V. haben sich in ihren monopolistischen Erzlieferungsverträgen heimlich verpflichtet¹⁾, ihre Gläubiger bedingungslos zu schützen, falls man von Reichs wegen gegen sie als Monopolisten einschreiten sollte, und Karl V. hat, als dies 1523 gegen seinen Hauptgläubiger Jacob Fugger geschah, am 15. September 1523 von Burgos aus dem obersten Reichsanwalt die sofortige Einstellung des Verfahrens befohlen und gleichzeitig seinen Bruder Ferdinand aufgefordert, den beim Reichskammergericht gegen die Fugger anhängigen Prozeß niederzuschlagen. Das hat sich 1526 wiederholt²⁾. Vom Hause Fugger ist auch Dr. Eck, der Gegner Martin Luthers, aufgefordert worden, sich für die Berechtigung eines fünfprozentigen Kapitalzinses auszusprechen³⁾ was dieser dann in einer Reihe von öffentlichen Disputationen getan hat⁴⁾. Er galt als ein von den Fuggern bestochener Skribent. Karl V. ist aber für Kaufleute noch weiter gegangen, als Eck verlangt hat. Er hat durch ein Edikt vom 4. Oktober 1540 Darlehen gegen Zins gestattet, wofern die beiden Parteien sich mit Handelsgeschäften abgaben und nicht mehr als 12 % ausbedängen. Auch durfte die Geldleihe sich nicht über ein Jahr erstrecken. In einem vom letzten Parlamente Heinrichs VIII. angenommenen Gesetze (37th. Hen. VIII. c. 9) ist das absolute Zinsverbot durch ein Zinsmaximum von 10 Proz. ersetzt worden.

1) Jakob Strieder, Jacob Fugger der Reiche. Leipzig 1926, S. 122.

2) Ebenda 123. — J. Strieder, Studien zur Geschichte kapitalistischer Organisationsformen. München und Leipzig 1925, S. 370, 371.

3) Strieder, J. Fugger der Reiche 49.

4) Strieder, Studien 121.

Die Geistlichkeit hat gegen diese Neuerung auf das lebhafteste protestiert. Noch stand sie nicht auf dem Standpunkt Calvins, der den Zins für berechtigt erklärt hat; und als Heilmittel gegen die sozialen Mißstände, die das Bauernlegen, die Auflösung der Klöster und die Münzverschlechterungen unter Eduard VI. nach sich gezogen hatten, hat das Gremium der unter dem jugendlichen Könige regierenden Lords, das sich dabei bereichert hatte, zur Beschwichtigung des Publikums die mittelalterlichen Zinsverbote 1552 noch einmal erneuert¹⁾. Aber das Gesetz hat nur die Wirkung gehabt, die Risikoprämie zu erhöhen und ist 1571 unter Elisabeth (13th Eliz. c. 8) wieder abgeschafft und durch das Gesetz Heinrichs VIII. ersetzt worden.

Damit war das Zinsennehmen, solange die Zinsen 10 Proz. nicht überschritten, auch in England gestattet. Das Zinsmaximum ist dann 1624 durch das Gesetz 21. Jac. I c. 17 auf 8 Proz. und von Cromwell auf 6 Proz. herabgesetzt worden. Aber noch hat es keine Bank in England gegeben. Die Kaufleute pflegten, was sie an Barren und Münzen hatten, im Tower zu hinterlegen. Da kam 1625 Karl I. zur Regierung. Eine Folge des Bürgerkriegs, der aus Anlaß seiner gesetzwidrigen Steuererhebung ausgebrochen ist, war die weitere Zunahme seiner Geldverlegenheiten. Nach Scheitern verschiedener Anleiheversuche hat es Karl mit Münzverschlechterung versucht. Sie hat keine Abhilfe gebracht. Nun vergriff er sich an £ 130 000 in Barren, welche die Kaufleute der City im Tower hinterlegt hatten. Die City protestierte. Nach längeren Verhandlungen versprach Karl das Metall zurückzugeben, wenn die City ihm £ 40 000 gegen Verpfändung der Zölle leihen würde.

Diese Erfahrung hat den Anstoß zur Entstehung des Bankgeschäftes in England gegeben¹⁾. Die Kaufleute konnten nicht länger daran denken, ihr Geld im Tower zu

1) Tudor Econ. Docum. II 142. — Froude V 398.

2) Andréades, A., History of the Bank of England. London 1909, 19 ff.

hinterlegen. Sie verwahrten es nunmehr selbst unter Verwaltung durch ihre Angestellten. Im Bürgerkriege aber haben sich die Kassierer verschiedenen Armeen angeschlossen, die einen der königlichen, die anderen der des Parlamentes, und das Geld ihrer Herren mitgenommen, und selbst diejenigen, die dem Kriege fernblieben, haben die ihnen anvertrauten Gelder ausgeliehen an die Goldschmiede gegen einen Zins von 4 d per Tag, d. h. 108,34 % im Jahr. Darauf fanden es die Kaufleute rentabler, ihr Geld selbst den Goldschmieden zu leihen. Das wurde von den Großgrundbesitzern um so mehr nachgeahmt, als deren Besitztümer der Plünderung infolge des Bürgerkriegs besonders ausgesetzt waren. So gelangten die Goldschmiede in den Besitz beträchtlicher Mittel und übernahmen die Funktionen einer modernen Bank.

Sie übernahmen 1. den Geldwechsel, ein sehr gewinnbringendes Geschäft. Dabei gab der Umlauf vieler schlechter Münzen ihnen Gelegenheit, die guten Münzen auszusondern und auszuführen. Man hat sie auch beschuldigt, durch Kippen und Wippen die Münzen verschlechtern zu haben.

Sie benutzten 2. das bei ihnen deponierte Geld zum Diskontieren von Wechseln. Sie liehen es gegen hohen Zins aus, zahlten ihren Deponenten gleichfalls, wenn auch geringeren Zins, und gestatteten ihnen, ihre Einlagen jederzeit, ohne vorausgegangene Kündigung, wieder zurückzunehmen. Diese Vorteile hatten zur Folge, daß es allgemein gebräuchlich wurde, gemachte Ersparnisse bei den Goldschmieden zu hinterlegen. Diese stellten für das empfangene Geld Quittungen aus, die bald an Stelle der spärlich gewordenen Münzen wie Bargeld umliefen. Das ist die erste Form der Banknoten in England gewesen.

Die Goldschmiede sind bei diesem Geschäfte reich geworden; sechs wurden so reich, daß man ihnen alles Geld anvertraut haben würde. Sie sind zuerst Bankiers genannt worden. Der Reichtum der Goldschmiede hat Neid erweckt und dieser zu Angriffen gegen sie geführt. Man beschuldigte sie der Münzverschlechterung; ferner, statt

der gesetzlichen 6 Proz. 33 Proz. zu verlangen, ihren Deponenten ungenügende Sicherheit zu geben; manche wurden bankrott.

Das hat schon unter Cromwell zum Verlangen nach Errichtung einer Nationalbank geführt. Aber vorerst ist es noch nicht dazu gekommen. Dagegen sind unter Cromwell, wie schon erzählt, die Juden, die professionellen Geldverleiher, wieder nach England gekommen. Aber unter Cromwell waren sie nur erst geduldet. Viel weiter ging Karl II. Er hat ihre Niederlassung ausdrücklich autorisiert, und 1662 ist die alte Synagoge in London errichtet worden. Jakob II. hat die Juden sogar von der Zahlung der Fremdensteuer befreit. Aber auf Grund einer Petition der Londoner Kaufleute ist ihnen diese unter Wilhelm III. wieder auferlegt worden, und noch weiter ging der Konkurrenzneid im 18. Jahrhundert. Das Aufblühen der englischen Volkswirtschaft unter Walpole hatte viele Juden nach England gezogen, darunter auch einen venezianischen Juden, Disraeli, dessen Sohn im 19. Jahrhundert zweimal englischer Premierminister werden und als Graf Beaconsfield sterben sollte. Pelham hat 1753 den Versuch gemacht, diejenigen Juden, die sich in England niedergelassen hatten, zu naturalisieren, wenn sie um Naturalisation einkämen. Das Gesetz hatte die Zustimmung beider Häuser des Parlamentes und des Königs gefunden. Da protestierten die Kaufleute, die Naturalisation der Juden würde England mit Wucherern füllen; die Grundbesitzer fürchteten, alles Land würde in den Besitz der Juden übergehen, und andere machten geltend, den Juden die Niederlassung in England gestatten, würde die Prophezeiung außer Kraft setzen und eine der wesentlichen Grundlagen des christlichen Glaubens zerstören. Es entstand eine richtige antisemitische Hetze. Die Folge war, daß das Gesetz wieder abgeschafft werden mußte¹⁾. Doch blieben die Juden nach wie vor geduldet, was für die Kreditentwicklung bedeutungsvoll war. Aber

1) Lecky, History of England I 262—265.

für das volkswirtschaftliche Bedürfnis ist der Kredit, den die Juden gewährten, doch nicht ausreichend gewesen.

Cromwell hat, um seine Kriege zu führen, des öfteren bei den Goldschmieden Geld aufgenommen. Noch häufiger hat Karl II. dies getan, um seine extravaganten Ausgaben zu bestreiten. Es bestand ein zärtliches Verhältnis zwischen ihm und ihnen. Zuerst haben die Goldschmiede dem König zu 8 Proz. geliehen. Aber allmählich ist ihr Zinssatz auf 15 und 20 Proz. gestiegen. So wenigstens wird berichtet. Sie selbst haben ihren Deponenten 6 Proz. gezahlt. Die Goldschmiede hatten die Steuerpacht als Sicherheit für ihre dem Könige gemachten Vorschüsse.

Während des ersten Kriegs Karls II. mit Holland fand, als De Ruyter die Themse herauffuhr, der erste Sturm auf die Banken der Goldschmiede statt. Dann kam der zweite holländische Krieg. Karl II. schuldete den Londoner Goldschmieden £ 1300 000. Er befahl, ihnen nichts zu zahlen. Es wurde schon erzählt, daß dieser Staatsbankrott zum Bankrott von zehntausend Privaten geführt hat. Erst 1701 haben die Gläubiger ihr Geld zum Teil wiedererlangt.

Als Wilhelm III. 1688 den englischen Thron bestieg, hat er es mit der Aufgabe getan, Ludwigs XIV. Streben nach einer Universalmonarchie zu bekämpfen. Er sah ein, daß nichts anderes als eine Nationalbank imstande sein würde, die zur Kriegführung nötigen Anleihen aufzubringen. Cromwell hatte, wie gesagt, 1651 den Zinsfuß auf 5 Proz. herabgesetzt. Sir Josias Child ist im Interesse für Handel und Gewerbe für eine weitere Herabsetzung auf 4 Proz. eingetreten, während Sir William Petty und John Locke gegen jede Zinsschranke waren. Auch haben sich die Goldschmiede um keine Zinsschranke gekümmert, und die gemachten Erfahrungen hatten es klar gemacht, daß durch Strafgesetze ein niedriger Zinsfuß nicht zu erreichen war, wenn es an einem der Nachfrage entsprechenden Kapitalangebot fehlte. Ein solches Kapitalangebot und als Folge ein Sinken des Zinsfußes erwartete man von der Gründung einer Bank. Auch war der Zustand, in dem der Münzumlauf sich befand, skanda-

lös. Es waren noch Münzen aus der Zeit der Plantagenets im Umlauf und solche aus der Zeit der Münzverschlechterung unter Heinrich VIII. und Eduard VI., die der Neumünzung unter Elisabeth entgangen waren, und der Metallgehalt der seitdem geprägten Münzen war durch Kippen und Wippen so verschlechtert worden, daß ein Umlauf von Papiergeld besser erschien. Zu dieser Notwendigkeit einer Bank aus wirtschaftlichen Gründen kam die erwähnte politische Wilhelms III., eine Bank um der nötigen Anleihen willen ins Leben zu rufen.

Diese Bank hat William Paterson, ein Schotte, geb. 1658, ein rastlos unternehmender Geist, geschaffen. Er hat 1691 die Grundsätze entwickelt¹⁾, auf denen eine Bank beruhen sollte. Er ist Metallist und bekämpft die Vorstellung, daß der Stempel oder die Denomination den Wert des Geldes bestimmen oder vergrößern könne. Die Bank solle auf folgenden Grundsätzen beruhen:

1) Alles Geld und alle Kreditumlaufsmittel, deren innerer Wert ihrem Nennwert nicht entspricht, sind falsch und nachgemacht.

2) Da die kaufmännische Welt Gold und Silber zum Wertmesser gemacht hat, wird alles nur im Wertverhältnis zu diesen berechnet.

3) Aller Kredit, der nicht auf Gold und Silber beruht, ist untauglich und kann nicht bestehen, wenigstens nicht, solange die handeltreibende Welt keinen anderen Wertmaßstab gewählt hat.

Die auf Grund dieser Prinzipien begründete Bank ist 1694 ins Leben getreten. Sie ist die älteste Nationalbank in Europa, Nationalbank nicht, daß sie ein vom Staate betriebenes Bankgeschäft wäre; das ist sie nicht. Sie ist als private Aktiengesellschaft begründet, der als Entgelt dafür, daß sie der Regierung ihr ganzes Kapital vorschob, das Recht der Notenausgabe verliehen wurde, und die im Laufe ihrer Weiterentwicklung, trotzdem sie noch heute eine

1) Conferences on Public Debts by the Wednesdays Club in Friday Street. (By Mr. William Paterson.)

Aktiengesellschaft ist, zu einem tatsächlichen Bestandteil der staatlichen Verwaltung geworden ist.

Patersons Bankprojekt stieß, als es auftauchte, auf leidenschaftliche Gegnerschaft¹⁾. Die eine kam von den Goldschmieden und anderen Geldverleihern, die die Konkurrenz der Bank und davon ein Sinken des Zinsfußes befürchteten, sowie von denen, welche die Einlösbarkeit der Noten statt durch Edelmetall durch den vorhandenen Grundbesitz sichern wollten. Die andere war politischer Art. Die Tories, die die Rückkehr des Hauses Stuart wünschten, befürchteten eine Stärkung der Regierung Wilhelms III. vom Erfolg der Bank. Aber auch unter den Whigs fanden sich Gegner. Sie befürchteten von der Gründung einer Bank die Möglichkeit, daß der König, unabhängig vom Parlament, sich Geld verschaffe. Daher man in das Bankprivileg, als es verliehen wurde, eine Klausel aufnahm, die der Bank verbot, der Regierung ohne besondere parlamentarische Genehmigung Geld zu leihen, eine Bestimmung, die bis zu William Pitt in der Zeit seines Kriegs gegen die französische Revolution streng beobachtet worden ist.

Das Gesetz, das die Gründung der Bank von England entsprechend dem Vorschlage Patersons gestattete, hat am 25. April 1694 die königliche Unterschrift erhalten. Es ist nur angenommen worden, weil die Regierung das Geld, das sie zur Kriegführung gegen Ludwig XIV. brauchte, auf anderem Wege nicht erlangen konnte. Die Bank mußte nämlich der Regierung £ 1 200 000 gegen 8 Proz. Zinsen und £ 4 000 Verwaltungskosten, im ganzen gegen £ 100 000 jährlich, leihen. Dafür erhielt die Korporation die Privilegien einer Bank für die Dauer von 12 Jahren; nach Ablauf derselben sollte die Regierung das Recht haben, das Privileg nach vorausgegangener einjähriger Kündigung zu widerrufen. Die Bank sollte nicht das Recht haben, mehr als ihr Kapital, d. h. mehr als

1) J. E. T. Rogers, *First seven years of the Bank of England*, 1887.

sie der Regierung vorgeschossen, zu entleihen oder zu schulden; tat sie es doch, so sollten ihre Aktionäre dafür im Verhältnis zu ihren Anteilen persönlich haften. Der Korporation wurde verboten, mit irgendwelchen Waren Handel zu treiben; doch war es ihr erlaubt, mit Wechseln und Edelmetall zu handeln und solche Waren zu verkaufen, auf die sie Geld vorgeschossen hatte, wenn der Vorschuß nicht innerhalb dreier Monate nach dem vereinbarten Termine zurückgezahlt worden war. Am 27. Juni 1694 hat die Bank Korporationsrechte erhalten.

Die Aktien der Bank waren, als sie aufgelegt wurden, in kürzester Zeit gezeichnet. Am 25. Oktober 1694 standen sie 105 Proz. Doch wurde die Bank nach ihrer Gründung alsbald von zwei Gefahren bedroht.

Die eine kam von den Mißständen im Münzumlauf. Sie waren 1695 unerträglich geworden. In den drei Monaten Mai, Juni, Juli 1695 sind 572 Säcke Silbermünzen in das Schatzamt gebracht worden, ein jeder im Nominalwert von £ 100. Sie hätten 18451 Pfund wiegen sollen, wogen aber nur 9480, eine Differenz von nahezu 50 Proz. Bei aktiver Handelsbilanz im Warenaustausch mit Holland stand der Wechselkurs mit Amsterdam im August 1695 30 Proz. unter pari. Das hat Eindruck gemacht. Zunächst glaubte man, entsprechend dem Geiste der Zeit, durch Strafgesetze der Mißstände Herr werden zu können. Es wurde ein Gesetz, der 6th and 7th Will. and Mary c. 17, erlassen, daß jeder, der Abfälle von geklippten Münzen kaufe, verkaufe oder bewußt besitze, diese verlieren, einer Strafe von £ 500 verfallende und mit dem Buchstaben R auf der rechten Wange gebrandmarkt werden solle. Auch wurde jedermann, außer denen, die von Beruf Goldschmiede waren, verboten, Edelmetalle zu kaufen oder zu verkaufen, und Strafen wurden auf die Ausfuhr von Münzen gesetzt. Die Vorsteher der Kompanie der Goldschmiede erhielten das Recht, in das Haus eines jeden einzudringen, der im Verdacht stand, ungeprägtes Metall zu besitzen, und der Besitzer mußte beweisen, daß es nicht durch Einschmelzen von Klipperabfällen gewonnen sei. Denunzianten von Klip-

pern sollten eine Prämie von £ 40 erhalten. Ein Klipper, der zwei andere Klipper denunzierte, sollte für seine eigene Missetat Verzeihung erhalten. Ein Lehrling, der einen Meister erfolgreich denunzierte, sollte das Bürgerrecht der City erhalten. Es wird berichtet, daß wegen Klippens an einem Morgen sieben Männer gehängt und eine Frau verbrannt worden sind.

Die Ursache, daß es so weit gekommen, war, daß das Publikum mit den Klippern sympathisierte. Strafgesetze allein konnten die Münzmisère nicht beseitigen. Das einzige, was Abhilfe schaffen konnte, war, daß man die entwerteten Münzen einzog und neue prägte. Das ist durch den 7th Will. III c. 1. vom 21. Januar 1696, angeordnet worden. Es war schwierig, das Gesetz durchzusetzen. Es war nicht wie bei der Münzreform Elisabeths, die, wie wir gesehen haben, dieser einen Reingewinn von £ 14079 13 sh 9 d gebracht hat. Die Kosten der neuen Münzreform waren nach der Berechnung außerordentlich hoch, und es mußte zu ihrer Deckung eine Steuer auf Häuser und Fenster eingeführt werden. Um die Kosten zu mindern, befürwortete Lowndes¹⁾, der Sekretär des Schatzamts, die neuen Münzen unter Belassung der Namen der alten schlechter als diese auszuprägen. Das hat den Beifall vieler gefunden. Es gab schon damals Nominalisten, die glaubten, die Regierung vermöge den Münzen einen Wert zu verleihen, den diese nicht auf Grund ihres Edelmetallgehaltes besäßen. Aus einer Unze Silber sollten sieben statt fünf Schillinge ausgeprägt werden. Dem verdanken wir zwei Schriften²⁾ von John Locke, der dartat, daß

1) A Report (to the Lords of the Treasury) containing an Essay for the Amendement of Silver Coins. London 1695.

2) Locke hatte schon 1691 seine Schrift „Some Considerations of the Consequences of the Lowering of Interest and Raising the Value of Money in a Letter to a Member of Parliament“ veröffentlicht. Ihr folgten: Short Observations on a Printed Paper entitled „For encouraging the Coining Silver Money in England, and after for keeping it there“ und „Further Considerations concerning Raising the Value of Money wherein Mr.

keine menschliche Macht imstande sei, das Wertverhältnis der Münzen zu anderen Waren zu einem anderen zu machen, als ihrem Wertverhältnisse nach dem Edelmetall, das sie enthielten, entspreche. Das Unterhaus lehnte mit einer Mehrheit von 111 Stimmen die Herabsetzung des Edelmetallgehaltes der Münzen bei Beihaltung ihrer alten Benennung ab. Die Neuprägung der Münzen hat £ 2 702 164 gekostet, so viel wie damals die Jahreseinnahme des Staats in einem Friedensjahre betrug. Sie hat sich bis 1699 hingezogen, woraus, wie wir gleich hören werden, der Bank eine ernste Gefahr erwuchs.

Doch zuvor von der anderen Gefahr, die ihr von der Landbank drohte. Deren Befürworter¹⁾ hatten auch nach der Gründung der Bank von England auf ihre Gegnerschaft nicht verzichtet. Man argumentierte, niemand werde einen Goldschmied der Überemission beschuldigen, wenn er so viel Zahlungsverprechen in Umlauf setze, als dem Goldvorrat in seinem Keller entspreche; warum sollte für einen Morgen fruchtbaren Landes nicht das gleiche gelten, wie für einen Sack Gold oder Silber? Man übersah, daß eine Landbank, die den Wert des Grundbesitzes mobilisierte, als bald die Zahlung einstellen müßte, wenn sie ihre Noten in Metall einlösen müßte. Aber das Projekt fand den Beifall der der Bank von England als einer Gründung der Whigs feindlichen Tories und der den Kaufleuten unfreundlichen Grundbesitzer. Am 10. Februar 1696 beschloß das Unterhaus, daß £ 2 000 000 aufzubringen seien, und zwar durch eine Landbank, die sich die Summe auf dem Wege der Subskription verschaffen solle. Die Zinsen sollten durch eine Salzsteuer aufgebracht werden. Wilhelm III.,

Lowndes arguments for it in his late Report are particularly examined.“ London 1698.

1) Dies waren: Dr. Chamberlen, ein erfolgreicher Geburtshelfer; er schrieb *The Constitution of the Office of Land Credit declared in a Deed*; Robert Murray Gent., *A Proposal for a National Bank consisting of Land, or any other valuable Securities or Depositions*, London 1695, und John Briscoe.

dem zuzutrauen ist, daß er die Unhaltbarkeit der Theorie, auf der das Landbankprojekt beruhte, durchschaute, hat in der Notwendigkeit, das Geld zu nehmen, wo es sich bot, am 27. April 1696 auch diesem Gesetze zugestimmt. Aber außer den £ 5000, die er zeichnete, wurden nur £ 2100 Aktien der Landbank gezeichnet. Damit war das Landbankprojekt gefallen. Die Bank von England hat durch dasselbe insofern gelitten, als unmittelbar, nachdem es und mit ihm die Möglichkeit einer Konkurrenz auftauchte, ihre Aktien von 107 auf 83 Proz. zurückgingen.

Ernstlicher war die Gefahr, die der Bank daraus erwuchs, daß die Münzreform sich so lange hinzog. Die alten Münzen hörten am 4. Mai auf, gesetzliches Zahlungsmittel zu sein; es fehlte aber an neuen, um die alten zu ersetzen. Da organisierten die in ihren Darlehensgeschäften durch die Bank beeinträchtigten Goldschmiede einen Sturm auf die Bank. Sie hatten so viel Noten der Bank, als sie erlangen konnten, gesammelt und präsentierten sie der Bank am 6. Mai zur Einlösung in Münze. Da noch nicht genug neue Münzen geprägt waren, half sich die Bank, indem sie denjenigen, die ihren Noten mißtrauten, die Kerbhölzer der Steuerzahler (tallies), die sie von der Regierung zur Sicherung ihrer Darlehen erhalten hatte, an Zahlungsstatt anbot, und die Lords des Schatzamts verpflichteten sich, der Bank wöchentlich £ 60 000 in neu geprägter Münze zu zahlen, bis die Neuprägung vollendet sei. Am 11. Juni war der Zusammenbruch der Landbank evident, und die Regierung, die das von ihrer Gründung erwartete Geld nicht erhielt, sah sich genötigt, die Bank von England, d. h. das Unternehmen, das durch die Landbank hatte ruiniert werden sollen, um Hilfe anzugehen. Die Bank nahm Geld bei ihren Aktionären und bei der Amsterdamer Bank auf und schoß der Regierung £ 340 000 vor. Um dieselbe Zeit hat diese Schatzwechsel auf den Markt gebracht, um dem Mangel an Umlaufsmitteln abzuhelpen.

Es geht nicht an, in dieser Darstellung, die der Entwicklung der englischen Volkswirtschaft als Ganzes gewidmet ist, die der Bank mit gleicher Ausführlichkeit

weiterzuverfolgen. Das ist Sache der Bankgeschichte¹⁾. Hier kam es nur darauf an, die Entstehung dieser größten europäischen Notenbank und ihres eigentümlichen Verhältnisses zur Regierung vorzuführen. Letzteres ist, wie schon gesagt, von der Entstehung der Bank bis heute das eines tatsächlichen Zweigs der öffentlichen Verwaltung gewesen. Nur daß seit der Peelschen Bankakte von 1844 dem Mißbrauch dieser Verbindung von Aktiengesellschaft und Staat durch beide Teile eine auf Grund bitterer Erfahrungen notwendig gewordene Schranke gezogen worden ist. Ausgangspunkt der Verbindung ist das Geldbedürfnis des Staates gewesen; es hat die ganze weitere Entwicklung der Bank beherrscht. Dafür, daß die Bank bei ihrer Gründung dem Staate ihr ganzes Kapital lieh, hat sie von diesem das Recht erhalten, Bankgeschäfte mit auf Sicht einzulösenden Noten zu betreiben. Dieses Recht wurde immer nur für begrenzte Zeit verliehen; dann mußte das Privileg erneuert werden. Der Staat hat während des ganzen achtzehnten Jahrhunderts jede Erneuerung benutzt, um von der Bank als Gegengabe neue Vorschüsse zu erlangen. Um den Betrag derselben hat die Bank ihr Kapital vermehrt; in gleichem Betrage durfte sie weitere Noten ausgeben; und außerdem hat sie die Gelegenheit benutzt, Bestimmungen durchzusetzen, die sie im Interesse ihrer steten Zahlungsfähigkeit und ihres Gewinns für notwendig erachtete. Ein gefährliches Prinzip! Es bedeutete eine Basierung des Geldumlaufs auf die Staatsschulden. Wenn für jede Schuld, die die Regierung bei der Bank aufnahm, ein gleicher Betrag von Geld geschaffen wurde, war, wie Macleod²⁾ treffend gesagt hat, der Stein der Weisen gefunden. Das Mittel Geld zu schaffen war, bei der Bank Schulden zu machen.

Die Bank war 1696 von der Regierung augenscheinlich

1) Ich bin bei den folgenden Angaben der Darstellung von A. Andréadès, *History of the Bank of England*, London 1909, gefolgt.

2) Zitiert bei Andréadès 124.

schlecht behandelt worden. Die Regierung hatte das Gegenunternehmen der Landbank konzessioniert, und die Bank von England hatte ihr trotzdem noch mit einem Vorschuß von £ 340 000 zu Hilfe kommen müssen. Die Aktionäre verlangten Sicherheit gegen die Wiederholung solcher Mißhandlung. Als die Regierung abermals einen Vorschuß von £ 1 001 171 verlangte, wurde ein neues Gesetz (8 and 9 Will. III. c. 20) erlassen, wodurch die Bank als Gegengabe für dieses Darlehen ein Monopol erhielt; keine andere Korporation von der Natur einer Bank sollte durch Gesetz ins Leben gerufen werden können. Die Bank sollte das Recht haben, Noten im Betrag ihrer dem Staate gemachten Vorschüsse auszugeben. Alles Eigentum der Bank sollte steuerfrei sein. Das Fälschen von Banknoten wurde für ein Kapitalverbrechen erklärt.

Nunmehr hörten die Treulosigkeiten seitens der Regierung auf, und als 1707 die Jakobiten und die Privatbanken abermals einen Sturm auf die Bank organisierten, hat diese nicht nur bei den Whigistischen Großen, sondern auch bei der Regierung Unterstützung gefunden.

1709 hat die Bank der Regierung abermals Geld vorschießen müssen, wodurch ihr Kapital auf £ 6 377 370 gestiegen ist. Dafür erlangte die Bank eine Konzession, die sich, wie im folgenden Bande zu erzählen sein wird, als verhängnisvoll erweisen sollte: es wurde nämlich verboten, daß, solange die Bank von England bestehe, in England Banken mit mehr als sechs Teilhabern geduldet würden. Damit war die Gründung von Aktienbanken, die Noten ausgeben, ausgeschlossen. Dagegen war die Ausgabe von Noten in der Provinz durch je sechs Krämer, Metzger und andere kleine Gewerbetreibende gestattet.

Im letzten Jahre des spanischen Erbfolgekrieges, 1713, hat die Bank der Regierung abermals Vorschüsse gemacht, wofür ihr Bankprivileg bis 1743 erneuert worden ist. 1716 erhielt die Bank gelegentlich der Einlösung früherer Schulden und der Gewährung weiterer Vorschüsse zu fünf Prozent ihre Befreiung von den Wuchergesetzen. Von ihren Verwicklungen, als die Südseegesellschaft zur Be-

seitigung der Staatsschuld begründet wurde, wird später die Rede sein.

Unter dem Ministerium Walpole blieb der äußere Friede Englands ungestört. In dieser Zeit fand eine wichtige Neuerung in der Organisation der Bank statt. Bis 1722 hatte die Bank keinen Reservefonds. Ihr Gewinn war regelmäßig unter ihre Aktionäre verteilt worden. Daher die Dividende großen Schwankungen unterworfen war. Sie schwankte zwischen $18\frac{1}{4}$ Proz. im Jahre 1716 und 6 Proz. 1722. Dringende Bedürfnisse waren durch Umlagen auf die Aktionäre gedeckt worden. In dem Maße, in dem die Geschäfte der Bank zunahmen, hat dieser Zustand Schwierigkeiten bereitet, die zur Schaffung eines Reservefonds geführt haben.

Als 1742 das Bankprivileg erneuert werden mußte, hat die Bank der Regierung £ 1 600 000 zinslos vorschießen müssen; sie sind durch die Aktionäre aufgebracht worden. Damit stieg das Bankkapital, das die Bank der Regierung vorgeschossen hatte, auf £ 9 800 000. Dafür wurde ihr Monopol aufs neue bestätigt. Es ist bezeichnend für die Erkenntnis der Bedeutung der engen Verbindung der Bank mit der Staatsregierung bei deren Gegnern, daß, so oft diese etwas gegen die Regierung unternahmen, sie gleichzeitig einen Sturm auf die Bank in Szene gesetzt haben. Daher die Bankaktien fallen, sobald von einer Verschwörung der Jakobiten gegen die hannöversche Dynastie die Rede ist, worauf dann die Banknoten massenhaft zur Einlösung präsentiert werden. So 1745 nach der Landung des Prätendenten im Schottischen Hochland. Die Bank hat den Ansturm überstanden, teils indem sie ihre Noten durch Zahlung in Sixpencestücken einlöste, womit eine Verzögerung verbunden war, teils und hauptsächlich durch die Unterstützung, die sie bei der Londoner Geschäftswelt fand. Ein Manifest, von 1140 Kaufleuten und Kapitalisten unterzeichnet, erklärte, daß sie im Interesse der Aufrechterhaltung des öffentlichen Kredits bereit seien, die Zahlung jeden Betrags in Noten der Bank anzunehmen.

1751 geschah ein Schritt weiter in der Verbindung

von Bank und Staat; die Bank übernahm die Verwaltung der permanenten Staatsschuld.

Gelegentlich der Erneuerung des Bankprivilegs im Jahre 1764 mußte sich die Bank dazu verstehen, dem Staate abermals £ 1 100 000 zu geben und der Regierung eine Million gegen Schatzwechsel zu 3 Proz. für 2 Jahre vorzuschießen. 1773 wurde die Fälschung von Banknoten abermals mit Todesstrafe bedroht. 1774 wurde wiederum eine Wiederherstellung des Münzwesens nötig; die Münzen hatten im Laufe des 18. Jahrhunderts 9 Proz. ihres Metallgehalts verloren.

Dann folgte auf den Pariser Frieden von 1783 ein großer wirtschaftlicher Aufschwung. Wie immer, so hat er auch diesmal eine Überspekulation und diese eine Krise zur Folge gehabt. Die Bank schränkte ihre Notenausgabe ein, um der Gefahr, die Einlösung ihrer Noten einstellen zu müssen, zu entgehen. Auch lehnte sie die Zumutung der Regierung, ihr weitere Vorschüsse zu machen, ab. Erst im Oktober, nachdem die Krise nachgelassen, hat sie ihr wieder eine beträchtliche Summe geliehen. Das Kapital, das die Bank dem Staate bis zum Regierungsantritte des jüngeren Pitt vorgeschossen hatte, betrug nunmehr über zwölf Millionen Pfund Sterling.

Dies zur Übersicht über die Entwicklung des Kreditinstituts, das die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte Englands, von der ich in den folgenden Kapiteln zu sprechen habe, so wesentlich gefördert hat, bis zur Zeit, da auch ihm der Ausbruch der französischen Revolution eine sein Dasein bedrohende Krise gebracht hat. Davon wird im dritten Bande die Rede sein.

33. Kapitel.

Die Begründung des englischen Kolonialreiches und die englischen Handelskriege.

Mit dem 18. Jahrhundert beginnt eine Zeit, in der die Kolonien eine die Wirtschaftspolitik und damit die äußere Politik Englands beherrschende Rolle zu spielen anfangen¹⁾. Im vorstehenden sind sie nur gelegentlich erwähnt worden. Da sie auf den Gang der englischen Wirtschaftsentwicklung im 16. und 17. Jahrhundert noch keinen Einfluß hatten, hätte ein Verweilen bei ihren Anfängen die Darlegung der Entwicklung der übrigen Wirtschaftszweige gestört. Jetzt gilt es, nachträglich das Notwendigste über ihre Entstehung nachzuholen.

Der Golddurst, der die Spanier und Portugiesen nach Amerika und Asien getrieben hat, ist auch die Triebfeder der englischen Entdeckungsfahrten gewesen. Doch waren es nicht Engländer, welche die englische Flagge zuerst in bisher unbekannten Ländern gehißt haben. Vier Jahre nach der Entdeckung Amerikas, 1496, hat Heinrich VII. dem venezianischen Bürger Johann Caboto und seinen Söhnen Ludwig, Sebastian und Santo und deren Erben das Recht

1) Siehe Hugh Edward Egerton, *A short history of British colonial policy*. London 1897. — Dr. Alfred Zimmermann, *Die Kolonialpolitik Großbritanniens*, Berlin 1898. — Beckles Wilson, *The Great Company, 1667—1871*. London 1900, 2 vols. — Gerald Berkeley Hurst, *The old Colonial System*, Manchester 1905. — J. A. Doyle, *The middle Colonies*, London 1907. — Derselbe, *The Colonies under the house of Hanover*, London 1907.

verliehen, unter englischer Flagge Entdeckungsfahrten zu machen und die der Christenheit bisher noch unbekannten neu entdeckten Länder im Namen Englands in Besitz zu nehmen. Er hat sie im voraus mit der Herrschaft darüber belehnt¹⁾. Caboto und seine Söhne haben das amerikanische Festland vor Columbus betreten. Aber die Engländer haben noch keinen Versuch gemacht, sich dort dauernd niederzulassen. Als einziger Gewinn der Entdeckung Neufundlands wird gerühmt, daß die dortigen Fischereien mächtig zur Hebung der englischen Schifffahrt beigetragen hätten. Es wurden die Worte Sir Walter Raleighs zitiert²⁾, daß der Verlust Neufundlands der größte Schlag sein würde, der jemals England erteilt worden sei.

Doch hat der Gedanke, daß die Engländer berufen seien, in der nördlichen Hemisphäre eine ähnliche Rolle zu spielen wie die Bewohner der pyrenäischen Halbinsel in der südlichen, die englische Handelswelt nach Cabotos Fahrt weiter beschäftigt. Das zeigt eine Eingabe des Londoner Kaufmanns Robert Thorne³⁾, der lange in Sevilla gewesen, an Heinrich VIII. von 1527. Es wird darin empfohlen, sowohl auf dem Wege, den die Cabotos genommen, d. h. durch Entdeckung einer nordwestlichen Durchfahrt, als auch durch die einer nordöstlichen, eventuell über den Nordpol, nach Indien zu gelangen. Es ist oben⁴⁾ erzählt worden, daß Sebastian Caboto, der 1496 die Fahrt seines Vaters nach Neufundland mitgemacht hatte, 1555 von Maria einen Freibrief erhalten hat, eine Expedition zur Entdeckung einer nordöstlichen Durchfahrt auszurüsten und wie dies zur Privilegierung der Russischen Gesellschaft durch Iwan den Schrecklichen im Jahre 1555 geführt hat. Aber Marias Verheiratung mit Philipp II. mußte sie von einer ernstlichen Rivalität mit der spanischen, der damals größten Kolonialmacht abhalten. Auch

1) Tudor Econ. Docum. II 9.

2) Egerton 13.

3) Tudor Econ. Docum. II 19.

4) Siehe oben S. 179, 180.

das Auffinden einer nordwestlichen Durchfahrt hat die golddurstigen Gemüter weiter beschäftigt. Eine 1563 von Sir Humphrey Gilbert¹⁾ geschriebene Broschüre soll zu den Expeditionen Martin Frobishers von 1576, 1577 und 1578, durch Umschiffung der Nordküste Amerikas eine Durchfahrt nach Indien zu finden, den Anstoß gegeben haben. Sie haben ihn an die Küste Labradors gebracht. Die irrige Nachricht, daß dort Gold zu finden sei, hat viele Abenteurer zu den Eisbergen der Baffinsbai gelockt, so den vortrefflichen Sir Humphrey Gilbert selbst, der 1583 das von Heinrich VII. dem Sebastian Caboto verliehene Neufundland in Besitz nahm. Auch sein Halbbruder, Sir Walter Raleigh, war vom Golddurst geleitet, als er 1584 ein Land entdeckte, wo nach seiner Einbildung „die Menschen wie im goldenen Zeitalter lebten“; er hat ihm zu Ehren Elisabeths den Namen Virginia erteilt. Gold hat man dort allerdings nicht gefunden, aber die Einführung des Uppowoc, wie die Eingeborenen das von den Spaniern Tabak genannte Kraut nannten, und der Kartoffel in Europa datiert von Raleighs Entdeckung²⁾. Erst nachdem man sich von dem Wahne, Gold zu finden, frei gemacht hatte, erhielten die englischen Kolonien in Nordamerika eine Grundlage, auf der sie sich entwickeln konnten. Das datiert von der Ansiedlung von 150 Engländern, darunter 48 Gentlemen und nur 12 Ackerbauern unter Führung von John Smith 1606 zu Beginn der Regierung Jakobs I. Sie verdankten ihren Erfolg der Überzeugung, daß lediglich Arbeit das Geheimnis sei, um die neue Welt zu erobern. Nach 15 Jahren belief sich die Kolonie auf 5000 Seelen. Dann hat man dürftige Personen, welche der Heimat zur Last fielen, dahin abgeschoben. Unter Jakob I. wurde Virginia sogar Strafkolonie. Die Einwanderer waren teilweise der Abschaum

1) A Discourse to prove a passage by the North-West to Cataya and the East-Indies. Siehe Egerton S. 16.

2) Siehe die Briefe der ersten englischen Ansiedler in Virginia aus den Jahren 1585—87 in Tudor Econ. Docum. II 70—75.

des Mutterlandes, aber die größere Anzahl waren politische Verbrecher. Dieses Virginien und die nördlichen englischen Ansiedlungen sind es, aus denen die Vereinigten Staaten hervorgehen sollten. Die letzteren haben bekanntlich ihren Ursprung in einem besseren Element, in jenen Puritanern, die 1630, um den religiösen Verfolgungen unter Karl I. zu entgehen, zuerst nach Holland geflüchtet waren, und, nachdem sie dort 12 Jahre gewohnt hatten, Europa verließen, um sich über dem Meer eine neue englische Heimat zu gründen.

Die Verfassungen, die das Mutterland ihnen, sowie der von dem katholischen Lord Baltimore gegründeten Kolonie Maryland gegeben hat, waren nicht ganz dieselben. Im allgemeinen überließ man den Kolonien, sich einzurichten, wie sie wollten, und verlangte nur, daß sie, soweit möglich, die englischen Gesetze beachteten. Das Recht Gesetze zu geben, behielt die Krone sich vor. Das war die Folge davon, daß der Engländer, der sich in einer englischen Ansiedlung niederläßt, nach Common Law im Besitze aller Rechte und Pflichten der Engländer bleibt. Daraus ergibt sich die für die verfassungsrechtliche Entwicklung der Kolonien bedeutsame Folge, daß das Parlament stets das Recht hatte, der Kolonie Gesetze zu geben. Die Exekution stand dem Gouverneur der Ansiedlung zu, der von einem Rate in England ernannt wurde. Seine Aufgabe war, die Londoner Regierung zur Geltung zu bringen.

Außer in Nordamerika hat England im 17. Jahrhundert in Westindien Kolonien erworben. Schon 1605 hatte ein englisches Schiff Barbadoes im Namen Jakobs I. in Besitz genommen. Aber erst 1625 ist eine englische Ansiedlung auf der damals ganz unbewohnten Insel erfolgt. Sie war die erste englische Kolonie, in der Zuckerrohr angepflanzt worden ist. Cromwell hat dann, wie schon bemerkt, die kriegsgefangenen Irländer nach der Eroberung Droghedas nicht töten lassen, sondern als Sklaven dahin verkauft und Vagabunden zu Hunderten dahin geschickt.

Von größerer Wichtigkeit ist, daß er in Ziffer 12 der

am 6. August 1650 dem Ständigen Ausschuß zur Regelung des Handels erteilten Instruktion diesem als Aufgabe gesetzt hat, anzugeben, wie die Produktion der englischen Kolonien in Amerika und anderwärts vermehrt werden könnten, „daß diese Kolonien allein die englische Republik mit allem, was sie notwendig brauche, zu versorgen vermöchten“. Er hat damit ein Ziel aufgestellt, dessen Verfolgung, wie wir sehen werden, zum Abfall der Vereinigten Staaten führen sollte. Dann hat er den Spaniern 1655 Jamaika genommen, teils, weil er in ihnen den Antichrist bekämpfte, teils, weil er hoffte, sich ihrer Schätze zu bemächtigen. Doch erst in der Folge hat sich Jamaika als wichtig für die Engländer erwiesen¹⁾; zunächst erschien es wertlos.

Cromwell hat zu kurz regiert, als daß er seine weit fliegenden wirtschaftlichen Ideen hätte verwirklichen können. 1653 hat er als Protektor unumschränkte Gewalt erhalten; im September 1658 ist er gestorben. Aber seine Gesetze sind nach der Restauration nur vorübergehend abgeschafft worden, und zur Verwirklichung seines Planes, England zu einem wirtschaftlich sich selbst genügenden Reiche zu machen, hat man unter Karl II. den unheilschwangeren Anfang gemacht. Das Navigationsgesetz Cromwells ist, wie erwähnt, nach der Rückkehr Karls II. aus einem Gesetz zur Hebung der englischen Seemacht in ein Gesetz zum Schutze der englischen Industrie umgewandelt worden.

Man war in London zwar damit einverstanden, wenn in den nordamerikanischen Kolonien Dinge erzeugt wurden, die England entweder gar nicht oder nicht in genügender Menge herstellte, wie Teer, Pech, Flachs, Seile, Maste, Holz und anderes zum Schiffbau Unentbehrliches, ferner Glas und Seifenasche, alles Dinge, die man bisher aus den Ostseeländern bezogen hatte. Das würde die Ausfuhr von Geld verhindern und die Kolonien zu Käufern englischer Ware machen. Aber man blieb dabei nicht stehen. Hatte man auch den Ausgewanderten das Leben in der

1) Egerton 65.

Heimat unerträglich gemacht, so hat man sie deshalb doch nicht ihrer Pflichten gegenüber dem Mutterland entbunden, und entsprechend dem herrschenden Kolonialsystem hat man den Ansiedlern verboten, was immer sie produzierten, nach anderen Ländern als nach England zu verkaufen. Ja noch mehr. Es wurde befohlen, alle für die Kolonien bestimmten, aus europäischen Ländern stammenden Waren zuerst in England zu landen. Waren, die von einer englischen Kolonie nach einer anderen gebracht wurden, sollten denselben Zoll zahlen, als wenn sie zuerst nach England gebracht worden seien. Den Kolonien wurde verboten, ihre eigenen Rohprodukte zu verarbeiten; das sollte dem Mutterlande vorbehalten sein; die kolonialen Rohprodukte sollten nach diesem verbracht werden, um da verarbeitet und nach den Kolonien zurückgebracht zu werden. Kein Wunder, daß die Staatsarchive voll Klagen sind, daß die Navigationsgesetze sich als undurchführbar gegenüber den Kolonien erwiesen. Ihre Umgehung durch Schmuggel war notorisch¹⁾. Auch die Vergewaltigung der Niederlande, als Karl II., um dem Schmuggel zu steuern, 1664 die holländische Kolonie, die Cromwell den Holländern am Hudson gelassen hatte, mitten im Frieden annektierte und aus Neu Amsterdam New York machte, konnte daran nichts ändern. Die vom Mutterlande eingesetzten Gouverneure haben sich im Kampfe dagegen nur abgenützt. Doch erst nur wenige²⁾

1) Hurst 57.

2) So schreibt 1666 Lord Willoughby, Gouverneur der Caraibischen Inseln (Egerton 76) über die Navigationsgesetze: „Free Trade is the life of all colonies, but such is the condition of the Caribbean Islands, that they have not clothes sufficient to hide their nakedness or food to fill their bellies. Whoever he be that advised His Majesty to restrain or tie up his colonies in point of trade is more a merchant than a good subject, and would have his Majesty's Island but nursed up to work for him and such men“, und 1776 schreibt Sir J. Atkins (Egerton p. 77): „Wheresoever you intent to plant a new colony, you must make their port a free port to all people to trade with them that will come“ „if customs of all sort were paid here, according to the rates in England, and their goods allowed to be

erkannten, daß der Freihandel mit allen Ländern das Lebensprinzip aller Kolonien ist. Ein im britischen Staatsarchiv vorhandenes Dokument aus dem Jahre 1726¹⁾ hat das für die Regierung des Mutterlandes maßgebende Prinzip folgendermaßen formuliert: „Alle vorteilhaften Unternehmungen oder Handelsgewinne einer Kolonie, welche den Interessen des Mutterlandes abträglich und damit unvereinbar sind, haben als ungesetzlich zu gelten und sind nicht zu verantworten, da sie dem Zweck, um dessentwillen Kolonien bestehen, widersprechen.“ Mit anderen Worten: Die Bewohner der Kolonien galten nicht als Selbstzweck, sondern als quasi Unfreie, die nur um ihrer Herren, d. h. des Mutterlandes wegen, da waren. Hätten die Neu-Englandstaaten nicht gegenüber Frankreich, dessen amerikanischer Kolonialbesitz damals größer als der Englands war, die militärische Hilfe des Mutterlandes benötigt, so wäre trotz ihrer Loyalität ihr Abfall von diesem schon weit früher erfolgt²⁾. Desgleichen hat die Anwendung der Navigationsgesetze auf das als Kolonie behandelte Irland dessen Volkswirtschaft in der schnödesten Weise benachteiligt und mächtig dazu beigetragen, Irland in chronischer Gärung gegen England zu erhalten³⁾.

Eine weitere Folge des Strebens nach wirtschaftlicher Autarkie war, daß es Nordamerika mit einem Fluche beladen hat, unter dessen Nachwirkungen die Vereinigten Staaten noch heute seufzen. Es hat zur Einführung der Negersklaverei in den Südstaaten der Nordamerikanischen Republik geführt⁴⁾. Es galt, in den Kolonien alle Waren zu erzeugen, die man in England nicht herstellen konnte. Wenn diese Tabak bauten oder Zucker, Indigo, Reis, Baumwolle und andere Produkte, die man bisher einge-

carried where they may make the best market, not making use of any but English ships.“

1) Egerton 72.

2) Hurst 68/9.

3) Siehe Cunningham und Mac Arthur, *Outlines of English Industrial History*, 123. — Hurst 56.

4) Hurst, 44 ff.

führt hatte, schwanden die Schrecken vor der passiven Handelsbilanz; außerdem hinderte man, daß die Kolonien durch Herstellung derselben Produkte, wie sie das Mutterland herstellte, aufhörten, Abnehmer von dessen Produkten zu sein. Um sie zu veranlassen, sich dem Anbau der gewünschten Produkte zu widmen, mußte man diesen aber rentabel machen und dazu hielt man die Sklaverei für erforderlich.

Es ist eigentümlich, wie vergeßlich imperialistische Geschichtsschreiber werden, wenn sie über Dinge zu berichten haben, die, sei es wegen eines Mißerfolges oder wegen eines anderen Grundes, wenig ehrenvoll sind. Der Leser wird sich der drakonischen Maßnahmen erinnern¹⁾, die der Protektor Somerset unter Eduard VI. gegen die arbeits-scheuen Bettler ergriffen hat; die rückfälligen arbeitsfähigen Bettler sollten zu Sklaven gemacht und ihnen der Buchstabe S in das Gesicht gebrannt werden. Sie waren ein großer Mißerfolg. Froude sucht Somerset ob desselben zu entschuldigen, indem er geltend macht, die Maßnahme sei daran gescheitert, daß dem englischen Volke der bloße Name Sklaverei schon verhaßt sei. Als ob nicht schon 1562²⁾ unter Elisabeth der Sklavenhandel begonnen hätte, die Königin den John Hawkins, der 1564 sich der Einwohner von Guinea unter Zerstörung ihrer Dörfer bemächtigt hat, zum Ritter gemacht und dieser als Helmzier einen gefesselten Neger gewählt hätte³⁾! Der Sklavenhandel ist von da ab in England populär geworden. Unter den Stuarts ist das Streben dahin gegangen, ihn weiter zu entwickeln; Lord Warwick hat 1618 zusammen mit anderen ein Privileg erhalten⁴⁾, von der Küste Guineas aus Sklavenhandel zu treiben. 1631 ist einer Gesellschaft zu gleichem Zweck ein Freibrief erteilt worden. Cromwell hat, wie er-

1) Siehe oben S. 135.

2) Siehe darüber W. R. Scott, Joint-Stock Companies II 3—9.

3) Lecky, History of England II 12.

4) Scott II 11.

zählt, sogar Iren und Schotten, die er besiegt hatte, nach den Kolonien als Sklaven verkauft. Unter der Restauration hat sich der Negerhandel zu den schmachvollsten Dimensionen gesteigert. Im Jahre 1663 hat die königliche Afrikanische Kompanie ihren Freibrief erhalten¹⁾; leitender Direktor war der Bruder des Königs, der Herzog von York; Aktionäre waren unter anderen die Königin, die Königin-Mutter, die Schwester des Königs, aber selbst der Philosoph der angeborenen Freiheit und Gleichheit der Menschen, John Locke²⁾. Ihre Hauptaufgabe war die Versorgung der Kolonien mit Negerklaven. Zu diesem Zwecke wurden Festungen und Niederlassungen längs der afrikanischen Küste gebaut. Die Kompanie verwendete ungefähr 40 Schiffe in einem Jahre. 1672 wurde ihr Freibrief erneuert³⁾. Er gab ihr das Monopol im Negerhandel von Tanger bis zum Kap der Guten Hoffnung. Jamaika war nächst Barbadoes der Hauptmarkt für Neger; auch Virginien war beträchtlich. Der feste Preis für Negerklaven war 15 £ bis Barbadoes, 16 £ bis zu den Leeward-Inseln, 17 £ bis Jamaika, 22 £ bis Virginien⁴⁾.

Aber den Freibrief, den die königliche Afrikanische Gesellschaft unter den Stuarts erhalten hatte, war ohne Bestätigung seitens des Parlamentes verliehen worden. Man hielt, wie Adam Smith bemerkt⁵⁾, damals eine Bestätigung nicht für nötig. Nach der Vertreibung der Stuarts machte das Fehlen eines rechtsgültigen Monopols sich fühlbar. 1698 wurde der Negerhandel allen britischen Untertanen erlaubt, und zwar waren die Neger die einzige Ware, von der kein Zoll erhoben wurde. Das Parlament der „glorreichen Revolution“ suchte zum Negerhandel zu ermuntern. Man hat berechnet, daß in den 20 Jahren zwischen 1680 und 1700 ungefähr 300 000 Neger durch Engländer aus Afrika fortgeführt worden sind⁶⁾.

1) Scott II 17.

2) Egerton 111.

3) Scott II 25 ff.

4) Egerton 110.

5) Wealth of Nations V ch. 1.

6) Lecky, History of England II 12.

Aber noch war die Zeit des größten englischen Negerhandels nicht gekommen. Es haben sich gegen ihn allerdings schon damals Stimmen erhoben; aber sie haben keinen Eindruck gemacht. Der Negerhandel hat vielmehr seit 1713 seinen Höhepunkt erreicht. Bei Beendigung des spanischen Erfolgkriegs hat England im Pacto del Assiento di Negros das Monopol der Negereinfuhr in die spanischen Kolonien erlangt. Dreiunddreißig Jahre lang sollte es jährlich 4800 Negersklaven in die spanischen Kolonien einführen dürfen. Dieses Monopol sollte in der politischen wie in der Wirtschaftsgeschichte Englands im 18. Jahrhundert eine vielfache Rolle spielen. Seine Ausübung wurde, wovon noch die Rede sein wird, der Südseegesellschaft übertragen und war das Hauptgeschäft, das ihr außer dem unerlaubten Schmuggel etwas eingebracht hat. Man sah in dem Negerhandel eine Hauptquelle englischen Reichtums. Kein geringerer Staatsmann als der ältere Pitt hat in seiner Förderung eine seiner Hauptaufgaben gesehen¹⁾. Außer nach den spanischen Besitzungen ging der Negerhandel nach den englischen Kolonien. Einige wenige Daten mögen den Umfang zeigen, den er annahm.

Von Weihnachten 1752 bis Weihnachten 1762 wurden nicht weniger als 17115 Neger in Jamaika eingeführt²⁾. In einer Depesche vom Ende des Jahres 1762 berichtet Admiral Rodney, daß in wenig mehr als drei Jahren 40000 Neger in Guadeloupe eingeführt worden seien. In einer Debatte im englischen Parlamente im Jahre 1750 über die Methode, den Negerhandel gewinnbringender zu gestalten, wurde dargetan, daß um diese Zeit jährlich 46000 Neger allein nach den englischen Kolonien verkauft würden. Ein Brief des Generals O'Hara, des Gouverneurs von Senegambien, aus dem Jahre 1766 schätzt die Zahl der während der vorausgegangenen 50 Jahre aus Afrika jährlich verschifften Neger auf 70000; und Bancroft, der berühmte Verfasser der Geschichte der Ver-

1) Lecky, History of England I 504.

2) Ebenda II 13.

einigten Staaten, der die vorhandenen Materialien sorgfältig untersucht hat, erklärt, daß in den 100 Jahren, welche dem Verbote des Sklavenhandels durch den amerikanischen Kongreß im Jahre 1776 vorausgingen, die Zahl der allein durch englische Schiffe nach den spanischen, französischen und englischen Kolonien eingeführten Neger nach der niedrigsten Schätzung kaum weniger als auf 3 Millionen beziffert werden muß¹⁾. Dazu muß noch eine Viertel Million hinzugerechnet werden, die auf der Überfahrt starben und deren Leichen ins Meer versenkt wurden²⁾.

Diese Ziffern sind furchtbar. „Keine menschliche Phantasie“, schreibt Lecky³⁾, „vermag sich vorzustellen und keine Feder ausreichend zu schildern, welche Summe von Elend sie bedeuten. Herbeigeholt aus den entferntesten Teilen Afrikas, ohne gemeinsame Sprache, in der sie sich untereinander verständigen konnten, durch keinerlei Band verbunden außer durch gemeinsames Unglück, losgerissen aus allen alten Verbindungen und von all dem, was sie liebten, und in vielen Fällen aus einem Leben ungebundener Freiheit in hoffnungsloseste, entwürdigendste und erdrückendste Sklaverei versetzt, wurden diese unglückseligen Gefangenen über die Wasserwüste geschleppt, in Schiffen, die so überfüllt und so gesundheitsgefährlich waren, daß selbst unter den günstigsten Verhältnissen 12 Proz. den Schrecken der Überfahrt erlagen. Sie hatten keinerlei Kenntnis, keinerlei Rechte, keinerlei Schutz gegen die Launen einer unverantwortlichen Gewalt. Das außerordentliche Mißverhältnis der Geschlechter erzeugte die viehischsten Laster. Die Verschiedenheit der Farbe und der Religion ließ ihre Herren auf sie als bloße Lasttiere blicken, und das Angebot von Sklaven war so reichlich, daß es dem Eigennutz kein Interesse bot, sie gut zu behandeln. Oft erschien es sogar mehr im Interesse des Herrn, sie rasch zu Tode zu arbeiten und dann seinen Vorrat zu erneuern.

1) Bancroft, History of the United States. III 411, 412.

2) Benezet, Caution to Great Britain 1767, 6.

3) Lecky, Hist. of England II 13, 14.

Ganz Afrika war durch Stammeskriege in Aufruhr und überflutet von Banden einheimischer Negerhändler, welche ihre Opfer den englischen Händlern zutrieben, gleich einer boshaften Vorsehung, die sich über weite Regionen erstreckte, in denen das Gesicht eines Weißen niemals erblickt worden war.“

Dieser unter Elisabeth schon beginnende Sklavenhandel war allerdings ebensowenig wie die unter ihr beginnenden Plünderungsfahrten der Engländer und die Kriege, die sie zur Folge hatten, mit den christlichen Grundsätzen, die man zur Schau trug, vereinbar. Aber das hat die Engländer jener Tage ebensowenig wie die Spanier gestört, als sie zuerst Indianer und dann Neger zu Sklaven machten. Genau so wie die Spanier die Gewissensbedenken, welche die Königin Isabella darob empfand, damit beschwichtigten, daß die Indianer und Neger dafür, daß man sie zu Sklaven machte, das Himmelreich ernteten¹⁾, war es ein gewöhnliches Argument der Engländer, daß den Negern durch den Sklavenhandel das Evangelium zugänglich gemacht werde. Als die Salzburger, die ihres protestantischen Glaubens wegen nach Amerika ausgewandert waren, ob des Sklavenhandels Bedenken empfanden, sind sie durch eine Botschaft aus Deutschland beruhigt worden²⁾: „Wenn Ihr Sklaven macht in der Absicht, sie zu Christus zu führen, so ist dies keine Sünde, sondern mag sich als Segen erweisen.“ Schon Elisabeth hat es trefflich verstanden, da, wo es ihr paßte, ihre politischen und kommerziellen Ziele mit religiösen Gesichtspunkten zu verbrämen. Wo es ihr nicht paßte, wurden die religiösen Gesichtspunkte hinter die kommerziellen zurückgesetzt. Das tritt besonders in ihrem Verhalten gegen Holland hervor. Noch mehr freilich in dem Cromwells. Solange man Holland gegen Spanien und gegen

1) Siehe G. F. Knapp, Der Ursprung der Sklaverei in den Kolonien. In seiner „Einführung in einige Hauptgebiete der Nationalökonomie“, München 1925, 62.

2) Hildreth, History of the United States II 417—419, zitiert bei Lecky, Hist. of England II 248.

Frankreich brauchte, war es der religiöse Gesinnungsgenosse und Freund; wenn die Gefahr vorüber war, war es nurmehr der wirtschaftliche Konkurrent und der Rivale um die Seemacht. Ich habe erzählt, wie Karl II. den damals im Frieden mit England befindlichen Holländern die Kolonie Neu-Niederland, die Cromwell ihnen 1654 durch Vertrag zuerkannt hatte, weggenommen hat, weil sie, inmitten der der Navigationsakte widerstrebenden Neu-Englandstaaten gelegen, die Unterdrückung des Schmuggels unmöglich machte, und wie die enge Verbindung der beiden Länder unter Wilhelm III. für Holland noch verhängnisvoller geworden ist. England aber hat sie jene Seemacht gebracht, ohne welche die Behauptung seines überseeischen Kolonialbesitzes nicht möglich gewesen wäre. Das Fehlen einer solchen Seemacht ist der Grund gewesen, warum Frankreich, dessen Kolonialbesitz im 18. Jahrhundert dem englischen wenig nachstand, im Ringen um die Vormacht England unterlegen ist.

Doch nicht immer haben die eigenen Kolonien dem Bedürfnisse eines Landes, seinen Produkten vorteilhaften Absatz zu sichern, genügt. Daher man auch den Abschluß einseitig günstiger Handelsverträge erstrebt hat, um den heimischen Produkten den Zugang zum Markte fremder Länder und zu dem seiner Kolonien zu öffnen; und wenn dies verweigert wurde, führte man Krieg und suchte sein Zwangsabsatzgebiet durch Aneignung der Kolonien des Gegners zu erweitern.

Die zweite große Allianz gegen Ludwig XIV., die Wilhelm III. beim Aussterben der männlichen Linie des Hauses Habsburg in Spanien noch kurz vor seinem Tode zustande brachte, war nicht auf Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes gerichtet gewesen, sondern die Vereinigung der spanischen und französischen Kolonien unter einem Herrscher von ganz anderer Energie als der der letzten spanischen Habsburger würde auch den Handel Englands mit nahezu ganz Amerika bedroht haben. Um Portugal zum Beitritt zur großen Allianz zu gewinnen, wurde 1703 unter der Nachfolgerin Wilhelms III., der Königin Anna,

ein Handelsvertrag mit Portugal abgeschlossen, der zu besonderer Berühmtheit gelangt ist.

Vor 1700 waren englische Tuche zu einem vernünftigen Zoll in Portugal zugelassen worden. Aber zur Zeit, als die große Allianz abgeschlossen wurde, war ihre Einfuhr in Portugal verboten. Nun wurde 1703 der Beitritt Portugals zur Allianz gegen Frankreich durch einen Vertrag erkaufte, in dem den englischen Tuchen allerdings die Einfuhr in Portugal zu den früheren Zöllen wieder zugestanden wurde, aber nur unter der Bedingung, daß die portugiesischen Weine in England einen um ein Drittel geringeren Eingangszoll als die französischen zahlen sollten. Bei der antifranzösischen Stimmung zur Zeit des Abschlusses des Vertrages ist er als einer der glänzendsten Triumphe britischer Staatskunst und Methuen, der ihn abschloß, als einer der größten Staatsmänner gepriesen worden. In Wirklichkeit waren die Vorteile des Vertrags weit mehr auf Seite der Portugiesen als der Engländer. Die den Engländern gewährten billigen Zollsätze wurden von den Portugiesen alsbald auch Frankreich, Sachsen und anderen Ländern gewährt; wohl aber hatte der Vertrag die Wirkung, daß die portugiesischen Weine die französischen in England verdrängten, und wenn auch englische Waren im Austausch gegen Portwein nach Portugal gingen, so gingen dafür umso weniger im Austausch gegen französische Weine nach Frankreich. Der Markt, den die englischen Tuche in Frankreich gefunden hätten, war aber ohne Vergleich größer als alle Vorteile, die England aus dem Handel mit dem armen Portugal erwachsen konnten. Doch gemäß den merkantilistischen Anschauungen der Zeit bemaß man die Vorteile, die einem Lande aus dem Handel mit einem anderen erwachsen, nur nach der Menge von Edelmetallen, die für die ausgeführten Waren ins Land kamen, und wenn auch Wein, Öl, und andere portugiesische Waren für englische Tuche eingeführt wurden, so bestand doch der größere Teil dessen, was Portugal für sie bezahlte, in Gold und Silber. Daher die Begeisterung für Methuen. The

British Merchant¹⁾, ein Werk, das in damaliger Zeit großes Ansehen genoß, schrieb, daß ihm in jeder größeren Stadt des Reiches eine Statue errichtet werden müßte; in Wirklichkeit ist England durch den Methuen-Vertrag wirtschaftlich geschädigt worden, wie dies David Hume²⁾ und Adam Smith³⁾ dargetan haben. Die Hauptgegenleistung Portugals für die Begünstigung seiner Weine auf dem britischen Markte ist sein Beitritt zur großen Allianz gewesen, welche die dritte Handelssperre Englands, die zweite europäische, gegen Frankreich gebracht hat.

Aber mit der Thronbesteigung Annas sind die der Versöhnung mit Frankreich und zur Wiederaufnahme des freien Handelsverkehrs mit ihm neigenden Tories wieder ins Ministerium gelangt, und ihre Intriguen haben 1713 zum Sturze Marlboroughs und, unter Preisgabe des Kaisers zum Abschluß des Friedens von Utrecht zwischen Frankreich, England und Holland geführt. Gegen die Gefahr für das europäische Gleichgewicht wurde nur bestimmt, daß die beiden Kronen von Frankreich und Spanien nie auf einem Haupte vereinigt werden dürften und daß Philipp V. für immer auf alle Erbfolge in Frankreich verzichten mußte. Ich habe schon gesagt, daß der Friede den Holländern, deren Statthalter Wilhelm III. bei Ausbruch des spanischen Erbfolgekrieges gewesen ist, nur Kompensationen in Land, den Engländern dagegen von Frankreich Neufundland, Akadien, die Hudsonbai, von Spanien Gibraltar und Port Mahon auf Minorka gebracht hat. Vor dem Kriege ist England eine der Seemächte gewesen; nach ihm ist es die Seemacht.

Aber so allgemein die Zustimmung, welche die Beendigung des Krieges seitens des kriegsmüden Volkes fand, war, so lebhaft war die Verwerfung des Handelsvertrages, den Bolingbroke unmittelbar nach dem Friedens-

1) The British Merchant or Commerce perserved. By Mr. Charles King, London 1721.

2) David Hume, Essays and treatises on several subjects, zuerst Edinburgh 1752. Essay V on the balance of trade.

3) Wealth of Nations IV ch. 6.

vertrage mit Frankreich abgeschlossen hat¹⁾. Er hat, indem er für beide Kontrahenten die Meistbegünstigung und die Beseitigung aller seit 1664 in England wie in Frankreich gegen Waren des anderen Landes erlassenen Einfuhrverbote vorsah, die Politik der Tories, durch freien Handelsverkehr zwischen beiden Ländern deren dauernde Freundschaft zu sichern, zum Ausdruck gebracht. Aber gerade dagegen erhob sich eine maßlose Agitation der Whigs. Eines ihrer Hauptargumente war, daß die Frankreich versprochene Meistbegünstigung mit dem Methuen-Vertrag in Widerspruch stehe und als Folge England aller Vorteile, die ihm dieser im Handel mit Portugal gewähre, verlustig gehe. Die öffentliche Meinung stand noch ganz unter dem Bann der Lehre von dem Ruine, den eine passive Handelsbilanz einem Lande notwendig bringe. Man rechnete aus, daß England, wenn der vorgeschlagene Handelsvertrag angenommen werde, eine passive Handelsbilanz im Betrage von £ 1 400 000 haben, während Frankreich vermöge seiner niedrigen Löhne die erfolgreichsten englischen Industrien unterbieten würde. Der Vertrag würde die britische Nation mehr schädigen, als wenn ganz London abbrennen würde. Eine wilde Panik, schreibt Lecky²⁾, ergriff die gewerbetreibenden Klassen und wurde von den Whigs eifrig geschürt. Die Bank von England und die Türkische Kompanie warfen bei dem Kampfe ihr ganzes Gewicht in die Wagschale. Der Vertrag wurde vom Unterhause mit 194 gegen 185 Stimmen abgelehnt. Heute gilt die Maßnahme, die das Toryministerium damals am meisten geschädigt hat, nahezu unwidersprochen als seine ruhmreichste Tat; vielleicht, daß die in Bolingbrokes Handelsvertrag für beide Kontrahenten vorgesehene Meistbegünstigung die kommerzielle und politische Annäherung Frankreichs und Englands wieder herbeigeführt hätte. Die durch den Kampf gegen den Handelsvertrag gestärkten Whigs sind bald darauf, 1714, mit der Thronbesteigung Georgs I. für die Dauer

1) Lecky, History of England I 141 ff.

1) Lecky a. a. O. 144.

von zwei Regierungen zur Herrschaft gelangt und haben in Verfolgung ihrer merkantilistischen Politik des weiteren die blutigsten und kostspieligsten Kriege geführt. Der Methuen-Vertrag ist erst 1831 beseitigt worden. So lange also haben die merkantilistischen Irrtümer ihn am Leben erhalten.

Während die englischen Heere gegen die Vereinigung der französischen und spanischen Krone auf einem Haupte kämpften, ist die endliche Vereinigung Englands mit Schottland erfolgt. Unter Cromwell hatte sie schon einmal stattgefunden; die Restauration hatte sie zerstört; die Revolution hat sie wieder herzustellen gesucht. Das ist an religiösen und kommerziellen Eifersüchteleien gescheitert. Erst das Jahr 1707 hat die Vereinigung unter dem Namen Großbritannien gebracht. Schottland hat damit aufgehört, von England handelspolitisch als Ausland behandelt zu werden, was für den wirtschaftlichen Aufschwung der beiden Länder von größtem Segen gewesen ist.

Im Gegensatz zu dem mit Frankreich beabsichtigten Handelsvertrag hat der gleichzeitig mit Spanien abgeschlossene Pacto del Assiento, der England zum großen Sklavenhändler der Welt gemacht hat, damals allgemeinen Beifall gefunden. Das Monopol der Negereinfuhr in die spanischen Kolonien, das England damit erhielt, wurde der 1711 gegründeten Südsee-Gesellschaft übertragen. Sie war zum Zweck der Tilgung der englischen Staatsschuld gegründet worden. Fünfzehn Jahre von neunzehn war England von 1693—1711 im Kriege gewesen, und die Kriege hatten sehr viel gekostet. Der Staat war mit seinen Zahlungen für Heer und Flotte im Rückstand, und noch war der Friede von Utrecht nicht abgeschlossen. Der Krieg mußte noch fortgesetzt werden. Die Schwierigkeit war, das dazu nötige Geld zu beschaffen. Das Volk war an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Von der Bank, einer Schöpfung der Whigs, war kein Geld zu erwarten; die Jakobiten sahen in ihrem Ruine das wirksamste Mittel, ihre Pläne zu fördern. Auch die Ostindische Gesellschaft weigerte sich, dem Staat weitere

Gelder zu leihen. Da kam der Premierminister Harley, der spätere Graf Oxford, auf den Gedanken, eine Aktiengesellschaft ins Leben zu rufen, die Südseegesellschaft, der man alle Zugeständnisse verkaufen wollte, die man von Spanien im kommenden Frieden zugunsten des britischen Handels erwartete. Dafür sollte die Gesellschaft die Staatsschuld ablösen, indem sie den Staatsgläubigern ihre eigenen Aktien für ihre Forderungen gab. Die Staatsschuld betrug £ 9471 325. Der Staat sollte sie ihr mit 6 Proz. verzinsen und ab 1716 tilgen.

Das hieß das Fell des Bären verkaufen, bevor er erlegt war. Aber man ließ das Fell als besonders kostbar erscheinen. Das englische Publikum hat von jeher phantastische Vorstellungen von den Reichtümern gehabt, die in den spanischen Kolonien zu holen seien. Graf Oxford hat diese noch durch das Gerücht zu steigern gesucht, das er ausstreuen ließ, daß Spanien den Engländern vier Häfen an den Küsten von Peru und Chile zur Sicherung ihres dortigen Handels abtreten werde. Darauf haben sich nicht nur Kapitalisten gefunden, die auf seine Gedanken eingingen, sondern auch das Parlament hat am 8. September 1711 eine Vorlage angenommen, wonach die Gläubiger der schwebenden Schuld, welche dem Plane zustimmten, in einer Kompanie zum Handelsbetrieb in der Südsee inkorporiert werden und im Austausch gegen ihre Schuldscheine Aktien derselben erhalten sollten. Danach sollte die Gesellschaft das Monopol des Handels an der Ostküste Amerikas von dem Flusse Orinoco bis zum südlichsten Teile von Feuerland, an der Westküste von da bis zum höchsten Norden erhalten. Ausgenommen waren Brasilien und Surinam, die im Besitze der Portugiesen bzw. der Holländer waren; dorthin sollte der Handel für alle britischen Untertanen frei sein; auch war einer Verletzung der Rechte der Ostindischen Gesellschaft vorgebeugt. 1 Prozent des Gesellschaftskapitals sollte, falls die Krone es wollte, der Hebung der Fischerei gewidmet werden.

Noch bevor die Vorlage angenommen, unmittelbar nachdem sie ins Parlament gebracht war, sind die vom

Marineamt ausgegebenen Schuldscheine, die gegen Aktien der Kompanie eingetauscht werden sollten, um 20 Proz. im Kurse gestiegen. Aber der Friede mit Spanien, auf dessen Hoffnung das Projekt aufgebaut worden war, ist erst 1713 gekommen, und was er bot, ist weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Das Wichtigste, was er brachte, war das Monopol der Negereinfuhr nach den spanischen Kolonien. Seine Ausübung fiel gemäß dem der Kompanie erteilten Privilege dieser zu. Doch hat ihr das zunächst wenig Nutzen gebracht. Schon 1718 ist ein neuer Krieg mit Spanien ausgebrochen, der ihr große Verluste brachte. Während der ersten acht Jahre ist ihr Gewinn im Verhältnis zur Größe ihres Kapitals von 10 Millionen £ minimal gewesen. Trotzdem hat ein lebhafter Austausch von Forderungen der Staatsgläubiger gegen ihre Aktien stattgefunden, und die Regierung hoffte, auf diese Weise ihre Schulden los zu werden. Voraussetzung dafür wäre gewesen, daß die Handelsgeschäfte der Gesellschaft gediehen. Aber daran zweifelte kein Mensch. Das bloße Gerücht solcher Aussichten hat die Spekulationswut des Publikums so erregt, daß die Aktien der Gesellschaft auf 126 stiegen.

Das hat die Regierung ermuntert, die Gesellschaft zu Vorschlägen aufzufordern, wie zunächst das drückende Annuitätenanlehen von 1710 einzulösen sei. Die Gesellschaft erbot sich, die Annuitäten für 3,5 Millionen £ gegen die Emission neuer Aktien einzulösen. Das hat die Eifersucht der Bank von England erregt, so daß sie 2 Millionen mehr bot, was die Südseegesellschaft zur weiteren Steigerung ihres Angebots auf 7567500 £ veranlaßte, wenn man ihr das Privileg der Übernahme aller langfristigen Staatsschulden erteile. Vergeblich haben Walpole und die Whigs vor der Gefährlichkeit des Planes im Parlamente gewarnt. Die Tories verwiesen auf den Vorteil, der dem Staate aus diesem Geschäfte erwachsen würde. Die Südseegesellschaft erhielt den Zuschlag, und das Vertrauen des Publikums stieg in dem Maße, daß die Aktien auf 319 in die Höhe gingen. Nun wurden zwei Drittel der englischen Staatsschuld gegen Aktien der Südseegesellschaft angeboten.

Die Emissionen weiterer Aktien konnten von der Gesellschaft zum Kurse von 400, die letzte zum Kurse von 1000 vorgenommen werden. Dabei hat sich die Verwaltung verwerflicher Mittel bedient, um die Nachfrage zu steigern und besonders, um sie hoch zu halten, wenn sie infolge der Realisationen der Spekulanten zu sinken drohte. Sie beliehen ihre eigenen Aktien, um dem Publikum neue Zeichnungen zu ermöglichen; auch Schwindelnachrichten über zu erwartende Gewinne wurden in Umlauf gesetzt, um den Kurs der Aktien in die Höhe zu treiben. Desgleichen wurden die Vorgänge in Frankreich demselben Zwecke dienstbar gemacht.

Frankreich hat sich, als Ludwig XIV. 1715 starb, am Rande des Abgrundes befunden. Da war John Law of Lauriston gekommen, ein Schotte aus guter Familie, gebildet und von einnehmenden Umgangsformen. Er ging davon aus, daß der Handel vom Gelde abhängig sei. Was das Blut für den Körper, bedeute das Geld für den Staat. Es war ihm das Element, das jedem Teil Leben und Kraft gebe. Er hatte dem schottischen Parlamente den Vorschlag unterbreitet¹⁾, Banknoten nicht auf der Grundlage von Edelmetallen sondern von Land auszugeben. Nicht als ob er der Meinung gewesen wäre, daß unbegrenzte Notenmengen in Umlauf gesetzt werden könnten, noch auch, daß die bloße Mehrung der Geldmenge eine Mehrung des Reichtums des Landes bedeute; die Menge solle in Übereinstimmung mit Angebot und Nachfrage vermehrt oder vermindert werden; aber nie solle eine Zuviellemission stattfinden. Zur Zeit aber sei in allen Ländern der Geldumlauf viel zu gering. Law war, weil er einen Gegner im Duell getötet hatte, aus Schottland entflohen, war nach mannigfachen Erlebnissen in Holland und Italien in Frankreich gelandet, hat da das Zutrauen des Regenten, des Herzogs

1) Proposals and reasons for constituting a council of trade in Scotland. Edinburgh 1700. — Money and trade considered with a proposal for supplying the nation with money. Edinburgh 1705.

von Orléans, gewonnen und wurde eine der maßgebenden Persönlichkeiten des Hofes. Seine ersten Bemühungen zur Wiederherstellung der Finanzverhältnisse Frankreichs haben die Gründung einer Nationalbank im Jahre 1716 zur Folge gehabt. Ihr ist 1719 die Schaffung einer Handelsgesellschaft, der Mississippi-Gesellschaft, gefolgt, welche alle französischen Handelsgesellschaften in einem Riesen-trust vereinigte, und den ganzen französischen Handel mit Indien, Afrika und Französisch-Amerika beherrscht hat. Diese Schöpfungen haben auf das Publikum großen Eindruck gemacht, und als die Mississippigesellschaft ihr Kapital vergrößern wollte, ist es Law leicht geworden, dies mit großem Vorteil zu tun. Da die gezeichneten Aktien in Noten zahlbar waren, in 20 monatlichen Ratenzahlungen, und die unbeschränkte Emission von Noten dies erleichterte, ging ihr Kurs mit Schnelligkeit in die Höhe. Eine 1720 von Law verkündete Steigerung der Dividende hat zur weiteren Steigerung der Spekulation geführt. Die Erwerbung des Rechts zur Erhebung zuerst der indirekten und dann auch der direkten Steuern hat die ganze Administration der Finanzen in seine Hand gebracht. Er hat die Besteuerung vereinfacht, einige drückende Steuern beseitigt, und größere Einheitlichkeit und Sparsamkeit in die Finanzverwaltung gebracht. Sein System hatte Geld billig gemacht. Überall gewannen die Schuldner; die Seigneurs wurden ihre Schulden los. Da erschien der Augenblick auch für den Staat gekommen, seine Schulden los zu werden. Law schlug vor, die Handelsgesellschaft möge der Regierung 1500 Millionen Livres zu 3 Proz. leihen. Damit sollten die Staatsgläubiger heimgezahlt werden. Beide Teile würden dabei gewinnen; die Staatsgläubiger würden, wenn sie das Geld in Aktien der Handelsgesellschaft anlegten, größere Einnahmen haben, die Regierung den Vorteil, 1 Proz. weniger an Zinsen zahlen zu müssen. Ungeheure finanzielle Transaktionen sind die Folge gewesen. Law hat in vier aufeinanderfolgenden Emissionen 324 000 Aktien zu 500 Livres zum Preise von 5000 Livres abgesetzt. Die Bank strömte Noten aus, um der Nachfrage

der Spekulanten begegnen zu können, und das Publikum riß sich um die Aktien. Ihr Preis ging sprunghaft in die Höhe bis zu 12000 Livres das Stück. Fabelhafte Vermögen wurden durch unbekannte Leute und Personen niederer Herkunft gemacht. Unerhörter Luxus und schmachvolle Entartung der Sitten griffen Platz. Law hatte den Zenith seines Ruhmes erreicht. In Antizipation der Verwirklichung seiner Pläne hatte man den von ihm erträumten Reichtum gekauft und verkauft.

Diese Vorgänge in Frankreich haben in England die Stellung derjenigen, welche für die Umwandlung der Staatsschuld in Aktien der Südseegesellschaft eintraten, verstärkt, und nachdem sich diese im November 1719 bereit erklärt hatte, alle Forderungen der Staatsgläubiger gegen ihre Aktien zu übernehmen, ist dieses Angebot in dem Gesetze 6. Geo. I. c. 4 angenommen worden. Doch ein wichtiger Unterschied bestand dabei zwischen Frankreich und England. Dort bestand eine innige Verbindung zwischen Bank und Mississippigesellschaft, die zur Inflation und zum Zusammenbruch der Bank, als die letztere zusammenbrach, führte. Davor wurde England durch den Gegensatz der Bank zur Südseegesellschaft bewahrt. Als Folge wurde jede Zwangskonvertierung in dem 6. Geo. I. c. 4 ausgeschlossen, und damit wurden die Darlehen, welche die Bank und die Ostindische Gesellschaft dem Staate gewährt hatten, vor dem Aufgehen in Aktien der Südseegesellschaft errettet. Im übrigen fand in England die gleiche Verwandlung von Forderungen der Staatsgläubiger in Aktien einer Handelsgesellschaft wie in Frankreich statt, und was sich 1720 in Paris in der Rue Quincampoix abgespielt hat, hat sich in Change Alley in London ebenso wiederholt. Dasselbe widerliche Gedränge von Leuten aus allen Ständen, von jungen und alten, vornehmen und geringen beiderlei Geschlechts. Wie John Law in Frankreich die angesehenste Person nach dem Staatsoberhaupt war, so wurden dies in England die Direktoren und Verwalter der Südseegesellschaft. Eine kolossale Zunahme der Luxusaussgaben der glücklichen Spekulanten fand statt. Die weitere

Folge war ein ungeheures Steigen der Preise. Personen mit mäßigem Einkommen verfielen dementsprechend der Armut. Die Beamten der Südseegesellschaft dagegen machten glänzende Geschäfte.

Aber die einmal entfachte Spekulationswut blieb nicht auf die Aktien der Südseegesellschaft beschränkt. Die ganze Geistesrichtung war ja schon seit den Fahrten von Hawkins und Drake auf Erwerb auf Kosten anderer gerichtet. Hatte der Beutezug Drakes den Aktionären 4700 % gebracht, so eine 1688 von William Phipps in London zur Hebung eines 1648 bei Hispaniola gesunkenen spanischen Silberschiffes gegründete Aktiengesellschaft 10 000 %, und wie dies eine große Anzahl von Gesellschaften, die sich das Aufsuchen von Schätzen zur Aufgabe machten, zur Folge gehabt hat und deren Aktien mit großem Aufgeld gehandelt wurden¹⁾, so haben die anfänglichen Gewinne der Aktionäre der Südseegesellschaft nun nicht nur eine unsinnige Nachfrage nach Aktien der Bank und der Ostindischen Gesellschaft mit entsprechendem Steigen ihres Preises zur Folge gehabt, es fanden auch zahlreiche schwindelhafte Neugründungen von Aktiengesellschaften statt. Anderson¹⁾ zählt deren 202 auf, darunter eine, um Salzwasser in Süßwasser zu verwandeln, eine andere zur Erzielung größerer Esel in England durch Einfuhr von Eseln aus Spanien; den Gipfel bildete ein Unternehmen, dessen Zweck erst später enthüllt werden sollte. Jeder Zeichner sollte 2 Guineas hinterlegen; dafür sollte er später eine auf 100 lautende Aktie erhalten und den Zweck erfahren. In fünf Stunden hatte der Gründer 1000 Zeichner und ging mit 2000 Guineen Gewinn davon. Der höchste Adel erschien als Protektor solcher Gesellschaften. Selbst der Prinz von Wales gab trotz einer Warnung Walpoles seine Zustimmung, daß eine Gesellschaft Prinz von Wales-Gesellschaft genannt wurde, und zog sich erst zurück, nachdem er einen Gewinn von £ 40 000 eingesteckt hatte.

1) Scott I 326.

2) Siehe bei David Macpherson, *Annals of commerce*, London 1805, vol. III.

Eine Fülle von Satiren und Karikaturen ergoß sich über den Schwindel. Sie vermochte ebensowenig wie die nüchternen Berechnungen Archibald Hutchesons, der die Bodenlosigkeit der Operationen der Südseegesellschaft darlegte, von der Zeichnung von deren Aktien fernzuhalten. Selbst als ängstlich gewordene Patrioten ein Gesetz, die sogenannte Bubbleakte, im Parlamente durchsetzten, das dem Schwindel Einhalt tun sollte, hat dies nur für einige Tage gewirkt. Auch aus dem Zusammenbruch des Lawschen Unternehmens in Paris hat man keine Schlüsse gezogen.

Da hat die Südseegesellschaft selbst ihren Zusammenbruch herbeigeführt. Sie war auf die vielen wilden Gesellschaften eifersüchtig geworden und sah in den Zeichnern von deren Aktien Personen, die bei ihr zeichnen sollten. Auf ihr Drängen erfolgte ein richterliches Schreiben, das alle weiteren Petitionen um Inkorporation zu Gesellschaften zurückwies und 86 Schwindelgesellschaften auflöste. Das wurde der Südseegesellschaft zum Verhängnis. Das Publikum wurde nun auch den Hinweisungen auf den Unterschied zwischen dem Börsenkurs und der Rentabilität der Südseeeaktien zugänglich. Als das Eingreifen des Richters am 2. Juli 1720 stattfand, standen die Aktien 850, am 2. September waren sie auf 700, am 13. auf 400, am 29. auf 175 £ gesunken. Die erschreckten Direktoren versprachen eine Dividende von 30 Proz., und für die folgenden 12 Jahre eine solche von 50 Proz. Aber das Vertrauen war dahin. Alles brach zusammen und Tausende von Familien wurden zu Bettlern. Viele begingen Selbstmord, andere wurden wahnsinnig, einige wenige waren reich geworden.

Der alte Rivale der Südseegesellschaft, die Bank, hat sie anfänglich in ihrer Not unterstützt, um sie vor Bankrott zu bewahren, konnte aber ihre Sanierungsaktion angesichts des allgemeinen Zusammenbruchs nicht aufrecht halten. Eines der von ihr ergriffenen Mittel war, daß sie Kommis anstellte, welche ihre Noten zur Zahlung präsentierten. Diese Noten wurden in Sixpence- und Shillingstücken ausbezahlt, worauf die Kommis die erhaltenen Beträge an

anderen Bankschaltern wieder gegen Noten umtauschten, die abermals in Sixpence- und Shillingstücken eingelöst wurden. Diese Kommiss gingen allen anderen Personen vor. So wurde das Publikum von der Präsentation von Noten abgehalten, bis die Panik vorüber war.

Es war kein bloß zufälliges Zusammentreffen, daß sich um dieselbe Zeit ähnliche Dinge in England und Frankreich abgespielt haben. Der Vergleich beider Länder miteinander fällt aber nicht zugunsten Englands aus. Was da geschah, war nicht originell und weit weniger großartig in Gedanken, Unternehmen und Wirkungen. Law war ein bedeutender Mann und persönlich lauter. In England hat die vom Parlamente ernannte geheime Untersuchungskommission die schamlosesten Maßnahmen der Südseegesellschaft enthüllt. Große Bestechungen der Minister und der Maitressen des Königs kamen ans Licht. Der am meisten Kompromittierte war Aislabie, der Schatzkanzler. Obwohl wahrscheinlich der größte Teil der Mitglieder des Unterhauses in die Spekulation verwickelt war, so verdammten sie doch als Körperschaft, was sie als Individuen getan hatten. Die ganze Nation kam sich vor, als ob sie von Dieben geplündert worden sei. Man verlangte die Strafverfolgung der Leiter der Gesellschaft. Da übernahm Walpole die Rettung. Auf die bloße Nachricht davon stiegen die Aktien auf 200. Walpole hatte große Mühe, die Gemüter zu beruhigen. Die Direktoren der Südseegesellschaft, die Mitglieder des Parlamentes waren, wurden ausgestoßen; der Schatzkanzler wurde in den Tower gesperrt und sein Vermögen zur Entschädigung der Opfer konfisziert; es hatte £ 400 031 betragen; davon durfte er nur £ 31 behalten. Darob großer Jubel im Lande. Auch die übrigen Direktoren, die nicht Mitglieder des Parlamentes waren, wurden verurteilt, ungehört und zu willkürlichen Strafen.

Walpole arbeitete unterdessen an der Wiederherstellung des Kredits der Gesellschaft. Er erließ ihr allmählich alles, was sie dem Staate zu zahlen sich verpflichtet hatte. Die Schulden wurden aus dem Reste der

konfiszierten Vermögen gedeckt. Den Zeichnern wurden ihre Aktienzeichnungen gegen Zahlung von 10 Proz., was später noch herabgesetzt wurde, erlassen, und die früheren Besitzer der langfristigen Staatsschuldtitel bekamen eine Entschädigung, mit der sie allerdings wenig zufrieden waren. Allmählich wurde so die Ruhe wiederhergestellt. Die Gesellschaft konnte ihre Geschäfte wieder aufnehmen. Der britische Staat hatte den Vorteil, daß er einen großen Teil seiner langfristigen Schulden los geworden war, allerdings auf Kosten eines großen Teiles seiner Gläubiger. Die Verzinsung des vom Staate der Gesellschaft geschuldeten Kapitals wurde 1727 auf 4 Proz. herabgesetzt.

1721 war die Gesellschaft von Spanien in alle ihr 1713 erteilten Rechte wiedereingesetzt worden. Sie betrieb hauptsächlich Sklavenhandel. Aber aller Handel hatte im 18. Jahrhundert noch immer den seeräuberischen Beigeschmack, den er schon unter Elisabeth gehabt hatte; er war mit jeder Art von Unrecht, Betrug, Raub und Krieg aufs engste verknüpft. Ihn hatte Goethe vor Augen, als er den Mephisto sagen läßt:

Man hat Gewalt, so hat man Recht,
 Man fragt ums was, und nicht ums wie.
 Ich müßte keine Schiffahrt kennen:
 Krieg, Handel und Piraterie,
 Dreieinig sind sie, nicht zu trennen.

Das gilt für Spanier wie für Engländer. Auch während des Friedens herrschte latenter Kriegszustand. So hat 1725, obwohl Friede mit Spanien bestand, der Admiral Hosier die spanischen Schiffe in Portobello in Westindien blockiert, nur sollte er sie nicht angreifen, solange sie nicht herauskämen. Umgekehrt haben die Spanier Gibraltar, um es wiederzuerlangen, angegriffen, ohne daß Walpole trotz des Drängens der Opposition ihnen den Krieg erklärt hat; er wollte den Ausbruch eines europäischen Krieges verhindern. Es ist aber 1727 doch wieder ein Krieg mit Spanien entbrannt, unter dem die Südseegesellschaft aufs neue gelitten hat. Auch sind ihr die Entschädigungen, die ihr, als es 1729 wieder zum Frieden kam, von Spanien zu-

gesagt worden waren, nicht geleistet worden. Indes hat die Gesellschaft im Schmuggelhandel mit den spanischen Kolonien großen Gewinn gemacht. Dafür hatte sie schwer unter der Strenge zu leiden, mit der Spanien das zur Zeit des Merkantilsystems von allen Mutterländern für ihre Angehörigen beanspruchte Monopol, mit ihren Kolonien Handel zu treiben, durchzusetzen suchte. Doch war England gegenüber Spanien unbestreitbar im Unrecht. Es hatte Spaniens Recht, den Handel mit seinen Kolonien zu regeln, anerkannt. Es hatte im Frieden von Utrecht das Recht erhalten, jährlich ein Schiff von 600 Tonnen nach Spanisch-Amerika zu senden, und dieses Recht stand der Südseegesellschaft kraft der ihr erteilten Freibriefe zu. Die Beschränkung auf ein Jahresschiff von 600 Tonnen haben die Engländer systematisch verletzt. Einen Vorschlag der Spanier, die Konzession des Jahresschiffes abzulösen, hat die Gesellschaft abgelehnt. Darauf haben die Spanier geantwortet, indem sie das Durchsuchungsrecht auf hoher See gegen englische Schiffe mit äußerster Strenge durchführten; sie haben es dabei an Unverschämtheit, Gewalt und Barbarei nicht fehlen lassen. Gleichzeitig gab es Streitigkeiten wegen des Fällens von Blauholz in der Campeachy-Bai und des Sammelns von Salz auf der Insel Tortuga und fortdauernde Schwierigkeiten wegen der Grenzen von Georgia und Carolina. Die Mißstimmung auf beiden Seiten hat jahrelang geschwebt. Da schlossen Frankreich und Spanien einen Geheimvertrag, den sogenannten Familienpakt, um Englands Übergewicht zur See zu brechen. Im Bewußtsein der durch diesen Vertrag erlangten Stärke sind die Spanier bei der Durchführung des Durchsuchungsrechtes der englischen Schiffe immer unverschämter geworden. Das steigerte den Haß, den die englischen Matrosen den Papisten und Feinden ihrer Väter entgegenbrachten, und die Spanier zahlten mit entsprechenden Gewalttätigkeiten heim. Das war Wasser auf die Mühle derjenigen, die im Gegensatz zu der Friedenspolitik Walpoles Krieg wollten, weil sie Gewinn davon erhofften. Sie ent-

falteten eine wüste Agitation und haben durch Berichte über wirkliche und erfundene Gewalttätigkeiten der Spanier die Kriegswut John Bulls bis zur Siedehitze zu steigern gesucht. Es spielte sich ab, was sich im Weltkrieg der Jahre 1914—18 wiederholt hat. Wie da die ärgsten Mordgeschichten über deutsche Mißhandlungen Kriegsgefangener verbreitet und geglaubt worden sind bis zur Geschichte von der Kreuzigung eines kanadischen Soldaten an einem Zaune¹⁾ und der eingestandenermaßen²⁾ zur Aufhetzung der Asiaten erfundenen Lüge, die Deutschen hätten die Leichen der Gefallenen fabrikmäßig in Fett verwandelt, so scheute damals die Kriegspartei vor keinem Mittel zurück, um die Entrüstung des Volkes gegen die Spanier zu entflammen. Englische Matrosen, die aus spanischer Gefangenschaft heimgekehrt, wurden auf der Börse aufgefpflanzt, wo sie der Menge Proben der ekelhaften Nahrungsmittel vorzeigten, von denen sie in spanischen Kerkern haben leben müssen. Die Schriftsteller beteiligten sich an der Hetze, und selbst in den Schriften Popes, Glovers' und John-

1) Man hat in Kanada die angebliche Kreuzigung in Marmor dargestellt; das Denkmal ist später wieder beseitigt worden.

2) General Charteris, der Chef des englischen Propaganda- und Nachrichtendienstes während des Krieges, hat 1925 in Amerika erklärt, daß diese Nachricht auf der Fälschung des Tagebuchs eines deutschen Soldaten durch einen Untergebenen seines Stabes beruht habe. Die Fälschung wurde zur Hetze gegen Deutschland in China benutzt. Der Abgeordnete Kenworthy hat sich vergeblich bemüht, vom Kriegsminister Worthington Evans zu erreichen, daß er im Namen der Regierung die Lüge als solche erkläre. Die liberale Zeitung „Daily News“ hat darauf geantwortet, daß Worthington Evans eine Niedrigkeit des Geistes an den Tag gelegt habe, die kaum weniger verächtlich sei als die ursprüngliche Untat. Erst am 2. Dezember 1925 hat Sir Austen Chamberlain einem deutschen Wunsche entsprechend eine Erklärung abgegeben, daß der deutsche Reichskanzler ihn ermächtigte, die Unwahrheit der Behauptung festzustellen, und daß Chamberlain dieses deutsche Dementi annehme. Siehe darüber die Frankfurter Zeitung vom 26. und 27. Okt.; 5., 26. Nov. und 3. Dez. 1925. The Manchester Guardian Weekly, October 30th und December 4th 1925.

son's finden sich Anklänge daran. Die berühmteste Geschichte war die vom Ohr des Kapitäns Jenkins. Er war 1731 auf der Fahrt von Jamaika nach London von einem spanischen Zollkutter gestellt und sein Schiff durchsucht worden. Jenkins behauptete, dabei an einem Maste aufgehängt und erst abgeschnitten worden zu sein, als er halbtot war; die spanischen Offiziere hätten ihm mit ihren Hirschfängern über den Kopf gehauen, so daß ein Ohr beinahe abgehackt worden sei, und einer davon habe ihm dann das Ohr abgerissen und blutend ins Gesicht geworfen mit den Worten, er möge es seinem Könige bringen. Vor das Parlament gebracht, gab er auf die Frage, was er gedacht habe, als er sich in der Hand solcher Barbaren befunden habe, die ihm eingeblasene, im ganzen Land alsbald wiederholte Antwort: „Ich empfehle Gott meine Seele und meine Sache dem ganzen Land.“ Nach Horace Walpole fand sich nach dem Tode Jenkins, daß er noch beide Ohren besaß, und auch Burke sprach von der „Fabel von Jenkins' Ohr“¹⁾. Sie ist zum Vorwand für die Forderung nach Genugtuung geworden, hinter der sich das wahre Ziel, die Beherrschung des westindischen Handels, verbarg²⁾.

Diese Dinge haben sich im Jahre 1738 abgespielt. Die Hetze dauerte während des ganzen folgenden Jahres fort, und als Spanien in anmaßender Sprache auf eben dem Durchsuchungsrecht bestand, dessen Beseitigung beide Häuser des Parlamentes eben so heftig verlangten, ist am 19. Oktober 1739 Spanien der Krieg erklärt worden. Es ist für die damalige Art des Handelsbetriebs und der Kriegsführung bezeichnend, daß die Aktien der Südseegesellschaft darauf gestiegen sind. Aber der Krieg war erfolglos, und die Gesellschaft erlitt großen Verlust. Mit dem Erlöschen des Mannesstammes des Hauses Habsburg im Jahre 1740 ist aus diesem spanischen Kriege ein allgemeiner europäischer Krieg, der österreichische Erbfolgekrieg, geworden, der von 1740—1748 gedauert hat.

1) Lecky, Hist. of England V 385 Anm.

2) Egerton 144.

Er ging an sich England nichts an. Aber er gab ihm Anlaß zum Versuch, sich des französischen Kolonialreiches zu bemächtigen. Es standen ihm Frankreich und Spanien gegenüber. England war zunächst nicht erfolgreich; seine Machtstellung in Europa sowohl wie in Amerika wurde im weiteren Verlaufe sogar so bedroht, daß an die Rückgabe Gibraltars an Spanien und an die Räumung der Niederlassungen in Honduras gedacht wurde, um Spanien vom Bunde mit Frankreich abzubringen. Der Friede von Aachen im Oktober 1748 hat England nur die Anerkennung der Thronfolge des Hauses Hannover gebracht.

Dann kam 1756 der siebenjährige Krieg Englands und Frankreichs um die Grenzen ihrer Besitzungen in Nordamerika. Schon der Ausbruch des spanischen Krieges im Jahre 1739 zeigt, in welchem Maße die öffentliche Meinung damals von dem Gedanken, den britischen Handel mittels Gewalt die Wege zu ebnen, beherrscht war. Nichts ist bezeichnender für die Fortdauer der Gesinnung als der Versuch der Türkischen Kompanie, im Jahre 1759 einen Quäker aus ihrem Verwaltungsrat auszuschließen, weil er Anschauungen hegte, die dem Führen von Handelskriegen gefährlich seien¹⁾. Zwar gab es einen Kreis, der Handelskriege verurteilte, und David Hume hatte bereits seine Essays veröffentlicht, welche die Handelsbilanzlehre, welche der ganzen merkantilistischen Vergewaltigungspolitik zugrunde lag, für jeden, der denken kann, vernichtet hat. Aber die populäre Woge glaubte an die Beraubung anderer als Grundlage der Zunahme des Nationalreichtums und sah in Frankreich den Feind, und der führende Staatsmann, der ältere Pitt, schwamm an der Spitze dieser Woge. Er war der große Imperialist; sein Ziel die Ersetzung der französischen Weltherrschaft durch die britische. Zu dem Zweck hat er sich mit Friedrich dem Großen verbündet. Auf deutschem Boden sollte Amerika für England erobert werden. Nicht als ob nicht auch in Amerika Schlachten geschlagen worden wären. Nach einem großen Siege des

1) Hurst 10.

englischen Generals Wolfe bei Quebec im Jahre 1759 ist 1760 ganz Kanada von den Engländern erobert worden. Aber die Hauptentscheidung ist in Europa gefallen; Pitt hat Amerika in Europa durch die Siege Friedrichs des Großen für England gewonnen¹⁾. Das Ergebnis war der Friede von Paris 1763. Er hat England Kanada, Florida und alle französischen Besitzungen östlich vom Mississippi gebracht und in Ostindien die Rückgabe von Madras, das die Franzosen erobert hatten.

Damit hatte Pitt sein Ziel erreicht. „Er hat sich nicht über seine Zeit erhoben. Im Jahre 1725 hatte er erklärt, England hätte den Franzosen überhaupt nie gestatten sollen, sich in Amerika anzusiedeln, und im Oktober 1761 hat er sein Amt niedergelegt, weil der König Spanien nicht den Krieg erklären wollte. Als der Herzog von Nivernois sich über die von den Engländern gegen die Franzosen geübten Seeräubereien beschwerte, hat er erwidert, wenn Großbritannien gegen seine Nachbarn nur gerecht sein wollte, würde es keine 50 Jahre weiter bestehen“²⁾. Er war ganz in den Vorurteilen seiner Zeit befangen und ein starrer Vertreter des alten Kolonialsystems. Die Kolonien sollten ausschließlich um der Vorteile des Mutterlandes willen bestehen. „Es war das Umgekehrte der Geschichte vom Pelikan. Statt wie dieser die Jungen mit seinem Blute zu füttern, sollten die Jungen ihr Blut hergeben, um den Pelikan fett zu machen“³⁾. Als großer Organisator des Kriegs hat Pitt diesem Gedanken gedient.

Aber nun erfolgte eben auf Grund seines Triumphes über Frankreich die Strafe für diese Politik der Gewalttätigkeit. Die englischen Kolonien hatten, gleichviel was ihre politische Verfassung war, sich niemals damit einverstanden erklärt, daß sie nur als Einnahmequelle für das Mutterland zu dienen bestimmt seien⁴⁾. Wiederholt

1) Siehe Hurst 27 ff.

2) Hurst 25.

3) Justin Mac Carthy, A History of the four Georges and of William IV, Tauchnitz edition I 347.

4) Siehe die in den Neu-England-Staaten herrschende Auf-

sind während des 18. Jahrhunderts Abfallgedanken bei ihnen aufgetaucht. Nur eines hat sie zurückgehalten: die Furcht, ohne den Schutz des Mutterlandes eine Beute der Franzosen zu werden. Nun hatte der Friede von Paris 1763 Kanada der englischen Krone gebracht, und es trat ein, was kluge Beobachter vorausgesagt hatten: Schon 1748 hatte der schwedische Reisende Kalm geschrieben¹⁾: „Diese Handelsbedrückungen haben die Anhänglichkeit der englischen Kolonien an ihr Mutterland vernichtet. Diese Kälte wird durch die vielen Fremden, die sich darin niedergelassen haben, gesteigert. Denn Holländer, Deutsche und Franzosen sind hier mit Engländern verschmolzen und fühlen für Alt-England keine besondere Liebe. Außerdem gibt es allezeit unzufriedenes und auf Wechsel bedachtes Volk, und große Freiheit und Wohlhabenheit nähren einen unbezähmbaren Geist. Es ist mir, und zwar nicht nur von geborenen Amerikanern, sondern auch von eingewanderten Engländern gesagt worden, daß die englischen Kolonien innerhalb 30 bis 50 Jahren einen besonderen von England völlig unabhängigen Staat bilden dürften. Aber da dieses ganze Land gegen die See unbeschützt ist und durch die Franzosen an der Grenze in Unruhen versetzt wird, sind diese gefährlichen Nachbarn der Grund, warum die Liebe dieser Kolonien für ihr Mutterland nicht völlig abstirbt. Die englische Regierung hat somit Ursache, die Franzosen in Nordamerika als die Macht anzusehen, die hauptsächlich die Kolonien unterwürfig erhält.“

Nach der Erwerbung von Kanada ist die Auffassung der englischen Regierung dahin gegangen, daß die von der Gefahr der Unterjochung durch die Franzosen befreiten Kolonien von nun ab durch etwas mehr als gelegentliche freiwillige Beiträge und das unerhebliche Einkommen, das die Krone aus ihnen bezog, zur Bestreitung der Kosten

fassung der Kolonialpolitik Englands in England und Amerika 1763—1783 by Mary A. M. Marks, London 1907, I 18 ff.

1) Pinkerton's Travels XIII, zitiert bei Egerton 143.

ihrer Verteidigung und ihrer Verwaltung beitragen sollten. Sie hat das 1733 im Interesse der westindischen Kolonien den Neu-Englandstaaten auferlegte, später wieder beseitigte Zuckergesetz¹⁾ (4. Geo. III c. 15) erneuert und verewigt und 1764 die Rechte der Admiralitätsgerichte und der Exekutive, sowohl um die Navigationsgesetze als auch die Einsammlung von Steuern durchzusetzen, vergrößert. Die Maßregel ist von den Kolonien besonders übel aufgenommen worden, weil die Gouverneure danach ein Drittel der Strafgeelder erhalten sollten und somit ein persönliches Interesse an der Durchführung des Gesetzes hatten. Auch wurde der Handel mit Barren und Edelmetall als Konterbande verfolgt. Unter diesen Umständen sahen die Kolonisten in der Errichtung von 20 Regimentern in ihrer Mitte eine Bedrohung ihrer Freiheit, empfanden mit Bitterkeit die Erhebung von Geldern zu Rekrutierungszwecken und entrüsteten sich über das 1765 zu demselben Zwecke erlassene Stempelgesetz. Letzteres verstieß außerdem gegen das Prinzip, daß keine Steuer von denen erhoben werden dürfe, die ohne Stimmrecht zum Parlamente seien. Was gegen das Stempelgesetz sprach, sprach aber auch gegen die Navigationsgesetze. Aber wie Bancroft sagt, „das Stempelgesetz sollte der Schlußstein eines Systems von Kolonialmaßregeln sein, die wie Grenville glaubte, auf die echten Prinzipien des Handels- und des Finanzwesens gegründet waren.“

Nun vereinigte man sich in allen Staaten und Gemeinden zum gemeinsamen Widerstand gegen die verfassungswidrigen Gesetze. Als der 1. November, an dem das Stempelgesetz in Kraft trat, herankam, wurde in New York das allgemeine Trauergeläute der Glocken von dem Rufe des Volks auf der Straße begleitet: „Freiheit, Eigentum und kein Stempel!“ Das Stempelgesetz erwies sich

1) Außer der Auflegung einer Steuer auf Rum und Zucker sollte danach ein Zoll von 5 s per Zentner von Zucker, der nicht aus den westindischen Kolonien eingeführt würde, erhoben werden.

bald als unausführbar. Darauf wiederholte Verhandlungen im englischen Parlamente über seine Wiederbeseitigung. Burke war dazu bereit, wenn die schrankenlose Kompetenz des Parlaments, den Kolonien Gesetze zu geben, anerkannt würde. Pitt war für völlige Abschaffung des Gesetzes, da die Kolonien ein natürliches Recht hätten, ihre innere Besteuerung selbst zu regeln; er freute sich, daß 3 Millionen Menschen so lebhaft von dem Gefühle des Rechts und der Freiheit beseelt seien, um sich gegen Bedrückung und Gewalttätigkeit aufzulehnen; das Steuergesetz müsse fallen, um so nachdrücklicher die Oberherrlichkeit Großbritanniens über die Kolonien ausgesprochen werden. Aber Pitt hatte versäumt, das Volk zu der Einsicht zu erziehen, daß die Eroberung Kanadas eine Umordnung der Beziehungen Englands zu seinen Kolonien nötig machte. Grenvilles Theorie triumphierte. Von beiden Häusern wurde der Grundsatz sanktioniert, „daß England berechtigt sei, mit 3 Millionen freier Bürger in Amerika zu machen, was das Schatzamt wollte“. Aber wenn auch das Besteuerungsrecht damit als Prinzip aufrecht erhalten wurde, so glaubte man doch, in der Form seiner Anwendung ein Zugeständnis machen zu sollen. Man hatte Benjamin Franklin am 13. Februar 1766 vor dem Unterhause vernommen, und dieser hatte gesagt, die Amerikaner würden sich wohl, wie bisher, eine „äußere Steuer“ bestehend in Zöllen und Handelsbeschränkungen gefallen lassen, niemals aber eine „innere“, zu der nicht die heimische Gesetzgebung zugestimmt habe. In jenem Falle sei es in die Macht jedes einzelnen gestellt, sich der zollpflichtigen Waren zu enthalten; in dem zweiten würden die Amerikaner als rechtlose Untertanen behandelt. Einige Tage darauf, am 22. Februar 1766, ist mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Versammlung die Aufhebung des Stempelgesetzes beschlossen worden. Die Philosophen Hutchinson und David Hume, der Historiker Robertson und Adam Smith haben das Ergebnis mit Freude begrüßt.

Aber die Gegensätze der Bestrebungen zwischen Alt- und Neu-England haben damit nicht aufgehört. Als die Ver-

minderung der Grundsteuer in den englischen Staatseinnahmen einen starken Ausfall hervorgerufen hatte, hat der Schatzkanzler Townshend im Mai 1767 ein Gesetz durchgesetzt, daß in den amerikanischen Seehäfen für einige Einfuhrartikel, wie Tee, Glas, Papier, Malerfarben ein geringer Hafenzoll erhoben und der Betrag für die Besoldungen der Kronbeamten und Richter verwendet werden solle. Indes wenn man in London geglaubt hatte, die amerikanischen Kolonien würden ihre Besteuerung durch das Mutterland in der unverfänglicheren Form ruhig hinnehmen, irrte man sich. Schon während der Parlamentsverhandlungen hatte ein in London anwesender Amerikaner seinen Landsleuten geschrieben: „Wenn die Kolonien sich jetzt nicht verbünden, so können sie ihrer Freiheit Lebewohl sagen, ihre Freibriefe verbrennen und sich so gut als möglich in die Knechtschaft schicken.“ In Boston und in ganz Neu-England wurde in Zeitungen, Flugschriften und Versammlungen ausgeführt, daß nach Natur, Vernunft und göttlicher Anordnung die Menschen frei und gleich seien, daß keine Institutionen, kein überliefertes Gesetz diese angeborene Freiheit und Gleichheit aufheben könne, daß jede Regierung die Wohlfahrt des Ganzen im Auge haben müsse und kein Land, kein Volk und kein Stand höher stehen dürfe als andere. Es blieb dem Mutterlande nichts übrig als nachzugeben. Aber statt dies in großherziger Weise zu tun, die ihm die Wiederversöhnung der Kolonien als Lohn eingebracht hätte, geschah es mit kleinlicher Rechthaberei, und gerade dies hat den Anstoß zum Abfall der Kolonien gegeben.

Auch dabei haben Gesichtspunkte des alten Kolonialsystems eine Rolle gespielt. Die Ostindische Gesellschaft war in Geldverlegenheit und hatte sich an den Staat mit der Bitte gewandt, ihr £ 1 400 000 zu leihen. Um ihr zu helfen, wurde ein Gesetz erlassen, das ihr tatsächlich ein Monopol im Teehandel mit den Kolonien verlieh, und, während man alle diesen auferlegten Hafenzölle 1773 wieder abschaffte, allein einen Teezoll beibehielt. Es wurden dabei gleichzeitig vier große Ziele verfolgt: es

sollte damit ein Präzedenzfall für die Besteuerung der Kolonien geschaffen, eine große Einnahme daselbst beschafft, der Kredit der Ostindischen Gesellschaft aufrechterhalten und sie instand gesetzt werden, dem Staate jährlich die £ 400 000 zu zahlen, zu deren Zahlung sie verpflichtet war. Sobald die Amerikaner hörten, daß der Tee komme, beschlossen sie, daß er nicht gelandet werden solle. In Boston sollte die Hauptladung eintreffen. Da haben in der Nacht vom 16. Dezember 1773 ungefähr 50 als Mohawks verkleidete Kolonisten das erste angelangte Teeschiff erklettert, 342 Teekisten geöffnet und den Inhalt ins Meer geschüttet. „In dieser Nacht wurde mehr als der Tee der Ostindischen Gesellschaft verloren; es wurde die britische Souveränität ins Meer versenkt“¹⁾.

1776 haben die dreizehn Vereinigten Staaten ihre Unabhängigkeit erklärt. Den Verlauf des darob ausgebrochenen Krieges zwischen England und seinen amerikanischen Kolonien zu erzählen, ist nicht Sache der Wirtschafts-, sondern der allgemeinen Geschichte²⁾. Nur der erschütternde Ausgang des an Durchführung und Ausbau des alten Kolonialreiches so sehr beteiligten älteren Pitt, des nunmehrigen Grafen von Chatham, sei noch erwähnt. Als der Herzog von Richmond im Oberhause einen Antrag stellte, der darauf hinauslief, man solle die Souveränität der dreizehn aufständischen Provinzen anerkennen und einen Friedens- und Bundesvertrag mit ihnen abschließen, um den Krieg mit Frankreich zu vermeiden und die bisherigen Handelsverhältnisse zwischen Mutterland und Tochterstaaten zu erhalten, erwachte in Lord Chatham noch einmal sein Haß gegen Frankreich. Am 7. April 1778 erschien er, gestützt auf seinen jüngeren Sohn William Pitt und seinen Schwiegersohn Lord Mahon, in der Versammlung. Auf Krücken gelehnt und unter jedem Arm von einem Freunde gestützt, warnte er in ergreifenden Worten

1) Mary, A. M. Marks I 298.

2) Siehe Lecky, History of England III ch. 12. — Mary A. M. Marks, England and Amerika 1763—1783.

vor einem schmachvollen Frieden. Wie er einst die Kolonien vor ungerechter Besteuerung verteidigt hatte, so mahnte er jetzt vor Versöhnung mit Frankreich. Er machte gewaltigen Eindruck. Und als Richmond diesen zu verwischen suchte, erhob er sich nochmals, um zu erwidern. Aber seine Kräfte waren erschöpft; wie ein Held auf dem Schlachtfeld stürzte er zusammen. Bewußtlos wurde er fortgetragen, um vier Wochen darauf zu sterben. Ein großartiges Ende einer großen Figur der Weltgeschichte in Verteidigung einer verfehlten Politik.

Nach Besiegung der Engländer in der Schlacht von Yorktown im Jahre 1781 mußte England 1783 im Frieden von Versailles die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten anerkennen.

34. Kapitel.

Die Gründung des Britisch-indischen Reichs.

Zu derselben Zeit, da sich der Gegensatz zwischen Mutterland und Kolonien in Amerika mehr und mehr zuspitzte, hat England in Asien einen Ersatz gefunden, der den Abfall der Vereinigten Staaten in materieller Hinsicht aufwiegen sollte.

Man hat früher auch Indien zu den britischen Kolonien gerechnet, und in Deutschland pflegt man noch heute, wenn man von britischen Kolonien spricht, auch an Indien zu denken. Es kommt alles darauf an, was man unter einer Kolonie versteht. Denkt man dabei an eine Niederlassung von Auswanderern, die für sich und ihre Nachkommen in einem fremden Lande dauernd zu bleiben beabsichtigen, so ist Indien nie eine britische Kolonie gewesen. Die Engländer, die nach Indien gegangen sind, haben ihren Aufenthalt dort allzeit als einen nur vorübergehenden erachtet, um, nachdem sie dort ein Vermögen erworben, nach Hause zurückzukehren. Man würde Indien erst als britische Kolonie erachten können, nachdem es den Engländern gelungen wäre, die Inder so zu assimilieren, daß sie wie Engländer dächten und fühlten. Bis dahin ist Indien ein von Briten beherrschtes Reich. Das ist auch in dem Interpretationsgesetz von 1889¹⁾ anerkannt, indem es

1) 52 and 53 Vict. Ch. 63, sect. 18, 3: „The expression ‚colony‘ shall mean any part of Her Majesty’s dominions exclusive of the British Islands, and of British India, and where parts

sagt, das Wort „Kolonie“ bedeute jedes Gebiet unter der Herrschaft der britischen Krone, mit Ausnahme der Britischen Inseln und Britisch-Indiens. Es gilt jetzt, die Entstehung des Britisch-indischen Reiches zu erzählen.

Ich habe im 27. Kapitel von der englischen Ostindischen Gesellschaft und den Zuständen, die zur Zeit ihrer Entstehung in Indien herrschten, gesprochen. Seit Cromwell bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts hat das Geschick der Gesellschaft unter dem Einfluß der Bündnisse und Kriege zwischen den europäischen Mächten gestanden. Bald war England im Kriege mit Holland, bald waren beide im Kriege mit Frankreich vereint, bald haben England und Frankreich gemeinsam Krieg gegen Holland geführt. Das hat dann auch auf die Beziehungen der Handelsgesellschaften der genannten Nationen in Indien zurückgewirkt. Doch gilt das nicht absolut. Es ist vorgekommen, daß die Mächte in Europa Frieden geschlossen hatten und der Krieg ihrer Handelsgesellschaften gegeneinander trotzdem fort dauerte.

Von 1652—1654 hat sich England im Krieg mit Holland befunden. Es ist als Sieger daraus hervorgegangen. Daß Cromwell im Frieden für Amboina Ersatz erlangt hat, ist schon gesagt worden¹⁾. Trotz des Friedens haben aber die Feindseligkeiten zwischen Holländern und Engländern in Asien fortgedauert. Die Holländer hatten eine große Militärmacht in Ostindien, behinderten den englischen Handel, verletzten alle Verträge, vertrieben die Engländer von der Küste Ostasiens, bemächtigten sich Ceylons, blockierten Bantam, die Hauptniederlassung der Engländer auf Java und versuchten abermals, die Engländer auf den Gewürzinseln zu vernichten. Cromwell hat daher nach Ablauf der drei Jahre, während deren das Handelsmonopol der Ostindischen Gesellschaft beseitigt war und jedweder

of such dominions are under both a central and a local legislature, all parts under the central legislature shall, for the purpose of this definition, be deemed to be one colony.“

1) Siehe oben S. 225.

nach Indien Handel treiben durfte, der Gesellschaft ihr Monopol wieder erteilt und ihr 1657, als sie ihm in seinen Finanznöten zu Hilfe gekommen war, abermals einen Freibrief verliehen.

Von diesem Freibrief hat die Gesellschaft nach der Rückkehr der Stuarts nicht viel gesprochen. Sie hat von Karl II. eine abermalige Erneuerung ihres Monopols erbeten und auch erlangt. Aber nicht nur dies. Karl II. hat ihr auch das Recht der Münzprägung, die Gerichtsbarkeit, das Recht, Kaufleute, die unter Verletzung ihres Monopols nach Indien Handel trieben, zu strafen, das Recht, mit nichtchristlichen Mächten Krieg zu führen und Frieden zu schließen, verliehen. Das ist als Weiterentwicklung der staatlichen Funktionen der Gesellschaft beachtenswert. Ferner hat ihr Karl das ihm als Mitgift bei seiner Heirat mit einer portugiesischen Prinzessin zugefallene Bombay übertragen, was für sie bedeutungsvoll sein sollte.

In das Jahr der Rückkehr der Stuarts fällt auch die Gründung einer französischen ostindischen Gesellschaft durch Colbert. 1665 hat Frankreich dann eine Flotte nach Indien entsendet, und 1672, zur Zeit der englisch-französischen Allianz gegen Holland, ist die erste Ansiedlung der Franzosen an der Coromandalküste erfolgt.

Um die Zeit der Restauration der Stuarts hat die der größten Blüte der Ostindischen Gesellschaft begonnen. Der von ihr erzielte Gewinn war außerordentlich groß. Er hat von 1658 bis 1691 im Jahresdurchschnitt 21 Prozent betragen¹⁾. Es ist die Zeit einer großen Zunahme der Ausfuhr aus England. Aus dem Kampfe Hollands mit Frankreich 1672—78 hat England den Hauptvorteil gezogen. Die Aktien der Gesellschaft standen 1677 245 Proz., 1683 300 Proz., 1685 560—500 Proz.²⁾. In der Verteidigung des englisch-ostindischen Handels³⁾, für deren Verfasser

1) Bal Krishna 173.

2) Ebenda 123.

3) A Treatise wherein it is demonstrated that the East India Trade is the most National of all Foreign Trades etc. By Φίλοπατρος. London 1681.

Mac Culloch¹⁾ den Josias Child erklärt, sagt dieser: „Er ist ein Handel, der eine beträchtliche Menge unserer heimischen Produkte, die unserem Verbräuche dienen, zum billigsten Preise hinwegnimmt, der Rohmaterial zur Weiterverarbeitung durch unsere Gewerbe einführt, der uns mit großen Warenmengen versieht, die wir auf fremden Märkten absetzen, der einer großen Menge englischer Schiffe Verwendung gibt und erhält, der den Bau von mehr Last- und Kriegsschiffen, die der Verteidigung des Landes und des Handels dienen, veranlaßt, der dem Schatzamt beträchtliche Einnahmen durch Zölle bringt und die größte Zunahme des Kapitals des Königreichs.“ Nach mäßiger Berechnung bezifferte sich die damalige Zunahme des Nationalvermögens auf eine halbe Million £ im Jahre²⁾.

Doch wäre es irrig, anzunehmen, die Gesellschaft habe sich damals noch immer nur um Handelsgeschäfte gekümmert. 1687 hat sie in Ausübung der vorgenannten, ihr von Karl II. übertragenen Rechte die Gerichtsbarkeit in ihren Niederlassungen übernommen, diese befestigt, Münzen geprägt, Zölle erhoben, kurz sie ist innerhalb der Grenzen des von ihr besetzten Gebietes die Regierung geworden; auch warb sie ein Heer unter den Eingeborenen zur Verteidigung gegen Angriffe und zur Bekämpfung lokaler Häuptlinge. Der Verfall der Macht der Großmogule, der schon gegen Ende der Regierung Aurangzebs begann, bot Gelegenheit zur Expansion. In Bengalen datiert die erste Niederlassung der Gesellschaft von der Ansiedlung eines Arztes Gabriel Boughton im Jahre 1651. 1686 sind die Engländer von da vertrieben worden. Da hat ihre Flotte den Pilgern aus Surat die Zufuhr gesperrt, bis Aurangzeb sie 1690 wieder in Hugli zuließ. Das Haupt

1) The Literature of Political Economy. London 1845. 99.

2) Davenant (Works I 92—94) hat 1697 Englands Gewinn aus seinem Außenhandel auf 2000000 £ berechnet, wovon 600000 £ auf den Handel mit Ostindien kämen, und geschrieben, daß die Nation, die im Vollbesitze des Handels mit Indien sei, der Handelswelt das Gesetz zu geben vermöge.

der Station, Job Charnock, hat dann die Niederlassung nach Kalkutta verlegt und dort Fort William erbaut. Die Gesellschaft hatte nun drei Hauptsitze: Kalkutta, Bombay und an der Ostküste Indiens Madras.

Wie wenig aber die Gesellschaft an all diesen Niederlassungen lediglich im Handelsbetrieb aufging, zeigt ein Schreiben Sir Josias Childs¹⁾ aus dem Jahre 1690: „Die Mehrung unseres Einkommens ist ebenso sehr wie unser Handel Gegenstand unserer Sorge. Durch sie muß unsere Stärke erhalten werden, während unser Handel durch zwanzig Zufälle unterbrochen werden kann. Sie muß eine Nation in Indien aus uns machen. Ohne dies sind wir nur eine große Zahl von Pfuschern, welche durch die Freibriefe des Königs vereint und nur da imstande sind, Handel zu treiben, wo niemand, der Macht hat, ein Interesse darin findet, uns daran zu hindern. Wir sehen, wie aus dem gleichen Grunde die weisen Holländer in allen allgemeinen Verordnungen, die uns zu Gesicht gekommen sind, zehn Paragraphen betreffend ihre Regierung, ihre zivile und militärische Polizei, Krieg und die Steigerung ihrer Einnahmen schreiben für einen Paragraphen, der ihren Handel betrifft.“ Mit anderen Worten: es wurde als das Ziel hingestellt, Souveränität im Osten zu erwerben und mehr durch Besteuerung indischer und britischer Untertanen als durch Handel Reichtum zu erwerben.

Der Neid, den diese quasi-souveräne Stellung und der außerordentlich hohe Gewinn, den sie abwarf, erweckten, ist auch die Ursache der oben wiedergegebenen Verteidigung der Ostindischen Gesellschaft aus dem Jahre 1681 gewesen. Die Aktionäre sahen sich in die Notwendigkeit versetzt, ihre Gewinne nicht nur als in ihrem, sondern als im nationalen Interesse gelegen zu erweisen²⁾. Ihre Zahl war sehr klein und nahm fortwährend ab. Fünf Kaufleute besaßen $\frac{1}{6}$, 14 Personen $\frac{1}{3}$ der Stimmen. Ein Aktionär bezog ein Einkommen von £ 10 000, der reichste war der

1) James Mill, History of British India I 87.

2) Macaulays Geschichte von England, Kapitel 18.

vorhin genannte Josias Child. Er hatte als Lehrling begonnen; viele erinnerten sich noch seiner, als er des Morgens die Räume des Kontors der Gesellschaft auskehrte. Vermöge seiner Begabung war er rasch zu einem Reichtum aufgestiegen, der mit dem des reichsten Adels seiner Zeit sich messen konnte. Er hatte seine Tochter mit dem ältesten Sohne des Herzogs von Beaufort verheiratet, und ihr eine Mitgift von £ 50 000 gegeben. In der Geschäftswelt besaß er die größte Autorität. Der Schatz und die Verwaltung der Gesellschaft standen unbeschränkt zu seiner Verfügung. Er hat die wichtigsten Posten zu Haus und in Indien mit seinen Verwandten gefüllt und den Schatz der Gesellschaft zur großartigsten Bestechung von Karl II. und seinem Bruder Jakob angefangen bis zu Ministern, Maitressen und Beichtvätern verwendet, den berüchtigten Lord-Oberrichter Jeffreys für sich gewonnen und ist nicht nur selbst als Baronet geadelt worden, sondern hat auch die Verleihung der gleichen Würde und des Titels Exzellenz an seinen Bruder John, den er zum Gouverneur von Bombay ernannt hatte, durchgesetzt.

Ursprünglich war die Ostindische Gesellschaft whigistisch gewesen. Wie unter den City-Kaufleuten überhaupt, befanden sich unter ihren Aktionären zur Zeit des Kampfes um die Ausschließung des katholisch gewordenen Bruders des Königs, des Herzogs von York, von der Thronfolge die heftigsten Exklusionisten. Auch Child hatte ihnen angehört. Dann hat er seine Parteistellung geändert. Die Engländer in Indien waren Gegner der Ausschließung und, während das Interesse der Gesellschaft an die Aufrechterhaltung ihres Monopols und völlige Freiheit in ihrem Handel geknüpft war, waren zu Hause die Whigs gegen Monopole und für Schutz der heimischen Industrie. Die Tories dagegen waren, wie wir gesehen haben, mit Rücksicht auf die Beziehungen der Stuarts zu Frankreich, Freihändler. Da ist Child als Gouverneur der Gesellschaft in ein enges Bündnis mit dem Hofe getreten. Er hat sie in eine Tory Corporation verwandelt. Darauf haben die großen

Whig-Kaufleute ihre Aktien verkauft, und Sir Josias Child wurde Alleinherrscher in der Gesellschaft. Das hat zu jahrzehntelang dauernden Konflikten geführt.

Als 1623 alle von Jakob I. ohne Genehmigung des Parlaments verliehenen Monopole für ungültig erklärt wurden, hatte man doch aus schon erörterten¹⁾ Gründen für Monopole der Handelsgesellschaften, die in ferne Weltteile Handel trieben, eine Ausnahme gemacht, und selbst Cromwell hatte der Ostindischen Gesellschaft wieder einen Freibrief verliehen. Aber die außerordentlich großen Gewinne, welche die Ostindische Gesellschaft in den Händen einer so geringen Zahl reicher Leute konzentrierte, und die tyrannischen Mittel, die Sir Josias Child zur Bereicherung seiner Familie in Anwendung brachte, erregten Eifersucht. Zahlreiche Außenseiter machten der Gesellschaft in Indien Konkurrenz und entfesselten zu Haus eine lebhaftige Agitation gegen ihr Monopol. Dabei haben sie die Unterstützung der früheren whiggistischen Aktionäre gefunden. Diese haben 1691 eine neue Gesellschaft gegründet, die das Monopol der alten anfocht. Nun begannen die heftigsten Kämpfe zwischen der alten und der neuen Gesellschaft, nicht nur zu Haus, sondern auch in Indien. Die Revolution von 1688 hat dem Sir Josias große Enttäuschungen gebracht. Er hatte geglaubt, durch seine Verbindungen mit dem Hofe seiner Gesellschaft den Triumph über alle ihre Gegner dauernd gesichert zu haben, und nun war Jakob II. vertrieben. Zu derselben Zeit trafen aus Indien die ungünstigsten Nachrichten ein. Die Gegner hatten die Beamten der alten Gesellschaft bei Aurangzeb denunziert. Darob Krieg in Indien. Zur See wurden die indischen Schiffe von den britischen vernichtet, aber auf dem Lande wurden die englischen Niederlassungen zerstört. Sir Josias belog das Publikum zu Haus in jeder Weise. Er ließ in London nach wie vor hohe Dividenden verteilen; aber sie wurden nicht länger dem jährlich gemachten Gewinn entnommen, und als der Streit auf seinem

1) Siehe oben S. 177, 179.

Höhepunkte war, verbreitete er durch die London Gazette die Nachricht eines für die Engländer äußerst vorteilhaften Friedensschlusses mit dem Großmogul. Das war eine Lüge, mit der der große Lügner sich selbst übertraf. Aurangzeb hatte den Engländern voll Verachtung in Anbetracht ihrer Reue und eines großen Tributs Verzeihung gewährt gegen das Versprechen, sich zu bessern und der Absetzung des Hauptsünders, des Bruders des Sir Josias, Sir John Child. Dessen Tod erfolgte so rechtzeitig, daß aus dieser Bedingung keine Schwierigkeiten entstanden.

Während des Sommers 1691 hielt der Kampf zwischen der alten und der neuen Gesellschaft die City in ständiger Aufregung¹⁾. Die neue Gesellschaft war populär; sie gab keine Dividende und war daher nicht beneidet. Auch hatte sie keine Macht, Außenseiter zu bedrücken; die alte hatte Privilegien und einen Riesenschatz. Das Unterhaus wünschte einen Kompromiß zwischen beiden. Man machte den Vorschlag, beide Gesellschaften in einer neuen zu vereinen, und, um die Vorherrschaft einer kleinen Zahl reicher Leute zu verhindern, sollte kein Aktionär mehr als 5000 £ an Aktien besitzen dürfen. Aber Sir Josias weigerte sich auf solchen Kompromiß einzugehen und verhöhnte die Vorschläge. Als ob jemand, der sein ganzes Vermögen für den Erfolg des Handels mit Indien einsetze, sich nicht in ganz anderer Weise dafür einsetze wie der, der nur so viel riskiere, als für ihn keinen großen Verlust bedeute. Das Unterhaus, ob solcher Hartnäckigkeit erzürnt, hat darauf vom König die Auflösung der alten Gesellschaft verlangt. Der König ist nicht darauf eingegangen; vielmehr hat er ihr 1693, wahrscheinlich gegen entsprechende finanzielle Leistungen, ihren Freibrief erneuert. Kaum hatte sie ihn erhalten, so ging sie mit einer empörenden Brutalität gegen alle Außenseiter vor. Das Vorgehen gegen das Schiff „Redbridge“ das, nach Alicant bestimmt, vollbeladen im Londoner Hafen lag und das sie am Auslaufen hinderte, entrüstete so sehr das Unterhaus, daß dieses beschloß, daß

1) Macaulay a. a. O. 20. Kapitel.

alle britischen Untertanen das Recht haben sollten, mit Indien Handel zu treiben. Von da ab war anerkannt, daß keine andere Macht außer allen gesetzgebenden Faktoren gemeinsam das Recht hätte, jemanden ein andere ausschließendes Recht zum Handelsbetrieb nach irgendeinem Teil der Welt zu erteilen.

Aber das Unterhaus, das so das Monopol der alten Gesellschaft beseitigte, gab der neuen kein Monopol. Das verhinderte die alte durch Bestechung der Tories. Die Folge war, daß der Handel mit Indien während einer Anzahl Jahre von Rechts wegen frei war; tatsächlich unterlag er den schärfsten Behinderungen durch die alte Gesellschaft. Child verhinderte, daß die in England erlassenen Gesetze in Indien ausgeführt wurden. Charakteristisch ist das Schreiben, das er 1695 an den Gouverneur von Bombay gerichtet hat. Der Gouverneur hatte nach Haus berichtet, daß die Gesetzgebung Englands ihm nicht gestatte, die Instruktionen, die ihm zugeschickt würden, zu befolgen. Darauf Sir Josias voll Aerger: „Er erwarte, daß der Gouverneur sich nach seinen Befehlen und nicht nach den Gesetzen Englands richte; diese seien eine von einigen unwissenden Landjunkern zusammengestoppelte Sammlung von Unsinn; diese verstünden es kaum, für ihre eigenen Familien gute Ordnung zu schaffen und noch weniger für die Regelung von Handelsgesellschaften und die des Außenhandels“¹⁾.

Schließlich ist der Staat aber doch über den rebellischen Kapitalisten Herr geworden²⁾. Eine 1695 vom Unterhaus eingesetzte Untersuchung stellte fest, daß die alte Ostindische Gesellschaft einen Geheimfonds, über den nicht Rechenschaft gelegt wurde, im Betrag von 80 000—90 000 £ auf Bestechungen verwendet hatte. Selbst der Sprecher des Unterhauses hatte sich bestechen lassen, und ist deshalb von diesem ausgeschlossen worden, und der Herzog von Leeds, auf dem der Verdacht sitzen blieb,

1) James Mill, *History of British India* I 91.

2) Macaulay, *Geschichte von England*, 21. Kapitel.

Bestechungen empfangen zu haben, fiel in Ungnade und mußte aus dem Ministerium scheiden. Nichtsdestoweniger hat es noch bis zum Jahre 1708 gedauert, bis es zur Vereinigung der alten und der neuen Gesellschaft kam. Von 1691 bis Ende des 17. Jahrhunderts ist keine Dividende verteilt worden; die Aktien sanken auf 37 Proz.¹⁾ Das hat den hartnäckigen Widerstand der alten Gesellschaft gebrochen; auch war deren Seele Sir Josias Child tot. Die Schädigung, die die Konkurrenz beiden Gesellschaften brachte, hat zu ihrer Verschmelzung unter dem Namen „The United Company of Merchants of England Trading to India“ geführt. Sie mußten für das ihnen erneuerte Monopol der Regierung einen Vorschuß von £ 1 200 000 gewähren, was sie in der Möglichkeit Geschäfte zu machen sehr beeinträchtigt hat²⁾. Von da ab haben wir regelmäßige Nachrichten über Umfang und Wert des Handels nach dem Orient. Es mußte dem Parlamente jedes Jahr darüber berichtet werden.

Der Wert der Einfuhr asiatischer Waren nach Großbritannien ist von 1708 bis 1751 um 219 Proz. gestiegen. Die Hauptposten waren trotz Verboten und Zöllen, von denen wir noch hören werden, Baumwollgewebe, sodann Tee und Kaffee, Salpeter, Pfeffer, Zucker und Reis, ferner Indigo. Die britische Ausfuhr stieg von 1708 bis 1757³⁾

	nach Indien	nach Asien
	%	%
von Waren	162	180
von Edelmetall	68	97

Nach Adam Smith ist der Gewinn der Aktionäre der Ostindischen Gesellschaft, wenn man das Risiko, das sie liefen, berücksichtigt, mäßig gewesen. Seine Bemerkung zeigt, wie gut unterrichtet er gewesen ist; nach den exakten Angaben Bal Krishnas hat die von den Aktionären während der 47 $\frac{1}{2}$ Jahren von 1708 bis Sonnen-

1) Bal Krishna 174.

2) Ebenda 181/2.

3) Ebenda 191—213.

wende 1756 bezogenen Dividende 8,4 Proz. im Jahresdurchschnitt betragen. Um so größer war der Reichtum den die Gesellschaft ihren Beamten gebracht hat. Nicht etwa infolge von hohen Gehältern. Nur die hohen Beamten waren gut bezahlt. Die Gehälter der unteren Beamten waren nicht höher als in England. Das war ein großer Fehler. Wer nach Indien ging, tat dies nicht, um sein Leben in einem Klima, das seine Gesundheit bedrohte, für ein Gehalt zu gefährden, das er auch zu Hause hätte verdienen können. Selbst bei äußerster Sparsamkeit vermochte er im Osten nicht damit auszukommen, während unbegrenzte Möglichkeiten sich boten, enorme Reichtümer anzusammeln. Nirgends in Europa, nirgends vielleicht in der ganzen Welt konnten große Vermögen so rasch angehäuft werden. Es war etwas Gewöhnliches, daß junge Leute, die ohne einen Pfennig ausgezogen waren, in 10 bis 12 Jahren mit Vermögen heimkehrten, die ihnen möglich machten, zu Haus mit den ältesten Familien der Grafschaften zu rivalisieren. Haben sie die Schätze, die sie nach Hause brachten, auch in geschmackloser Weise verausgab, so haben diese doch dazu gedient, den Reichtum Englands in außerordentlichem Maße zu heben. Alle, die etwas zu verkaufen hatten, haben davon Gewinn gezogen; es stieg alles im Preise, wie Macaulay sich ausdrückt¹⁾, von frischen Eiern angefangen bis zu verrotteten Wahlflecken.

Die Beamten der Gesellschaft haben die Geschäfte, die sie für eigene Rechnung machten, aber nicht wie Kaufleute dies tun, gemacht, sondern wie Souveräne, so daß Tausende und Abertausende zu Bettlern wurden. Die große Macht, die in ihren Händen lag, ermöglichte ihnen, alle Konkurrenten zu schlagen. Eine Hauptquelle der öffentlichen Einnahmen waren die auf Durchfuhr von Waren gelegten Steuern; die Beamten der Gesellschaft setzten es durch, daß sie von deren Zahlung befreit wurden. Mit-

1) Siehe Macaulays Essay über Lord Clive, The Edinburgh Review, 1840.

unter haben sie diese Steuerbefreiung an indische Kaufleute für enorme Summen verkauft. Wenn die Beamten der indischen Fürsten ihnen Widerstand leisteten, haben sie dieselben entlassen oder sie eingeschüchtert. Einheimischen Kaufleuten untersagten sie, die Waren zu verkaufen, mit denen sie selbst Handel trieben. Sie haben Dörfer überfallen und deren Bewohner durch Schläge und Gefängnis gezwungen, ihnen ihre Waren zu außerordentlich hohen Preisen abzukaufen, oder das, was sie haben wollten, unter dem Marktpreis zu verkaufen. Wer sich weigerte, mußte hohe Geldstrafen zahlen. Sie haben den Handel mit einigen der unentbehrlichsten Lebensmittel monopolisiert, dadurch viele heimische Kaufleute ruiniert und das zum Leben Unentbehrliche an eine halb verhungerte Bevölkerung zu Hungersnotpreisen verkauft. Sie haben diejenigen, die unter ihren Einfluß kamen, in ein diesen bis dahin unbekanntes Elend gestürzt¹⁾. Zuerst waren die Engländer von der Bevölkerung als Befreier von den Gewalttätigkeiten der Portugiesen und Holländer begrüßt worden; alsbald sind sie der Gegenstand des gleichen Hasses seitens der Einwohner geworden.

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts ist der Umfang der britischen Besitzungen in Indien noch unerheblich gewesen, und in Labourdonnais, einem der glänzendsten Seehelden, die Frankreich gehabt hat, und in Dupleix, dem Gouverneur der französischen Niederlassung in Pondichery, dem ersten europäischen Staatsmann, dem es gelungen war, indischen Soldaten die Disziplin und die Tüchtigkeit eines europäischen Heeres beizubringen, hatte England gefährliche Rivalen seiner Herrschaft. Es war diesen gelungen, während des Kriegs, den England und Frankreich in Europa führten, sich 1747 Madras zu bemächtigen, das dann im Aachener Frieden von 1748 an England zurückgegeben wurde; es ist dann ein Bollwerk der britischen Besitzungen in Dekkan geworden. Aber noch war der Stern

1) Macaulay a. a. O.

Dupleix' im Aufsteigen. Nach dem Tode Aurangzebs im Jahre 1707 war das große Reich des Moguls in Auflösung; die Macht des in Delhi thronenden Kaisers ging auf eine Menge von Vasallen über, die tatsächlich zu unabhängigen Souveränen wurden. Dupleix hat die Gelegenheit benützt, um in Fällen bestrittener Nachfolgerschaft mit Waffengewalt die ihm ergebenen Kandidaten auf den Thron zu setzen, und er war so in wenigen Jahren der mächtigste Potentat in Indien geworden. Um 1751 befand sich sein Glück im Zenith. Da begann die Laufbahn eines jungen Mannes, die zu seinem Sturze und der Herrschaft Großbritanniens in Indien führen sollte.

Unter den in den Bureaux der Ostindischen Gesellschaft als Kommis beschäftigten jungen Leuten befand sich Robert Clive, den man, als er 18 Jahre alt war, als Tunichtgut nach Indien geschickt hatte, weil man verzweifelte, zu Haus etwas mit ihm anfangen zu können. Dort sollte er sich als der größte Feldherr entpuppen, den Großbritannien je hervorgebracht hat. Als den einzigen Mann, der ihm an militärischem Genie gleichgekommen sei, hat Macaulay Napoleon bezeichnet. Ohne alle militärische Vorbildung hat Clive 1754 die Herrschaft der Franzosen unter Dupleix im Westen Ostindiens gestürzt. Nachdem der Nabob von Bengalen, Suradsch-ed-Daulah, einer der mächtigsten und gewalttätigsten indischen Fürsten, verbündet mit den Franzosen Kalkutta erobert und 146 Engländer ins „schwarze Loch“ eingesperrt hatte, von denen 123 in einer Nacht wegen Luftmangels umkamen, hat Clive, 32 Jahre alt, 1757 mit einer Armee, die aus 900 Europäern und 1500 Eingeborenen bestand, das Heer des Vizekönigs von nahezu 60 000 Mann in der Schlacht bei Plassey besiegt und Mir Jaffar an Stelle des Besiegten zum Nabob eingesetzt. Er hat damit Bengalen unterworfen, ein Reich, größer und volkreicher als Großbritannien. Clive hat, um die Zustimmung eines für seinen Erfolg wichtigen Inders für sein Vorgehen zu erlangen, vor der Fälschung einer Unterschrift nicht zurückgeschreckt und nach seinem Siege von Mir Jaffar £ 234 000 als Geschenk angenommen. 1758

ist er Präsident von Bengalen geworden, und im gleichen Jahr hat ihm Mir Jaffar den berüchtigten Jagir abgetreten, d. h. die Renten im Werte von ungefähr £ 30 000 im Jahr, welche die Ostindische Gesellschaft Mir Jaffar für die von ihr südlich Kalkutta besetzten Distrikte zu zahlen hatte. Der vom armen Kommis zum Beherrscher Indiens Aufgestiegene hat in wenigen Jahren ein Vermögen zusammengebracht, das £ 40 000 Rente und mehr abgeworfen hat.

Nach der Besiegung des Nabobs Suradsch-ed-Daulah haben sich die Holländer gegen ihren alten Feind, die Engländer, nochmals gerührt. Clive hat auch sie zur Unterwerfung gebracht. 1760 hat er Indien verlassen. In den auf die Schlacht von Plassey folgenden drei Jahren hatte er die Lage der Engländer in Indien vollständig umgewandelt. Der Grund zum britischen Reiche in Indien war gelegt; aber die dabei angewandten Mittel sind im höchsten Maße anfechtbar gewesen. Clive hat nach orientalischen Rezepten gewirtschaftet. Nur das läßt sich sagen, daß er, wo sein persönliches Interesse mit dem des Staates in Konflikt kam, nie einen Augenblick gezögert hat, diesem den Vorrang zu geben. Später, als er zu seinem edelsten Werke, der Reinigung und Reform der Zivilverwaltung Bengalens schritt, hat er selbst empfunden, daß ihm sein Vorgehen während seiner ersten Präsidentschaft wie ein Mühlstein am Halse hing.

Nach der Abreise Clives hat sich der Rat von Bengalen erbärmlich benommen. Er hat Mir Jaffar abgesetzt und seinen Schwiegersohn Mir Kasim gegen Zahlung von £ 200 000 an die Mitglieder des Rats zum Nabob gemacht. Mir Kasim war ein ausgezeichnete Verwalter und darauf aus, alle übernommenen Verpflichtungen gegen die Engländer zu erfüllen. Die englische Politik ihm gegenüber war eine Mischung von schwächlichem Nachgeben und unberechtigter Strenge. Das hat Mir Kasim zur Rebellion getrieben.

Die Engländer waren vertragsmäßig frei von Zöllen für alles, was sie zur See ein- und ausführten. Das haben die Beamten der Ostindischen Gesellschaft dazu mißbraucht,

dieses Vorrecht auch für ihre Waren im Handel im Innern zu beanspruchen, während die indischen Kaufleute Zoll entrichten mußten. Dadurch haben sie die Einnahmen des Nabobs so geschwächt, daß er die hohen Subsidien nicht zahlen konnte, die der Unterhalt der britischen Truppen erheischte; er protestierte mit Würde, dann mit steigender Entrüstung. Vansittart und Warren Hastings waren gegenüber dem korrupten Rate auf seiner Seite; aber vergebens. Der Rat hat beide desavouiert. Darauf hat Mir Kasim alle inneren Zölle aufgehoben, wozu er berechtigt war. Der Rat verlangte, daß er die Aufhebung zurücknehme, um das Monopol der Briten, von dem nicht die Ostindische Gesellschaft, sondern nur die Beamten Vorteil hatten, zu erhalten. Das hat Mir Kasim zu offenem Kriege getrieben. Darauf wurde er abgesetzt und Mir Jaffar wieder eingesetzt. Mir Kasim flüchtete zum Nabob von Oudh. 1764 haben die Briten die Inder unter Munro bei Buxar in blutiger Schlacht besiegt, worauf der Titularkaiser von Hindustan und sein Minister, der Nabob von Oudh, sich unterworfen haben.

Im Februar 1765 ist Mir Jaffar gestorben, und nun ereignete sich ein neuer Skandal, indem der Rat von dem Nachfolger, den er, ohne den Großmogul, dem die Ernennung zustand, zu befragen, ernannte, abermals große Geschenke erzwang. Das war um so ärger, als die Erpressung stattfand, nachdem eben ein Brief aus England eingetroffen war, in dem die Gesellschaft ihren Beamten die Annahme von Geschenken seitens der eingeborenen Mächte verbot.

Kaum war dies geschehen, so kam im März 1765 Clive aus England zurück. Man hatte ihn zum irischen Lord gemacht; er war selbst Parlamentsmitglied geworden und hatte durch Kauf von Parlamentsmitgliedern außerordentlichen Einfluß, aber auch viele Feinde, darunter unter den Direktoren der Gesellschaft selbst. Es war durchgesickert, daß er bei Pitt eine Staatskontrolle der Gesellschaft angeregt hatte; die Souveränität sei für eine Handelsgesellschaft zu groß. Darauf hat diese versucht, die Zahlung

des Jagir an ihn einzustellen. Um diese Zeit trafen Nachrichten über die schlimme Lage in Bengalen ein, und die Versammlung der Aktionäre setzte beim Rate der Direktoren durch, daß Clive abermals als Gouverneur und oberster Kommandant nach Indien gesandt wurde; er sollte den Jagir auf weitere 10 Jahre erhalten.

Zwei Tage nach seiner Ankunft hat Clive seine Reform der durchaus korrupten Verwaltung begonnen. Jedermann mußte einen Vertrag eingehen, des weiteren von Eingeborenen keine Geschenke anzunehmen, und die Zollfreiheit der Beamten der Gesellschaft bei eigenen Handelsunternehmungen wurden beseitigt. Clive hatte mit dem Rate hart zu kämpfen. Seine eigene Vergangenheit stand gegen ihn auf. Er konnte zu seiner Verteidigung nichts vorbringen, als daß es 1757 noch nicht verboten gewesen sei, Geschenke anzunehmen.

Das nächste war, daß Clive die Beziehungen zum Großmogul in Delhi und dessen erblichem Minister, dem Nabob von Oudh, in einer Weise regelte, vermöge deren Oudh zu einem Pufferstaate wurde, was es bis zu seiner Annexion durch Großbritannien im Jahre 1856 geblieben ist. Das Folgenreichste war, daß Clive den Großmogul Schah Alam veranlaßte, den Nabob von Bengalen zwar in seinem Amt zu bestätigen, im Namen der Gesellschaft aber den Diwan der Provinz übernahm. Damit hat sich der Charakter der Ostindischen Gesellschaft geändert. Aus einer Handelsgesellschaft wurde sie eine Landherrschaft, der Nabob zur Puppe. Es war nämlich Aufgabe des Diwan, alle Staatseinkünfte zu erheben und zu verwalten, die Ausgaben der Regierung zu bestreiten und nach Vorsorge für Fonds zum Unterhalte des Nabobs den Überschuß an den Schatz des Großmoguls in Delhi abzuliefern. Die Abgaben an den Nabob und den Großmogul wurden später fixiert und letzterem die Distrikte Corah und Allahabad zum Unterhalt seiner Würde übergeben.

Clives zweite Verwaltung hat nur 18 Monate gedauert, ist indes eine der denkwürdigsten in der Geschichte Indiens gewesen. Er hat, wie er sich ausdrückt, die Re-

gierung bis in jede Faser durch Korruption verdreht gefunden. Raub und Bedrückung waren die allgemein maßgebenden Prinzipien, und jeder Funke von Ehrbarkeit und Gemeingeist war in ungemeinem Streben nach unverdientem Reichtum verloren gegangen. „Die Lage der Dinge war“, wie er an die Direktoren der Gesellschaft schrieb, „nahezu verzweifelt“. „In einem Lande“, fuhr er fort, „in dem Geld reichlich vorhanden, in dem die Einflößung von Furcht das Regierungsprinzip ist, und in dem die eigenen Waffen allzeit siegreich sind, ist es kein Wunder, wenn das Streben nach Reichtum sich der sich bietenden Mittel, es zu befriedigen, rücksichtslos bedient, und die Werkzeuge eurer Macht sich eurer Autorität bedienen, und in Fällen, wo gewöhnliche Bestechung zur Befriedigung ihrer Raubgier nicht ausreicht, selbst bis zur Erpressung schreiten. Wo von den Vorgesetzten solche Vorbilder gegeben werden, ist es nicht zu verwundern, daß die Nachgeordneten in entsprechendem Verhältnis ihrem Beispiele folgen. Das Übel ist ansteckend und hat sich in der Zivil- wie der Militärverwaltung verbreitet bis hinab zum Schreiber, dem Fährndrich und freien Kaufmann.“

Clive hat sich aber nicht nur darauf beschränkt, die infamen Erpressungsmethoden, deren sich die Beamten der Gesellschaft den Eingeborenen gegenüber bedienten, zu verbieten, er hat ihnen auch als Ersatz dafür eine angemessene Erhöhung ihrer Gehälter zu verschaffen gesucht. Es war klar, daß ohne dies nicht verhindert werden konnte, daß die Beamten für eigene Rechnung Geschäfte machten. Aber die Direktoren in London weigerten sich, die Gehälter ihrer Beamten zu erhöhen. Nun ging Clive vor, ohne sich um die Direktoren zu kümmern. Er erließ ein strenges Verbot, die Eingeborenen zu zwingen, den Beamten der Gesellschaft zu Preisen zu verkaufen und von ihnen zu kaufen, welche die Beamten vorschrieben. Das Betreiben von Binnenhandel und die Annahme von Geschenken der Eingeborenen wurde den Beamten verboten. Dagegen verwendete er das Salzmonopol, das er für die Gesellschaft

beanspruchte, für die Auszahlung von Gehältern an Gouverneur, Räte, Zivil- und Militärbeamte bis herab zu den Faktoren, den Majoren, den Kaplänen und Chirurgen; der Gesellschaft sollten 35 Proz. der Einnahmen aus dem Salzmonopol bleiben. Nach seiner Schätzung würden die Einnahmen eines Rats oder Obersten £ 7000, die eines Faktors oder Majors £ 2000 betragen haben. Dieses sein Vorgehen hat eine Meuterei der Beamten und Offiziere hervorgerufen, und hätten die eingeborenen Truppen nicht zu Clive gestanden, so wäre die ganze Herrschaft der Ostindischen Gesellschaft zu Ende gewesen. Mit ihrer Hilfe hat Clive die Meuterei mit eiserner Strenge in wenigen Tagen unterdrückt. Als seine zerrüttete Gesundheit ihn im Januar 1767 nötigte, nach England zurückzukehren, hat er Indien unbestreitbar in besserem Zustand hinterlassen, als in dem er es vorgefunden hatte.

Aber die Direktoren in London weigerten sich, Clives Anordnungen über die Verwendung der Salzeinnahmen anzuerkennen, und die alten Mißbräuche in dem von den Beamten betriebenen Handel erwachten aufs neue. Dabei hatte der Aberglaube der Aktionäre an den ungeheuren Reichtum Indiens zugenommen, und sie verlangten ungestüm nach erhöhten Dividenden. Trotz der großen Schulden der Gesellschaft und trotz des lebhaften Widerstandes der Direktoren bestanden die Aktionäre darauf, die Dividende 1766 von 6 auf 10 Proz. und 1767 auf 12 Proz. zu erhöhen.

Um diese Zeit ist die große Frage der Berechtigung und Zweckmäßigkeit von Staatseinmischung in das Gebaren der Ostindischen Gesellschaft Gegenstand der politischen Diskussion geworden. Schon 1759 hatte Clive bei Pitt angeregt, daß die Krone die Souveränität über alle Besitzungen der Gesellschaft beanspruchen solle; Pitt sah noch nicht klar in der Sache und zeigte daher keine Lust, sich damit zu befassen. Inzwischen waren die mit Schätzen aus Indien heimgekehrten Beamten der Gesellschaft, die „Nabobs“, Gegenstand von gleichzeitiger Verachtung, Neid und Haß geworden. „Wir sind Spanier in unserem Gold- und Holländer in unserer Delikatesse bei Erlangung

von Gold“, schrieb Horace Walpole. Politische Denker sahen eine gefährliche Anomalie in dem Heranwachsen eines östlichen Reiches, das nur durch die Agenten eines privaten Unternehmens mit dem britischen Reiche verbunden war. Nun trat Chatham energisch für Recht und Pflicht der Krone ein, die Regierung von Indien zu beaufsichtigen. Die Gesellschaft und ihre Verteidiger protestierten lebhaft im Namen der Heiligkeit des Privateigentums und fanden bei den im Merkantilismus befangenen Whigs leidenschaftliche Unterstützung. Doch wurde 1767 ein Gesetz erlassen, das entgegen dem von den Aktionären gefaßten Beschluß die Dividende der Gesellschaft auf 10 Proz. bis zur nächsten Parlamentssession beschränkte. Diese, durch das Vorgehen der Regierung erschreckt, gab nach und verpflichtete sich vom 1. Februar 1767 an jährlich £ 400 000 in die Staatskasse zu zahlen. Es war nachgewiesen worden, daß in den 9 Jahren zwischen 1757 und 1766 £ 2 169 665 von den Fürsten und Eingeborenen Bengalens an die Beamten der Gesellschaft gezahlt worden waren, abgesehen von dem Jagir Clives, und daß eine weitere Summe von £ 3 370 833 als Ersatz für Verlust erhoben worden war.

Aber bald zeigte sich, daß die Vorstellung von den großen Überschüssen der Gesellschaft, auf der die Abmachung mit ihr beruhte, nicht gerechtfertigt war. Die Gesellschaft war völlig außerstand, zu zahlen. Sie hatte schon über 6 Millionen £ Schulden, ein Heer von 30 000 Mann zu erhalten, dem Großmogul, dem Nabob von Bengalen und anderen indischen Großen jährlich ungefähr 1 Million £ zu entrichten und fortwährend Kriege zu führen. Unter diesen ist der von 1767 bis 1769 mit Hyder Ali, dem Beherrscher von Mysore, geführte für die Gesellschaft unglücklich ausgefallen, und als Folge sind ihre Aktien um 60 Proz. und ihr Kredit gesunken. In dem Maße, in dem ihre Einnahmen herabgingen, ging auch ihre Popularität zurück, und die Klagen über die Mißbräuche in ihrer Verwaltung wurden lauter und lauter. Von 1769 bis 1770 wurde Bengalen von der vielleicht

fürchterlichsten Hungersnot, von der die Geschichte weiß, heimgesucht. Aber während ein Drittel seiner Bevölkerung starb und ungeachtet des Nachweises, daß die Einnahmen der Gesellschaft unzureichend waren, hat die Goldgier der Aktionäre eine Steigerung der Dividende auf $12\frac{1}{2}$ Proz. durchgesetzt. Das Ergebnis war vorauszusehen. Im Juli 1772 fehlten der Gesellschaft £ 1 293 000, um ihren in den nächsten drei Monaten fällig werdenden Verpflichtungen nachzukommen, und ihr Vorsitzender und sein Stellvertreter erschienen beim Minister, um ihm mitzuteilen, daß die Gesellschaft bankrott sei, wenn ihr nicht wenigstens eine Million £ vom Staate geborgt werde.

Die Angelegenheit hat zu leidenschaftlichen Diskussionen im Parlament Anlaß gegeben. Burke überbot sich in der Heftigkeit, mit der er im Namen der Heiligkeit des Privateigentums die Rechte der Gesellschaft verteidigte. Aber die Verwaltungsmißbräuche derselben, welche ein Untersuchungsausschuß nachwies, waren überwältigend. Das Ergebnis war ein schüchterner Versuch, eine Staatskontrolle über die Gesellschaft zu Haus und in Indien herbeizuführen. Der Gouverneur von Bengalen sollte Generalgouverneur aller englischen Niederlassungen in Indien werden. Ein Rat von Vieren sollte ihm zur Seite stehen. Bei Stimmengleichheit sollte der Gouverneur den Ausschlag geben. Alle Korrespondenz über bürgerliche Verwaltung und militärische Angelegenheiten sollte durch die Direktoren dem königlichen Ministerium vorgelegt werden. Die Verfassung der Gesellschaft sollte auf einer mehr oligarchischen Basis umgemodelt werden. Das ganze Gesetz war ein Kompromiß; es sprach die Souveränität der britischen Krone in Indien noch nicht direkt aus. Auch bestritt es nicht die nominelle Autorität der Nabobs in Bengalen. Es ernannte einen Generalgouverneur, setzte aber gleichzeitig einen Rat ein, der ihn lahmlegen konnte. Es schuf einen obersten Gerichtshof, ohne auch nur zu versuchen, seine Kompetenz gegenüber dem Rate abzugrenzen. Es war eben nur ein Anfang, der wegen seiner Halbheit notwendigerweise weiter führen mußte.

Unter denen, die vor dem Untersuchungsausschuß vernommen wurden, befand sich auch Clive. Er hat in dem Kampfe um Einführung einer Staatskontrolle über die Gesellschaft durchweg auf seiten des Staates gestanden, und dies hat die ihm von der Mehrheit der Direktoren, die an Ostindien kein anderes Interesse als den Bezug hoher Dividenden kannten, entgegengebrachte Feindschaft verstärkt. Er beklagte sich, von dem Untersuchungsausschusse wie ein Schafdieb behandelt worden zu sein. Der von dem Ausschuß erstattete Bericht brachte viele Gewalttaten und Räubereien, die er sich während seiner ersten Verwaltung hatte zuschulden kommen lassen, ans Licht. Der Hauptvorwurf, der gegen ihn erhoben wurde, war die Fälschung der Unterschrift, mittels der es ihm möglich gewesen, seinen Sieg bei Plassey zu erringen, sowie das Geschenk von £ 234 000, das er von Mir Jaffar dafür, daß er ihn zum Nabob von Bengalen gemacht, erhalten hatte. General Burgoyne erhob im Namen des Ausschusses die Anklage gegen Clive. Die darauf folgenden Debatten führten zu einer völligen Spaltung der Parteien. Clive verteidigte sich in einer Rede, von der der ältere Pitt, Lord Chatham, erklärte, er habe nie eine bessere Rede gehört. Clive gab zu, vor der Schlacht von Plassey eine Unterschrift gefälscht zu haben; er würde es unter den gleichen Verhältnissen wieder tun, weil sonst alles verloren gewesen wäre. Desgleichen gab er zu, von dem von ihm eingesetzten Nabob immense Summen erhalten zu haben; aber er leugnete, mit ihrer Annahme Pflichten der Moral oder der Ehre verletzt zu haben. Er beschrieb in lebhaften Farben die Lage, in die ihn der Sieg von Plassey versetzt hatte: große Fürsten, die von seinem Belieben abhängig waren; eine reiche Stadt voll Angst, geplündert zu werden; wohlhabende Bankiers, die einander überboten, nur ein Lächeln von ihm zu gewinnen; Gewölbe voller Gold und Juwelen, die ihm allein zugänglich waren. „Wahrlich“, rief er aus, „Herr Präsident, in diesem Augenblick staune ich über meine Mäßigung“.

Das Unterhaus hat am 10. Mai 1773 beschlossen, den

Antrag Burgoynes in zwei Teile zu teilen. Der erste Teil, der besagte, daß Clive 234 000 £ angenommen habe, wurde ohne Abstimmung angenommen; der zweite, der ein Tadelsvotum gegen ihn aussprach, wurde nach einer Diskussion, die sich bis morgens 5 Uhr hinzog, mit Mehrheit abgelehnt und dann der vom Solicitor General beantragte Zusatz, „daß Robert Lord Clive gleichzeitig diesem Lande große und rühmliche Dienste geleistet hat“, einstimmig angenommen. Aber Clive genügte dieser Zusatz nicht; die Anklage wurde der Nagel zu seinem Sarge. Von jeher melancholisch, wurde er von dieser Zeit ab noch trübsinniger. Erst 49 Jahre alt, hat er sich am 22. November 1773 selbst umgebracht.

Der erste auf Grund des Gesetzes von 1773 ernannte Generalgouverneur war Warren Hastings, der Sohn einer verarmten alten englischen Familie. Er war 1750 im Alter von 18 Jahren nach Indien gekommen und hatte sich da als ausgezeichnete Verwaltungsbeamter erprobt. Die fünf Jahre zwischen der Abreise Clives aus Indien 1767 und seinem Antritt des Amtes des Generalgouverneurs waren eine Zeit der ärgsten Mißverwaltung gewesen, die zu eben den von dem Parlamente erörterten Klagen Anlaß gegeben hatte. Der Ruhm von Warren Hastings liegt nicht in siegreichen Feldzügen und weiterer Ausdehnung der Herrschaft der Gesellschaft, sondern darin, daß er in einer Zeit, da jeder andere Teil des britischen Reiches in Krieg und Aufruhr verwickelt war, die unter seiner Verwaltung stehenden Provinzen in einem Zustand von Wohlhabenheit, Friede und Sicherheit erhalten hat.

Die Mängel des Gesetzes von 1773 haben der Tätigkeit des ersten und letzten des auf Grund desselben ernannten Generalgouverneurs, Warren Hastings, in der ersten Zeit seiner Regierung große Hindernisse bereitet. Infolge der Intriguen eines seiner Räte, Francis, fand er sich im Rate stets in der Minderheit, bis der Tod eines seiner Gegner ihm die Gelegenheit gab, ihn durch einen Freund zu ersetzen. Doch ich unterlasse es darauf einzugehen und auf die Kriege, die er gegen Einheimische und Fran-

zosen geführt hat, sowie auf sein sehr anfechtbares Verhalten gegen den Raja Chait Singh von Benares und die Begums von Oudh, wegen dessen er später unter Anklage gestellt worden ist. Die Vorgänge sind mehr von persönlichem Interesse als von Bedeutung für die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen England und Indien. Was hier interessiert, ist das weitere Fortschreiten der Ersetzung der Herrschaft einer bloßen Handelsgesellschaft durch die Staates. Man kann die Regierung der Ostindischen Gesellschaft um diese Zeit als die einer durch periodisch wiederkehrende staatliche Untersuchungen moderierten Oligarchie bezeichnen. Nachdem 1783 ein von Fox eingebrachter Gesetzentwurf betr. Indien gescheitert war, hat der jüngere Pitt 1784 ein Gesetz über Indien durchgesetzt, das im wesentlichen nicht von dem abgelehnten verschieden war. Die Angelegenheiten Indiens wurden dadurch in die Hand eines Geheimen Ausschusses, bestehend aus einem Vorsitzenden, einem zweiten Vorsitzenden und den älteren Mitgliedern des Rates der Direktoren gelegt, die unter Aufsicht eines aus sechs von der Krone ernannten Beamten bestehenden Amtes, gewöhnlich Kontrollamt genannt, handeln sollten. Präsident dieses Amtes war ein Staatsminister. Die Macht ist damit aus der Hand der Direktoren in die Hände des letzteren übergegangen. Dundas wurde der erste besoldete Präsident und praktisch Minister für Indien. Nach kurzer Zeit trat das Amt nie zusammen, und sein Präsident handelte in seinem Namen. Dieses System hat ohne wesentliche Änderung bis 1858 gedauert; in diesem Jahre hat die Krone die direkte Verwaltung übernommen, und ein Staatssekretär für Indien ist an die Stelle des Präsidenten des Kontrollamtes getreten. Doch davon später.

Warren Hastings ist im Juni 1785 wieder in England gelandet. Er wußte, daß er viele Gegner hatte; aber im Bewußtsein, bei allen seinen Handlungen stets das Interesse der Ostindischen Gesellschaft und die Macht und Ehre Englands im Auge gehabt zu haben, fühlte er sich stark, ihnen die Stirn zu bieten. Auch durfte er sich sagen, trotz

seiner willkürlichen und eigenmächtigen Eingriffe in die Zustände und Rechtsverhältnisse der indischen Vasallenstaaten und trotz der drückenden Lasten, die er ihren Fürsten auferlegt hatte, die Lage des Volkes gebessert zu haben. 1788 wurde er von einer Kommission des Unterhauses unter Führung der Häupter der Whigs, Fox, Burke, Sheridan vor dem Oberhause verklagt. Der Prozeß hat 7 Jahre gedauert und mit seiner Freisprechung geendet. Der große ehemalige Generalgouverneur von Indien hat sie 20 Jahre überlebt. Da die Kosten des Prozesses sein Vermögen weit überstiegen, hat ihm die Ostindische Gesellschaft ein Jahresgehalt von £ 4000 gewährt und ihm £ 50 000 zinslos vorgeschossen, eine Summe, deren Rückzahlung ihm später größtenteils erlassen worden ist.

35. Kapitel.

Der Gewerbebetrieb im 17. und 18. Jahrhundert.

Wir haben kennen gelernt, wie an der Wende von Mittelalter und Neuzeit der im Handel angesammelte Reichtum zum Eindringen des Kapitalismus auch in Gewerbe und Landwirtschaft geführt hat. Es ist nicht zu verwundern, daß die großen Reichtümer, die Seefahrten und Handel seit den Tagen von Hawkins und Drake England zugeführt haben, in gleicher Weise auch im 17. und 18. Jahrhundert auf die beiden heimischen Erwerbszweige zurückgewirkt haben. Zunächst tritt uns der zunehmende Kapitalismus im Gewerbebetriebe entgegen. Nicht als ob die Gewerbetreibenden, die den Gewerbebetrieb revolutioniert haben, reiche Leute gewesen wären; auch wo sie nicht aus der Klasse der Arbeiter und Bauern hervorgegangen sind, haben sie in ihren Anfängen mit Mangel an Kapital zu kämpfen gehabt. Aber die allgemeine Steigerung des Wohlstands von England, welche das Aufblühen des Handels gebracht hatte, hat auch die kauffähige Nachfrage für ihre Erzeugnisse gebracht, ohne die deren Herstellung nicht möglich gewesen wäre.

Die englische Bevölkerung hat dementsprechend, namentlich seit Beginn des 18. Jahrhunderts, in wachsendem Maße im Gewerbebetriebe Beschäftigung gefunden. Nach Gregory King haben 1688 noch 72,36 Proz. derselben von der Landwirtschaft und nur 13,82 Proz. von städtischen Berufsarten gelebt; zum Manufakturinteresse

haben sogar nur 4,36 Proz. gehört¹⁾. Im Jahre 1811 lebten von je 100 Familien nur mehr 34,7 Proz. von Landwirtschaft, 45,9 Proz. von Gewerbe und Handel, 19,4 Proz. von anderem²⁾. In der Zwischenzeit hat sich die Wandlung Englands vom überwiegenden Agrarstaate zum überwiegenden Industrie- und Handelsstaate vollzogen.

Noch im 16., 17. und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts standen die Engländer in gewerblicher Fertigkeit hinter anderen Nationen zurück. Das gilt namentlich für den Bergbau, das Hüttengewerbe und die Bearbeitung aller Arten von Metallen. In diesen Gewerben hat Deutschland im 15. und 16. Jahrhundert alle europäischen Länder übertroffen, und mit Recht hat Karl V. in einem Mandat vom 13. Mai 1525 die Bergwerke die größte Gabe und Nutzbarkeit genannt, „so der Almechtige teutschen Landen mitgetailt“; er hat die im Bergbau und in der Verhüttung beschäftigten deutschen Gewerbetreibenden auf 100 000 beziffert³⁾. Strieders Bemerkung⁴⁾, daß ohne deutsches Kapital und deutsche Unternehmungslust im 16. Jahrhundert Bergwerke nicht in Stand zu setzen und zu erhalten waren, gilt auch für Großbritannien. 1526 erhielt in Schottland eine Gesellschaft, an deren Spitze der Augsburger Joachim Höchstetter stand, ein Privileg für Gold- und Silberbergbau⁵⁾. In der Zeit Elisabeths tritt Daniel Höchstetter im englischen Bergbau hervor. 1568 wird ihm eine neue Maschine patentiert, um ersoffene Gruben wieder in Stand zu setzen⁶⁾. 1569 klagen die englischen Aktionäre, daß unter seiner Verwaltung er allein reich werde⁷⁾. Die Höchstetter scheinen den Kupferbergbau in Cumberland bis in die Zeit des Bürgerkrieges betrieben zu haben⁸⁾.

1) Siehe oben S. 240, 241.

2) Porter, *The Progress of the Nation*. London 1851. 53.

3) Jakob Strieder, *Studien zur Geschichte kapitalistischer Organisationsformen*. 2. A. München und Leipzig 1925. 3 ff.

4) Ebenda 11.

5) Scott II 384.

6) Ebenda. 7) Ebenda 387, 388.

8) Ebenda 401.

Nicht anders wie mit der Gewinnung von Metallen stand es mit ihrer Bearbeitung. Wenn Elisabeth das entartete Münzwesen wieder sanieren will, muß sie sich deutsche Münzer kommen lassen¹⁾. Desgleichen braucht sie Deutsche zum Gießen von Kanonen, und zur Einführung anderer Zweige der Metallbearbeitung holt sie sich kundige Leute aus Augsburg und Nürnberg²⁾.

Selbst in dem Gewerbszweig, der bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts an der Spitze aller englischen Gewerbszweige stand, in der Tuchindustrie, ist England noch bis in die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts hinter allen Ländern zurückgeblieben. Im Vorstehenden ist ausreichend von den Schwierigkeiten die Rede gewesen, welche dem Absatze englischen Tuchs wegen seiner schlechteren Qualität auf den kontinentalen Märkten im Wege standen, und wie erst die Ansiedlung der aus Flandern und Frankreich um ihrer Religion willen geflohenen Weber die englische Tuchindustrie der aller übrigen Länder überlegen gemacht hat. Dann sind, wie auf allen Wirtschaftsgebieten, so auch auf dem gewerblichen, die Holländer die Lehrmeister des englischen Volks geworden. Aber von all den Nationen, von denen die Engländer gelernt haben, gilt was Daniel Defoe 1728 ganz allgemein von ihren Lehrmeistern, von denen er auffallender Weise nur die Vlamen, Franzosen und Italiener nennt, schreibt³⁾: es sei für die Engländer charakteristisch, daß sie sich mehr durch Verbesserung der von anderen Völkern erfundenen Technik und entworfenen Pläne als durch eigene Erfindungen ausgezeichnet hätten. „Die Wolle“, schreibt er, „war englisch, aber der Witz war vlämisch“. Dann aber fährt er fort: bald überträfen die Engländer ihre Lehrer. „Jetzt sehen wir die Welt darauf aus, uns in derselben Weise nachzueifern, und, um mit unseren Produkten zu konkurrieren, sehen wir sie genötigt, Lehrer von uns zu beziehen und von denen zu

1) Siehe oben S. 210.

2) Tudor Economic Documents I 240—262.

3) A plan of the english commerce being a complete prospect of the trade of this nation, as well the home trade and the foreign. London 1730. 299 ff.

lernen, die vordem nur Lernende gewesen waren. Ich könnte an fast allen Gewerben, in denen die Engländer heute die übrige Welt so sehr übertreffen, zeigen, wie wir die Wagschale sich zu unseren Gunsten haben ändern sehen, und wie unsere Waren heute nach Ländern gehen, die in ihrer Herstellung unsere Lehrmeister gewesen sind.“

Wie durch diese Worte Defoes bestätigt wird, haben die vor Alba aus Flandern Fliehenden, die Elisabeth aufgenommen hat, auch andere Gewerbe außer der Tuchindustrie verbessert oder neu eingeführt, so das Messerschmiedgewerbe, die Uhrmacherei, die Hutfabrikation. Die Spitzenmanufaktur haben sie aus Alençon und Valenciennes nach England gebracht. Desgleichen hat der Widerruf des Ediktes von Nantes, 1685, dem Aufblühen der englischen Industrie mächtig gedient. Über 50 000 Personen sollen eingewandert sein und ein Kapital von 3 Millionen £ mitgebracht haben. Sie haben in hohem Maße zur Verbesserung der Seidenweberei, der Glas- und Papierfabrikation und aller Art von hausindustriell betriebenen Gewerben beigetragen. Dies gilt auch von der Töpferei, deren Produkte zu besonderer Berühmtheit gelangen sollten.

Im Jahre 1518 war das chinesische Porzellan durch die Portugiesen als kostbarer Handelsartikel nach Europa gekommen, und von da an war man in verschiedenen Ländern bemüht, es nachzuahmen. Das mußte erfolglos bleiben, so lange der wesentlichste Bestandteil des alten Porzellans, das Kaolin, unbekannt war. Die Entdeckung desselben ist 1709 einem Deutschen, Johann Friedrich Böttger, geglückt. 1710 war unter seiner Leitung die berühmte gewordene Fabrik in Meissen angelegt worden. Entsprechend dem Charakter des Merkantilsystems als eines Krieges im Frieden, war es die damalige Praxis der verschiedenen Staaten und Privaten, sich auf gesetzwidrigem Wege die Kenntnis der technischen Fortschritte, die andere gemacht hatten, zu verschaffen. So hat sich auch die Kenntnis des Verfahrens Böttgers durch Bestechung der Beamten der Meißner Fabrik in alle Länder verbreitet. Inwieweit auch England zu diesen gehörte, mag dahin-

gestellt bleiben. Die Entwicklung der Töpferei, obwohl sie auch hier durch ungesetzliche Mittel gefördert worden ist, hat doch einen anderen Anfang gehabt¹⁾. Sie hat hier seit dem 16. Jahrhundert bei den Bauern in Staffordshire begonnen, 12 englische Meilen im Umkreis der 5 Städte Burslem, Tunstall, Hanley, Stoke und Longton, den sogenannten Potteries. Der Distrikt hatte zwei natürliche Vorzüge: seine Kohle und seine Tonerde. Als mit Beginn des 18. Jahrhunderts Holz in England selten zu werden begann, ist der Kohlenreichtum der Potteries von Wichtigkeit geworden; ihre Tonerde aber hatte die Eigenschaften derjenigen von Samos und Etrurien. Indes die von den Bauern hergestellte Ware war im 16. und 17. Jahrhundert weit geringer als die des Kontinents. Da hat Wilhelm von Oranien 1688 zwei Holländer, namens Elers, nach England gebracht, die mit besseren Methoden arbeiteten. Ihr Geheimnis ist ihnen durch zwei Engländer, Astbury und Twyford, gestohlen worden. Sie haben zusammen mit Dr. Thomas Wedgwood glasiertes Steingut hergestellt, das den Potteries ihren Ruf gebracht hat.

Ursprünglich ist jedes Stück mit der Hand auf der Töpferscheibe hergestellt worden. 1730 ist an die Stelle davon die Herstellung von Formen getreten, in welche der Ton gepreßt wurde. Um dieselbe Zeit hat Enoch Boots das doppelte Brennen erfunden und die Steinglasur der Elers durch flüssige Bleiglasur ersetzt. Das erste Brennen diente zur Herstellung von Bisquit, dann tauchte man dieses in flüssige Bleiglasur, darauf folgte ein zweites Brennen im Glasierofen. Diese Änderungen haben zu einer Reorganisation des Gewerbes auf kapitalistischer Grundlage geführt. Es entstand die Manufaktur mit weitestgehender Arbeitsteilung unter den tätigen Arbeitern. Dreher wurden nunmehr nur für Herstellung der kostbarsten Waren verwendet. Dagegen gab es Schnitzer, Zeichner,

1) Siehe für das im Texte folgende: J. L. Hammond and Barbara Hammond, *The rise of modern industry*. 2. ed. London 1926. Chapt. X. *The revolution in pottery*.

Leute, die den Ton in Formen preßten; diese bildeten die Mehrzahl, ferner Maler usw.

Josias Wedgwood (1730—1795) hat sich sowohl um die Herstellung von Absatzwegen für die gefertigte Ware, ohne welche der weitere Aufschwung der englischen Töpferei unmöglich gewesen wäre, als auch durch Fortführung der Verbesserungen seiner Vorgänger verdient gemacht. Die Straßen waren damals in Staffordshire, wie allenthalben in England, in elendem Zustande. Die Erzeugnisse waren, auf Saumtiere verpackt, auf sogenannte Packpferde, im Lande vertrieben worden. Wedgwood wandte sich mit seiner ganzen Energie darauf, daß Straßen und Kanäle gebaut wurden, durch welche die Potteries erst mit der Außenwelt verbunden worden sind. Er hat besondere Sorgfalt auf die Gewinnung guter Emaillierer verwendet und 1760 das Fabrikstädtchen Etruria begründet, das der Sitz der Herstellung des nach ihm benannten Porzellans geworden ist. Weitere technische Fortschritte sind Saddler und Green in Liverpool zu danken; sie erfanden die Umrisse der Zeichnungen auf die Ware zu drucken, so daß der Hand nur mehr übrig blieb sie mit Farben auszufüllen. Turner aus Worcester hat 1780 die Technik dieses Druckens verbessert und die beiden Spode, der erste 1733—97, der zweite 1754—1827, haben so schöne blaue Drucke und diese so billig gemacht, daß das blaubedruckte Porzellan bald alle übrige Erdenware verdrängte. Nord-Staffordshire wurde das Zentrum der Porzellanmanufaktur. Das große Dinerservice, das Josias Wedgwood für Katharina II. herstellte, bei dem ein jedes Stück entsprechend den Wünschen der Kaiserin seine besondere Zeichnung hatte, wurde in ganz Europa als der größte Triumph des neuen Systems besprochen; typischer für dieses ist das für die bürgerliche Klasse in tausenden hergestellte Weidenmuster gewesen.

Das gesamte Leben der oben genannten fünf Städte ist durch die erwähnten Erfindungen umgestaltet worden. Das wirtschaftlich Bemerkenswerteste ist, daß dabei die Anwendung von Maschinen keine Rolle gespielt hat. Erst

1793 ist die früher gebrauchte Wasserkraft durch die Dampfmaschine ersetzt worden. Aber auch ohne sie war der ganze Betrieb schon vorher kapitalistisch geworden.

So groß der Ruhm gewesen ist, den die Fortschritte der Porzellanmanufaktur der englischen Industrie gebracht haben, so ist doch das für den Reichtum Englands Wichtigste das Aufblühen der Baumwollindustrie in Lancashire und den angrenzenden Teilen von Cheshire und Yorkshire gewesen; sie ist heute die größte aller Textilindustrien der Welt. Man pflegt ihre Entwicklung in zwei Perioden zu teilen: in die Zeit, bevor die Maschinen die Umgestaltung ihrer Technik bewirkt haben, etwa bis 1770, und in die Zeit seitdem.

Was heute in der britischen Baumwollindustrie hergestellt wird, ist völlig verschieden von dem, was man in England in den ersten 70 Jahren des 18. Jahrhunderts unter Cotton verstand. Das war ein grobes und schweres Gewebe, leinene Kette mit baumwollenem Einschlag, auf deutsch Barchent genannt; es ist in England vielfach auch als Tuch bezeichnet worden. Feine Baumwollgewebe sind im 17. bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts nur erst in Indien gefertigt worden.

Indien ist das Geburtsland der reinen Baumwollgewebe¹⁾. Die Inder trugen schon zur Zeit Herodots Gewänder aus Baumwolle. Zur Zeit Alexanders des Großen hat es in Indien schon mit Blumen bedruckte Baumwollstoffe gegeben. Zur Zeit des Strabo findet sich der Anbau von Baumwolle in Aegypten; aber die feinen Gewänder wurden aus Indien eingeführt. Von da ist der Anbau von Baumwolle nach Kreta gekommen; von der dortigen Stadt Kydon soll das Wort Kattun, Cotton herkommen. Aber die außerordentliche Fertigkeit der Inder in der Verarbei-

1) Die historischen Angaben im Texte beruhen auf Edward Baines, *History of the Cotton Manufacture in Great Britain*, London 1835; ferner auf George W. Daniels, *The Early English Cotton Industry with some unpublished letters of Samuel Crompton*, Manchester 1920; und auf P. I. Thomas, *Mercantilism and the East India Trade*. London 1926.

tung der Baumwolle ist bis zur Erfindung der Spinnmaschine und des mechanischen Webstuhls der aller Völker überlegen geblieben. Arabische Reisende des 9. Jahrhunderts berichten von Gewändern von solcher Feinheit, die in Indien gefertigt werden, daß sie durch einen Ring gezogen werden konnten, und die Berichte Marco Polos, Barrosas und anderer stimmen mit diesem Lob überein. Ein persischer Gesandter hat im 17. Jahrhundert dem Schah aus Indien eine mit Juwelen besetzte Kokosnuß mitgebracht, die einen 30 Yards langen Turban aus Muslin enthielt, und vom Großmogul Aurangzeb wird erzählt, er habe seine Tochter gezankt, weil man durch ihre Kleider ihren Körper gesehen habe, worauf sie erwidert habe, daß sie mit sieben Gewändern übereinander bekleidet sei. James Mill ergeht sich noch in Bewunderung der besonderen physischen und psychischen Veranlagung der Inder für die Herstellung von Baumwollgeweben.

In Amerika ist Baumwolltuch schon vor der Ankunft der Spanier hergestellt worden und zwar von verschiedenen Farben und mit Figuren geschmückt.

Nach Europa ist die Baumwollverarbeitung erst spät gekommen. Nach Spanien haben die Mohammedaner Anbau und Verarbeitung von Baumwolle gebracht. Sie finden sich dort im 10. Jahrhundert; im 14. standen sie in Granada in großer Blüte. Über die Verarbeitung von Baumwolle in Italien stammen die ersten Nachrichten aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts. Auch in dem Indien benachbarten China hat die Baumwolle und ihre Verarbeitung nicht früher Fuß gefaßt als in Europa.

In England hören wir vom Gebrauch von Baumwollstoff im 14. Jahrhundert. Chaucer kleidet seine Ritter in Barchent. Er wurde aus Flandern, Sachsen und Augsburg eingeführt, wo die blühende Barchentweberei und der Handel mit Baumwolle den Grund zu dem Vermögen der Fugger gelegt haben. Wann Rohbaumwolle zuerst in England eingeführt worden ist, ist unbekannt. Die Genuesen sollen sie zuerst eingeführt haben aus Sizilien, Candia, Chios, Cypern, Tripolis, Syrien; auch aus Antwerpen soll

Baumwolle eingeführt worden sein. Nach einigen Angaben soll sie den Schiffen als Ballast gedient haben. Da sie in England nur zur Fertigung von Lichtdochten Verwendung fand, scheint dies nicht unwahrscheinlich. Ihre Verarbeitung zu Barchent wird von Baines auf die aus Flandern eingewanderten Protestanten zurückgeführt. 1621 sind bereits 40 000 Stück Barchent in England gefertigt worden, und aus dem Jahre 1641 stammt eine Nachricht, wonach in Manchester aus Baumwolle, die aus Cypern und Smyrna eingeführt worden, Barchent hergestellt worden ist. 1654 ist die Barchentweberei in Lancashire bereits heimisch. Der dreißigjährige Krieg, der die bis dahin in Deutschland blühende Barchentweberei zerstört hat, kam ihrem Aufblühen in England zugut. Ende des 17. Jahrhunderts betrug die jährliche Einfuhr von Baumwolle 2 Millionen Pfund. Sie kam hauptsächlich aus der Levante, aber auch aus Westindien und Südamerika, sehr viel später aus Nordamerika. Aber Baumwollgarn und feine Baumwollgewebe kamen aus Ostindien; sie sind im 17. Jahrhundert durch die holländische und englische Ostindischen Kompanien eingeführt worden.

Es läßt sich begreifen, daß es einen Modewechsel in England zur Folge gehabt hat, als die englische Gesellschaft mit den bewundernswerten asiatischen Geweben bekannt wurde. Sie sind als Kleidungsstoffe für Damen und Kinder in solchem Maße in Gebrauch gekommen, daß ein merklicher Ausfall in der Nachfrage nach wollenen Stoffen und englischen Seidenzeugen eintrat. Doch waren Tuchmacher und Seidenweber sich zunächst nicht bewußt, woher die Konkurrenz kam, der der Ausfall zuzuschreiben war. Sie suchten sie zuerst bei den Franzosen. Erst 1678 ist eine Broschüre¹⁾ erschienen, in der geklagt wurde, daß Kinderkleider statt aus grüner Seide aus ostindischen Baumwollstoffen gefertigt und daß Herrenröcke mit Kaliko gefüttert würden. Darauf haben die Seidenweber 1680 ans

1) The ancient trades decayed and repaired again, 1678. Ähnlich 1696: The naked truth in an Essay on trade.

L. Brentano, Wirtschaftl. Entwicklung Englands. Bd. II.

Parlament um ein Verbot der Einfuhr von Seiden- und Baumwollstoffen petitioniert. Aber dem stand das Interesse der Ostindischen Gesellschaft entgegen. Es war die Zeit der Allmacht Sir Josias Childs. Wir haben gesehen, in welchem Maße er sich der außerordentlich großen Mittel der Gesellschaft bedient hat, um die gesetzgebenden Faktoren deren Interessen dienstbar zu machen.

Ernster wurden deren Privilegien bedroht, als 1689 die Revolution die Whigs ans Ruder brachte. Wir haben deren protektionistische Einstellung kennen gelernt. Es war zu erwarten, daß sie sich der Tuch- und der Seidenindustrie, die unter der Konkurrenz der Ostindischen Gewebe schwer litten, annehmen würden. Nicht nur, daß deren Absatz in Großbritannien zurückging, es stockte auch die Ausfuhr von Tuch nach Deutschland; da infolge des Verbrauchs von Kaliko die englische Nachfrage nach deutschem Leinen zurückging, konnten auch die Deutschen nicht mehr soviel Tuch wie bisher kaufen. Die Landjunker aber erfaßte die Angst, daß als Folge stockenden Absatzes von Tuch die Wollpreise und damit ihre Grundrenten sinken würden.

Die klagenden Weber fanden Verständnis bei John Pollexfen, einem Whig, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Handel und Kolonien, der, wie schon bemerkt, unter Karl II. an die Stelle von Cromwells Volkswirtschaftsrat getreten war. 1696 haben Seidenweber und Tuchweber an das Unterhaus eine Petition gerichtet, worin sie unter Hinweis auf die Bedeutung, welche ihre zur Vollendung gelangten Gewerbe für die Verhütung von Arbeitslosigkeit hätten, um ein Gesetz baten, das den Gebrauch indischer Gewebe beschränke. Darauf wurde am 10. März 1697 eine Vorlage im Parlament eingebracht, durch welche nicht nur die Einfuhr aller Seidenstoffe und bunten Kattune aus Indien oder Persien oder irgendeinem Lande, auf das sich das Privileg der Ostindischen Gesellschaft beziehe, sondern auch der Gebrauch aller Kattune, die innerhalb des Königreichs gefärbt oder bedruckt würden, verboten wurden. Die Vorlage wurde im Unterhause angenommen, scheiterte aber im Oberhause auf Grund des

Einflusses wesentlich der Ostindischen Gesellschaft. Das Oberhaus wurde damals von Tory-Magnaten beherrscht, von denen einige Aktionäre der Ostindischen Gesellschaft gewesen sind.

Die Folge war eine heftige Agitation der Weber gegen den „großen Goliath“ (Sir Josias Child) und die Ostindische Gesellschaft. Das Unterhaus aber gab die Sache der Weber nicht auf, und am 4. Dezember 1697 wurde ein neues Gesetz gegen die freie Einfuhr indischer Kalikos und Seiden in erster Lesung beschlossen. Der Gesetzentwurf wurde durch Sturmpetitionen der Weber unterstützt. Es entstand ein lebhafter Kampf zwischen Schutzzöllnern und Vertretern der Ostindischen Gesellschaft im Parlamente. Das Unterhaus nahm in dritter Lesung den Entwurf mit einer Stimme Mehrheit an; aber er scheiterte abermals im Oberhause; die Ostindische Gesellschaft drang durch. Darauf große Wutausbrüche gegen diese, die der Bestechung beschuldigt wurde. Das Haus des Sir Josias Child in Wanstead wurde bedroht; Soldaten wurden herbeigeholt, um es zu schützen; es wurde gefeuert; ein Mann fiel, andere wurden verwundet, und eine Anzahl junger Burschen wurde zu Matrosen gepreßt.

Darauf sind die Klagen der Weber für kurze Zeit verstummt. Die Ursache war das Aufblühen ihres Geschäftes während einer Depression im Ostindischen Handel in der zweiten Hälfte von 1697. Aber 1698 hat der Handel mit Ostindien einen neuen Aufschwung genommen. Die alte und die neue Gesellschaft, sowie zahlreiche Außenseiter haben den englischen Markt mit indischen Waren überschwemmt. Die Weber erhoben abermals Klage. Aber zunächst fanden sie diesmal kein Gehör bei der Regierung; diese brauchte Geld, und die nach Indien handeltreibenden Kaufleute boten ihr einen Vorschuß von £ 2000 000. Die Weber gerieten abermals in Verzweiflung. Erst im Dezember 1699 hat das Unterhaus einen neuen Ausschuß eingesetzt, der über die bessere Versorgung und Beschäftigung der Armen beraten sollte. Gleichzeitig haben Pollexfen und die übrigen Kommissäre für Handel und Kolonien

das Verbot der Einfuhr indischer Kalikos beantragt, und am 5. Februar 1700 wurde ein Gesetzentwurf im Unterhause eingebracht, der den Inhalt der 1696 und 1697 gescheiterten Vorlagen wiederholte; diesmal wurde er in beiden Häusern des Parlaments angenommen. Durch das Gesetz von 1700 ist der Gebrauch persischer, indischer, chinesischer Seiden und aller bunten Kalikos in England, Wales und in der Stadt Berwick am Tweed verboten worden. Doch enthielt das Gesetz zwei Neuerungen von großer Tragweite gegenüber den früheren Entwürfen. Kalikos, die in England bemalt oder bedruckt worden, sollten von dem Verbote nicht betroffen werden; ferner wurde das System von Warenhäusern unter Zollverschluß eingeführt, durch das ermöglicht wurde, Kalikos, ohne sie dem heimischen Gebrauch zugänglich zu machen, zum Zweck der Wiederausfuhr in andere Länder einzuführen. Ausgenommen von dem Verbote war die Einfuhr von Muslinen und weißen Kalikos verschiedener Art. Es ist als für die merkantilistische Politik in England bezeichnend zu bemerken, daß das Unterhaus an demselben Tage, an dem es das Gesetz zugunsten der Weber angenommen hat, auch das Korporationsrecht der alten Ostindischen Gesellschaft aufs neue bestätigt hat.

An dem Tage, an dem das Gesetz vom Oberhause angenommen wurde, herrschte großer Jubel in allen Weberdistrikten. Es jubelten aber nicht nur die Weber, sondern auch die Kattundrucker. Hierbei tritt uns ein charakteristischer Unterschied zwischen der französischen und der englischen Merkantilpolitik vom Ende des 17. und während des 18. Jahrhunderts entgegen. Er hängt mit der Verschiedenheit der politischen Verfassung Frankreichs unter Ludwig XIV. und Englands nach der Revolution von 1689 zusammen. In Frankreich waren die Personen, die regierten, von denen, die wirtschafteten, verschieden. Sie befahlen den letzteren, was sie für zweckmäßig hielten, und diese hatten zu gehorchen. In England lag die Regierung bei denen, die es im Wirtschaftsleben und in der Gesellschaft zu etwas gebracht hatten, daher hier befohlen wurde,

was die Interessenten verlangten. Colbert war ein genialer Mann, erfüllt von dem Gedanken, alle Arten von Industrie in Frankreich einzubürgern und dementsprechend auf allem zu bestehen, was ihre Blüte zu erfordern schien. In dem absolutistisch regierten Staate Ludwigs XIV. stand ihm, außer den in der Natur der Dinge liegenden Hindernissen, dabei nichts im Wege. Es war noch nicht so, wie später als Turgot danach seufzte, die wirtschaftlichen Neuerungen, die er für unentbehrlich hielt, ohne Einspruch von Interessenten durchführen zu können. Colberts Macht ist stärker als die Turgots gewesen. Er konnte einfach verordnen, was er als im Interesse Frankreichs gelegen erachtete, und es hatten sich alle zu fügen. Daher man in Frankreich, wo man ebenso wie in England, Seidenindustrie und Tuchmacherei gegen die Konkurrenz bunter Kattune schützen wollte, logisch folgerichtig auch die heimische Kattundruckerei verbot. So etwas war bei der parlamentarischen Regierung Englands unmöglich. Da konnte wirtschaftspolitisch nur geschehen, womit die im Parlamente vertretenen Interessenten einverstanden waren. Die in den letzten 20 Jahren des 17. Jahrhunderts aufgekommene Kattundruckerei galt, als das Gesetz von 1700 erlassen wurde, bereits als wohlerworbenes Interesse, das auf Berücksichtigung Anspruch erheben konnte. Daher in England die im Inland bemalten und bedruckten Kalikos von dem Verbote von 1700 nicht nur ausgenommen, sondern die Einfuhr von weißem Kaliko, der in England bedruckt wurde, sogar gestattet wurde.

Es ist eine weitere Wirkung der Abhängigkeit der Wirtschaftspolitik von dem, was das Parlament beschloß, gewesen, daß der Kampf zwischen Webern und der Ostindischen Gesellschaft um Schutz oder Freiheit den Anstoß zu einer großen Literatur¹⁾ gegeben hat, deren Zweck war, eine parlamentarische Mehrheit für das eine beziehungsweise das entgegengesetzte Interesse zu gewinnen.

1) P. J. Thomas, *Mercantilism and the East India Trade*, 67—97, gibt einen Überblick über die literarische Kontroverse.

Schon die Mun und Misselden und ebenso die Child und Davenant, die für Handelsfreiheit der Ostindischen Gesellschaft bei Fortbestand ihres Monopols eintraten, sind ebensowenig wie Defoe, um nur den vornehmsten literarischen Vertreter der Tuchmacherinteressen zu nennen, oder wie der Anonymus¹⁾, der im Interesse der Außenseiter für die freie Zulassung indischer Waren, aber gegen das Monopol der Ostindischen Gesellschaft schrieb, voraussetzungslose Forscher gewesen, die nach nichts anderem als nach wissenschaftlicher Erkenntnis gestrebt haben. Man schrieb damals Broschüren, sei es, um ein angegriffenes Sonderinteresse zu verteidigen oder ein Projekt zu fördern, von dem man sich Vorteil versprach²⁾, sei es im Dienste der einen oder anderen politischen Partei. Daß dabei viel Sachkenntnis und Scharfsinn aufgewendet und manche allgemein zutreffende Wahrheiten zutage gefördert wurden, soll nicht bestritten werden. Aber nichts, was für die Blindheit, mit der die Interessenten zur Zeit des Merkantilsystems Begünstigungen vom Gesetzgeber verlangt, und von diesem erlangt haben, bezeichnender wäre, als der Erfolg oder vielmehr Mißerfolg der Gesetzgebung, die 1700 und weiter triumphiert hat. Ihre Wirkungen sind für die Industriezweige, die sie verlangt haben, die entgegengesetzten der erwarteten gewesen. Sie war als Schutz der Tuch- und Seidenindustrie gedacht und hat zur Folge gehabt, daß die Tuchindustrie ihre Stellung an der Spitze der englischen Industrien verlor und die Seidenindustrie schwer geschädigt worden ist.

Die Wirkungen des Gesetzes von 1700 werden von den zeitgenössischen Schriftstellern verschieden beurteilt. Aber

1) Nach Mac Culloch, *Literature of Pol. Ec.* 99—103, dem Thomas, 94, zu stimmt, ist der Verfasser der 1701 in erster, 1720 in zweiter Auflage unter wenig verändertem Titel erschienenen *Considerations upon the East India Trade* Henry Martyn gewesen, der als Whig ein Gegner der Ostindischen Gesellschaft gewesen ist.

2) Ebenso urteilt W. A. S. Hewins, *English Trade and Finance chiefly in the Seventeenth Century*, 1892, XVI.

bald klagten die Weber, daß ihre Erwartungen nicht erfüllt worden seien, denn die Kattundruckerei blühte so auf, daß selbst die Auflegung und spätere Erhöhung eines Zolles auf die Einfuhr weißen Kalikos der Konkurrenz der bunten Kattune mit dem englischen Tuch und englischen Seidenstoffen keinen Eintrag tat. Auch gelangten indische Stoffe nach wie vor auf dem Wege des Schmuggels nach England. Die höheren Klassen verwendeten indische, die unteren in England und Holland bedruckte Baumwollstoffe. Die Unzufriedenheit der Weber dauerte fort. Gelegentlich des Geburtstages des Stuartschen Prätendenten ist es unter den Spitalfields Webern zu Unruhen gekommen, die das Einschreiten von Militär zur Folge hatten. Es würde hier zu weit führen, auf die Einzelheiten des sich nunmehr erneuernden Kampfes zwischen Schutzzoll und Freihandel einzugehen, an dem sich gegen die Weber nunmehr auch die Kattundrucker und die Frauen, die von bunten Gewändern nicht lassen wollten, beteiligten. Das Ergebnis war, daß die am Ruder befindlichen Whigs 1721 dem sogenannten Kaliko-Act zustimmten, der im Interesse der Tuch- und Seidenindustrie den Gebrauch von allen bedruckten, bemalten, geblühten und gefärbten Baumwollstoffen in Kleidung, im Haushalt, für Mobiliar und sonstwie nach dem 25. Dezember 1722 verbot. Wer irgendwelche Baumwollstoffe trug oder verwendete, hatte £ 20 Strafe und £ 5 an den Denunzianten zu zahlen; den Kaufleuten war verboten, irgendwelche baumwollenen Stoffe oder damit überzogene Möbel zu verkaufen. Die Strafen, mit denen sie bedroht wurden, waren phantastisch.

Aber auch dieses Gesetz hatte den entgegengesetzten des erwarteten Erfolgs. Ich habe schon von dem Aufblühen der englischen Barchentweberei im 17. Jahrhundert gesprochen, sowie davon, daß Ende des 17. Jahrhunderts bereits zwei Millionen Pfund Baumwolle eingeführt worden sind. Das durch seine klimatischen Verhältnisse, wie durch seine Verkehrsbedingungen dazu besonders geeignete Lancashire war der Sitz einer englischen Baumwollspinnerei und Weberei geworden. Eine 1713 ans Parlament gerichtete Petition

sagt, daß in Lancashire 60 000 Personen in der Baumwollindustrie beschäftigt seien. Der aus der hier gesponnenen Baumwolle hergestellte Barchent wurde von den Kattundruckern nach indischem Vorbild bedruckt. Das widersprach dem Interesse der Weber in Spitalfields und an anderen Orten nicht weniger als das Bedrucken von indischem Kaliko. Sie verfolgten die Barchentweber und Kattundrucker, erklärten das Tragen von bedrucktem Barchent für ungesetzlich und strengten Prozesse gegen sie an, auf Grund des Kaliko-Actes von 1721. Das rief die Baumwolle verarbeitenden Grafschaften gegen sie ins Feld. Die Folge war der sogenannte Manchester-Act von 1735, der die Anwendung des Kaliko-Acts auf die in England gefertigten Baumwollgewebe verbot; er sollte nur für die in Ostindien gewebten Stoffe Geltung haben. Nun nahm der Gebrauch von Baumwollgeweben jeglicher Art in England außerordentlich zu¹⁾. Auch wurden nun nicht nur alle aus den eingeführten und den in England gesponnenen Garnen hergestellten Baumwolltücher ohne weitere Anfechtung nach indischem Muster in England gemalt, gefärbt, bedruckt, es dienten nun auch die zum Schutz der Tuchmanufaktur und der Seidenindustrie gegen indische Konkurrenz erlassenen Gesetze zum Schutz der baumwollenen Erzeugnisse, welche denen der Tuch- und Seidenweber den größten Abbruch taten. Die Gesetze zum Schutz der Tuch- und Seidenweberei wurden zu Gesetzen zum Schutze der aufstrebenden Baumwollindustrie gegen indische Konkurrenz. Auch die englische Kattundruckerei hat nunmehr große Fortschritte gemacht. Robert Peel,

1) Die Einfuhr von Baumwolle betrug im

Jahresdurchschnitt	Pfund
1701—1715	1 170 881
1716—1720	2 173 287
1781—1785	10 941 934
1786—1790	25 443 270
1800	56 010 732

Guest, Compendious History of the Cotton Manufacture, 1823, p. 51.

der Großvater des berühmten Staatsmanns, hat sich, wie Baines und Daniels sagen, um sie ähnliche Verdienste wie Arkwright um die Spinnerei erworben. Die Baumwollindustrie Lancshires und der ihm benachbarten Grafschaften nahm mehr und mehr zu. Ein Zeichen ist die Steigerung der Einfuhr von Baumwolle von 1 976 359 Pfund im Jahre 1697 auf 3 870 393 Pfund im Jahre 1764, dem Jahre, in dem mit der Erfindung der Jenny durch Hargreaves die Revolutionierung der Technik der Baumwollindustrie beginnt.

Die überwiegende Unternehmungsform, in der die Baumwolle verarbeitet wurde, war die Hausindustrie. Die Arbeiter wohnten in kleinen Städten und Dörfern um Manchester. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts hat es noch Weber gegeben, die den Rohstoff selbst kauften und ihr Erzeugnis an Kaufleute verkauften; von der Mitte des 18. Jahrhunderts haben sie den Rohstoff vom Kapitalisten erhalten. Sie holten ihn vom Arbeitgeber und lieferten ihn bearbeitet zurück. So war es in der Baumwollindustrie wie in der Tuchindustrie. Von der letzteren, wie sie im Westriding von Yorkshire betrieben wurde, hat Daniel Defoe eine anschauliche Beschreibung gegeben, die auch für die Baumwollindustrie in Lancashire in ihren Hauptzügen zutreffen mag. Er schildert die Gegend als „ein fortlaufendes Dorf, obwohl der Weg bergauf und bergab geht, kaum ein Haus steht weiter als Sprechweite vom andern; und als der Tag anbrach, sahen wir an jedem Haus ein Gestell und fast auf jedem Gestell ein Stück Tuch, Kersey oder Rasch, welches die Produkte dieser Gegend sind. Der Reisende wird durch die Abwechslung, welche diese zum Teil farbigen Tuche in die öde Gegend bringen, in der alle Einzäunungen Steinmauern sind, angenehm berührt.

„In Verfolgung unseres Weges durch die Häuser fanden wir an jedem Hause ein kleines fließendes Wasser; stand das Haus oberhalb der Straße, so kam das Wasser von ihm und floß über die Straße zu einem anderen; stand das Haus unterhalb der Straße, so kam es uns von einem

in einiger Entfernung oberhalb derselben stehenden Hause entgegen; und in jedem größeren Hause war eine Werkstätte. Da diese nicht ohne Wasser betrieben werden konnte, waren diese kleinen Ströme so verteilt und durch Rinnen und Röhren geleitet, daß keines der Häuser des für es unentbehrlichen Bächleins entbehrte.

„Ferner, da die Färbereien, die Waschhäuser, in denen dieses Wasser gebraucht wird, dasselbe durch die Stoffe des Färbetochs gefärbt und durch das Öl, die Seife, den Talg und andere von den Tuchmachern beim Scheeren und Walken des Tuchs gebrauchten Bestandteile verunreinigt, wieder von sich geben, wird das Land, durch welches es fließt und das sonst äußerst unfruchtbar wäre, in einem aller Erwartung übersteigenden Maße bereichert.

„Sodann, wie jeder Tuchmacher notwendig mindestens ein Pferd halten muß, um die Wolle und seine Lebensmittel vom Markte nach seinem Hause zu bringen, um das Garn zu den Spinnern, sein Produkt nach der Walkmühle und, wenn fertig, zum Markt zum Verkauf zu führen, so hält ganz allgemein ein jeder eine Kuh oder zwei für seine Familie. Auf diese Weise werden die kleinen eingezäunten Grundstücke um jedes Haus bestellt; und abgesehen davon, daß sie so Zufuhr an Pflanzenernährung erhalten, werden sie durch den Dünger des Viehs weiter verbessert. Jeder Weber baut Kartoffeln, welche nicht nur das Hauptnahrungsmittel seiner Familie bilden, sondern ihm auch nach seiner sitzenden Tätigkeit im Hause zur Abwechslung eine angenehme Beschäftigung in freier Luft gewähren. Was Korn angeht, so säen sie davon kaum so viel, als nötig ist, um ihre Hühner zu füttern.“

Nachdem Defoe hierauf auch den Kohlenreichtum der Gegend gepriesen hat, fährt er fort:

„So scheint dieses Land von der Vorsehung vorbestimmt, eben für die Zwecke, denen es jetzt dient, d. h. zum Betrieb einer Industrie, welche nirgends mit den dazu nötigen Erfordernissen so leicht versehen werden kann. Auch bleibt der Fleiß der Bevölkerung in keiner Weise hinter diesen natürlichen Vorzügen zurück. Vor den Türen

begegneten wir nur wenigen, aber die Häuser im Innern waren von munteren Burschen voll, einige am Färbottich, andere am Webstuhl, andere mit dem Scheeren des Tuchs beschäftigt; die Weiber und Kinder Wolle kämmend oder spinnend, alle in Tätigkeit vom jüngsten bis zum ältesten, kaum ein über vier Jahre altes kleines Ding, daß nicht seine Hände zum Unterhalt ausreichten. Nirgends ein Bettler, nirgends ein Müßiggänger, außer hie und da in einem Spital, das für die, die alt und über die Jahre der Arbeit hinaus sind, erbaut ist. Die Bevölkerung ist im ganzen langlebig; sie erfreut sich guten Aussehens, und unter ihren Verhältnissen ist harte Arbeit naturgemäß vom Segen der Gesundheit, wenn nicht des Reichtums, begleitet.“

Aus dieser idyllischen Schilderung eines liebenswürdigen Reiseschriftstellers erhellt, daß 1725 noch Landwirtschaft und Weberei nebeneinander betrieben wurden, wobei beide, wie Defoe es schildert, einander zugut kamen. Dabei ist zu beachten, daß der Weber nicht bloß als Pächter, sondern auch noch als Eigentümer des von ihm angebauten Landes vorkommt. Er ist noch Bauer. Ferner geht aus der Schilderung hervor, daß jeder Weber noch eine Anzahl Arbeiter beschäftigt, ferner daß bereits Kinder- und Frauenarbeit Eingang gefunden hat. Das Packpferd, das sowohl dem Bezug der Rohstoffe als dem Absatz der hergestellten Produkte dient, ist wie in der Tuchindustrie so auch in der Bauwollindustrie Manchesters üblich geworden¹⁾. Man zog mit seiner Ware von Ort zu Ort und von Markt zu Markt. Dann sind erst Reisende gekommen, die Muster mit sich führten.

Im übrigen erscheint Defoes Schilderung als ein Vorläufer jener Panegyriken auf den Segen der Industrie, wie sie im 19. Jahrhundert sowohl im Widerspruch zu deren agrarischen als auch sozialistischen Widersachern auftreten. Das Bild, das sich aus anderen Nachrichten ergibt, ist nicht immer so rosig. So war das Verhältnis

1) Daniels 61.

der „munteren Burschen“ Defoes zu den Webermeistern keineswegs immer ein glattes! Koalitionen der Arbeiter finden sich bereits seit Beginn des 18. Jahrhunderts, namentlich im Westen Englands. In der Mitte des 18. Jahrhunderts herrschte in der Baumwollindustrie heftiger Streit wegen allzu großer Einstellung von Lehrlingen, ebenso um die Löhne. Die Arbeiter verlangen auf Grund des Lehrlingsgesetzes der Elisabeth Festsetzung der Löhne durch die Behörden. Aber der Friedensrichter, der den Lohn festsetzen soll, ist selbst Arbeitgeber oder steht mit der Klasse der Arbeitgeber in Fühlung. Er verweigert die gesetzliche Lohnregelung. Die autoritative Regelung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ist um die Mitte des 18. Jahrhunderts schon völlig zusammengebrochen. Die Folge sind Arbeitseinstellungen, die zu Anklagen der Arbeiter vor den Assisen von Lancaster führen. Die Angeklagten werden für schuldig erklärt, aber mit der Mahnung, sich gut zu verhalten, entlassen. Auch ist bemerkenswert, daß die Landjunker mit den Arbeitern sympathisieren und der Vorschlag auftaucht, sie sollten ein Schiedsgericht bilden.

Desgleichen erscheint Defoes Freude an der Kinderarbeit als reichlich naiv. Ist diese doch der Ausgangspunkt für die furchtbare Mißhandlung der Kinder gewesen, die den Anlaß zur Arbeiterschutzgesetzgebung geben sollte.

Außer den Kaufleuten, die in Leeds und Halifax einkaufen, und den Reisenden, die die Weber in ihren Häuschen aufsuchen, finden wir in der Tuchindustrie aber auch reiche Kaufleute, die Wolle im Vließ oder vom Großhändler und, wo ausländischer Rohstoff in Frage kommt, direkt vom Importeur kaufen. Sie geben sie Handwerkern zur Bearbeitung, und zwar für jeden der verschiedenen Arbeitsprozesse, die die Ware bis zu ihrer Vollendung zu durchlaufen hat, besonderen Klassen von Handwerkern, deren jede einen bestimmten Arbeitsprozeß vornimmt. Es findet also auch auf dem Lande eine Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Klassen von Handwerkern statt, was wir schon in früheren Jahrhunderten bei den Hausindustriellen in den Städten kennen gelernt haben. Dadurch wächst

deren Fertigkeit. Auch wird ihnen abgenommen, auf den Markt zu gehen, Rohstoff einzukaufen und ihr Produkt auf dem Markt verkaufen zu müssen. Auch brauchen sie sich nicht um den Wechsel der Mode zu kümmern. Aber, wie in der Stadt, werden sie damit von dem Kaufmann, der ihnen den Stoff liefert und die fertige Ware wieder abnimmt, wirtschaftlich abhängig. So ist's wie in der Tuchmanufaktur, in der Seidenweberei, der Wirkerei, der Baumwollindustrie.

Die Vollendung erlangt diese Organisation, wie wir dies schon in der Tuchindustrie an der Wende des 15. und 16. Jahrhunderts kennen gelernt haben, in der Manufaktur. Der reiche Kaufmann vereinigt die verschiedenen in dem arbeitsteiligen Prozeß bis zur Fertigstellung der dem Gebrauch dienenden Ware tätigen Arbeiter in eigenen Räumen, worin der eine die Arbeit da aufnimmt, wo sein Vorgänger damit aufgehört hat. In der Kattundruckerei ist dies die Unternehmungsform von ihren Anfängen an gewesen. Sie war der direkte Vorläufer der modernen Fabrik.

Schon um die Zeit des Manchester-Acts haben die Erfindungen begonnen, welche, indem sie zur Ersetzung der Handarbeit durch die Maschine führten, bewirken sollten, daß die englische Baumwollindustrie keinen Schutz gegen Ostindien mehr brauchte. 1730 wurde durch Kay das fliegende Weberschiff, 1738 die Webmaschine von Lewis Paul und Wyatt erfunden. Aber noch war der Weber durch Mangel an Garn oft gehemmt. 1736 sind noch vier Spinner nötig gewesen, um den Bedarf eines Webers an Garn zu decken. Da hat 1764 der Weber James Hargreaves zu Standhill bei Blackburn in Nord-Lancashire die Jenny erfunden. Es war dies ein vervollkommnetes Spinnrad, das der Erfinder nach seiner Tochter Jenny benannt hat. Es wurde wie das gewöhnliche Spinnrad durch menschliche Kraft in Bewegung gesetzt. Aber statt einer Spindel hatte es 1767 acht, 1770 sechzehn Spindeln, die von einem Arbeiter in Bewegung gesetzt wurden.

Damit ist das Verhältnis von Spinner und Weber ein anderes geworden. Vorher hatte der Weber oft auf Garn

warten müssen; jetzt war mehr Garn da, als von den vorhandenen Webern verwebt werden konnte. Mit der Jenny sanken die Produktionskosten des Garns; damit stieg die Nachfrage nach gewebten Zeugen; es stieg die Nachfrage nach Webern und der Weberlohn stieg. Jetzt, da der Weber mehr an seinem Stuhle verdienen konnte, ließ er seine landwirtschaftliche Tätigkeit allmählich fallen und legte sich ganz auf's Weben. Die Kinder und ebenso die älteren Familienmitglieder müssen haspeln und spulen. Um diese Zeit konnte eine Familie von vier Erwachsenen und zwei Kindern bei zehnstündiger täglicher Arbeitszeit 4 £ in der Woche verdienen und, wenn das Geschäft gut ging und die Arbeit drängte, oft noch mehr; es kam nicht selten vor, daß ein einzelner Weber an seinem Stuhle wöchentlich 2 £ verdiente. Nach und nach verschwand so die Klasse der Landwirtschaft treibenden Weber vollständig und löste sich in die neu entstehende Klasse der bloßen Weber auf, die nur vom Arbeitslohn lebte, gar keinen Besitz, nicht einmal den Scheinbesitz einer Pachtung hatten und somit zu Arbeitern im heutigen technischen Sinne wurden. Dazu kam noch, daß auch das alte Verhältnis des Spinners zum Weber aufhörte. Bisher war, soweit es anging, das Garn unter einem Dache gesponnen und verwebt worden. Jetzt erforderte die Jenny ebenso wie der Webstuhl eine kräftige Hand; auch Männer fingen an zu spinnen, und ganze Familien lebten von der Jenny allein. Hat der Bauer Geld, so kauft er eine Jenny und spinnt selbst. Andere stellten das jetzt veraltete Spinnrad beiseite und suchten, wenn ihnen die Mittel zum Ankauf einer Jenny fehlten, allein vom Webstuhl des Familienvaters zu leben. So wurde Spinnen und Weben getrennt. Hiermit hat die später so ausgebildete Arbeitsteilung beim Spinnen und Weben begonnen.

Schon 1774 ist im Interesse der aufblühenden heimischen Baumwollindustrie der Kaliko-Act, der den Gebrauch von Baumwollgeweben verbot, abgeschafft worden. Die Jenny hatte Englands Konkurrenz mit indischem Garn ermöglicht.

Der technische Fortschritt blieb bei der Erfindung der Jenny nicht stehen. Der nächste fand statt durch Anwendung der Wasserkraft auf den Betrieb. Einzelne Kapitalisten fingen an, eine Anzahl Jennys in großen Gebäuden aufzustellen und durch Pferdekraft, dann durch Wasserkraft treiben zu lassen. Das ermöglichte ihnen, die Arbeiterzahl zu verringern und ihr Garn wohlfeiler als die einzelnen Spinner, die ihre Maschinen mit der Hand bewegten, zu verkaufen. Auch wurden an der Jenny fortwährend Verbesserungen vorgenommen; 1784 enthielt die Jenny achzig Spindeln. Aber nicht nur die Zahl der Spindeln wurde vermehrt; jeden Augenblick war eine Maschine veraltet, verändert, oder mußte gar beiseite geworfen werden. Wenn der Kapitalist bei Wasserkraftbetrieb selbst mit älteren Maschinen noch bestehen konnte, dem einzelnen Spinner war dies auf die Dauer nicht möglich. Schon hierin lag der Anfang des modernen Fabriksystems. Er hat durch die Spinning Throstle, zu deutsch Kettenstuhl, 1767 von Richard Arkwright, einem Barbier aus Preston in Nord-Lancashire, erfunden, neue Ausdehnung erhalten. Diese Maschine ist neben der Dampfmaschine die wichtigste mechanische Erfindung des 18. Jahrhunderts gewesen. Sie war von vorneherein auf mechanische Triebkraft berechnet und auf ganz neuen Prinzipien aufgebaut.

Darauf hat 1785 der Weber Samuel Crompton aus Firwood in Lancashire durch Vereinigung von Jenny und Kettenstuhl die Mule geschaffen. Das Charakteristische dieser Spinnmaschine ist: Zuerst wird aus der Baumwolle ein Faden von etwa anderthalb bis zwei Meter gezogen; dann hört die Fadenbildung auf und es findet die Aufwicklung des gebildeten Fadens statt, aber nicht auf Spulen, sondern auf stählernen Spindeln. Die Spindeln, meist 600, heute oft 1500, ja 2000, sind mit ihren Bewegungsmaschinen auf einem Wagen angebracht. In demselben Verhältnis, in dem der Wagen ausfährt und so den Faden liefert, wird dieser durch den Umlauf der Spindeln gedreht und in gespanntem Zustand erhalten. Sobald der Wagen am Ende seiner Bahn angelangt ist, bleibt das Streckwerk,

das den Faden aus der Baumwolle zieht, stehen und die Fadenlieferung hört auf. Hierauf fährt der Wagen zurück und es erfolgt die Aufwicklung des Fadens auf die Spindeln.

1764 hat James Watt die Dampfmaschine erfunden. 1785 hat die Anwendung des Dampfes auf den Betrieb der Spinnmaschine zuerst stattgefunden, 1789 in Manchester.

Zur selben Zeit hat Arkwright die Cardier- und Vorspinnmaschine — mechanische Vorrichtungen zur Vorbereitung der Baumwolle für die Spindel — erfunden.

Durch diese Erfindungen ist das Fabriksystem für das Spinnen der Baumwolle zum herrschenden geworden. Seitdem haben noch Verbesserungen an diesen Maschinen stattgefunden; aber an ihrem Prinzip ist nichts geändert worden.

Zu diesen mechanischen Fortschritten kam dann noch das von Bertholet erfundene Bleichen von Baumwollgeweben mittels Chlor.

Aber auch dabei ist's nicht geblieben. In den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts hat der Landpfarrer Dr. Cartwright den mechanischen Webstuhl erfunden. Gegen 1804 war die Erfindung so weit gebracht, daß er erfolgreich mit den Handwebern konkurrieren konnte.

Die Folge der Maschinen war eine große Verbilligung der Produkte. Damit stieg die Nachfrage. Nun werden Fabriken errichtet, in denen Hunderte von Webstühlen und Spindeln vereint werden. Zuerst sind es sogenannte public mills, in denen dies stattfindet. Der Weber bringt sein Garn dahin, bearbeitet es mit Hilfe der da aufgestellten Maschinen oder läßt es mittels derselben bearbeiten. In beiden Fällen zahlt er Miete.

Dann aber werden solche Fabriken durch reichgewordene Weber und reiche Kaufleute errichtet, die Lohnarbeiter an den Maschinen beschäftigen. Die Zahl der Arbeitgeber nimmt ab; an die Stelle der früheren vielen Webermeister treten wenige Fabrikanten.

Zuerst empfand man großen Schrecken ob solcher Erfindungen. Man fürchtete, daß sie Tausende von Arbeitern brotlos machen würden. Das ist auch ihre unmittelbare Wirkung gewesen. Aber doch nur die unmittelbare. Sie

haben zu solcher Verbilligung der Produkte und als Folge zur Steigerung der Nachfrage geführt, daß während der letzten 26 Jahre des 18. Jahrhunderts die Einfuhr der Baumwolle um das Siebenfache, die Ausfuhr baumwollener Fabrikate um das Fünfzehneinhalbfache zunahm, und während zu Beginn der Regierung Georgs III. nur 40 000 Personen in der Baumwollindustrie beschäftigt gewesen, waren es 80 000 im Jahre 1785 und 843 000 im Jahre 1831.

Nachdem die Maschine die Handarbeit in der Baumwollindustrie ersetzt hatte, ist das gleiche auch in anderen, früher handwerksmäßig, hausindustriell und in Manufakturen betriebenen Gewerben geschehen. Diese Entwicklung kann hier nicht für sie alle verfolgt werden. Wohl aber bedarf es noch einiger Worte über die beiden Gewerbezweige, die niemals die Entwicklung vom Handwerk zur Hausindustrie und Manufaktur durchgemacht haben, sondern von Anfang an kapitalistisch organisiert gewesen sind. Es sind dies der Bergbau und die Eisenindustrie. In ihnen sind die Arbeiter von Anfang an in einem Unternehmen vereint gewesen, haben Lohn erhalten und ihre Arbeit unter Bedingungen verrichtet, die den heutigen Arbeitsbedingungen ähnlich sind¹⁾. Das Recht zum Betrieb eines jeden der beiden ist in England ein Ausfluß des Grundbesitzes gewesen, das der Gewinnung der Edelmetalle Gold und Silber sogar ein Vorrecht der Krone. Unter den Plantagenets war es üblich, das Recht, die königlichen Bergwerke in einem Distrikte zu bearbeiten, durch Patent einem dazu Privilegierten zu übertragen, wobei die Krone sich eine Geldrente oder einen Anteil an den gefundenen Edelmetallen vorbehielt. Ein Patent Heinrichs VII. von 1485 nennt eine Anzahl Gesellschafter, die durch dasselbe zu Herren der Gruben ernannt werden. Da die Edelmetalle in England stets in der Beimischung mit anderen Erzen vorkamen, haben sich die Rechte der Patentinhaber tatsächlich auch auf Blei- und Kupfergewinnung erstreckt,

1) Thomas Southcliffe Ashton, *Iron and Steel in the Industrial Revolution*. Manchester 1924, 1.

mitunter auch auf den Zinnbergbau¹⁾. Ich habe schon oben²⁾ davon gesprochen, welchen Anteil die Deutschen, insbesondere die Höchstätter, aber auch andere sowohl vermöge ihres überlegenen Könnens als auch ihrer Kapitalkraft an der Entwicklung des englischen Bergbaus genommen haben. Wir finden sie in der Stellung von Leitern der Unternehmungen und von Aktionären bis ins 18. Jahrhundert. Zur rechten Entwicklung sind aber sowohl Erzgewinnung als auch die Verarbeitung der Metalle, insbesondere die Eisenindustrie, erst gekommen, nachdem erfunden worden war, die Steinkohle zum Schmelzen der Erze zu verwenden.

Vom englischen Kohlenbergbau haben wir schon 1354 Kunde³⁾. Im letzten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts ist er bereits so entwickelt gewesen, daß die Inhaber geistlicher Pfründen sich um ein Ausfuhrmonopol für Kohle bemüht haben⁴⁾; im 17. hat er weiteren Aufschwung genommen, und um dieselbe Zeit beginnt auch schon die traurige Liste der Bergleute, die infolge mangelhafter Ventilation der Kohlengruben ihr Leben verloren⁵⁾. Schon zu Beginn des 17. Jahrhunderts hat man angefangen, dem Schmelzen der Eisenerze mit Steinkohlen näherzutreten⁶⁾. 1693 ist eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von £ 10 500 zu diesem Zweck ins Leben getreten⁷⁾. Aber erst 1708 ist das einwandfreie Schmelzen von Eisenerzen mit Stein-

1) W. R. Scott, *The constitution and finance of an english Copper-mining Company in the sixteenth and seventeenth centuries*, in der Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, V, 525 ff.

2) Siehe oben S. 258, 362.

3) Sidney Webb, *The Story of the Durham Miners (1662—1921)*, London 1921, 2.

4) *Tudor Economic Documents* I 267—284, 287 ff.

5) Sidney Webb a. a. O. 2—4.

6) Die ersten Versuche machte Dud Dudley, der Sohn von Edward Lord Dudley und Elisabeth Tomlinson, „eines gemeinen Grubenarbeiters Tochter“, Ashton a. a. O. 10 ff.

7) Scott III 476, 477.

kohle von Abraham Darby I erfunden worden¹⁾. 1712 erfolgte die Anwendung von Dampfmaschinen auf das Auspumpen von Wasser aus den Gruben, wodurch es möglich wurde, die Schächte tiefer in die Erde zu treiben²⁾. 1750 gelang es Darby II mittels Steinkohle Roheisen herzustellen, das in den Schmieden in Stabeisen verwandelt werden konnte³⁾. Diese gesteigerte Verwendungsmöglichkeit der Kohle hat notwendig zum Aufschwung des Kohlenbergbaus geführt. Einen Beleg dafür gibt der große Streik von 1765, an dem 4000 Grubenarbeiter des Distrikts zwischen Tyne und Wear teilgenommen haben⁴⁾.

Die Umgestaltung der Eisenproduktion, welche die Verwendung der Steinkohle zur Verhüttung herbeigeführt hat, war außerordentlich. Ehedem war die Errichtung von Eisenhämmern an das Vorkommen von Wäldern gebunden gewesen. Wie es in Schillers Gang nach dem Eisenhammer heißt:

„Hier nährten früh und spat den Brand
Die Knechte mit geschäftger Hand;
Der Funke sprüht, die Bälge blasen,
Als gält es, Felsen zu verglasen.
Des Wassers und des Feuers Kraft
Verbündet sieht man hier;
Das Mühlrad, von der Flut gerafft,
Umwälzt sich für und für.“

In der Schmiede ist dann das Roheisen abwechselnd glühend gemacht und gehämmert worden.

Ehedem wurde allgemein angenommen, daß die Kunst, Eisenerze zu schmelzen, vor den letzten Dezennien des 15. Jahrhunderts in England unbekannt gewesen und erst dann aus Deutschland dahingekommen sei. Vor einigen

1) Ashton 26 ff.

2) J. L. and B. Hammond a. a. O. 111 ff.

3) Ashton 249 ff.

4) Sidney Webb a. a. O. 4.

Jahren hat aber Stachie Gardner gezeigt, daß eine gußeiserne Grabplatte in Sussex weit früher in Sussex hergestellt worden sein muß. Doch wird die Frage wohl nie gelöst werden¹⁾. 1593 hat es in Sussex 52 Hochöfen und 51 Schmieden gegeben, die 56 Eigentümern gehörten²⁾. Die Abhängigkeit des Schmelzens von Eisenerzen von Holz hat zur Abwanderung der Eisenhämmer aus den Wäldern von Sussex nach Merthyr Tydfil in Wales geführt. Dann entstanden Hüttenwerke in den Midlands, in Westmoreland, Cumberland, auch in Lancashire, Süd-Yorkshire, und ein Distrikt nach dem andern wurde von Bäumen entblößt; Ende des 17. Jahrhunderts waren die Wälder von Forest of Dean verschwunden³⁾. In einigen Gegenden wendete man sich zum Anbau von Unterholz, bloß um für Eisenschmelzen Feuerung zu beschaffen, und er zeigte sich im Nordwesten rentabler als die Landwirtschaft.

Aber der Hüttenbetrieb brauchte ebenso Wasser wie Holz, sowohl zum Betrieb des Gebläses, als auch zum Transport des schweren Materials. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts hat dem besonders der Severn gedient. Aus seinem Flußgebiete ist damals mehr als die Hälfte der heimischen Erzeugnisse gekommen. Aber dem wirkte das Streben der Schmieden nach den Kohlendistrikten entgegen. Sie gediehen, wo Kohle im Überfluß war. Daher die frühe Entwicklung von Hüttenwerken in der Umgebung von Birmingham und Sheffield und im Norden von England⁴⁾.

In der Eisenerzeugung sind verschiedene Arten von Arbeitern tätig gewesen. In einer normalen Gießerei waren zwei mit der Zuführung von Erzen und Feuerung in den Ofen beschäftigt, einer mit der Regelung des Gebläses und der Anzapfung des Ofens, wenn das Metall flüssig geworden, zwei mit dem Füllen der Körbe, zwei oder drei, welche die Körbe zum Ofen brachten, Weiber und Kinder

1) Ashton 3, 4.

2) Ebenda 6.

3) Ebenda 9.

4) Ashton 20, 104 u. a. a. O.

mit der Vorbereitung der Erze und dem Auslesen von Asche und Schlacken. Die Hammerleute in der Schmiede waren höchst gelernte Arbeiter. Sie verwandelten Roheisen in Stabeisen. Als Regel legten sie eine siebenjährige Lehrzeit zurück. Stücklohn war vorherrschend. Mitunter wurden die Arbeiter in Stabeisen bezahlt, das sie dann erst verkaufen mußten, um Lebensmittel einkaufen zu können; doch hat die Löhnung in Geld die Regel gebildet. Die Löhne betrugen je nach Art der Beschäftigung von 6 s bis 11, 12 und 14 s die Woche, in dem letzten Dezennium des 18. Jahrhunderts mehr als im Anfang. Das Trucksystem findet sich in seiner ganzen Ausbildung. Der Arbeitstag war lang. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts begann er um 5 Uhr morgens und dauerte mit einer Unterbrechung von $\frac{1}{2}$ Stunde für Frühstück um 8 Uhr und 1 Stunde mittags bis 8 Uhr abends, d. h. $13\frac{1}{2}$ Stunden am Tag, 80 die Woche. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts dauerte er mit den gleichen Unterbrechungen von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Der Arbeiter, der für seine Mahlzeiten länger brauchte, verlor ein Viertel seines Taglohns¹⁾.

Die Änderung in der Eisenproduktion zerfällt in drei Abschnitte. Erstens: In die Verwendung von Kohle zum Eisenschmelzen, was auf Darby I und II in Coalbrookdale in Shropshire zurückzuführen ist²⁾, wie schon gesagt worden ist. Die Darby sind Quäker gewesen und haben sich geweigert, ihre Erfindungen patentieren zu lassen, weil sie die Allgemeinheit in der Frucht derselben nicht beeinträchtigen wollten³⁾. Gußeiserne Ware wurde nun vor allem in Shropshire erzeugt, dessen Flüsse in den Severn münden. In den Kohlengruben traten nunmehr zur Beförderung der Wagen eiserne an die Stelle von hölzernen Schienen⁴⁾. Zweitens: In die Erfindung des Puddelprozesses durch Henry Cort⁵⁾. Er hat seine Erfindung 1783 und 1784 patentieren lassen.

1) Ashton 186—197.

2) Ebenda 25—42.

3) J. L. and B. Hammond a. a. O. 137.

4) Ashton 134.

5) Ebenda 87—103.

15 Tonnen Stabeisen konnten nun in der Zeit, in der früher eine Tonne hergestellt worden war, erzeugt werden. Auch war das neue Stabeisen besser als das früher hergestellte; es lieferte den Rohstoff für die Herstellung von Stahl. Corts Erfindung hat den Hammerschmied beseitigt; um den Gewinn aus derselben ist er durch Konkurrenten betrogen worden; er wurde bankrott, starb im Bezug einer mageren Pension der Regierung und hinterließ seine Familie in Elend. Drittens: In der Verwendung des Dampfes in der Herstellung von Eisen 1776. Sie knüpft an die Namen von John Wilkinson und James Watt¹⁾. Dazu kam ergänzend ein neuer Prozeß bei der Herstellung von Stahl durch Benjamin Huntman²⁾, einen Uhrmacher deutschen oder holländischen Ursprungs. Er war unzufrieden mit den ihm gelieferten Uhrfedern. Das hat ihn zur Erfindung des Gußstahls geführt. Auch ihm ist seine Erfindung durch Betrüger gestohlen worden.

Im Gefolge dieser Erfindungen ist Großbetrieb in großem Maßstabe an die Stelle der kleinen Eisenhämmer getreten. In der Nachbarschaft Birminghams hat es 1812 zehn Eisenwerke gegeben, deren jedes über 50 000 £ gekostet hatte³⁾. Die Hüttenbesitzer kamen nicht wie in der Baumwollindustrie, aus der Klasse der kleinen Bauern, der Yeomen, sondern zumeist aus der der Weiterverarbeiter und der Händler mit Eisen⁴⁾. Viele darunter waren Nonkonformisten und Quäker, und viele von ihnen waren frei von dem spezifisch-kapitalistischen Geiste⁵⁾. Sie pflegten ihren Gewinn im Ankauf von Kohlengruben, Land- und Staatsanleihen anzulegen. Die Arbeiterbevölkerung kam aus allen Arten von Beschäftigungen; in alten Tagen hatte die Eisenproduktion zur Zeit der Bestellung der Felder und besonders zur Erntezeit oft geruht, da die Arbeiter dann in der Landwirtschaft tätig waren⁶⁾.

1) Ashton 60—86.

2) Ebenda 55—59.

3) Ebenda 100.

4) Ebenda Chapt. 9.

5) Ebenda 213—220.

6) Ebenda 197.

Der Einfluß der Umgestaltung der Eisenerzeugung auf die Menge der in England hergestellten Produkte war außerordentlich. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts waren noch zwei Drittel des in England verbrauchten Stabeisens aus dem Ausland gekommen; 1797 hat England Stabeisen ausgeführt. 1720 hat die Produktion von Roheisen 17 350 (wahrscheinlich 25 000) t betragen in 59 Hochöfen; 1788 betrug sie 68 000 t in 85 Hochöfen, 1839 1 347 000 t in 378 Hochöfen. Frankreich hat 1835 290 378 und die Vereinigten Staaten haben 1837 250 000 t produziert¹⁾.

Während die Baumwollindustrie unter den Kriegen mit Amerika und Frankreich am Ausgang des 18. Jahrhunderts gelitten hat, hat die Eisenindustrie infolge derselben zugenommen; als der Friede eintrat, ging sie zurück²⁾. Die angegebenen Zahlen zeigen, daß England in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts an der Spitze der Eisenproduktion der Welt stand.

Als die Großindustrie in England im 18. und teilweise schon im 17. Jahrhundert aufkam, sind die Unternehmer noch nicht so reich gewesen, daß die Betriebe einem allein gehörten. Nicht nur daß sie regelmäßig zur Aufnahme von Schulden genötigt waren, es waren auch als Regel mehrere als Gesellschafter beteiligt, und die Aktiengesellschaft, die, wie wir gesehen haben, 1553 mit der Gründung der Russischen Handelskompanie ihren Anfang genommen hatte und im 16. und 17. Jahrhundert namentlich in Handels- und Bankunternehmungen Anwendung gefunden hat, ist mit dem Aufkommen der Großindustrie mehr und mehr auch in den Gewerbebetrieb eingedrungen. In dem von W. R. Scott aufgestellten Verzeichnis¹⁾ der bis 1720 in England vorkommenden Aktiengesellschaften finden sich solche für Bergbau, Hüttenwerke, Salzgewinnung, Fischerei,

1) J. L. and B. Hammond a. a. O. 160.

2) Ashton Chapt. VI.

3) Scott III 462—481.

Herstellung kommunaler Wasserleitungen, alle Arten von Versicherung, Glasfabrikation, Herstellung von Glanztaffet, Gewinnung von Salpeter, Herstellung von hohlen Schwertklingen, von Öl aus Bucheckern, für Tuch und Leinenfabrikation. Für die Zeit nach 1720 ist mir keine ähnliche Nachricht über die weitere Ausbreitung der Aktiengesellschaften bekannt. Sie haben mit der Zunahme der großindustriellen Betriebe unzweifelhaft zugenommen.

36. Kapitel.

Der landwirtschaftliche Fortschritt und das Schwinden des Bauernstandes.

Weit unmittelbarer als auf den Gewerbebetrieb hat die durch Handel und Schifffahrt herbeigeführte Mehrung des Reichtums auf die Landwirtschaft Englands gewirkt. Das reichgewordene englische Bürgertum hat von jeher nach Erwerb von ländlichem Grundbesitz und den in einer Zeit feudaler Gesellschaftsorganisation damit verbundenen Vorrechten gestrebt. Ich habe dies schon an dem ersten Bürgermeister von London Fitz-Aylwin und seiner Nachkommenschaft gezeigt, ferner an den de la Pole und an den Kaufleuten des 15. und 16. Jahrhunderts, die Landgüter aufkauften und Bauern legten. Die Tudors, die ersten Stuarts, Oliver Cromwell sind dem entgegen gewesen. Während des Bürgerkriegs und der Republik hat sich durch die Konfiskation von Gütern von Anhängern der königlichen Partei, und deren Verteilung die Zahl der mittleren und kleinen Besitzer wieder vermehrt. Im langen Parlament ist der Besitz der Mitglieder des Unterhauses dreimal so groß wie der der Mitglieder des Oberhauses gewesen¹⁾; und unter Cromwells Protektorat ist der Einfluß der Kleinbesitzer so groß gewesen, daß sie 1654 das Wahlrecht zum Parlament, das unter Karl I. auf die Besitzer von 200 £ Vermögen beschränkt worden war, den Besitzern von freiem Eigentum im Werte von 40 £ unter gleichzeitigem Ausschluß der Copyholders wieder zuteil werden

1) Arthur H. Johnson 80.

ließen¹⁾. Aber anders nach der Restauration und der Revolution. Sie bilden den Wendepunkt in der Geschichte des englischen Grundeigentums. Nun beginnt die eigentliche Zeit des Bauernlegens und der Konzentration des Grundbesitzes in wenigen Händen.

Wir haben oben gesehen, wie mit der Restauration die Periode der Adels Herrschaft beginnt, die bis 1832 gedauert hat. Der Großgrundbesitz konnte während derselben machen, was er wollte. Kein Ministerium zur Zeit der Regierung Karls II., Jakobs II., Wilhelms III., der Königin Anna und noch weniger unter den hannoverschen Georgen würde, selbst wenn es gewollt hätte, es gewagt haben, einem auf Steigerung der Renten gerichteten Vorgehen desselben entgegenzutreten. Das ganze Parlament war in Sympathie mit diesem Streben. Wir haben gesehen, wie unter Karl II. auf die Einfuhr von Getreide ein Zoll gelegt worden ist, und wie Wilhelm III. das Parlament durch eine Ausfuhrprämie für Getreide, wenn dessen Inlandspreis unter bestimmte Sätze herabgehe, zur Bewilligung der von ihm benötigten Steuern gewonnen hat. Das hat allerdings nicht verhindern können, daß in England, ebenso wie in Frankreich, wo die entgegengesetzte Getreidehandelspolitik herrschte, die Getreidepreise in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts niedriger als im 17. Jahrhundert gewesen sind²⁾. Die Erklärung gibt für beide Länder die Betrachtung der Regenmengen³⁾. Die Zeit der sinkenden Preise in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts war eine Periode der Trockenheit, die in Ländern mit Seeklima steigende Er-

1) Arthur H. Johnson 81.

2) Siehe darüber: Rural improvements etc. by a landowner. London 1775, 488 ff. — A. Smith, Wealth of Nations, IV, Ch. 5. — J. Howlett, Dispersion of gloomy apprehensions with respect to the decline of the corntrade, London 1797, 33 ff. — George Chalmers, An estimate of the comparative strength of Great Britain etc. Ausgabe von 1802, 325. — West, Essay on the application of capital to land, London 1815.

3) Lujo Brentano, Agrarpolitik, 2. Aufl., Stuttgart und Berlin 1925, 50 ff.

träge zu bringen pflegt. Auch sind die englischen Getreidepreise nach Einführung der Ausfuhrprämie nicht etwa stetiger als früher gewesen; man könnte also nur sagen, daß sie ohne die Ausfuhrprämie noch mehr geschwankt haben würden. Aber Aberglaube ist oft ein ebenso wirk-samer Antrieb zum Handeln, wie die richtige Erkenntnis der Zusammenhänge der Dinge, und man glaubte, die Ausfuhrprämie bewahre die Landwirte in überreichen Ernte-jahren vor allzu großem Sturze der Getreidepreise. Das beruhigte die durch Handel und Schifffahrt reich gewordenen Kaufleute, und die jüngeren Söhne, die als Beamte der Ost-indischen Kompanie nach Indien gegangen waren und als Nabobs zurückgekehrt, hatten nichts eiligeres zu tun als Grundbesitz aufzukaufen. Denn wenn es ihnen auch in erster Linie darauf ankam, damit in die Reihen der herr-schenden Aristokratie aufzusteigen, so haben sie doch keineswegs darauf verzichtet, aus ihrem Vermögen die größtmögliche Rente zu ziehen. Mit der Restauration be-ginnt die zweite Periode der Einhegungen, die zweite große Agrarumwälzung in England mit ihren wirtschaftlich segens-reichen und sozial verhängnisvollen Folgen.

Schon zur Zeit der ersten großen Agrarumwälzung von 1455 bis um die Mitte des 16. Jahrhunderts hat in England eine Literatur begonnen, die sich mit der Ver-besserung des Landwirtschaftsbetriebes beschäftigt hat¹⁾. 1523 ist Fitzherberts Boke of Husbandry erschienen und die Schrift von Tusser; außer ihren Schriften fallen in die Tudorzeit die von Turner, Googe, Sir Hugh Plat, Plattes, Markham und anderen. Sie sind ein Zeichen für das er-wachende Interesse an der Verbesserung des Landwirt-schaftsbetriebes. Dieses hat sich auch praktisch gezeigt. Der in den Rosenkriegen untergegangene Gartenbau be-gann wieder aufzuleben. Unter Heinrich VIII. ist der An-bau von Hopfen und neuen Gemüse in England eingeführt worden. Im 17. Jahrhundert beginnt die sorgfältigere

1) Siehe R. E. Prothero, *The Pioneers and Progress of English Farming*, London 1888.

Düngung der Felder. Es finden Bodenmeliorationen statt. In die Zeit der Republik fällt die schon erwähnte Befreiung des Grundbesitzes von feudalen Fesseln, die jeden intensiveren Aufbau hemmten. Der Rüben- und Kleebau wird durch Sir Richard Weston eingeführt. Unter Cromwell wird die Zweckmäßigkeit der Drainage erörtert und im weiteren Verlauf des 17. Jahrhunderts wird mit deren Durchführung in Nachahmung des holländischen Vorbilds begonnen. Holländer drainieren die Filze. Das Wasser wird durch Windmühlen ausgeschöpft. Die Bewässerung der Wiesen wird eingeführt. Wildsau und Wolf verschwinden.

Aber die größten landwirtschaftlichen Fortschritte knüpfen sich an die Namen Townshend, Bakewell, Young und Coke.

Lord Townshend trat 1730 aus dem Ministerium Walpole aus, um sich ganz der Landwirtschaft zu widmen. Er begann in der Grafschaft Norfolk mit der Fruchtwechselwirtschaft, und indem er bewirkte, daß zwei Ähren wuchsen, wo vorher nur eine gewachsen war, erwarb er sich größere Ansprüche auf die Dankbarkeit der Nation als alle Politiker seiner Zeit zusammengenommen. Durch den Fruchtwechsel wurde die Brache beseitigt. Er bestand in einem Wechsel von Wurzel- und Grasbau mit Getreidebau. Unter seinen Neuerungen befand sich das Mergeln. Die leichten Sandböden von Norfolk wurden dadurch verbessert. Drei- bis vierhundert Tausend Acres Wüstland wurden in Gärten verwandelt. Als seine größte Leistung gilt die Durchführung des Feldbaus von Rüben und Klee. Die Renten stiegen von 180 auf 800 £ im Jahr. Die Norfolkter Fruchtwechselwirtschaft wurde die Bewunderung und das Muster der Landwirtschaft von ganz Europa. In Deutschland hat sich Albrecht Thaer durch die Propaganda für Nachahmung derselben einen Namen gemacht.

Noch größere Ergebnisse als Townshend hatte Bakewell in Leicestershire durch seine Verbesserung der Fleischzucht aufzuweisen. Er hat an die Stelle der wilden Mischung der Rassen die Rassenzüchtung gesetzt. Er ging bei der

Auswahl der Zuchtthiere, je nachdem was erreicht werden sollte, vor. Der Erfolg war außerordentlich. Im Jahre 1710 hatte das Durchschnittsgewicht von Vieh und Schafen, die auf dem Markte in Smithfield verkauft wurden, betragen: bei Ochsen 370 Pfund, bei Kälbern 50 Pfund, bei Schafen 28 und bei Lämmern 18 Pfund; im Jahre 1795 betrug deren Gewicht beziehungsweise 800, 148, 80 und 50 Pfund.

Aber diese Fortschritte ließen sich nur erzielen bei Ueberführung alles Landes in Sondereigentum und bei unbeschränkter Verfügungsfreiheit des Landwirts über das Land. Das gilt sowohl für die Fortschritte im Feldbau wie für die in der Tierzucht. Ich habe, als ich von den Einhegungen im 15. und 16. Jahrhundert sprach, von den wirtschaftlichen Nachteilen der Feldgemeinschaft gesprochen. Bei Gemengelage der Ackerstreifen, bei Vor- und Nachhut und Brachweide auf allen Feldern der Flur ist die Fruchtwechselwirtschaft unmöglich, und ebenso bei Gemeinweide infolge der Promiskuität, die sie mit sich bringt, die rationelle Viehzucht.

Auch finden wir bei denen, welche um Hebung des Getreidebaus bemüht sind, wie bei Fitzherbert 1534, Hales 1581, Tusser 1590, Hartlib 1651 schon vor der Restauration die Forderung, die Feldgemeinschaft durch Einhegungen aufzuheben, und Samuel Fortrey sucht in seiner 1663 erschienenen Schrift¹⁾ die von Königen und Parlamenten gegen diese erhobenen Bedenken zu widerlegen. Doch ihren Hauptverfechter haben die Einhegungen erst in Arthur Young (1741—1820) gefunden²⁾. In einem langen Leben ist er der unermüdliche Apostel der Fortschritte ge-

1) *Englands Interest considered in the Increase of Trade* 1663.

2) In Betracht kommen hier: *The Farmers Letters to the People of England*, 3. ed., London 1771. — *A six weeks' tour through the Southern Counties of England and Wales*, London 1769. — *A six months' tour through the North of England*, 2. ed., London 1771. — *The Farmer's tour through the East of England*, London 1771. — *Political Arithmetic*, London 1774. — *Political Arithmetic part II*, London 1779.

wesen, der in Norfolk drei- bis vierhunderttausend Acres Wüstland in Gärten verwandelt und in Leicestershire zu den Fortschritten Bakewells in der Viehzucht geführt hat. Aber diese Fortschritte sind nur in großen Betrieben erzielt worden. Young suchte nachzuweisen, daß es unmöglich sei, sie in kleinen Betrieben zu erzielen, und träumt davon, daß es bei allgemeiner Ersetzung der Kleinbetriebe durch Großbetriebe auch bei weiterer Zunahme der Bevölkerung Großbritannien möglich sein werde, dessen ganzen Brot- und Fleischbedarf auf britischer Erde zu erzeugen. Hinter diesem Ziele treten ihm alle anderen Gesichtspunkte zurück. Um es zu erreichen, empfiehlt er den großen Landbesitzern, die Pachtrenten zu steigern, denn wenn die Renten auch nicht übermäßig sein dürften, so hätten niedrige Pacht-schillinge doch Schlendrian und schlechte Wirtschaft der Pächter, hohe Pachtrenten dagegen Wirtschaftlichkeit und vorzügliche Wirtschaft der Pächter zur Folge. Wer seine Renten steigern, nütze seinem Lande mehr als sich selbst. Der Anblick von Gemeinländereien, die unangebaut liegen, versetzt ihn in Wut. Daher sein stetes Zurückkommen auf die Notwendigkeit von Einhegungen und sein Verlangen, den Grundbesitzern in dieser Beziehung völlige Freiheit zu gewähren.

Damit die Landwirtschaft allgemein in Aufnahme kam, genügte es aber nicht, den Landwirten den Fortschritt zu predigen, und daß einzelne dem folgten, was ihnen gepredigt wurde. Es mußte dafür gesorgt werden, daß möglichst alle dem gegebenen Beispiele nachkamen. In dieser Hinsicht hat Coke von Holkham, der spätere Graf Leicester, sich besondere Verdienste erworben. Er hat nicht nur durch Mergel den Sandboden auf seinem Besitze in fruchtbares Land verwandelt, zu gleichem Zwecke große Düngermengen gekauft, seinen Viehstand verdreifacht und dadurch sein Renteneinkommen von £ 2200 im Jahre 1776 auf £ 20 000 im Jahre 1816 gesteigert, er war auch auf's eifrigste bemüht, die gewonnenen landwirtschaftlichen Kenntnisse zu verbreiten. Um dies zu erreichen, hat er alljährlich eine Anzahl von Landwirten eingeladen, damit sie

ihre Erfahrungen austauschten¹⁾). Seinem Beispiel sind dann andere Großgrundbesitzer gefolgt; so der Herzog von Bedford, Lord Egremont und andere. Die Beschäftigung mit der Landwirtschaft wurde Mode. Der König (Farmer George) ging allen anderen voran, und die gebildeten und vornehmen Kreise folgten. Die Geistlichkeit nahm sich der landwirtschaftlichen Verbesserung nicht weniger an als zur selben Zeit in Deutschland, wo Predigten und Gesangbücher sich in den Dienst ihrer Anpreisung stellten.

Um dieselbe Zeit hat James Anderson als erster erkannt, was in einer kapitalistisch organisierten Volkswirtschaft die Höhe der Grundrente bestimmt²⁾). Er lehrte, daß ihr Betrag abhängt von der Differenz in den mechanischen und chemischen Eigenschaften des unergiebigsten Grundstücks, dessen Anbau zur Deckung des Bedarfs eines Landes notwendig ist, und denen des ergiebigeren Grundstücks. Da er dafür war, daß der britische Getreidebedarf durch die britische Landwirtschaft gedeckt werde, war er einerseits für den Anbau auch der unergiebigsten Grundstücke, von Gemeinweiden und Wüstland, andererseits für Meliorationen der ergiebigeren Grundstücke. Durch beides mußte die Grundrente der letzteren gesteigert werden, denn je unergiebiger die Grundstücke waren, die man in Anbau nahm, und je mehr die fruchtbaren Grundstücke melioriert wurden, desto größer die Differenz im Ertrag beider und um so höher die Grundrente. Anderson sah in der Grundrente eine Prämie für die Erhaltung und Vermehrung der Fruchtbarkeit des Landes auf dem Wege der Melioration.

Die seit dem 16. Jahrhundert stattgehabten Fortschritte in der Landwirtschaft und die vorgeführten Lehren haben die Großgrundbesitzer und diejenigen, die ihren neu-

1) Robert Owen gibt in *Life of Robert Owen*, London 1857, I 218 ff. eine interessante Schilderung der Zusammenkünfte bei Coke.

2) James Anderson, *Drei Schriften über Korngesetze und Grundrente*, mit Einleitung und Anmerkungen von Lujo Brentano, Leipzig 1893. — Lujo Brentano, *Agrarpolitik*, 2. Aufl., 178 ff.

erworbenen Reichtum in Landgütern anlegten, vor Augen gehabt. Über ihr rastloses Gewinnstreben wird von denen, die darunter litten, wie auch von unparteiischen Zuschauern laut geklagt. Doch sind alle vor der Restauration dagegen ergriffenen Maßregeln erfolglos geblieben, und nach derselben sind keine mehr dagegen ergriffen worden. Alle Ertragssteigerungen sind aber nach Young und Coke nur möglich gewesen in großen Betrieben und bei Aufwendung von viel Kapital; und das Zusammenlegen kleiner Pachtungen zu großen und das Zusammenkaufen des kleinbäuerlichen Besitzes, wozu diese Erkenntnis die Großgrundbesitzer und die Reichen, die es werden wollten, geführt hat, sind die Ursache des Untergangs des englischen Bauernstands geworden.

Aus meiner obigen Bemerkung, es habe seit der Restauration und besonders von 1760 bis 1830 die zweite Periode der Einhegungen stattgefunden, darf übrigens nicht geschlossen werden, daß in der Zwischenzeit zwischen der ersten und zweiten Periode gar keine Einhegungen vorgekommen seien¹⁾. Wie die Kenntnis der mit ihnen verbundenen Vorteile die von den Tudors dagegen ergriffenen Maßnahmen, so haben die Einhegungen auch diese überdauert, ebenso haben dies die dadurch hervorgerufenen Klagen²⁾. Immerhin hat es, wie wir gehört haben³⁾, 1688 noch 180 000 Familien von Freisassen mit einem Durchschnittseinkommen von 60—70 £ in England gegeben, und selbst in einer 1750 erschienenen Beschreibung Englands heißt es noch⁴⁾: „Yeomen sind diejenigen unter den Gemeinen, die eigenes Land von beträchtlichem Werte besitzen, es selbst in der Hand behalten, es selbst bewirtschaften und mit ihren Familien vom Ertrage des-

1) E. C. K. Gonner, *Common Land and Inclosures*, London 1912, gibt genaue Übersichten über die nach der ersten Einhegungsbewegung vorgekommenen Einhegungen für jede einzelne Grafschaft. Siehe auch die Zusammenfassung S. 175 ff.

2) Siehe Arthur H. Johnson 45 ff.

3) Siehe oben S. 240/241.

4) *A new present state of England* (1750) II 63.

selben leben. Aus diesem Grunde werden sie vom Gesetze freeholders genannt, d. h. sie haben Land oder Besitztümer erblich inne zu einem ihnen und ihren Erben für immer zustehenden ewigen Rechte. Es gibt deren eine große Zahl in England, und viele unter ihnen haben so große Güter, daß sie wie Gentlemen zu leben vermögen. 40 oder 50, selbst 100 oder 200 £ im Jahr ist ein keineswegs seltenes Einkommen. Besonders in der Grafschaft Kent (N. B. in der Grafschaft mit dem gleichen Erbrecht der Söhne) gibt es einige, die 1000 £ im Jahre, und andere, die ein noch viel größeres Jahreseinkommen haben — etwas, was unter Männern dieser Klasse in keinem anderen europäischen Lande leicht gefunden werden dürfte.“ Allerdings fällt diese Äußerung noch in die Zeit, bevor die heftige Einhegungsbewegung begonnen hat, die zum Schwinden des Bauernstandes führen sollte. Noch 1693 schreibt der schon genannte Houghton, daß er sich nicht wundern kann, daß es noch Leute gibt, die so rückständig sind, nicht einzuhegen, da Einhegungen für England gewinnbringender sein würden wie die Minen von Potosi für den König von Spanien, und noch 1744 petitioniert ein Wollindustrieller an beide Häuser des Parlaments, man möge denen, die zwei Landlose aufkauften, den Titel Esquire, denen die vier kauften, den eines Ritters und denen, die acht kauften, den Titel Baronet verleihen¹⁾. Die Einhegungsbewegung, die zum Schwinden des Bauernstandes geführt hat, macht sich erst von 1750 an fühlbar²⁾.

1) Arthur H. Johnson 85, 86.

2) Gonner a. a. O. 141. — Die Behauptung von Karl Marx, Das Kapital I 708, 1. A. 1867: „1750 ungefähr war die Yeomanry verschwunden und in den letzten Dezennien des 18. Jahrhunderts die letzte Spur von Gemeindееigentum der Ackerbauer“ steht in schroffem Widerspruch mit den Tatsachen. Nach einer Aufnahme von 1873 hat es damals gegeben (Slater 38):

in	Zahl der Gemeinden mit Gemein- land	Flächen der- selben acres	Geschätzte Fläche anderes Gemein- land acres
England	853	153 867	97 001
Wales	52	13 086	353
	905	166 953	97 354

Sie hat nach der Restauration begonnen, dann ist sie in steigendem Maße angeschwollen, bis sie im 19. Jahrhundert alles Land ergriffen hat. Ihre Wirkungen für den Bauernstand waren dieselben wie die der ersten Einhegungsbewegung im 15. und 16. Jahrhundert. Doch unterscheidet sie sich von dieser durch ihren Zweck. Diese erstrebte die Ersetzung von Ackerland durch Weideland, um durch Erzeugung von Schafwolle von der im Aufschwung begriffenen Wollindustrie Vorteil zu ziehen. Der Zweck der zweiten Einhegungsbewegung war die Verwandlung von Ackerland in Fettweide¹⁾. Die zunehmende Nachfrage nach tierischen Produkten und die Fortschritte in der Tierzucht haben seit 1750 zusammengewirkt, die Einhegungen zu mehren. Unter ihrem Einfluß haben sie in den mittleren Grafschaften schnell zugenommen. Von 1780 ab nimmt die Verwandlung von Ackerland in Fettweiden ab, teils weil das dazu am besten geeignete Land in Grasland verwandelt ist, hauptsächlich aber weil in den beiden letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts unter dem Einfluß der fortschreitenden industriellen Entwicklung und der durch sie hervorgerufenen Bevölkerungszunahme die Getreidepreise steigen, während gleichzeitig die Fortschritte im Anbau es möglich machen, ärmere Böden intensiver zu bewirtschaften. Diese Änderung im Zweck der Einhegungen gilt indes nicht für die großen viehzüchtenden Distrikte²⁾.

Die Zusammenlegung der Felder und die Aufteilung der Gemeinweiden und des Wüstlands ist auf fünffache Weise vor sich gegangen:

1. Durch Aufhören der Feldgemeinschaft, indem das Eigentum an den Feldern und Gemeinweiden und Wüst-

Dies heißt: 1873 herrschte in 1 von je 10 Dorfgemeinden in England und Wales noch Feldgemeinschaft. Nach dem Return of wastelands subject to rights of common vom 13. April 1874 gab es damals in England und Wales noch 1484476 acres Commons, wovon 883 989 der Kultur fähig.

1) W. Hasbach, Die englischen Landarbeiter in den letzten hundert Jahren und die Einhegungen, Leipzig 1894, 39.

2) Gonner a. a. O. 141.

land in einer Hand vereint worden ist. Dieser Hergang, der schon zur Zeit der Rosenkriege eine Rolle gespielt hat, ist nach der Säkularisation der Klöster von größerer Bedeutung gewesen. Die neuen Herren haben sich nicht um die Rechte der Bauern gekümmert¹⁾.

2. Indem der Herr seine Felder aus der Gemengelage herausnahm und sie ohne Widerspruch der Bauern zusammenlegte²⁾.

3. Indem der Herr die Gemeinweide, die häufig durch zu großen Auftrieb von Vieh seitens der Bauern geschädigt wurde, in der Weise nutzte, wie es ihm im Kulturinteresse zweckmäßig erschien. Das geschah gemäß dem Rechte der Verbesserung (Approvement). Es stand ihm zu, vorausgesetzt, daß sein Vorgehen nicht das Recht anderer verletzte, wie im Statute of Merton festgesetzt war. Das Recht hat praktisch eine große Bedeutung gehabt³⁾.

4. Es ist für die Großgrundbesitzer das Vorteilhafteste gewesen, wenn sie Einhegungen durch Übereinkommen der Interessenten vorzunehmen vermochten. Sie ersparten dabei Kosten und Aufregung. Um dies zu erreichen, suchte man die Pachtverträge so abzuschließen, daß sie gleichzeitig endeten; wenn dies nicht gelang, suchte man den Widerstand widerstrebender Pächter, deren Pachtvertrag ihnen die Möglichkeit gab, ein Übereinkommen abzulehnen, auf andere Weise zu brechen. Zu Anfang des 18. Jahrhunderts konnten die Grundherren mit ihrem Land ganz nach Belieben verfahren. 1727 schrieb Edward Lawrence in seinem Buche über die Pflichten des Gutsverwalters⁴⁾: „Ein Verwalter sollte nicht vergessen, über die Geneigtheit der freeholders, innerhalb oder in der Nachbarschaft des Manors seines Herrn ihr Land zu verkaufen, in der bestmöglichen Weise sich Sicherheit zu verschaffen, auf daß er es zu einem vernünftigen Preise zum Vorteil seines Herrn ankaufen

1) Siehe auch Gonner 43—46.

2) Ebenda 46—48.

3) Ebenda 48—51.

4) Edward Lawrence, The Duty of the Stewart to his Lord, 1727, Art. XIV.

könne ... besonders in solchen Grundherrschaften, in denen durch Einhegung von Gemeinweiden und in Gemengelage befindlichen Feldern Verbesserungen stattfinden können. Wenn noch nicht alle freeholders dazu gebracht werden können zu verkaufen, soll wenigstens eine Verständigung über Einhegung durch den Verwalter herbeigeführt werden.“ An anderer Stelle: „Der Verwalter soll nicht dulden, daß irgendwelches seinem Herrn gehörige Land an benachbarte Inhaber von Freeholds verpachtet wird“¹⁾, und weiter: „Der Verwalter sollte darauf aus sein, alle kleinen Pachtungen, die an arme Leute ausgetan sind, zu großen zusammenzulegen...“, doch ist es nicht weise, alle Pachtungen auf einmal zusammenzulegen, wegen des Odiums und der Zunahme der Armenlast. Es ist viel klüger und sichert größere Popularität, mit dem Zusammenlegen zu warten, bis solche Pachtungen durch Tod an den Verpächter zurückfallen²⁾).

Mitunter ist das von Lawrence empfohlene Übereinkommen durch wirklich freie Zustimmung der Bauern zustande gekommen; mitunter wurde es erpreßt oder durch Gerichtsurteil herbeigeführt, nachdem durch Kollusion des Herrn mit einigen Interessenten die dissentierenden Nutzungsberechtigten überstimmt worden waren. Oft hat die bloße Drohung mit dem kostspieligen Gerichtsverfahren genügt, um Übereinstimmung herbeizuführen³⁾.

5. Aber nicht immer hatte der Herr eines Manors oder der Haupteigentümer einer Gemeinde so vollständig das Übergewicht in derselben, daß er eine gewünschte Einhegung durchsetzen konnte. Dann hat er sich an das Parlament um Anordnung derselben durch ein für ihn zu erlassendes Spezialgesetz (Private Act) gewandt. Mit der Regierung der Königin Anna beginnt die systematische Einhegung durch Spezialgesetze. Man unterscheidet drei Perioden der Einhegungen auf Grund eines durch das Parlament beschlossenen Gesetzes. Die erste umfaßt die Zeit

1) Lawrence 34.

2) Ebenda 36.

3) Gonner 51 ff.

bis 1801; in diese Periode fallen 1616 Einhegungsgesetze, durch die 2 665 466 acres eingeeht worden sind; im Jahre 1801 ist ein allgemeines Gesetz zur Erleichterung der Einhegungen erlassen worden. Die zweite Periode umfaßt die Zeit von 1802 bis zum allgemeinen Einhegungsgesetz von 1845; in ihr wurden 1075 Spezialgesetze erlassen, durch welche 1 610 302 acres eingeeht worden sind. Die dritte Periode umfaßt die Zeit seit 1845. In ihr sind 154 Spezialgesetze erlassen und 140 645 acres eingeeht worden¹⁾. Von den stattgefundenen Einhegungen nur von Gemeinweiden und Wüstland kommen auf die Jahre²⁾:

Jahre	Gesetze	Gemeinweide und Wüstland acres	acres per Jahr
1727—1760	56	74 518	2 192
1761—1792	339	478 259	14 946
1793—1801	182	273 891	30 432
1802—1815	564	739 743	52 839
1816—1845	244	199 300	6 643
	1385	1 765 711	

Man beachte die enorme Zunahme der Zahl der im Jahresdurchschnitt eingeehten Felder während des Krieges gegen Frankreich von 1793 bis 1815. Es ist die Zeit der Hungerpreise. Der Weizen stand über 100 s der Quarter. Die von den Großgrundbesitzern und ihren Pächtern erzielten Gewinne waren enorm. Das mußte in hohem Maße zu Einhegungen antreiben. In einer 1772 erschienenen Broschüre, deren Schilderungen in dem Generalberichte über Einhegungen von 1808 als zutreffend bezeichnet werden, heißt es³⁾: „Der Grundeigentümer, der die große

1) Die Zahlen über die in den drei genannten Perioden erlassenen Gesetze und stattgehabten Einhegungen von acres sind auf Grund der Angaben im Appendix D von Gilbert Slater, *The English peasantry and the enclosure of common fields*, London 1907, p. 268—313 berechnet. Siehe daselbst auch das dritte Kapitel.

2) Slater 267 Appendix A.

3) The advantages and disadvantages of enclosing waste lands and common fields by a Country Gentleman 1772.

Zunahme der Rente seines Nachbarn sieht, empfindet den Wunsch, seinem Beispiele zu folgen; das Dorf gerät in Unruhe; der große Pächter fürchtet eine Steigerung seiner Rente und daß er zu einem Anbausystem gezwungen werde, zu dem er weder durch seine Erfahrung noch durch seine Neigung gereizt wird; der kleine Pächter fürchtet, daß ihm sein kleines Pachtgut genommen und mit einem größeren vereint wird; der Kötter erwartet nicht bloß seine Nutzung der Gemeinweide zu verlieren, sondern auch als begleitende Folge eine Abnahme in der Nachfrage nach Arbeit und daß er auf der Suche nach Arbeit seine Heimat verlassen muß.“

Es sind aber nicht bloß die Grundherren gewesen, von denen die Einhegungen ausgegangen sind; oft waren es die Pächter, die sich davon Vorteil versprachen. Arthur Young, der unermüdliche Befürworter der Einhegungen, schildert den Hergang bei Einhegungen folgendermaßen¹⁾: „Wenn ein ganzes Kirchspiel eine einzige Pachtung wird, unter einem Grundherrschaft, konzentriert sich die Macht sowohl über die Armen als auch ihre Wohnungen in dem Grundherrschaft und seinem Pächter. Der Pächter hat die Armensteuer zu zahlen, und vielleicht auch, gemäß seinem Pachtvertrag, die Arbeiterwohnungen instand zu halten; das sind für ihn zwei starke Ursachen, ihn zur Vertreibung der Bewohner zu veranlassen und ihre Wohnhäuser dem Verfall zu überlassen, oder auch, seinen Grundherrschaft zu bewegen, sie niederzureißen; er befreit sich dadurch von Bezahlung von Armensteuer und wird Reparaturleistungen los. Seine Arbeiter dingt er aus Kirchspielen, um deren Einwohnerschaft er sich nicht kümmert, da er keine Armensteuer für sie zu zahlen hat. Dasselbe mag stattfinden, wenn sich in einem Kirchspiel zwei oder drei Pachtungen befinden, vorausgesetzt, daß die Pächter übereinstimmen.“

Um den Widerstand zu verstehen, den die Bauern den Einhegungsbestrebungen der Grundherren entgegengesetzt haben, genügt es, eine der Petitionen zu lesen, die sie da-

1) Political Arithmetic 102—104.

gegen an das Parlament gerichtet haben. So schrieben¹⁾ 1797 die Bauern und sonstigen Nutzungsberechtigten von Rounds in Northamptonshire: „Die Unterzeichneten bitten um Erlaubnis, dem Hause vorzutragen, daß die Gütler und andere zur Nutznießung der Gemeindeländereien Berechtigten, die jetzt unter Angabe, daß diese Ländereien verbessert werden sollen, eingehegt werden sollen, eines unschätzbaren Vorrechts, dessen sie sich bisher erfreut haben, beraubt werden, des Rechtes nämlich, eine bestimmte Zahl Kühe, Kälber und Schafe auf und über besagte Ländereien zu treiben. Vermöge dieses Vorrechts haben sie nicht nur sich und ihre Familien mitten im Winter zu erhalten vermocht zu einer Zeit, wenn sie außerstande sind, von den Besitzern anderen Lands auch nur die geringste Menge Milch oder Molken zu diesem unentbehrlichen Zweck selbst für Geld zu erlangen, sondern sie sind dadurch auch instand gesetzt worden, die Viehzüchter zu einem vernünftigen Preise mit Jungvieh und Magervieh zu versehen, auf daß sie es mästen und für den allgemeinen Verbrauch zu mäßigen Preisen auf den Markt bringen, worin wir das rationellste und wirksamste Mittel erblicken, um allgemeine Fülle und billige Versorgung herbeizuführen. Wir erkennen ferner als eine noch schädlichere Wirkung dieser Einhegung die Entvölkerung unseres Dorfes. Jetzt ist es angefüllt mit kühnen und starken Landwirten, denen so wie den Bewohnern derartiger bisher nicht eingegelter Kirchspiele die Nation bisher die größte Stärke und den größten Ruhm verdankt hat, indem sie die Mannschaft ihrer Flotte und ihrer Heere lieferten; jetzt werden sie notwendig infolge von Arbeitslosigkeit in Massen nach den Industriestädten abwandern, wo sie infolge ihrer Beschäftigung am Webstuhl oder in der Schmiede ihre Kraft bald verlieren werden; als Folge wird ihre Nachkommenschaft schwächlich sein, und in unmerklichen Abstufungen wird jenes große Prinzip des Gehorsams gegen die Gesetze Gottes und des Landes vernichtet werden, welches die Ge-

1) House of Commons Journal June 19, 1797.

sinnung der einfachen und arglosen Dorfbewohner, die in den nicht eingehegten Gegenden gleichmäßiger über das Land zerstreut waren, kennzeichnet, und von der die gute Ordnung und Verwaltung im Staate so sehr abhängt. Das sind einige der Nachteile sowohl für sich selbst als auch üble Folgen für die Allgemeinheit, welche die Unterzeichneten als Folge dieser Einhegungen erblicken, wie sie die Folgen vieler anderer Einhegungen gewesen sind; aber sie hielten sich nicht für berechtigt, sie dem Hause, dem verfassungsmäßigen Patrone und Beschützer der Armen, vorzutragen, bis es unglücklicherweise ihr Los wurde, durch den dem Hause jetzt vorliegenden Gesetzentwurf, selbst davon bedroht zu werden.“

Der Wortlaut der Petition dürfte, trotz ihres schlechten Stils, nicht von den bedrohten Bauern selbst herrühren. Doch drückt sie aus, was damals von deren Freunden auf Grund der allgemeinen Erfahrungen empfunden wurde. Aber kein Zweifel, daß die Fortdauer der Feldgemeinschaft und der Gemeinweiden und der Nutzungen aus Wüstland der Steigerung der Rotherträge im Wege standen, und die Mehrheit der Grundherren dachte nur an Steigerung ihrer Renten und die damit eintretende Werterhöhung ihres Besitzes. Daher ihr rücksichtsloses Vorgehen, um ein Einhegungsgesetz (Private Act) im Parlamente durchzusetzen. Die Rechte der Armen wurden systematisch vergewaltigt. Sie hatten keine Aussicht, gegenüber dem das Parlament beherrschenden Großgrundbesitz mit Klagen über Schädigung durchzudringen; ja es kam vor, daß, wenn eine Schädigung einzelner anerkannt wurde, nicht der Grundherr, der den Vorteil zog, sondern die Gesamtheit der Bauern den Ersatz aufbringen mußte¹⁾. Bei Abstimmung des Dorfes, ob eine Einhegung stattfinden solle, war nicht die Mehrheit der Besitzer, sondern des Besitzes maßgebend²⁾. Das Verfahren bei Erlaß eines Spezialgesetzes im Parlamente war

1) L. and Barbara Hammond, *The Village Labourer*, London 1912, 47.

2) Ebenda 50.

in beiden Häusern nur zu oft skandalös¹⁾. Die Bischöfe im Oberhaus interessierten sich nur dafür, daß die Interessen des zehentberechtigten Klerus nicht geschädigt würden²⁾. Klagen über die Schnelligkeit, mit der ein Einhegungsgesetz im Parlamente durchgepeitscht werde, wurden vom Sprecher mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß das Parlament jedem Gegenstand so viel Zeit widme, als er verdiene³⁾; die Interessen der kleinen Berechtigten galten für nichts. Die Kommissäre, denen die Durchführung angenommener Einhegungsgesetze übertragen wurde, hatten absolute Gewalt. Arthur Young, der eifrige Befürworter der Einhegungen, schreibt darüber⁴⁾: „Das Eigentum der Eigentümer und besonders das der Armen ist völlig von der Gnade der Kommissäre abhängig; Abneigung und Vorurteil finden unkontrolliert Spielraum, sich zu betätigen; denn die Kommissäre haben eine despotische Gewalt, wie sie in diesem freien Land in keinem anderen Verwaltungszweig vorkommt.“ Die Mehrheit der an einer Einhegung Interessierten hat keinerlei Einfluß auf die Ernennung der Kommissäre gehabt; sie wurden von denen ernannt, welche die Einhegung beantragt hatten⁵⁾. Arthur Young schreibt: „Der kleine Grundeigentümer, dessen Besitztum im Dorfe vielleicht alles ist, was er hat, hat wenig oder gar keinen Einfluß bei Bestimmung der Paragraphen des Gesetzes; er hat selten, wenn jemals Gelegenheit einen einzigen seinen Rechten günstigen in dem Einhegungsgesetz durchzusetzen, und hat ebensowenig Einfluß auf die Wahl der Kommissäre.“ Der Ausschuß des Unterhauses, vor den die Anträge auf Erlaß von Einhegungsgesetzen gebracht wurden, bestand mitunter aus einem Mitgliede und einem Schreiber. Besonders empörend war ein Fall, in dem eine große Zahl armer Leute, welche gegen das Einhegungsgesetz waren, interessiert waren; um

1) L. and B. Hammond 54.

2) Ebenda 56.

3) Ebenda 57.

4) Six Months Tour through the North of England, 1771,

I 122.

5) L. and B. Hammond a. a. O. 60.

6) A. Young a. a. O. I 122.

jeden Widerstand gegen die Ausführung des Gesetzes zu brechen, wurde ein Paragraph eingefügt, der jeden Widerstand gegen seine Ausführung zum Kapitalverbrechen machte; das wurde einstimmig beschlossen; d. h. es war nur ein Ausschußmitglied anwesend¹⁾. Ein anderer skandalöser Fall war der des Lord Bolingbroke. Er zeigt, daß es keineswegs immer die Ermöglichung verbesserten Anbaus war, was das Verlangen nach Einhegung hervorrief. Bolingbroke hatte sehr große Schulden. Um sie bezahlen zu können, wollte er, daß 18000 acres eingehengt würden. Die davon erwartete Werterhöhung sollte ihn schuldenfrei machen. Der Advokat St. John, der die Angelegenheit betrieb, war sein Bruder. Doch diesmal ist der Anschlag gescheitert. Es waren andere Vornehme mitinteressiert; sie protestierten; auf Grund ihres Einspruchs wurde Bolingbroke abgewiesen²⁾.

Die Spezialgesetze zugunsten einzelner Besitzer von Manors haben aber nicht bloß die dadurch geschädigten Bauern zu Gegnern gehabt. Auch so eifrige Befürworter der Einhegungen wie Sir John Sinclair und Arthur Young sind gerade von ihrem Standpunkt aus für Ersetzung derselben durch ein allgemeines Einhegungsgesetz eingetreten. Die Kosten, die es verursachte, ein Spezialgesetz zu erzielen, wirkten nahezu prohibitiv. Aber dem Erlaß eines allgemeinen Einhegungsgesetzes stand das Interesse der Advokaten und der Grundbesitzer, die bereits eingehengt hatten, entgegen. Die Advokaten und einige andere Personen, die man bei der Durchbringung eines Spezialgesetzes in Anspruch nehmen mußte, lebten von den Gebühren, die ihnen diese Tätigkeit abwarf. Man hat die Ausgaben, welche die Einhegung von Wüstland durch Spezialgesetze dessen Eigentümern verursacht haben würde, auf 20 Millionen Pfund berechnet, während sie sich bei einem allgemeinen Einhegungsgesetz auf nur eine Million belaufen hätten. Schließlich hat der Eifer Arthur Youngs es fertig gebracht, daß in der Not, welche

1) L. and B. Hammond a. a. O. 64.

2) Ebenda 65—73.

Englands Krieg gegen Frankreich zur Folge hatte, 1798 das erste allgemeine Einhegungsgesetz vom Unterhause angenommen worden ist. Aber gerade weil es die schnelle Zunahme der Einhegungen ermöglichte und zu großen Verbesserungen im Anbau geführt hätte, ist es vom Oberhause abgelehnt worden. Der Argwohn wurde laut¹⁾, daß die Eigentümer, die infolge von Einhegungen eine große Zunahme ihrer Einnahmen erfahren hatten, eine Wiederabnahme derselben befürchteten, wenn die Bodenverbesserungen und damit das Angebot auf dem Getreidemarkt zunähmen. Erst 1801 ist das erste allgemeine Einhegungsgesetz erlassen worden.

Aber das Gesetz von 1801 entsprach nicht den Wünschen Arthur Youngs. Auf seinen landwirtschaftlichen Studienreisen hatte er gefunden, daß die Kötter, wenn auch nur im Besitz eines Stückchens Land, die größte Abneigung zeigten, Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Das hat seine Augen für die Vorteile geöffnet, die die Berechtigung, Allmendland zu nutzen, für kleine Leute gehabt hat. Die Einhegungen hatten ihnen diese Vorteile genommen und deren gute Wirkungen zerstört. Da hat er das Irrige seiner früheren Meinung, daß Gemeinweiden den Nutzungsberechtigten keinen Vorteil gewährten, erkannt. Sie hatten ihnen ermöglicht, eine Kuh zu halten, und darauf hatte ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit beruht. Die Wirkungen der erlassenen Einhegungsgesetze hatten ihn von deren Ungerechtigkeit überzeugt, und unter dem Titel „Untersuchung der Zweckmäßigkeit, Wüstland zu besserem Unterhalt und Unterstützung der Armen zu verwenden“, hat er die auf seinen Studienreisen gemachten diesbezüglichen Beobachtungen in einem Aufsätze niedergelegt. Von zwanzig Einhegungsgesetzen seien durch neunzehn die Armen aufs schwerste geschädigt worden. Er führt die Worte des Einhegungskommissars Forster aus Norwich an, mit denen dieser seinen Bericht über die unter ihm

1) Siehe *Considerations on the Importation of foreign Corn*, London 1814, 47.

durchgeführten Einhegungen schloß, daß er es bedaure, Teilnehmer an Maßregeln gewesen zu sein, durch die 2000 Leute, zwanzig Familien pro Kirchspiel, geschädigt worden seien. Die Armen dieser Gemeinden könnten mit Recht sagen: „Das Parlament mag gegen das Eigentum zartfühlend sein; aber was ich weiß, ist, daß ich eine Kuh gehabt habe und daß sie mir durch ein vom Parlamente beschlossenes Gesetz genommen worden ist.“ Der Aufsatz Arthur Youngs ist am Abend vor Erlaß des allgemeinen Einhegungsgesetzes von 1801, um das er, ebenso wie Sir John Sinclair, der Präsident des Board of Agriculture, sich so eifrig bemüht hatte, erschienen. Young hat darin einen leidenschaftlichen Aufruf an die höheren Klassen gerichtet, kein Gesetz zu erlassen, das jeder Klasse im Staate Vorteil und nur der untersten Nachteil brächte, während kleine Änderungen dies verhindern könnten. Zwanzig Millionen Pfund sollten auf die Ausstattung einer halben Million Familien mit Land und Häuschen verwendet werden. Es wäre ein Verstoß gegen die Menschlichkeit, wenn im Augenblick, da das Parlament die allgemeine Einhegung von Wüstland beschließe, sich nicht eine Stimme zugunsten der Armen erhebe. Sinclair war auf seiten Youngs. Doch hat er nur die private Veröffentlichung seines Aufsatzes, nicht die als amtliches Schriftstück erlaubt.

Youngs Erfolg war gering. Nur 1 Proz. der neu-erlassenen Einhegungsgesetze hat Vorkehrungen zugunsten der geschädigten Armen getroffen¹⁾. Wenn wir finden, daß Männer wie Young und Sinclair, die ihre Lebensaufgabe darin gesehen haben, ihre Mitbürger davon zu überzeugen, daß die Auflösung der Feldgemeinschaft und die Gemeinheitsteilung unentbehrliche Voraussetzungen des technischen Fortschritts der Landwirtschaft und der Steigerung ihrer Erträge sind, in der hier wiedergegebenen Weise als Ergebnis ihres Erfolgs dessen Nachteile für die überwiegende Zahl der Dorfbewohner erkennen, bleibt es unverständlich, wenn die moderne Apologetik, wie in

1) J. L. and B. Hammond 83—85.

dem überaus gründlichen Werke von Gonner, so weit geht¹⁾, nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die sozialen Wirkungen der Einhegungen in ein günstiges Licht zu setzen. Wer sich unbefangen durch die zahlreichen, seit Beginn dieses Jahrhunderts über die Einhegungen erschienenen Werke durcharbeitet und auch von den beigebrachten Belegen Kenntnis nimmt, wird vielmehr Slater zustimmen, wenn er in der Vorrede zu seinem Buche aus dem von ihm Festgestellten die folgenden Schlüsse zieht²⁾:

„Die Politik der Gesetzgebung und der Zentralregierung, wie sie uns in den Einhegungsgesetzen des 18. und 19. Jahrhunderts entgegentritt, hat den Anspruch, und zwar im Ganzen mit Recht, erhoben, daß sie zu einer sofortigen und großen Zunahme der landwirtschaftlichen Erträge Englands und zur Verbesserung der Schafzucht und Viehzucht geführt habe; nichtsdestoweniger war sie wesentlich auf Steigerung der Grundrenten, auf Vertreibung der bäuerlichen Grundeigentümer, auf Vernichtung des mit den Allmendnutzungen verknüpften Kleinbesitzers und auf Mehrung der Klasse besitzloser ländlicher Arbeiter gerichtet.“ Lord Carrington, der als Präsident des Board of Agriculture eine Einleitung zu Slaters Buch geschrieben hat, stimmt darin Slater zu. Schriftsteller vom Ende des 18. Jahrhunderts haben, wie schon einmal erwähnt³⁾, die Wirkungen der Einhegungen denen der Einführung des Maschinenbetriebs in das Gewerbe verglichen; in beiden Fällen große Steigerung der Erträge durch technischen Fortschritt unter Vernichtung der selbständigen wirtschaftlichen Existenz der kleinen Leute.

Aber die Einhegungen sind nicht die einzige Ursache des Schwindens des englischen Bauernstandes gewesen. Sie haben nur die kleinen Bauern vernichtet; es sind aber auch die mittleren und größeren bäuerlichen Grundeigen-

1) Gonner 295, 367—379, 396.

2) Siehe das oben zitierte Werk Slaters und die Einleitung dazu von Lord Carrington.

3) A. Young, Polit. Arithm. 294.

tümer zum großen Teil verschwunden¹⁾. Die Hauptursache ihres Schwindens war das Steigen der Bodenpreise. Dieses aber hatte zwei Ursachen: das Steigen der Getreidepreise und die zunehmende Gebundenheit des Bodens.

Die Getreidepreise sind mit der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts einsetzenden Industrialisierung Englands und dem damit eintretenden Anwachsen seiner Bevölkerung²⁾, und verstärkt von 1793 bis 1815 infolge des Kriegs gegen Frankreich, in folgendem Maße gestiegen: Der Winchester bushel³⁾ Weizen kostete im Durchschnitte der Jahrzehnte:

1735—45	1 £ 12 s 1 d	1775—85	2 £ 7 s 8 ¹ / ₂ d
1745—55	1 „ 13 „ 2 ³ / ₄ „	1785—85	2 „ 14 „ 3 ³ / ₄ „
1755—65	1 „ 19 „ 3 ³ / ₄ „	1795—1805	4 „ 1 „ 2 ¹ / ₂ „
1765—75	2 „ 11 „ 3 ³ / ₄ „	1805—1815	4 „ 17 „ 6 „
		1815—1820	4 „ 10 „

In einzelnen Jahren kostete der bushel Weizen noch mehr, so im Jahre 1812 6 £ 8 s, 1813 6 £⁴⁾.

Die Folge war eine außerordentliche Steigerung der Grundrenten. Sie sind in wenigen Jahren ausnahmslos um das Doppelte gestiegen, vielfach um das Fünffache, in einzelnen Fällen um das Fünfzehnfache. Das hat die Nachfrage nach Grundbesitz außerordentlich erhöht. Die in Handel und Industrie Reichgewordenen⁵⁾ strebten nun nicht

1) Siehe darüber meinen Aufsatz in meiner Erbrechts-politik 210—222 und den darin besprochenen Aufsatz von John Rae, Why have the yeomanry perished? in The Contemporary Review, vol. 44, London 1883, namentlich 551 ff.; ferner Garnier, History of the English landed interest, London 1893, II 188, 189, 206—232.

2) Man schätzt die Bevölkerung von England und Wales auf 6¹/₂ Millionen Seelen in der Mitte des 18. Jahrhunderts. Das wäre eine Zunahme um 1 Million seit 1688. Nach dem ersten Census, dem von 1801, betrug sie 8 873 000 (Arthur H. Johnson 112).

3) Ein Winchester bushel = 35,23716 Liter.

4) Nach MacCulloch in seiner Ausgabe von A. Smith's Wealth of Nations, London 1863, 525.

5) Über ihre Landkäufe auch Arthur H. Johnson 120, 144.

nur um der gesellschaftlichen Stellung und des politischen Einflusses willen, Grundbesitzer zu werden, sondern sie sahen darin auch eine glänzende Kapitalanlage.

Sie haben diese sozialen und wirtschaftlichen Vorteile ihren Familien auf die Dauer zu sichern gesucht¹⁾. Grundbesitzende Familien alten Standes wie Neuerwerber hatten nichts Eiligeres zu tun, als ihr Land unveräußerlich zu machen, in England und Wales durch Familienstiftungen (entails), in Schottland durch Fideikomnisse. Die hierdurch bewirkte Minderung des Landangebots hat die Bodenpreise noch mehr in die Höhe getrieben.

Infolge dieser Steigerung des Preises seines wichtigsten Produktionsmittels ist der Bauer unfähig geworden, mit dem reichen Manne zu konkurrieren. Denn in der Landwirtschaft findet die Konkurrenz zwischen Groß- und Kleinbetrieb nicht statt wie in Gewerbe und Handel, indem der eine billiger als der andere liefert. In der Landwirtschaft verkaufen alle bei gleich guter Ware zu gleichen Preisen. Hier findet sie statt nicht durch Unterbieten, sondern indem derjenige, dem der Boden aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen wertvoller ist, den anderen beim Ankauf von Land überbietet. Es ist dies nicht immer der Großgrundbesitzer; mitunter ist es der Bauer; in Großbritannien aber ist es aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen nicht der Bauer, sondern der Großgrundbesitzer und der durch Handel und Gewerbe Reichgewordene gewesen. Die Unfähigkeit des englischen Bauern, mit dem Großgrundbesitzer zu konkurrieren, hat darauf beruht, daß der Große für den Boden einen Preis zu zahlen bereit war, bei dem der Kleine angesichts dessen, was er aus dem Boden herauswirtschaften konnte, nicht zu bestehen vermochte. Der Großgrundbesitzer war imstande, alle die technischen Verbesserungen vorzunehmen, die zu steigenden Erträgen führten und bei den exorbitant hohen Getreidepreisen ihm die hohen Bodenpreise zu zahlen ermöglichten; auch waren die neuen Reichen nicht einmal genötigt, auf adäquater Verzinsung des

1) Arthur H. Johnson 121.

Bodenpreises zu bestehen; ihr Vermögen hatte ihnen ja gestattet, den Grundbesitz aus überwiegend nichtwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu erwerben, und die Familien der neuen Reichen bilden den überwiegenden Bestandteil der heutigen Großgrundbesitzer Englands. Dem Bauern dagegen waren die neuen Anbaumethoden, die zu rentablen Ertragssteigerungen führten, fremd. Dabei verschlechterte sich seine Lage infolge des Wegfalls nichtlandwirtschaftlichen Nebenerwerbs. Seine hausindustrielle Arbeit für den Markt wurde durch die Fabrik verdrängt, die Transportleistungen, die ihm Einnahmen verschafft hatten, wurden mit zunehmendem Straßen- und Kanalbau, im 19. Jahrhundert durch die Eisenbahnen die Beschäftigung besonderer Gewerbetreibender. Die Folge war: der Bauer, der verschuldet war, wurde bankrott; der Kluge verkaufte, ehe er bankrott wurde; da die Bodenpreise infolge der Gebundenheit des Bodens und der mit dem Grundbesitz verbundenen politische Vorteile hoch blieben, waren es nicht Bauern, sondern reiche Kapitalisten, die an seine Stelle traten.

Ich habe oben erzählt, wie der schottische Adel in der Gründung von Fideikommissen Schutz seines Familienbesitzes gegenüber der Tyrannei Jakobs II. gesucht hat. Nach Erlaß des Fideikommißgesetzes von 1685 hatte die Zahl der Fideikomnisse folgendermaßen zugenommen; es betrugen die Fideikommißgründungen:

von 1685—1705 79 von 1725—1745 158

von 1705—1725 125 von 1745—1765 138

Es waren also in 80 Jahren 500 Fideikomnisse gegründet worden. Mit Ausnahme der auf die Schlacht von Culoden folgenden Jahre zeigen die Ziffern eine stetige Zunahme, und zwar war es nicht mehr die Furcht vor Konfiskation, die zur Fideikommißgründung trieb, denn seit der Union Schottlands mit England schützten die Fideikomnisse bei Hochverrat nicht mehr vor Konfiskation. Sir John Dalrymple¹⁾, der Verteidiger der Fidei-

1) Considerations on the policy of entails in a nation, Edinburgh 1765, 13.

komnisse, war der Meinung, daß 1764 ein Fünftel des Landes von Schottland fideikommissarisch gebunden sei. Damit vergleiche man ihre Zunahme, seit 1765 die Getreidepreise, wie angegeben, gestiegen sind. Es betrug die Zahl der Fideikommißgründungen in Schottland¹⁾:

von 1765—1785	272	von 1805—1825	459
von 1785—1805	360	von 1825—1846	475

Nach Mac Culloch war es wahrscheinlich, daß 1846 mehr als die Hälfte des Landes von Schottland fideikommissarisch gebunden war; und nach dem New Domesday-Buche²⁾ haben 1873 in Schottland 12 Personen nahezu ein Viertel, 70 die Hälfte des Landes besessen, und neun Zehntel des schottischen Bodens gehörten weniger als 1700 Personen. Über die Familienstiftungen (entails) in England sind mir keine Ziffern bekannt; doch gehörten nach dem New Domesday-Buch Anfang der siebziger Jahre zwei Drittel von England und Wales nur 10 207 Personen, und in 414 000 Wirtschaften in Großbritannien waren es nur 20 000 Einwohner, die ihren eigenen Boden bewirtschafteten.

Die englischen Familienstiftungen und schottischen Fideikomnisse waren im Interesse der Freiheit ins Leben getreten. Sie sollten die Unabhängigkeit des Adels gegenüber den Königen schützen; unter der Adelherrschaft, deren Stütze sie waren, haben sie zur Enteignung des Bodens des Volkes durch den Adel geführt. Doch davon soll später noch weiter die Rede sein. Sie haben aber noch eine weitere Wirkung gehabt. Indem sie zur Enteignung der Bauern führten, haben sie auch dem modernen Industriebetrieb die von ihm benötigten Arbeiter geliefert. Ein Teil der Bauern, die ihr Land verkauften, ist allerdings nach Amerika und in die Kolonien ausgewandert; die Mehr-

1) Nach Mac Culloch in seinen Anmerkungen zu Adam Smith, *Wealth of Nations*, 1863, 588.

2) Siehe darüber The Hon. George C. Brodrick, *English Land and English Landlords*, London 1881; auch Pollock. L. Brentano, *Wirtschaftl. Entwicklung Englands*. Bd. II, 27

zahl aber zog in die Städte und lieferte der Industrie die Menschen, ohne die sie ihren Aufschwung nicht hätte nehmen können. Man spricht heute allgemein von der industriellen Revolution, die in England seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Gesellschaft umgestaltet habe; aber weit früher hat die agrarische Revolution stattgefunden, ohne deren Wirkungen die industrielle nicht möglich gewesen wäre.

37. Kapitel.

Englands Binnenverkehr im 18. Jahrhundert.

Adam Smith läßt unmittelbar auf seine Darlegung, daß die größte Steigerung der Produktivität der Arbeitsteilung zu danken sei, ein Kapitel folgen, in dem er zeigt, daß eine Arbeitsteilung nicht überall stattfinden könne. Ihre Anwendung sei durch die Absatzverhältnisse beschränkt.

Was er über ihre Bedingtheit durch die Ausdehnung des Marktes sagt, gilt für jeden technischen Fortschritt. Das hat er gleichfalls ausgesprochen. Die ersten Fortschritte in Kunst und Gewerbe hätten in den an der See gelegenen Ländern stattgefunden und seien auf die an ihr und an schiffbaren Flüssen befindlichen Orte beschränkt geblieben. Das Binnenland könne während langer Zeit für den größten Teil seiner Erzeugnisse keinen anderen Markt haben als die nächste Umgebung des Erzeugungs-orts. Daher sei es stets länger wirtschaftlich rückständig als die auf dem Wasserwege zugänglichen Gegenden.

Was A. Smith sagt, wird nicht nur durch seinen Hinweis auf die Unmöglichkeit, daß ein Nagelschmied im schottischen Hochland leben könne, bewiesen, da ein solcher täglich 1000 Nägel fertige, während er im ganzen Jahre nicht so viel absetzen könne; es wären auch alle in den beiden letzten Kapiteln vorgeführten Fortschritte in Gewerbe und Landwirtschaft unmöglich gewesen, wären die Straßen und Fahrzeuge während des 18. Jahrhunderts in England so geblieben, wie sie noch im 17. gewesen sind.

Wir haben gehört, wie es damals vorkam, daß die Märkte oft monatelang unzugänglich waren und die Bodenerzeugnisse oft an dem einen Orte verfaulten, während an einem anderen, nur wenige Meilen entfernten, infolge von Mißernte bittere Not herrschte. Und wo wäre die Massenproduktion der Großindustrie geblieben, wäre der Absatz ihrer Produkte auf den Vertrieb auf bepackten Saumpferden, auf Straßen, die sich, wie die Gesetze selbst sagen, oft in lebensgefährlichem Zustande befanden, beschränkt geblieben. Mit Kohlen konnten nur an der See und in diese mündenden Flüssen gelegene Orte versorgt werden. Und auch der Außenhandel konnte infolge dieser Rückständigkeit der inneren Verkehrsmittel der Massenproduktion der heimischen Industrie nicht den Absatz schaffen, den sie brauchte, so lange ihre Produkte den Seehäfen gar nicht oder nur zu außerordentlich hohen Kosten zugänglich waren.

Als endlich Straßenverbesserungen in England vorgenommen wurden, sind sie nicht vom Staate ausgegangen; dieser überließ ihre Herstellung Privaten, die daraus persönlichen Nutzen zogen. Es ist eben mit der Geschichte des englischen Binnenverkehrs wie mit der anderer englischer Wirtschaftszweige. Sie zeigt die Schattenseite der Stärke der englischen Volkswirtschaft. Diese besteht in dem freien Spielraum, den sie der Initiative einzelner läßt. Das hat sie zur großartigsten Entfaltung aller Kräfte geführt, aber auch zur Systemlosigkeit, und, wenn die Gesetzgebung schließlich ordnend eingreift, stößt sie häufig auf „wohlerworbene“ oder „verbriefte“ Interessen, die sich weiterem Fortschreiten hemmend entgegenstellen.

Für die Landstraßen galt als gemeines Recht, daß ein jedes Kirchspiel für seine Straßen zu sorgen hatte, teils durch Naturalleistungen, teils durch Entrichtung entsprechender Geldbeträge. Ich habe schon oben¹⁾ erzählt, wie schlecht die Bewohner diesen Pflichten nachgekommen sind und auch wie diese Last mit Zunahme des Verkehrs

1) Siehe oben S. 251 ff.

unerträglich geworden ist. Das hat schon unter Jakob I. und Karl I. zu der Politik geführt, statt die Straßen dem Verkehr anzupassen, den Verkehr den Straßen anzupassen, d. h. ihn beschränken zu wollen¹⁾. Sie ist zwei Jahrhundertlang fortgesetzt worden bis 1822 unter Georg IV. Sie äußerte sich in Bestimmungen über die Breite der Wagenräder (Spurweiten) und Größe der Belastung eines Wagens, sowie die Zahl der Pferde oder Ochsen, die vor einen Wagen gespannt werden dürfen. Das ganze 18. Jahrhundert ist voll von diesbezüglichen Bestimmungen, die im einzelnen immer wieder geändert wurden. Die Fortdauer des entsetzlichen Zustands der Straßen zeigt, daß damit nichts erreicht worden ist²⁾.

Wichtiger war der Übergang zum Drehkreuzsystem (Turnpike System), d. h. zur Übertragung der Kosten der Straßenverbesserung von den Kirchspielen auf die Benutzer der Straßen³⁾. Aber sie fand nur für die Hauptstraßen statt; für die Nebenstraßen galt nach wie vor die Unterhaltungspflicht der Kirchspiele. Die Neuerung war nicht leicht durchzusetzen. An vielen Orten des Landes zerstörte der Pöbel die Drehkreuze, und es mußten Soldaten aufmarschieren, um sie zu schützen⁴⁾; umgekehrt petitionierte man an anderen, wie in der Umgebung von London, gegen die Absicht, Drehkreuzstraßen bis in die entlegensten Orte des Landes zu bauen, da man von der vermehrten Zufuhr ein Sinken der Preise befürchtete⁵⁾. Dabei waren mitunter auch die Straßen, auf denen Weggebühren erhoben wurden, sehr schlecht. Noch 1770 hat Arthur Young folgende Beschreibung der Drehkreuzstraße zwischen Preston und Wigan veröffentlicht⁶⁾: „Ich kenne im ganzen Sprachvorrat keine Worte, die ausreichen, um diese infernalische Straße zu beschreiben. Wenn man auf eine Land-

1) E. A. Pratt, *Inland Transport and Communication in England*, London 1912, 43.

2) Pratt, Chap. VII.

3) Pratt, Chap. X.

4) Ebenda 79.

5) A. Smith, *Wealth of Nations* I, Chap. XI.

6) *Tour in the North of England*.

karte sieht und wahrnimmt, daß es eine Hauptstraße ist, die nicht nur zu einigen Städten, nein, zu ganzen Grafschaften führt, so würde man folgern, daß sie wenigstens anständig sei; aber laßt mich alle Reisenden, die zufällig diese fürchterliche Grafschaft besuchen wollen, aufs ernstlichste warnen, diese Straße wie den Teufel zu meiden, denn es gilt Tausend gegen Eins, daß sie ihren Hals oder ihre Glieder brechen durch Umsturz oder Zusammenbrechen des Wagens. Sie werden hier auf Furchen stoßen, vier Fuß tief, wie ich tatsächlich gemessen habe, und schwimmend voll Dreck. Dies in einem nassen Sommer; wie muß es nach einem Winter aussehen! Die einzige Verbesserung, die die Straße erhält, besteht darin, daß lose Steine in die Furchen geworfen werden; es wird dadurch nichts anderes erreicht, als daß die Wagen in der unerträglichsten Weise gerüttelt werden. Das sind nicht etwa Meinungen, sondern Tatsachen. Ich bin in jenen 18 Meilen verfluchten Angekens tatsächlich an drei zusammengebrochenen Wagen vorübergekommen.“ Andere Stellen¹⁾ in Youngs sechsmonatlicher Reise durch den Norden von England zeigen, daß die Straße zwischen Preston und Wigan nicht die einzige fluchwürdige gewesen ist. Noch fremdartiger mutet es an, zu lesen, daß an vielen Orten die Straßen von den Anwohnern abgeschlossen wurden. Dann mußten die Wagen über Gemeinweiden, Wüstland, Sümpfe und durch Wälder auf ungebahnten Wegen fahren. Oft blieben sie stecken oder brachen zusammen. Dazu fehlte es an Wegweisern, so daß sich die Kutscher verirrten. Da haben die Fahrenden dann lieber die Anwohner der Straßen bezahlt, damit sie sie auf den abgeschlossenen Straßen durchfahren ließen²⁾.

Die Herstellung von Drehkreuzstraßen ging nicht etwa vom Staate aus; es gab keine zentrale Wegeverwaltung. Sie war lokalen Organisationen von Interessenten überlassen; der Staat gab lediglich die zur Herstellung nötige Genehmigung, aber stets nur für begrenzte Zeit, für solange,

1) Pratt 87.

2) Pratt 64, 65.

bis der Annahme nach die zur Herstellung der Straße aufgenommenen Schulden heimgezahlt waren. Da dies bei Ablauf der Zeit selten der Fall war, wurde das die Herstellung der Straße genehmigende Gesetz regelmäßig wieder erneuert. Die einzelnen Interessenten waren ein jeder immer nur tätig, so weit sein Interesse in Frage kam. Daher lagen sie fortwährend miteinander in Streit. Mitunter arteten die Streitigkeiten aus zu Tumulten¹⁾.

Bei dem geschilderten Zustand der Straßen bot die beste Möglichkeit darauf vorwärtszukommen, das Reitpferd sowie für Warentransporte das mit Packen beladene Saumtier oder Packpferd. Entweder der Reisende ritt auf eigenem Pferde, oder mietete ein Pferd bei einem Posthalter²⁾. Bis spät ins 18. Jahrhundert wurde das Reisen in England durch Reiten bewerkstelligt, die Waren wurden auf Packpferden im Lande vertrieben; von den Potteries hören wir, daß, bevor Wedgwood ihre Erschließung durch den Mersey-Kanal durchgesetzt hatte, selbst alle Töpferware so vertrieben worden ist, und selbst landwirtschaftliche Produkte wie Bohnen und andere Gemüse waren vielerorts auf den Absatz mittelst Saumtieren angewiesen³⁾. Man mag mag daraus ermessen, mit welchen Schwierigkeiten bei so gearteten Absatzverhältnissen die Produktion zu kämpfen hatte.

Im 16. Jahrhundert waren neben den Reit- und Saumpferden die „langen Wagen“ als Transportmittel aufgenommen⁴⁾. Das waren Wagen mit breiten Spurweiten; sie wurden im Gehschritt von sechs, acht und mehr Pferden gezogen. Es fanden regelmäßige Fahrten zwischen London, Canterbury, Norwich, Ipswich, Gloucester und anderen Städten, sowie nach Dover zur Überfahrt nach dem Kontinent statt. Die Fahrt von London nach Dover dauerte drei Tage. Nach Bristol ging von London ein Wagen dreimal die Woche; er brauchte sechs Tage. Wie die Pack-

1) Pratt 80 ff.

2) Pratt 57. 3) Pratt 90.

4) Pratt, Chap. VIII.

pferde so sind die langen Wagen das Haupttransportmittel bis spät ins 18. Jahrhundert gewesen.

Aber so elend die Straßen auch noch nach Einführung des Drehkreuzsystems gewesen sind, so hat dieses im Ganzen doch zu einer erheblichen Verbesserung ihres Zustandes gegen früher geführt¹⁾, und mit der Verbesserung der Straßen kam auch die Verbesserung der Fahrzeuge.

Der erste Fortschritt bestand in dem Aufkommen von Kutschen (Stage coaches)²⁾. Die Kutsche war schon um die Mitte des 16. Jahrhunderts vom Kontinent nach England gekommen; doch diente sie nur erst reichen Leuten, und auch da war sie noch ohne Federn. Elisabeth klagte 1563 noch mehrere Tage, nachdem sie in einer Kutsche durch London gefahren, dem französischen Gesandten über die Schmerzen, die sie infolge der bei dem schlechten Zustand der Straßen empfangenen Stöße empfinde³⁾. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts wurde die Kutsche ein öffentliches Transportmittel. Es muß als für die Verkehrszustände wichtig erwähnt werden, daß die Unternehmer ihre Wagen als schußsicher und von Schutzleuten begleitet anpriesen⁴⁾. Trotz aller ihrer Mängel hat das Aufkommen von Kutschen einen Fortschritt bedeutet, und charakteristisch für den Widerstand, den die Sonderinteressen jedem sie beeinträchtigenden Fortschritt entgegenstellen, sind die Proteste, welche im Interesse der Pferdezucht, des Sattler-, Hut- und Kleidermachergewerbes gegen ihre Zunahme erhoben worden sind. Beim Reiten der Reisenden seien mehr Pferde nötig gewesen, mehr Sättel gebraucht und mehr Hüte und Kleider verdorben worden⁵⁾.

Um die Mitte des 17. Jahrhunderts verkehrte eine Kutsche (Stage coach) mit sechs Passagieren dreimal die Woche zwischen London, York, Chester und Exeter, aber nur im Sommer, und auch da mußten die Reisenden oft meilenweit zu Fuß gehen, weil die Pferde außerstande

1) Pratt 85.

2) Pratt Chap. VIII.

3) Pratt 37.

4) Pratt 35.

5) Pratt 40, 41.

waren, den Wagen zu ziehen. Um dieselbe Zeit fuhr einmal alle vierzehn Tage eine Kutsche zwischen London und Edinburg, ein Jahrhundert später, seit 1760, nur einmal im Monat; sie war 14 bis 16 Tage unterwegs. Entsprechend war die Zeitdauer bei Fahrten nach anderen Orten; eine Kutsche von London nach York brauchte vier, nach Exeter zehn, nach Oxford zwei, nach Dover nur mehr zwei Tage usw.¹⁾.

1734 kamen die „fliegenden Kutschen“ auf, die etwas schneller fuhren; aber zum Fliegen von London nach Manchester brauchten sie immer noch $4\frac{1}{2}$ Tage²⁾.

Die Post wurde noch zu Fuß erledigt, erst 1783 durch Expreßkutschen³⁾. Die frühesten Postkutschen (Mail coaches) legten in einer Stunde sechs englische Meilen zurück. Das wurde später auf acht, neun, zehn, selbst zwölf Meilen erhöht⁴⁾. Aber das letztere muß eine Ausnahme gewesen sein; noch Mitte des 19. Jahrhunderts betrug die Schnelligkeit der englischen Postkutschen im Durchschnitt $8\frac{7}{8}$ Meilen die Stunde⁵⁾.

Postkutschen dienten aber nur dem Personenverkehr. Für den Warenverkehr kamen noch zu A. Smiths Zeit die langen Wagen in Betracht. „Ein Wagen mit breiten Rädern“, schreibt er⁶⁾, „von zwei Männern begleitet und von acht Pferden gezogen, bringt innerhalb ungefähr sechs Wochen nahezu vier Tonnen Waren von London nach Edinburg und zurück. In ungefähr derselben Zeit transportiert ein mit sechs oder acht Männern bemanntes Schiff, das zwischen den Häfen von London und Leith fährt, nahezu 200 Tonnen Waren hin und zurück. Sechs oder acht Männer können somit auf dem Wasser in derselben Zeit dieselbe Menge Waren von London nach Edinburg hin- und zurückbringen, wie 50 breitspurige Wagen, die von 100 Mann begleitet und 400 Pferden gezogen

1) Pratt Chap. VIII.

2) Pratt 53. 3) Pratt 55, 56.

4) Pratt 56.

5) Porter, Progress of the Nation 301.

6) Wealth of Nations I Chap. 3.

werden. Auf 200 Tonnen Waren, die mittels des billigsten Landtransportes von London nach Edinburg gelangen, müssen daher die Kosten des Unterhalts von 100 Mann während drei Wochen und des Unterhalts und, was dessen Kosten nahezu gleichkommt, der Abnützung von vierhundert Pferden und von fünfzig großen Wagen geschlagen werden. Dagegen brauchen bei Wasserfracht auf dieselbe Menge Waren nur die Kosten der Unterhaltung von sechs oder acht Mann, die Abnützung eines Schiffes von 200 Tonnen und das höhere Risiko oder vielmehr die Differenz der Versicherungskosten von Land- und Wasserfracht geschlagen zu werden. Gäbe es also keine andere Verkehrsmöglichkeit zwischen den beiden genannten Orten als auf dem Landweg, so könnten keine andere Waren von dem einen nach dem anderen gebracht werden, außer solchen, deren Preis im Verhältnis zu ihrem Gewicht sehr hoch wäre, und dementsprechend könnte der Handel zwischen den beiden Orten nur einen kleinen Teil des damaligen ausmachen und der Industrie beider Orte nur einen geringen Teil der Aufmunterung geben, die sie heute einander gegenseitig gewähren.“

Diese Erkenntnis war in der englischen Geschäftswelt im 18. Jahrhundert längst durchgedrungen, und die Unternehmer haben sich mit Eifer der Schiffbarmachung der Flüsse zugewandt¹⁾. Der Vorzug von Seehäfen, die durch dahin mündende Flüsse mit dem Inland verbunden waren, war schon lange bekannt. Von besonderer Wichtigkeit war der Severn; er war 155 Meilen ohne künstliche Beihilfe schiffbar; ihm hat Bristol seine Bedeutung als Handels-hafen verdankt. Eine ähnliche Rolle spielte für Lynn, Wisbeach, Spalding und Boston der Ousefluß, für Yorkshire der Humber und Trent, für London die Themse, für Liverpool der Mersey. Aber der Mersey war nicht der Art, daß er ohne künstliche Beihilfe Liverpool zu ähnlicher Bedeutung wie der Severn Bristol hätte bringen können²⁾.

1) Pratt Chap. XIII, XIV.

2) Pratt 135 ff.

Er war höchstens 15 bis 20 Meilen weit hinter Liverpool schiffbar. Das war nicht von nationaler Bedeutung, solange die Industrien Lancashires und Yorkshires noch wenig entwickelt waren. 1694 fand die erste Verbesserung des Mersey statt, indem er von Runcorn bis Warrington schiffbar gemacht wurde. Die günstigen Folgen für den Verkehr haben sich sofort fühlbar gemacht. Sie haben veranlaßt, 1720 den Mersey und den Irwell von Warrington bis Manchester schiffbar zu machen. Die Frachtkosten sind dadurch auf ein Viertel ihres früheren Betrages gesunken. Der Ausbau weiterer Flußverbindungen mit dem Mersey hat zur Entwicklung der Salzbergwerke in Cheshire geführt, indem er die Verfrachtung von Kohlen dahin, sowie des gewonnenen Salzes von dort möglich machte. Ähnliche Schiffbarmachungen von Flüssen dienten der aufblühenden Textilindustrie in Lancashire und Yorkshire¹⁾.

Aber so groß die Überlegenheit des Verkehrs auf Flüssen vor dem Landtransport war, so ließen doch auch die Flüsse als Verkehrswege viel zu wünschen übrig. Sie litten unter der Einwirkung von Ebbe und Flut, von Überschwemmungen im Frühjahr und Austrocknen im Sommer, von Versandung und Verschlammung. So gab es im Trent viele Stellen, an denen das Wasser nicht tiefer als acht Zoll war, und in seinem oberen Teile mehr als zwanzig Untiefen, welche die Boote bei trockenem Wetter nicht passieren konnten. Die Folge waren Unterbrechungen und Verzögerungen im Transport und als weitere Folge die Erleichterung von Diebstählen u. dgl.

Diese mit der Flußschiffahrt verbundenen Nachteile haben um die Mitte des 18. Jahrhunderts zum Kanalbau geführt²⁾. Der erste in England gebaute Kanal war der Sankey Brook-Kanal, der die Kohlengruben von St. Helens in Lancashire mit Liverpool verbunden hat. Er wurde 1720 begonnen. Er war aus dem Plan einer Nutzbarmachung des Sankey Bachs entstanden und hatte noch etwas von

1) Pratt Chap. XIV.

2) Pratt Chap. XVI.

der Verbesserung natürlicher Wassergefälle an sich. Die epochemachende Leistung war der vom Herzog von Bridgewater durch James Brindley erbaute Kanal von seinen Kohlengruben in Worsley nach Manchester. Er durchschnitt trockenes Land, zog sich hin über Täler und selbst über Flüsse, ohne irgendwelche Verbindung mit bereits schiffbaren Flüssen oder solchen, die hätten schiffbar gemacht werden können. Darin bestand sein Fortschritt über den Sankey-Kanal.

Die Kohlenfelder von Worsley waren sehr reich; aber obwohl nur sieben englische Meilen von Manchester entfernt, dessen Kohlenbedarf besonders dringlich war, war es ausgeschlossen, Kohlen auf dem Landweg von Worsley nach Manchester zu bringen. An sich wäre ein Transport auf dem Wasserweg des Mersey und Irwell möglich gewesen. Aber die Eigentümer verlangten für die Fracht 3 s 6 d per Tonne Kohlen, selbst wenn sie auf eigenen Schiffen des Herzogs verfrachtet wurden. Da erlangte dieser 1759 die Berechtigung, einen Kanal von Worsley nach Manchester zu bauen. Er bediente sich dabei des James Brindley. 1760 in Derbyshire geboren, war dieser ohne jedweden Schulunterricht aufgewachsen, hatte als Lehrling eines Wagnermeisters dürftig das Schreiben erlernt, es aber selbst in vorgeschrittenen Jahren nie dazu gebracht, orthographisch zu schreiben. Aber er war in allen mechanischen Dingen von genialer Begabung, verbunden mit außerordentlicher Schnelligkeit der Beobachtung und einem Reichtum von Auskünften, so daß es keine Aufgabe gab, die zu lösen ihm zu schwer gewesen wäre¹⁾.

Der Kanal von Worsley nach Manchester ist im Juli 1761 eröffnet worden. Der Herzog von Bridgewater erhielt nun einen Markt für seine Kohlen, und Manchester erhielt die Kohle, die seine Industrie brauchte. Noch bevor dieser Kanal vollendet war, trug sich der Herzog mit einem weit großartigeren Projekt, der Verbindung von Liverpool und Manchester durch einen Kanal. Die bis-

1) Pratt 167, 168.

herige Verbindung durch Mersey und Irwell litt an allen geschilderten Schattenseiten schiffbar gemachter Flüsse. Aber das Projekt des Herzogs stieß auf erbitterten Widerstand der Sonderinteressen. Sowohl die Interessen der Schifffahrt auf dem Mersey und Irwell, als auch die Grundeigentümer, die enteignet werden mußten, wo der Kanal ihr Land durchschnitt, setzten sich dem Projekte entgegen. Schließlich erlangte der Herzog doch das benötigte Gesetz. Die Kosten der Durchführung des Projektes überstiegen aber selbst das große Vermögen des Herzogs. An manchen Samstagen sah er sich genötigt, bei seinen Pächtern Anleihen von 5 und 10 £ zu machen, und James Brindley, dessen Werk die Bewunderung Englands erzielen und eine neue Ära des Verkehrs eröffnen sollte, erhielt an keinem Tage einen höheren Lohn, als 3 s 6 d und an manchen nur 2 s 6 d. Schließlich gelang es dem Herzog, seine finanziellen Schwierigkeiten durch Aufnahme eines Anlehens von 25 000 £ bei dem Londoner Bankhaus Child zu überwinden. 1772 befuhren schon Boote den Kanal, die für 66 Reisende Raum hatten¹⁾.

Der wirtschaftliche Erfolg des Kanals war außerordentlich. Aber noch Größeres sollte folgen. Noch war der Kanal, der Liverpool und Manchester verband, noch nicht eröffnet, da entwarf Brindley den Plan, den Mersey mit dem Trent und dem Severn zu verbinden, und so einen direkten Wasserweg zwischen Liverpool, Hull und Bristol zu eröffnen, der die Potteries, die industriellen Zentren von Staffordshire und Worcestershire, die bisher nur auf Landwegen zugänglich waren, erschließen sollte. Die Hauptvertreter des Planes waren der Graf Gower, der Herzog von Bridgewater, der Graf Stamford, Josias Wedgwood und mehrere andere Grundbesitzer und Fabrikanten. Das Unternehmen erhielt den Namen „Grand Trunk“; der Gedanke war, daß es die Hauptlinie eines Systems von Kanälen bilden sollte, das, nach allen Seiten ausstrahlend, den größeren Teil des südlich vom Trent gelegenen Landes

1) Pratt 171, 172.

mit den genannten drei Häfen verbinden sollte¹⁾. Das Projekt eines solchen Kanalbaus empfahl sich, da Kanäle allen natürlichen Wasserwegen insofern überlegen sind, da sie gebaut werden können, auch wo es keine schiffbaren Flüsse gibt, da ihr Wassergehalt im Gegensatz zu diesen geregelt werden kann, da sie über Täler hinweg und durch Berge hindurch gebaut werden können. Flüsse schienen nach einer von Brindley erteilten Antwort nur mehr dazu da, um Kanäle mit Wasser zu versehen.

Die Frachtkosten sind durch diesen Kanal in vielen Fällen auf den vierten Teil der Kosten bei Landtransport mittels Saumtieren und langen Wagen herabgedrückt worden²⁾. Die Folge war das Aufblühen von Industrie und Landwirtschaft an den Ufern des Grand Trunk Kanals und seiner Seitenkanäle, die den Verkehr auf ihm speisten. Um ein Beispiel zu geben: 1760, drei Jahre bevor Josias Wedgwood die neue Ära im Töpfergewerbe eröffnete, hat die Zahl der darin tätigen Arbeiter 7000 betragen; 1785, acht Jahre nach Eröffnung des Mersey und Trent-Kanals, berichtet Wedgwood, daß 15 000 bis 20 000 Arbeiter in der keramischen Industrie tätig seien, eine Zunahme von 8000 bis 13 000 in 25 Jahren in einer Industrie allein³⁾.

Diese Wirkungen haben zu einer solchen Ausdehnung des Kanalbaues geführt, daß man von einer Manie⁴⁾ des Kanalbaus gesprochen hat, und viele Kanäle sind gebaut worden, die ihren Unternehmern Verlust, trotzdem aber der gesamten Volkswirtschaft Nutzen gebracht haben. 1851 hat Porter geschrieben⁵⁾: „Die Länge der schiffbaren Kanäle Englands, die der Beförderung von Waren und Erzeugnissen dienen, wird heute auf mehr als 2200 Meilen geschätzt, während die der schiffbaren Flüsse mehr als 1800 Meilen beträgt, zusammen also mehr als 4000 Meilen Binnenschifffahrt; der größte Teil davon ist während der letzten 80 Jahre geschaffen oder brauchbar gemacht

1) Pratt 172 ff.

2) Pratt 178.

3) Pratt 175.

4) Pratt 183.

5) Progress of the Nation, 302.

worden.“ Aber schon war die Zeit nahe, in der die Schattenseiten auch der Binnenschifffahrt zu deren Zurücktreten hinter einem vollkommeneren Verkehrsmittel führen sollten, das dann mit demselben Widerstand der Binnenschifffahrtsinteressenten zu kämpfen hatte, den diese früher seitens anderer Sonderinteressenten gefunden hatten. Davon wird im nächsten Buche zu reden sein.

Das Ende des 18. Jahrhunderts sollte aber nicht nur die großartige Ersetzung der elenden Landwege, unter denen der Binnenverkehr in England bisher gelitten hatte, durch das geschilderte Netz von Wasserstraßen sehen, sondern auch die endliche Verbesserung der Landstraßen, durch welche diese erst wirklich dem Wagenverkehr dienstbar gemacht worden sind¹⁾. Das Verdienst daran kommt zwei Männern zu, die wie Brindley aus den unteren Klassen hervorgegangen sind, Thomas Telford, dem Sohne eines Schafhirten, und Mac Adam, einem Handlungskommis. Vor ihnen war die Straßenverbesserung nur Dilettantenarbeit gewesen. Die beiden gingen rationell sowohl bei Anlage als auch beim Bau der Landstraßen zu Werk, so daß man von wissenschaftlichem Straßenbau gesprochen hat. Bis dahin hatte sich die Gesetzgebung über den Landtransport nur mit den Wagen, der Spurweite ihrer Räder und der Größe ihrer Belastung beschäftigt; nun ging man an den Straßenbau selbst heran, und so gelang es, das Land mit Straßen zu überziehen, die mit Steinen gebaut und wasserdicht waren, so daß auf ihnen Verkehr von jederlei Art von Wagen und große Schnelligkeit derselben möglich wurde. Nach Porter²⁾ hat es 1837 54 vierspännige und 49 zweispännige Postkutschen (mail coaches) in England gegeben. Die größte von irgendeiner derselben erreichte Schnelligkeit betrug $10\frac{1}{2}$ Meilen in der Stunde; die langsamste Fahrtdauer betrug sechs Meilen in der Stunde; der Durchschnitt war $8\frac{1}{2}$ Meilen. Die Zahl der gewöhnlichen Kutschen betrug Anfang 1837 3026. Von diesen hat un-

1) Pratt Chap. XII.

2) Porter 301.

gefähr die Hälfte (1507) ihre Reise in London angefangen und beendet.

Es sind aber nicht nur Landwirtschaft und Industrie, welche von diesem Fortschritt des Verkehrswesens Nutzen gezogen haben; auch das sittliche und geistige Niveau der Bevölkerung ist dadurch gehoben worden. So wird uns die Arbeiterbevölkerung in den Potteries, bevor sie durch den Kanal mit der Welt in Verbindung trat, als ebenso roh wie deren Straßen geschildert. Sie waren schlecht gekleidet, schlecht genährt, und völlig unerzogen, lebten in Lehmhütten; für ihre Haushaltsgegenstände waren sie auf das angewiesen, was sie durch die Packpferde erhielten; es gab keine Läden. Ihre Vergnügungen waren Stierhetzen und Hahnenkämpfe. Ein Fremder, der in ihre Gegend kam, konnte sich glücklich schätzen, wenn er nicht, eben weil er fremd war, mißhandelt wurde¹⁾. So ist es auch John Wesley ergangen, als er 1760 Burslem besucht hat. Als er 1781 wieder dahin kam, schrieb er: „Wie hat sich die ganze Gegend in ungefähr 20 Jahren verändert, seitdem ununterbrochen neue Einwohner von allen Seiten zugeströmt sind! Die Wildernis ist zu einem fruchttragendem Feld geworden. Häuser, Dörfer, Städte sind neu erstanden, und die gesamte Bevölkerung hat sich nicht weniger als die Gegend verbessert²⁾.“

Aber diese guten Wirkungen des Zuzugs neuer Einwohner haben sich nicht lange fühlbar gemacht. Bald traten infolge eben dieses Zuzugs Wohnungsverhältnisse in den Fabrikstädten ein, die eine physische und sittliche Entartung der Arbeiterbevölkerung herbeizuführen drohten. Doch davon später.

1) Pratt 175 ff.

2) Pratt 177.

38. Kapitel.

Englands Unterstützungswesen im 18. Jahrhundert.

Ich habe in den vorstehenden Kapiteln die Entwicklung des englischen Erwerbslebens seit der Restauration vorgeführt. Es liegt in der Natur der Dinge, daß die Änderungen im Erwerbsleben auch zu Änderungen im Unterstützungswesen geführt haben. Hand in Hand mit einer außerordentlichen Zunahme des Reichtums der Wohlhabenden ist eine steigende Verarmung derjenigen gegangen, die mit ihrer Arbeit gerade so viel verdienten, daß sie sich und die Ihren am Leben erhalten konnten.

Das gilt in erster Linie für die in der Landwirtschaft Tätigen. Ist doch England bis um die Mitte des 18. Jahrhunderts überwiegend Agrarland gewesen, so daß Arthur Young noch 1774 schreiben konnte, England verhalte sich zu Holland, wie ein Bauer zu einem Krämer. Die Art und Weise, wie in England die Auflösung der Feldgemeinschaft stattgefunden hat, hat, wie wir gesehen haben, zum Schwinden des englischen Bauernstands und zu einer außerordentlichen Steigerung der Armenlast geführt.

So lange die Feldgemeinschaft bestanden hatte, war für die Armen ganz anders gesorgt. In einer Beschreibung von Einhegungen in Wales heißt es¹⁾. „Vor etwa hundert Jahren begann eine Anzahl armer Bauern sich auf diesem Gemeinland anzusiedeln. Es galt allgemein, daß wenn ein Haus in der Nacht erbaut worden war, so daß die Erbauer

1) Slater 119.

imstande waren, bei Sonnenaufgang Rauch aus dem Schornstein aufsteigen zu lassen, sie damit ein Besitzrecht erlangt hatten, daß Niemand anfechten konnte. Bauholz war in den benachbarten Gehölzen reichlich vorhanden und billig, so daß einer, der Squatter werden wollte, wenig Schwierigkeit hatte, sich das zur Erbauung seines Häuschens nötige Material zu verschaffen. Mit Hilfe von Freunden verschaffte er sich ausreichend Holz für das Gerüst und wählte sich dann an einem geschützten, nach Süden gelegenen Orte einen passenden Platz und vermerkte die Fundamente seiner künftigen Wohnung. Wenn alle Vorbereitungen vollendet waren, brachte er so viele Helfer, als er konnte, zusammen und brachte in der Abenddämmerung alles nötige Material zu dem erwählten Fleck. Rohe Steine wurden zur Fundierung und zum Aufbau des Schornsteins gelegt und dann das Gerüst schnell aufgestellt. Die Fachwände bestanden aus starken Latten und wurden mit Lehm bedeckt, darüber ein Mörtelbewurf; ein Strohdach vollendete das Gebäude. Fenster wurden fürs erste nicht als nötig erachtet; aber der Eingang wurde durch eine starke Türe sorgfältig gesichert. Dann, wenn eben der Morgen dämmerte, wurde auf dem Herd ein Feuer entzündet, und die Rauchwolken aus dem hohen Schornstein meldeten den Arbeitern, daß sie jetzt von ihren Anstrengungen ruhen konnten.

„Nachdem so das Haus errichtet war, schritt man zur Aneignung von einigen Morgen des umliegenden Lands. Die Schwierigkeit, Land ausreichend für den Unterhalt einer Kuh zu beschaffen, bestand lediglich in der zur Einzäunung und Urbarmachung nötigen Arbeit.

„In dieser Weise wurden dreißig bis vierzig Familien in Häuschen, die sie selbst erbaut hatten, angesiedelt; diese waren von drei bis vier Morgen umgeben; hier lebten sie in ungestörtem Besitz. Durch geduldige Arbeit wurde man des Unkrauts Herr; Bäume wurden um die Häuschen gepflanzt oder man ließ sie wachsen, wie sie aufgeschossen; durch Anbau und Düngung wurde das Wachstum gefördert.

Durch die Einhegungen wurden alle solche Ansiedlungen, die nicht schon 21 Jahre alt waren, vom Grundherrn konfisziert; weitere wurden unmöglich.“

Aber auch da, wo solche an das primitive Rodungsrecht im Gemeinland erinnernden Ansiedlungsrechte nicht bestanden, war in der Zeit vor den Einhegungen für die Armen gesorgt gewesen. Vor den Einhegungen war der Häusler ein Arbeiter mit Land; nach den Einhegungen war er ein Arbeiter ohne Land¹⁾. „Bevor das Kirchspiel eingehegt war“, sagte ein Bauer²⁾, „hielt ich vier Kühe; jetzt kann ich nicht einmal eine Gans halten, und ihr fragt mich, was ich dadurch verloren habe“! Das Kirchspiel war nicht länger eine Gemeinschaft, die dem Arbeiter Freundschaft bot und seine Freiheit schützte; es war nur mehr der Schatten seiner Armut, Hilflosigkeit und Scham. „Geht in die Küche einer Bierschenke in einer eingehegten Gegend; da findet ihr die Ursache der Armut und Armensteuern. Für wen sollen sie nüchtern sein? Für wen sollen sie sparen? Für das Kirchspiel? Wenn ich fleißig bin, erhalte ich dann die Erlaubnis, mir ein Häuschen zu bauen? Wenn ich nüchtern bin, erhalte ich Land für eine Kuh? Wenn ich mäßig bin, erhalte ich einen Morgen, um Kartoffeln zu bauen? Ihr bietet keine Beweggründe; ihr habt nichts als einen Gemeindebeamten und ein Arbeitshaus! Schenkt mir ein weiteres Glas ein“³⁾.

Die Vertreibung der Bauern vom Land war die erste Ursache der Zunahme der Armenlast. Dazu ist als weitere gekommen, daß im Gefolge der Fortschritte der industriellen Technik eine große Anzahl im Gewerbe Tätiger brotlos wurde. Dazu kam das durch den Krieg mit den amerikanischen Kolonien hervorgerufene Elend und seit der Mitte des 18. Jahrhunderts ein andauerndes Steigen der Getreidepreise bis auf mehr als das Doppelte während des englisch-französischen Kriegs und eine damit und mit

1) J. L. and B. Hammond, *The Village Labourer* 100.

2) Zitiert ebenda 101.

3) *Annals of Agriculture* XXXVI 508, zitiert ebenda 105.

der Geldentwertung infolge der Einstellung der Noteneinlösung seitens der Bank von England einsetzende unerträgliche Teuerung.

Die durch die geschilderten Vorgänge hervorgerufenen Schwierigkeiten, das zum Leben Nötige zu beschaffen, mußten zum Anwachsen der Armensteuer führen. Die Elisabethsche Armengesetzgebung hatte die Kirchspiele für die Armenfürsorge verantwortlich gemacht und das ganze Unterstützungswesen unter die Kontrolle der Friedensrichter gestellt. Jedes Kirchspiel hatte Armenaufseher, die unter Zustimmung von zwei oder mehr Friedensrichtern Anordnungen zu treffen hatten. Das war eine Neuerung gewesen, wie sie durch den Verfall der kirchlichen Armenpflege notwendig geworden war. Die Besitzenden haben sie allzeit ungern ertragen, und als nach dem Bürgerkriege die Zahl der Unterstützungsbedürftigen angeschwollen war, haben die reichen Bürger der Städte sich gegen den Zustrom Armer zu sichern gesucht, indem sie das oben¹⁾ geschilderte Niederlassungsgesetz durchsetzten, das den brotlos gewordenen Arbeitern die Möglichkeit raubte, die Orte aufzusuchen, an denen Nachfrage nach ihrer Arbeit bestand. Die Zahl der Unterstützungsbedürftigen im Lande ist dadurch statt vermindert, vermehrt worden.

Zunächst hat man Abhilfe in der Abstellung von Mißbräuchen in der Verwaltung gesucht. Ein Gesetz von 1691 (3 Will. and Mary c. 11 s. 11) spricht von zahlreichen Mißständen, die dadurch veranlaßt seien, daß die Armenaufseher auf frivole Vorstellungen hin, meist in ihrem eigenen Privatinteresse, Unterstützungen gewährten¹⁾. Daher solle die Machtvollkommenheit der Armenaufseher eingeschränkt werden. Es solle ein Verzeichnis der Unterstützten geführt werden. Darin solle das Datum der ersten bewilligten Unterstützung und ihrer Veranlassung einge-

1) Siehe oben S. 265.

2) Haben sie bereits die niedrigen Löhne der von ihnen beschäftigten Arbeiter, wie ein Jahrhundert später die Arbeitgeber nach dem Speenhamland Act, aus öffentlichen Mitteln ergänzt?

tragen und dieses Verzeichnis solle alljährlich in der Osterwoche oder auch öfter der Kirchspielversammlung vorgelegt, von ihr geprüft und, wenn nötig, geändert werden. Eine in der Liste nicht angeführte Unterstützung solle nur mit Zustimmung, beziehungsweise auf Befehl des Friedensrichters gewährt werden.

Darauf haben sich viele Personen an die Friedensrichter gewandt und unter falschen Angaben Unterstützungen von ihnen erschlichen. Es ist daher 1723 durch ein Gesetz (9. Geo. I c. 7) bestimmt worden, daß jemand, der Unterstützung beanspruche, zunächst die Kirchspielbeamten angehen solle; werde ihm von diesen die Unterstützung verweigert, so solle der Friedensrichter feststellen, warum die Armenaufseher diese verweigert hätten, und Unterstützung erst anordnen, nachdem die Bittsteller einen vernünftigen Grund für die Unterstützung eidlich erhärtet hätten.

Es hat sich dann als Mangel fühlbar gemacht, daß in dem Gesetze die Möglichkeit einer Berufung gegen den Unterstützungsbefehl nicht vorgesehen war. Daher 1743 durch ein weiteres Gesetz (17. Geo. II c. 26 s. 4) angeordnet worden ist, daß alle Personen, die sich durch eine Handlung oder Unterlassung der Kirchenvorsteher, Armenaufseher oder Friedensrichter beschwert fänden, an die Quartalsitzungen Berufung einlegen konnten.

Neben diesen Reformen in der Verwaltung gingen materielle Änderungen in der Armengesetzgebung her, die alle die Minderung der Armenlast bezweckten, auch wenn sie im Interesse der Armen redeten. So war es eine alte Klage, daß Leute als Bettler bestraft wurden, weil sie nicht arbeiteten, während es an Plätzen fehle, wo sie zur Arbeit angehalten werden könnten, und schon 1647 wurde in einer Broschüre (Stanley's Remedy) als Heilmittel die Errichtung von Arbeitshäusern in Städten, Marktflecken und an sonstigen geeigneten Orten vorgeschlagen. Der Vorschlag wurde in den achtziger Jahren des 17. Jahrhunderts von Thomas Firmin und Sir Matthew Hale wiederholt, und 1697 hat die Gemeinde von Bristol, 1703 die von Worcester

und 1707 die von Plymouth Arbeitshäuser errichtet. Auf Grund der hier gemachten Erfahrungen ist in dem schon genannten Gesetze von 1723 (9. Geo. I c. 7) bestimmt worden, daß die Kirchspiele berechtigt sein sollten, einzeln oder in Verbindung mit anderen, Arbeitshäuser zu errichten. Und in der Tat waren diese Arbeitshäuser geeignet, die Zahl derjenigen zu mindern, die Armenunterstützung in Anspruch nahmen, da das Gesetz bestimmte, daß kein Armer, der sich weigere, in das Arbeitshaus aufgenommen zu werden, einen Anspruch auf weitere Unterstützung erheben könne. Diese Arbeitshäuser waren nämlich der Schrecken der Armen. Hören wir darüber, was der Dichter Georg Crabbe nach Byron „der ernsteste, doch beste Maler der Natur“, darüber in seinem 1783 erschienenen Gedichte „Das Dorf“ geschrieben hat¹⁾:

„Ihnen das Haus, das die Pfarrarmen hält,
Des morsche Tür fast aus der Lehmwand fällt,
Dort, wo der stick'ge Dunst in Schwaden starrt,
Und ächzend bis zur Nacht die Mühle knarrt,
Dort gibt's manch Kind, von Eltern nicht betreut,
Eltern, durch Kinderliebe nicht erfreut,
Auf ödem Bett Matronen leidgequält,
Verstoßene Frauen, Mütter unvermählt,
Verkommene Witwen in trostloser Not,
Uralter, mehr als Kindheit noch bedroht,
Der Lahme, Blinde und — die meist Beglückten —
Die blöden Narr'n, die fröhlichen Verrückten.
Dort harrt der Sieche auf den Todesstreich;
Man bracht' ihn ein zur Qual ins Qualenreich.
Wo laut Gegrein aus Schmerzenskammern zischt,
Mit dem Geschrei von unten sich vermischt.
Wo jeder grämlich Gram am Gram bemißt,
Und frost'ges Mitleid herrscht von Christ zu Christ.
Zwar das Gesetz schützt Alter und Gebrest,
Sein Zwang vom Stolz ein Scherflein sich erpreßt,

1) Georg Crabbe, The Village, Vers 228—249. Die deutsche Übersetzung verdanke ich Herrn Dr. Karl Wolfskehl.

Ein Scherflein, das viel Seufzen nur gewann,
Das Stolz vergällt, weil ers nicht weigern kann.“

Das Gesetz, das Arbeitshäuser einführte und dem jede Unterstützung entzog, der sich weigerte, es zu betreten, hat seinen Zweck erreicht. 1698 hat die Armenlast 819 000 £, 1750 nur 619 000 £ betragen. Aber schon damals wurde gegen die Arbeitshäuser geltend gemacht²⁾, daß die Konkurrenz der darin Beschäftigten mit den freien Arbeitern die Wirkung habe, andere Arbeiter zu Insassen der Arbeitshäuser zu machen.

Von der Mitte des 18. Jahrhunderts an haben die oben dargelegten Ursachen, die zur Arbeitslosigkeit führten, das Bauernlegen, die Fortschritte der industriellen Technik, das durch den Krieg mit den amerikanischen Kolonien hervorgerufene Elend, sich in verstärktem Maße in der Steigerung der Armenlast geltend gemacht. Eben diese Ursachen haben es auch unmöglich gemacht, die Unterscheidung zwischen arbeitsunfähigen und arbeitsfähigen Armen, die in der Elisabethschen Armengesetzgebung durchgeführt war, aufrecht zu erhalten; denn es war ja nicht Arbeitsscheu, was die durch sie unterstützungsbedürftig Gewordenen von der Arbeit zurückhielt. Naturgemäß hat die Preisgabe der Unterscheidung zu steigendem Anwachsen der Armenunterstützung geführt, und dieses sowohl zu Angriffen¹⁾ auf das Prinzip der staatlich anbe-

1) Daniel Defoe, *Giving Alms no Charity; and Employment to the Poor. A Grievance to the Nation*, London 1704.

2) Thomas Alcock, *Observations of the Defects of the Poor Laws*, 1752. — Rev. Joseph Townsend, *A Dissertation on the Poor Laws by a Wellwisher of Mankind*, 1766. Townsend war Rektor der Pfarrei Pewsey in Wiltshire und Kaplan der Herzogin von Atholl. Unter Vorwegnahme der Argumente, mit denen Friedrich Nietzsche die Sklaverei rechtfertigt, schreibt er, daß die Armen unbedachtsam sind und sich schnell vermehren zu dem Zweck „auf daß immer einige da sind, um die servilsten, schmutzigsten und gemeinsten Funktionen in der Gesellschaft zu erfüllen. Die Summe menschlichen Glücks wird dadurch sehr vermehrt, indem die Delikateren dadurch nicht nur von niedriger

fohlenen Armenpflege überhaupt als auch zu endlosen Prozessen der Kirchspiele gegeneinander, um sich auf Grund des Niederlassungsgesetzes Karls II. die Kosten der Armenunterstützung zuzuschieben. Man sagt¹⁾, daß diese Prozesse vor 1834 300 000 bis 350 000 £ jährlich gekostet hätten. Adam Smith aber griff das Gesetz von einem höheren Standpunkt aus an²⁾. „Einem Menschen, der sich nichts hat zu Schulden kommen lassen“, schrieb er, „aus dem Kirchspiel zu vertreiben, in dem er sich niedergelassen hat, ist eine schreiende Verletzung der natürlichen Freiheit und Gerechtigkeit.“ Es sei für einen Armen oft schwieriger, die künstlichen Grenzen seines Kirchspiels zu überschreiten als einen Gebirgsrücken oder Meeresarm. Es gebe in England kaum jemanden im Alter von vierzig Jahren, der nicht in irgendeinem Zeitpunkt seines Lebens durch dieses übelberatene Niederlassungsgesetz aufs Grausamste bedrückt worden wäre. Dieses ist denn auch 1795, zwei Jahre nach Ausbruch des großen Kriegs gegen Frankreich, der die Not aufs äußerste steigern sollte, durch ein Gesetz (35 Geo. III. c. 101) wenigstens in soweit verbessert worden, daß Niemand mehr auf Grund der bloßen Wahrscheinlichkeit, daß er dem Kirchspiele einmal zur Last fallen werde, sondern erst, nachdem er ihm wirklich zur Last gefallen sei, sollte ausgewiesen werden können. Dabei hat das Gesetz aber den Erwerb eines Unterstützungsanspruchs durch die Bestimmung erschwert, daß fortan durch bloßen Aufenthalt an einem Orte ein Heimatsrecht nicht mehr begründet werden könne.

Aber schon vorher, 1782, war der Gilberts Act (22. Geo. III c. 83) erlassen worden, dessen Neuerungen

Arbeit befreit werden, sondern ohne Unterbrechung den Beschäftigungen obliegen können, die ihrer Stellung angemessen sind.“

1) Eden, *The State of the Poor* I 178.

2) *Wealth of Nations*, I, Ch. X.

in ihrer weiteren Entwicklung der Elisabethschen Ordnung des Armenwesens den Untergang bereiten sollten.

Der Gilbert Act gab keine zwingenden Vorschriften; er überließ es den einzelnen Kirchspielen, ob sie von seinen Bestimmungen Gebrauch machen wollten. Die Armenverwaltungen haben davon gern Gebrauch gemacht. Der Gilbert Act gestattete die Vereinigung von mehreren Kirchspielen zu gemeinsamer Armenverwaltung. Damit war die Errichtung eines gemeinsamen Armenhauses verbunden. Er hat ferner besoldete Armenpfleger (Guardians), die der Friedensrichter ernennen sollte, eingeführt. Für jedes Kirchspiel gab es einen. Neben den Armenpflegern sollten die Armenaufseher nur die Einschätzung und Einsammlung der Armensteuer behalten. Außerdem hat der Gilbert Act Inspektoren (Visitors) eingeführt, die, vom Friedensrichter ernannt, über die Armenpfleger absolute Gewalt hatten; ihre Aufgabe war es, das Armenhaus zu inspizieren, die Rechnungen zu prüfen und die gesamte laufende Verwaltung zu kontrollieren. Wenn die Armenpfleger Unterstützung verweigerten, konnte man an den Armeninspektor Berufung einlegen.

Das Armenhaus unterschied sich vom Arbeitshaus. Es war lediglich für die Aufnahme von alten und kranken Leuten, von Müttern mit unehelichen Kindern und von noch nicht arbeitsfähigen Kindern bestimmt. Arbeitsfähige Arme sollten nicht im Armenhause untergebracht werden; für sie wurde eine Bestimmung getroffen, die für die Arbeiterschaft während der folgenden fünfzig Jahre verhängnisvoll werden sollte. Es wurde nämlich bestimmt, daß die Armenpfleger ihnen in der Nähe ihrer Wohnung Beschäftigung ausfindig machen, den so gewonnenen Lohn aber einziehen und zu ihrem Unterhalt verwenden sollten. In Wirklichkeit hieß dies soviel wie, daß einem jeden Arbeiter das, was an seinem Lohne zur Bestreitung seines Unterhalts fehlte, aus der Armenkasse zugeschossen werden solle.

Die Folgen sollten sich zeigen, als 1793 der Krieg mit Frankreich ausbrach. Der Weizenpreis hatte noch

1793 2 £ 9 s 3 d per Quarter Weizen betragen. Das war schon mehr als in den vorausgegangenen zehn Jahren. 1795 stieg er auf 3 £ 15 s 2 d. Damit mußten die Löhne in die Höhe gehen. Nach dem Vorgang eines Beschlusses der Friedensrichter bei der Quartalversammlung in Oxford am 13. Januar 1795 haben da am 6. Mai 1795 die Friedensrichter von Berkshire und einige andere Personen im Wirtshause zum Pelikan in Speenhamland den sogenannten Speenhamland Act of Parliament vereinbart, d. h. sie haben einstimmig beschlossen, daß der Lohn so viel betragen solle, daß der männliche Arbeiter in der Woche drei gallon (= 13,2 l) Brotlaibe und seine Frau und Kinder je $1\frac{1}{2}$ gallon Brotlaibe haben könnten, und daß, wenn der verdiente Lohn dazu nicht ausreiche, das Fehlende aus der Armenkasse zugeschossen werden solle. Die Friedensrichter waren damals fast alle Grundbesitzer; einige waren schon industrielle Arbeitgeber. Ihre Versammlung in Speenhamland ließ an die Landwirte den Ruf ergehen, bei Bezahlung der Tagelöhne dementsprechend zu verfahren.

Der Beschluß von Speenhamland ist im ganzen Lande, mit Ausnahme von Northumberland und Burham, befolgt worden.

Daneben galt die Bestimmung des Gilbert Acts, wonach der Armenaufseher das Recht hatte, Arbeitslose von Haus zu Haus auf der Suche nach Arbeit zu senden; wer sie beschäftigte, mußte ihnen Kost und 6 d per Tag geben; das Kirchspiel schoß 4 d dazu. Die Arbeiter, welche keine Arbeit bei einem Unternehmer fanden, wurden dementsprechend entweder unter die Armensteuerpflichtigen verteilt oder ihre Arbeit wurde von der Gemeinde zu billigem Satze an Arbeitgeber verkauft und, was zur Bestreitung des Lebensunterhalts fehlte, aus der Armenkasse zugeschossen.

Für die Arbeitgeber war der sogenannte Speenhamland Act vorteilhaft. Was er von ihnen verlangte, war was die Italiener *beneficenza senza sacrificio* nennen, eine Regelung der Armenunterstützung ganz im Sinne des Merkantilsystems, indem sie den Produzenten Vorteil auf Kosten der Gesamtheit verschaffte. Die Arbeitgeber haben da-

durch die Möglichkeit erhalten, die Lohnerhöhungen, die infolge des Steigens der Getreidepreise bis auf £ 5 ja auf £ 6 und mehr per Quarter Weizen unvermeidlich wurden, auf die Armensteuerpflichtigen abzuwälzen. Auch unter den Parlamentariern hat der Speenhamland Act Anhänger gefunden. Whitbread hat im Dezember 1795 einen auf ihm beruhenden Gesetzentwurf im Parlament eingebracht. Gelegentlich des Antrags auf zweite Lesung desselben hat Pitt am 12. Dezember jene vielbesprochene Rede gehalten, in der er ausführte, daß, wenn ein Mann eine Familie habe, es eine Sache des Rechts und der Ehre sei, daß ihm Unterstützung zu teil werde, nicht aber Verachtung und Tadel. Er versprach, selbst einen umfassenden Entwurf eines Armengesetzes einzubringen. Das geschah 1796. Er enthielt 130 Paragraphen. Die Armensteuer sollte zur Ergänzung ungenügender Löhne dienen; Industrieschulen sollten zur Unterstützung bei allzu reicher Kinderzahl dienen; den Armen sollten Darlehen zur Anschaffung einer Kuh gewährt werden können, oder eines Schweins oder eines anderen nützlichen Haustiern, und der Besitz eines Eigentums sollte nicht den Anspruch auf Unterstützung entziehen. Der Entwurf wurde von Jeremias Bentham scharf kritisiert¹⁾, und darauf von Pitt zurückgezogen.

Indes ist doch 1796 ein Gesetz, der 36 Geo. III c. 23, erlassen worden, das die scharfen Bestimmungen der alten Armengesetzgebung milderte. Es hat die 1723 eingeführte Bestimmung beseitigt, wonach Arme, welche die Aufnahme in ein Arbeitshaus verweigerten, jeden Anspruch auf Unterstützung verlieren sollten. Es sollten fortan arbeitsame Personen in ihrer eigenen Wohnung in Fällen von Krankheit und Not Unterstützung erhalten. Den Friedensrichtern wurde die Befugnis erteilt, die Unterstützung von Armen in deren Haus für bestimmte Zeit auf Grund eigener Initiative anzuordnen. Die Armenaufseher sollten einer solchen Anordnung unbedingt Folge leisten.

1) Observations on the Poor Bill introduced by Mr. Pitt. J. Bentham Works VIII.

Die fast allgemeine Anwendung, die der Speenhamland Act im Lande gefunden hat, die laue Praxis, die mit dem letztgenannten Gesetze in der Armenverwaltung Platz gegriffen hat, sowie die Geldentwertung während des englisch-französischen Kriegs mußten angesichts der während des Kriegs steigenden Not zu einem Anwachsen der Armensteuer führen. Dieses ist indes von denen, die gegen jegliche staatliche Armenfürsorge waren, stark übertrieben worden¹⁾. Sie haben sich bei Beurteilung der Kosten lediglich an die infolge der Geldentwertung gesteigerten Summen der auf die Armenunterstützung verwendeten Pfund Sterling gehalten. In Wirklichkeit haben die Armen nach Ausbruch des Kriegs weniger als vorher erhalten. Porter schreibt²⁾, nachdem er die in jedem Jahre auf die Armenunterstützung verwendeten Summen aufgeführt und sie mit dem gleichzeitigen Durchschnittspreis des Weizens verglichen hat: „Die vorstehende Tabelle zeigt, daß in Jahren der Teuerung, in denen die größten Summen auf Armenunterstützung verwendet worden sind, die Armensteuer in Weizen ausgedrückt von der Gesamtheit am leichtesten getragen worden ist. Die 1776 verausgabte Summe betrug £ 1530 800 gleich 802165 Quarter Weizen; 1801 überstieg die Summe die Ausgabe von 1776 um 162 Proz.; dagegen war ihr Wert in Weizen auf 693 234 Quarter, d. h. um 13 Proz. gesunken. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die Bevölkerung Englands, die nach der Schätzung Gregory King's 1688 5 $\frac{1}{2}$ Millionen und nach anderer Schätzung 1750 6 039 684 Personen betragen hat, in der Zwischenzeit also um 15 Proz. gestiegen war, nach der 1801 stattgefundenen ersten Zählung 9 137 176 Personen betrug, was einer Zunahme um 52 Proz. entspricht, und daß die angebliche Milde der Armenverwaltung vor allem den Arbeitgebern zugute kam; der Speen-

1) Sir G. Nicholls, History of the Poor law, 1854, II 88. — Aschrott a. a. O. 27 ff. — Leslie Stephen, The English Utilitarians, London 1900, I 39.

2) Porter, Progress of the Nation 90.

hamland Act bedeutete einen Zuschuß zu deren Produktionskosten auf Kosten der Gesamtheit, indem er ihnen ermöglichte, niedrigere Löhne zu zahlen. Für die Arbeiter hat er die übelsten Folgen gehabt. Jeder Arbeiter mit Familie ist damit, wie Cobbett gesagt hat²⁾, zum öffentlichen Almosenempfänger geworden. So ist es bis nach der Parlamentsreform von 1832 geblieben.

1) Cobbetts Political Works VI 64.

Chronologische Tabelle zur englischen Geschichte

- 1469 geb. Machiavelli † 1527.
1485 Heinrich VII. † 1509.
1487 Gesetz gegen Einhegungen.
1492 Entdeckung von Kuba und Haiti durch Kolumbus.
1494 Vertrag von Tordesillas.
1494 Zollkrieg zwischen England und den Niederlanden.
1495 Gesetz gegen Landstreicher und Bettler.
1495 Neueinschärfung des Zinsverbotes.
1496 Intercursus Magnus.
1497 Entdeckung des amerikanischen Festlands durch Johann Caboto und seine Söhne.
1506 Intercursus Malus.
1507 Neuunterzeichnung des Intercursus Magnus.
1509 Heinrich VIII. † 1547.
1513 Wolsey wird erster Minister.
1515 Morus' Utopia.
1517 Der „böse Maitag“.
1525 Mißerfolg der Erpressung von Benevolenzen.
1525 Gründung des Mogulenreichs in Ostindien.
1529 Wolsey's Sturz.
1531 Der König „Oberhaupt der Kirche Englands“.
1535 Thomas Cromwell Generalvikar. Hinrichtung des Morus.
1535 Statute of Uses.
1536 Auflösung der kleineren Klöster.
1536 Barbarisches Armengesetz Heinrichs VIII.
1539 Aufhebung der größeren Abteien.
1544—76 Einwanderung von vlämischen und französischen Handwerkern.
1546 An die Stelle des Zinsverbots tritt ein Zinsmaximum von 10 Prozent.
1547 Eduard VI. † 1553.
1547 Neues Armengesetz des Protektors Somerset.
1549 Koalitionsverbot Eduards VI.
1551 Hinrichtung Somersets.

- 1552 Erneuerung des mittelalterlichen Zinsverbots.
- 1553 Maria † 1558.**
- 1553 Gründung der Russischen Gesellschaft.
- 1555 Die Russische Gesellschaft erhält von Iwan dem Schrecklichen einen Freibrief.
- 1555 Gründung der Afrikanischen Gesellschaft.
- 1555 Das Webergesetz.
- 1558 Verlust von Calais.
- 1559 Elisabeth † 1603.**
- 1560 Münzreform.
- 1562 Lehrlingsgesetz.
- 1562 Hawkins beginnt den Sklavenhandel mit Afrika.
- 1566 Die königliche Börse erbaut.
- 1571 Das Unterhaus bricht die Erörterung über den Monopoliendhandel auf Geheiß der Königin ab.
- 1571 Rückkehr zum Zinsmaximum Heinrichs VIII.
- 1577 Drake segelt nach dem Stillen Ozean.
- 1581 Philipp II. annektiert Portugal.
- 1581 Gründung der Levantinischen Gesellschaft.
- 1584 Kolonisation von Virginien.
- 1585 Drake an der spanischen Küste.
- 1587 Drake verbrennt die spanische Flotte im Hafen von Cadix.
- 1588 Untergang der Armada.
- 1589 Drake plündert Corunna.
- 1597 Gesetz zur Unterstützung der Armen (39 Eliz. c. 3).
- 1597 Gesetz über Bestrafung von Schurken, Landstreichern und arbeitsfähigen Bettlern (39. Eliz. c. 4).
- 1597 Bacon's Essays.
- 1600 Freibrief für die Ostindische Gesellschaft.
- 1601 Definitives Armengesetz der Elisabeth.
- 1601 Sturm des Unterhauses gegen die Monopole.
- 1603 Jakob I. † 1625.**
- 1605 Bacon's Fortschritt der Wissenschaft.
- 1607 Niederlassung der Engländer auf dem indischen Festland, in Surat.
- 1617 Bacon Großsiegelbewahrer.
- 1621 Bacon's Novum Organum.
- 1621 Das Massaker von Amboina.
- 1625 Karl I. † 1649.**
- 1625 Das erste Parlament aufgelöst.
- 1626 Zweites Parlament aufgelöst.
- 1627 Aufnahme von Zwangsanleihen; Benevolenzen.
- 1629 Auflösung des dritten Parlaments.
- 1629 Bewilligung des Freibriefs für Massachusetts.
- 1630 Puritanische Auswanderung nach Neu-England.

- 1636 Hampden verweigert das Schiffsgeld.
- 1637 Prozeß Hampdens.
- 1638 Der schottische Covenant.
- 1640 Das kurze Parlament.
- 1640 November: Das lange Parlament.
- 1641 Verbot aller Monopole in der Herstellung von Waren im Inland.
- 1642 Beginn des Bürgerkriegs.
- 1642 Hobbes' „De Cive“.
- 1643 Juni: Tod Hampdens.
- 1644 Juli: Schlacht bei Marston Moor.
- 1645 Schlacht bei Naseby.
- 1646 Karl ergibt sich den Schotten.
- 1647 Die Schotten übergeben Karl dem Parlament.
- 1648 Dezember: Prides Purganz.
- 1649 30. Januar: Hinrichtung Karls I.
- 1649 Schottland ruft Karl II. zum König aus.
- 1649 England Republik bis 1660.**
- 1649 Oliver Cromwell erstürmt Drogheda.
- 1650 Gesetz zur Förderung und Regelung des Handels der Republik.
- 1650 Cromwell zieht in Schottland ein.
- 1650 3. Sept.: Schlacht bei Dunbar.
- 1651 Schlacht bei Worcester.
- 1651 Hobbes' Leviathan.
- 1625 Vereinigung Englands mit Schottland und Irland.
- 1652 Navigationsakte Cromwell's.
- 1652—54 Krieg mit Holland.
- 1653 Oliver Cromwell, Lordprotektor, † 1658.**
- 1655 Krieg mit Spanien und Eroberung Jamaikas.
- 1658 Einnahme von Dünkirchen.
- 1658 Richard Cromwell, Lordprotektor bis 1660, † 1712.**
- 1660 Monk zieht in London ein.
- 1660 Mai, Karl II. landet zu Dover, † 1685.**
- 1660 Auflösung der Union mit Schottland und Irland.
- 1661 Das Kavalierparlament.
- 1662 Die puritanische Geistlichkeit vertrieben.
- 1662 Das Niederlassungsgesetz Karls II.
- 1662 Gründung der Königlichen Gesellschaft.
- 1623—1687 Sir William Petty.
- 1665 Beginn des holländischen Kriegs.
- 1665 Die Pest in London.
- 1666 Der große Brand in London.
- 1667 Die Holländer im Medway.
- 1667 Friede von Breda.

- 1667 Ludwig XIV. greift Flandern an.
- 1668 Tripelallianz zwischen England, Holland und Schweden.
- 1668 Friede von Aachen.
- 1670 Bunyans „Pilgerreise“.
- 1672 Die Schatzkammer wird geschlossen.
- 1672—74 Krieg mit Holland.
- 1673—76 Ausfuhrprämie für Getreide.
- 1673 Die Testakte.
- 1675 Schutzbündnis zwischen Karl II. und Ludwig XIV.
- 1677 Der Prinz von Oranien vermählt sich mit Maria, der Tochter des Herzogs von York, des späteren Jakobs II.
- 1678 Friede von Nymwegen.
- 1679 Habeas Corpusakte angenommen.
- 1682 Penn gründet Pennsylvanien.
- 1684 Die städtischen Freibriefe werden vernichtet; das Heer wird vermehrt.
- 1685—1688 Jakob II. † 1701.**
- 1685 Die blutigen Assisen.
- 1685 Erlaß des schottischen Fideikommißgesetzes.
- 1685 Aufhebung des Edikts von Nantes.
- 1687 Regulierung der Wahlflecken.
- 1688 Wilhelm von Oranien wird aufgefordert, nach England zu kommen.
- 1688 Er landet in Torbay. Jakobs Flucht.
- 1689 Wilhelm III. und Maria König und Königin.**
- 1689 John Locke, On civil government.
- 1689 Gregory Kings Berufsstatistik Englands für 1688.
- 1689 Aufhebung der Herdsteuer. Erhebung einer Grundsteuer.
- 1689 Dauernde Getreideausfuhrprämie eingeführt.
- 1689 Wilhelm bildet die große Allianz gegen Ludwig XIV. und verhängt dabei eine internationale Handelssperre gegen Frankreich.
- 1690 Schlacht an der Boyne.
- 1694 Errichtung der Bank von England.
- 1694 Tod der Königin Maria.
- 1696 Die Münzreform Wilhelms III.
- 1697 Friede von Ryswick.
- 1701 Der Herzog von Anjou wird König von Spanien.
- 1701 Annahme der Thronfolgeakte.
- 1702 Anna † 1714.**
- 1703 Abschluß des Methuen-Vertrags mit Portugal.
- 1704 Schlacht bei Blenheim.
- 1704 Harley und St. John treten ins Amt.
- 1707 Union mit Schottland.
- 1708 Harley's und St. Johns Entlassung.

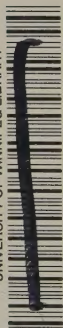
- 1708 Einwandfreies Schmelzen von Eisenerzen mit Steinkohle von Abraham Derby I erfunden.
- 1709 Schlacht bei Malplaquet.
- 1710 Harley (Lord Oxford) und St. John (Lord Bolingbroke) Minister.
- 1711 Gründung der Südsee-Gesellschaft.
- 1712 Marlboroughs Entlassung.
- 1713 Der Friede von Utrecht.
- 1713 England erlangt im Pacto del Assiento di Negros das Monopol der Negereinfuhr.
- 1714 Georg I., † 1727.
- 1714 Townshend und Walpole Minister.
- 1716 John Law errichtet in Paris eine Privatbank auf Aktien.
- 1717 Lord Stanhope Minister.
- 1718 Ein französisches Edikt verwandelt Law's Privatbank in eine Staatsbank.
- 1719 Gründung der Mississippi-Gesellschaft.
- 1720 Law vereinigt am 22. Februar die Mississippi-Gesellschaft mit der Staatsbank.
- 1720 Zusammenbruch des Südsee-Schwindels.
- 1720 Im Dezember Zusammenbruch von Laws Staatsbank.
- 1721 Sir Robert Walpole Minister.
- 1721 Der Kaliko Act.
- 1723 Die Gemeinden werden ermächtigt, sich zum Bau von Arbeitshäusern zu vereinen.
- 1727 Krieg mit Österreich und Spanien.
- 1727 Georg II., † 1760.
- 1730 Lord Townshend begründet die Norfolkter Fruchtwechselwirtschaft.
- 1733 Walpoles Akzisebill.
- 1733 Familienvertrag zwischen Frankreich und Spanien.
- 1735 Der Manchester Act.
- 1738 Die Methodisten in London.
- 1738 Jenkins' Ohr.
- 1739 Krieg gegen Spanien.
- 1740 Österreichischer Erbfolgekrieg.
- 1742 Walpoles Rücktritt.
- 1743 Schlacht bei Dettingen.
- 1745 Henry Pelham Minister.
- 1745 Schlacht bei Fontenoy.
- 1745 Der Prätendent Karl Eduard landet in Schottland.
- 1746 Schlacht bei Culloden.
- 1748 Friede von Aachen.
- 1751 Clive überrumpelt Arcot.
- 1754 Henry Pelhams Tod.

- 1754 Der Herzog von Newcastle Minister.
- 1755 Der siebenjährige Krieg gegen Frankreich.
- 1756 Verlust vor Port Mahon.
- 1757 William Pitt Minister.
- 1757 23. Juni; Schlacht bei Plassey.
- 1757—84 Eroberung Ostindiens.
- 1758 Einnahme von Louisburg und Kap Breton.
- 1758 Einnahme von Fort Duquesne.
- 1759 Schlacht bei Minden.
- 1759 Einnahme von Fort Niagara und Ticonderoga.
- 1759 Wolfes Sieg auf den Abrahamshöhen.
- 1759 Schlacht in der Quiberonbai.
- 1760 Georg III., † 1820.
- 1760 Schlacht bei Wandewash.
- 1760 Wedgwood begründet das Porzellanmacherdorf Etruria.
- 1761 Pitt tritt zurück.
- 1761 Lord Bute Minister.
- 1761 Beginn der zweiten großen Periode der Einhegungen und des Bauernlegens.
- 1761 Brindleys Kanal von Worsley nach Manchester eröffnet.
- 1763 Pariser Friede. Frankreich tritt Louisiana östlich vom Mississippi, Kanada und Kap Breton an England ab.
- 1763 Lord Grenville Minister.
- 1764 Wilkes' erste Ausschließung aus dem Parlament.
- 1764 Hargreaves erfindet die Jenny-Spinnmaschine.
- 1764 Watt erfindet die Dampfmaschine.
- 1765 Stempelakte angenommen.
- 1765 Lord Rockingham Minister.
- 1765 Zusammentritt und Protest des amerikanischen Kongresses.
- 1765 Rückkehr Lord Clives nach Indien.
- 1766 Aufhebung des Stempelgesetzes.
- 1766 Lord Chatham Minister.
- 1768 Der Herzog von Grafton Minister.
- 1768 Wilkes' zweite Ausschließung aus dem Parlament.
- 1768 Arkwright erfindet die Spinnmaschine.
- 1769 Arthur Young beginnt seine landwirtschaftlichen Reisen durch England.
- 1769 Wilkes zum dritten Male zum Vertreter von Middlesex gewählt; das Unterhaus nimmt aber Oberst Luttrell als Mitglied auf.
- 1769 Besetzung Bostons durch britische Truppen.
- 1769 Juniusbriefe.
- 1770 James Cook entdeckt die anbaufähige Ostküste Australiens.
- 1770 Beginn der modernen Baumwollindustrie in England.
- 1770 Chatham's parlamentarische Reformvorschläge.

- 1770 Lord North Minister.
- 1771 Letzter Versuch, parlamentarische Berichterstattung zu verhindern.
- 1771 Erstes Erscheinen der großen englischen Zeitungen.
- 1773 Warren Hastings zum Generalgouverneur von Indien ernannt.
- 1773 Selbstmord Lord Clives.
- 1773 Tee-Aufstand in Boston.
- 1774 Militärische Besetzung Bostons.
- 1774 Der Hafen von Boston gesperrt.
- 1774 Der Freibrief von Massachusetts geändert.
- 1774 Der Kongreß versammelt sich in Philadelphia.
- 1775 Gefecht bei Lexington.
- 1775 Schlacht bei Bunkers Hill.
- 1775 Die südlichen Kolonien vertreiben ihre Gouverneure.
- 1776 Crompton erfindet die Mule-Spinnmaschine.
- 1776 Erklärung der Unabhängigkeit der nordamerikanischen Kolonien, 4. Juli.
- 1776 Adam Smiths Untersuchung über den Reichtum der Nationen.
- 1776 James Anderson erkennt die Bestimmungsgründe der Grundrente.
- 1776 Verwendung des Dampfes in der Herstellung von Eisen durch John Wilkinson.
- 1777 Schlacht bei Brandywine.
- 1778 Bündnis Frankreichs und Spaniens mit den Vereinigten Staaten.
- 1778 Tod Chathams.
- 1779 Belagerung Gibraltars.
- 1780 Einnahme Charlestons.
- 1780 Hyder Ali überfällt das Carnatic.
- 1781 Niederlage Hyders zu Porto Novo.
- 1781 Cornwallis ergibt sich zu Yorktown.
- 1782 Lord Rockingham Minister.
- 1782 Rodneys Siege.
- 1782 Pitts Gesetzentwurf für Parlamentsreform.
- 1782 Shelburne Minister.
- 1782 Zurückweisung der Verbündeten vor Gibraltar.
- 1782 Der Gilbert's Act gestattet die Vereinigung mehrerer Kirchspiele zur Erbauung von Armenhäusern (verschieden von Arbeitshäusern).
- 1783 Henry Corts Erfindung des Puddelprozesses wird patentiert.
- 1783 Verträge von Paris und Versailles. Anerkennung der Unabhängigkeit der 13 Vereinigten Staaten.
- 1783 Koalitionsministerium North und Fox.

- 1783 Fox' Indische Bill.
 - 1783 Pitt der Jüngere Minister.
 - 1784 Pitts Indische Bill.
 - 1784 Finanzreformen Pitts.
 - 1785 Gesetzentwurf für Parlamentsreform.
 - 1785 Freihandel zwischen England und Irland vorgeschlagen.
 - 1786 Prozeß gegen Warren Hastings.
 - 1787 Handelsvertrag mit Frankreich.
 - 1789 Anwendung des Dampfes auf den Betrieb der Spinnmaschine.
 - 1789 Arkwright erfindet die Cardier- und Vorspinnmaschine.
 - 1793 Das erste Hilfskassengesetz erlassen.
 - 1795 Tod Robert Bakewells, des Begründers rationeller Tierzucht.
 - 1795 Die Friedensrichter von Berkshire beschließen den sogenannten Speenhamland Act of Parliament.
 - 1796 Der 36. Geo. III. c. 23 gestattet die Unterstützung von Armen in deren Haus.
 - 1799 Gesetzliches Verbot der korrespondierenden Gesellschaften.
 - 1799 Allgemeines Verbot aller Koalitionen von Arbeitern und Arbeitgebern.
 - 1804 tritt der vom Landpfarrer Dr. Cartwright erfundene mechanische Webstuhl mit der Handweberei erfolgreich in Konkurrenz.
-

UNIVERSITY OF WINNIPEG LIBRARY



3 1888 006 314 257